Kärntner Jahrbuch für Politik 2018

Koroški politični zbornik 2018

Herausgegeben
von
Karl Anderwald
Peter Filzmaier
Karl Hren

Mohorjeva
Hermagoras

KÄRNTNER JAHRBUCH FÜR POLITIK – 2018

Kärntner Jahrbuch für Politik 2018

Herausgegeben
von
Karl Anderwald
Peter Filzmaier
Karl Hren

Mohorjeva
Hermagoras

Gedruckt mit Unterstützung von:

kelag

STRABAG

KHD
Kärntner Heimatdienst

ISBN: 978-3-7086-1015-3
Hermagoras Verlag/Mohorjeva založba – 2018
© der Texte bei den Autoren
Gesamtherstellung: Hermagoras/Mohorjeva, Klagenfurt am Wörthersee

Inhalt

Vorwort der Herausgeber 7

„Ein starkes Rückgrat und steife Ohren“ – Erinnerungen an die Präsentation der Erstausgabe des „Kärntner Jahrbuchs für Politik“ 13

PETER FILZMAIER/FLOOH PERLOT/MARTINA ZANDONELLA
Die Landtagswahl 2018 in Kärnten: Wahlmotive und Wählerströme 21

KARL ANDERWALD
Der Landtagswahlkampf 2018 35

KATRIN PRAPROTNIK
Die Kärntner Landtagswahl im Vergleich 57

PETER PLAIKNER
Eine Wahl im Zeichen der Medienmorphose 70

FERDINAND HAFNER
Der Triumpf der SPÖ oder doch der Kaiser von Kärnten? 79

RUDOLF DÖRFLINGER
„… sind Begriffe wie ‚Fuchsjagd‘ gefallen“ – Die Landtagswahl 2018 mit Fokus auf die ÖVP 84

KATHRIN STAINER-HÄMMERLE
Stolpernd in neue Regierungszeiten – Über die erste Regierungsbildung nach Abschaffung des Proporzes in Kärnten 93

FRITZ KIMESWENGER
Faust lässt grüßen 104

WOLFGANG FERCHER
Wenn aus Träumen Tränen werden 109

SCHWERPUNKT WIRTSCHAFTSTHEMEN

UWE SOMMERSGUTER
Ein Glaubensbekenntnis und daraus abgeleitete 10 Gebote 123

THOMAS CIK
Ein Land versucht sich als Unternehmer 132

KARL HREN
Quo vadis „Posojilnica-Bank“ – Zur Geschichte und aktuellen Lage des slowenischen Genossenschaftswesens in Kärnten 143

FLORIAN KANDUTSCH/ROBERT KLINGLMAIR
Das Finanzwissen der Kärntner Erwerbsbevölkerung – Eine empirische Analyse 159

ELISABETH FALLER
Die Bankenunion und das genossenschaftliche Bankenmodell – Die Europäische Zentralbank arbeitet an der Etablierung einer Europäischen Bankenunion, die grenzüberschreitend tätige Großbanken bevorzugt und regionale Banken nicht mehr vorsieht. . . 189

SONDERTHEMEN
HEINZ-DIETER POHL
Perspektiven und Betrachtung von Ethnie, Nation und Volk im europäischen Diskurs 199

ELMAR LECHNER
Titel als Mittel politischer Propaganda – Der ORF im Zwielicht 213

ULFRIED BURZ
Historiographie zwischen dem weiten Feld der *Erinnerungskultur* und den schmalen Pfaden der *Geschichtspolitik* – Fallbeispiele 229

THOMAS PSEINER/ESTHER HORNER
Vierzig Jahre institutionalisierte Kooperation im Alpen-Adria-Raum: Zwischenbilanz und Ausblick 239

WERNER DROBESCH
Kärnten: ein Land der „Vereinsmeier"!? – Ein sozialgeschichtlicher Befund. 253

Chronologie 271

Die Autoren 301

Vorwort der Herausgeber

25. Kärntner Jahrbuch für Politik. Mathematisch raffiniert recherchierte Jahrestage von Parteien und Politikern, von Fernsehen und Zeitungen, von Kunst und Kultur sowie von Bildung und Wissenschaft gehören schon fast zum täglichen Erscheinungsbild in der Öffentlichkeit. Alt zu werden ist keine Leistung für sich. Trotzdem dürfen die Herausgeber auf die Besonderheit des Jubiläums aufmerksam machen.

Kein einziges österreichisches Bundesland kann auf eine so lange ununterbrochene Tradition eines jährlichen Jahrbuches für Politik verweisen. Das 1989 erstmals herausgegebene „Salzburger Jahrbuch für Politik" war ein Vorbild für unsere Publikation, erschien aber nur in zweijährigen Abständen. Alle anderen Bundesländer begannen erst später mit der Herausgabe.

Ein Ehrgeiz der Herausgeber ist die Aktualität. Politikwissenschaftlichen Publikationen ist es meist zu eigen, dass ein längerer Zeitraum bis zur Präsentation verstreicht. Das gilt auch für Jahrbücher in anderen Bundesländern, die meist erst im darauffolgenden Jahr erscheinen. Das „Kärntner Jahrbuch für Politik" wird hingegen im selben Jahr pünktlich vor Weihnachten präsentiert. Voraussetzung sind die Disziplin unserer Autorinnen und Autoren, sich an die zeitlichen Vorgaben zu halten, und ein genauer Zeitplan beim Lektorat und in der Druckerei.

Die 25 Jahrgänge haben zusammen einen Umfang von 8400 Seiten. Für die insgesamt 558 Beiträge sorgten 295 Autorinnen und Autoren. Alle seit dem Jahr 2004 erschienenen Beiträge sind auch auf unserer Homepage abrufbar. Wie die vielen Zugriffe zeigen, bieten wir damit auch ein Service für wissenschaftliche Arbeiten und leisten einen Beitrag zur politischen Bildung.

Das 15-Jahr-Jubiläum brachte auch eine geänderte Herausgeberschaft, mit der gleichzeitig eine völlige Loslösung von der Nähe zur Landespolitik einherging. Das „Kärntner Jahrbuch für Politik" nimmt auch hier eine Sonderstellung innerhalb der österreichischen Bundesländer ein. Dort wurden die Jahrbücher entweder direkt von den Ländern ins Leben gerufen oder von ihnen maßgeblich finanziert. In der Steiermark wird das Jahrbuch für Politik von der ÖVP, der Partei des Landeshauptmannes, herausgegeben. Wir sehen unsere Unabhängigkeit als wesentlichen Vorteil.

Sie ermöglicht uns, eine Plattform für unabhängige und kritische Behandlung gesellschaftlich relevanter Themen in unserem Bundesland zu sein. Das „Kärntner Jahrbuch für Politik" ist daher keine Jubelbroschüre und bietet keinen Platz für Opportunitätsüberlegungen. Es soll andererseits auch kein Pamphlet sein. Den Autorinnen und Autoren wird bei ihren

Bemühungen um eine wissenschaftliche Form der Arbeiten inhaltliche Freizügigkeit gewährt. Für die namentlich gekennzeichneten Beiträge gilt aber auch das Prinzip der Eigenverantwortung.

Der Salzburger Universitätsprofessor Dr. Herbert Dachs, der Begründer des Salzburger Jahrbuchs für Politik, hat bei der Präsentation unserer ersten Publikation sechs gewichtige Argumente aufgezählt, die für eine „nachdrückliche und regelmäßige wissenschaftliche Auseinandersetzung mit landespolitischen Fragen" sprechen. Wir publizieren im folgenden Beitrag seine damaligen Einschätzungen und dürfen feststellen, dass sie auch nach 24 Jahren nichts an Gültigkeit verloren haben. Das „Kärntner Jahrbuch für Politik" hat somit eine Lücke in der publizistischen Landschaft unseres Bundeslandes gefüllt.

Die Herausgeber waren bemüht, neben den Analysen zum aktuellen politischen Jahresgeschehen regelmäßig auch andere Schwerpunktthemen zu setzen. Diese bezogen sich vor allem auf die kommunale Ebene und auf die wirtschaftliche Entwicklung des Landes. Unsere besondere Aufmerksamkeit galt immer den Anliegen der slowenischen Volksgruppe im Land. Dies wird schon dadurch unterstrichen, dass der Titel des Buches und das Vorwort zweisprachig aufscheinen.

In dem Vierteljahrhundert des Erscheinens gab es in Kärnten vier Landeshauptleute, die vier verschiedenen Parteien (ÖVP, FPÖ, BZÖ und SPÖ) angehörten. Schon aus diesem Grund war stets eine Äquidistanz zu den jeweils Verantwortlichen notwendig. Das Verhältnis war nicht immer friktionsfrei. Einmal drohte sogar eine Konkurrenz durch ein „überparteiliches" Jahrbuch „Kursbuch Kärnten".

Schwerpunkt der Ausgabe 2018 sind natürlich Analysen zur Landtagswahl 2018 und deren Auswirkungen. Dem Thema Wirtschaft ist ein weiterer Schwerpunkt gewidmet. Im Rahmen von Sonderthemen und durch eine Chronologie der wichtigsten Ereignisse wird das heurige Jahrbuch thematisch abgerundet.

Dass das „Kärntner Jahrbuch für Politik" nun bereits zum 25. Mal herausgegeben wird, ist sicherlich eine kleine Erfolgsstory. Das jährliche Erscheinen war nur möglich, weil Autorinnen und Autoren sowie wir als Herausgeber unentgeltlich arbeiten. Zu danken gilt daher in erster Linie unseren Autorinnen und Autoren, die wieder eine Reihe von interessanten Beiträgen zur Verfügung gestellt haben. Dank auch an unseren Lektor Wolbert Ebner, der das Projekt vom ersten Jahr an begleitet hat und uns über ein umsichtiges Lektorat hinaus mit zahlreichen Anregungen unterstützt.

Das „Kärntner Jahrbuch für Politik 2018" erhält keinerlei Förderung durch die öffentliche Hand. Wir bedanken uns hingegen bei drei Sponsoren:

Schon seit der ersten Ausgabe hilft uns die STRABAG (bis 1999 noch unter dem Namen IL-Bau) und seit 2004 die Kelag, die Finanzierung aufzubringen. Seit vier Jahren unterstützt uns auch der Kärntner Heimatdienst. Dank sagen wir auch der Firma Satz & Design Schöffauer sowie dem Hermagoras-Verlag, der die Publikation nun schon seit dem Jahr 2010 betreut.

PS: Der Aufbruch des Kärntner Jahrbuches in die nächsten 25 Jahre ist zugleich ein Abschied. Peter Filzmaier wird sich aus persönlichen Gründen nach 15-jähriger Herausgeberschaft zurückziehen. Seiner Verbundenheit dem Jahrbuch gegenüber tut das natürlich keinen Abbruch. Politikanalyse ist wichtiger denn je. Auch und gerade in Kärnten und aus kärntnerischer Perspektive.

Klagenfurt, im Dezember 2018

Karl Anderwald
Peter Filzmaier
Karl Hren

Uvodna beseda izdajateljev

25. koroški politični zbornik. Matematično rafinirane raziskave obletnic strank in politikov, televizije in časopisov, dogodkov v umetnosti in kulturi kakor tudi v izobraževanju in znanosti spadajo skorajda med vsakodnevne pojavne podobe v javnosti. Postati star ni noben uspeh sam po sebi. Kljub temu pa smemo izdajatelji opozoriti na posebnost jubileja.

Prav nobena avstrijska zvezna dežela se ne more izkazati s tako dolgim nepretrganim izdajanjem letnega zbornika za politiko. „Salzburški politični zbornik“ (Salzburger Jahrbuch für Politik), ki je prvič izšel leta 1989, je bil vzor za našo publikacijo, vendar je izhajal v dveletnih razmikih. Vse druge zvezne dežele so takšne zbornike začele izdajati šele kasneje.

Ambicija izdajateljev je aktualnost. Za politološke publikacije je največkrat značilno, da so predstavljene šele po daljšem času. To velja tudi za zbornike drugih zveznih dežel, saj največkrat izidejo šele v naslednjem letu. Nasprotno pa je „Koroški politični zbornik“ predstavljen še isto leto točno pred božičem. Predpostavki za to sta disciplina naših avtoric in avtorjev, ki se držijo postavljenih rokov, ter natančen časovni načrt za lektoriranje in delo v tiskarni.

Vseh 25 zbornikov skupaj obsega 8.400 strani. Skupno 558 prispevkov je napisalo 295 avtoric in avtorjev. Vse prispevke, ki so bili objavljeni po letu 2004, je mogoče najti tudi na naši spletni strani. Številni dostopi kažejo, da smo s tem tudi servis za znanstvena dela ter prispevamo k političnemu izobraževanju.

Ob 15-letnici je prišlo tudi do spremembe v založništvu, s čimer se je zbornik obenem povsem iztrgal iz bližine deželne politike. „Koroški politični zbornik“ zavzema tudi na tem področju posebno mesto med avstrijskimi zveznimi deželami. Tam zbornike izdajajo neposredno deželne vlade ali pa jih podpirajo z izdatnimi finančnimi sredstvi. Na Štajerskem izdaja politični zbornik ÖVP, stranka deželnega glavarja.

Mi vidimo svojo bistveno prednost v svoji neodvisnosti. Ta nam omogoča, da smo platforma za kritično in neodvisno obravnavanje družbeno pomembnih tem v naši zvezni deželi. „Koroški politični zbornik“ zato ni poveličujoča brošura in ne daje prostora oportunističnim razmislekom. Po drugi strani pa tudi noče biti noben pamflet. Avtoricam in avtorjem je pri njihovem prizadevanju za znanstveno obliko prispevkov omogočena svoboda glede vsebine. Za imensko podpisane prispevke pa velja načelo osebne odgovornosti.

Salzburški univerzitetni profesor dr. Herbert Dachs, ustanovitelj „Salzburškega zbornika za politiko“, je na predstavitvi naše prve publikacije naštel šest pomembnih argumentov, ki nagovarjajo k „odločnemu in rednemu

znanstvenem ukvarjanju z deželnopolitičnimi vprašanji". V naslednjem prispevku objavljamo njegove takratne ocene in ob tem smemo ugotoviti, da tudi po 24 letih niso prav nič izgubile svoje veljave. „Koroški politični zbornik" je s tem zapolnil vrzel v publicistični pokrajini naše zvezne dežele.

Izdajatelji smo se trudili, da bi se ob analizi aktualnega političnega dogajanja v minulem letu redno posvečali tudi drugim težiščem. Pri tem je šlo predvsem za dogajanje na občinski ravni in za gospodarski razvoj dežele. Svojo posebno pozornost smo vedno posvečali potrebam slovenske narodne skupnosti v deželi. To poudarjamo že s tem, da sta naslov knjige in uvodna beseda dvojezična.

V četrt stoletja izdajanja zbornika je imela Koroška štiri deželne glavarje, ki so pripadali štirim različnim strankam (ÖVP, FPÖ, BZÖ in SPÖ). Že iz tega razloga je bilo vedno potrebno biti nekako zadržan do politično odgovornih ljudi. Odnos ni bil vedno brez trenja. Nekoč je grozila celo konkurenca z „nadstrankarskim" zbornikom „Kursbuch Kärnten".

Težišča zbornika za leto 2018 so seveda analiza deželnozborskih volitev leta 2018 in njihove posledice. Nadaljnje težišče je posvečeno gospodarstvu. Letošnji zbornik tematsko zaokrožajo posebne teme in kronologija najpomembnejših dogodkov.

Dejstvo, da je „Koroški politični zbornik" zdaj izšel že 25-ič, je prav gotovo majhna zgodba o uspehu. Vsakoletni izid je bil možen samo zato, ker smo vsi – avtorice in avtorji kakor tudi mi izdajatelji – delali zastonj. Najprej se je torej treba zahvaliti našim avtoricam in avtorjem, ki so spet dali na voljo celo vrsto zanimivih prispevkov. Zahvaljujemo se tudi našemu lektorju Wolbertu Ebnerju, ki je projekt spremljal vse od prvega leta ter nas je poleg tega s svojim preudarnim lektoriranjem podprl s številnimi namigi.

„Koroški politični zbornik 2018" ni prejel nobene denarne podpore iz javnih sredstev. Zato se zahvaljujemo trem sponzorjem: že od prvega letnika nas finančno podpira STRABAG (do leta 1999 še pod imenom IL-Bau) in od leta 2004 Kelag. Že četrto leto nas je podprl tudi Kärntner Heimatdienst. Zahvalo izrekamo tudi podjetju Satz & Design Schöffauer kakor tudi Mohorjevi založbi, ki za publikacijo skrbi že vse od leta 2010.

P. S.: Prehod Koroškega zbornika v čas naslednjih 25 let pa je obenem zaznamovan tudi z nekim slovesom. Peter Filzmaier se iz osebnih razlogov umika po 15 letih izdajateljstva. Njegova povezanost z zbornikom pa s tem nikakor ni pretrgana. Politična analiza je pomembnejša bolj kakor kdaj koli prej – tudi in prav na Koroškem in s koroškega vidika.

Celovec, decembra 2018

Karl Anderwald
Peter Filzmaier
Karl Hren

Iz nemščine prevedel Stanislav M. Maršič

„Ein starkes Rückgrat und steife Ohren“

Erinnerungen an die Präsentation der Erstausgabe des „Kärntner Jahrbuchs für Politik“

Im Juni 1994 ist zum ersten Mal ein Kärntner Jahrbuch für Politik erschienen. Es sollte laut Vorwort zur Selbstfindung der Region beitragen und mithelfen, Kärnten mit all seinen Traditionen und Errungenschaften auf den nunmehr eingeschlagenen Weg in ein neues Europa vorzubereiten. Bei der Präsentation im Spiegelsaal der Landesregierung stellte der Vorstand des Senatsinstituts für Politikwissenschaft der Universität Salzburg, Univ.-Prof. Dr. Herbert Dachs, das Buch vor. Seine damalige Analyse, veröffentlicht in der Kärntner Kulturzeitschrift Die Brücke *3/1994, ist noch heute weitgehend relevant:*

Beim Kärntner Jahrbuch für Politik handelt es sich um ein Sammelwerk, das sich mit Fragestellungen und Problemen eines Bundeslandes auseinandersetzt. Diese in medialer Hinsicht meist im Schatten bundespolitischer Ereignisse liegende Mesoebene *Bundesland* gewinnt ja österreichweit seit längerem schon an Gewicht, an Dynamik und auch an politischer Brisanz. Ich selbst konzentriere seit längerem schon einen Teil meiner politikwissenschaftlichen und zeitgeschichtlichen Bemühungen auf die Erforschung der österreichischen Bundesländer, und ich darf daher hier einige Überlegungen und Beobachtungen beisteuern, die das hier zu präsentierende Werk in einen größeren Zusammenhang stellen können.

Mehrere, sehr gewichtige Argumente sprechen nämlich – so meine ich – für eine nachdrückliche und regelmäßige wissenschaftliche Auseinandersetzung mit landespolitischen Fragen: Sechs dieser Argumente möchte ich benennen:

1. Unsere Gesellschaft ist insgesamt unübersichtlicher geworden. Sie befindet sich in einem noch unklaren Stadium jenseits des Industrialismus. Die alten eindeutigen politischen Konfliktlinien von gestern sind zwar großteils noch nicht verschwunden, sie erscheinen aber undeutlicher und verwischt, auch teilweise aufgehoben, weil von neuen Problemlagen überdeckt, von Fragen, die vielfach mit den alten Bruchlinien nichts mehr gemein haben. In derartigen Situationen des Übergangs nun sind umfassende Informationen und Reflexionen über die Gesellschaft und ihre Zustände von besonderer Wichtigkeit.
2. Das politische Geschehen und Getriebe selbst stellt sich zum einen als immer kurzatmiger und zugleich vielschichtiger und unübersichtlicher dar, während im Reflex darauf die Tendenz an Boden gewinnt, sich wieder verstärkt auf vereinfachende, kurzschlüssige und überwiegend

von Emotionen und auch Vorurteilen getragene Erklärungsversuche und Rezepte einzulassen und damit zu hantieren.

3. Die Medien bieten zwar vielfach eine so dichte, rasche und bilderreiche Berichterstattung wie noch selten zuvor, sie müssen sich aber meist auf Aktuelles konzentrieren, wollen verknappen, nehmen Stereotypen zur Hilfe, müssen vereinfachen. Aus diesen und anderen Gründen kommen die Herausarbeitung von Grundlinien und Verweise auf den größeren Rahmen und die größeren Zusammenhänge meist zu kurz.

4. Wie in weiten Teilen Europas ist auch in Österreich eine spannungsreiche Ungleichzeitigkeit zu beobachten: Zum einen ist hier eine dynamische, auf Angleichung und Vereinheitlichung abzielende Modernisierung festzustellen, die immer weitere Lebensbereiche umfasst und unaufhaltsam und unumkehrbar zu sein scheint. Unterschiede, Eigenarten stören in diesem Konzept. – Komplementär, parallel also und im Widerspruch zu dem, was uns in der modernen Zivilisation allen gemeinsam ist, was uns gleich macht, wächst aber gleichzeitig das Interesse an der Erhaltung der einzelnen Teile, an deren Besonderheiten und Unverwechselbarkeiten, Identität und das Mindestmaß an Selbstsicherheit, um in größeren Zusammenhängen bestehen zu können und sich nicht zu verlieren, können aber offenbar leichter in überschaubaren Räumen grundgelegt werden. Die Regionen werden im nationalen und europäischen Rahmen aber nur dann Bestand haben, wenn sich die einzelnen Teile in realistischer Weise ihrer selbst gewiss sind, wenn sie sich selbst kennen, wenn sie Unverwechselbarkeiten und Identität einbringen.

5. Hinzu kommt, dass Region, Provinz und Gemeinde für einen wachsenden Teil der Bevölkerung an Bedeutung gewinnen und politische Entscheidung auch auf diesen Ebenen nicht mehr als unabänderliches Schicksal hingenommen, sondern mit zunehmend höheren Ansprüchen und Erwartungen und auch mit Kritik beobachtet und begleitet werden.

6. Bedeutend ist schließlich noch die Eigenwirkung und Dynamik der zwar – wie ich überzeugt bin – demokratiepolitisch überholten, aber in den meisten Bundesländern nach wie vor praktizierten, verfassungsmäßig vorgegebenen totalen proportionalen Aufteilung der politischen Macht mit den bekannten Folgen: Defizite in der Kontrolle, Unübersichtlichkeit der politischen Entscheidungs- und Tauschprozesse, Aufteilung der Einflussbereiche bis in den letzten Winkel hinein und damit zusammenhängende starke politische Abhängigkeitsverhältnisse, langwierige Entscheidungsfindung sowie gering profilierte Politik insgesamt, um nur einige Negativa zu benennen.

Angesichts dieser Entwicklungen und strukturellen Gegebenheiten ist nun schon aus grundsätzlichen und demokratiehygienischen Gründen jedem Bundesland eine Bühne, eine Plattform zu wünschen, auf der möglichst herrschaftsfrei nüchterne und sachliche, wenn nötig auch kritische und vor allem von engen parteipolitischen Zwängen und Kalkülen freie Kommunikation, Analyse und Diskussion möglich sind. Die imaginäre politische Arena wird damit ausgeweitet, die Zahl derer, die sich in den öffentlichen Diskurs einmischen, wird größer. Die Politik ist zu vielschichtig und zu wichtig, als dass das Reden, Nachdenken und Urteilen darüber nur den Politikern überlassen werden dürften.

Gerade bei der Auseinandersetzung mit Themen und Interessenlagen im regionalen und kommunalen Bereich hat man sich aber in besonderem Maße vor Selbstgenügsamkeit, Beschaulichkeit und falscher Idylle zu hüten. Vielmehr muss man sich um realistisch nüchterne Analyse bemühen. Ansprüche sind mit der Wirklichkeit zu kontrastieren, über das Woher und Wohin ist nachzusinnen, bedeutende Entwicklungen sind zu dokumentieren, Vergleiche sind herzustellen, Zweifel sind wachzuhalten, an Spielregeln ist zu erinnern, das gestern Gesagte ist mit dem heute Getanen und für morgen Geplanten zu vergleichen, Argumente und Begründungen sind einzufordern. Dabei erleichtert die Übersichtlichkeit der Territorien das genaue Hinschauen, das in die Tiefe gehende analytische Befassen.

Wer aber soll all das leisten? Wird hier naiv das Lied vom über den Dingen schwebenden objektiven Wissenschaftler angestimmt? Natürlich nicht!

Dem Wissenschaftler, insbesondere dem Sozialwissenschaftler, kann ja – um einem weitverbreiteten Missverständnis zu begegnen – bei all seinem Bemühen um rationale Argumente ein Mindestmaß, ein Rest an Subjektivität nicht genommen werden. Sozialwissenschaftliche Analyse darf nicht mit einer über den Dingen schwebenden (Schein-)Objektivität verwechselt werden. Ein mehr oder weniger großer subjektiver Rest wird immer bleiben, und dieser hat diskutier- und kritisierbar zu sein. Aber wissenschaftliches Tun – und das ist die wesentliche Qualität, die sie über die Beliebigkeit und kurzfristige taktische Kalküle hinausführt – muss stets geprägt sein vom Prinzip, die Erkenntnisvorgänge, die Argumente und auch Urteile sachlich nachvollziehbar zu untermauern und zu begründen. Vertretene Positionen müssen sich also durch die Güte der Argumente bewähren. Politische Opportunitätsüberlegungen, die Hofräte Hinsichtl und Rücksichtl also, dürfen keine Rolle spielen.

Mit politischen Reaktionen auf derartiges, von Unabhängigkeit geprägtes Bemühen muss natürlich gerechnet werden. Obzwar in unseren Breiten der politische Wettbewerb nicht mehr vom alttestamentarischen Prinzip des *Aug' um Aug´, Zahn um Zahn* geprägt ist, gilt die Maxime *Wer nicht für*

mich ist, ist gegen mich noch allemal. Dass die Rolle des machtlosen, nur reflektierenden und analysierenden Intellektuellen und Wissenschaftlers in diesem Spannungsfeld stets pikant und prekär ist, scheint klar. Gerade diese Ausgesetztheit und Verletzlichkeit, dieses Freisein von Zwängen zur vorgegebenen Interessendurchsetzung dieser oder jener Art, die Möglichkeit, in Alternativen zu denken, dies macht aber andererseits die Stärke des Wissenschaftlers aus. Wissenschaft kann anregen, Alternativen ins Spiel bringen, durch Vergleiche das oft eng begrenzte Gesichtsfeld ausweiten. Und dieses kostbaren Potentials muss sich jede Gesellschaft versichern, es muss gefördert werden. Zumindest auf Umwegen sind derartige Bemühungen stets fruchtbar und wertvoll.

Man muss also für jeden und jede froh sein, der oder die sich in ambitionierter und qualifizierter Weise mit Fragen der Gesellschaft auseinandersetzt.

Das sei den Scheuklappenträgern jeglicher Provenienz mit Nachdruck ins Stammbuch geschrieben, die wissenschaftliches Bemühen nur gelten lassen als besonders gefinkelte Variante von PR-Arbeit, als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln. Passen die Ergebnisse dann eventuell nicht ins eigene Konzept, so werden Wissenschaft und deren Protagonisten als Ganzes denunziert und heruntergemacht.

Vor dem Hintergrund dieser Überlegungen dürfte also meine eingangs formulierte Behauptung einleuchten, dass die Herausgabe des ersten *Jahrbuchs für Politik* grundsätzlich als ein eminentes Politikum der positiven Art einzustufen ist. Über die genaueren Motive und Zielsetzungen werden wir sicher noch von den Herausgebern hören. Ich wünsche dem Unternehmen Erfolg und den couragierten Initiatoren viele Ideen, ambitionierte Mitschreiber, ein starkes Rückgrat und steife Ohren, und abschließend möchte ich daran erinnern, dass Provinz, negativ verstanden als Synonym für Enge, Borniertheit und Selbstzufriedenheit, niemals ein Ort, sondern ein Zustand ist. Mit Ihrem Projekt werden Sie dagegen angehen!

„Trdna hrbtenica in napeta ušesa“

Spomini na predstavitev prve izdaje „Koroškega političnega zbornika“

Junija 1994 je prvič izšel „Koroški politični zbornik“. Kakor je pisalo v uvodniku, naj bi prispeval k temu, da bi regija našla sama sebe, ter pomagal, da bi se Koroška z vsemi svojimi tradicijami in dosežki pripravila na tedaj izbrano pot v novo Evropo. Na predstavitvi v Dvorani zrcal v stavbi deželne vlade je knjigo predstavil predstojnik inštituta za politologijo Univerze v Salzburgu univ. prof. dr. Herbert Dachs. Njegova takratna analiza, objavljena v koroški reviji za kulturo Die Brücke, *3/1994, je v veliki meri ohranila veljavnost vse do danes:*

Pri Koroškem političnem zborniku gre za zbornik, ki se ukvarja z vprašanji in problemi ene od zveznih dežel. Ta mezoraven *zvezna dežela*, ki jo z medijskega vidika največkrat zasenčujejo državni dogodki, namreč v avstrijskem merilu že dalj časa pridobiva težo, dinamiko in tudi politično brizantnost. Del svojih politoloških prizadevanj in truda s sodobno zgodovino že dalj časa posvečam raziskovanju avstrijskih zveznih dežel, in zato mislim, da smem danes prispevati nekaj razmislekov in opažanj, ki bi lahko postavili v širši kontekst to delo, ki ga bomo predstavili.

Več zelo pomembnih argumentov namreč – tako menim – nagovarja k odločnemu in rednemu znanstvenemu ukvarjanju z deželnopolitičnimi vprašanji. Rad bi navedel šest takih argumentov.

1. Naša družba je na splošno postala bolj nepregledna. Znašla se je za zdaj v še nejasnem stadiju onkraj industrializacije. Stare enoumne politične linije včerajšnjih konfliktov večinoma sicer še niso izginile, a te linije se pojavljajo manj jasno in zabrisano, deloma so tudi presežene, ker so jih prekrila nova problemska področja, vprašanja, ki marsikje nimajo več nič skupnega s starimi prelomnicami. V takšnih prelomnih situacijah imajo poseben pomen obširne informacije in refleksije o družbi in njenih stanjih.

2. Politično dogajanje in njegove pogonske sile so po eni strani vedno krajšega diha in hkrati bolj večplastni in bolj nepregledni, medtem ko se kot odziv na to krepi tendenca, da bi se vse bolj prepuščali in se dali voditi poenostavljenim, nepremišljenim poskusom razlage in receptom, ki slonijo pretežno na čustvih in tudi predsodkih.

3. Mediji sicer ponujajo tako obsežna, hitra in slikovita poročila kakor le redko kdaj predtem, toda večinoma se morajo osredotočati na aktualno dogajanje, hočejo reducirati, za pomoč si jemljejo stereotipe, morajo

poenostavljati. Iz teh in drugih razlogov potegnejo največkrat krajši konec izdelava osnovnih črt ter opozorila na širši okvir in širše povezave.

4. Kakor v širnih delih Evrope je mogoče tudi v Avstriji opaziti raznovrstno napeto neistočasnost: Po eni strani ugotavljamo pri nas dinamično modernizacijo, ki stremi po prilagajanju in poenostavljanju ter zajema čedalje več področij življenja in se zdi, da je nezaustavljiva in nepovratna. Razlike in posebnosti so motnja v tem konceptu. – Komplementarno, torej vzporedno in v nasprotju s tem, kar nam je v sodobni civilizaciji vsem skupno, kar nas dela enake, pa hkrati raste interes za ohranitev posameznih delov, okrog katerih posebnosti, nezamenljivosti, identitete in minimuma samozavestnosti, ki omogoča, da v večjih sklopih obstanejo in se ne izgubijo, se pa očitno lažje ustvarjajo pregledni prostori. Regije pa bodo v nacionalnem in evropskem okviru obstale le, če se bodo posamezni deli realno zavedali samih sebe, če bodo poznali sami sebe in če bodo vnašali nezamenljivost in identiteto.

5. Temu je treba dodati, da imajo regija, pokrajina in občina vse večji pomen za vse večji delež prebivalstva in da političnih odločitev tudi na teh ravneh ne sprejemajo več kot nespremenljivo usodo, ampak nanje gledajo in jih spremljajo z vse višjimi zahtevami in pričakovanji pa tudi s kritiko.

6. Končno sta pomembna tudi delovanje in dinamika demokratičnopolitično sicer – kakor sem prepričan – zastarele, toda v večini zveznih dežel še naprej prakticirane, v ustavi utemeljene totalne proporcionalne porazdelitve politične moči, kar ima poznane posledice: deficit v nadzoru, nepreglednost političnih procesov odločanja in političnih procesov izmenjav, razdelitev vplivov odločanja, ki sega do zadnjega kotička, in s tem povezane razmere močne politične odvisnosti, dolgotrajno sprejemanje odločitev kakor tudi na splošno premalo profilirana politika, da omenimo le nekaj negativnosti.

Zaradi takih razvojev in strukturnih danosti si moramo zato že iz načelnih in demokratično higienskih razlogov želeti, da nastane v vsaki zvezni deželi oder oz. platforma, na kateri bi bile možne čimbolj neodvisne, trezne in stvarne komunikacija, analiza in razprava, če je potrebno, tudi kritične in predvsem proste tesnih strankarskopolitičnih prisil in računov. Imaginarna politična arena se s tem razširi, število tistih, ki stopajo v javni diskurz, pa se poveča. Politika je preveč večplastna in preveč pomembna, da bi jo smeli prepustiti samo govorom, razmišljanju in presoji o njej politikom.

Posebej pa bi se pri ukvarjanju s temami in interesi na regionalnem in občinskem področju morali varovati samozadostnosti, spokojnosti in

napačne idile. Nasprotno, morali bi se truditi za realistično trezno analizo. Zahteve je treba primerjati z realnostjo, potrebno je razmisliti o od kod in kam, potrebno je dokumentirati pomembne stopnje razvoja, vzpostaviti je treba primerjave, treba je ohranjati dvome, potrebno si je klicati v spomin pravila igre, to, kar je bilo rečeno včeraj, je treba primerjati s tem, kar je narejeno danes, in s tem, kar je načrtovano za jutri, potrebno je zahtevati argumente in utemeljitve. Pri tem preglednost nad teritoriji izostri natančen pogled, v globino segajoči analitični postopek.

Kaj pa naj bi dosegli z vsem tem? Se s tem naivno zapoje pesem o objektivnem gospodarstveniku, ki lebdi nad stvarmi? Seveda ne!

Znanstveniku, zlasti če gre za družboslovca, namreč ni mogoče – in s tem se lotevamo še enega zelo razširjenega nesporazuma – kljub vsemu njegovemu prizadevanju pri iskanju racionalnih argumentov odvzeti vsaj najmanjše možne mere, vsaj ostanka subjektivnosti. Družboslovne analize ne smemo zamenjati z (dozdevno) objektivnostjo, ki lebdi nad stvarmi. Vedno bo ostal večji ali manjši subjektivni ostanek, in ta mora biti predmet razprave in kritike. Toda znanstveno delovanje – in to je bistvena kvaliteta, ki vodi onstran poljubnosti in kratkoročnih taktičnih računov – mora biti prežeto z načelom, da je treba spoznavne postopke, argumente in tudi presoje stvarno prepričljivo podkrepiti in utemeljiti.

Seveda je treba pri tem računati na politične odzive na takšno na neodvisnosti temelječo prizadevanje. Čeprav sicer v naših krajih politična tekma ne sloni več na starozaveznem načelu *Oko za oko, zob za zob*, pa še vedno velja vodilo *Kdor ni za mene, je proti meni*. Zdi se jasno, da je na tem polju napetosti vloga nemočnega, zgolj reflektirajočega in analizirajočega intelektualca in znanstvenika vedno dražljiva in problematična. Toda po drugi strani je moč znanstvenika ravno ta izpostavljenost in ranljivost, ta biti prost od prisil za uveljavljanje vnaprej določenih interesov te ali one vrste, možnost razmišljanja o alternativah. Znanost lahko spodbudi, da v igro stopijo alternative in da se pogosto zelo omejeno vidno polje razširi na podlagi primerjav. In ta dragoceni potencial si mora zagotoviti, ga krepiti vsaka družba. Vsaj po ovinkih so tovrstna prizadevanja vedno plodna in dragocena.

Zato moramo biti veseli vsakogar in vsake, ki se ambiciozno in usposobljeno ukvarja z družbenimi vprašanji.

To naj si dobro zapišejo za uho vsakovrstni nosilci plašnic, za katere znanstveno delo nekaj velja le, če gre za posebno prebrisano inačico PR-dela, za nadaljevanje politike z drugačnimi sredstvi. Če pa rezultati morda ne ustrezajo lastnemu konceptu, tedaj znanost in njene protagoniste kot celoto ožigosajo in dajejo v nič.

Na podlagi teh razmišljanj bi morala biti torej razumljiva moja uvodoma formulirana trditev, da je treba izdajo prvega *Političnega zbornika* načelno opredeliti kot eminenten politikum pozitivne vrste. O natančnejših motivih in ciljih bomo gotovo slišali še od izdajateljev. Temu podvigu želim uspeh in pogumnim pobudnikom veliko idej, ambiciozne sodelavce, trdno hrbtenico in napeta ušesa, in na koncu bi rad spomnil, da provinca, negativno razumljena kot sinonim ozkosti, omejenosti in samozadostnosti, ni nikoli kraj, ampak je stanje. S tem svojim projektom boste nastopali proti temu!

Iz nemščine prevedel Stanislav M. Maršič

Peter Filzmaier/Flooh Perlot/Martina Zandonella

Die Landtagswahl 2018 in Kärnten: Wahlmotive und Wählerströme

1. Ausgangslage

Eine wesentliche Rahmenbedingung für jede Wahl ist das Ergebnis der vorangegangenen Wahl. In Kärnten galt das 2018 noch mehr als sonst. Fünf Jahre zuvor hatte die seit Ende der 1990er Jahre dominierende FPÖ[1] – bzw. ihre Abspaltungen BZÖ und FPK – zusammen über 25 Prozentpunkte eingebüßt. Das war der mit Abstand größte Verlust einer erneut kandidierenden Partei bei einer Landtagswahl in Österreich. Mit einher ging ein Wechsel an der Landesspitze, SPÖ-Spitzenkandidat Peter Kaiser wurde Landeshauptmann, und in der auch mit der FPÖ besetzten Proporzregierung wurde eine Zusammenarbeit mit ÖVP und Grünen beschlossen. Letztere hatten 2013 mit rund zwölf Prozent zudem ihr bis dato bestes Ergebnis in Kärnten erzielt. Das Team Stronach hatte mit elf Prozent das – rückblickend – beste Resultat seiner Geschichte in Österreich geschafft.

Der thematische Hintergrund dieser Ereignisse war die Aufarbeitung der Entwicklungen rund um die Hypo-Alpe-Adria-Bank und der weitreichenden Konsequenzen für die Landesfinanzen. Diese Ausgangslage schlug sich in der generellen Stimmung nieder: In der Wahltagsbefragung des ORF sprach 2013 mit 54 Prozent mehr als die Hälfte der KärntnerInnen davon, dass sich das Land in den vergangenen Jahren negativ entwickelt habe, nur 13 Prozent sahen einen positiven Trend (ISA/SORA 2013).

2018 fehlte ein entsprechend dominantes Thema, das Klima im Bundesland hatte sich zudem gewandelt: Nun waren 45 Prozent der Ansicht, eine positive Entwicklung wahrzunehmen, und nur mehr 17 Prozent beklagten Verschlechterungen (ISA/SORA 2018).

Eine weitere Rahmenbedingung für die Landtagswahl 2018 lässt sich in der türkis-blauen Bundesregierung sehen, die seit wenigen Monaten im Amt war. Bei der zuvor durchgeführten Nationalratswahl schnitt die ÖVP in Kärnten schlechter, die SPÖ geringfügig besser und die FPÖ deutlich besser als im Bundestrend ab (vgl. Filzmaier/Holzer/Perlot 2017a).

Ein dritter Aspekt, der schon vor der Landtagswahl diskutiert wurde, betraf vor allem die Zeit nach dem Wahlsonntag: Für die Regierungsbildung in Kärnten galten erstmals neue Spielregeln. Der Proporz, also die automatische Zuweisung von Sitzen in der Landesregierung an alle Parteien, die einen gewissen Stimmenanteil erzielten, war abgeschafft

worden, eine Koalitionsbildung (oder allenfalls Alleinregierung) analog zur Bundesebene damit nötig.

2. Ergebnis

Die Landtagswahl endete mit einem starken Zugewinn der SPÖ, sie konnte 10,8 Prozentpunkte zulegen und erreichte ihr bestes Ergebnis in Kärnten seit 1984, zum zweiten Mal in Folge gewann sie deutlich dazu (zusammen mit dem Ergebnis 2013 knapp 20 Prozentpunkte; siehe Tab. 1). Es war gleichzeitig der drittgrößte Zugewinn der SPÖ bei Bundes- oder Landeswahlen in Österreich seit 1945 überhaupt (höher war das Plus nur bei den Landtagswahlen Salzburg 2004 und Oberösterreich 2003). Die Partei erreichte 18 der 36 Mandate, womit keine Mehrheit mehr gegen sie im Landtag gebildet werden konnte.

Die FPÖ, die 2013 noch als FPK angetreten war, kam auf rund 23 Prozent, ein Zugewinn von rund sechs Prozentpunkten. Mit neun Mandaten wurde sie zur zweitstärksten Partei, blieb aber deutlich hinter ihren Ergebnissen zwischen 1989 und 2009. Die ÖVP konnte ihr Resultat von 2013 nur geringfügig erhöhen und erreichte mit gut 15 Prozent den dritten Platz sowie sechs Mandate. Das Team Kärnten, welches vor fünf Jahren als Teil des Team Stronach gegründet und in den Landtag eingezogen war, büßte mit knapp sechs Prozent zwar Stimmenanteile ein, konnte aber drei (der zuvor vier) Mandate verteidigen.

Die Grünen verloren mit neun Prozentpunkten am stärksten und scheiterten klar am Wiedereinzug in den Landtag. Hatten sie 2013 mit der Aufarbeitung der Hypo-Krise ein zentrales Thema besetzt, fehlte ein entsprechender Schwerpunkt 2018. Dazu kam, dass die im Juli 2017 abgewählte Landessprecherin Marion Mitsche mit einer eigenen Liste (FAIR) antrat, die Partei damit sowohl intern als auch in der Außenwahrnehmung mit einer Spaltung zu kämpfen hatte – vor dem Hintergrund der öffentlich diskutierten beschädigten Perspektiven der Grünen nach dem Ausscheiden aus dem Nationalrat 2017.

Die fünf weiteren kandidierenden Listen – BZÖ, Verantwortung Erde, NEOS, FAIR, KPÖ – konnten ebenso nicht genügend WählerInnen überzeugen, um sich Sitze im Landtag zu sichern. Bei den NEOS lief dieses Ergebnis entgegen dem Trend der anderen drei Landtagswahlen 2018, bei denen sie den Einzug jeweils schafften.

2018 waren in Kärnten rund 6.000 Personen weniger wahlberechtigt als noch 2013 – im Wahlvergleich ebenfalls ein Unikum (die Zahl lag auch unter dem Wert von 2009). Durchaus analog zu den anderen Bundesländern entwickelte sich in diesem Jahr hingegen die Wahlbeteiligung:

Gingen 2013 noch knapp drei Viertel zur Wahl, waren es 2018 nur mehr gut zwei Drittel. Das war die mit Abstand niedrigste Beteiligung im Bundesland seit 1945. Die sinkende Wahlbeteiligung hatte auch zur Folge, dass etwa die ÖVP trotz eines prozentuellen Gewinns insgesamt rund 1.000 Stimmen weniger für sich verbuchen konnte als bei der vorherigen Landtagswahl.

Tabelle 1: Ergebnis der Landtagswahl Kärnten 2018

	absolut		**in Prozent**	
	2018	**+/–**	**2018**	**+/-**
Wahlberechtige	434.121	– 6.627		
Wahlbeteiligung	297.918	–33.289	68,6 %	–6,5 %
gültige Stimmen	294.092	–30.191	98,7 %	0,8 %
SPÖ	140.994	20.598	47,9 %	10,8 %
FPÖ (FPK)	67.538	12.904	23,0 %	6,1 %
ÖVP	45.438	– 1.258	15,5 %	1,1 %
Team Kärnten (Team Stronach)	16.667	–19.589	5,7 %	–5,5 %
Grüne	9.188	–30.053	3,1 %	–9,0 %
NEOS	6.307	n. a.	2,1 %	n. a.
Erde	5.441	n. a.	1,9 %	n. a.
BZÖ	1.075	–19.670	0,4 %	–6,0 %
KPÖ	822	n. a.	0,3 %	n. a.
FAIR	622	n. a.	0,2 %	n. a.

Die Angaben in Klammer beziehen sich auf die Parteibezeichnungen bei der Landtagswahl 2013.

Quelle: Amt der Kärntner Landesregierung 2018.

Regional gesehen war die Wahlbeteiligung in den Bezirken Hermagor, Klagenfurt Land, Villach Land und Völkermarkt überdurchschnittlich (siehe Tab. 2). Die SPÖ konnte insbesondere in den Städten Klagenfurt und Villach ihr Gesamtergebnis übertreffen, die FPÖ war in den Bezirken Wolfsberg, Feldkirchen und St. Veit an der Glan stärker. Die ÖVP erzielte vor allem in Hermagor, aber auch in Spittal an der Drau und Völkermarkt ein besseres Ergebnis, in Spittal an der Drau schnitt auch das Team Kärnten besser ab.

Tabelle 2: Bezirksergebnisse

	Wahlbeteiligung	SPÖ	FPÖ	ÖVP	TK
Klagenfurt (Stadt)	65 %	54 %	19 %	11 %	5 %
Villach (Stadt)	64 %	53 %	20 %	11 %	5 %
Hermagor	77 %	45 %	19 %	26 %	5 %
Klagenfurt Land	72 %	49 %	21 %	16 %	5 %
St. Veit an der Glan	69 %	45 %	27 %	17 %	5 %
Spittal an der Drau	69 %	42 %	24 %	19 %	9 %
Villach Land	71 %	50 %	23 %	14 %	6 %
Völkermarkt	72 %	49 %	21 %	18 %	5 %
Wolfsberg	67 %	46 %	29 %	16 %	5 %
Feldkirchen	68 %	42 %	29 %	15 %	7 %

Quelle: Amt der Kärntner Landesregierung 2018.

Im österreichweiten Vergleich stellt das SPÖ-Ergebnis das derzeit – Stand 2018 – beste Landesergebnis der Partei dar. Bei der FPÖ ist es entgegen früheren Wahlen nicht so, sie war zuletzt in Wien, Oberösterreich, der Steiermark und Vorarlberg stärker. Für die ÖVP bleibt Kärnten ein Ausreißer nach unten, nur in Wien erreichte sie bei der zuletzt aktuellen Wahl 2015 noch weniger Stimmenanteile. Für die Grünen markiert das Ausscheiden aus dem Landtag 2018 ebenso einen negativen Höhepunkt, Kärnten ist nun das einzige Bundesland, in dem sie über keine Mandate mehr verfügen.

3. Wahlverhalten

Das Institut für Strategieanalysen (ISA) und das Institute for Social Research and Consulting (SORA) führten im Auftrag des ORF eine Wahltagsbefragung zur Landtagswahl 2018 durch. Insgesamt wurden 1.224 Personen vom Donnerstag vor der Wahl bis inklusive Wahltag telefonisch befragt, die Auswahl erfolgte per Zufall. Die Daten wurden nach Geschlecht, Alter, Bildungsgrad und Erwerbsart sowie mit dem hochgerechneten Wahlergebnis am Wahltag selbst gewichtet, um möglichst nahe am Ergebnis der Landtagswahl zu liegen. Inhalte der Befragung waren unter anderem die Parteipräferenzen verschiedener Gruppen der Bevölkerung, Wahlmotive

und diskutierte Themen (Quelle für alle folgenden Daten: ISA/SORA 2018).

Beim Wahlverhalten war vor allem auffällig, dass die SPÖ bei Frauen sehr viel besser abschnitt als bei Männern (siehe Tab 3). Hätten nur Kärntnerinnen gewählt, dann hätte die Partei eine absolute Mehrheit erzielt (56 Prozent). Auch die Grünen hätten unter Wählerinnen den Einzug in den Landtag vermutlich wieder geschafft.

Die FPÖ war demgegenüber mit knapp 30 Prozent bei Männern sehr viel stärker, was in geringerem Umfang auch für die ÖVP galt. Bei den Wählern kamen beide gemeinsam auf knapp 50 Prozent, die SPÖ auf vergleichsweise geringe 40 Prozent.

Ein weiterer Bruch in der SPÖ-Wählerschaft war zwischen jüngeren und älteren WählerInnen erkennbar: Die Partei konnte bei Personen ab 60 Jahren fast 60 Prozent der Stimmen für sich verbuchen, bei jüngeren Personen lag sie unter ihrem Gesamtergebnis. Entsprechend schnitt sie auch unter PensionistInnen besser ab als unter Erwerbstätigen.

Bei den anderen Parteien war der Unterschied weniger eindeutig: Die FPÖ erzielte bei jüngeren WählerInnen tendenziell ein etwas besseres Ergebnis, die ÖVP war bei Personen zwischen 30 und 59 Jahren überdurchschnittlich stark. Die Grünen hätten wiederum bei unter 30-Jährigen den Wiedereinzug, die NEOS vermutlich den erstmaligen Einzug geschafft.

Teilt man die Wählerschaft nach Personen mit formal niedriger und hoher Bildung, dann wird insbesondere bei der FPÖ ein Unterschied deutlich: Befragte, die AHS/BHS-Matura oder einen Hochschulabschluss haben, stimmten sehr viel seltener für diese Partei als andere Befragte (Pflichtschulabschluss, Lehre, Abschluss einer berufsbildenden mittleren Schule). Das Verhältnis betrug hier elf zu 27 Prozent. Nur bei den Grünen war ein ähnlich dramatischer Unterschied (acht zu einem Prozent) sichtbar.

Der vermutlich klarste Einfluss auf das Wahlverhalten war abseits der angesprochenen soziodemographischen Variablen die subjektive Wahrnehmung, wie sich das Bundesland in den vergangenen fünf Jahren entwickelt hat: Von den 45 Prozent, die Kärnten einen positiven Trend attestierten, stimmten drei Viertel für die SPÖ. Vor allem die FPÖ, aber auch die ÖVP blieben in dieser Gruppe im einstelligen Prozentbereich.

Umgekehrt erzielte die FPÖ bei Personen mit einer negativen Sichtweise auf Kärntens Entwicklung rund 60 Prozent, das Team Kärnten gewann ebenfalls mehr Stimmen von dieser Gruppe. Die ÖVP konnte ihr Gesamtergebnis vor allem bei jenen übertreffen, die keine wesentlichen Veränderungen wahrgenommen haben.

Tabelle 3: Wahlverhalten ausgewählter Gruppen

	SPÖ	FPÖ	ÖVP	TK	Grüne
gesamt	48	23	16	6	3
Männer	40	29	18	7	1
Frauen	56	17	13	4	6
bis 30 Jahre	44	24	9	7	7
30 bis 59 Jahre	44	23	19	6	3
60 Jahre und älter	58	20	14	4	1
formal niedrige Bildung*	47	27	15	7	1
formal hohe Bildung	51	11	17	2	8
positive Entwicklung**	73	6	12	1	4
negative Entwicklung	9	59	11	13	3
keine Veränderung	30	29	24	8	2

* formal niedrige Bildung: Pflichtschule, Lehrabschluss, Abschluss einer berufsbildenden mittleren Schule (ohne Matura); formal hohe Bildung: AHS/BHS-Matura, Universitäts-/FH-Abschluss.

** Hat sich Kärnten in den vergangenen fünf Jahren eher positiv oder eher negativ entwickelt, oder hat sich alles in allem nichts verändert?

Angaben in Prozent. Grau hinterlegt sind jene Werte, die signifikant vom Gesamtergebnis abweichen, die also mit hoher Wahrscheinlichkeit messbare Abweichungen im Wahlverhalten darstellen (p>0,05).

Quelle: ISA/SORA 2018.

Mit der Arbeit der Landesregierung waren zum Zeitpunkt der Wahl rund 60 Prozent sehr oder ziemlich zufrieden, 29 Prozent waren wenig und sechs Prozent gar nicht zufrieden. Diese Einstellung unterschied sich stark zwischen SPÖ- und FPÖ-AnhängerInnen, in beiden Gruppen waren knapp über bzw. knapp unter 90 Prozent mit der Landesregierung zufrieden bzw. nicht zufrieden. ÖVP-WählerInnen äußerten sich mehrheitlich zufrieden, waren aber vergleichsweise etwas weniger positiv eingestellt (weitere Gruppen an ParteiwählerInnen können aufgrund der Fallzahl nicht extra ausgewiesen werden).

Im Wahlverhalten spiegelte sich dieses Verhältnis wider, KritikerInnen der bisherigen Landesregierung wählten zu mehr als 50 Prozent die FPÖ (und zu stark überdurchschnittlichen zwölf Prozent das Team Kärnten),

zufriedene Personen hingegen zu über 70 Prozent die SPÖ. Die Bilanz bei der ÖVP war ausgeglichen.

Mit der Bundesregierung zeigten sich neun Prozent sehr und 33 Prozent eher zufrieden, hier gab es erneut eine klare Trennlinie zwischen SPÖ-WählerInnen auf der einen und FPÖ- bzw. nun auch ÖVP-WählerInnen auf der anderen Seite. Das Wahlverhalten dieser Gruppen gestaltete sich entsprechend, mit knapp 70 Prozent für die SPÖ bei GegnerInnen der Bundesregierung und 42 bzw. 26 Prozent für FPÖ bzw. ÖVP bei ihren AnhängerInnen.

4. Direktwahl, Wahlmotive und Themen

Das starke Ergebnis der SPÖ kann nicht davon getrennt werden, dass die Partei den Landeshauptmann stellte. In der fiktiven Direktwahlfrage konnte Peter Kaiser 54 Prozent der deklarierten WählerInnen erreichen, Gernot Darmann (FPÖ) kam mit 18 Prozent auf den zweiten und Christian Benger (ÖVP) mit elf Prozent auf den dritten Platz. Das heißt, dass Kaiser potentiell mehr Stimmen erhalten hätte als die SPÖ an sich. Insbesondere im Vergleich mit 2013 wird der Einfluss der Funktion – im Sinne eines „Amtsträgerbonus" – deutlich: Damals erreichte Kaiser – als Spitzenkandidat – 36 Prozent in der fiktiven Direktwahlfrage (ISA/SORA 2013).

Tatsächlich war die Person Peter Kaiser auch das häufigste Wahlmotiv der SPÖ-WählerInnen: Jede/r Dritte nannte auf die Frage nach dem Hauptgrund, diese Partei gewählt zu haben, den amtierenden Landeshauptmann und SP-Spitzenkandidaten. Für die SPÖ-WählerInnen außerdem entscheidend war die bisherige Arbeit der Partei (von rund jedem/r Fünften als Hauptwahlmotiv genannt) und ihre inhaltlichen Standpunkte (16 Prozent; ISA/SORA 2018).

Auch bei den FPÖ- und ÖVP-WählerInnen standen diese drei Motive im Vordergrund, ihre Reihenfolge war jedoch eine andere: Am häufigsten genannt wurde nicht der jeweilige Spitzenkandidat, sondern die inhaltlichen Standpunkte der Partei – für 21 Prozent der FPÖ- und für 30 Prozent der ÖVP-WählerInnen war dies das Hauptwahlmotiv. Dahinter folgte die bisherige Arbeit der jeweiligen Partei (von 12 Prozent der FPÖ-WählerInnen und 17 Prozent der ÖVP-WählerInnen genannt). An dritter Stelle reiht sich schließlich der Spitzenkandidat ein – im Vergleich zu den SPÖ-WählerInnen war er für jeweils nur rund jede/n zehnte/n FPÖ- bzw. ÖVP-WählerIn der ausschlaggebende Grund für ihre Wahlentscheidung (ISA/SORA 2018).

Tabelle 4: Wahlmotive

	SPÖ-WählerInnen	FPÖ-WählerInnen	ÖVP-WählerInnen
Spitzenkandidat	33	10	12
bisherige Arbeit der Partei	21	12	17
inhaltliche Standpunkte	16	21	30
keine andere Partei wählbar	7	5	7
Glaubwürdigkeit der Partei	5	7	4
Partei ist gut für Zukunft Kärntens	3	8	10
Partei soll in Regierung	0	9	5
Partei kontrolliert	1	6	0
Hypo-Pleite/Schulden des Landes	1	0	0
bestimmte Koalition ermöglichen	0	5	7
Gegengewicht Bundesregierung	4	2	2
Unterstützung Bundesregierung	0	2	2

Man entscheidet sich ja aus verschiedenen Gründen für eine Partei. Wenn Sie einen Hauptgrund für Ihre Wahl nennen müssten, was wäre das? (ohne Antwortvorgabe, nur eine Antwort)

Angaben in Prozent. Grau hinterlegt sind die drei am häufigsten genannten Wahlmotive pro Partei.

Quelle: ISA/SORA 2018.

Im Laufe des Wahlkampfs hat die KärntnerInnen eine Reihe von Themen beschäftigt: Besonders häufig wurde über Zuwanderung diskutiert (29 Prozent „sehr häufig"), dahinter folgten Arbeitsplätze, Gesundheit und Pflege, Sozialleistungen sowie die Maßnahmen der Bundesregierung (von jeweils rund einem Viertel „sehr häufig" diskutiert; ISA/SORA 2018).

Zuwanderung war dabei v. a. für jene KärntnerInnen, die ihrem Land eine negative Entwicklung attestierten, ein zentrales Thema: Mit 55 Prozent hat mehr als jede/r Zweite in dieser Gruppe sehr häufig über Zuwanderung diskutiert. Im Vergleich dazu gilt selbiges für nur 19 Prozent jener KärntnerInnen, die eine positive Entwicklung wahrgenommen haben. In deren Diskussionen spielten Gesundheit und Pflege sowie Bildung und Ausbildung eine bedeutendere Rolle (von jeweils 29 Prozent „sehr häufig" diskutiert; ISA/SORA 2018).

Dementsprechend diskutierten auch die WählerInnen der verschiedenen Parteien über unterschiedliche Themen. Bei den SPÖ-WählerInnen standen Sozialleistungen (33 Prozent „sehr häufig"), Gesundheit und Pflege (30 Prozent) sowie die Maßnahmen der Bundesregierung (29 Prozent)

ganz oben auf der Liste. Bei den FPÖ-WählerInnen nahm die Zuwanderung einen überragenden ersten Platz ein – zwei Drittel haben sehr häufig über dieses Thema diskutiert. Dahinter folgten – mit (knapp) einem Drittel deutlich abgeschlagen – Sicherheit, die Maßnahmen der Bundesregierung und Arbeitsplätze. Die ÖVP-WählerInnen diskutierten wiederum am häufigsten über Wirtschaft (36 Prozent), die Maßnahmen der Bundesregierung (31 Prozent) und Zuwanderung (27 Prozent) sowie Arbeitsplätze (26 Prozent; ISA/SORA 2018).

Während die Maßnahmen der Bundesregierung die unterschiedlichen ParteiwählerInnen in ähnlichem Ausmaß beschäftigt haben – sie wurden von jeweils rund 30 Prozent sehr häufig diskutiert –, war Zuwanderung das zentrale Thema der FPÖ-WählerInnen. Den ÖVP- und v. a. den SP-WählerInnen war dieses Thema weitaus weniger wichtig (ISA/SORA 2018).

Tabelle 5: Im Wahlkampf diskutierte Themen

	Gesamt	**positive Entw.***	**negative Entw.***	**keine Veränd.***	**SPÖ-WählerInnen**	**FPÖ-WählerInnen**	**ÖVP-WählerInnen**
Zuwanderung	29	19	55	30	16	66	27
Arbeitsplätze	26	25	33	25	28	30	26
Maßnahmen der Bundesregierung	26	26	32	24	29	31	31
Gesundheit und Pflege	25	29	21	22	30	15	23
Sozialleistungen	24	26	30	20	33	21	15
Bildung und Ausbildung	22	29	16	16	26	11	21
Wirtschaft	19	19	23	17	16	19	36
Sicherheit	17	13	28	17	11	33	17
Schulden des Landes	16	15	23	15	15	13	18
Umweltschutz	15	18	15	11	17	7	11
Wohnen	9	11	10	7	12	7	6

Haben Sie im Wahlkampf über folgende Themen sehr häufig, ziemlich häufig, wenig oder gar nicht diskutiert?

*Hat sich Kärnten in den vergangenen fünf Jahren eher positiv oder eher negativ entwickelt, oder hat sich alles in allem nichts verändert?

Angaben in Prozent „sehr häufig diskutiert“. Grau hinterlegt sind die drei jeweils am häufigsten genannten Themen.

Quelle: ISA/SORA 2018.

5. Wählerströme

Schließlich sollen auch noch die Wählerströme zur Analyse der Kärntner Landtagswahl 2018 herangezogen werden. Sie geben Auskunft darüber, welchen Parteien die unterschiedlichen Wählergruppen bzw. die NichtwählerInnen der Landtagswahl 2013 bei der Wahl 2018 ihre Stimme gegeben haben (Quelle der folgenden Daten: ORF/SORA 2018).

Der SPÖ ist es dabei am besten gelungen, ihre WählerInnen von 2013 wieder von sich zu überzeugen: 80 Prozent der SPÖ-WählerInnen von 2013 haben auch 2018 wieder die SPÖ gewählt. Mit 17.000 Stimmen konnte die SPÖ außerdem am meisten ehemalige NichtwählerInnen für sich gewinnen. Auch 13.000 Grün-WählerInnen von 2013 entschieden sich 2018 für die SPÖ.

Die FPÖ konnte rund ein Viertel (73 Prozent) ihrer WählerInnen von 2013 erneut für sich mobilisieren. Dazugewonnen hat sie vor allem ehemalige Team Stronach-WählerInnen (11.000 Stimmen) und ehemalige BZÖ-WählerInnen (7.000 Stimmen). Rund 9.000 bzw. 17 Prozent der FPÖ-WählerInnen von 2013 sind 2018 nicht zur Wahl gegangen. Auch jede/r dritte ehemalige BZÖ-WählerIn hat 2018 nicht an der Wahl teilgenommen.

Die ÖVP konnte 2018 rund zwei Drittel (65 Prozent) ihrer ehemaligen WählerInnen wieder von sich überzeugen. Gewinne verzeichnete sie mit jeweils rund 3.000 Stimmen von der FPK, dem Team Stronach und dem BZÖ. Rund 5.000 Stimmen hat die ÖVP an die SPÖ verloren, 6.000 ÖVP-WählerInnen von 2013 haben 2018 nicht an der Wahl teilgenommen.

Im Gegensatz zu den hohen bis sehr hohen Behalteraten von ÖVP, FPÖ und SPÖ hat nur jede/r fünfte (19 Prozent) Grün-WählerIn von 2013 auch 2018 wieder Grün gewählt. Verloren haben die Grünen dabei v. a. in Richtung SPÖ (13.000 Stimmen bzw. jede/n Dritten ihrer WählerInnen von 2013). Mit rund 14.000 blieb ein weiteres gutes Drittel ihrer WählerInnen von 2013 bei der Landtagswahl 2018 zu Hause.

Das Team Kärnten konnte nur jede/n dritte/n Team Stronach-WählerIn von sich überzeugen – beinahe ebenso viele ehemalige Team Stronach-WählerInnen entschieden sich 2018 für die FPÖ (Tab. 6).

Das Wahlverhalten bei Landtagswahlen unterscheidet sich häufig sehr deutlich von jenem auf Bundesebene. Da die Nationalratswahl nur knapp fünf Monate vor der Kärntner Landtagswahl stattgefunden hat, ist ein Vergleich in diesem Fall besonders spannend. Wie haben also die ÖVP-, SPÖ- und FPÖ-WählerInnen der Nationalratswahl bei der Landtagswahl abgestimmt? Die Wählerströme von der Nationalratswahl 2017 auf die Landtagswahl 2018 geben darüber Auskunft (Quelle der Daten in Tab. 8: ORF/SORA 2018).

Tabelle 6: Wählerströme von der Landtagswahl 2013 zur Landtagswahl 2018 (absolut in 1.000 Stimmen)

	SPÖ 2018	FPÖ 2018	ÖVP 2018	Grüne 2018	TK 2018	NEOS 2018	BZÖ 2018	Sonstige 2018	Nichtwähler 2018
SPÖ 2013	97	3	4	1	1	1	0	1	14
FPK 2013	2	40	3	0	0	0	0	0	9
ÖVP 2013	5	2	31	0	1	1	0	0	6
Grüne 2013	13	1	1	7	1	2	0	1	14
TS 2013	3	11	3	0	12	1	0	1	5
BZÖ 2013	2	7	3	0	1	0	1	0	7
Sonstige 2013	2	2	1	0	0	0	0	1	0
Nichtw. 2013	17	2	2	0	0	0	0	3	86
Gesamt 2018	140	67	46	9	17	6	1	7	141

Absolut in 1.000 Stimmen; Lesebeispiel: 97.000 SPÖ-WählerInnen von 2013 haben auch bei der Landtagswahl 2018 die SPÖ gewählt.
Quelle: ORF/SORA 2018.

Tabelle 7: Wählerströme von der Landtagswahl 2013 zur Landtagswahl 2018 (Aufteilung der alten Ergebnisse)

	SPÖ 2018	FPÖ 2018	ÖVP 2018	Grüne 2018	TK 2018	NEOS 2018	BZÖ 2018	Sonstige 2018	Nichtwähler 2018
SPÖ 2013	80 %	2 %	3 %	1 %	1 %	1 %	0 %	0 %	12 %
FPK 2013	4 %	73 %	5 %	0 %	1 %	0 %	0 %	0 %	17 %
ÖVP 2013	11 %	4 %	65 %	1 %	3 %	2 %	0 %	1 %	13 %
Grüne 2013	32 %	2 %	2 %	19 %	3 %	5 %	0 %	2 %	35 %
TS 2013	8 %	31 %	8 %	0 %	33 %	3 %	0 %	3 %	14 %
BZÖ 2013	8 %	32 %	15 %	0 %	3 %	2 %	4 %	1 %	35 %
Sonstige 2013	29 %	27 %	11 %	0 %	3 %	4 %	0 %	18 %	7 %
Nichtw. 2013	15 %	2 %	2 %	0 %	0 %	0 %	0 %	3 %	78 %

In Zeilenprozent; Lesebeispiel: 80 Prozent der SPÖ-WählerInnen von 2013 haben auch bei der Landtagswahl 2018 die SPÖ gewählt.
Quelle: ORF/SORA 2018.

Hervor sticht, dass die Landes-SPÖ besonders viele ÖVP-WählerInnen der Nationalratswahl von sich überzeugen konnte: Mit rund 27.000 Stimmen hat jede/r dritte Kurz-WählerIn bei der Landtagswahl die SPÖ gewählt. Auch 7.000 FPÖ-WählerInnen haben sich bei der Landtagswahl für die SPÖ entschieden.

Die FPÖ hatte vor allem Schwierigkeiten, ihre WählerInnen von der Nationalratswahl davon zu überzeugen, auch an den Landtagswahlen teilzunehmen: Jede/r Dritte (32.000 Stimmen) entschloss sich, im März 2018 zu Hause zu bleiben. Auch jede/r fünfte ÖVP-WählerIn der Nationalratswahl (19.000 Stimmen) hat an den Landtagswahlen nicht teilgenommen

Tabelle 8: Wählerströme von der Nationalratswahl 2017 zur Kärntner Landtagswahl 2018 (absolut in 1.000 Stimmen)

	SPÖ 2018	**FPÖ 2018**	**ÖVP 2018**	**Grüne 2018**	**TK 2018**	**NEOS 2018**	**Sonstige 2018**	**Nichtw. 2018**
SPÖ 2017	87	0	4	0	2	1	1	5
FPÖ 2017	7	58	1	0	7	0	3	32
ÖVP 2017	27	7	37	1	1	0	1	19
Grüne 2017	2	0	1	3	1	0	0	0
NEOS 2017	2	0	2	0	2	4	1	3
Liste Pilz 2017	4	1	0	3	0	0	0	2
Sonstige 2017	2	0	1	0	0	0	1	2
Nichtw. 2017	8	1	1	1	4	0	0	78
Gesamt 2018	140	67	46	9	17	6	8	141

Absolut in 1.000 Stimmen; Lesebeispiel: 87.000 SPÖ-WählerInnen der Nationalratswahl 2017 haben auch bei der Kärntner Landtagswahl 2018 die SPÖ gewählt.

Quelle: ORF/SORA 2018.

6. Fazit

An der Landtagswahl in Kärnten 2018 ist auf den ersten Blick bemerkenswert, dass die drei größten Parteien teils sehr klar dazugewinnen konnten. Dieses Potential für Gewinne hat sich durch das Ausscheiden der Grünen und des BZÖ sowie durch die Verluste des ehemaligen Team Stronach ergeben, was gleichzeitig den Sechs-Parteien-Landtag wieder auf vier Fraktionen verkleinerte.

Betrachtet man die Daten der Wahltagsbefragung überblicksartig, dann sticht vor allem die seit 2013 gewandelte und nun deutlich bessere Stimmungslage im Bundesland hervor. Es kann als Stehsatz gelten, dass eine amtierende Regierungspartei bei einer Wahl gut abschneidet, wenn die Bevölkerung zufrieden ist. In Kärnten ist dieser Einfluss schwer zu übersehen.

Angesichts der Daten lässt sich auch eine Verbindung mit der Bundesebene bzw. der Zusammensetzung der Bundesregierung nicht ohne weiteres herstellen. Eine Konfrontation einer SPÖ-geführten Landesregierung mit der neuen türkis-blauen Koalition scheidet zudem als wahlbestimmender Faktor aus, da letztere erst kurz im Amt war. Eine Mobilisierung entlang ihrer Vorhaben war damit noch kaum möglich. So gesehen wurde die Landtagswahl überwiegend in Kärnten gewonnen und verloren. Doch auch wenn die neue Bundesregierung nicht wahlentscheidend war, hat sie die KärntnerInnen durchaus beschäftigt – sie zählt parteiübergreifend zu den Top 3 jener Themen, die die Menschen während des Wahlkampfes besonders häufig diskutiert haben.

Die Auffälligkeiten im Wahlverhalten schreiben überwiegend Trends fort, die schon 2013 sichtbar waren, etwa der Vorsprung der SPÖ bei Wählerinnen oder die Kluft im Wahlverhalten nach formaler Bildung (ISA/SORA 2013). Gleichzeitig bestätigte das Kärntner Ergebnis ein Bild, das 2018 auch in Tirol und Salzburg sichtbar wurde: Die Parteien der amtierenden Landeshauptleute konnten klare Zugewinne verzeichnen. In Niederösterreich kann trotz leichten Verlusten der ÖVP die Verteidigung der absoluten Mandatsmehrheit analog gesehen werden, womit der Gesamteindruck noch unterstrichen wird.

Perspektivisch stellt sich die Frage, wie sich die Parteien weiter entwickeln. Für die SPÖ ist ein erneuter, praktisch linearer Zugewinn nach den beiden großen Erfolgen 2013 und 2018 wenig realistisch, vielmehr rückt das Halten des Ergebnisses rund um eine absolute (Mandats-)Mehrheit in den Mittelpunkt. Inwieweit das gelingen kann, hängt zum einen davon ab, ob die SPÖ die zahlreichen ehemaligen Nicht- und GrünwählerInnen, die sie 2018 gewählt haben, an sich binden kann. Zum anderen hängt dies auch von der FPÖ und ihren künftigen regionalen Resultaten ab. Kärnten ist nach wie vor wichtig für die Partei, wurde aber in Sachen Ergebnishöhe bereits von anderen Bundesländern überholt. Entgegen früheren Zeiten hat die bundespolitische Führung der FPÖ zudem keine direkte Verankerung vor Ort mehr.

Für die ÖVP bleibt Kärnten ein wenig erfolgreiches Pflaster, was allerdings historisch gesehen einem langjährigen Trend entspricht (Filzmaier/Holzer/Perlot 2017b, 50). Für die Grünen, die österreichweit gesehen ohnehin erst verspätet in den Landtag eingezogen waren, ist eine Rückkehr in fünf

Jahren nicht garantiert – die Chancen dafür werden wesentlich vom dann vorliegenden (bundes)politischen Umfeld abhängen. Das gilt freilich für alle Parteien, nicht zuletzt, da den regulären Landtagswahlen 2023 auch wieder eine Nationalratswahl vorausgehen wird.

Quellen:

Amt der Kärntner Landesregierung: Landtagswahl 2018, https://www.ktn.gv.at/Verwaltung/Amt-der-Kaerntner-Landesregierung/Abteilung-1/Organisation/Statistik/Themenbereiche/Wahlen, 28. 6. 2018.

Filzmaier, Peter/Holzer, Andreas/Perlot, Flooh: Die Nationalratswahl 2017 in Kärnten, in: Anderwald, Karl/Filzmaier, Peter/Hren, Karl (Hg.): Kärntner Jahrbuch für Politik 2017, S. 9–22, Klagenfurt 2017a.

Filzmaier, Peter/Holzer, Andreas/Perlot, Flooh: Landtagswahlen in Kärnten, in: Anderwald, Karl/Filzmaier, Peter/Hren, Karl (Hg.): Kärntner Jahrbuch für Politik 2017, S. 41–56, Klagenfurt 2017b.

ISA/SORA: Wahltagsbefragung zu der Kärntner Landtagswahl 2018, Wien 2018. http://ww.strategieanalysen.at/wahlen, 28. 6. 2018.

ISA/SORA: Wahltagsbefragung zur Kärntner Landtagswahl 2013, Wien 2013. http://ww.strategieanalysen.at/wahlen, 28. 6. 2018.

ORF/SORA: Wählerstromanalysen zur Kärntner Landtagswahl 2018, Wien 2018. http://www.sora.at/themen/wahlverhalten/wahlanalysen/waehlerstromanalysen/ltw-ktn18.html, 21. 8. 2018.

Anmerkungen

1 Aufgrund der weitgehenden Deckungsgleichheit von FPÖ, BZÖ und FPK in Kärnten wird zur sprachlichen Vereinfachung in weiterer Folge nur mehr von der FPÖ gesprochen. Falls notwendig, wird das BZÖ explizit davon differenziert.

Karl Anderwald

Der Landtagswahlkampf 2018

1. Eine „kritische Wahl“ steht vor der Tür

Nach den vier Landtagswahlen in der Ersten Republik und den 16 Urnengängen nach 1945 konnten die Kärntnerinnen und Kärntner am 4. März 2018 zum 21. Mal über die Zusammensetzung ihres Landesparlaments entscheiden. Es war dabei zu erwarten, dass eine der „kritischen Wahlen“ mit bedeutenden Veränderungen der Parteienlandschaft bevorstand.

Die Jahrzehnte eines stabilen Parteiensystems in Kärnten waren Vergangenheit. In der Ersten Republik standen sich noch regelmäßig die Sozialdemokraten einerseits und die drei Parteien des bürgerlichen Lagers (Landbund, Großdeutsche Volkspartei und Christlichsoziale Partei) andererseits gegenüber. Die Landtagswahl 1921 brachte bei den Mandaten eine Pattstellung und mit Florian Gröger einen sozialdemokratischen Landeshauptmann als Kompromiss. Nach den Wahlgängen 1923, 1927 und 1930 gab es im Landtag immer insgesamt eine Mehrheit für die bürgerlichen Parteien, die allerdings nur 1923 gemeinsam angetreten waren, sich aber in der Folge mitunter heftig bekämpften. Den Landeshauptmann stellte danach stets der Landbund (Vinzenz Schumi, Arthur Lemisch und Ferdinand Kernmaier).[1]

Ein „frozen party system“ kennzeichnete auch die Parteienlandschaft nach 1945. Mit Ausnahme der Landtagswahl 1949, nach der sich eine gemeinsame Mehrheit für ÖVP und VDU im Landtag ausgegangen wäre, erreichte die SPÖ dann stets 18 Mandate und kam damit auf 50 Prozent der Sitze. Zusätzlich verhinderte das eine Mandat der KPÖ eine Mehrheit von ÖVP und der FPÖ, der Nachfolgepartei des VDU. Ein Vierteljahrhundert blieb dieses Kräfteverhältnis unverändert, bis die SPÖ nach der Landtagswahl im Jahr 1970 auf 20 Mandate kam. Es begann die Ära von Hans Sima und Leopold Wagner mit dem für sie kennzeichnenden „SPÖ-Bonapartismus“.[2]

Dann vergingen wieder fast 20 Jahre, bis es zur „kritischen Wahl“ 1989 kam. Die Ära Jörg Haider konnte durch dessen baldige Abwahl als Landeshauptmann und durch die Koalition SPÖ-ÖVP mit Landeshauptmann Christoph Zernatto nach der Landtagwahl 1994 noch hinausgezögert werden. Ab 1999 beherrschte dann aber Jörg Haider die Kärntner Landespolitik. Sogar nach seinem Tod gab es durch die „Haider-Gedenkwahl“ im Jahr 2009 vier weitere Jahre Dominanz der damals noch unter der Marke BZÖ angetretenen Kärntner Freiheitlichen.

Bei der vorgezogenen Landtagswahl vom 3. März 2013 brach diese Vorherrschaft aber wie ein Kartenhaus zusammen. Die Freiheitlichen verloren zwei Drittel ihrer Stimmen. Mit dem Team Stronach zog eine neue Partei in den Landtag ein. Wesentlich gestärkt wurden SPÖ und Grüne.

Die Wahl am 4. März 2018 sorgte für zusätzliche Spannung durch eine Premiere: Nach der Abschaffung des Proporzsystems bei der Wahl der Landesregierung durch den Landtag zugunsten einer freien Regierungsbildung durch Mehrheitswahl waren die Karten neu gemischt. Keine der bisher vier in der Landesregierung vertretenen Parteien konnte von vornherein davon ausgehen, in der neuen – fünf bis sieben Sitze umfassenden – Landesregierung vertreten zu sein. Alle erdenklichen Varianten waren möglich.

2. Die Ausgangspositionen der zur Wahl angetretenen Parteien

2.1 SPÖ mit Peter Kaiser als Trumpf-Ass

In der Koalition mit ÖVP und den Grünen profilierten sich die Sozialdemokraten während der abgelaufenen Funktionsperiode als führende Kraft im Land. Schwerpunkte der Regierungsarbeit waren die Lösung der Haftungsfrage nach dem Hypo-Desaster und die Reform der Landesverfassung. Beide Themen konnten letztlich erfolgreich abgearbeitet werden. Rückenwind für die SPÖ brachten auch die positiven Wirtschaftsdaten. Kärntens Wirtschaft war im ersten Halbjahr 2017 um 4,7 Prozent überdurchschnittlich stark gewachsen. Der sinkenden Zahl von Arbeitslosen standen laut Arbeitsmarktservice doppelt so viele offene Stellen wie im Vorjahr gegenüber.

Nach dem Erfolg bei der Landtagswahl 2013 war die Position von Landeshauptmann Peter Kaiser innerhalb der Landespartei unumstritten. Der Kärntner Landeschef übte sogar wesentlichen Einfluss auf die Bundespartei aus und war einer der Königsmacher beim Wechsel von Werner Faymann auf Christian Kern. Seine Wortmeldungen vermittelten Sachlichkeit und Kompetenz. Kaiser verzichtete auf die Starallüren seiner beiden Vorgänger im Amt des Kärntner Landeshauptmannes, war aber in der Öffentlichkeit mindestens ebenso präsent. Dass ihr Landeshauptmann „so gut ankam“, wirkte sich daher auch positiv auf die Partei aus. Bereits am 1. Juli 2017 stellte die SPÖ bei einer Kärnten-Konferenz am Hafnersee die Weichen, als gleichzeitig mit der Kandidatenliste für den Nationalrat auch der Wahlvorschlag für die Landtagswahl beschlossen wurde. Die von Peter Kaiser und seinen beiden Stellvertreterinnen Gaby Schaunig und Beate Prettner angeführte Liste signalisierte Kontinuität und erhielt 89,7 Prozent Zustimmung.

Wie stark der Landeshauptmann-Bonus letztlich sein wird, war ein halbes Jahr vor der Wahl noch nicht klar. Zu bedenken gab der SPÖ, dass beim Kärntner Ergebnis der Nationalratswahl vom 15. Oktober 2017 die FPÖ knapp aber doch die Nase vorn hatte und auch die ÖVP nur 2,5 Prozentpunkte hinter den Sozialdemokraten lag. Die Kärntner SPÖ büßte hingegen ein Nationalratsmandat ein. Schmerzlich zudem der Verlust des Bürgermeisteramtes in der Gemeinde St. Stefan im Gailtal an die ÖVP bei der Nachwahl am 1. Oktober 2017. Für Verunsicherung sorgten außerdem die noch laufenden Ermittlungen in der so genannten Top-Team-Affäre, von denen auch Peter Kaiser betroffen war.

Eine von der Partei Mitte November 2017 in Auftrag gegebene Umfrage des Grazer Instituts GKM ergab jedoch folgende Prognose: SPÖ 38 Prozent, FPÖ 27 Prozent, ÖVP 17 Prozent, Team Kärnten 6 Prozent und Grüne 4 Prozent. 49 Prozent der Befragten würden Peter Kaiser in einer Direktwahl zum Landeshauptmann wählen.[3]

2.2 FPÖ mit Gernot Darmann statt Christian Ragger

Die GKM-Umfrage zeigte auf, dass sich die Freiheitlichen gegenüber dem Wahlergebnis 2013 zwar deutlich gesteigert haben. Ein Platz eins wie bei der Nationalratswahl oder bei der Bundespräsidentenwahl 2016 schien aber außer Reichweite. Bei der fiktiven Direktwahl zum Landeshauptmann votierten nur neun Prozent für Gernot Darmann, gegenüber 49 Prozent für Peter Kaiser. Dass der ÖVP-Landesrat Christian Benger nur auf 6 Prozent kam, war ein schwacher Trost.[4] Dieses Stimmungsbild zeigte den wesentlichen Nachteil gegenüber der SPÖ auf.

Die Kärntner Freiheitlichen waren während der laufenden Funktionsperiode in den Schoß der Bundespartei zurückgekehrt und wieder eine FPÖ-Landespartei geworden. Das hatte auch personelle Konsequenzen: Über ausdrücklichen Wunsch von Bundesparteiobmann Heinz-Christian Strache übergab Landesrat Christian Ragger im Juni 2016 diese Funktion und den Parteivorsitz an Gernot Darmann, der als Herausforderer von Peter Kaiser in den Ring steigen sollte. Der aus dem Lavanttal stammende 42jährige Jurist hatte seine Karriere als Landesparteisekretär begonnen. Er konnte dann auf eine mehrjährige Tätigkeit als Landtagsabgeordneter verweisen, ehe er 2013 in den Nationalrat übersiedelte. Von dort wurde er wieder nach Kärnten beordert. Die sehr begrenzten Zuständigkeiten als Landesrat erlaubten in der kurzen verbliebenen Zeit allerdings keine spektakulären Auftritte. Die Bühne im Landtag gehörte Klubobmann Christian Leyroutz, der hier mit Attacken gegen die Dreier-Koalition den Ton angab.

Im Bundesrat saß für die Partei immer noch Ex-Landeshauptmann Gerhard Dörfler. Als dieser im März 2017 nach dem Schuldspruch in der Causa BZÖ-Wahlbroschüre seine Funktion mit der Begründung zurücklegte,

sich dem Kampf um seine persönliche Reputation zu widmen, erlebte die Partei bei der Bestellung der Nachfolge eine Überraschung, weil Dörflers Stellvertreterin Jutta Arztmann ihren Platz nicht räumen wollte und nun als parteifreie Abgeordnete im Bundesrat auftrat. Die Nationalratswahl hatte hingegen ein Come-back von Christian Ragger gebracht. Der Wolfsberger Ex-Landesrat sah aber seinen Schwerpunkt nunmehr in der Bundespolitik.

Insgesamt gaben politische Beobachter den Freiheitlichen die besten Chancen, Hauptgewinner der Wahl zu werden. Dafür sprachen die niedrige Ausgangsposition und prognostizierte Verluste des nunmehrigen Team Kärnten, von denen in erster Linie die FPÖ profitieren sollte.

2.3 ÖVP mit Luft nach oben?

Auch die Ausgangsposition der ÖVP ließ Luft nach oben zu. Den knapp 17 Prozent bei der Landtagswahl 2013 stand ein Anteil von 25,45 Prozent bei den Gemeinderatswahlen 2015 gegenüber, bei denen man einen Zuwachs von fast 3 Prozent verzeichnen konnte. Die gleichzeitig abgehaltenen Bürgermeisterwahlen brachten kärntenweit ein Plus von neun Gemeindechefs. Die ÖVP löste dabei in den Städten Feldkirchen und Radenthein die SPÖ ab und scheiterte in Hermagor nur sehr knapp. Bei der Nachwahl in der Gemeinde St. Stefan im Gailtal am 1. Oktober 2017 gelang es, der SPÖ auch dieses Bürgermeisteramt zu entreißen. Es gab daher nun 43 ÖVP-Bürgermeister in Kärnten. Bei der Nationalratswahl im Oktober 2017 wurde mit einem Stimmenanteil von 26,8 Prozent das Ergebnis der Gemeinderatswahlen noch übertroffen. Umgelegt auf eine Landtagswahl wäre die Volkspartei im Landtag mit 11 Mandaten der FPÖ (13 Mandate) und der SPÖ (12 Mandate) bereits sehr nahe gekommen.

Als Schwachstelle wurde der Spitzenkandidat angesehen. Der aus Vorarlberg stammende 55jährige Forstwirt Christian Benger aus Griffen war am 7. März 2014 überraschend von Engelbert Obernosterer als Nachfolger für die Funktion des Landesparteiobmannes präsentiert worden. Als politischer Quereinsteiger beerbte er damit auch Wolfgang Waldner in der Landesregierung. Bereits am 10. Juli 2017 setzte der Parteivorstand zur Frage des Spitzenkandidaten für die Landtagswahl vollendete Tatsachen und nominierte Christian Benger. Die Bürgermeister Christian Poglitsch, Martin Gruber, Herbert Gaggl und Ferdinand Hueter sollten ihm als Listenerste für die vier Wahlkreise zur Seite stehen. Trotzdem hielten sich hartnäckig Gerüchte, dass man doch nicht mit Benger in die Wahl gehen werde. Als Hoffnungsträgerin, den Schwung der Nationalratswahl mitzunehmen, galt Elisabeth Köstinger, die aber ihre Berufung in die Bundesregierung vorzog.

2.4 Grünes Gemetzel

Parallel zu ihren bundespolitischen Turbulenzen verübten auch die Kärntner Grünen einen Selbstmord auf Raten: Bei der Mitgliederversammlung am 9. Juni 2017 wurde der Klubobfrau im Landtag, Barbara Lesjak, die für eine Wiederkandidatur im Landtag erforderliche Zwei-Drittel-Mehrheit verweigert. Der nächste Dolchstoß erfolgte am 1. Juli 2017 beim Parteitag im Klagenfurter Lakeside-Park. Landessprecherin Marion Mitsche, die sich um den zweiten Listenplatz für die Landtagswahl bewarb, wurde auf die aussichtslose neunte Stelle gereiht. Sie trat aus der Partei aus und gründete mit weiteren Dissidenten die neue politische Bewegung „F.A.I.R. (Für alle interessierten Reformer)". Landesrat Rolf Holub versagte als Vermittler und wertete das grüne Trauerspiel sogar als „Zeichen der Erneuerung".[5]

Die erste Rechnung dafür wurde bei der Nationalratswahl präsentiert. Die Grünen verloren in Kärnten fast zehn Prozentpunkte und erreichten magere 2,4 Prozent. Der Wiedereinzug in den Landtag schien für die bisherige Regierungspartei daher in weite Ferne gerückt. Es blieb die Hoffnung, dass die Wähler letztlich das Engagement des Spitzenkandidaten Rolf Holub als Umweltreferent in der Landesregierung honorieren würden.

2.5 Team Stronach alias Team Kärnten alias Gerhard Köfer

Frank Stronachs Partei lebte in Kärnten als „Team Kärnten" mit der Parteifarbe Gelb, eigentlich aber als One-man-show seines einstigen Paladins Gerhard Köfer weiter. Köfer zog nach der Landtagswahl 2013 in die Landesregierung ein. Die Zahl der vier Landtagsabgeordneten litt allerdings unter beträchtlicher Schwindsucht. Nach einer eher unappetitlichen Auseinandersetzung verließ bereits Ende Oktober 2013 Siegfried Schalli die Partei und kooperierte mit der FPÖ. Die Folge war der Verlust des Klubstatus. Im April 2014 trat zudem Köfers Stellvertreter als Landesrat, Willy Haslitzer, aus der Partei aus. Am 28. September 2017 trennte sich die Partei von Martin Rutter, der im Landtag als wilder Abgeordneter verblieb, und knapp zwei Monate später wechselte am 13. Dezember 2017 Isabella Theuermann zum Landtagsklub der FPÖ. Hartmut Prasch, Köfers treuester Gefolgsmann, verblieb als einziger Abgeordneter im Landtag. Die Partei verlor jetzt noch den Status als „Interessensgemeinschaft". Es gab aber auch Zuwachs: Der Klagenfurter Gemeinderat Klaus-Jürgen Jandl, früherer Landesobmann der Neos und Sohn des einstigen Klagenfurter ÖVP-Stadtrats Dieter Jandl, wechselte zum Team Kärnten. Gerhard Köfer zeigte sich vom personellen Aderlass unbeeindruckt. Das Erscheinungsbild in der Öffentlichkeit war ja nach wie vor auf seine Person zugeschnitten. Auch im Wahlkampf sollte das seinen Niederschlag finden.

2.6 Kann das BZÖ überleben?

Die beiden Landtagsabgeordneten des BZÖ Johanna Trodt-Limpl und Wilhelm Korak schienen ein Jahr vor der Wahl ihr Interesse verloren zu haben. Jedenfalls kündigten sie am 7. Mai 2017 an, dass sie mit Ende der Funktionsperiode aus der Politik ausscheiden wollen. 64 Delegierte der Partei wählten daraufhin bei der Landesversammlung am 4. Juni 2017 den Grafensteiner Gemeinderat Helmut Nikel zum neuen Landesobmann. Es sollte sich bald herausstellen, dass es ernste Zerwürfnisse zwischen den beiden Abgeordneten und dem neuen Obmann gab, der gegen sie massive Vorwürfe erhob. Bereits am 18. Juli forderte Helmut Nikel den sofortigen Rücktritt der beiden Mandatare. Johanna Trodt-Limpl und Wilhelm Korak legten als Reaktion ihre Parteimitgliedschaft zurück und verblieben als parteifreie „Interessensgemeinschaft" im Landtag. Der neue Obmann kündigte die Wiederkandidatur der Partei an und trat selbst als Spitzenkandidat auf.

2.7 Die Neos werden von der Volksgruppe umgarnt

Dass Kärnten kein einfacher Boden für die Neos ist, hatte sich schon bei der Nationalratswahl 2013 gezeigt, bei der die Partei erstmals angetreten war und in diesem Bundesland über 3,5 Prozent nicht hinauskam. Besser verlief es bei der EU-Wahl 2014 mit einem Anteil von 6,5 Prozent. Bei den Bürgermeister- und Gemeinderatswahlen 2015 trat man nur in sieben Gemeinden an, die allerdings zusammen fast 40 Prozent aller Kärntner Wahlberechtigten umfassten. Die insgesamt 4052 Stimmen ergaben einen Anteil von nur 1,28 Prozent. Drei der sieben von den für die Neos für sich reklamierten Gemeinderatssitze entfielen in Wolfsberg auf die Liste des ehemaligen FPÖ-Vizebürgermeisters Heinz Hochegger, dessen Gemeinderatspartei LWO aber dann im April 2017 die Zusammenarbeit mit den Neos aufkündigte. Dann verließen auch die beiden Gemeinderäte in Klagenfurt und Villach, Klaus-Jürgen Jandl und Bernd Stechauner, die Partei. Den Neos blieben daher nur mehr ihre zwei Gemeinderäte in Spittal an der Drau und Krumpendorf. Die Personaldecke war somit sehr dünn.

Bereits im Vorfeld der Nationalratswahl knüpfte der Obmann der Einheitsliste und Vizebürgermeister von Bad Eisenkappel/Železna Kapla, Gabriel Hribar, Kontakte zu den Neos mit dem Ziel einer gemeinsamen Kandidatur bei der Landtagswahl. Bemühungen der Christlichen Slowenen, Kandidaten bei anderen Parteien zu platzieren, hatten schon Tradition und waren bisher durchaus erfolgreich verlaufen. Karel Smolle war es seinerzeit gelungen, bei den Grünen und dann auch beim Liberalen Forum in den Nationalrat einzuziehen. Das gleiche Kunststück gelang Angelika Mlinar, die 2014 auf der Liste der Neos in das Europäische Parlament gewählt wurde.

Der „Probelauf für die Landtagswahl“ fand bei der Nationalratswahl am 15. Oktober 2017 statt. Die mit Svetlana Wakounig auf Platz zwei der Landesliste angetretenen Neos konnten trotz des Einsatzes von Matthias Strolz und Irmgard Griss in Kärnten die Fünf-Prozent-Marke nicht schaffen. Trotzdem kam es zur gemeinsamen Kandidatur mit Gemeinderäten der Volksgruppe als Wahlplattform „Neos plus Mein Südkärnten – Moja Juzna Koroška“. Innerhalb der EL gab es aber Widerstand. Adrian Kert, Gemeinderat-Stellvertreter in Ferlach, sprach sich für einen selbstständigen Auftritt der Einheitsliste aus und legte Hribar den Rücktritt als Parteichef nahe. Man könne „nicht Diener zweier Herren sein“.[6] Auch die Organisation der slowenischen Studenten in Wien lehnte die Allianz ab.

Der Spitzenkandidat wurde von den Neos gestellt. Es kam dabei aber nicht der Spittaler Gemeinderat Hermann Bärntatz, der den nach Wien übersiedelten Christoph Haselmayer als Landesobmann abgelöst hatte, sondern der Seebodener Unternehmer Markus Unterdorfer-Morgenstern, auch bekannt als Schlagersänger Marco Polo, zum Zug. Der Jurist war früher im FPÖ-Parlamentsklub bzw. im Büro von FPÖ-Landeshauptmannstellvertreter Mathias Reichhold tätig und ist mit der Schwester von Schispringer Thomas Morgenstern verheiratet. Auf Platz zwei kandidierte Gabriel Hribar.

2.8 Zwei weitere Grünparteien und die KPÖ

Die Spaltung der Grünbewegung schlug sich in zwei weiteren Grünparteien nieder. Marion Mitsche kündigte mit ihren Mitstreitern, dem Klagenfurter Gemeinderat Thomas Winter-Holzinger und dem Althofener Stadtrat Wolfgang Leitner, die Kandidatur von „F.A.I.R.“ an und eröffnete bereits am 15. Dezember 2017 ein Parteibüro am Klagenfurter Kardinalsplatz. Der Klagenfurter Ex-Gemeinderat und Urgestein der Grünen, Reinhold Gasper, schloss sich der neuen Bewegung an. Spitzenkandidatin war Marion Mitsche selbst, die im Gemeinderat von Hermagor nunmehr als „F.A.I.R.-Mandatarin“ auftrat.

Bei der letzten Gemeinderatswahl in Villach konnte die Liste „Verantwortung Erde“ ein Mandat erreichen. Der 29jährige Gemeinderat Sascha Jabali wollte nun auch auf der Landesebene antreten. Er outete sich im ideologischen Sinn als weder links noch rechts. Anstelle von Wirtschaftswachstum wollte er aber den Schwerpunkt auf Lebensgrundlagen und menschliche Potenzialentfaltung legen. Es gelang die notwendigen Unterstützungserklärungen zu sammeln. Seine Unterschrift leistete dazu auch Villachs Ex-Bürgermeister Helmut Manzenreiter. Er begründete dies, dass er jungen Leuten die Möglichkeit bieten wolle, zu kandidieren. Am 4. März werde er jedoch seine Stimme der SPÖ geben.[7] Sascha Jabali überließ die Funktion des Spitzenkandidaten dem 31jährigen Villacher Volkswirt Gerald

Dobernig, der für die Wahlwerbung sogar seinen Job bei einer IT-Firma aufgab.

Auch die Spitzenkandidatin der KPÖ, Bettina Pirker, kam ursprünglich aus den Reihen der Grünen. Die Partei trat diesmal als „KPÖ & Unabhängige Linke/Levica“ an, konnte aber nicht landesweit kandidieren, weil für den Wahlkreis Oberkärnten nicht die erforderlichen Unterstützungserklärungen zustande kamen.

3. Der Verlauf des Wahlkampfs

3.1 Auftaktveranstaltungen

Gerhard Köfer konnte den Beginn des Wahlkampfs offensichtlich kaum mehr erwarten. Bereits im November 2017 platzierte er Inserate auf Rolling Boards. Das Team Kärnten war dann auch die erste Partei, die den Wahlkampf offiziell eröffnete. Beobachter vermuteten allerdings, dass der Parteiwechsel der für den zweiten Listenplatz vorgesehenen Isabella Theuermann Köfer zur Flucht nach vorne gezwungen habe. Am 18. Dezember 2017 präsentierte die Partei im Casineum Velden vor 300 Gästen fünf Kandidaten ihrer Landesliste. Die ersten drei Plätze gingen nach Spittal an der Drau. Nach Gerhard Köfer rangierten der bisherige Abgeordnete Hartmut Prasch und der Spittaler Stadtrat Gerhard Klocker. Platz vier war für die Neuerwerbung Klaus-Jürgen Jandl, Platz fünf für die Villacherin Marina Koreimann vorgesehen. Als stolzes Wahlziel nannte man Rang drei hinter SPÖ und FPÖ. Am gleichen Tag wurde Köfer allerdings mit einem weiteren Abgang konfrontiert: Seine Landesrat-Stellvertreterin Renate Haider wechselte ebenfalls zur FPÖ. Begründung: „In der Partei sei alles nur auf die Person Köfer fokussiert.“[8]

Als zweite Partei waren die Grünen an der Reihe, die am 12. Jänner 2018 ihren Wahlkampfauftakt als „Neujahresempfang“ im Klagenfurter Künstlerhaus abhielten. Rolf Holub prägte dabei vor einer überschaubaren Schar von Parteigängern den Slogan „Das können nur wir“. Gemeint war ein Alleinvertretungsanspruch bei den Themen Umwelt, Energie und Verkehr.

Die ÖVP legte es diesmal anders an. Bei einer Gemeindekonferenz am 4. Dezember 2017 in Velden gab Landesgeschäftsführer Josef Anichhofer die Strategie für den Landtagswahlkampf bekannt. Man setzte auf Regionalisierung. Die verschiedenen Regionen sollten einen eigenen Wahlkampf führen, wobei ÖVP-Bürgermeister als Landtagskandidaten um Vorzugsstimmen werben sollten. Dementsprechend gab es nicht einen, sondern gleich acht regionale Wahlkampfstarts, die man „Zukunftsgespräche“ nannte. Der erste fand für die Bezirke Villach-Stadt und Villach-Land am 15. Jänner 2018 in Latschach statt, die weiteren sieben wurden bis

1. Februar absolviert. Im Mittelpunkt standen dabei immer Referate von Christian Benger.

Die FPÖ beschloss am 11. Dezember 2017 ihre Kandidatenliste, die keine großen Überraschungen brachte. Zum Wahlkampfleiter wurde der Mühldorfer Bürgermeister und Abgeordnete zum Nationalrat Erwin Angerer bestellt. Als Veranstaltungsort für den Auftakt am 18. Jänner 2018 war ursprünglich das Stadttheater Klagenfurt vorgesehen. Von dort erhielt man aber eine Absage und wich in das Kongresscenter Pörtschach aus. Gernot Darmann erhielt vor rund 1000 Sympathisanten Schützenhilfe von Vizekanzler Heinz-Christian Strache und Verteidigungsminister Mario Kunasek. Darmann sprach in seiner 45-minütigen Rede von einer „Richtungswahl". Man wolle Kärnten wieder blau färben. Strache resümierte: „Der Jörg Haider schaut heute herunter und hätte eine Freude mit uns."[9]

Noch größer war dann der Andrang bei der Auftaktveranstaltung der SPÖ am 24. Jänner 2018 im Kongresszentrum Villach. Ehrengast war Ex-Bundeskanzler und SPÖ-Bundesparteiobmann Christian Kern. Kern und Landeshauptmann Peter Kaiser attackierten in ihren Ansprachen vor allem die Freiheitlichen. „In Kärnten hätten sie das Land an den Rand des finanziellen Ruins gebracht, auf Bundesebene würden extrem rechte Ausrutscher die Regierungsunfähigkeit beweisen."[10]

Die Neos hatten ihren Wahlkampfauftakt ursprünglich bereits am 12. Jänner 2018 anberaumt, entschlossen sich jedoch, an diesem Tag nur die Kandidaten zu präsentieren. Der offizielle Start fand dann erst am 30. Jänner im Park-Haus in Klagenfurt statt. Vor knapp 100 Unterstützern und Interessierten gab es dort Schützenhilfe von Bundesobmann Matthias Strolz und der Nationalratsabgeordneten Irmgard Griss. Mit dabei auch die EU-Abgeordnete Angelika Mlinar, die ihre Freude über die neue Neos-Allianz zum Ausdruck brachte. Landesparteichef Hermann Bärntatz hoffte, den Schwung der letzten Wahlen auf Kärnten umlegen zu können: „Wir sind eine ernst zu nehmende Kraft."[11]

Das BZÖ reduzierte den Wahlkampfstart auf eine Pressekonferenz am 26. Jänner 2018, bei der die Kandidaten vorgestellt wurden. Helmut Nikl peilte „mehr als 5 Prozent" an und sah das BZÖ als „politisches Erbe Jörg Haiders".[12] Auch „F.A.I.R." und die Kommunisten setzten keinen symbolischen Wahlkampfauftakt. Für die „Liste Erde" war „Wahlkampf" überhaupt ein Unwort. Sie sprach lieber vom „Wahlfrieden" und stellte ihre Kandidaten am 8. Februar 2018 im Klagenfurter Galerie-Café vor.

3.2 Wahlprogramme und Slogans

Die Vorlage eines eigenen Wahlprogramms gehört zum Ritual jeden Wahlkampfs. Der Anteil der Wähler, die sich dann tatsächlich damit auseinandersetzen, ist sicherlich gering. Keine Partei will sich aber den Vorwurf

gefallen lassen, nicht vorher Aussagen über ihre Vorhaben gemacht zu haben. Auch diesmal wurden daher mehr oder weniger ausführliche Wahlprogramme präsentiert.

Die SPÖ hatte dabei offenbar die von der ÖVP bei der Nationalratswahl angewendete Strategie kopiert, das Wahlprogramm scheibchenweise zu präsentierten. Bei fünf hintereinander folgenden Pressekonferenzen wurden einzelne Abschnitte unter Beiziehung von Experten vorgestellt. Es begann mit dem „Aufwachsen in Kärnten". Hier proklamierte man, Kärnten zur kinderfreundlichsten Region Europas zu machen. Dazu gehörte die Forderung nach einer kostenlosen Kinderbetreuung. „Lernen in Kärnten" legte dann den Fokus auf die Gesamtschule. Gemeinsam mit Rektor Oliver Vitouch warb man für ein Sportstudium an der Universität Klagenfurt. Die dritte Pressekonferenz zum Programmpunkt „Arbeit in Kärnten" am 12. Februar gab der Geschäftsführerin der – an sich überparteilichen – Plattform „Initiative für Kärnten", Margit Heisenberger, Gelegenheit, ihre Visionen darzulegen, die damit von der SPÖ vereinnahmt werden konnten. Peter Kaisers Wunschvorstellung: „Kärnten zum Kalifornien Österreichs machen".[13] Teil vier wurde mit „Leben in Kärnten" überschrieben, der fünfte Teil des Wahlprogramms, „Alt werden in Kärnten", setzte sich vor allem mit Pflegeeinrichtungen auseinander.

In 15 Kapiteln auf 60 Seiten wurde das am 21. Jänner vorgelegte Wahlprogramm der FPÖ untergliedert. Das Programm sollte den „Stillstand in Kärnten" beenden und sah unter anderem die Wiedereinführung von Kindergeld, Teuerungsausgleich, Landestankstellen und Heimatherbst vor. Arbeitsplätze, Standort- und Wirtschaftspolitik, Sicherheit und Bildung waren Schwerpunkte. Verlangt wurden Neuverhandlungen bei der Heta-Lösung. Slowenisch für Kinder, deren Muttersprache nicht Slowenisch ist, sollte nur mehr als Fremdsprache vermittelt werden. Dazu Fritz Kimeswenger: „Ein blauer Klassiker auf Seite 58 birgt Zündstoff."[14]

Am 2. Februar stellte dann auch die ÖVP ihr Programm unter dem Titel „10 Punkte – 1000 Ideen" vor. Christian Benger nannte die darin enthaltenen Reform- und Einsparungspläne als Koalitionsbedingung. Um Infrastruktur, Familie, Wirtschaft und Sicherheit ging es bei weiteren Kernthemen. Fritz Kimeswenger wertete es als „Kunststück, Spitzenkandidat Christian Benger im aufwändigen Wahlprogramm erstmals auf Seite 50 auftreten zu lassen".[15]

Standen vor fünf Jahren noch die Erfolge der Grünen als Aufdecker, symbolisiert durch Rolf Holub mit Lupe, im Vordergrund, so besann man sich diesmal auf die grünen Wurzeln und konzentrierte sich auf Umwelt, Energie und Verkehr. Man versprach, Kärnten zur Nummer eins im Bereich der erneuerbaren Energie zu machen. Beim Wahlprogramm passierte

allerdings ein Missgeschick: „F.A.I.R.“-Chefin Marion Mitsche lachte gemeinsam mit Rolf Holub aus der Broschüre.[16]

Das Team Kärnten veröffentliche sein Wahlprogramm im Großformat am 28. Februar. Die „klaren Forderungen des Team Kärnten – Liste Köfer“ wurden in 22 Punkten schlagwortartig formuliert. Darunter fand sich neben Bürokratieabbau, Halbierung der Parteienförderung, Beibehaltung des Tempo 130 auf den Autobahnen auch die Forderung, dass kein Kärntner jemals weder frieren noch hungern sollte.

Die Neos hatten für die Umsetzung der Werbemaßnahmen die Agentur „Heiterkeit“ des langjährigen KAC-Hallensprechers Erich Pöchheim verpflichtet. Sie versprachen „frische Ideen“ und einen „Reformturbo“. Wirtschaftlicher Sachverstand sollte der Abwanderung entgegen wirken. Ein „Chancenbonus“ für Familien in der Höhe von 1000 bis 1500 Euro sollte alle bisherigen Kinderabsetzbeiträge ersetzen.

In 15 Kapiteln gliederte sich das Wahlprogramm der Kommunisten. „Kärnten solle zur Modellregion für ein bedingungsloses Grundeinkommen werden.“[17] Bescheiden in ihrem Programm gab sich die Liste „Verantwortung Erde“: Das allgegenwärtige Streben nach Wirtschaftswachstum zerstöre die Lebensgrundlagen. „Dagegen müsse man mit alternativen Arbeitsmodellen ankämpfen.“[18] „F.A.I.R.“ fühlte sich als eigentliche Trägerin der grünen Ideen und plädierte für „Gesundheitsvorsorge, Tierschutzkontrollen und Notschlafstellen“. Bei der Eröffnung des Intensivwahlkampfes am 29. Jänner wurde als Hauptforderung die Halbierung der Parteienförderung genannt. Ebenfalls für eine Halbierung der Parteien- und Klubförderung trat das BZÖ ein. Im Programm wurde den Familien ein besonderer Stellenwert eingeräumt und ein Müttergehalt gefordert. Der 10. Oktober sollte künftig ein Feiertag sein.

Die SPÖ verwendete den Slogan „Kärnten gewinnt“ in Verbindung mit zusätzlichen Ansagen in allen Werbebotschaften. Die FPÖ entschied sich für „Aus Liebe zu Kärnten – Zukunft gestalten“ und kombinierte diesen Slogan mit „Fortschritt für Kärnten“ oder „Rot-Grün verhindern“. Der ÖVP-Slogan „Kärnten kann mehr“ wurde wegen der eigenen Kampagnen in den Regionen nicht durchgängig angewendet. Die Grünen entschieden sich für „Machen nur wir“, die Neos für „Mehr Kärnten“. Das Team Kärnten ordnete zunächst auf elektronischen Werbeflächen mit Konterfei von Gerhard Köfer ihrem Spitzenkandidaten positive Eigenschaften, wie „sozial, mutig, bürgernah, unabhängig, unbestechlich und kompetent“ zu, entschied sich zum Schluss für den Slogan „Die Alternative!“. „F.A.I.R.“ wählte „Aufdecken statt zudecken“. Die Kommunisten wollten ein „Zeichen setzen am 4. März“. Beim BZÖ war kein genereller Slogan zu bemerken.

3.3 Themen im Wahlkampf

Kärntens Medien machten es den Parteien leicht, Ideen anzubieten. Es gab diesmal eine Rekordzahl an öffentlichen Diskussionsveranstaltungen. Dazu kamen noch ausführliche Interviewrunden mit den Spitzenkandidaten in den Redaktionen und Veranstaltungen an Schulen. Der Terminkalender der Wahlkämpfer war daher ausgebucht. Die WOCHE, in Kooperation mit der Antenne Kärnten, lud gleich zu fünf Diskussionsabenden ein. Im Parkhotel Villach, im Seeparkhotel Klagenfurt, in der FH in Spittal an der Drau und im Rathaushof in St. Veit an der Glan diskutierten am 6. und 7. bzw. am 25. Februar die Kandidaten der vier Wahlkreise. Am 23. Februar waren im Klagenfurter Seeparkhotel die Spitzenkandidaten von SPÖ, FPÖ, ÖVP, Grüne und Neos an der Reihe. Die Kleine Zeitung begann mit einem originellen Interview-Format. Der Kabarettist Christian Hölbling vulgo Helfried lud Kaiser, Darmann, Benger, Holub und Köfer zur 14-minütigen „Helfrieds Himmelfahrt" in einer mit Mikros und Kameras verkabelten Gondel auf die Gerlitzen ein.

Ernsthafter verlief die „Runde der Spitzenkandidaten" unter der Moderation von Antonia Gössinger und Adolf Winkler, zu der die Kleine Zeitung am 22. Februar in die Universität Klagenfurt einlud und die auch im Internet auf Livestream verfolgt werden konnte. Schon vorher hatte der ORF am 5. Februar die Spitzenkandidaten aller zehn wahlwerbenden Parteien in das Theater des Landesstudios eingeladen, wo unter der Leitung von Chefredakteur Bernhard Bieche diskutiert wurde. Die Kronenzeitung wollte es ganz genau wissen und richtete 30 Fragen an die zehn Spitzenkandidaten, deren „300 Antworten" dann täglich publiziert wurden. Die Kleine Zeitung wollte ebenfalls „Antworten auf die Zukunftsfragen Kärntens" und konfrontierte die Politiker mit verschiedenen Problemfeldern einschließlich von „Tiefenbohrungen in den Randregionen". Die WOCHE beschränkte sich auf drei Fragen zu Verwaltungsreform, Sparmaßnahmen und Pflege. Wenig überraschend gab es bei den Antworten kaum Unterschiede.

Trotz dieser Bemühungen der Medien kam der Wahlkampf nicht in Fahrt: Peter Kimeswenger sprach vom „seltsamsten Wahlkampf, den Kärnten je erlebt hat" und resümierte: „Kein einziges wirklich wichtiges kontroversielles Thema, keinerlei Skandal, nicht einmal ein Skandälchen, keine heftigen Streits und keine Stimmung in der Bevölkerung – was ist da eigentlich am 4. März?"[19]

Tatsächlich fanden Diskussionen zu Streitfragen nur auf Sparflamme statt. Die FPÖ erntete für ihre Version des Hypo-Skandals und der Heta-Abwicklung wenig Resonanz. Die Flüchtlingsfrage hatte an Aktualität verloren. Die Forderung der ÖVP zum Ausbau des Tourismus am Mölltaler Gletscher wurde kaum registriert. So blieb es bei Disputen zum Schutz des

Fischotters, zum Programm des Jubiläumsjahrs 2020 und zu Ölfeuerungsanlagen. Kurze Aufregung gab es höchstens über unglückliche Wortmeldungen. So zum Beispiel, als Rolf Holub das GTI-Treffen mit der Cholera gleichsetzte und daher von einer „Seuchengefahr am Wörthersee" sprach, oder als Christian Benger seine kulturpolitischen Aktionen mit „Lieber Marterl als Sichelmond" verteidigte.

3.4 Die Werbekampagnen der Parteien

Der Verlauf des Wahlkampfes kam in erster Linie der SPÖ zugute, die mit ihrem Spitzenkandidaten eine „Wohlfühlkampagne" inszenierte. Dazu dienten zahlreiche Auftritte Peter Kaisers in der Öffentlichkeit, gekrönt vom Neujahrsempfang der Landesregierung am 22. Jänner in Velden, wo eine Erfolgsbilanz der von der SPÖ geführten Regierungskoalition vorgelegt wurde. An Stelle von großflächigen Plakaten wurden Rolling Boards bespielt. Ende Jänner gab es dann für die wahlwerbenden Schneemänner endlich Schnee. Neu war ein vier Meter hoher Pappendeckel-Landeshauptmann an der Stadteinfahrt von Klagenfurt. FPÖ-Geschäftsführer Anton Schweiger erinnerte das an „Propaganda von Nordkoreas Großem Führer Kim Jung Un".[20] Ebenfalls für Aufregung bei den Freiheitlichen sorgte eine Aktion der SPÖ am 9. Februar in Klagenfurt. Als „längste Leistungsbilanz Kärntens" säumten am Morgen 160 Wahlhelfer, darunter Peter Kaiser und Gaby Schaunig, die Völkermarkter Straße und hielten den Berufspendlern Plakate entgegen. Laut FPÖ sei es dabei zu „gefährlichen Situationen" gekommen, weil die Wahlhelfer „viel zu nahe an der Straße" standen.[21] Individuelle Wahlwerbung gab es auch im Rahmen einer Aktion „Mitmachplakat". Auf mobile Blechwände konnten mittels Magnetfolien individuelle Slogans geklebt werden. Damit zogen Wahlwerber durch die Bezirke des Landes. Allein im Bezirk Spittal an der Drau machte die Tour zwischen dem 6. und 27. Februar an 37 Stationen halt. Die Parteijugend war zusätzlich mit einer roten Box unterwegs, bei der man sich als „Kaiser" verkleiden konnte. Wichtigstes Atout der SPÖ-Wahlkampagne waren aber die Hausbesuche. Ein Drittel der Kärntner Haushalte wurde kontaktiert, eine Zahl, von der andere Parteien nur träumen konnten.

Am ehesten gab es persönliche Kontakte noch durch die Wahlhelfer der FPÖ. Die Partei stellte auch über hundert Großflächenplakate, in jeder Gemeinde mindestens eines, auf. Die Strategie der Freiheitlichen, Gernot Darmann als Gegenkandidaten zum Landeshauptmann zu präsentieren, fand ihren Niederschlag auch in der Plakatwerbung. Der Spitzenkandidat wurde im Kärntner Anzug porträtiert. Mit der zweiten Plakatwelle wurde an die Wähler appelliert, Rot-Grün zu stoppen, um damit Arbeit zu schaffen und Einkommen zu sichern. Unter dem Titel „Der Hypo-Skandal. Fakten, Folgen, Fakes" versendete die Partei eine Broschüre an alle Haushalte.

Die ÖVP legte den Wahlkampf wie geplant regional an. Auf 200 großflächigen Transparenten waren Christian Benger und Elisabeth Köstinger, umringt von den regionalen Kandidaten, zu sehen. Kleinere Transparente mit den jeweiligen Wahlkreiskandidaten wurden auch auf landwirtschaftlichen Fahrzeugen angebracht. Die beiden Kärntner ÖVP-Minister Elisabeth Köstinger und Josef Moser versendeten einen Landtagswahlbrief, in dem auf die Aufbruchsstimmung in Kärnten durch den neuen Kurs von Sebastian Kurz hingewiesen wurde. Christian Benger kam jedoch „im Brief gar nicht vor".[22]

Die angeschlagenen Grünen wollten und konnten auf Plakate nicht verzichten und gaben sich dabei kämpferisch. An die Wähler wurde appelliert: „Die Grünen für Dich kämpfen lassen kannst nur Du." Mit „Machen nur wir" wurden Anliegen wie „unsere vielfältige Natur und ein sauberes, offenes, modernes Kärnten" für die Partei reklamiert. Gewarnt wurde vor einer Koalition von FPÖ und ÖVP mit den Begleiterscheinungen „Postenschacher, Lobbypolitik, Sozialabbau und Steuergeldverschwendung". Einen Zwischenfall gab es in Bad Kleinkirchheim. Dort entfernte Bürgermeister Matthias Krenn eigenhändig ein direkt an der Bundesstraße aufgestelltes Plakat der Grünen und berief sich auf einen Gemeinderatsbeschluss, wonach in seiner Gemeinde Plakatständer verboten seien.

Großflächige Plakate und eine beachtliche Frequenz der Einschaltung in den Rolling Boards kennzeichneten die Aktivitäten des Teams Kärnten, das sich auch bei Großinseraten in Tageszeitungen, vor allem aber in Regionalmedien nicht zurückhielt. Werbeexperten mutmaßten sogar, dass die vom Medienexperten Thomas Fian gesteuerte Wahlkampagne die finanziell aufwändigste sein musste. Alles drehte sich um Spitzenkandidat Gerhard Köfer.

Die Neos verzichteten ebenfalls nicht auf Plakate. Nach dem Sujet „Gemeinsam mehr erreichen" zu Beginn des Wahlkampfes gab es in den letzten drei Wochen eine zweite Welle mit Plakaten und Rolling Boards. Nun warben sie mit dem Porträt ihres Spitzenkandidaten und traten für „Mehr Perspektive", „Mehr Bildung" und „Mehr Mitsprache" ein.

Auf Sparflamme verlief der Wahlkampf der kleinen Parteien. Vom BZÖ gab es vereinzelt Plakate. „F.A.I.R." konnte im weiteren Verlauf der Kampagne nur mehr wenig Aufmerksamkeit erregen. „KPÖ & Unabhängige Linke/Leviva" versendeten eine Broschüre und veranstalteten am 1. März eine Wahlparty mit den Talltones im Volkshaus am Klagenfurter Südbahngürtel. Die Liste ERDE konzentrierte sich auf persönliche Kontakte ihrer Kandidaten.

Das Verteilen von Geschenken durfte auch in diesem Wahlkampf nicht fehlen. Es gab die üblichen Luftballons, Zündhölzer, Zuckerln, Feuerzeuge

und Kugelschreiber. Die Liste ERDE verteilte Kresse-Samen, die ÖVP Lavanttaler Apfelmost und das Team Kärnten Taschentücher und Tee. Die Spitzenkandidaten posteten eifrig auf Facebook. Laut Kronenzeitung hatte hier Gernot Darmann mit 26.222 die meisten Likes, gefolgt von Peter Kaiser (15.205) und Gerhard Köfer (5.976).[23]

3.5 Bundespolitiker und Wahlkomitees

Rückenwind durch Bundespolitiker war nach der Nationalratswahl vom Oktober 2017 eher bei FPÖ und ÖVP zu erwarten. Für die SPÖ kam immerhin Ex-Kanzler Christian Kern drei Mal nach Kärnten: zum Neujahrsempfang des Renner-Institutes am 5. Jänner in Klagenfurt, zum Wahlkampfauftakt am 24. Jänner in Villach und zum Finale am 3. März in St. Veit an der Glan.

Ein Großaufgebot hatte hingegen die ÖVP parat: Beim „Politischen Aschermittwoch" in der Klagenfurter Messehalle am 18. März traten vor 1500 Besuchern neben Bundeskanzler Sebastian Kurz noch Familienministerin Juliane Bogner-Strauß, Infrastrukturministerin Elisabeth Köstinger, Justizminister Josef Moser sowie die Wahlsiegerin in Niederösterreich, Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner, auf. Bundeskanzler Kurz besuchte am Tag darauf noch Spittal an der Drau und schaute dann kurz vor seinem Papstbesuch am 4. März in Rom noch einmal in Klagenfurt vorbei. Die Kärntner Minister Elisabeth Köstinger und Josef Moser spulten noch weitere Auftritte ab. Zusätzlich bot die ÖVP noch Wirtschaftsministerin Margarete Schramböck, Bildungsminister Heinz Faßmann und Finanzminister Hartwig Löger auf, die ihre Antrittsbesuche in Kärnten mit Wahlkampfaktivitäten verknüpften.

Ähnliches Bild bei der Ministerriege der FPÖ: Parteiobmann und Vizekanzler Heinz-Christian Strache sowie Verteidigungsminister Mario Kunasek kamen zum Wahlkampfauftakt nach Pörtschach. Innenminister Herbert Kickl nutzte medienwirksame Termine in Kärnten zum Besuch seiner Heimatstadt Radenthein. Sozialministerin Beate Hartinger-Klein durfte im Wahlkampf ebenfalls nicht fehlen, und Mario Kunasek nützte eine Dienstreise als Verteidigungsminister zu einem weiteren Auftritt in Kärnten. Vizekanzler Strache war beim Finale wieder mit dabei.

Die Neos hatten immerhin die Nationalratsabgeordneten Matthias Strolz und Irmgard Griss zu bieten. Wahlhilfe für die Grünen kam von Bundessprecher Werner Kogler und seiner Vorgängerin aus Tirol, Ingrid Felipe. Da es zu keiner Zusammenarbeit mit der Liste Pilz kam, konnte „F.A.I.R." bei diesem bundespolitischen Wettbewerb nicht mithalten. Beim Team Kärnten und BZÖ waren frühere Verbindungen zur Bundespolitik in der Zwischenzeit obsolet geworden.

Ganz anders fiel das Kräfteverhältnis bei der Unterstützung durch Wahlkomitees aus. Bereits am 15. Februar stellte der Villacher Unternehmer und Aufsichtsratschef der Kelag, Gilbert Isep, gemeinsam mit der Schauspielerin Heidelinde Weis und Primarius Manfred Freimüller das 200 Sympathisanten aus allen Bevölkerungsschichten umfassende Komitee „Wir für Peter Kaiser" vor. Von Anfang an als Unterstützer dabei waren unter anderen die Rektorin der Pädagogischen Hochschule Marlies Krainz-Dürr, FH-Vorstand Reinhard Iro, Arzt und Olympiasieger Karl Schnabl, die frühere Intendantin des Carinthischen Sommers Gerda Fröhlich, Schauspieler Max Müller, Künstler Valentin Oman und die vom Villacher Fasching bekannte Akteurin Sonja Juchart. Im weiteren Verlauf des Wahlkampfes wurden weitere Kärntner Persönlichkeiten genannt, mit denen für Peter Kaiser geworben wurde. Erwartungsgemäß engagierten sich Uni-Rektor Oliver Vitouch und der Schriftsteller Josef Winker für Kaiser, es gab aber auch einige Überraschungen: Militärkommandant Walter Gitschthaler, der frühere Landeskommandant der Gendarmerie Willibald Liberda, der parteifreie Bürgermeister von Malta Klaus Rüscher und der langjährige Chefredakteur der Kleinen Zeitung Heinz Stritzl gaben in Zeitungsinseraten Wahlempfehlungen für Peter Kaiser ab.

Die traditionelle Unterstützung für die SPÖ kam auch von den Kulturvereinen Unikum und klagenfurter ensemble (ke). Diese luden am 21. Februar zu einem „Konzentrierten Heimatabend" mit „literarischen und musikalischen Wahlempfehlungen" gegen den „drohenden Rechtsruck" ein. Bei den beiden Organisationen war auch Christian Benger als Kulturreferent in Ungnade gefallen. Ilse Gerhard, die Obfrau der IG Autorinnen und Autoren, ging sogar so weit: „Benger ist der schlechteste Kulturreferent seit Wedenig (Haider erkannte wenigstens den Wert der Kultur für Wirtschaft und Tourismus)."[24]

Alle anderen Wahlwerber hatten dieser umfangreichen Parteinahme für Peter Kaiser wenig entgegen zu setzen. Die ÖVP konnte wenigstens darauf verweisen, dass ihrer „Reformkommission" neben Minister Josef Moser auch Wirtschaftsprofessor Gottfried Haber, Investor Werner Wutscher, die aus Frauenstein stammende Sektionschefin im Finanzministerium und frühere Mitarbeiterin im Büro von Landeshauptmann Haider, Helga Berger, sowie Kärntens Polizeidirektorin Michaela Kohlweiß angehören. Das Team Kärnten bot als Befürworter den umstrittenen früheren Rektor der Universität Klagenfurt Heinrich C. Mayr auf.

3.6 Die Finanzierung

Die gesetzlich verankerte Beschränkung der Wahlkosten lag bei 590.000 Euro. Ausgaben für den Wahlkampf wurden aber erst ab dem Stichtag 2. Jänner 2018 berechnet. Eine Rückerstattung der Wahlkampfkosten, wie

seinerzeit bei der Wahl 2009, kam diesmal wiederum nicht in Frage. Die Parteien mussten einen Wirtschaftsprüfer mit der Aufgabe betrauen, die Einhaltung der Kostengrenze zu überwachen. Konsequenz einer Überschreitung wäre die Streichung der Parteiförderung für ein Jahr gewesen. Das war zuletzt nach der Landtagswahl 2013 der Fall, als das damalige Team Stronach über 1,36 Millionen Euro ausgegeben hatte. Spätestens drei Wochen nach der Wahl war dann ein Bericht an die Finanzabteilung der Landesregierung vorzulegen. Laut deren Leiter Horst Felsner „werden diese Berichte keiner weiteren Prüfung unterzogen".[25]

Auf Grund der großzügigen Parteienförderung in Kärnten war es für die bisher im Landtag vertretenen Parteien kein Problem, die Höchstsumme von 590.000 Euro auszureizen. Dies mit Ausnahme der Kärntner Grünen, denen die Bundespartei als Mitzahler abhandengekommen war und die überdies noch von Wien zum Schuldenabbau herangezogen wurden. Die Grünen budgetierten daher nur 350.000 Euro. Marion Mitsche setzte mit ihrer Liste „F.A.I.R." auf Spenden. Die Neos erklärten noch im Jänner, dass mit einer Unterstützung von Hans Peter Haselsteiner nicht zu rechnen sei und planten 200.000 Euro ein. Sie setzten auf Risiko-Darlehen. Unterstützer sollten ihr Geld zurückbekommen, wenn der Einzug in den Landtag geschafft werden kann. Ende Februar nahm Haselsteiner aber doch noch „einige zehntausend Euro in die Hand".[26]

3.7 Das Wahlkampfinale

Die Nervosität der Wahlwerber steigerte sich durch drei im Februar publizierte Umfragen. Den Anfang machte eine von der ÖVP in Auftrag gegebene Studie des „M+R Instituts für Marktforschung und Regionalfragen" mit folgendem Ergebnis: SPÖ 42–44 Prozent, FPÖ 26–28 Prozent, ÖVP 16–18 Prozent, Team Kärnten 5–6 Prozent, Grüne 3–4 Prozent, Neos: 2–3 Prozent, andere 1–2 Prozent.[27]

Die Kleine Zeitung berichtete dann am 11. Februar von einer Analyse, die Peter Hajek im Auftrag der FPÖ gemacht habe. Demnach gehe die Tendenz in Richtung Drei-Parteien-Landtag. Neben den Grünen würde daher auch das Team Kärnten an der Fünf-Prozent-Hürde scheitern.[28]

Zwei Wochen vor der Wahl wurde das Ergebnis einer OGM-Studie bekannt, die zur Sonntagsfrage wie folgt prognostizierte: SPÖ 44 Prozent, FPÖ 24 Prozent, ÖVP 16 Prozent, Team Kärnten 5 Prozent, Grüne 2–3 Prozent, Neos 4–5 Prozent. Fritz Kimeswenger dazu: „Ob der geschäftliche Einstieg des Ex-Neos Landessprechers bei genau diesem Institut mit dem guten Ergebnis, das er dann auch auf Facebook feierte, zu tun haben könnte? Ein böses Gerücht, sicherlich an den Haaren herbei gezogen."[29] Wolfgang Fercher meinte, dass Hans Peter Haselsteiners finanzielle Unterstützung

mit Umfragen zu tun haben könnten, die „den Neos Chancen auf einen Einzug in den Kärntner Landtag einräumten".[30]

Bei der Diskussion der Kleinen Zeitung am 22. Februar wurden die Spitzenkandidaten nach ihrer Einschätzung befragt. Peter Kaiser tippte für seine Partei auf 39,9 Prozent, Gernot Darmann erwartete 26 Prozent, Christian Benger wollte sich auf keinen Prozentsatz festlegen, rechnete aber mit einem Plus. Rolf Holub kommentierte die OGM-Umfrage mit „Hoch gwinn' ma das nimma".[31] Er erhoffte sich trotzdem acht Prozent für die Grünen. Gerhard Köfer nannte einen Anteil von 7,9 Prozent, Markus Unterdorfer-Morgenstern einen von 6,8 Prozent. Fünf Prozent bzw. knapp darüber waren die Einschätzungen von Helmut Nikel und Marion Mitsche. Gerald Dobernig kam für die Liste ERDE sogar auf einen Anteil von sieben Prozent. Mit 0,5 Prozent für die KPÖ blieb Bettina Pirker bescheiden.

Die SPÖ spürte Rückenwind und steigerte sich nochmals zu einem grandiosen Finale. Peter Kaiser absolvierte persönlich zwischen dem 27. Februar und dem 3. März einen „48-Stationen-Marathon" durch Kärnten. Am Tag vor der Wahl gab es einen Fackellauf vom Landtag zur Landesregierung und die Abschlusskundgebung mit Ex-Kanzler Kern in St. Veit. Die meisten Wahlwerber der ÖVP hatten sich zu diesem Zeitpunkt bereits zurückgelehnt und auf den Kurz-Effekt vertraut. Die FPÖ veranstaltete am 3. März am Heuplatz in Klagenfurt ihr „Finale der Heimattour" mit Vizekanzler Strache. Der Schlussakkord der Grünen am 2. März in Klagenfurt mit Werner Kogler und Ingrid Felipe war überschattet durch das gleichzeitig bekannt gewordene Engagement der Ex-Chefin Eva Glawischnig bei einem Glücksspielkonzern. Gast beim Finale der Neos am 2. März war wiederum Matthias Strolz. Gerhard Köfer stellte sich am 2. März mit 22 Mitstreitern im Landhaus für ein Foto in der Kronenzeitung in Positur.[32]

4. Resümee

4.1 Ergebnis und Auswirkungen

Die Freude der Sozialdemokraten über den Ausgang der Wahl steigerte sich ins Unermessliche, als die Auszählung der Briefwahlstimmen vorlag. Das Endergebnis brachte für die Partei einen Stimmenanteil von 47,94 Prozent (+10,82) und ein am Vortag noch nicht erwartetes 18. Mandat. Die SPÖ gewann damit vier Mandate und zu Lasten der ÖVP ein weiteres Mandat im Bundesrat. Damit stand fest, dass im Landtag keine Mehrheit gegen die SPÖ mehr möglich war und sich Peter Kaiser den Partner für die Landesregierung selbst aussuchen kann. In Frage dafür kamen nur mehr drei Parteien: die FPÖ, die mit 22,96 Prozent (+6,12 %) und neun Mandaten

(+ drei) zwar ebenfalls gestärkt hervor ging, aber doch deutlich hinter den gesteckten Erwartungen blieb; dann die ÖVP, die auf einen Anteil von 15,45 Prozent (+1,05 %) kam, ein Mandat im Landtag gewann, aber gleichzeitig ihr einziges Mandat im Bundesrat verlor; und schließlich das Team Kärnten, das mit 5,67 Prozent (–5,51 %) die Fünf-Prozent-Hürde und drei Mandate (– eines) geschafft hatte. Alle anderen wahlwerbenden Parteien scheiterten. Besonders dramatisch war der Absturz der Grünen von 8,98 auf 3,13 Prozent. Die Neos waren mit 2,14 Prozent chancenlos. Das BZÖ blieb mit nur 0,37 Prozent (–6,03 %) fast unter der Wahrnehmungsgrenze, „F.A.I.R." erreichte überhaupt nur einen Anteil von 0,21 Prozent und rangierte damit sogar hinter der in nur drei Wahlkreisen angetretenen KPÖ (0,28 Prozent). Einen Achtungserfolg gab es hingegen für die Liste ERDE, die vom Stand aus auf 5441 Stimmen und einen Wähleranteil 1,85 Prozent kam.

Abgegebene Stimmen: 297.921 Wahlbeteiligung: 68,63 Prozent (–6,52 Prozent) Ungültig: 3.829, gültig: 294.092			
SPÖ	140.994	47,94 Prozent (+10,82 %)	18 Mandate (+ 4)
FPÖ	67.538	22,96 Prozent (+6,12 %)	9 Mandate (+ 3)
ÖVP	45.438	15,45 Prozent (+1,05 %)	6 Mandate (+ 1)
Team Kärnten	16.667	5,67 Prozent (–5,51 %)	3 Mandate (– 1)
Grüne	9.188	3,12 Prozent (–8,98 %)	0 Mandate (– 4)
BZÖ	1.075	0,37 Prozent (–6,03 %)	0 Mandate (– 3)
Neos	6.307	2,14 Prozent (n. k.)	0 Mandate
KPÖ	822	0,28 Prozent (+0,05 %)	0 Mandate
ERDE	5.441	1,85 Prozent (n. k.)	0 Mandate
F.A.I.R.	622	0,21 Prozent (n. k.)	0 Mandate

Eine nähere Betrachtung relativiert die im Vergleich zur Landtagswahl 2013 erzielten Zuwächse von FPÖ und ÖVP deutlich. Die FPÖ hatte 2013 einen totalen Absturz zu verbuchen gehabt und konnte sich diesmal nur um jenen Prozentsatz steigern, den das BZÖ verlor. Von der Halbierung der Team-Kärnten-Stimmen zogen die Freiheitlichen keinen Nutzen. Mehr noch: Im Vergleich zur Nationalratswahl vom vergangenen Oktober verlor die FPÖ über 40.000 Stimmen. Noch krasser fällt hier der Vergleich bei der Volkspartei aus. Sie erhielt 46.000 Stimmen weniger und büßte damit mehr als die Hälfte ihrer Wählerschaft bei der Nationalratswahl ein. An der Popularität der Bundesregierung kann das nicht gelegen sein, da Kurz und sein Team über unverändert hohe Umfragewerte verfügten. Das Abschneiden war daher hausgemacht.

4.2 Schlussfolgerungen

Wahlsieger Peter Kaiser hatte am Wahltag noch „ein leichtes Gefühl der Ungerechtigkeit“, weil sich der klare Zuwachs nicht so stark auf die Mandatsverteilung ausgewirkt habe. Am nächsten Tag aber: „Das 18. Mandat ist Gold wert.“[33] Die Wahlkampfstrategie sei fast perfekt aufgegangen, auch dank einer „geilen Social-Media-Performance“.[34] Ein leicht enttäuschter Gernot Darmann bestätigte, dass „Peter Kaiser mit seiner Partei zweifellos einen fulminanten Wahlkampf hingelegt“ habe.[35] Er hätte sich persönlich mehr gewünscht, sei aber über die „klare Stärkung im Landtag“ sehr dankbar.[36] Christian Benger sprach am Wahltag noch davon, dass das Wahlziel erreicht wurde: „Das ist ein freudiger Tag für die Kärntner ÖVP.“[37] Einen Tag später zitierte Andrea Bergmann bereits kritische Aussagen von ÖVP-Funktionären. „Intern rumore es gewaltig.“[38] Nationalratsabgeordneter Peter Weidinger ortete „Handlungsbedarf in allen Richtungen“, und der Landtagsabgeordnete und Moosburger Bürgermeister Herbert Gaggl zeigte sich „sehr enttäuscht. Wir müssen über alles reden.“[39] Obwohl das Team Kärnten gegenüber 2013 eine Halbierung des Wähleranteils zu verzeichnen hatte und seine Partei daher als einzige der vier im Landtag verbliebenen Parteien ein Minus aufwies, sprach Gerhard Köfer von einem „großartigen Erfolg“.[40] Besonders stolz war er auf Platz zwei in seiner Heimatstadt Spittal an der Drau.

Gold wert für die SPÖ war auch der Verlauf der Verhandlungen um die Bildung der Landesregierung. FPÖ, ÖVP und Team Kärnten boten sich beinahe bedingungslos als Partner an. Entgegen den Ratschlägen vom St. Veiter Bürgermeister Gerhard Mock und vom Obmann der Zentralpersonalvertretung Gernot Nischelwitzer, die für eine Koalition mit den Freiheitlichen plädierten, entschieden sich die Sozialdemokraten für die Volkspartei. Die bereits fixierte Koalition wackelte wieder, als Landesparteiobmann Christian Benger nach einer Intervention der Oberkärntner ÖVP-Bürgermeister entnervt das Handtuch warf. Nun musste die ÖVP einer Änderung der Landesverfassung zustimmen, die das Einstimmigkeitsprinzip in der Landesregierung beseitigte. An Stelle von Christian Benger entsendete sie den Bürgermeister von Kappel am Krappfeld und Bezirksparteiobmann von St. Veit, Martin Gruber, in die Landesregierung. Martin Gruber, der damit sein Bürgermeisteramt zurücklegen musste, wurde auch zum neuen Landesparteiobmann gewählt. Den zweiten Regierungssitz nahm der Klagenfurter Jurist Ulrich Zafoschnig ein.

Die Machtfülle der SPÖ war somit perfekt abgesichert, die beiden Regierungsmitglieder der Volkspartei auf das Wohlwollen des Regierungspartners angewiesen. Peter Kaiser kann daher sein Vorhaben, das Schwinden der „Ära der prägenden Figur Haider“ politisch zu „beschleunigen“, verwirklichen.[41] Er hatte bei der Bestellung der SPÖ-Regierungsmitglieder

freie Wahl. Zusätzlich zu den bisherigen LH-Stellvertreterinnen Gaby Schaunig und Beate Prettner entschied er sich für die 33jährige Parteisekretärin Sandra Schaar aus Spittal an der Drau und für den Landesgeschäftsführer und Vizebürgermeister von St. Andrä im Lavanttal Daniel Fellner.

Schon in den ersten Wochen nach der Wahl profilierte sich Peter Kaiser überdies als Oppositionspolitiker in der Bundespolitik. Es gab zahlreiche Aussendungen des stellvertretenden SPÖ-Bundesparteiobmannes gegen Pläne der türkis-blauen Bundesregierung. FPÖ-Obmann Gernot Darmann rückte dann zur Verteidigung der Bundesregierung aus, die beiden ÖVP-Landesräte hielten sich vornehm zurück. Die mächtige Kärntner SPÖ signalisierte damit auch einen Anspruch auf mehr Mitsprache in der Bundespartei. Das erinnert doch ein wenig an die 1970er Jahre in Kärnten. Kommt es zu einem Déjà-vu-Ereignis?

Anmerkungen

1. Vgl. dazu Karl Anderwald: Die brüchige antimarxistische Front, in H. Dachs/ M. Dippelreiter/F. Schausberger (Hg.): Radikale Phrase, Wahlbündnisse und Kontinuitäten. Landtagswahlkämpfe in Österreichs Bundesländern. Böhlau 2017, S. 71–134.
2. Vgl. dazu Karl Anderwald: Landtagswahlkämpfe in Kärnten 1945–1975. Phil. Diss. Universität Salzburg 1992.
3. Vgl. Kronenzeitung vom 14. Dezember 2017, S. 20.
4. Ebd.
5. Kronenzeitung vom 2. Juli 2017, S. 16.
6. Robert Benedikt in der Kleinen Zeitung vom 17. Jänner 2018, S. 20.
7. Vgl. Andrea Bergmann in der Kleinen Zeitung vom 14. Jänner 2018, S. 26.
8. Robert Benedikt in der Kleinen Zeitung vom 19. Dezember 2017, S. 19.
9. Wolfgang Fercher in der Kleinen Zeitung vom 19. Jänner 2018, S. 20.
10. Fritz Kimeswenger in der Kronenzeitung vom 25. Jänner 2018, S. 16.
11. Andrea Bergmann in der Kleinen Zeitung vom 31. Jänner 2018, S. 20.
12. Kleine Zeitung vom 27. Jänner 2018, S. 21.
13. Kleine Zeitung vom 13. Februar 2018, S. 21.
14. Kronenzeitung vom 22. Jänner 2018, S. 22.
15. Kronenzeitung vom 11. Februar 2018, S. 14.
16. Kronenzeitung vom 7. Februar 2018, S. 17.
17. Kleine Zeitung vom 13. Februar 2018, S . 21.
18. Kleine Zeitung vom 8. Februar 2018, S. 20.
19. Kronenzeitung vom 18. Februar 2018, S. 18.
20. Robert Benedikt in der Kleinen Zeitung vom 21. Februar 2018, S. 18.
21. Wolfgang Fercher in der Kleinen Zeitung vom 10. Februar 2018, S. 17.
22. Robert Benedikt in der Kleinen Zeitung vom 21. Februar 2018, S. 18.
23. Kronenzeitung-Wahl-Extra vom 19. Februar 2018, S. VII.
24 Karin Waldner-Petutschnig und Marianne Fischer in der Kleinen Zeitung vom 19. Februar 2018, S. 16.
25. Kleine Zeitung vom 3. März 2018, S. 20.

26. Wolfgang Fercher in der Kleinen Zeitung vom 8. März 2018, S. 8.
27. Fritz Kimeswenger in der Kronenzeitung vom 6. Februar 2018, S. 16.
28. Wolfgang Fercher in der Kleinen Zeitung vom 11. Februar 2018, S. 20.
29. Fritz Kimenswenger in der Kronenzeitung vom 23. Februar 2018, S. 19.
30. Wolfgang Fercher in der Kleinen Zeitung vom 8. März 2018, S. 8.
31. Kleine Zeitung vom 23. Februar 2018, S. 18.
32. Kronenzeitung vom 3. März 2018, S. 19.
33. Wolfgang Fercher in der Kleinen Zeitung vom 7. März 2018, S. 3.
34. Ebd.
35. Kleine Zeitung vom 5. März 2018, S. 13.
36. Ebd.
37. Kleine Zeitung vom 5. März 2018, S. 15.
38. Andrea Bergmann in der Kleinen Zeitung vom 6. März 2018, S. 4.
39. Fritz Kimeswenger in der Kronenzeitung vom 6. März 2018, S. 23.
40. Kleine Zeitung vom 5. März 2018, S. 19.
41. Wolfgang Fercher in der Kleinen Zeitung vom 7. März 2018, S. 3.

Katrin Praprotnik

Die Kärntner Landtagswahl im Vergleich

Einleitung

Kärnten wählte am 4. März 2018 einen neuen Landtag. Zu dieser Zeit regierte eine Proporzregierung zwischen der Sozialdemokratischen Partei Österreichs (SPÖ), der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) und den Grünen unter SPÖ-Landeshauptmann Peter Kaiser. Während die drei Parteien SPÖ, ÖVP und die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) den Wahlkampf dominierten, hatten es die restlichen Akteure schwer, sich zu positionieren. Dies zeigte schließlich auch das Wahlergebnis: Die SPÖ ging mit knapp 48 Prozent der Stimmen und einem Zuwachs von gut 10 Prozentpunkten (PP) als Sieger hervor. Auf Platz 2 landete, ebenfalls mit einem deutlichen Plus von gut 6 PP, die FPÖ (23 Prozent). Die ÖVP konnte leicht gewinnen (+1 PP) und kam auf gut 15 Prozent der Stimmen. Alle übrigen Parteien mussten klare Niederlagen hinnehmen. Das Team Kärnten wurde halbiert (–6 PP) und schaffte mit 6 Prozent gerade noch den Wiedereinzug in den Landtag. Die Grünen (3 Prozent, –9 PP) und das Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ, 0,4 Prozent, –6 PP) fielen unter die 5-Prozent-Hürde und sind im neuen Landtag nicht mehr vertreten. Auch die NEOS – Das Neue Österreich und Liberales Forum (2 Prozent) schafften bei ihrem erstmaligen Antreten in Kärnten den Einzug nicht (Kärntner Landesregierung 2018). Die neue Landesregierung besteht aus einer Koalition zwischen der SPÖ und der ÖVP.

Aber nicht nur in Kärnten stand 2018 eine Wahl an. Auch in Niederösterreich (28. Jänner), Tirol (25. Februar) und Salzburg (22. April) wurde ein neuer Landtag gewählt. Diese drei Bundesländer waren zum Zeitpunkt der Wahl jedoch in ÖVP-Hand. In Niederösterreich stellte sich erstmals ÖVP-Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner einer Wahl und konnte die absolute Mandatsmehrheit im Land halten. In Tirol gewann ÖVP-Landeshauptmann Günther Platter deutlich und führte die bisherige Koalition mit den Grünen fort. In Salzburg legte die ÖVP ebenfalls deutlich zu, und Landeshauptmann Wilfried Haslauer bildete eine Koalition mit den stark geschwächten Grünen und den erstmals in den Landtag eingezogenen NEOS.

Dieser Beitrag widmet sich ausführlich dem Kärntner Wahlkampf im Vergleich zu den ebenfalls 2018 stattgefundenen Landtagswahlkämpfen.

1. Parteien, Kandidaten und Themen in Kärnten

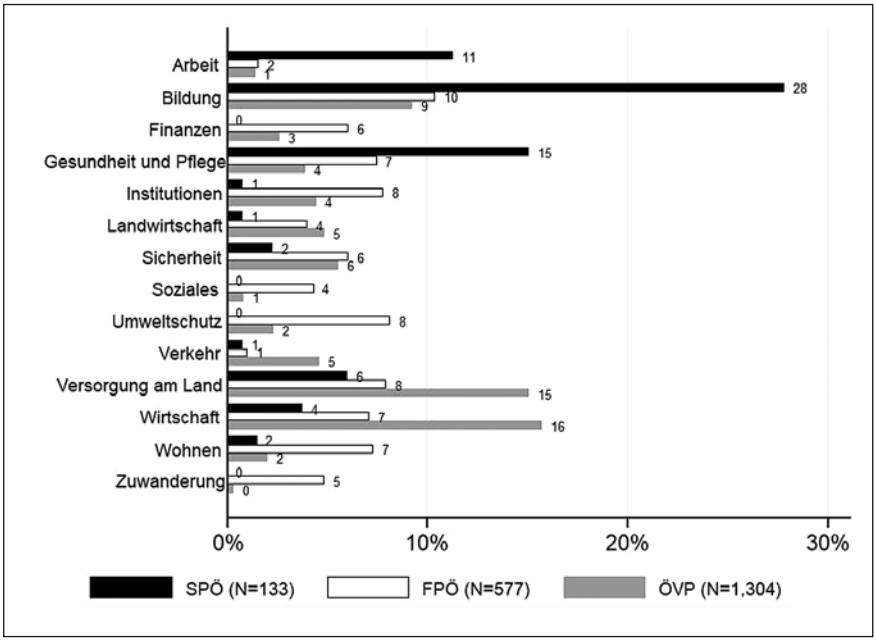
Das vorliegende Kapitel beleuchtet die Kampagnenstrategien der Parteien im Hinblick auf die Positionierung der Spitzenkandidaten und die

inhaltlichen Schwerpunkte. Im Fokus stehen die drei großen Parteien SPÖ, ÖVP und FPÖ. Als Grundlage für die Analyse dienten (online-)Auftritte, Presseaussendungen, Plakate und insbesondere Wahlprogramme der Parteien. Letztere wurden mit der sozialwissenschaftlichen Methode der quantitativen Inhaltsanalyse untersucht, um einen systematischen Vergleich zwischen den Themenschwerpunkten zu präsentieren.[1]

Die SPÖ stellte ihren Wahlkampf unter das Motto „Kärnten gewinnt" und verfolgte die Strategie eines Amtsinhabers. Personell konzentrierte man sich vollends auf die Person des Landeshauptmannes und Spitzenkandidaten Peter Kaiser, und inhaltlich standen nicht nur zukünftige Pläne, sondern auch vergangene Leistungen im Mittelpunkt. Abbildung 1 präsentiert die roten Themenschwerpunkte, die auf Basis der quantitativen Inhaltsanalyse identifiziert wurden. Es sind dies die Bereiche Bildung (28 Prozent), Gesundheit und Pflege (15 Prozent) sowie Arbeit (11 Prozent). Der starke Fokus auf die Bildung zeigte sich immer wieder bei Veranstaltungen, wie etwa dem Wahlkampfauftakt (SPÖ Kärnten 2018a), und in Interviews, bei denen Kaiser betonte, Kärnten zum „kinderfreundlichsten Land Europas" machen zu wollen (siehe z. B.: SPÖ Kärnten 2018b). Der personelle Fokus lag, wie bereits angesprochen, auf dem Landeshauptmann. Das Wahlprogramm spricht beispielsweise dezidiert von „Peter Kaisers Erfolgen" und „Peter Kaisers Plänen" und präsentiert den Kandidaten mehrmals auf Bildern, wobei die Partei selbst oder andere Personen in den Hintergrund treten. Der amtierende Landeshauptmann wird als sachlicher Landesvater dargestellt, der aufgrund seiner sportlichen Aktivitäten wie der Teilnahme bei einem Marathon oder dem Ironman Durchhaltevermögen besitzt. Der Fokus auf Peter Kaiser ist mit dessen Umfragewerten leicht erklärbar. Auch wenn es nicht möglich ist, den Landeshauptmann direkt zu wählen, so wird diese hypothetische Frage in Umfragen immer wieder gestellt. Mehr als die Hälfte (56 Prozent) antworteten in einer OGM-Umfrage, dass sie Kaiser bei einer Direktwahl die Stimme geben würden. Dieses Ergebnis liegt deutlich über jenem des FPÖ-Herausforderers Gernot Darmann (19 Prozent) und auch über dem schließlich erzielten Wahlergebnis von 44 Prozent (OGM 2018). Den Abschluss des Wahlkampfes bildete wie bereits 2013 ein „Kaiser-Marathon", bei dem der Spitzenkandidat in Anlehnung an einen sportlichen Marathon 42 Wahlkampfstationen besuchte. Auch der Abschluss des Wahlkampfes war somit auf die Person Kaisers ausgerichtet.

Der Wahlkampf der FPÖ unterschied sich deutlich von jenem der SPÖ. Die FPÖ und ihr Spitzenkandidat Gernot Darmann befanden sich in der Rolle des Herausforderers, und die Partei stellte ihre Kampagne unter das Motto „Stillstand beenden". Dieses Motto wurde auf ihrem Wahlprogramm und den Wahlplakaten durch unterschiedliche Zusätze wie etwa „Zukunft gestalten" oder „Fortschritt wählen" ergänzt. Neben den eigenen Inhalten

Abbildung 1. Die Themen von SPÖ, FPÖ und ÖVP (in Prozent)



Quelle: eigene Erhebung (Erklärung siehe Fußnote 1; nicht in der Abbildung enthalten sind die Kategorien Sonstiges und Kein Thema; die Prozentzahlen sind auf ganze Werte gerundet)

versuchte die FPÖ immer auch die Schwachpunkte der Amtsinhaber und hier insbesondere die der SPÖ, deren erster Verfolger sie im Wahlkampf war, aufzuzeigen. Auch das Wahlprogramm begann mit einer Abrechnung mit der aktuellen Regierung und dem Stillstand, den ihre Politik dem Land gebracht haben soll. Dahinter folgte ein sehr breit aufgestelltes Programm, das viele Themen ansprach. Der Umfang der Themenpalette widersprach einem Oppositionswahlkampf, da Oppositionsparteien nicht in der Verantwortung einer Regierungspartei stehen und daher in der Wahl ihrer Themen freier sind und nicht zu allen Themen eine Meinung haben müssen.

Daraus ergibt sich ein interessantes Bild der inhaltlichen Schwerpunkte, die anhand der quantitativen Inhaltsanalyse des FPÖ-Wahlprogrammes ermittelt wurden. Wie in Abbildung 1 zu sehen ist, sind die am stärksten besetzten Kategorien jene der Bildung mit 10 Prozent und mit jeweils 8 Prozent die der Institutionen, des Umweltschutzes und der Versorgung am Land. Im Bereich Institutionen sprach die Partei über Reformen

innerhalb des politischen Systems, wie etwa eine Direktwahl des Landeshauptmannes. Die Betonung des Umweltschutzes ergab sich aufgrund der zwei Kapitel zu Umwelt und Energie einerseits und zum Tierschutz andererseits. Die Kategorie Versorgung am Land wurde insbesondere im Kapitel Initiativen zur Belebung des ländlichen Raumes bedient, aber auch bei den Kapiteln zu Gesundheit (Erhalt der medizinischen Versorgung im ländlichen Raum) und Arbeit und Wirtschaft (jeweils Mobilität und Digitalisierung) angesprochen. Klassische Schwerpunkte der FPÖ wie Sicherheit (6 Prozent) und Zuwanderung (5 Prozent) folgten erst dahinter. Es fällt auf, dass bei diesen Themen keine deutliche Schwerpunktsetzung durch sehr lange Textpassagen und auch keine Vermischung der Themen mit anderen politischen Bereichen stattfinden. Dass diese Fragen für die FPÖ dennoch wichtig sind, zeigt der Vergleich mit den politischen Mitbewerbern. Die SPÖ sprach in nur 2 Prozent ihres Wahlprogrammes über die Sicherheit und erwähnte die Zuwanderung überhaupt nicht. Die ÖVP sprach über sicherheitspolitische Fragen ebenfalls in knapp 6 Prozent der Absätze, erwähnte aber die Zuwanderung kaum.

Die ÖVP ging mit dem Landesrat Christian Benger als Spitzenkandidat in den Wahlkampf. Aufgrund des noch geltenden Proporzwahlrechtes hatte die Partei einen Platz in der Landesregierung inne. Doch weder die Spitzenposition Bengers noch die eigene Regierungsbeteiligung spiegelten sich in der Wahlkampfstrategie wider. Das Motto der schwarzen Kampagne lautete „Zehn Punkte und 1.000 Ideen“, und die Partei gab an, einen Teamwahlkampf zu führen, bei dem die Regionalisierung im Vordergrund steht (ÖVP Kärnten 2018a). Das Wahlprogramm und andere Wahlkampfmittel, wie etwa Plakate und Werbebriefe, fokussierten dementsprechend auf Inhalte und/oder rückten regionale Politikerinnen und Politiker in den Mittelpunkt. Zusätzlich setzte die Landespartei auch stark auf die Unterstützung durch die Bundespartei und betonte die gute Verbindung nach Wien (ÖVP Kärnten 2018b, Martinz 2018). Vom ÖVP-Bundeskanzler Sebastian Kurz abwärts nahmen Regierungsmitglieder bei einer Vielzahl von Veranstaltungen in Kärnten teil. Insbesondere die Bundesministerin für Nachhaltigkeit und Tourismus, Elisabeth Köstinger, war als Kärntnerin und Stellvertreterin Bengers besonders präsent. Beispiele sind etwa der politische Aschermittwoch oder die während des Wahlkampfes organisierten Zukunftsgespräche. Köstinger war auch auf sämtlichen Fotos im Wahlprogramm, die jeweils die regionalen Kandidatinnen und Kandidaten präsentierten, gemeinsam mit Benger in zentraler Position abgebildet. Die Strategie führte soweit, dass der Kurier zwei Tage vor der Wahl titelte: die „ÖVP versteckt Kärntner Spitzenkandidaten“ (Martinz 2018) und die Volkspartei sich rechtfertigen musste.

Entgegen den Annahmen, dass eine Regierungspartei die eigene Leistungsbilanz während des Wahlkampfes betont, folgte das Wahlprogramm

dem Wahlkampfmotto und präsentierte ausschließlich den zukunftsorientierten 10-Punkte-Plan. Daran anschließend wurden 1.000 geplante Vorhaben für Kärnten und seine Regionen untereinander aufgelistet. Von der eigenen Regierungsbeteiligung glaubte man aufgrund der SPÖ-Dominanz offenbar nicht, nennenswertes Kapital schlagen zu können. Die quantitative Inhaltsanalyse der Wahlprogramme identifizierte die Bereiche Wirtschaft (16 Prozent), Versorgung am Land (15 Prozent) und Bildung (9 Prozent) als Themenschwerpunkte der ÖVP. Ähnlich formulierte es Spitzenkandidat Benger im Rahmen einer Presseaussendung, bei der er die Themen Versorgung im ländlichen Raum, Wirtschaft und Tourismus sowie Sicherheit, insbesondere im Internet für kleine und mittlere Unternehmen, als Schwerpunkte auslobte (ÖVP Kärnten 2018a).

Betrachtet man nochmals die Abbildung 1, so zeigt sich der unterschiedliche Fokus der Parteien im Wahlkampf. Während SPÖ und ÖVP deutliche Schwerpunkte kenntlich gemacht haben, präsentierte die FPÖ in ihrem Wahlprogramm ein breites inhaltliches Angebot. Das meistgenannte Bildungsthema ist nur um 2 PP stärker als die dahinterliegenden Kategorien. Aber nicht nur die Prioritäten geben interessante Aufschlüsse in die Kampagnen der Parteien, sondern auch die weniger stark besetzten Kategorien. Die SPÖ verliert kein Wort über den Bereich Finanzen, und das, obwohl während ihrer Regierungsverantwortung die Abwicklung des Hypo-Skandals über die Bühne gegangen war. Für diese Bilanz glaubte man offensichtlich nicht, von den Wählerinnen und Wählern belohnt zu werden, und so sparte man den Themenbereich vollständig aus. Sowohl die ÖVP, die sich auch in den Nationalratswahlkämpfen immer wieder als strenger Hüter des Budgets präsentiert, als auch die FPÖ in ihrer Rolle als Oppositionspartei thematisierten die Finanzen. Bei der ÖVP ging es vorrangig um eine sorgfältige zukünftige Planung, und die FPÖ thematisierte die in ihren Augen verfehlte Abwicklung des Finanzskandals.

Neben SPÖ, FPÖ und ÖVP traten auch das Team Kärnten, die Grünen und das BZÖ erneut an. Das Team Kärnten wurde von seinem Spitzenkandidaten Gerhard Köfer angeführt. Köfer war als langjähriger SPÖ-Politiker im Jahr 2012 zum Team Stronach gewechselt und schaffte im darauffolgenden Jahr mit über 10 Prozent der Stimmen und vier Mandaten den Einzug in den Kärntner Landtag. Aufgrund des geltenden Proporzes konnte er das Amt des Straßenbaureferenten bekleiden. Die Legislaturperiode war jedoch von personellen Schwierigkeiten und der Lossagung von dem nunmehr aufgelösten Team Stronach gekennzeichnet. Im Wahlkampf positionierte sich Köfer vor allem als Kontrollpartei. Die Grünen traten mit ihrem Landesrat für Umwelt, Energie und Verkehr Rolf Holub an. Sie betonten ihre klassischen Themen Umwelt- und Klimaschutz und stellten insbesondere auch ihre Leistungen als Teil der aktuellen Landesregierung in den Mittelpunkt des Wahlkampfes. Das BZÖ kandidierte mit Spitzenkandidat

Helmut Nikel. Um den erstmaligen Einzug in den Landtag kämpften die NEOS und schlossen dazu eine Wahlplattform mit Mein Südkärnten – Moja Južna Koroška. Spitzenkandidat wurde Markus Unterdorfer-Morgenstern. Insgesamt traten zehn Parteien an, neun davon in ganz Kärnten.

2. Der Kärntner Wahlkampf im Ländervergleich

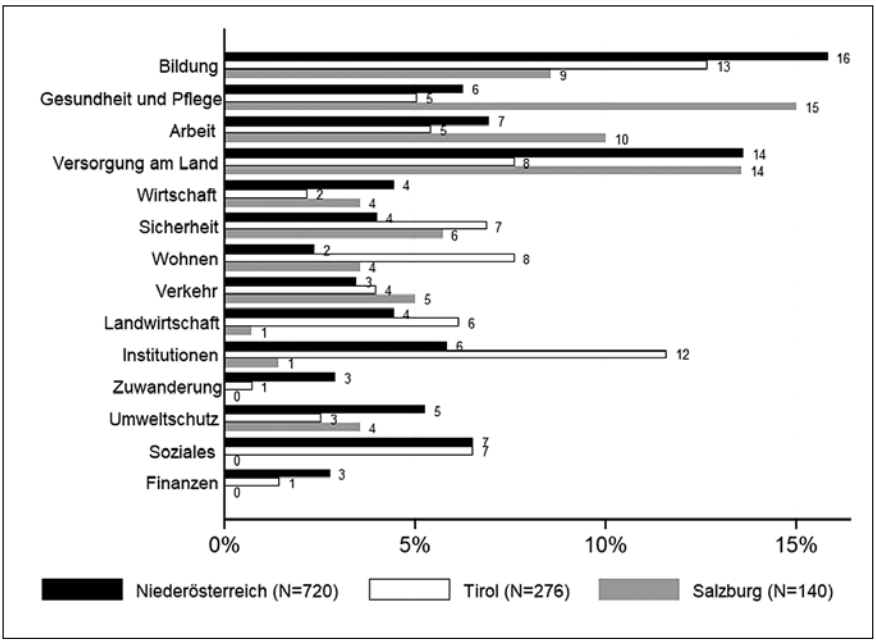
SPÖ Kärnten im Vergleich

Anders als in Kärnten trat die SPÖ in Niederösterreich, Tirol und Salzburg als Herausforderer um die Führung im Land an. Dementsprechend zielten diese Wahlkampfstrategien vor allem auf die Präsentation einer personellen und inhaltlichen Alternative zur schwarzen Landespolitik ab.

In Niederösterreich trat der Spitzenkandidat Franz Schnabl für die SPÖ an. Der politische Quereinsteiger Schnabl wurde erst im Jahr vor der Landtagswahl zum Landesparteivorsitzenden und Spitzenkandidaten gewählt. Aufgrund des niederösterreichischen Proporzes übernahm er allerdings auch das Amt eines Landesrates in der Landesregierung. Trotz der Kurzfristigkeit setzte die SPÖ nicht auf einen Themenwahlkampf, sondern stellte die Person Schnabl in den Mittelpunkt der Kampagne mit den Überschriften „Eine zweite Meinung für Niederösterreich“ und „Aus Spaß an ernsthafter Politik“. Während der erste Ausspruch von politischem Realismus geprägt war und deutlich machen sollte, dass man nicht um Platz 1 im schwarzen Niederösterreich kämpft, sollte die zweite Aussage als Kontrast zu den von der Landespartei als verbohrt wahrgenommenen Nationalratswahlkämpfen der politischen Mitbewerber verstanden werden (SPÖ Niederösterreich 2018). Bei der Kampagne achtete man auf eine unkonventionelle Präsentation des Kandidaten. Schnabl wurde auf Plakaten beispielsweise auf einem Roller oder in Verkleidung gezeigt. Dabei wurde auch der Fokus auf den Spitzenkandidaten nochmals deutlich, da hier oft auf die Marke SPÖ zu Gunsten eines eigenen Schnabl-Logos und seiner personalisierten Website verzichtet wurde.

Auch in Tirol kam der roten Spitzenkandidatin Elisabeth Blanik eine bedeutende Rolle zu, wenn sie in diesem Fall auch stärker in eine gesamte Neupositionierung der SPÖ eingebettet war. Es ging nicht nur um eine prominente Platzierung der Spitzenkandidatin, sondern auch um sie als moderne Kandidatin einer *neuen* Partei mit einer *neuen* Politik. Die Kampagnenmottos lauteten dementsprechend „Die neue SPÖ“, „Freu‘ dich Tirol :)“ sowie „Politik? Darf man ändern“. Die SPÖ Tirol war, ähnlich wie jene in Niederösterreich, bestrebt, eine frische und moderne Alternative zur langjährigen Dominanz der ÖVP zu präsentieren. Blanik konnte allerdings nicht wie Schnabl den Typ der Jungpolitikerin und Quereinsteigerin

Abbildung 2. Die Themen der SPÖ im Ländervergleich (in Prozent)



Quelle: eigene Erhebung (Erklärung siehe Fußnote 1; nicht in der Abbildung enthalten sind die Kategorien Sonstiges und Kein Thema; die Prozentzahlen sind auf ganze Werte gerundet)

verkörpern, da sie im Gegenteil auf eine langjährige Karriere im Landtag und (Vize-)Bürgermeisterin von Lienz zurückblickte. Die Veränderung sollte vielmehr durch sie als Frau und damit verbunden einerseits durch einen neuen Politikstil und andererseits durch eine geeignete Vertretung der weiblichen Bevölkerung erzielt werden. So hieß es im Wahlprogramm beispielsweise: „Wir schaffen das Hinterzimmer ab." (SPÖ Tirol 2018: 8–9) und „Wer vertritt Frauen am besten? Frauen." (SPÖ Tirol 2018: 14–15).

In Salzburg trat Walter Steidl als Spitzenkandidat auf. Als Abgeordneter zum Landtag und kurzzeitiger Landesrat im Vorfeld des Regierungswechsels 2013 und unter anderem als Klubvorsitzender im Landtag konnte Steidl ebenfalls eine langjährige Politik- und Parteikarriere vorweisen. Im Vergleich zu den anderen SPÖ-Kampagnen fand die Personalisierung in geringerem Ausmaß statt. Auch der Versuch, durch eine Neuerfindung von Personen oder Inhalten eine Alternative zu präsentieren, fiel schwächer aus. Im Rahmen der Auftaktkonferenz wurde ein Spitzenteam aus drei Personen präsentiert. Die Mottos lauteten „Sicherhalt und Rückhalt" sowie ein „gutes Leben in Salzburg". Der Sicherheitsbegriff wurde allerdings sehr breit ausgelegt und betonte die Sicherheit, einen guten

Betreuungsplatz für Kinder, eine gute Arbeit oder auch eine gute Gesundheitsvorsorge zu haben (SPÖ Salzburg 2018). Insgesamt stand der Wahlkampfauftakt somit exemplarisch für eine sehr sachliche Wahlkampfführung, bei der Walter Steidl als Spitzenkandidat Handschlagqualität und Verlässlichkeit präsentieren sollte. Diese Strategie verkörperte auch das Wahlprogramm, welches neben einem Bild Steidls die Überschrift trug: „Meine Garantie: Rückhalt, Sicherheit und ein gutes Leben."

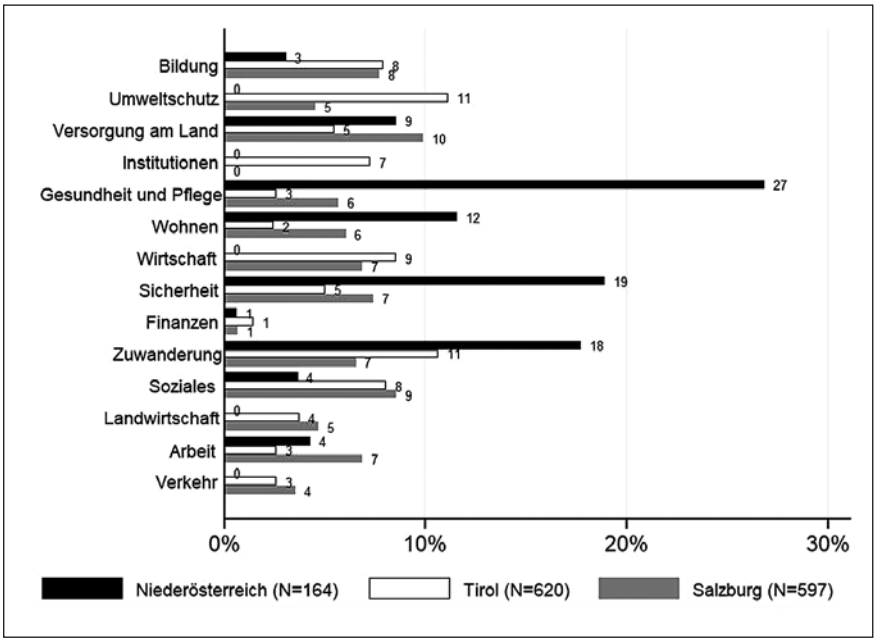
Die inhaltlichen Schwerpunkte der SPÖ-Kampagnen werden in Abbildung 2 präsentiert. Um einen direkten Vergleich mit dem roten Wahlkampf in Kärnten herzustellen, reiht die Abbildung die Kategorien anhand der Relevanz des Wahlprogrammes der SPÖ Kärnten. Zur Erinnerung: Die SPÖ Kärnten hatte auf Platz 1 das Thema Bildung gelistet. Dahinter kamen die Bereiche Gesundheit und Pflege sowie Arbeit. Es zeigt sich, dass das Thema Bildung in allen SPÖ-Kampagnen eine wichtige Rolle gespielt hat. In Niederösterreich (16 Prozent) und in Tirol (13 Prozent) war dieses Thema ebenfalls das am Stärksten bespielte. In Salzburg wurden die Bereiche Gesundheit und Pflege (15 Prozent) sowie Versorgung am Land (14 Prozent) stärker thematisiert. Das Bildungsthema folgte auf dem vierten Platz. Die Versorgung im Land ist auch in Niederösterreich ein wesentliches Thema. Insgesamt ist es interessant, dass die Finanzen in keinem der Wahlprogramme eine große Rolle spielten und die SPÖ auch aus der Rolle der Oppositionspartei das Thema kaum erwähnte.

FPÖ Kärnten im Vergleich

Wie in Kärnten befand sich die FPÖ auch in Niederösterreich, Tirol und Salzburg in der Rolle der Oppositionspartei und führte einen entsprechenden Wahlkampf als Herausforderer. Der wesentliche Unterschied lag daran, dass diese drei Länder von ÖVP-Regierungen geführt wurden. Um Kritik am Amtsinhaber üben zu können und gleichzeitig den Koalitionsfrieden mit der ÖVP auf Bundesebene zu bewahren, betonte die FPÖ die Unterschiede zwischen den Landesparteien und der Bundes-ÖVP.

Personell bestritt die FPÖ im Vergleich zu SPÖ und ÖVP die Wahlen mit deutlich jüngeren Spitzenkandidatinnen beziehungsweise -kandidaten. Die FPÖ Niederösterreich ging mit dem 31-jährigen Udo Landbauer in das Rennen, der politische Erfahrung als Bundesobmann des Rings Freiheitlicher Jugend Österreich und als Gemeindepolitiker besaß. Für heftige Diskussionen sorgte das Aufkommen der so genannten „Liederbuch-Affäre" nur wenige Tage vor dem Wahltermin. Aufgrund von Recherchen der Wochenzeitung Falter wurden antisemitische, rassistische und NS-verherrlichende Texte in einem Liederbuch der Burschenschaft Germania zu Wiener Neustadt, deren stellvertretender Vorsitzender Landbauer war, öffentlich (Horaczek 2018). Landbauer betonte, von den Texten keine

Abbildung 3. Die Themen der FPÖ im Ländervergleich (in Prozent)



Quelle: eigene Erhebung (Erklärung siehe Fußnote 1; nicht in der Abbildung enthalten sind die Kategorien Sonstiges und Kein Thema; die Prozentzahlen sind auf ganze Werte gerundet)

Kenntnis gehabt zu haben, und zog sich nach der Wahl für die Dauer des Verfahrens, bei dem er als Zeuge geführt worden war, aus der Politik zurück. Der Spitzenkandidat der Tiroler FPÖ war der 42-jährige langgediente FPÖ-Politiker und Landesparteiobmann Markus Abwerzger. Für Aufregung sorgte ein ORF-Beitrag, der Abwerzger nickend auf antisemitische Äußerungen eines Gesprächspartners zeigte. Abwerzgers ablehnende Reaktion war nicht Teil des ausgestrahlten Beitrages. Gerichtlich endete die Causa mit einem Vergleich und der Übernahme der Anwalts- und Gerichtskosten sowie einer Spende seitens des ORF (FPÖ 2018, ORF 2018). Die Salzburger FPÖ, die nach einem Führungswechsel und Parteiabspaltung neu aufgestellt worden war, ging mit ihrer Landeschefin Marlene Svazek in den Wahlkampf. Die 26-Jährige war zu diesem Zeitpunkt Nationalratsabgeordnete und FPÖ-Generalsekretärin. Die Wahlkampfstrategie war auf ihre Person und auf den Wunsch nach Veränderung angelegt. Dies spiegelten die beiden Slogans „Salzburger Frühling“ und „Marlene muss man mögen“ wider. Der erste Slogan war eine Anspielung auf den Frühling und das Neue, das diese Jahreszeit mit sich bringt. Der zweite Slogan

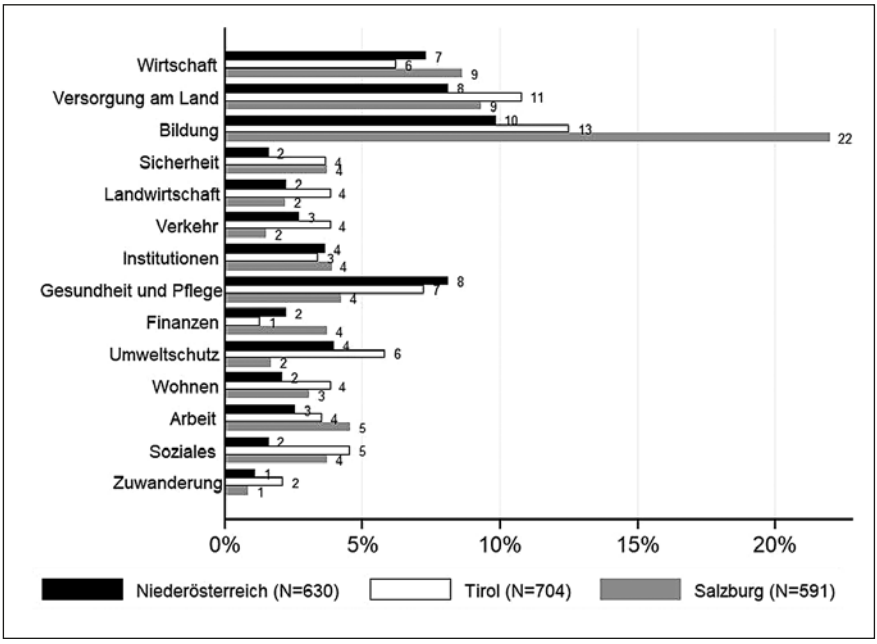
sorgte noch vor dem eigentlichen Wahlkampfstart für Diskussionen. Ursprünglich wurde der Spruch „Marlene mag man eben", der inhaltlich und optisch stark an den Werbeslogan der Manner-Schnitten erinnerte, verwendet. Dies war aber nicht mit dem Unternehmen abgestimmt worden und musste deshalb abgeändert werden (Salzburg24.at 2018a, b).

Die inhaltlichen Schwerpunkte sind in Abbildung 3 zu sehen, die die Kategorien anhand ihrer Relevanz im Kärntner FPÖ-Programm auflistet. Mit Ausnahme von Niederösterreich haben alle Landesparteien auf eine breite Themenstreuung in ihren Wahlprogrammen gesetzt. Die niederösterreichischen Blauen haben vor allem das Thema Gesundheit und Pflege (27 Prozent) betont. Dahinter finden sich, mit deutlichem Abstand, die Kategorien Sicherheit (19 Prozent) und Zuwanderung (18 Prozent). Auffallend ist, dass diese beiden Themen als erstes Kapitel mit der Überschrift „Sicherheit" gemeinsam diskutiert und verknüpft wurden. Durch die starke Schwerpunktsetzung wurden die Bereiche Institutionen, Umweltschutz, Wirtschaft, Landwirtschaft und Verkehr überhaupt nicht angesprochen. Ganz anders sah es in Tirol und Salzburg aus. Die blauen Politikinhalte in Tirol wurden im Wahlprogramm „Garantievertrag mit Tirol" in 23 fast gleich langen Kapiteln von A wie Arbeit bis W wie Wirtschaft beschrieben. Die am stärksten besetzten Bereiche waren Umweltschutz (inklusive Tierschutz) und Zuwanderung mit jeweils 11 Prozent sowie Wirtschaft mit 9 Prozent. In Salzburg waren die Themen Versorgung am Land (10 Prozent), Soziales (9 Prozent) und Bildung (8 Prozent) am stärksten besetzt. Danach folgten bereits mit geringem Abstand die Bereiche Wirtschaft, Sicherheit, Zuwanderung und Arbeit mit jeweils 7 Prozent des Wahlprogrammes. Auch im Laufe des Wahlkampfes waren die Themen Sicherheit und Migration nicht dominant.

ÖVP Kärnten im Vergleich

Anders als in Kärnten ging die ÖVP in Niederösterreich, Tirol und Salzburg als Titelverteidiger in die Landtagswahlkämpfe. Damit lässt sich auch die starke Betonung auf die Spitzenkandidatin und -kandidaten erklären, die im Gegensatz zu Kärnten in diesen drei Ländern stattgefunden hat. In Niederösterreich stellte sich die Landeshauptfrau und jahrelange Politikerin Johanna Mikl-Leitner erstmals nach ihrer Amtsübernahme von Langzeit-Landeshauptmann Erwin Pröll der Wahl. Sie wurde als sachliche und ruhige Landesmutter präsentiert. Der Wahlkampf lief unter dem Motto „wir", und Mikl-Leitner betonte in ihren Aussagen stets ein neues Miteinander in der Politik. Aufgrund ihrer Rückkehr in die Landespolitik vor rund zwei Jahren standen nicht die bisher geleisteten Punkte, sondern die Pläne für die Zukunft im Vordergrund. Die zentrale Positionierung des Tirolers Günther Platter ähnelte sehr stark jener Mikl-Leitners: Auch Platter wurde als verlässlicher und sachlicher Partner für die Tirolerinnen und

Abbildung 4. Die Themen der ÖVP im Ländervergleich (in Prozent)



Quelle: eigene Erhebung (Erklärung siehe Fußnote 1; nicht in der Abbildung enthalten sind die Kategorien Sonstiges und Kein Thema; die Prozentzahlen sind auf ganze Werte gerundet)

Tiroler dargestellt. Mit ihm sollte die Stabilität im Land erhalten werden. Anders als bei Mikl-Leitner wurde bei Platter, der ja die volle vorangegangene Legislaturperiode im Amt war, auch auf die vergangene Leistungsbilanz hingewiesen. Das Wahlprogramm „Vorsprung Tirol" präsentierte die einzelnen Themenbereiche immer mit einem Blick auf bereits Erreichtes („Vorsprung Tirol") und auf zukünftig zu Erreichendes („Vorsprung ausbauen"). Die gleiche Strategie wurde in Salzburg mit ÖVP-Landeshauptmann und Spitzenkandidat Wilfried Haslauer verfolgt. Ihm wurden von seiner Partei die Eigenschaften weltoffen, aufmerksam, verbunden und entschlossen zugeschrieben. Das Salzburger Wahlprogramm stellte vor allem zukünftige Pläne in den Vordergrund. Die vergangene Bilanz war eher Teil von Interviews oder Reden.

Abbildung 4 zeigt nun die inhaltlichen Schwerpunkte der ÖVP-Wahlprogramme, wobei die Reihung der Kategorien den Prioritäten im Kärntner ÖVP-Programm entspricht. Es ist interessant zu sehen, dass sich die Schwerpunkte der Programme der ÖVP-Landesparteien deutlich überschneiden. In allen vier Ländern liegen die Bereiche Bildung, Versorgung am Land und Wirtschaft unter den vier am stärksten besetzten Kategorien.

Besonders deutlich ist der Fokus auf die Bildung in Salzburg, wo insgesamt 22 Prozent der Absätze diesem Thema zugeordnet werden können. In Niederösterreich und Tirol sind mit 8 beziehungsweise 7 Prozent insbesondere noch Fragen zu dem Bereich Gesundheit und Pflege thematisiert worden. Die in niederösterreichischen Wahlkampfreden angekündigten Schwerpunkte auf die Themen Arbeit und Sozialleistungen waren im Wahlprogramm nicht zu finden (ÖVP Niederösterreich 2018). In Niederösterreich waren etwa 3 beziehungsweise 2 Prozent der Absätze diesen Themen gewidmet.

3. Schlussbemerkung

Der Beitrag widmete sich einer Analyse der Kärntner Landtagswahlkampagnen im Vergleich zu den Kampagnen in Niederösterreich, Tirol und Salzburg. Im Mittelpunkt standen dabei die Positionierung der Spitzenkandidatinnen und Spitzenkandidaten sowie die inhaltlichen Schwerpunkte von SPÖ, FPÖ und ÖVP. Um einen systematischen Vergleich der Inhalte zu gewährleisten, wurde eine quantitative Inhaltsanalyse der Wahlprogramme durchgeführt. Die Wahlkämpfe wiesen oftmals eine starke Personalisierung auf, die durch die Rolle einer Partei als Amtsinhaber nochmals verstärkt wurde. In allen Ländern konnte die Partei der Landeshauptleute mit ihrem Spitzenpersonal punkten. Inhaltlich setzten die Parteien vor allem auf das Thema Bildung.

Literatur:

Dolezal, Martin; Ennser-Jedenastik, Laurenz; Müller, Wolfgang C. und Winkler, Anna Katharina (2012). The life cycle of party manifestos: explorations into the Austrian case. West European Politics, vol. 35(4): 869–95.

FPÖ (2018). FPÖ-Abwerzger: Mangelnde Einsicht des ORF Tirol ist inakzeptabel. Presseaussendung. Online unter: https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20180212_OTS0089/fpoe-abwerzger-mangelnde-einsicht-des-orf-tirol-ist-inakzeptabel (Zugriff: 06.08.2018).

Horaczek, Nina (2018). „Wir schaffen die siebte Million" Die Burschenschaft des FPÖ-Spitzenkandidaten Udo Landbauer treibt ihre „Späße" über die Schoah. falter.at. Online unter: https://www.falter.at/archiv/wp/wir-schaffen-die-siebte-million (Zugriff: 02.08.2018).

Kärntner Landesregierung (2018). Landtagswahl 4. März 2018. Online unter: http://www.ktn.gv.at/wahlen/lt2018/ (Zugriff: 23.07.2018).

Martinz, Thomas (2018). ÖVP versteckt Kärntner Spitzenkandidaten. Kurier.at. Online unter: https://kurier.at/politik/inland/oevp-versteckt-kaerntner-spitzenkandidaten/312.546.078 (Zugriff: 25.07.2018).

OGM (2018). OGM – Wahlprognose Landtagswahl Kärnten 2018. Online unter: https://www.ogm.at/ogm-wahlprognose-ltw-noe-2018-2/ (Zugriff: 23.07.2018).

ORF (2018). ORF Tirol entschuldigt sich bei FPÖ. tirol.orf.at Online unter: https://tirol.orf.at/news/stories/2895019/ (Zugriff: 06.08.2018).

ÖVP Kärnten (2018a). Kärntner Volkspartei startet offiziell in den Wahlkampf. Presseaussendung. Online unter: https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20180113_OTS0010/kaerntner-volkspartei-startet-offiziell-in-den-wahlkampf (Zugriff: 27.07.2018).

ÖVP Kärnten (2018b). VP-Benger: „Ohne Reformen – keine Koalition". Presseaussendung. Online unter: https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20180214_OTS0149/vp-benger-ohne-reformen-keine-koalition (Zugriff: 27.07.2018).

ÖVP Niederösterreich (2018). Wahlkampfauftakt der VPNÖ in Tulln. ÖVP-Aktuelles. Online unter: https://www.vpnoe.at/artikel/wahlkampfauftakt-der-vpnoe-in-tulln (Zugriff: 08.08.2018).

Salzburg24.at (2018a). „Marlene mag man eben": Manner kündigt rechtliche Schritte an. Salzburg24.at. Online unter: http://www.salzburg24.at/marlene-mag-man-eben-manner-kuendigt-rechtliche-schritte-an/5220011 (Zugriff: 06.08.2018).

Salzburg24.at (2018b). „Marlene mag man eben": FPÖ einigt sich mit Manner. Salzburg24.at. Online unter: http://www.salzburg24.at/marlene-mag-man-eben-fpoe-einigt-sich-mit-manner/5222166 (Zugriff: 06.08.2018).

SPÖ Kärnten (2018a). Kärnten-Wahl – SPÖ-Auftakt 2: Unser eingeschlagener Weg ist noch lange nicht zu Ende! Presseaussendung.
Online unter: https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20180124_OTS0183/kaernten-wahl-spoe-wahlauftakt-2-unser-eingeschlagener-weg-ist-noch-lange-nicht-zu-ende (Zugriff: 28.07.2018).

SPÖ Kärnten (2018b). Kärnten-Wahl – SPÖ: „Machen wir Kärnten zum kinderfreundlichsten Land Europas". Presseaussendung. Online unter: https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20180127_OTS0029/kaernten-wahl-spoe-machen-wir-kaernten-zum-kinderfreundlichsten-land-europas-bild (Zugriff: 28.07.2018).

SPÖ Niederösterreich (2018). SPÖ-Hundmüller/Kocevar: „Wir haben die zweite, wichtige Meinung für Niederösterreich". Presseaussendung. Online unter: https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20180109_OTS0040/spoe-hundsmuellerkocevar-wir-haben-die-zweite-wichtige-meinung-fuer-niederoesterreich (Zugriff: 27.07.2018).

SPÖ Salzburg (2018). Salzburger SPÖ startet motiviert und mit viel Aufwind in den Wahlkampf. SPÖ-News. Online unter: https://salzburg.spoe.at/news/salzburger %20sp %C3 %B6 %20startet %20motiviert %20und %20mit %20viel %20aufwind %20den %20wahlkampf (31.07.2018).

Anmerkung:

1. Wahlprogramme sind innerhalb der Partei akkordierte Texte, die in der Regel von allen Parteien im Vorfeld einer Wahl veröffentlicht werden. Sie bieten daher eine ausgezeichnete Basis für eine derartige Analyse (Näheres zu Wahlprogrammen in Österreich siehe Dolezal et al. 2012). Im Rahmen der quantitativen Inhaltsanalyse wurde von der Autorin jeder einzelne Absatz eines Wahlprogrammes einer Kategorie des Kategorienschemas zugeordnet. Das Kategorienschema wurde in Anlehnung an die ISA/SORA-Wahltagsbefragungen im Auftrag des ORF zu den Landtagswahlen erstellt
(siehe z. B.: https://wahlen.strategieanalysen.at/ktn2018/themen.php).

Peter Plaikner

Eine Wahl im Zeichen der Medienmorphose

Wenn der Rundfunk als Textanbieter und die Zeitung als TV-Station auftritt und die Politik dort überall sowie in ihren eigenen Kanälen ständig präsent sein muss

1. Weniger Medien, mehr Vertriebskanäle

Während Kärnten erst nach der Wahl eine Regierungs- und Landtagspartei weniger hatte, gab es hier schon vor der Wahl ein Tages- und Massenmedium weniger. Im Gegensatz zu den Grünen, die seitdem um einen Wiedereinzug ins Regionalparlament kämpfen, ist die *Kärntner Tageszeitung (KTZ)* aber endgültig von der Bildfläche verschwunden. Nach fast 64 Jahren als Organ der SPÖ sowie 51 Monaten in parteilicher Unabhängigkeit und privatwirtschaftlicher Führung war das ab 4. Jänner 1946 im Tagesrhythmus verbreitete Blatt am 28. Februar 2014 letztmals erschienen.

Doch so wie in der Politik immer neue Bewegungen und Parteien aus dem Boden schießen, wird auch die Medienlandschaft nicht besser überschaubar durch den Wegfall eines traditionell wichtigen Mitwirkenden. Das liegt an der Entwicklung nahezu aller Anbieter zu multimedialen Akteuren. Die einstigen Rundfunkstationen sind via Internet längst auch Textverbreiter. Die früheren Zeitungshäuser haben ihr Portfolio fast durchwegs um Radio und Fernsehen – zumindest im Sinne von Bewegtbildern – erweitert. Neben diesen veränderten Konkurrenzlinien treffen sämtliche herkömmliche Medien im Internet einerseits aufeinander und andererseits auf neue Mitbewerber.

Social Media, die scheinbar sozialen vermeintlichen Medien, lehnen zwar zwecks Geschäftsmodell die aus dem Medienstatus entstehende Verantwortung für ihre Inhalte ab und versuchen sich durch Betonung einer angeblich puren Vertriebsfunktion aus der Affäre zu ziehen, sind allerdings de facto die mächtigsten Mitspieler auf einem immer unübersichtlicher geratenden Kommunikationsspielfeld. Durch die Rückkanalfähigkeit des Internets und viele seiner populären Anwendungen kann jeder Empfänger zumindest theoretisch und technisch auch ein Sender sein. Dies raubt vor allem der gewohnten Torwächter-Funktion des Journalismus einen Teil seiner Privilegierung. Alle Informatoren werden zwangsläufig

zu Kommunikatoren. Die hierarchische Abstufung zwischen Massenmedien und ihren Nutzern weicht zunehmend einer Beziehung auf Augenhöhe.

Die Selbstvermittlung über solche Kanäle – von Zeitung, Radio und Fernsehen bis zu *Facebook, YouTube* und *Instagram* – ist für Politiker geradezu unabdingbar. Je höher die Verwaltungsebene, desto mehr Bedeutung erlangt das Senden, Teilen und Gefällt-mir-Drücken in den neuen Netzwerken und Plattformen. Folgerichtig hat es zuerst den nationalen Diskurs erfasst und durchdringt nun immer noch stärker auch die regionalen Debatten und lokalen Diskussionen. Die hier angesiedelten Zeitungen, Radiosender und Fernsehstationen stehen einerseits in Konkurrenz zu den globalisierten Invasoren in der Arena von bodenständigen Nachrichten und Meinungen, sie nutzen andererseits aber selbst solche Vertriebswege zur Steigerung der Gesamtreichweiten ihrer Medienmarken.

Neben der grundsätzlichen Weiterentwicklung von Social Media ist die Medienmorphose, eine evolutionäre Anpassung der herkömmlichen Medien an ihre neuen Rahmenbedingungen, der größte Unterschied in der Berichterstattung über die Landtagswahlen 2013 und 2018. In dieser Entwicklung unterscheidet sich Kärnten nicht von anderen Regionen. Doch es ist auch im Mediensektor ein österreichischer Sonderfall. Nur im Burgenland und hier konnte sich kein wirklich eigener großer Zeitungsverlag halten. Seit dem Ende der *KTZ* ist Kärnten bloß noch ein Exerzierfeld für die größten Medienhäuser Österreichs – des *ORF*, der *Mediaprint* und der *Styria*. Daran ändert auch die Tatsache nichts, dass das öffentlich-rechtliche Landesstudio wie auch *Kleine Zeitung, Woche, Antenne, Kärntner Regionalmedien, Kärntner Monat* (alle *Styria*) und *Krone* (*Mediaprint*) hier operativ einen eigenständigen Kurs fahren können. Die strategischen Letztentscheidungen fallen in Wien und Graz.

Kärnten ist eine Medienkolonie ohne autochthonen Widerpart. Die verbliebenen Wochenblätter von den *Unterkärntner Nachrichten* bis zu *Novice* und *Nedelja* der slowenischen Volksgruppe vermögen darüber so wenig hinwegzutäuschen wie das regionale Fernsehprogramm *KT1* und *Radio Agora*, das mehrsprachige, nicht kommerzielle Rundfunkprojekt. Doch neben der geographischen Randlage als Grenzregion und dem Schnittpunkt der drei großen europäischen Kulturen führt ausgerechnet das Filialdasein zu besonders akzentuiert kärntnerischen Inhalten. Das gilt für Zeitungen wie Radio und Fernsehen. Nur in Vorarlberg und Tirol erzielen Tagblätter noch ähnliche hohe Reichweiten wie hier die *Kleine Zeitung* mit zuletzt 45,8 Prozent (Daten und Erläuterung siehe jeweils untenstehende Tabelle). Lediglich im Burgenland erreicht die *Krone* eine größere Leserquote als hier mit 39,9 Prozent. Nirgends sonst hören das regionale *ORF*-Programm täglich 38,6 Prozent der Bevölkerung. Nur in Vorarlberg

Tabelle 1: Reichweiten von Massenmedien in Kärnten

Reichweiten von Massenmedien in Kärnten		
Leser pro Ausgabe | täglich | über 14-Jährige		
Kleine Zeitung	221.000	45,8 %
Kronen Zeitung	193.000	39,9 %
Leser pro Ausgabe | wöchentlich + 14-täglich | 14+		
Woche	248.000	51,3 %
Kärntner Regionalmedien	302.000	62,5 %
Tagesreichweite | über 10-Jährige | 14–49-Jährige		
Radio Kärnten	194.000	38,6 | 24,0 %
Antenne Kärnten	98.000	19,5 | 29,0 %
Unique User pro Monat | % der Internetnutzer 14+		
ORF.at	237.000	54,1 %
kleinezeitung.at	215.000	49,1 %
krone.at	171.000	39,1 %
meinbezirk.at	148.000	33,8 %

Die Daten stammen aus der Media-Analyse 2017/18, dem Radiotest 2018_2 (2017/18) und der Webanalyse ÖWA plus 2018-I (1. Quartal 2018). Die Zahlen sind nicht direkt vergleichbar. Würde z. B. bei der Kleinen Zeitung die Wochenreichweite als weitester Leserkreis angegeben, wären dies schon 336.000. Umgekehrt hat beispielsweise orf.at monatlich zwar eine Österreich-Reichweite von fast 3,7 Millionen, täglich aber nur noch eine Million. Die ÖWA plus weist keine Tageswerte für Bundesländer aus.

hat „Bundesland heute“ mehr Marktanteil als die 62 Prozent des frühabendlichen Kärntner TV-Publikums. Auch insgesamt liegt hier der tägliche Zeitungskonsum um acht Prozentpunkte über dem Österreich-Schnitt und ist wie beim Radiohören und Fernsehen der anteilsmäßig höchste in allen Bundesländern.

Diese außergewöhnlich starke Nutzung herkömmlicher Medien resultiert aber auch aus einem vergleichsweisen Rückstand bei Internet. In seiner Nutzung schneidet bei einer Rangliste der Regionen nur das Burgenland noch schlechter ab – wenngleich sich auch in Kärnten drei Viertel der Bevölkerung täglich online begeben. 42,6 Prozent der über 14-Jährigen sind hier zumindest einmal im Monat in den sozialen Netzwerken à la *Facebook* unterwegs, 48,2 Prozent schauen sich Videoclips auf Plattformen wie *YouTube* an. Durch diese Aufholjagd in der Hinwendung zu digitalen Angeboten erodiert der hier einst noch wesentlich deutlichere Vorsprung bei der Nutzung von Printmedien.

2. Parallele Trends für Parteien und Medien

Die vorerst grundlegende Betrachtung der Kärntner Medienlandschaft erscheint notwendig, weil sie sich parallel zum herkömmlichen Parteiensystem entwickelt. Während weltweit in beiden Bereichen geradezu Endzeitstimmung aufgrund der wachsenden Bedeutung von neuen Bewegungen und Social Media angesagt ist, herrschen hierzulande Verhältnisse an der absoluten Mehrheitsschwelle. Das gilt zwar nur noch für jeweils eine Partei und ein Medienhaus, doch die SPÖ und die *Styria* sind prototypisch für die etwas anderen Verhältnisse in einer Region, deren Landeshauptleute in der Zweiten Republik aus drei verschiedenen Parteien kamen. Dort die Sozialdemokratie als wieder führende politische Kraft, hier das einem katholischen Pressverein gehörende, seit jeher stärkste Verlagskonglomerat: Das ist auch eine österreichweit einmalige Konstellation von *checks and balances* abseits der festgeschriebenen Gewaltenteilung von Legislative, Exekutive und Judikatur.

Diese Beziehung prägt bis heute die Einstellungen insbesondere der regionalen Parteien und ihrer Anhänger zu den Zeitungen im Land. In kaum einem anderen Bundesland wird dem ansässigen Tagblatt und dem Wiener Boulevard-Ableger so oft Lagernähe unterstellt wie in Kärnten. Durch die jeweilige Berichterstattung lassen sich diese Vorurteile allerdings nicht erhärten. Statt ideologisch getrieben, sind beide ökonomisch konstituiert; so wie alle ernst zu nehmenden privatwirtschaftlich organisierten Massenmedien. Ihre grassierende Fehleinschätzung ist keine Kärntner Spezialität, sondern beruht auf einem für die Zukunft der Demokratie katastrophalen gesamtgesellschaftlichen Missstand an politischer Bildung und dadurch zwangsläufig auch Medienkunde. Die Auswirkungen dieses sozialen Defizits sind in der Ära von Social Media – einem doppelt hinterfragenswerten Begriff – und die dadurch bewerkstelligte massenhafte Irreführung bereits systemerschütternd spürbar.

Die Berichterstattung zur Landtagswahl 2018 vollzog sich am Höhepunkt der Metamorphose von der alten zur neuen Medienwelt. Dabei wirkt es durchaus symbolisch, dass diese regionale Entscheidung zeitlich zwischen der österreichischen Nationalratswahl und den US-amerikanischen Kongresswahlen lag. Aufgrund der Digitalisierung gibt es in der politischen Kommunikation wie in der medialen Vermittlung keine fundamentalen Verzögerungen mehr, bis nationale oder gar globale Einflüsse auf die regionale Ebene gelangen. Das Tempo der provinziellen Epigonen unterliegt bloß der allfälligen Bremswirkung durch eine langsamere gesellschaftliche Transformation von der Informations- zur Kommunikationsgesellschaft in Gegenden wie Kärnten als in Zentren wie Wien und Washington.

3. Volles Programm und kreative Aktionen

In diesem Kontext sorgten Mitspieler von beiden Seiten für Überraschungen, die zumindest als anekdotische Fußnoten des Wahlkampfs bestehen bleiben. Während die *Kleine Zeitung* in ihrer Papierform zwar üppiger denn je, aber durchaus erwartbar ein Potpourri aus Reportagen pro Partei, Interviews je Spitzenkandidat, täglicher Meldungsübersicht, inhaltlichen Programmvergleichen und Kommentaren lieferte, setzte sie online mehr denn je auf bewegte Bilder. Die beiden Höhepunkte dieses uneingestandenen Generalangriffs auf das regionale De-Facto-Fernsehmonopol des ORF bildeten eine Live-Diskussion mit den Listenführern und ein Live-Stream am Wahltag. Doch formal hatte die digitale Abteilung der *Kleinen* den Vogel bereits abgeschossen, als sie die Galionsfiguren der fünf stärksten Parteien von Kabarettist Helfried vulgo Christian Hölbling bei „Himmelfahrten" in der Gondel auf die Gerlitzen befragen ließ. Da 68.000 Zuschauer den Stream schon am Wahlabend verfolgten, gilt das durchaus als Aufforderung für mehr Fernsehen von der Zeitung.

Ein durchschnittliches „Kärnten heute" hat knapp 80.000 Seher. Über die Landtagswahl informierte aber auch der *ORF* so umfassend wie nie zuvor und bundesweit in all seinen Kanälen. Am Wahltag erreichte diese Berichterstattung insgesamt 2,9 Millionen Menschen, fast 40 Prozent der österreichischen TV-Bevölkerung ab zwölf Jahren. Die „ZiB 2 spezial" um 21.50 Uhr hatte 570.000 Zuseher, bei der Hochrechnung knapp nach 17 Uhr waren bis zu 660.000 dabei. Auf *ORF Online* wurden vom Wahlsonntag bis Montagfrüh 1,5 Millionen Seiten zur Landtagswahl abgerufen. Die via Web und App verfügbaren Live-Streams und Video-on-Demands des öffentlich-rechtlichen Anbieters erzielten am 4. März 104.000 Nettoviews (zusammenhängende Nutzungsvorgänge) und 200.000 Bruttoviews (registrierte Videostarts eines Beitrags). In diesem Mediensektor lag das Gesamtnutzungsvolumen am Sonntag bei 986.000 Minuten. Im Teletext des *ORF* wurden die Seiten über Ergebnisse, Reaktionen und Analysen zur Kärnten-Wahl zwei Millionen Mal abgerufen.

Das starke Augenmerk auf dieser nach Niederösterreich und Tirol bereits dritten Landtagswahl unter der erst 76 Tage amtierenden neuen Bundesregierung hat sich nicht nur für den TV- und Radio-Marktführer gelohnt, der am Wochenende davor die „Elefantenrunde" in der „Pressestunde" von *ORF 2* sogar akustisch als „Streitkultur" auf *Radio Kärnten* wiederholte, obwohl eine solche dort bereits Anfang Februar mit allen zehn Spitzenkandidaten zu hören war. *Puls 4*, der national stärkste Privat-TV-Anbieter, versuchte sich ebenfalls mit einem Diskussionsformat zur Kärntner Politik: Es ließ fünf Tage vor der Wahl eine „Elefantenrunde" im Klagenfurter VolXhaus bundesweit live diskutieren.

Unterdessen wurde an der Hörfunkfront vor allem die *Antenne Kärnten* aktiv, die in der meistumworbenen Zielgruppe der 14- bis 49-Jährigen ohnehin bereits mehr Reichweite als das auf älteres Publikum zielende *ORF-Radio Kärnten* hat. Gemeinsam mit der zur Hälfte konzerneigenen *Woche* organisierte und übertrug der Styria-Sender Diskussionen in allen vier Wahlkreisen und ebenfalls eine Elefantenrunde. Die *Kronen Zeitung* hingegen konzentrierte sich mangels größerer regionaler TV-Ressourcen für ihr Online-Portal und infolge nationaler Ausrichtung ihres mit dem *Kurier* geteilten Radiosenders *Kronehit* stärker auf die Papierform der Wahlinformation. Eingedenk der 30-köpfigen Redaktion der *Kärntner Krone* stellte sie den Spitzenkandidaten der zehn antretenden Listen ab Ende Jänner 30 Tage jeweils eine Frage und erhielt dadurch bis Ende Februar 300 Antworten. Zeitgemäß fand aber auch diese Aktion nicht nur in der gedruckten Ausgabe ihren Widerhall, sondern wurde im Online-Auftritt des Blattes multimedial präsentiert – dank eigens dafür kreiertem TV-Wahlstudio.

Ungeachtet dieser massiven *media coverage* unternahmen nahezu alle Listen enorme Anstrengungen einer quasi eigenen Medien-Performance. Als Haupttransportmittel dazu diente *Facebook*, wo im Herbst 2018 SPÖ-Chef Peter Kaiser knapp 20.000 und Gernot Darmann, sein Kontrahent von der FPÖ, sogar fast 27.000 so genannte Fans hat. Während dieses Instrument von diversen Abgeordneten und Landtagsaspiranten aller Parteien nach wie vor eher berechenbar genutzt wird, sorgte die SPÖ im Wahlkampf mit einer kreativen Einlage für Furore weit über die Landesgrenzen hinaus: „Die niederösterreichischen Grünen haben mit Star Wars-Figuren geworben, jetzt setzen auch die Kärntner Sozialdemokraten im anlaufenden Landtagswahlkampf auf ein filmisches Vorbild: Sie haben Monty Pythons Kultfilm ‚Das Leben des Brian` umgewandelt", schrieb *Die Presse* anlässlich eines Videos mit geradezu viraler Verbreitung via Facebook: Ausgehend von der Frage „Wos hot da Kaiser g'mocht?" persiflierte die SPÖ eine kultträchtige Passage aus Monty Pythons „Das Leben des Brian". Wirkte zeitgeistig, ist aber hauptzielgruppengerecht. Der Film aus dem Jahre 1979 bedient vor allem die Generation 50 plus.

Diese *silver ager* bzw. Klientel von Pensionistenverband der SPÖ und Seniorenbund der ÖVP sind auch die wichtigsten Ansprechpartner für klassische Volksparteien und herkömmliche Medien. Das Drittel der Wählerschaft aus dem Bereich 60 plus ist kongruent mit den Stammlesern der Zeitungen und den Zuschauern von „Kärnten heute" über „Zeit im Bild" bis „ZIB 2". Entsprechend zaghaft und inkonsequent geraten die Versuche zur Anhängergewinnung in jüngeren Generationen. Das gilt für Parteien wie Medien. Also geriet ihr Balanceakt zur Wähler/Leser/Hörer/Seher/User-Mobilisierung auch im Kärntner Landtagswahlkampf eher zur Vermeidungsstrategie für den Stammklientelverlust als zur Gewinnungstaktik für

Neukunden. Prototypisch dafür sind die Schlagzeilen der Interviews mit den Spitzenkandidaten in der *Kleinen Zeitung:* „Blau-schwarze Mehrheit oder Peter Kaiser“ (Peter Kaiser, SPÖ); „Ich halte vom ganzen Nazi-Dreck gar nichts“ (Gernot Darmann, FPÖ); „Wir fördern Marterln, sonst haben wir morgen den Sichelmond“ (Christian Benger, ÖVP); „Landtag mit nur drei Parteien wäre ein Super-GAU“ (Gerhard Köfer, Team Kärnten); „Wer Peter Kaiser haben will, muss Grün wählen“ (Rolf Holub, Grüne). Während die emotionalen Signale von Blau und Schwarz die Gefühlsebenen allfälliger Kampfzielgruppen bedienen, sind die Koalitionsansagen der Anderen nur allzeit und grundsätzlich Politikinteressierten verständlich. Also einer kleinen Minderheit. Eine allfällige Erweiterung des Elektoriums gelingt eher durch Aktionen wie mit der „Himmelfahrt“ der *Kleinen Zeitung* oder dem Monty-Pythons-Verschnitt der SPÖ.

4. Von der Sachlichkeit zur Personalisierung

Ein Blick auf ausgewählte Schlagzeilen bei kontinuierlich steigendem nationalen Medieninteresse in den letzten Tagen vor der Wahl verdeutlicht unterdessen, dass der nahezu von allen Seiten betont sachlich geführte Wahlkampf letztlich doch vor allem Personalisierung zur Vermittlung benötigte:

Montag, 26. Februar

Köfer: „Ich bin ein politischer Kümmerer“ (*Kleine Zeitung*)
Kaiser-Bonus und Kurz-Effekt in Kärnten (*Der Standard*)
Amtsbonus für Kaiser (*Oberösterreichische Nachrichten*)

Dienstag, 27. Februar

Holub: Er will auf der Bühne bleiben (*Kleine Zeitung*)
Retourkutsche für 2013? (*Kärntner Krone*)
Darmann gibt Duell verloren, will als Zweiter Erster werden (*Kurier*)
Kaiser warnt vor Blau-Schwarz (*Österreich*)

Mittwoch, 28. Februar

Benger: „Ich kann mich richtig wegbeamen“ (*Kleine Zeitung*)
Kaiser: Rote Alleinregierung, wenn … (*Kurier*)
Körpersprache ist Türöffner (*Woche*)
Benger: „Sonst werden andere Kulturen übernehmen“ (*Der Standard*)
Peter Kaiser hofft auf den Bonus des Hypo-Sanierers (*Oberösterreichische Nachrichten*)

Donnerstag, 1. März

Darmann: Mit Wind aus Wien in der Aufwärtsspirale (*Kleine Zeitung*)
Wenn sechs Elefanten müde werden (*Kärntner Krone*)
Grüner Komiker hat nichts zu lachen (*Kurier*)
Darmann: „Ich bin kein Freund der Quote" (*Der Standard*)
Die Zeichen stehen auf Rot (*Wiener Zeitung*)
Parteien laufen um jede Stimme (*Österreich*)

Freitag, 2. März

Kurz, Kern und Strolz am Wahltag in Kärnten (*Kleine Zeitung*)
ÖVP setzt in Kärnten voll auf Kurz: Spitzenkandidat wird versteckt (*Kurier*)
Grüne: „Es wird knapp" (*ORF Online*)
Kaiser: Koalition mit der FPÖ nicht ausgeschlossen (*Die Presse*)
Neos zittern um dritten Einzug (*Der Standard*)
Kommt Rot-Blau? (*Österreich*)
Schicksalstage für die Grünen (*Salzburger Nachrichten*)

Samstag, 3. März

Kärnten-Wahl steht unter völlig neuen Vorzeichen (*Kleine Zeitung*)
Absolute für SPÖ? (*Kärntner Krone*)
FPÖ: „Stillstand in Kärnten beenden" (*ORF Online*)
Und nun auch noch Glawischnig (*Die Presse*)
Wahlkampf ohne Hauen und Stechen (*Kurier*)
Die zweigeteilte Einheit der Kärntner Slowenen (*Der Standard*)
Kaiser im Interview: „Rot-Blau ist nicht ausgeschlossen" (*Wiener Zeitung*)
Wo die SPÖ noch hoffen darf (*Vorarlberger Nachrichten*)

4. Kaum Umfragen und viel Kaiserstimmung

Eine der wenigen Überraschungen bei politischer Kommunikation wie medialer Vermittlung in diesem Wahlkampf war die geringe Zahl an veröffentlichten Umfragen. Vor früheren Urnengängen wurden speziell in Kärnten solche Marktforschungen deutlich stärker einerseits als taktisches Kommunikationsmittel von Parteien eingesetzt und andererseits von Medien zur Korrektur der derart vermittelten Stimmungsbilder präsentiert. Diesmal beschränkte sich der Wettbewerb der Demoskopen auf zwei Umfragen: Einen Monat vor der Wahl berichtete die *Krone* über eine von der Volkspartei beauftragte Erhebung des M+R Institut für Marktforschung und Regionalumfragen aus Wien. Es stellte 500 Kärntnern die „Sonntagsfrage", kam für die SPÖ auf 42–44, die FPÖ auf 26–28, die ÖVP

auf 16–18 Prozent, sah das Team Kärnten im Landtag und die Grünen draußen. Ein ebensolches Vier-Parteien-Regionalparlament ortete dann OGM im Auftrag der *Kleinen Zeitung*, die am 22. Februar auf Basis von 786 Interviews die SPÖ auf 44, die FPÖ mit 24 und die ÖVP bei 18 Prozent einordnete. Die jeweilige Unterschätzung des Titelverteidigers und Überbewertung seiner Herausforderer fand am Montag nach dem Wahlabend ein jähes Ende in der nahezu einhelligen Schlagzeilen-Verkürzung auf den Vater des Wahlsiegs:

Neue Bestzeit für den Marathonmann (*Kleine Zeitung*)
Landes-Kaiser (*Kärntner Krone*)
Peter Kaisers neue Kleider (*Kurier*)
Wir sind Kaiser (*Österreich*)
Wieso ein Antipolitiker im Haider-Land punktet (*Der Standard*)
Der Tag des Peter Kaiser (*Die Presse*)
Der letzte Kaiser (*Wiener Zeitung*)
Der Anti-Haider (*Oberösterreichische Nachrichten*)
Peter Kaiser zeigt den Genossen, wie es gehen kann (*Salzburger Nachrichten*)
Kaisers Werk und der grüne Beitrag (*Tiroler Tageszeitung*)
Des Kaisers großer Triumph (*Vorarlberger Nachrichten*)
Kaisers Triumph (*Süddeutsche Zeitung*)
Glanzresultat der SPÖ in Kärnten (*Neue Zürcher Zeitung*)

Der Tenor der Berichterstattung vor allem in außerhalb des Landes ansässigen Medien war insgesamt von einem solch freundlichen Grundton, wie er seit Jahrzehnten keinem Kärntner Politiker mehr widerfahren ist. Letztlich wirkte die *media coverage* des Wahlkampfs wie die letzte Brennstufe eines positiven Umkehrschubs nach (inter)national verfemten Jahren. Ein Pressespiegel der Marke Tabula rasa: Die Jörg Haider geschuldete Ächtung des Landes ist dank des Gegenmodells Peter Kaiser vorbei.

Ferdinand Hafner

Der Triumpf der SPÖ oder doch der Kaiser von Kärnten?

Bei der Betrachtung geschlagener Wahlkämpfe und deren Ergebnissen sind Journalisten mit dem Begriff „historisch" rasch zur Hand. Die knapp 48 Prozent, die Peter Kaiser mit der SPÖ bei der Landtagswahl im März 2018 erreichte, lassen diese Wertung jedoch tatsächlich zu. Von solch einer Zustimmung durch das Wahlvolk durfte selbst der 2008 verstorbene Jörg Haider – der zumindest in der öffentlichen Wahrnehmung das politische Geschehen in Kärnten über Jahrzehnte dominierte – nur träumen. Haiders Wahlkämpfe – egal ob als FPÖ oder BZÖ – waren auf seine Person zugeschnitten; Aufmerksamkeit erregte er – national wie international – regelmäßig durch kräftige „Sager", die oft weit ins rechte Eck abdrifteten. Die beinahe logische Konsequenz: Das Hauptwahlmotiv der freiheitlichen Wählerschaft war regelmäßig die Person Jörg Haider (und wäre es heute noch, wenn man diversen Umfragen glauben darf).

Die SPÖ versuchte über Jahrzehnte dagegenzuhalten, mit mehr oder weniger starken Persönlichkeiten und mehr oder weniger Erfolg. Peter Kaiser spielte lange Zeit keine dominierende Rolle. Innerhalb der Partei, respektive bei jenen Kräften, die das Sagen hatten, wurde er als „nicht papabile" eingestuft. Er galt vielmehr als politisches Leichtgewicht, zu links und viel zu intellektuell, als dass er als Parteichef oder gar als möglicher Landeshauptmannkandidat in Frage gekommen wäre. Die wenigsten trauten ihm zu, sich innerparteilich gegen diverse lange Zeit dominante SPÖ-Bezirkskaiser durchzusetzen – und schon gar nicht gegen die freiheitliche Vormacht in Kärnten.

Zurück zur Landtagswahl 2018: Nach der Niederlage bei der Nationalratswahl im Oktober 2017 und dem damit einhergehenden Verlust von Regierungsverantwortung auf Bundesebene hatte die Kärntner SPÖ keine einfache Ausgangslage für ihren Landtagswahlkampf. Der Partei – unter ihrem Landesgeschäftsführer Daniel Fellner – gelang es dennoch, die Parteibasis aufzurichten und einen mehr als passablen Wahlkampf abzuliefern – eine wichtige Basis für den späteren Erfolg. Entscheidend für den durchschlagenden Wahlerfolg war aber letztlich der Spitzenkandidat. Für 36 Prozent der SPÖ-Wähler war Peter Kaiser das wichtigste Wahlmotiv. Das ergab eine Wahltagsbefragung des Meinungsforschers Peter Hajek (Public Opinion Strategies) im Auftrag des Privatsenders ATV. Eine Betrachtung der Kärntner Landtagswahl 2018 aus Sicht der SPÖ bedarf also auch einer Betrachtung des Politikers Peter Kaiser.

1. Parteitag 2010

Zu Jahresbeginn 2010 ist die Kärntner SPÖ in der Krise. Im Sommer 2008 hatte die damalige Parteichefin Gaby Schaunig völlig überraschend das Handtuch geworfen. Ein Hauptgrund sei „die politische Unkultur" im Lande, erklärte sie in Richtung des damals noch lebenden Landeshauptmannes Jörg Haider. Zu ihrem Nachfolger an der Parteispitze wurde Reinhart Rohr gekürt. Auf den Sitz in der Landesregierung folgte Peter Kaiser, bis zu diesem Zeitpunkt Klubchef im Kärntner Landtag. Die Landtagswahl im März 2009 stand ganz im Zeichen des wenige Monate zuvor verstorbenen Jörg Haider und brachte eine herbe Schlappe für die Sozialdemokraten. Rohr wurde zum Rücktritt bewegt; der Parteitag im März 2010 sollte eine Neuordnung – auch der finanziell schwer angeschlagenen Partei – bringen.

Doch die Partei war alles andere als geschlossen: Neben Kaiser gab es drei weitere Kandidaten, die sich um das Amt des SPÖ-Chefs bewarben. Besonders turbulent gestaltete sich das Antreten des damaligen Spittaler Bürgermeisters Gerhard Köfer, der letztlich an Formalkriterien scheiterte und in der Folge die SPÖ verließ. Aktuell sitzt Köfer nach wie vor als Chef des Team Kärnten (vormals Team Stronach) im Kärntner Landtag. Letztlich setzte sich Kaiser bei den Funktionären durch und begann die Partei umzukrempeln. „Wir hatten eine schlimme personelle und finanzielle Situation", erklärte Kaiser Jahre später.

Um das finanzielle Dilemma zu bereinigen, wurde etwa das ehemalige Parteiblatt *„Kärntner Tageszeitung"* endgültig verkauft und auch das Parteigebäude am Klagenfurter Viktringer Ring veräußert. Die Verlegung der Parteizentrale „in Untermiete" in die Lidmanskygasse wurde praktisch zum nach außen sichtbaren Symbol der Erneuerung. Um die innere Erneuerung und Verjüngung der Partei voranzutreiben, gründete man eine Nachwuchsakademie, aus der im Laufe der Zeit talentierte Funktionäre erwachsen sollten. Zudem schmiedete Kaiser eine neue Achse in Richtung Gewerkschaften und Arbeiterkammer, die bis heute hält. Aus seiner Sympathie für die Sozialpartnerschaft im Allgemeinen machte Kaiser nie einen Hehl. Seit Kaiser Landeshauptmann ist, sind die Sozialpartner regelmäßig zu Sitzungen der Kärntner Landesregierung eingeladen – ein einzigartiger Vorgang in Österreich.

Kaiser versuchte aber auch den Konfliktstil der SPÖ nachhaltig zu ändern. War es lange gepflegte SPÖ-Tradition, Streitereien zwischen der Parteispitze und diversen „Bezirkskaisern" bzw. mächtigen Bürgermeistern über die Medien in aller Öffentlichkeit auszutragen, gelang es dem neuen Parteichef, sich nach und nach gegen diverse Spitzenfunktionäre durchzusetzen und deren Einfluss zurückzudrängen. Diverse Streitereien wurden zunehmend intern ausgetragen. Bis Peter Kaiser allerdings in die

unumstrittene Führungsrolle der SPÖ schlüpfen konnte, sollte noch einige Zeit vergehen. Noch vor der Landtagswahl im Frühjahr 2013 gab es einen ernsthaften innerparteilichen Versuch, ihn als Spitzenkandidaten zu verhindern und durch einen namhaften Quereinsteiger zu ersetzen. Diese Intrige scheiterte jedoch und blieb dann der letzte ernstzunehmende Querschuss gegen den SPÖ-Chef.

2. Die Landtagswahl 2013 und ihre Folgen

Mit der Landtagswahl 2013 gelang der SPÖ nach Jahren der Abstinenz wieder der Sprung an die Spitze. Für die – lange Jahre die Kärntner Innenpolitik dominierenden Freiheitlichen – endete dieser Urnengang mit einem Totalabsturz. Politische Beobachter und Kommentatoren waren sich einig: Der Erfolg der Sozialdemokraten war nur bedingt der inneren Stärke der Partei zuzuschreiben. Im März 2013 wurde vielmehr die FPÖ abgewählt. Das Wahlvolk hatte ganz offensichtlich genug von Geschichten über Korruption und den Hyposkandal (Heta) samt dessen Folgen.

Kaiser gelang es nach der Wahl eine Koalition mit der ÖVP und den Grünen zu schmieden – übrigens die erste Dreierkoalition auf Landesebene in der Zweiten Republik. Diese Dreierkoalition stellte sich für die Folgejahre zwei zentrale Aufgaben: die Lösung des Heta-Desasters und die Abschaffung des Proporzes. Beide Themenkreise wurden von zahllosen Debatten und Schwierigkeiten begleitet. So warfen die Freiheitlichen der Regierungskoalition beim Thema Heta – trotz des Abwendens einer Insolvenz des Landes – etwa vor, schlecht verhandelt zu haben. Bei der Abschaffung des Proporzes wurde um die Verfassungsänderung lange gerungen. Als alles schon fix schien, scherte der Koalitionspartner ÖVP plötzlich aus und rieb sich an der Erwähnung der slowenischen Sprache im neuen Gesetzestext. Also musste ein neuer Kompromiss gefunden werden. Bei all diesen Debatten sollte Peter Kaiser mehrfach unter Beweis stellen, wofür er dann letztlich auch im März 2018 wiedergewählt wurde: seine unaufgeregte Art und sein Kommunikations- und Politikstil, die sich deutlich von den turbulenten und hektischen Jahren unter Jörg Haider und Gerhard Dörfler unterschieden. Seine politische Konkurrenz blieb hingegen blass bzw. stellte sich selbst ins Abseits.

Im Sommer 2017 – wenige Monate vor der Landtagswahl – war die Situation für die Kärntner SPÖ entsprechend rosig: Peter Kaiser war der mit Abstand beliebteste Spitzenpolitiker Kärntens. Die zentralen Wahlversprechen – also Lösung des Heta-Problems und Abschaffung des Proporzes – waren erfüllt. Und bei diversen Umfragen liegt die Kärntner SPÖ konstant bei den im Jahr 2013 erreichten 37 Prozent.

Das Ergebnis der Nationalratswahl am 15. Oktober 2017 fühlte sich jedoch für die Kärntner SPÖ-Funktionäre als „Tiefschlag“ an und führte zu einer eklatanten Verunsicherung in der Parteispitze. Die Bundes-SPÖ verlor Platz eins und den Bundeskanzler. Die türkis gewordene ÖVP unter Sebastian Kurz fuhr einen fulminanten Wahlsieg ein, die FPÖ erstarkte, und die Grünen flogen nach zahlreichen internen Querelen aus dem Parlament. Auch in Kärnten zeichnete sich schön langsam ab, dass die Grünen als potenzieller SPÖ-Koalitionspartner aus dem Landtag verschwinden könnten – was sie später auch taten. Plötzlich stand das Szenario im Raum, dass sich nach Abschaffung des Proporzes auch eine Koalition gegen den potenziellen Wahlsieger SPÖ bilden und die Sozialdemokraten aus der Regierung gedrängt werden könnten.

3. Strategie des positiven Wahlkampfes

Die Kärntner SPÖ hielt jedoch an einer Strategie fest, auf die man sich bereits vor der Nationalratswahl geeinigt hatte: Der Kärntner Landtagswahlkampf soll ein positiver Wahlkampf werden. Zum sichtbaren Beispiel dieser Strategie entwickelte sich die Aktion „100 gute Nachrichten in 100 Tagen“, die vor allem über Social Media ausgespielt wurde. Die Parteistrategen gingen aber noch einen Schritt weiter und beschlossen, auf Angriffe der politischen Gegner oft gar nicht bzw. nur bedingt öffentlich zu reagieren. Frei nach dem Motto: Zum Streiten gehören immer zwei. Wenn einer nicht mitmacht, ist es kein Streit. Die Kärntner hätten in der Vergangenheit genug „Show- und Streitpolitik“ erlebt und würden das nicht mehr goutieren, begründete Fellner diesen Schritt. In der Folge gelang es anderen politischen Parteien kaum, ihre Inhalte zu vermitteln. Die im Nationalratswahlkampf noch so wichtigen Themen Asyl und Migration spielten im Kärntner Landtagswahlkampf so gut wie keine Rolle. Und selbst die für Peter Kaiser unangenehme „Top-Team-Affäre“ hatte letztlich so gut wie keinen Einfluss auf den Kärntner Wahlkampf.

Zudem gelang es der Landespartei, eine alte SPÖ-Stärke auszuspielen: die Mobilisierung der eigenen Funktionäre. Trotz der kurzfristigen Verunsicherung durch die Niederlage bei der Nationalratswahl blieb die Kärntner SPÖ letztlich die einzige Partei im Landtagswahlkampf, der es gelang, ihre Funktionäre massiv für die Wahlbewegung zu begeistern. Wahlkampfleiter Fellner setzte dabei teilweise auf Altbewährtes, probierte aber auch einiges Neue aus. Landesweit wurde etwa auf die bereits bei der vergangenen Landtagswahl zu Popularität gekommenen SPÖ-Schneemänner gesetzt. Neu war hingegen das aus den USA importierte „Outing“ – SPÖ-Mitglieder und Sympathisanten wurden aufgefordert, ihre politische Überzeugung offen auf Transparenten kundzutun. In der Folge prangte beispielsweise landesweit in zahlreichen Vorgärten und auf

etlichen Balkonen die Aufschrift „Ich wähle Peter Kaiser“. Für einige Aufmerksamkeit sorgte auch „die längste Leistungsbilanz Kärntens“. Anfang Februar standen rund 160 Funktionäre im Frühverkehr entlang der Völkermarkter Straße in Klagenfurt und hielten Transparente mit den bereits erwähnten „100 guten Nachrichten“ in die Höhe. All diese Maßnahmen erregten nicht nur öffentliche Aufmerksamkeit, sondern erzeugten auch intern eine gewisse Euphorie. Neben der SPÖ gelang es keiner Partei, ihre Funktionäre so stark in den Wahlkampf einzubinden.

Doch bei allen strategischen Überlegungen und allen originellen Aktionen war eines klar: In den letzten 14 Tagen des Wahlkampfes musste sich alles auf den Spitzenkandidaten konzentrieren. Und da gab sich Kaiser weiterhin unaufgeregt als Landesvater, der die Chance bekommen sollte, für eine weitere Legislaturperiode am Ruder zu sein. Sein nächster Konkurrent, FPÖ-Kandidat Gernot Darmann, erhob im Finale des Wahlkampfs gar nicht mehr den Anspruch auf einen Sieg, sondern verwies nur noch darauf, dass er auch vom zweiten Platz aus Regierungschef werden könne. Das wiederum trug allerdings zur Mobilisierung der roten Klientel und auch von SPÖ-ferneren Schichten bei, die unbedingt eine blau-schwarze Koalition in Kärnten verhindern wollten. In ÖVP-Spitzenkandidaten Christian Benger hatte Kaiser keinen Gegner. Die Schwarzen hatten, trotz ihres Erfolges auf nationaler Ebene, vielmehr mit Mobilisierungsproblemen zu kämpfen.

Peter Kaiser wurde damit zum schlagenden Wahlmotiv für seine Wählerschaft und zum Garanten des Erfolges der Sozialdemokraten. Gegen die SPÖ ist in den kommenden Jahren im Landtag keine Mehrheit möglich, die Partei hält im Landesparlament mit 18 Mandaten die Hälfte der Sitze. Detail am Rande: Vor der Wahlrechtsreform von 2006 hätte die SPÖ sogar eine absolute Mehrheit erreicht. Damals hatten jedoch SPÖ und ÖVP die Hürde mit dem Ziel erhöht, es Jörg Haider so schwer wie möglich zu machen, eine Absolute zu erreichen. Klubchef der SPÖ im Landtag war 2006 übrigens ein gewisser Peter Kaiser …

Kaiser ist es längst gelungen, die unumstrittene Figur innerhalb der Kärntner SPÖ zu werden. Kaum ein Funktionär erinnert sich daran – oder mag sich daran erinnern –, dass das nicht immer so war und dass Kaiser lange die Qualifikation zum Landeshauptmann abgesprochen wurde. Heute gilt er jedenfalls als alternativlos, was die Frage aufwirft, was denn von der Kärntner SPÖ ohne Kaiser an der Spitze bliebe. Die Frage ist zugegebenermaßen sehr spekulativ und wird sich wohl auch länger nicht stellen. Dass Kaiser irgendwann dennoch in die Bundespolitik wechselt, kann aber nicht ausgeschlossen werden. Parteiintern wird gerne auf „ein gutes Fundament“ der Partei verwiesen. Ob das allerdings reicht, einen so breiten Konsens herzustellen wie Kaiser, ist offen.

Rudolf Dörflinger

„… sind Begriffe wie ‚Fuchsjagd' gefallen"

Die Landtagswahl 2018 mit Fokus auf die ÖVP

Dass man den (Wahl-)Abend nicht vor dem nächsten Tag loben solle, diese Umkehrung eines geläufigen Sprichwortes haben nicht nur Vertreter diverser Kärntner Wahlkommissionen (allerdings bei einer anderen Wahl), sondern insbesondere auch die Spitzenrepräsentanten der hiesigen ÖVP bei der heuer am 4. März stattgefundenen Landtagswahl erfahren. *„Wir haben Mandate und Stimmen gewonnen"*; mit Fortdauer des Wahlabends sattelte man dann auf *„Prozente"* um. So erklang am Wahlabend unisono das Mantra aus schwarzen Kehlen. Mit den Stimmen klappte es überhaupt nicht: Im Vergleich zur Landtagswahl 2013 fehlten letztlich 1.258 schwarz-türkise Voten; bei den *„Prozenten"* darf man es bei einem Zugewinn von exakt 1,1 Prozent auch grammatikalisch mit dem Plural nicht wortwörtlich nehmen, und bei den Mandaten blieb es genau genommen nicht einmal bei einem singulären Gewinn. Denn die Landtagswahl entscheidet bekanntlich auch über die Zusammensetzung des Bundesrates, und in dieser zweiten Kammer unseres Parlaments verlor die Kärntner ÖVP ihren einzigen Sitz. Mit dem Zugewinn des sechsten Landtagsmandates kann man also resümierend von einem mandatsmäßigen Nullsummenspiel sprechen.

1. Benchmark

Dabei hat alles so rund begonnen. Die erst vor etwa fünf Monaten bei der Nationalratswahl erreichten knapp 27 Prozent ließen erwarten, dass man die vor fünf Jahren erzielte 14,4-Prozent-Hürde locker überspringen werde. Der Stern des Kanzlers war unverändert im Aufgehen begriffen, und die beiden Kärntner Regierungsmitglieder Elisabeth Köstinger und Josef Moser erinnerten an eine Zeit, als vor genau 50 Jahren der Gailtaler Josef Klaus, der Lavanttaler Karl Schleinzer und der in Klagenfurt aufgewachsene und später in Villach wohnhafte und arbeitende Ludwig Weiß am Ballhausplatz mehrere Jahre gemeinsam am Kabinettstisch saßen.

Das Wählerpotential der Kärntner ÖVP lässt sich im knappen Zeitraum von ca. zwei Jahren ausloten: 30,5 Prozent und drei Grundmandaten bei der Nationalratswahl 2002 standen 11,6 Prozent bei der zwei Jahre später erfolgten Landtagswahl gegenüber. Die 26,8 Prozent von der

Nationalratswahl 2017 können als Fingerzeig dafür genommen werden, dass die Bäume nicht in den Himmel wachsen werden, aber die Benchmark doch eher der obere Wert der Bundeswahl sein sollte.

2. Spitzenkandidat

Spitzenkandidat der ÖVP war Christian Benger, der im Wahlkampf zur Überraschung aller erklärte, dass er gar nicht Landeshauptmann werden wolle, sondern *„den Landeshauptmannstellvertreter"*, also den Sessel in der zweiten Reihe, anstrebe. Die roten Spin-Doktoren verwandelten diesen aufgelegten Elfmeter natürlich mit großem Vergnügen. Aber es sollte nicht der einzige Fehler Bengers in dieser Wahlauseinandersetzung bleiben. Seine Forderung, 140 Millionen im Gesundheitsbereich einzusparen, scheint aus einem alten Rechnungshofbericht unreflektiert übernommen worden zu sein, wobei es hier spannend wäre, den Anteil des ehemaligen Rechnungshofpräsidenten und jetzigen Justizministers an dieser politischen Fehlleistung – die vor allem zu einer Mobilisierung roter Gewerkschafter und Arbeiterkämmerer, aber selbstredend auch der Betroffenen führte – zu wissen.

Schon knapp vor der Wahlbewegung wurden Stimmen laut, dass Benger bei der Neutextierung der Landesverfassung zum Nachteil seines Images, welches dabei eine rechte Delle abbekam, Einflüsterungen erlegen sei, als er plötzlich die von ihm selbst ins Spiel gebrachte Passage *„Die Fürsorge des Landes und der Gemeinden gilt den deutsch- und slowenischsprachigen Landsleuten gleichermaßen"* vehement ablehnte. Nachdem Benger selbst bei einer Pressekonferenz von einem Misstrauen in der Bevölkerung durch eine *„Vielzahl an Bevorzugung"* von slowenischsprachigen Kärntnern sprach und als Beispiel die Bestellung von Schuldirektoren nannte, könnte hier wohl der Schlüssel zum Verständnis von Bengers abruptem Schwenk in der Verfassungsfrage liegen.

Die Sanierung einer Vielzahl von Marterln – von ihm explizit auch als Zeichen gegen *„den Sichelmond"* gedeutet – sowie eine breit angelegte Kampagne, die Kärntner Trachten zum Weltkulturerbe zu erheben, haben ihm vor allem im Wiener Boulevard viel Häme eingebracht, gehören aber wohl auch zur job description eines Kärntner ÖVP-Kulturlandesrates.

Christian Benger, ein persönlich integrer Forstmeister, der sich auch berufliche Sporen in der Werbebranche verdiente, war bis zu seiner Kür zum Landesparteiobmann und Landesrat 2014 wohl nur an Agrarpolitik interessierten Feinspitzen bekannt. Der Eigentümer des Forstgutes Wallersberg saß ab 2002 auf einem innerhalb des Bauernbundes für den Verband der Land- & Forstbetriebe reservierten Kammermandat und

amtierte folgerichtig in der Landwirtschaftskammer auch als Obmann des Forstausschusses. Neben seiner Integrität, seinem Fleiß und Einsatz, aber auch seinem Interesse an Innovationen ist es wohl sein festes Wertefundament, das Benger auszeichnet. Verantwortlich für dieses dürfte neben dem Elternhaus auch die jesuitische Kaderschmiede Stella Matutina in Feldkirch sein, an der (lange vor Benger) auch zwei Bundeskanzler ihre Schulausbildung erhielten und die vor allem das Who is who der deutschsprachigen Theologen beherbergte. Stellvertretend für viele seien nur Hans Urs von Balthasar, Hugo Rahner und Oswald von Nell-Breuning genannt.

Der in Vorarlberg – auch sprachlich – sozialisierte Benger verstand sich auf Anhieb mit den Repräsentanten und Mitgliedern der land- und forstwirtschaftlichen community in Kärnten, fremdelte aber im Umgang mit vielen Menschen außerhalb dieses Milieus. Seine Referate waren ihm ein Anliegen, und er lieferte in der Regierung einen guten Job ab. Interessanterweise wurden seine Erfinder, die wohl im Lesachtal und in der Klagenfurter Museumgasse zu suchen und zu finden sind, nie danach gefragt, ob ihre Entscheidung richtig und gut – vor allem für die ÖVP und Benger selbst – war. So behielten sie ihre Rolle als selbsternannte Headhunter auch in der Nach-Benger-Ära. Ein parteiinterner demokratischer Entscheidungsprozess sieht anders aus.

Über das politische Ende Bengers als Landesparteiobmann und Regierungsmitglied wurde viel geschrieben und noch mehr gemutmaßt. War es der von Ferdinand Hueter angezettelte Oberkärntner Bürgermeisteraufstand oder doch die Mochoritscher Karfreitagsrunde mit dem kolportierten telefonischen Kanzlerzitat? Oder waren es die Tücken des Netzes und unangebrachte Äußerungen in der im Rahmen der Bezirksparteivorstände organisierten Whats-App-Gruppen oder doch die Kärntner Ministerin, die natürlich auch dem Landesparteivorstand angehört, die den glücklosen Benger das Handtuch werfen ließen? Wie auch immer, wohl nur ein jugendlicher Parzival würde annehmen, dass die Bundespartei an dieser Ablöse nicht beteiligt war.

Nicht so hart ins Gericht gehen sollte man mit Benger wegen der Annahme seines Landtagsmandates. Einerseits drehten beispielsweise auch Christof Zernatto und Wolfgang Schüssel nach verlorenen Wahlen ihre Ehrenrunden im Parlament, und andererseits lief es gerade in seiner Heimatgemeinde Griffen und in seinem Bezirk Völkermarkt mit Zugewinnen von 6,8 bzw. 3,59 Prozent recht gut.

Der Landeshauptmann selbst sprach davon, dass bei Bengers Demissionsgespräch *„Begriffe wie Fuchsjagd“* gefallen seien. Vielleicht muss man hier nicht zwingend daran denken, wie Meister Reineke von einer Hundemeute in Stücke zerrissen wird, denn auch im Reitsport ist die „Fuchsjagd“

eine beliebte Variante der Gesellschaftsreiterei, und der „Fuchs“, den es zu verfolgen gilt und der oftmals auch nicht gestellt werden kann, ist im Normalfall der geschickteste Reiter.

3. Verfassungsänderung

Der Freund und Feind überraschende Rücktritt von Christian Benger ermöglichte es der SPÖ, das für Regierungsbeschlüsse zwingend vorgesehene Einstimmigkeitsprinzip aus der Verfassung zu kippen. Kurzfristig war es wohl ein Disziplinierungstest für Gaggl, Hueter und Co, da bei der hier notwendigen Zweidrittelmehrheit kein roter oder schwarzer Mandatar ausscheren durfte. Mittelfristig würde der Schwarze Peter bei einem etwaigen Koalitionsbruch bei den Schwarzen liegen, da diese, wenn sie in der Regierung überstimmt werden, wohl die Koalition aufkündigen müssten. Es wurde interessanterweise in diesem Zusammenhang nie erwähnt, dass es in der Geschichte der Zweiten Republik ein raw model für diese Vorgangsweise der SPÖ gibt. Mit einem Beschluss der Kärntner Landesregierung vom 5. 9. 1947 wurde die seit dem Jahre 1933 gültige Geschäftsordnung in der Regierung entscheidend geändert. Für die Referatsaufteilung genügten statt fünf von sieben (Zweidrittelmehrheit) nunmehr die Mehrheit von vier von sieben Stimmen. Bei der damaligen Verteilung der Regierungssitze vier SPÖ zu drei ÖVP bedeute dies die unangefochtene Führung in Kärnten für die SPÖ, die sie bis 1989 innehaben sollte. Die Parallele zu heute ist unverkennbar, doch hat die Abkehr von der Konkordanzdemokratie natürlich auch in Kärnten die Karten neu gemischt. Das am Wahltag noch an einem seidenen Faden, der am nächsten Morgen bekanntlich riss, hängende siebente ÖVP-Mandat hätte die Gespräche nach der Wahl grundlegend verändert. Bei den Schwarzen wären wohl Stimmen laut geworden, gemeinsam mit der FPÖ und dem Team Kärnten die SPÖ auszustechen, die dann mit einem Stimmenanteil von knapp 48 Prozent und 17 Mandaten mit leeren Händen dagestanden wäre. Auch dazu gibt es zwei historische Parallelen. 1949 war bei einem Mandatsverhältnis von 15 SPÖ zu 12 ÖVP zu 8 WdU zu 1 KPÖ der noch vom Abwehrkampf bekannte Hans Steinacher als bürgerlicher Landeshauptmannkandidat zur Verfügung gestanden, doch die Bundes-ÖVP intervenierte der Landeshauptmannsessel in Graz und Salzburg wegen zugunsten Ferdinand Wedenigs, der dann schon bei der nächsten Wahl die SPÖ wieder auf 18 Mandate hochschraubte. Es wundert nicht, dass die hiesige ÖVP bis heute traumatisch an diese verpasste Chance und die daraus resultierenden Konsequenzen zurückdenkt. Wie es 1949 hätte gehen können, zeigte exakt 40 Jahre später unter wesentlich ungünstigeren Rahmenbedingungen Jörg Haider. Er ließ sich von der ÖVP zum Landeshauptmann wählen und trat mit der knappestmöglichen Mehrheit im Landtag gegen

17 SPÖ-Mandate an, und dies noch dazu bei einer absoluten SPÖ-Mehrheit (4 SP zu 1 FP zu 2 VP) in der Landesregierung. Bei den wenigen Stimmen, die das 7. ÖVP-Mandat zum 18. SPÖ-Sitz mutieren ließ, kann man erkennen, wie knapp dieses Mal der Wahlausgang wirklich war und eine völlig andere Regierungsbildung möglicherweise verhinderte.

4. Wahlmotive

Ganz entscheidend für den Wahlausgang war die Frage des Spitzenkandidaten, und hier hatte die SPÖ mit dem amtierenden Landeshauptmann Peter Kaiser ein Atout, das niemand auszustechen vermochte. Dem 60jährigen promovierten Soziologen Kaiser wurde vielfach – nicht nur von politischen Mitbewerbern – attestiert, er sei „zu unnahbar" und vor allem „z'gscheit" für die Landespolitik. In Wahrheit ein unglaubliches Argument! Trotz des Damoklesschwertes einer Anklage in der Top-Team-Affäre und den Vorwürfen der Patronage und des Klientelismus wünschte sich offensichtlich die überwältigende Mehrheit einen klugen und seriösen Mann, auch unabhängig von Fasson und Farbe seiner Trachtenanzüge, an der Spitze des Landes: Peter Kaiser wäre bei einer LH-Direktwahl mit 54 Prozent im ersten Wahlgang auf den Arnulfplatz durchmarschiert. Für Darmann und Benger als LH hätten nur 18 bzw. 11 Prozent votiert. So gesehen ist es kein Wunder, dass nach der Wählerstromanalyse 11 Prozent der VP-Wähler von der Landtagswahl 2013 diesmal ihr Kreuz bei der SPÖ machten. Im Vergleich zur Nationalratswahl 2017 konnte die SPÖ sogar mehr als 11.000 schwarze Stimmen an sich binden. Von der Vorstellung, dass ÖVP und FPÖ bei Wahlen kommunizierende Gefäße seien, muss man sich deshalb wohl endgültig verabschieden. Ein weiterer Topos zerbröselt beim genaueren Hinschauen: Die ÖVP ist in diesem Lande schon lange keine Beamtenpartei mehr. Eine absolute Mehrheit von 52 Prozent der öffentlich Bediensteten wählte rot, und selbst die Freiheitlichen liegen mit 17 Prozent noch immer vor dem 15prozentigen VP-Wähleranteil in dieser Gruppe.

Darmann versuchte tapfer dagegen zu halten, und in der ÖVP führte man *„einen regionalisierten Team-Wahlkampf, der auf die ganze Breite der ÖVP setzt"* (O-Ton Benger). Dass in einem Brief der beiden Kärntner VP-Minister an die *„lieben Landsleute"* Spitzenkandidat Christian Benger nicht einmal erwähnt wird, grenzt an Desavouierung. Vielleicht war das schon das Menetekel für die Abläufe nach der Wahl?

Die Ergebnisse einer SORA-Umfrage bestätigten schon die Einschätzung der Parteistrategen vor der Wahl: Ein Drittel der SPÖ-Wähler nannte den Spitzenkandidaten als Hauptgrund, die Partei zu wählen, bei FPÖ und ÖVP erwärmte sich ungefähr nur jeder Zehnte für Darmann und Benger.

Daneben waren die „inhaltlichen Standpunkte der Partei“ für ÖVP-Wähler (30 Prozent) und FPÖ-Wähler (21 Prozent) am wichtigsten. An zweiter Stelle rangierte bei allen drei Parteien die Beurteilung der bisherigen Arbeit der jeweiligen Partei (21 Prozent SPÖ, 12 Prozent FPÖ, 17 Prozent ÖVP).

5. Je kleiner – desto größer

Das bekannte Dilemma der ÖVP, einseitig stark im ländlich-bäuerlichen Segment verortet zu sein und dort auch das Gros des Funktionärkorps zu rekrutieren, wurde bei dieser Wahl einmal mehr bestätigt. Das bedeutet aber auch, dass man dort am schwächsten ist, wo die meisten Stimmen am Markt sind. Bei Gemeinden über 20.000 Einwohnern erreichte man gerade einmal 11,5 Prozent. In den beiden Statutarstädten unterbot man diesen Wert noch deutlich, wobei die Klagenfurter VP es schaffte, sogar gegenüber dem desaströsen Vergleichswert von 2013 neuerlich knapp 1000 Stimmen oder 0,7 Prozent einzubüßen. Bei Gemeinden von 10.000 bis 20.000 Einwohnern bzw. bei jenen zwischen 5.000 bis 10.000 liegt man mit 12,9 Prozent und 15,1 Prozent noch immer unter dem erreichten Landesschnitt von 15,4 Prozent. Mit sinkender Einwohnerzahl steigt dann der VP-Anteil signifikant an. Bei den Kommunen zwischen 2.000 bis 5.000 Einwohnern konnte man schon 17,3 Prozent und bei einer Gemeindegröße von 1.000 bis 2.000 Einwohnern 20,4 Prozent Wähleranteil lukrieren. Ganz groß wird man hingegen bei den ganz Kleinen. 24,5 Prozent der Wähler machten in den Gemeinden, deren Einwohnerzahl unter 1.000 liegt, ihr Kreuz bei der ÖVP.

Für eine relative Stimmenmehrheit reichte es nur mehr in den beiden idyllischen Oberkärntner Kommunen Weißensee und Lesachtal. Im Vergleich dazu haben in 15 Gemeinden die Blauen die Nase vorne, und in der überwältigenden Mehrheit von 117 Kärntner Kommunen leuchtet die Nummer eins in roter Farbe auf, davon gab es in 32 Gemeinden sogar die absolute Mehrheit für die Sozialdemokraten. Im Bezirksvergleich fällt vor allem das abweichende Ergebnis des Bezirkes Hermagor auf. Hier konnte die ÖVP mit 26,5 Prozent ein signifikant besseres Ergebnis als in den anderen Bezirken erreichen, wo man eine Schwankungsbreite von 10,9 Prozent in Villach-Stadt bis 18,6 Prozent in Spittal/Drau aufweist.

Eine Korrelation zwischen der Stärke der Partei in den Kommunen und dem Landtagswahlergebnis ist jedenfalls herstellbar. Die Top-Ten-Gemeindeergebnisse der ÖVP sind alle in schwarzen Gemeinden erzielt worden, auch wenn man in Weißensee und Mörtschach bei relativer Mehrheit im Gemeinderat ausnahmsweise nicht den Bürgermeister stellt. Besonders ins Zeug legten sich offensichtlich junge engagierte schwarze

BürgermeisterInnen, die erst 2015 oder 2016 ihre Chefsessel erklommen hatten. Beispielhaft seien Hannes Mak in Gallizien (+18,4 Prozent), Erich Stampfer in Gnesau (+9,6 Prozent), Christian Poglitsch in Finkenstein (+8,1 Prozent), Anita Gössnitzer in Obervellach (+5,9 Prozent) und Annegret Zarre in Albeck (+4,02 Prozent) genannt.

Auch der Einsatz der ÖVP für eine Talabfahrt vom Mölltaler Gletscher, die mitten durch ein Naturschutzgebiet führen soll, scheint sich bezahlt gemacht zu haben. In den Mölltaler Gemeinden Stall, Mallnitz, Großkirchheim, Flattach und Obervellach gab es überdurchschnittliche Zuwächse in der Bandbreite von 4 bis 5,9 Prozent. Im Gegensatz dazu verliert in den beiden Gemeinden im oberen Tal – Heiligenblut und Mörtschach – die ÖVP minimal; vielleicht wird hier das Wurtenkees auch als Mitbewerber des Heiligenbluter Schizirkusses gesehen?

6. Diadochen

Der Spittaler Bezirksparteiobmann und damalige Clubobmann Ferdinand Hueter versuchte es schon unmittelbar nach der Wahl mit der Brechstange und ließ die Bürgermeister seines Bezirkes einen Brief an die Mitglieder des Landesparteivorstandes unterzeichnen, in dem offen mit einer Abspaltung bei den Gemeinderatswahlen 2021 für den Fall gedroht wird, dass Hueter nicht den zu erwartenden zweiten Landesratssessel bekomme. Unmissverständlich wird in diesem Brief formuliert: *„Es liegt nun in Deiner/Euerer* (sic) *Verantwortung, einen Bruch mit den Verantwortungsträgern und den Ortsgruppen der Bezirke Spittal, Hermagor und Feldkirchen zu verhindern!“* Wenngleich dies kein wirklich eleganter Umgang unter Parteifreunden ist und die Vertreter der Bezirke Hermagor und Feldkirchen, obwohl generös genannt, nicht unterzeichneten, gehört es fast schon zur politischen Folklore, eine Spitzenfunktion für den eigenen Bannerträger einzufordern.

Wenn man sich auf die statistischen Zahlen beschränkt, scheint das Begehr nicht illegitim zu sein. Der Bezirk Spittal mit seinen 33 Gemeinden ist flächenmäßig größer als das Bundesland Vorarlberg und spielt gerade auch innerhalb der ÖVP eine wichtige Rolle: Mit 7.698 Stimmen oder einem 16-Prozent-Anteil am diesjährigen VP-Landesergebnis ließ man den nächstbesten Bezirk Klagenfurt-Land um exakt 2.300 Stimmen oder 5 Prozent hinter sich. Mit 37,6 Prozent und einem abermaligen Plus von 2,7 Prozent hat die Heimatgemeinde Hueters, Berg im Drautal, der er viele Jahre als Bürgermeister vorstand, im VP-internen Ranking unter 132 Kommunen hinter dem Lesachtal ebenso den Kronprinzenplatz erreicht wie Hueter selbst mit 3.205 Vorzugsstimmen hinter dem schwarzen Vorzugsstimmenkaiser Martin Gruber mit 3.375 persönlichen Voten.

Pechvogel dieser Landtagswahl schlechthin war der seit 2015 amtierende Finkensteiner Bürgermeister Christian Poglitsch. Er verpasste das Grundmandat in seinem Villacher Wahlkreis ganz knapp und verlor noch knapper seinen bisher gehaltenen Bundesratssitz. In seiner Heimatgemeinde, die er vor drei Jahren politisch drehte, was zu Recht Furore machte, konnte er um stolze 8,09 Prozent an Stimmen zulegen, und im traditionell brustschwachen VP-Wahlkreis Villach erreichte er 2.536 Vorzugsstimmen, was fast einem Drittel der VP-Stimmen entspricht und für sich selbst spricht. Dass die Laune der Wahlgöttin mit der bisher von Gruber gehaltenen Position eines (honorierten) Ersten Vizepräsidenten des Kärntner Gemeindebundes kompensiert wurde, ist einsichtig und auch gerecht. Schade nur, dass dabei einer der profiliertesten schwarzen Kommunalpolitiker vergrault wurde. Josef „Max" Müller (Griffen) hätte sich auch ein Avancement vom vierten auf den ersten Vizepräsidenten-Sessel mehr als verdient.

7. Resümee

Zusammenfassend sei festgestellt, dass die ÖVP bei dieser Landtagswahl eine große Chance nicht nutzen konnte. Selbst die von den Demoskopen vorhergesagten 18 Prozent unterschritt man deutlich. Ein Spitzenkandidat, der weite Teile des Wahlvolkes emotional nicht erreichen konnte, hausgemachte Fehler in der Wahlwerbung und vor allem das Fehlen eines zündenden Themas waren wohl dafür ausschlaggebend. Hatte die SPÖ mit der Abschaffung des Angehörigenregresses bereits bei der 2013er-Wahl den inhaltlichen Knaller gefunden, so war auch die elternbeitragsfreie Kinderbetreuung heuer ein Thema, welches viele Menschen betrifft und deshalb auch betroffen machte. Dem hatten die anderen Parteien, so auch die ÖVP, nicht wirklich etwas entgegenzusetzen.

Der wohl zeitlose Schlusssatz dieser Betrachtungen zur Landtagswahl 2018 mit Fokus auf die ÖVP gehört der Kärntner Nachhaltigkeits- und Tourismusministerin Elisabeth „Elli" Köstinger: *„Ein größeres Plus wäre eine größere Freude gewesen."*

Verwendete Literatur und Quellen:

Werner Drobesch, Die Geschichte der Kärntner ÖVP 1945–1994. In: Robert Kriechbaumer/ Franz Schausberger (Hgg.), Volkspartei – Anspruch und Realität. Zur Geschichte der ÖVP seit 1945. Schriftenreihe des Forschungsinstitutes für Politisch-Historische Studien der Dr.-Wilfried-Haslauer-Bibliothek, Salzburg 2, Wien-Köln-Weimar 1995), 527–557.

Knut Lehmann-Horn, Die Macht der politischen Parteien. Kärnten. In: Helmut Rumpler (unter Mitarbeit von Ulfried Burz) (Hg.), Kärnten. Von der deutschen Grenzmark zum österreichischen Bundesland (= Geschichte der österreichischen Bundesländer seit 1945, 2. Schriftenreihe des Forschungsinstitutes für Politisch-Historische Studien der Dr.-Wilfried-Haslauer-Bibliothek, Salzburg 6,2, Wien-Köln-Weimar 1998), 215–267.

DIE LANDTAGSWAHLEN vom 4. März 2018. Hauptergebnisse für Kärnten. Herausgegeben von der Landesstelle für Statistik im Amte der Kärntner Landesregierung.
Wahlanalyse. Landtagswahl Kärnten 2018 von SORA/ISA im Auftrag des ORF.
LTW 18, Analyse der ÖVP Kärnten.
Kleine Zeitung Kärnten und Internetrecherche.

Kathrin Stainer-Hämmerle

Stolpernd in neue Regierungszeiten

Über die erste Regierungsbildung nach Abschaffung des Proporzes in Kärnten

Der Start der neuen Regierung in Kärnten war unbestritten holprig, obwohl die Weichen für einen reibungslosen Übergang gestellt waren. Erstens war die erste Dreierkoalition zwischen SPÖ, ÖVP und den Grünen bereits 2013 auf zwei Regierungsperioden angelegt. Zweitens wurden mit der Abschaffung des Proporzsystems für die Regierungsbildung die Möglichkeiten der freien Regierungsbildung deutlich ausgeweitet. Ein erhoffter Nebeneffekt war, dass die Arbeit innerhalb der Regierung ohne interne Opposition ebenfalls reibungsloser verläuft. Immerhin saßen zwischen 2013 und 2018 Landesräte von fünf Parteien am Tisch, obwohl nur drei Parteien miteinander ein Regierungsübereinkommen geschlossen hatten. War es doch schon mühsam genug, in der ersten Dreierkoalition Übereinstimmung zu finden, bildeten Vertreter der FPÖ und dem Team Kärnten zusätzlich eine Opposition innerhalb der Regierung. Ein Modell, das in vielen Bundesländern bereits abgeschafft wurde und ab der Wahl 2018 auch in Kärnten nicht mehr gelten sollte. Der ÖVP gelang es allerdings gleich zwei Mal den Ablauf zu stören. Nach der kurzfristig zurückgezogenen Zustimmung zur Verfassungsänderung vor der Wahl trat Parteichef Christian Benger überraschend nach Ende der erfolgreichen Regierungsverhandlungen mit der SPÖ zurück. Nur mit Mühe gelang es beiden Parteien, mit Peter Kaiser und Benger-Nachfolger Martin Gruber das drohende Platzen der Regierung zu verhindern.

Spannender Wahlabend

Grundlage von Koalitionsbildungen ist immer das Wahlergebnis, ob mit oder ohne Proporzsystem. Die Kärntner Landtagswahl am 4. März 2018 bot hier durchaus Überraschungen. Die SPÖ konnte deutlich hinzugewinnen und verteidigte mit fast 48 Prozent souverän den Landeshauptmann. Für die absolute Mandatsmehrheit reichte dieses Ergebnis zwar knapp nicht, aber eine Koalitionsbildung ohne Peter Kaiser war bei 18 Mandaten ebenfalls ausgeschlossen. Am Wahlabend selbst bekundeten mit Christian Benger (ÖVP), Gernot Darmann (FPÖ) und Gerhard Köfer (Team Kärnten) gleich drei Parteichefs Interesse an einer Zusammenarbeit mit der SPÖ. Auf der anderen Seite scheiterte mit den Grünen ein eigentlich fix scheinender Regierungspartner am Einzug in den Landtag, auch wenn dies nach der

Niederlage bei der Nationalratswahl und der Parteispaltung in Kärnten nicht ganz so überraschend passierte. Doch als eigentlicher Stolperstein bei der Regierungsbildung entpuppte sich die ÖVP. Sie konnte von 14,4 auf 15,5 Prozent leicht zulegen, hatte sich aber offensichtlich ein besseres Ergebnis erhofft. Der Rückenwind aus Wien mit Bundeskanzler Sebastian Kurz blieb aus. So geriet Landesparteichef Christian Benger bereits am Wahlabend unter Druck, hatte er als Spitzenkandidat das Ergebnis doch zu verantworten. Mehrmals musste Benger öffentlich Rücktrittsgerüchte zurückweisen. Mantraartig wiederholte er dabei die Aussage, das Wahlziel erreicht zu haben: „Wir haben Stimmen und Mandate gewonnen. Das ist ein erfolgreicher Tag für die Kärntner ÖVP." Parteiinterne Kritiker konnte er damit nicht dauerhaft besänftigen. Das zeigte sich allerdings erst nach Abschluss des Koalitionspaktes.

Doch zunächst war Wahlgewinner Peter Kaiser am Zug, die beste Option auszuloten. Innerparteilich galt eine Zusammenarbeit mit der FPÖ als nicht mehrheitsfähig, obwohl diese Variante die größte Mandatsmehrheit geboten hätte. Eine Koalition mit dem Team Kärnten wäre strategisch wohl die einfachste Variante gewesen, wenn es gelänge, persönliche Differenzen auszuräumen. Standen sich doch mit Peter Kaiser und Gerhard Köfer zwei ehemalige Konkurrenten um den Parteivorsitz der SPÖ gegenüber. Allerdings hätte mit dieser Kombination der Kärntner Landesregierung jede Verbindung zur Bundesregierung gefehlt. Keine guten Voraussetzungen, um die Anliegen Kärntens in Wien zu vertreten und Mittel für den Süden zu lukrieren. Somit hatte eine Koalition zwischen SPÖ und ÖVP von Beginn an die größte Chance. Als inhaltliches Kriterium stellte Peter Kaiser allerdings von Beginn an klar, dass der im Wahlkampf von der ÖVP angekündigte Sparkurs im Gesundheitsbereich von der SPÖ keinesfalls unterstützt werde.

Die ÖVP stand also vor einer heiklen Situation. Für den neuerlichen Einzug in die Landesregierung musste Christian Benger bereit sein, auf sein zentrales Wahlversprechen zu verzichten, und gleichzeitig klar machen, dass er unumstritten an der Spitze der Partei stand und somit befugt, die Verhandlungen zu führen. Bereits zwei Tage nach der Wahl titelte die Kleine Zeitung: „Benger droht Ablöse" und schwächte somit seine Verhandlungsposition. Parteiinterne Kritiker und mögliche Nachfolgekandidaten traten an die Öffentlichkeit, doch keiner setzte den letzten Schritt und stürzte Benger. Nur hinter vorgehaltener Hand wurden seine „missglückten Medienauftritte sowie Interviews sowie falsche Themenbesetzung"[1] kritisiert. So startete die ÖVP mit Benger in die Sondierungsgespräche, die die SPÖ aber auch mit der FPÖ und dem Team Kärnten führte. Obwohl die ÖVP betonte, nach außen geschlossen auftreten zu wollen, hatte die scheibchenweise Demontage ihres Obmannes längst begonnen. Vom Villacher Stadtrat Peter Weidinger über den Moosburger Bürgermeister Herbert Gaggl bis zum Kurz-Vertrauten Sebastian Schuschnig wurde

die Liste der kolportierten Nachfolger jeden Tag länger. Peter Kaiser stellte klar, dass er personelle Klarheit wünsche. „Mit jenen Personen, mit denen ich stundenlang verhandle, mit denen möchte ich auch Zeit in dieser Regierung verbringen“, betonte Kaiser seine Botschaft Richtung ÖVP.

Spannendes Verhandlungsfinish

In den den Wahlen folgenden zwei Wochen fanden zunächst Sondierungsgespräche statt. Den Anfang machte die SPÖ mit der FPÖ am 12. März 2018. Beide Seiten betonten nach rund viereinhalb Stunden „das konstruktive Gespräch auf Augenhöhe“ (Darmann) und die Überraschung über Aussagen, „die vor Jahren noch undenkbar waren“, wie die Distanzierung „vom Nazidreck“ (Kaiser).[2] Am Tisch saßen für die SPÖ neben Kaiser Beate Prettner, Gaby Schaunig, Daniel Fellner, Günther Goach und Andreas Scherwitzl; ihnen gegenüber für die FPÖ Gernot Darmann, Christian Leyroutz, Erwin Angerer und Elisabeth Dieringer-Granza.

Auch erste Sondierungsgespräche mit der ÖVP verliefen positiv, da Benger sich einerseits sicher im Sattel wähnte und andererseits bereit war, seine Wahlkampfforderung über 140 Millionen Einsparungen pro Jahr bei den Landesspitälern zurückzunehmen. Der elternbeitragsfreie Kindergarten, eine zentrale Forderung der SPÖ, wurde hingegen von der ÖVP akzeptiert. „No-Gos haben wir keine entdeckt“, resümierte Benger die erste Runde. Nach abschließenden Sondierungsgesprächen mit dem Team Kärnten entschied sich der Landesparteivorstand der SPÖ einstimmig für weitere Verhandlungen mit der ÖVP. „Es hat sich schon in der Dreierkoalition gezeigt, dass wir miteinander können. Auch wenn es manchmal schwierig war“, erklärte Kaiser. Die Skepsis gegenüber der ÖVP dürfte aber doch größer geworden sein, denn gleichzeitig sicherte sich Kaiser bei seinem Vorstand eine Vollmacht, bei Scheitern der Verhandlungen mit der ÖVP die Gespräche mit FPÖ und ÖVP wieder aufzunehmen. Als weiterer Fahrplan wurde der 12. April 2018 zur Angelobung der neuen Landesregierung bei der Konstituierung des Landtages festgelegt. Bis dahin galt es, 52 Punkte abzuarbeiten, wobei als die strittigsten das Agrarschulwesen und die Krankenhäuer galten. Die anderen Parteien kritisierten naturgemäß die Entscheidung der SPÖ gegen sie. FPÖ-Chef Darmann sprach davon, dass die SPÖ „eine große Chance für Kärnten vertan habe“ und die Wiener Ausgrenzungspolitik der SPÖ fortsetze. Für Gerhard Köfer vom Team Kärnten habe die ÖVP jegliche Selbstachtung aufgegeben.[3]

Am 20. März 2018 starteten SPÖ und ÖVP in die Koalitionsverhandlungen mit den organisatorischen Fragen und 52 Punkten, bei denen zu 85 Prozent Übereinstimmung herrschten, betonten die Verhandler. Im Bereich Sozialpolitik, beim landwirtschaftlichen Schulwesen und einem Hotelprojekt

auf dem Mölltaler Gletscher sowie beim neuen Raumplanungsgesetz gelang allerdings schon in den Jahren zuvor keine Einigung. Noch-Parteichef Benger wurde als Verhandler Gabriel Obernosterer zur Seite gesetzt, der Mann für personelle Krisensituationen in der ÖVP.

Noch in der Karwoche, nach nur fünf Tagen Verhandlungen, schien der Pakt besiegelt. Sowohl die 52 Punkte waren abgearbeitet als auch die Referate aufgeteilt. Die neuen Landesräte wurden noch nicht präsentiert, aber über die Osterfeiertage war ja noch Zeit. Fix war nur, dass Peter Kaiser die Bereiche Landesentwicklung, Personal, Verfassung, Bildung, Sport, Kunst und Kultur übernimmt. Beate Prettner erhielt Gesundheit, Krankenanstalten, Lebensmittelaufsicht, Tierschutz, Veterinärwesen und Soziales. Bei Gaby Schaunig blieben die Finanzen und Beteiligungen, hinzu kamen die Landesimmobilien, Hochtechnologie, Breitband, Forschung und Entwicklung sowie Betriebsansiedelung. Zwei weitere Referate hatte sich die SPÖ gesichert mit Gemeinden, Raumordnung, Feuerwehren, Katastrophenschutz und Wasserwirtschaft einerseits sowie Familien, Jugend, Senioren, Integration, Umwelt, Nationalparks, Natur und Klimaschutz andererseits.

Durch die neue Verfassung erhielt die ÖVP mehr Referate als ihr Stimmanteil bei der Wahl, nämlich zwei statt bisher eines. Diese umfassten Wirtschaft, Industrie, Tourismus und Bauordnung sowie Verkehr, Straßenbau, ländliches Wegenetz, Land- und Forstwirtschaft, Jagdwesen und Fischerei. Als neue Grundlage zur Entscheidung in der Regierung wurde das Einstimmigkeitsprinzip beschlossen mit der Möglichkeit zur Stimmenthaltung sowie eines koalitionsfreien Raumes aufgrund der gemeinsamen Regierung der ÖVP mit der FPÖ auf Bundesebene. Im Grunde waren die Verhandlungen ein Erfolg für die ÖVP und damit auch für Christian Benger. An diesem Tag schien alles pünktlich auf Schiene und der Osterfrieden gesichert.

Personalsuche unter Druck

Doch dann begann sich das Personalkarussell zu drehen. Die Suche nach geeigneten Landesräten zerstörte den mühsamen Burgfrieden bei der ÖVP. Am Mittwoch, den 4. April, schließlich der Eklat: Christian Benger verkündete unerwartet seinen Rücktritt als ÖVP-Chef und Landesrat. Die Situation drohte zu eskalieren und die Regierungsvereinbarung zu platzen. Da nützten auch die Worte Bengers wenig, der keine Auswirkungen seines Rückzugs auf das ausverhandelte Papier sah. Landeshauptmann Peter Kaiser sah sich hingegen an nichts mehr gebunden und stellte der ÖVP ein Ultimatum. Die ÖVP solle die Gelegenheit erhalten, sich das massiv erschütterte Vertrauen wieder zu erarbeiten. Dazu musste der ÖVP-Parteivorstand mit dem neuen Parteichef Martin Gruber noch am selben Tag drei Punkten zustimmen: Erstens zur Aussetzung des Einstimmigkeitsprinzips

in der Landesregierung, das aufgrund der Abschaffung des Proporzes eingeführt wurde, zur Wahrung der Handlungsfähigkeit der Regierung. Somit wäre es für die SPÖ möglich, mit ihren fünf Landesräten die zwei Vertreter der ÖVP zu überstimmen. Zweitens verlangte die SPÖ ein Bekenntnis, dass alle Vereinbarungen der Koalitionsverhandlungen aufrecht bleiben. Drittens muss sich die ÖVP verpflichten, sich für alle wichtigen Projekte für Kärnten in Form eines Kärnten-Paketes bei der Bundesregierung einzusetzen. Sollte eine der Forderungen nicht rechtzeitig erfüllt werden, drohte die SPÖ mit Aufnahme der Verhandlungen mit FPÖ und dem Team Kärnten. Peter Kaiser sprach „von einem noch nie dagewesenen Affront, auch gegenüber der Kärntner Bevölkerung". Zunächst sei hoch und heilig versprochen worden, dass jene, die die Koalitionsverhandlungen führen, auch in der Regierung sitzen werden. „Dann aber wurde die Regierung gesprengt, noch bevor sie fixiert wurde." [4]

Die Köpfe und Gemüter rauchten in den Parteizentralen, doch schließlich gelang die Kehrtwende. Martin Gruber, der bereits an den Koalitionsverhandlungen teilgenommen hatte, bekam seinen Chaosclub in den Griff. Der 35-jährige stellvertretende Obmann des Kärntner Bauernbundes und Vizepräsident des Kärntner Gemeindebundes war einst jüngster Bürgermeister von Kappel am Krappfeld und galt schon lange als Personalreserve der Kärntner ÖVP. Nun wird er der jüngste Parteichef, den die Kärntner ÖVP je hatte, und übernimmt als Landesrat die Zuständigkeiten ländlicher Raum, Landwirtschaft, landwirtschaftliches Fachschulwesen, Agrarbehörde, Landarbeitsrecht, ländliches Wegenetz, Straßen-, Brücken- und Radwegebau, Kraftfahrtechnik, Lärmschutz, Orts- und Regionalentwicklung, LEADER, Forstwirtschaft sowie Jagd und Fischerei.

Den zweiten Landesratsposten erhielt keiner der früher genannten Kandidaten wie JVP-Chef Sebastian Schuschnigg, Wirtschaftsbündler Markus Malle, der Finkensteiner Bürgermeister Christian Poglitsch oder Bundesministerin Elisabeth Köstinger, die sich für einen Verbleib in Wien entschied. Auch nicht der Tage zuvor vom Bürgermeisteramt in Berg im Drautal zurückgetretene Ferdinand Hueter kam zum Zug. Ein Brief mehrerer Bürgermeister noch an Parteichef Benger offenbarte allerdings den Druck, der für Hueter ausgeübt wurde. „Der in den Koalitionsverhandlungen zu erwartende 2. LR-Sitz ist mit unserem Wahlkreisspitzenkandidaten Ferdinand Hueter zu besetzen", heißt es darin wörtlich. Ansonsten drohten die ÖVP-Bürgermeister aus dem Bezirk Spittal „in Hinblick auf den bevorstehenden Parteitag einen eigenen Weg einzuschlagen". [5] Auch Gerüchte über den Einfluss aus Wien, insbesondere durch Bundesparteichef und Bundeskanzler Sebastian Kurz, machten die Runde. Über den wahren Grund seines Rücktritts schwieg sich Benger aber aus. Der mangelnde Rückhalt in der Landespartei, aber vor allem auch in Wien mag wohl sicher mit ein Grund gewesen sein. Statt Hueter kam ein Quereinsteiger zum Zug: Ulrich Zafoschnig, Vorstand

der Kärntner Beteiligungsverwaltung und Präsident der Kärntner Sportunion. Seinen Regierungspartnern Kaiser und Schaunig war er bereits von den Verhandlungen rund um die Abwicklung der HETA bekannt.

Regierungsteam komplett

Mit den SPÖ-Vertretern Daniel Fellner und Sara Schaar war das Regierungsteam nach diesen turbulenten Tagen vollständig und konnte dann doch wie ursprünglich vorgesehen am 12. April mit 24 von 36 Stimmen gewählt und angelobt werden. Somit war die erste Kärntner Landesregierung nach Abschaffung des Proporzes gebildet, nach einigen Überraschungen zwar und vor allem mit einer Besonderheit: Das ursprünglich vorgesehene und durchaus übliche Einstimmigkeitsprinzip für Regierungsbeschlüsse war einem Mehrheitsprinzip gewichen. Aus einem ursprünglichen Verhandlungserfolg der ÖVP mit für sie zentralen Referaten wurde so eine Niederlage. Statt Entscheidungen blockieren zu können, sind zukünftig die zwei Vertreter der ÖVP jenen fünf der SPÖ bei allen Abstimmungen unterlegen. Der SPÖ gelang es durch die personellen Turbulenzen innerhalb der ÖVP sich die absolute Mehrheitsmacht in der Regierung ohne Vetomöglichkeit zu sichern. Die Kritik dafür verschmerzte die SPÖ leicht, die ÖVP aber hatte kaum eine Wahl, ohne sich ganz aus dem Rennen zu nehmen. Soweit die Ereignisse nach dem Wahlabend bis zur Konstituierung des neuen Landtages. Die Vorgeschichte von der Abschaffung des Proporzes sowie die Argumente für und gegen diesen Systemwechsel sollen im Rahmen dieses Beitrages ebenfalls erläutert werden.

Neues Regierungssystem

Die Abschaffung des Proporzes wurde zwar in den Medien diskutiert, auf die Wahlentscheidung der Bürgerinnen und Bürger am 4. März 2018 dürfte die Änderung dennoch kaum Auswirkungen gezeigt haben. Laut den Befragungen von SORA[6] profitierte die SPÖ von der mehrheitlichen Zufriedenheit mit der Landesregierung und von der Mobilisierungskraft des Amtsverteidigers Peter Kaiser. Der Landeshauptmann war für ein Drittel der SPÖ-Wählerinnen und -Wähler das wichtigste Wahlmotiv. Ansonsten waren soziale Themen wie Sozialleistungen, Arbeitsplätze, Gesundheit und Pflege für diese Wählerinnen und Wähler entscheidend sowie der Protest gegen die Maßnahmen der Bundesregierung.

Für die Zukunft pessimistische Personen wählten hingegen FPÖ, wobei zwei Drittel dieser Wählerinnen und Wähler sehr häufig das Thema Zuwanderung diskutiert haben. Weitere häufig genannte Wahlmotive waren neben Inhalten und der bisherigen Arbeit der Partei auch das Motiv, dass

die FPÖ in der künftigen Landesregierung vertreten sein solle. Wahlmotive für die ÖVP waren ebenfalls vor allem Inhalte und die bisherige Arbeit der Partei. Wie die Auswertung der häufig diskutierten Themen zeigt, ging es den ÖVP-Wählerinnen und -Wählern dabei insbesondere um Wirtschaft, die Maßnahmen der neuen Bundesregierung sowie Zuwanderung.

Ob die Änderung des Regierungssystems ein Wahlmotiv war, wurde zwar nicht explizit abgefragt. Mit einiger Wahrscheinlichkeit lässt sich dies aber verneinen. Für die Verhandlungen der Parteien nach der Wahl führte der Systemwechsel dennoch zu neuen Bedingungen. Den strategischen Vorteil konnte vor allem die SPÖ nutzen, wie bereits beschrieben.

Historische Grundlagen des Proporzes

Für und Wider bei Proporzsystemen wurden bereits bei der Abschaffung in Tirol, Salzburg, Steiermark und Burgenland abgewogen. Allein in Vorarlberg kamen Landesregierungen bereits seit 1923 in freier Koalitionsbildung zustande, aufgrund der jahrzehntelangen absoluten Dominanz der ÖVP war die Mehrheitsbildung ohnehin lange Zeit unumstritten. Die freiwillige Hereinnahme von Koalitionspartnern sollte nur die Opposition schwächen. 1998 verabschiedeten sich dann Tirol und Salzburg vom Proporzsystem, nachdem die Landesregierung aufgrund der Pluralisierung des Parteiensystems von zwei Partnern auf zum Teil vier Partner angewachsen war. So regierten in Tirol von 1957 bis 1989 ÖVP und SPÖ gemeinsam. 1989 kam die FPÖ hinzu und 1994 die Grünen. Mit der Änderung wurden ab 1999 wieder die vorherigen Verhältnisse mit einer schwarz-roten Regierung hergestellt, zumindest bis 2013 der Juniorpartner SPÖ durch die Grünen ausgetauscht wurde.

Der nächste Schritt in Richtung freie Koalitionsbildung auf Bundesländerebene erfolgte 2015. In der Steiermark beschloss der Landtag bereits im November 2011 eine Verfassungsreform inklusive Proporzabschaffung mit Wirksamkeit nach der folgenden Landtagswahl im Herbst 2015. Dies führte zur Beendigung der Regierungsbeteiligung der FPÖ. Im Burgenland hingegen wollten sich SPÖ und ÖVP neue Koalitionsmöglichkeiten eröffnen und nicht mehr länger aneinandergekettet bleiben.[7]

Die Abschaffung des Proporzsystems in den meisten Bundesländern könnte darauf hindeuten, dass es sich ohnehin um ein Auslaufmodell handelt. Doch gerade in Zeiten steigender Polarisierung innerhalb der Gesellschaft könnten institutionalisierte Verfahren des Interessensausgleichs auch wieder ein Comeback feiern. Conrad Seidl hat etwa anlässlich der Debatte rund um die mögliche Beteiligung des umstrittenen FPÖ-Kandidaten Udo Landbauer in Niederösterreich folgende Gründe für die Verhältniszusammensetzung von Landesregierungen gefunden:

„Wer das Wesen des Proporzes verstehen will, muss weit in die Geschichte unserer Republik zurückgehen. Muss sich in Erinnerung rufen, wie Klassenkampf und Reaktion das Klima bis hin zu Bürgerkrieg und Diktatur vergiftet haben – und muss sich auch daran erinnern, dass die österreichische Politik in den Jahren nach 1945 durchaus Lernfähigkeit bewiesen hat. Aus schlimmer Erfahrung heraus hat man damals beschlossen, alle in die Pflicht zu nehmen, die eine gewisse demokratische Legitimation erreicht haben. Noch nach der Nationalratswahl 1966, bei der die ÖVP mit absoluter Mehrheit ausgestattet wurde, hat man wochenlang über eine große Koalition verhandelt. Diese ist zwar nicht zustande gekommen; das Prinzip, den jeweiligen politischen Gegner in Entscheidungen einzubinden und bei Postenbesetzungen auch die Exponenten der in der Minderheit befindlichen Parteien adäquat zu berücksichtigen, hat aber auch die Alleinregierungen von Josef Klaus (ÖVP, 1966–1970) und Bruno Kreisky (SPÖ, 1970–1983) überdauert. In den Bundesländern blieb es sogar lange als Grundsatz der Regierungsbildung, in Niederösterreich bis heute. Das hat nichts mit Großzügigkeit der Mehrheitspartei zu tun. Der Proporz stellt nämlich Vertreter aller daran beteiligten Parteien ins Scheinwerferlicht: Jeder kann sehen, welche Typen mit welcher Qualifikation von der Partei X oder Y in verantwortungsvolle Positionen gesetzt werden.“[8]

Ursprünglich als Stabilitätsfaktor gedacht, um einen Bürgerkrieg wie im Jahr 1934 zu verhindern, wurde Proporz später mehr und mehr zum Synonym für Parteibuchwirtschaft und Postenschacher rot-schwarzer Prägung. In Kärnten waren mit der Beteiligung der FPÖ und später auch der Grünen die Landesregierungen besonders breit aufgestellt, was das Spiel der freien Kräfte lähmte und oft zu teuren Kompromissen führte nach dem Motto: „Gönn ich dir etwas, gönnst du mir etwas.“ Ein Kuhhandel auf Kosten der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler.

Die Frage, ob Opposition von der Regierungsbank oder im Landtag besser gelingt, lässt sich nicht eindeutig beantworten. Informationsfluss bei Regierungssitzungen und die Möglichkeit, bei Beschlüssen mitzudiskutieren und mitzustimmen, erhöhen jedenfalls Einblick und Einfluss von kleineren Parteien. Es kann allerdings auch zu einem völligen Verschwinden von Oppositionsparteien im Landtag führen. So ergab sich in Oberösterreich ab 2009 die paradoxe Situation, dass alle Landtagsparteien, also ÖVP, SPÖ, Freiheitliche und Grüne, auch in der Landesregierung vertreten sind. Dennoch regierte eine Koalition zwischen ÖVP und den Grünen bzw. seit 2017 zwischen ÖVP und FPÖ. Für die Bürgerinnen und Bürger ist somit von außen oft nur schwer erkennbar, wann wer welche Rolle einnimmt: Regierungsmitglied oder Sprecher der Opposition.

Diskussion in Kärnten

Das von den Regierungsparteien SPÖ, ÖVP und den Grünen noch in der vorherigen Legislaturperiode 2017 beschlossene Demokratie-Paket

bejubelten die Klubobleute dieser Parteien Herwig Seiser (SPÖ), Ferdinand Hueter (ÖVP) und Barbara Lesjak (Grüne) in einer Broschüre als „politische Neuzeit“: „Mit diesem neuen, offenen politischen Stil des Miteinanders wurde mittlerweile der Weg bereitet für eine neue Verfassung. Wir geben mit dieser Verfassungsreform den Kärntnerinnen und Kärntnern mehr Entscheidungsmacht in die Hände.“[9] Explizit wird an dieser Stelle auf die Abschaffung des Proporzes Bezug genommen, indem es heißt, „die Wählerinnen und Wähler (werden) direkter denn je bestimmen, welche Parteien eine Mehrheit bilden können. Diese Parteien werden dann auch eine starke und handlungsfähige Regierung bilden.“

Der Weg zu dieser grundsätzlichen Veränderung, die Kärntner Landesregierung zu bilden, war nicht einfach. Denn generell ist eine freie Koalitionsbildung für regierende Parteien attraktiver als für die Opposition. Verlieren doch Parteien, die nicht am Regierungstisch sitzen, beträchtlichen Einfluss durch den Wegfall ihrer Referate, und seien sie noch so klein und unbedeutend oder finanziell schlecht ausgestattet. Der Informationsfluss durch die Teilnahme an den regelmäßigen Regierungssitzungen ist für die eigene parteipolitische Arbeit ebenfalls nicht zu unterschätzen. Der Landtag sitzt in Kärnten nicht nur räumlich in einem anderen Gebäude, er ist auch eine andere Welt.

Aus diesem Grund hat sich die FPÖ vom Proporzgegner zum -befürworter gewandelt. So war bereits 2013 klar, dass sie kein Partner für die Neuregelung werden wird. Die FPÖ trat entschieden für die Beibehaltung der Proporzregierung ein, weil dabei die Parteien im Verhältnis ihrer Stärke an der politischen Willensbildung teilnehmen und dadurch jede Bevölkerungsgruppe dementsprechend dort abgebildet werde, argumentierte sie. Ein weiteres Argument war die Kontrolle und Transparenz der Regierungstätigkeit, die für alle Parteien in einem Proporzsystem besser gewährleistet sei. Im Falle einer Abschaffung trat der Freiheitliche Landtagsklub für die Einführung des Einstimmigkeitsprinzips ein, wie es etwa in Salzburg, Tirol und der Steiermark gehandhabt wird.

Trotz dieser Ablehnung durch die FPÖ setzten die Regierungsparteien SPÖ, ÖVP und Grüne bereits bei der Aushandlung ihres Arbeitsübereinkommens im Jahr 2013 erste Schritte für einen Systemwechsel auch bei der Regierungsbildung. „Die Kärntner Landesverfassung als wesentliche Rechtsgrundlage des Landes Kärnten wird einer umfassenden Novellierung unterzogen. Kernstück dieser Novelle ist die Abschaffung des derzeitigen Proporzsystems unter gleichzeitiger Stärkung des Kärntner Landtages…“, steht im Kärntner Regierungsprogram 2013–2018. Deren wichtigstes Argument lautete: „Denn die Kärntnerinnen und Kärntner sollen in Zukunft genau unterscheiden können, welche Parteien in Regierungsverantwortung sind und welche die Opposition bilden.“ [10] Angesichts der

Erfahrungen rund um die Genehmigung der ruinösen Landeshaftungen für die Hypo Alpe Adria-Bank durchaus ein berechtigtes Anliegen. Gelang es doch der federführenden FPÖ immer wieder den Eindruck zu erwecken, dass sie alle anderen Parteien ebenfalls über diese Maßnahmen informiert hätte und diese damit einverstanden waren. Das Verschwimmen der Grenzen zwischen jenen Parteien, die die politische Kontrolle ausüben, und jenen, die regieren, sollte für die Zukunft eingedämmt werden.

Am 13. Juni 2013 wurde der gemeinsame Antrag „Demokratiepaket Kärnten" der Koalitionsparteien im Landtag eingebracht. Am 24. Oktober 2013 fand eine Enquete des Kärntner Landtages mit dem Thema „Abschaffung des Proporzes – Kärntner Demokratiepaket" statt. Als Referenten traten Landesarchivdirektor Wilhelm Wadl, die Rechtswissenschaftler Gerhard Baumgartner (Alpen-Adria-Universität Klagenfurt) und Bernd-Christian Funk (Universität Linz) sowie Politikanalyst Peter Plaikner auf.[11] Das Verhandlungsteam der Koalitionsparteien setzte sich aus Vertretern des Landtages zusammen: Andreas Scherwitzl (SPÖ), Markus Malle (ÖVP), Zalka Kuchling (Grüne) sowie die Klubdirektoren. Alle anderen Landtagsparteien erhielten bis Ende März 2014 Gelegenheit, ihre Positionen einzubringen. Laut ursprünglichem Fahrplan war vorgesehen, die aus allen Verhandlungen und Gesprächsrunden resultierende Punktation noch im Jahr 2016 in ein Gesetz zu gießen und im Landtag zu beschließen.

Trotz der prinzipiellen Einigung auf die Verfassungsreform bereits zu Beginn der Legislaturperiode 2013 fand der endgültige Beschluss im Landtag erst 2017 statt. Es war die ÖVP, die den Prozess verzögerte, allerdings nicht wegen der Abschaffung des Proporzes. Eine zentrale Forderung der Grünen, die Aufnahme eines expliziten Bekenntnisses zur slowenischen Volksgruppe in der Verfassung, wurde im Februar 2017 plötzlich von der ÖVP abgelehnt. Christian Benger sprach sich für die ursprüngliche Formulierung mit „autochthoner Volksgruppe" aus, während die beiden anderen Regierungsparteien auf der Nennung der slowenischen Volksgruppe beharrten. „Die Fürsorge des Landes und der Gemeinden gilt den deutsch- und slowenischsprachigen Landsleuten gleichermaßen." Zu diesem Satz habe er viel negative Rückmeldungen aus der Bevölkerung erhalten, meinte Benger plötzlich. Daher müsse die Passage ersatzlos gestrichen oder darüber getrennt abgestimmt werden. „Slowenisch" dürfe nicht in der Verfassung stehen. Benger dazu: „Es sind die Emotionen der Menschen, die hier hochkommen."[12]

Es waren wohl die Emotionen in der eigenen Partei, die Benger vom vorher mitgetragenen und mitverhandelten Kompromiss abrücken ließen. Doch bereits am 10. Februar 2017 präsentierten die Landesparteichefs Peter Kaiser, Christian Benger und Marion Mitsche eine neuerliche Einigung.

Artikel 7c der Landesverfassung sollte nun folgendermaßen lauten: „Das Land Kärnten bekennt sich gemäß Artikel 8 Abs. 2 der Bundesverfassung zu seiner gewachsenen sprachlichen und kulturellen Vielfalt, wie sie in Kärnten in der slowenischen Volksgruppe zum Ausdruck kommt. Sprache und Kultur, Traditionen und kulturelles Erbe sind zu achten, zu sichern und zu fördern. Die Fürsorge des Landes gilt allen Landsleuten gleichermaßen." Damit war der Weg für den Beschluss der Novellierungen der Landesverfassung frei und erfolgte am 1. Juni 2017. Gerade rechtzeitig vor Beginn des Wahlkampfes.

Bisherige Bilanz ohne Proporz

Vor allem die ÖVP brachte die Regierung schon in der Dreierkoalition und vor allem bei der Neuauflage der Koalition ohne die Grünen zum Stolpern. Bereits vor Beschlussfassung der neuen Landesverfassung aufgrund ihres Rückziehers wegen der Nennung der slowenischen Volksgruppe, als auch bei der Regierungsbildung 2018 aufgrund der neuen Regelung. Mit dem Rückzug Christian Bengers und der Übernahme der Partei durch Martin Gruber scheint aber Ruhe eingekehrt zu sein. Eine deutliche Entspannung im Land zwischen den Volksgruppen, der eingeschlagene Weg zur Sanierung der Landesfinanzen und die Reduktion der Landeshaftungen sowie Erfolge bei der Erweiterung und Neuansiedelung von Betrieben machen das Regieren in dieser Periode auch ohne Systemwechsel spürbar leichter. Bei der ersten 100-Tage-Bilanz zeigten sich die Koalitionspartner jedenfalls erleichtert: Alle bisherigen Regierungsbeschlüsse erfolgten einstimmig.

Anmerkungen

1 Kleine Zeitung, 6. 3. 2018, S. 4.
2 Kleine Zeitung, 13. 3. 2018, S. 18f.
3 Kleine Zeitung, 18. 3. 2018, S. 20.
4 Kleine Zeitung, 5. 4. 2018, S. 2f.
5 Kleine Zeitung, 6. 4. 2018, S. 4.
6 http://www.sora.at/themen/wahlverhalten/wahlanalysen/ltw-ktn18.html
7 https://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/3883323/Der-Proporz-wird-zum-Auslaufmodell
8 https://derstandard.at/2000073230784/Pro-und-Kontra-Proporzregierungen-in-den-Bundeslaendern
9 SPÖ Landtagsklub, ÖVP Club im Kärntner Landtag und Die Grünen im Kärntner Landtag (Hg.): Demokratie Paket. Gemeinsam die Zukunft Kärntens gestalten, o. J. S. 3.
10 Siehe Broschüre der Landtagsklubs von SPÖ, ÖVP und den Grünen, S. 4.
11 Das Stenografische Protokoll zur Enquete findet sich unter: https://www.ktn.gv.at/287882_DE-Enqueten-Demokratiepaket
12 Siehe Die Presse vom 2. 2. 2017, https://diepresse.com/home/innenpolitik/5163751/Scheitert-Kaerntens-Landesverfassung-am-Wort-Slowenisch.

Fritz Kimeswenger

Faust lässt grüßen

„Da steh' ich nun, ich armer Tor und bin so klug, als wie zuvor."

Das lässt Johann Wolfgang von Goethe gleich zu Beginn des ersten Teils der Tragödie seinen Faust sagen. Faust sitzt da im Zimmer und denkt laut über seine unzureichenden Fähigkeiten nach „… die Menschen zu bessern und zu bekehren …" Trotz aller Studien fragt er sich: „Habe nun Philosophie, Juristerei und Medizin, und leider auch Theologie durchaus studiert, mit heißem Bemühn. Da steh´ ich nun, ich armer Tor und bin so klug, als wie zuvor …"

So ähnlich geht es der Opposition im Kärntner Landtag. Die beiden Parteien FPÖ und Team Kärnten stehen, nun ja, zumeist sitzen sie da und wissen nicht so recht, was sie tun sollen. Immerhin ist es erstmals, dass sie sich in der Opposition wiederfinden und die Legislaturperiode ist noch verdammt lang. Konstruktive Opposition? Fundamentalopposition? Aus Prinzip gegen alles und jeden? Oder doch das gutheißen, was gut ist?

Doch blicken wir eingangs etwas zurück.

2017 beschloss der Landtag mit den Stimmen der Regierungskoalition SPÖ, ÖVP und Grüne sowie des Teams Kärnten die Abschaffung des Proporzes. Bis zur Landtagswahl 2018 waren in der Landesregierung ja alle Parteien ab einer bestimmten Größe vertreten, seit der Wahl sind nur noch jene Parteien in der Regierung, die sich auf eine Koalition einigen konnten. Und das sind nun mal die SPÖ und die ÖVP, und für die Freiheitlichen und das Team Kärnten hieß es Abschied nehmen vom Arnulfplatz, Abschied nehmen von Präsenz, Informationen und möglichen Deals und Hintergrundgesprächen im arnulfplatzlichen Stiegenhaus und ab in den Landtag. Es sind nur geschätzte 400 Meter Luftlinie zwischen dem Regierungsgebäude am Arnulfplatz und dem Landhaus, politisch sind es Welten.

Das zeigt uns auch ein Blick auf das Wahlergebnis: SPÖ (18) und ÖVP (6), also die beiden Koalitionsparteien kommen zusammen auf 24 Mandate, haben also die Zwei-Drittel-Mehrheit. Dagegen sind die neun Mandate der FPÖ und die drei Mandate des Team Kärnten eher überschaubar.

Mit 22,96 Prozent und einem Plus von 6,11 Prozentpunkten schnitt die FPÖ bei der Landtagswahl zwar gut ab, blieb aber nach übereinstimmender Meinung aller Beobachter hinter ihren Möglichkeiten. 25 Prozent plus waren den Blauen zuvor als Ergebnis durchaus eingeräumt worden. Umfragen sahen die Freiheitlichen sogar schon bei 28 Prozent.

Welche Gründe könnte das gehabt haben?

Da ist einerseits das überragende Abschneiden der SPÖ und ihres Landeshauptmannes Peter Kaiser. Die Sozialdemokraten konnten die gebeutelten Grünen abräumen wie Herr und Frau Kärntner einen Christbaum zum Drei-Königs-Tag. So gut wie alle grünen Stimmen wurden rot.

Dazu kam ein dankbares Wählerverhalten als Anerkennung für die Rettung des Landes vor einer Hypo-Pleite. In Summe war das ein weitaus höherer Wahlsieg, als es Umfragen zuvor hätten denken lassen. Da kamen die Sozialdemokraten auf höchstens 44 Prozent.

Zweiter, vielleicht mitentscheidender Grund für das gute, aber nicht überragende Abschneiden der Freiheitlichen war ihr Wahlkampf: Mit Frohbotschaften und Wellnesskampagnen gibt man sich zwar staatstragend, verstört aber die eigenen Stammwähler. Die sind es mehr gewohnt, dass auf den Tisch gehauen wird.

Und drittens war und ist da die Person von Parteiobmann Gernot Darmann. Er konnte zwar einen Achtungserfolg erringen, zu einem richtigen Publikumsliebling wurde Darmann aber seit seiner Kür zum freiheitlichen Landesparteiobmann noch nicht. So, und dann steht man mit fast 23 Prozent, also einem runden Viertel der Wählerstimmen, da und hat trotzdem absolut nichts mehr zum Sagen. Man ist knochentrockene Opposition – und das für fünf lange Jahre. Vielleicht ahnte den Blauen schon Ähnliches und sie stimmten der Änderung der Landesverfassung aus dieser Vorahnung heraus nicht zu.

Vielleicht ist das aber auch der Grund, warum Darmann bereits Abwanderungsgelüste in die Landeshauptstadt nachgesagt werden. Dort streiten sich ja mit Wolfgang Germ und Christian Scheider zwei Blaue darum, wer der Bürgermeisterkandidat bei den Gemeinderatswahlen im Jahr 2021 sein darf. Gernot Darmann könnte der lachende Dritte werden.

Das ergibt aus seiner Sicht durchaus Sinn.

Jetzt noch über vier Jahre im Landtag den Oppositionsführer spielen und dann bei den nächsten Landtagswahlen im Jahr 2023 wieder antreten und vielleicht wieder gegen Peter Kaiser zu verlieren, ist keine sehr attraktive Perspektive. Sich vielleicht als Klagenfurter Vizebürgermeister ab 2021 über die nächsten sechs Jahre bis in die Nähe der Pension zu hanteln, ist da schon durchaus verlockender.

Freilich müssen da einige Faktoren mitspielen, vor allem Germ und Scheider, und es muss sich jemand finden, der anstelle von Darmann die harte Oppositionsbank gerne drückt. Da wird immer wieder der Name der Villacherin Elisabeth Dieringer-Granza genannt, die es aus der Draustadt und aus Zeiten des übermächtigen Bürgermeisters Helmut Manzenreiter durchaus gewöhnt ist, gegen scheinbar unbesiegbare Gegner anzukämpfen. Hohe Wetten, dass Gernot Darmann bis zur nächsten Landtagswahl

in dieser jetzigen Funktion als Klubobmann bleiben wird, werden von den Auguren nicht angenommen.

Dann lohnt sich noch ein Blick auf die zweite nunmehrige Oppositionspartei, deren Obmann Gerhard Köfer auch in die Kategorie „ehemalige Regierungsmitglieder“ fällt. Köfer gelang es mit hohem persönlichen und finanziellen Einsatz, sein Team Kärnten zwar knapp, aber immerhin wieder in den Landtag zu bringen. Die 5,67 Prozent sind zwar meilenweit von seinem einmal formulierten Wahlziel des Überholens der ÖVP entfernt, bedeuteten aber immerhin den vierten Platz unter zehn kandidierenden Parteien.

Was es nicht bedeutete, war die Möglichkeit, einen Klub zu gründen. Es blieb bei der so genannten Interessengemeinschaft, denn Klubs sind erst ab vier Mandaten möglich, das Team Kärnten errang drei Abgeordnetensitze.

Und da ist jetzt der berühmte Hase im Pfeffer versteckt, was laut Deutschem Sprichwörterlexikon so viel bedeutet wie „daran liegt es, daran fehlt es“. Es fehlt nämlich an parlamentarischen Möglichkeiten, es fehlt aber auch an Personal. Köfer ist eine One-Man-Show, die etliche Fans hat, noch ist aber niemand sichtbar, der dem alten Schlachtross folgen könnte. Die drei Landtagsabgeordneten Gerhard Köfer, Helmut Prasch und Harald Klocker stammen allesamt aus Spittal an der Drau, was auf eine mangelnde Breite der Partei hinweist. Hier muss sich Köfer vorrangig einmal selbst über die Zukunft seiner Bewegung im Klaren werden, und sollte er ein dauerhaftes Projekt daraus machen wollen, muss er diesem Plan dann mehr Aufmerksamkeit widmen als der Oppositionsarbeit.

Für den routiniertesten Politiker im Landtag, der schon alles war – Bürgermeister, Nationalrat, Gemeinderat, Landesrat, Landtagsabgeordneter – könnte es aber eine Hintertür geben. Schon während der Koalitionsverhandlungen gab es namhafte Stimmen in der SPÖ, die eher auf Köfer als Partner drängten als auf die ÖVP. Sollte es in der rot/schwarzen-Koalition vor Ablauf der Legislaturperiode krachen, wäre ein fliegender Wechsel der Sozialdemokraten hin zum ehemaligen Sozialdemokraten Köfer möglich. Dann stünden plötzlich mehr Möglichkeiten, personell und finanziell, zur Verfügung.

Es war die Rede von zehn kandidierenden Parteien. Vier schafften es in den Landtag. Das bedeutet aber, dass es eine zumindest auf dem Papier große außerparlamentarische Opposition geben müsste. Der Konjunktiv ist hier absolut richtig eingesetzt, denn es gibt sie nicht.

Die selbstverschuldet aus dem Landesparlament geflogenen Grünen sind inexistent. Selbst der routinierte neue Parteichef Matthias Köchl schaffte es bislang nicht, die Grünen so zu präsentieren, dass man die Feststellung

wagen könnte: „Hurra, sie leben noch!“ Köchl versucht zwar das besserwisserische und belehrende der abgewählten grünen Parteispitze zu vermeiden, alternative Ansichten sind bisher aber nicht durchgedrungen.

Spannend könnte ein Projekt sein, das eigentlich auf der Hand liegt. Die Grünen könnten versuchen, eine Allianz mit der Liste „Verantwortung Erde“ einzugehen, die bei der Landtagswahl einen echten Achtungserfolg erzielen konnte. Die jungen, vor allem aus Villach stammenden "Erdlinge“ schafften ohne Mittel, ohne Infrastruktur, aber mit großem persönlichen Einsatz, glaubhaftem Umweltengagement und sympathischem Auftreten aus dem Stand 1,85 Prozent. Das war nur unwesentlich weniger als die grüne Partei mit ihrem Regierungsmitglied, ihrem noblen Palais in der Klagenfurter Sterneckstraße und ihren finanziellen Möglichkeiten.

Die pinkfarbenen Neos fielen in Kärnten vor, während und nach der Wahl vor allem durch Unauffälligkeit auf. Mit knapp über zwei Prozent blieben sie mehr als deutlich unter dem von der Bundesebene ausgegebenen Wahlziel des Einzugs in den Landtag. Besserung ist keine in Sicht.

Alle anderen, vor allem das einst von Jörg Haider gegründete BZÖ, kann man getrost vergessen. Die orange Partei zeichnet sich höchstens durch schrullige Vorschläge wie die Umbenennung des Neuen Platzes zum Jörg-Haider-Platz oder das Aufstellen von Pappkameraden an der Unfallstelle des einstigen Landeshauptmannes aus.

Wie kann man die Opposition also nach dieser Rundumbetrachtung zusammenfassen?

Da sind die Freiheitlichen, die zwar Opposition könnten, es derzeit aber nicht wollen oder nicht genau wissen, wie anlegen. Das zeigt sich auch in den ausbleibenden lauten Protesten gegen so manche Personalentscheidung, die die Sozialdemokraten kraft ihrer Macht durchsetzen. Oder ist es das schlechte Gewissen, es einst auch nicht viel anders praktiziert zu haben? Noch sitzt der Schock vom Abschied von der Macht tief, die neue Rolle konnte noch nicht verinnerlicht werden.

Das Team Kärnten, vor allem Obmann Köfer, könnte es auch, muss aber gleichzeitig oder gar zuvor sehr viel in die innerparteiliche Konsolidierung stecken.

Und die außerparlamentarische Opposition ist abgemeldet. So gesehen, befindet sich Landeshauptmann Peter Kaiser in einer äußerst komfortablen Position. Er hat in der Volkspartei einen willfährigen Partner, der mehr mit sich beschäftigt ist als mit dem Versuch, ein eigenständiges Profil zu gewinnen, und er hat eine Opposition im Landtag, die natürlich weder die notwendigen Mandate noch die nötige Kraft für echte Gegenarbeit hat.

Vor allem die Volkspartei hat sich mit dem Verzicht auf das Einstimmigkeitsprinzip in der Landesregierung jede Möglichkeit des Protestes gegen

rote Entscheidungen genommen. Aber das dürfen die Landesschwarzen sich selbst zuschreiben, als Folge des Putsches gegen Parteichef Christian Benger.

Landeshauptmann Peter Kaiser trifft sich zwei Mal im Jahr mit allen Vertretern der bei der Landtagswahl angetretenen Parteien. Das macht politisch einen schlanken Fuß, wirkt generös und Kaiser vergibt sich damit gar nichts. Im Gegenteil, er vermittelt das Einbinden aller demokratischen Kräfte in den Entscheidungsprozess. Noch ist aber kein Beispiel bekannt, wo die allmächtige SPÖ und ihr Koalitions-Beiwagerl ÖVP einen Vorschlag aus der Runde der nicht im Landtag vertretenen Parteien aufgegriffen und umgesetzt hätten. Da darf mit Spannung darauf gewartet werden. Bis dahin ist dieser Runde Tisch eine nette Geste der Mächtigen, mehr aber nicht.

Auch für die Bevölkerung ist die neue Trennung zwischen Regierung und Opposition im Gegenzug zum jahrzehntelang praktizierten und erfahrenen Proporzsystem noch nicht wirklich ersichtlich. Es zeigt sich immer wieder, dass die Menschen weniger politische Botschaften verinnerlichen als die Spieler in der politischen Blase. Dazu zählen nicht nur die Politiker, sondern auch die Journalisten, Analysten und Wissenschaftler.

Wolfgang Fercher

Wenn aus Träumen Tränen werden

Insgesamt zehn Listen traten bei der Kärntner Landtagswahl am 4. März 2018 an, nur vier schafften den Einzug in den Landtag. Zwei, die sich große Hoffnungen gemacht hatten, scheiterten letztlich klar an der Fünf-Prozent-Hürde: Grüne und Neos. Lange Gesichter am Wahlabend. Die Gründe: interne Querelen bei den einen, ein wenig bekannter Spitzenkandidat bei den anderen, die Inhalte blieben auf der Strecke, der SPÖ-Erdrutsch erfasste beide Parteien. Wie lief der Wahlkampf und wie ging es für Grüne und Neos nach der Landtagswahl weiter?

Grüne – Die Wiesen sind ausgetrocknet

Ende 2016 war in der Welt der Grünen noch Friede, Freude, Eierkuchen angesagt. Ihr ehemaliger Bundessprecher Alexander Van der Bellen wurde im Dezember bei der Wiederholung der Stichwahl zum Bundespräsidenten gewählt. Auch 2017 begann mit grüner Euphorie, wurde aber zum historischen Katastrophenjahr für die Partei. Die aus Kärnten stammende Bundessprecherin Eva Glawischnig warf im Mai 2017, einige Monate vor der Nationalratswahl, alles hin. Partei-Urgestein Peter Pilz war auch unzufrieden und gründete kurz darauf seine eigene Partei. Er schaffte es ins Parlament, die Grünen hingegen flogen nach 31 Jahren in hohem Bogen aus dem Nationalrat. Die Hoffnungen auf ein besseres Abschneiden bei den vier Landtagswahlen im Jahr 2018 erwiesen sich als trügerisch. Vor allem das Ergebnis in Kärnten wurde für die Grünen zum Desaster. Auch Eva Glawischnig leistete dazu einen unrühmlichen Beitrag.

Die Ursachen für das Wahldebakel der Kärntner Grünen sind im Jahr 2017 und bereits in den Jahren zuvor zu finden. Nicht wenige in der Partei sahen ihre Inhalte in der Dreierkoalition mit SPÖ und ÖVP zu wenig präsent. Nach Unstimmigkeiten um Ausrichtung und Listenerstellung erklärte Landessprecherin Marion Mitsche im Juli 2017 ihren Rückzug, Landesrat Rolf Holub übernahm an der Spitze eines Leitungsgremiums wieder die Parteiführung. Nachdem die Klubobfrau im Landtag, Barbara Lesjak, keinen fixen Listenplatz mehr erhielt, zog auch sie sich zurück. Mittlerweile ist Lesjak sogar aus der Partei ausgetreten.

Die Diskussionen um eine vermeintliche „Parteispaltung“ wurden die Grünen im gesamten Wahlkampf nicht wirklich los. Stimmen kostete das Antreten von Mitsche mit ihrer eigenen „Liste Fair“, unter anderem mit dem Klagenfurter Grünen-Urgestein Reinhold Gasper, letztlich nur

minimal. Die Gruppierung kam kärntenweit auf gerade einmal 622 Stimmen (0,21 Prozent) und schnitt damit sogar schlechter als die politischen Zwerge BZÖ oder KPÖ ab. Die Funktion des Parteichefs vom Mandat zu trennen habe alles nicht besser gemacht, erklärte Holub. Intriganten haben die Partei kaputt gemacht, meinen viele Beobachter. Holub habe dabei viel zu lange weggeschaut. „Man hat schon um die Holub-Nachfolge gerangelt. Mit einzelnen Strömungen geht das bei den Grünen schnell", sagte der grüne Landesrat später dazu.[1]

Rote graben das Wasser ab

Mit dem Slogan „Das können nur wir" wollten die Grünen im Wahlkampf punkten und die Themen Umwelt, Energie und Verkehr in den Mittelpunkt rücken. Letztlich trat Spitzenkandidat Rolf Holub aber immer wieder in thematische Fettnäpfchen und wurde von den politischen Mitbewerbern wegen Fischotter oder GTI genüsslich torpediert. Sollte der Wiedereinzug in den Landtag gelingen, „werden wir Kärnten zur Nummer eins im Bereich der erneuerbaren Energie machen", erklärte er beim Wahlkampfauftakt im Jänner.[2] Mit der Forderung nach Tempo 100 auf der Wörthersee-Autobahn hatte sich Holub in den Monaten davor keine Freunde gemacht, im Wahlkampf war das dann auch kein Thema mehr.

Der Grünen-Stadtrat Frank Frey versuchte es indes mit einem strategischen Argument: „Wählt Grün, damit Peter Kaiser mit Unterstützung der Grünen Landeshauptmann bleiben kann."[3] SPÖ-Spitzenkandidat Kaiser fischte jedoch selbst im grünen Wählerteich. Bei der Landtagswahl sollte er die Grünen dann überhaupt abräumen wie einen Christbaum zu Maria Lichtmess. Im Februar kündigte der Landeshauptmann eine „Kärntner Wassercharta" an: Der Anspruch der Kärntner auf die Wassernutzung solle „in den Verfassungsrang" erhoben werden. Wenige Tage davor hatte Holub ein Versorgungsnetz für Gemeinden vorgestellt, über eine Wasserstiftung sollten Wasserquellen in Landesbesitz gebracht werden. Dass sich die SPÖ „mit Projekten der Grünen schmückt", zeige, „wie gut die Arbeit der Grünen" sei, sagte Holub damals.[4] Aufgrund der hochverschuldeten Bundespartei wurde das Wahlkampfbudget mit 350.000 Euro begrenzt.

Obelix verließen die Kräfte

Der Wahlkampf war ganz auf den Spitzenkandidaten zugeschnitten. Auf den Plakatsujets wurde Holub mit den Themen Natur- und Umweltschutz („Deine Kärntner Natur schützen", „Dein Haus vor Hochwasser schützen"), seinem Aufdecker-Image („Dir einen zweiten Hypo-Skandal ersparen") oder als Visionär („Deine Zukunft auf Händen tragen") dargestellt, mit dem Nachsatz „Machen nur wir" oder „Das können nur wir". Auf der

zweiten Plakatwelle hieß es dann „Die Grünen für dich kämpfen lassen“ und „Rolf für dich kämpfen lassen“.

Holub schwankte zwischen kämpferisch und genervt wirkend. Am Faschingssamstag war er in Villach als Obelix verkleidet unterwegs. Schier übermenschliche Kräfte waren auch für den Rest des Wahlkampfs nötig. Aus strategischer Sicht war den Grünen zumindest von Anfang an klar, dass im Wahlkampf nichts anderes als ein politischer Überlebenskampf wartet. In Umfragen, die in den Parteizentralen kursierten, kam die Partei nicht über drei bis maximal vier Prozent hinaus.

Der Spitzenkandidat ließ sich den Humor nicht nehmen, manchmal war das wohl eher Galgenhumor. „Das ist das Schöne im Vergleich zu einem Bankkonto: Mit einer Partei kann man nicht ins Minus.“ Zwischendurch war allerdings zu hören, dass sich für den Grünen-Landesrat ein Ende seiner politischen Karriere abzeichnete. „Man muss erkennen, wenn man zu alt ist. Es ist schon so mancher Künstler zu lange auf der Bühne gestanden.“ Dem „ewig gleichen Politsprech“ der „dressierten Politiker“ sei er überdrüssig. „Es ist einfach dumm, 100 Mal das Gleiche erzählen zu müssen“, sagte Holub bei einer Wahlkampftour zur Kleinen Zeitung.[5] Es war just jener Tag, an dem die Grünen bei einer Abstimmung nach einer Diskussion der Landesschülervertretung 33 Prozent erreichten.

Fischotter und ausgetrocknete Wiesen

„Eine Selbstauflösung der Grünen, die der SPÖ zugutekommt“, konstatierte Meinungsforscher Wolfgang Bachmayer, als die Kleine Zeitung am 22. Februar 2018 eine OGM-Umfrage zur Landtagswahl (786 Befragte, 3,6 Prozent Schwankungsbreite) veröffentlichte. Die „grünen Wiesen“ seien „ausgetrocknet“, der Löwenanteil werde zur SPÖ abwandern, meinte Bachmayer. Die Umfrage wies für die Grünen ein düsteres Ergebnis von zwei bis drei Prozent aus, deutlich zu wenig, um den Wiedereinzug in den Kärntner Landtag zu schaffen. Bachmayer sollte recht behalten.

Der grüne Landtagsklub zog zwei Wochen vor der Wahl stolz Bilanz über die zu Ende gehende Legislaturperiode. „Wir sind die Einzigen, die Umwelt, Natur- und Klimaschutz eine Stimme geben“, erklärten Klubobfrau Barbara Lesjak und ihre Kollegen.[6] So richtig ins Laufen kam der Grüne-Wahlkampf aber nie. Holub sorgte mit seinem Vergleich von GTI-Treffen und Cholera für Aufsehen. Und den Fischotter wurden die Grünen nie mehr los. Vehement wehrten sie sich gegen die Forderung von Fischern nach einem Abschuss der Tiere. Der als visionär gelobte Energiemasterplan kam hingegen kaum bei den Wählern an.

Große Hoffnung setzte die Partei auf den Wahlkreis 1 (Klagenfurt und Klagenfurt Land), in dem im Vergleich zur Landtagswahl 2013 statt neun

insgesamt zehn Mandate zu vergeben waren. Mit rund 8500 Stimmen wäre ein Grundmandat möglich gewesen. Michael Johann, Spitzenkandidat in Klagenfurt und stellvertretender Klubobmann im Landtag, brachte im Wahlkampf jedoch kaum einen Fuß auf den Boden. Das Grundmandat blieb am 4. März in weiter Ferne. Die Rolle Johanns wird von vielen überhaupt sehr kritisch gesehen. Er soll für die Rückreihungen von Kandidatinnen auf der Liste verantwortlich sein. Auch innerhalb der Dreierkoalition sagte man ihm fehlende Handschlagqualität nach.[7]

Ex-Chefin frönt dem Glücksspiel

Zwei Tage vor der Landtagswahl am 4. März kam der wohl endgültige Todesstoß, sofern ein solcher überhaupt noch nötig war. Bundessprecher Werner Kogler – er hatte die Reste der Partei nach dem Nationalrats-Aus übernommen – saß gerade im Zug Richtung Süden, um beim Wahlkampffinale mit dabei zu sein. Seine Vorvorgängerin Eva Glawischnig teilte ihm telefonisch mit, dass sie in wenigen Stunden ihr Engagement für den Glücksspielkonzern Novomatic bekannt geben werde. Kogler nahm die neue Tätigkeit zur Kenntnis. Glawischnig legte ihre Parteimitgliedschaft umgehend zurück und kam so wohl einem Ausschluss zuvor.[8] Der wahlkämpfenden Gruppe im Süden erwies die gebürtige Kärntnerin damit einen Bärendienst, der öffentliche Spott war groß. Wie auch die Enttäuschung über den Zeitpunkt, den Glawischnig für die Bekanntgabe ihres neuen Jobs gewählt hatte.

Holub wollte sich beim Wahlkampffinale in Klagenfurt nicht dazu äußern und holte lieber mit spitzer Zunge gegen Konzerne und Korruption aus. Der burgenländische EU-Abgeordnete Michel Reimon fühlte sich an diesem Tag wie ein „Volltrottel“. Holub kommentierte Glawischnigs Novomatic-Engagement erst am Wahlabend: „Hilfreich war es sicher nicht.“ Vor allem der Zeitpunkt irritierte. „Ich glaube, da kann sich jeder selbst ein Bild machen“, sagte Holub. „Das war ein Fußtritt vor der Wahl. Dabei war sie einmal ein Vorbild“, schimpfte die Klagenfurter Gemeinderätin Margit Motschiunig.[9] Manche vermuteten am Wahlabend sogar, dass Novomatic selbst der Partei schaden wollte.

Flirt mit „Verantwortung Erde“

Stimmen gekostet hat die Grünen auch die Liste „Verantwortung Erde“, die mit nur 5000 Euro Budget im Wahlkampf, den sie „Wahlfrieden“ nennt, auskam und mit Inhalten wie dem Auftreten gegen zwanghaftes Wirtschaftswachstum punktete. Man hätte gemeinsam mit dieser Liste antreten sollen, sagte etwa die Villacher Grün-Gemeinderätin Sabina Schautzer nach der Wahl.[10] Gespräche über eine gemeinsame Kandidatur

gab es bereits tatsächlich vor der Listenerstellung, wie der Autor dieser Zeilen im Wahlkampf erfuhr.

Sascha Jabali, Gründer der „Verantwortung Erde“ und zum damaligen Zeitpunkt Gemeinderat in Villach, lehnte eine Kooperation jedoch ab. „Von uns aus war das keine Überlegung“, betonte er. Und Rolf Holub wollte nach den Gesprächen „niemanden vom Antreten abhalten“.[11] Einen Seitenhieb gab es auch: „Wahlfrieden ist ein hübsches Wort, aber meiner Erfahrung nach braucht es in der Politik einiges an Kampfgeist, wenn man etwas umsetzen will.“[12] Die „Verantwortung Erde“ erreichte am 4. März immerhin 1,85 Prozent der Stimmen – zusammengerechnet mit den Stimmen der Grünen hätte es also für den Einzug in den Landtag gereicht.

Der „Super-GAU“ am Wahltag

Stimmung kam am 4. März in der Parteizentrale der Grünen nie auf, eher herrschte eine Art Schockstarre. Die erste Hochrechnung gab der Partei 3,2 Prozent der Stimmen. Im offiziellen Endergebnis waren es dann nur 3,12 Prozent (9188 Stimmen). Bei der Landtagswahl 2013 hatten die Grünen noch 12,1 Prozent (39.241 Stimmen) erreicht. „Die Wähler sind an uns vorbei nach rechts und zu Peter Kaiser gewandert“, erklärte Holub am Wahlabend.[13] Die Wählerstromanalysen bestätigten diese These. „Ich nehme die Niederlage auf meine Kappe“, sagte Holub, der als Gründe für die Niederlage auch die parteiinternen Diskussionen, den Gegenwind aus dem Bund und den neuen Job von Eva Glawischnig sah.

Bei den Klagenfurter Grünen taten sich nach der Wahl tiefe Gräben auf. Gemeinderätin Andrea Wulz sprach von einem „Super-GAU“, der die Grünen „um 20 Jahre zurückgeworfen“ habe, und übte Kritik an Stadtrat Frank Frey, weil dieser sich zu sehr für die Koalitionspartner „verbiege“.[14] In allen Grün-Organisationen folgten in den Tagen nach der Wahl Ursachenforschungen, oft begleitet von persönlichen Schuldzuweisungen.

Geldhahn abgedreht

Schon in der Woche nach der Landtagswahl begannen die Grünen mit dem Ausräumen der Büros in ihrer Parteizentrale in der Sterneckstraße in Klagenfurt. Holub versprach einen „Generationswechsel ohne Tote“. 18 Mitarbeiter mussten zur Kündigung angemeldet werden – zehn in der Parteizentrale, der Rest aus Landtagsklub und Regierungsbüro.[15]

Mit der Wahlniederlage versiegten für die Grünen auch die Geldquellen der öffentlichen Hand. 2017 erhielt die Partei noch 1,15 Millionen Euro an Parteienförderung und 280.290 Euro Klubförderung. Auch im ersten Quartal des Jahres 2018 flossen noch 292.908 Euro Parteienförderung und 70.072 Euro Klubförderung.[16]

Mit diesen Förderungen der vergangenen Jahre ging die Partei offenbar zu sparsam um. Rund 500.000 Euro an Klubförderung sollen noch vorhanden sein, wie sich im Zuge der Abrechnung zeigte. Da es den Klub nicht mehr gibt, forderte die Finanzabteilung des Landes das Geld zurück. Laut Expertise der Verfassungsabteilung komme „nur eine Rückführung an das Land in Betracht", schrieb man im April an die Grünen. Die Partei wollte das nicht kampflos hinnehmen. Im Herbst übermittelte sie dem Land gleich drei Gutachten, die eine andere Rechtsmeinung aufzeigen.

So hielt der renommierte Verfassungsjurist Heinz Mayer fest, dass eine „Rückzahlung nicht verbrauchter Klubförderung rechtlich nicht vorgesehen" sei. Das Restvermögen könne die Grüne-Landespartei für ihre politische Arbeit verwenden, so Mayer.[17] Das war auch das Ziel von Michael Johann, der nach dem Ausscheiden von Barbara Lesjak die Klubagenden übernahm. Man habe die Klubförderung „im Unterschied zu andern Parteien immer sehr sorgfältig verwendet", sagte er. Bis zuletzt wurde darüber diskutiert, ob das Geld in einer Stiftung geparkt wird oder welche politische Aktivitäten man damit finanzieren könnte. Eine Entscheidung des Landes, das den Rechnungshof einschalten könnte, stand bei Drucklegung dieses Jahrbuchs noch aus. Die aus der Partei ausgetretene Lesjak kritisierte das grüne Feilschen um die Klubförderung scharf. „Es sollen Möglichkeiten zur zweckfremden Mittelverwendung ausgelotet werden. Das ist für mich eine Grenze, die ich nicht überschreite", sagte sie. Gerade die Grünen hätten immer „für Sauberkeit, Transparenz, Trennung der Gewalten gekämpft".[18]

Ehrenamtlich in die Zukunft

Der neue Parteichef Matthias Köchl wollte mit all dem öffentlich nichts zu tun haben und gab sich betont zukunftsorientiert. Der frühere Nationalratsabgeordnete wurde Ende April mit 70,8 Prozent der Stimmen gegen die Mitbewerber Ernest Schmid und Markus Saueregger zum neuen Landessprecher gewählt. Das Amt führt er ehrenamtlich aus, als Bedingung stellte Köchl die Integration der Klagenfurter Stadtpartei in die Landesstatuten und Strukturen. „Weil es da in der Vergangenheit Konflikte gab, die sich am Besten durch strukturelle Reformen und einen wertschätzenderen Umgang ausräumen lassen", sagte Köchl.[19] Die kurz nach der Wahl von manchen geäußerte Hoffnung, dass die Villacherin Magdalena Vorauer (26) die Grünen als neues Gesicht in die Zukunft führen könnte, erfüllte sich nicht.

Der frühere Landesrat Rolf Holub blieb „einfaches Parteimitglied" mit „beratender Stimme". Er tritt wieder als Musiker auf, schreibt an einem Kabarettprogramm und wurde von Landeshauptmann Peter Kaiser in den Aufsichtsrat von Kelag und Kärntner Energieholding Beteiligungs GmbH entsandt. Holub wurde im Wahlkampf immer wieder dafür kritisiert,

in der Regierung vom Aufdecker zum Zudecker geworden zu sein. Er selbst bestritt das und verwies auf innerparteiliche Konflikte. In seinem Abschiedsinterview mit der Kleinen Zeitung erklärte Holub: „Von den Messern im Rücken waren die der Grünen die größten.“[20] Ähnlich argumentierte der neue Parteichef Köchl: „Die Grünen haben sich in internen Konflikten selbst zerlegt.“[21]

Unterdessen hat die Partei in der Klagenfurter Bahnhofstraße ein Bürgerbüro eingerichtet. Köchl will die Grünen zur „Mitmachpartei“ machen, das Image der Verbotspartei ablegen und Naturschutz sowie soziale Themen in den Mittelpunkt stellen. Als Sympathieträger für die Wähler und charismatischer Frontmann gilt der neue Parteichef freilich nicht. Köchl sah im Oktober „Licht am Ende des Tunnels: Es melden sich Interessenten, die bei uns mitmachen wollen.“ Die Europawahlen nächstes Jahr sieht er als Gradmesser: „Wenn wir das Ergebnis kennen, werden wir wissen, wo wir in der Wählergunst stehen.“[22] Spannend wird, wie die Partei mit bescheidenen finanziellen Mitteln aus Spenden weiter über die Runden kommen wird. Dass die grünen Wiesen endgültig vertrocknen, verhindern vorerst die noch rund 70 Mandatare, die in Kärntner Gemeinderäten vertreten sind.

Neos – Keine Chance bei den „faden Zapfen“

So richtig auf der Rechnung hatte die Neos für die Landtagswahl trotz aller Bemühungen kaum jemand. Doch dann kam der 22. Februar 2018, an dem eine OGM-Umfrage im Auftrag der Kleinen Zeitung veröffentlicht wurde. „Die Neos klopfen überraschend an die Landtagstüre an, müssen aber noch zulegen“, erklärte OGM-Chef Wolfgang Bachmayer. 4 bis 5 Prozent erreichten Neos und „Mein Südkärnten – Moja Južna Koroška“ in dieser Umfrage. Die verbleibende Zeit bis zur Landtagswahl war also von viel pinkem Optimismus geprägt. Später zeigte sich, dass diese Einschätzung illusorisch gewesen war.

Zurück an den Start des Landtagswahlkampfs. Am 12. Jänner erstellten die Neos in einer offenen Mitgliederversammlung die Kandidatenlisten. Einer war zu diesem Zeitpunkt nicht mehr dabei: Christoph Haselmayer, der als Kärntner Spitzenkandidat bei der Nationalratswahl am 15. Oktober 2017 respektable 4,31 Prozent (14.692 Stimmen) für die Neos geholt hatte. Wenige Wochen danach verkündete Haselmayer jedoch seinen Abschied aus der Politik. Nach einer „parteipolitischen Abkühlphase“ heuerte er einige Monate danach ausgerechnet beim Meinungsforschungsunternehmen OGM an. 2013 hatten sich die Neos ein Antreten in Kärnten noch erspart und bei den Gemeinderatswahlen 2015 gerade einmal in sieben Gemeinden eine Liste zustande gebracht.

Marco Polo auf Reisen

Anfang Jänner 2018 wurde der Neos-Spitzenkandidat für die Landtagswahl präsentiert. Landessprecher Hermann Bärntatz führte die Liste nicht selbst an, sondern ein Quereinsteiger. Der 45 Jahre alte Jurist und Immobilienunternehmer Markus Unterdorfer-Morgenstern tingelte früher als Schlagersänger „Marco Polo" durch die Lande und gab dabei Liedgut wie „Wenn aus Träumen Tränen werden" zum Besten. Das sollte dann auch ein passendes Motto für den Wahlabend der Neos werden – dazu später aber mehr. Mit dem Titel hatte Unterdorfer-Morgenstern 1998 den dritten Platz beim Grand Prix des Schlagers belegt – hinter Oliver Haidt und Superstar Nik P. Dieses Pendant zum erfolgreichen Grand Prix der Volksmusik wurde nach dem ersten Jahr wieder eingestellt. Auch politische Erfahrung brachte Unterdorfer-Morgenstern, der Schwager von Ex-Skispringer Thomas Morgenstern, mit. 1998 war er als junger Jurist unter Klubdirektor Josef Moser im FPÖ-Parlamentsklub in Wien tätig, 1999 dann im Büro von FPÖ-Landeshauptmannstellvertreter Mathias Reichhold.[23]

Rund 100 Unterstützer und Interessierte kamen am 30. Jänner zum offiziellen Wahlkampfauftakt der Neos im Inlokal Park-Haus in Klagenfurt. Der damalige Bundessprecher Matthias Strolz versprach zwischen pinken Luftballons „frischen Wind auch in Kärnten", kritisierte die hohe Parteienförderung und forderte Maßnahmen gegen die hohe Abwanderung.[24] Auch die Nationalratsabgeordnete Irmgard Griss kam im Wahlkampf nach Kärnten. Landessprecher Hermann Bärntatz versprach „einen Reformturbo" für das Land. Spitzenkandidat Unterdorfer-Morgenstern blieb vage: „Wir wollen Kärnten nicht nach links, nicht nach rechts, sondern nach vorne bringen", erklärte er.[25] Seine Gesangskünste gab er nicht zum Besten, aber seine Komposition „Let's put hope in their eyes" wurde im Parkhaus zumindest aus der Konserve gespielt.

Zwist bei den Kärntner Slowenen

Mittendrin bei diesem Event und im gesamten Wahlkampf war Gabriel Hribar. Der Vorsitzende der Einheitliste/Enotna Lista (EL) und Vizebürgermeister der Marktgemeinde Eisenkappel-Vellach/Železna Kapla-Bela hatte schon 2017 die Plattform „Mein Südkärnten – Moja Južna Koroška" gegründet, um „Menschen über die Einheitsliste hinaus zu erreichen".[26] Die Ankündigung der gemeinsamen Kandidatur mit den Neos brachte dem Brillenschafbauer Hribar Widerstand in der Einheitsliste/Enotna Lista, der Partei der slowenischen Volksgruppe in Kärnten. „Eine solche Kooperation kann nur aus persönlichen Profit-Gründen erfolgen", schimpfte der Ferlacher Gemeindemandatar Adrian Kerth, der im Jänner in einer Rundmail Hribar zum Rücktritt als EL-Vorsitzender aufforderte. „Man kann nicht Diener zweier Herren sein."[27] Zudem wurde betont, dass

sich eine EL-Landesversammlung Ende 2017 mehrheitlich gegen eine gemeinsame Kandidatur sowie eine materielle und ideelle Unterstützung der Neos ausgesprochen habe. Auch slowenische Studentenorganisationen wetterten danach gegen die Zusammenarbeit mit den Neos. Die Enotna Lista wäre in einer solchen Kooperation „nicht mehr unabhängig und würde ertrinken", so die Befürchtung. Sie hinterfragten auch, ob die Neos „ernsthaft für das zweisprachige Kärnten und den Schutz der slowenischen Minderheit zu kämpfen" bereit wären.[28] Hribar sah in der Kandidatur, er wurde auf Platz 2 der Neos-Landesliste gesetzt und war Spitzenkandidat im Wahlkreis Ost, hingegen die Möglichkeit für Volksgruppen-Vertreter, endlich im Landtag vertreten zu sein.

Nackter Po und „The Voice"

Im Wahlkampf setzte die Partei auf Neos@Home-Abende, private Wohnzimmer-Events bei Sympathisanten, um in lockerer Atmosphäre über Politik zu reden.[29] 100 Plakate wurden im Raum Klagenfurt affichiert, dazu kamen kärntenweit 50 Rolling Boards. „Mehr Perspektive", „mehr Bildung" und „mehr Mitsprache" war auf den Sujets zu lesen. Für die Umsetzung wurde der langjährige KAC-Hallensprecher Erich Pöcheim, von den Eishockeyfans mit der Bezeichnung „The Voice" geadelt, mit seiner Agentur „Heiterkeit" engagiert.[30] Für Aufregung sorgte in sozialen Netzwerken ein Neos-Sujet mit dem Slogan „Mehr Freiheit". Darauf zu sehen war ein Mann, der nackt, nur mit einem Paar Sneakers bekleidet, in den klirrend kalten Wörthersee springt. Unterdorfer-Morgenstern ließ offen, ob er das „Fotomodel" sei, das für die Montage die Hüllen fallen gelassen hat.[31]

Inhaltlich drehte sich der pinke Wahlkampf um Maßnahmen gegen die Abwanderung und mehr Informationsfreiheit. Themen wurden meist im Beisein der Bereichssprecher im Nationalrat präsentiert. So rückte Familiensprecher Michael Bernhard an, um den Chancenbonus der Neos vorzustellen. „Bei Familien mit gemeinsamer Obsorge 1.000 Euro bei einem Antragsteller und bei zwei, die beantragen, 1.500 Euro. Bei Alleinerziehenden sind es von Haus aus 1.500 Euro", lautete das Wahlversprechen. Der stellvertretende Klubobmann im Parlament und Verfassungssprecher, Nikolaus Scherak, forderte mehr Transparenz und Informationsfreiheit. Bürger sollten wissen, was mit dem Steuergeld passiere.[32] Wirkliche Akzente konnten die Neos mit ihren Inhalten im Wahlkampf nicht setzen. Spitzenkandidat Unterdorfer-Morgenstern blieb farblos, seine Performance bei den diversen Diskussionsveranstaltungen lässt sich am besten als „brav" beschreiben.

Haselsteiners Brieftasche

Unternehmer und Neos-Großspender Hans Peter Haselsteiner ist definitiv nicht als Freund des Föderalismus bekannt. Die Kärntner Landesgruppe

durfte deshalb auch nicht mit finanziellen Zuwendungen des Neos-Großspenders im Wahlkampf rechnen. Nach den guten Umfrageergebnissen entdeckte Haselsteiner aber doch noch die Liebe zu dem Bundesland, das er seit Jahrzehnten seine Heimat nennt. Im Wahlkampffinale investierten die Kärntner Neos plötzlich auffällig stark in Zeitungsinserate und Plakate.

Hintergrund für Haselsteiners Engagement war möglicherweise auch dessen Freundschaft mit Landeshauptmann Peter Kaiser (SPÖ), dem er wohl eine weitere Koalitionsoption verschaffen wollte. Die Bundespartei veröffentlichte Spenden auf ihrer Website. Direkte Zahlungen an die Kärntner Landesgruppe leistete Haselsteiner demnach nicht. Haselsteiner überwies den Neos jedoch 20.000 Euro am 5. April 2018 und noch einmal 25.000 Euro am 28. Mai 2018.[33] Rund 200.000 Euro soll der Wahlkampf der Neos letztlich gekostet haben. Für die Finanzierung setzte man zudem auf Risikodarlehen. Unterstützer, die bis 1000 Euro einzahlten, hätten das Geld nur zurückbekommen, wenn die Neos in den Landtag eingezogen wären und eine Parteienförderung erhalten hätten.[34]

Die Kärntner als „fade Zapfen"

Am Tag der Landtagswahl, dem 4. März, gingen den pinken Luftballons im Parteilokal in der Klagenfurter Domgasse recht schnell die Luft aus. Lange Gesichter, Getränke und Buffet weitgehend unberührt. „Mit dem hätte ich nicht gerechnet", sagte Landessprecher Hermann Bärntatz. Gabriel Hribar hatte bald eine Erklärung gefunden: „Die Panik vor den Blauen. Das war der Untergang der Kleinparteien."[35] Neos-Bundeschef Matthias Strolz fasste am Wahlabend in Kärnten das Abschneiden seiner Partei gut zusammen. „Ein bisschen fade Zapfen sind sie schon, die Kärntner. Die Stimmung war nicht nach Wechsel", sagte er im Interview mit ATV. „Nicht optimal" sei es für die Neos in Kärnten gelaufen, konstatierte die Wiener Parteichefin Beate Meinl-Reisinger, mittlerweile Bundeschefin der Neos. Für eine „junge Bewegung wie Neos ist es natürlich schwer beim ersten Antreten".[36] In Niederösterreich und Tirol hatte der Einzug in den Landtag noch geklappt.

2,16 Prozent (6307 Stimmen) brachte das offizielle Endergebnis den Neos letztlich nur. Spitzenkandidat Markus Unterdorfer-Morgenstern zeigte sich am Wahlabend optimistisch. „Das zarte Pflänzchen muss man noch ordentlich gießen, aber auf keinen Fall ausreißen." Einige Tage nach der Wahl vertiefte Bärntatz die Analyse des Abschneidens seiner Partei. „Wir haben uns mehr erwartet. Die Kärntner wollten keine starke Veränderung."[37] Als Coach, der Unternehmen auch in Veränderungsprozessen begleitet, muss er es wohl wissen. Unterdorfer-Morgenstern sei jedenfalls die „absolut richtige Wahl als Spitzenkandidat" gewesen. Auch die

Kooperation mit der Plattform „Mein Südkärnten/Moja Južna Koroška“ solle prolongiert werden. „Alle wollen weitermachen“, erklärte Bärntatz, um sich dann einige Wochen danach von der Parteispitze zurückzuziehen.

Neuer Chef, Astronaut, Unterstützung der Bundespartei

Gegenseitige Schuldzuweisungen blieben, ganz im Gegensatz zu den Grünen, bei den Neos aus. Ende Juni wählte die Mitgliederversammlung Unterdorfer-Morgenstern mit 96,4 Prozent der Stimmen zum neuen Landessprecher. Stellvertretender Landessprecher ist jetzt Michael Ludwiger, Finanzreferent Robert Zechner. Bärntatz blieb Teil des Landesteams, dem zudem Petra Lausegger, Erich Pöcheim und Christian Weinhold angehören.[38] Das Parteibüro in der Domgasse in Klagenfurt behielt man, die Kosten dafür übernimmt die Bundespartei.[39] Mit dem IT-Unternehmer Wolfgang Stauder aus Finkenstein wurde auch ein hauptamtlicher Landesgeschäftsführer installiert. Stauder war bei der Landtagswahl als Spitzenkandidat im Wahlkreis Villach und Villach Land angetreten. Der 45-Jährige wollte „als Kind gern Astronaut werden“, wie er im Wahlkampf erzählte.[40]

Unterdorfer-Morgenstern sieht das Wählerpotenzial der Neos bei „rund zehn Prozent“. Große Hoffnungen setzt er in die Gemeinderatswahlen 2021. Die Themen „Transparenz“ und „Abwanderung“ werden inhaltliche Schwerpunkte bleiben. Und man wolle „konsequent darauf achten, wie sinnvoll das Steuergeld von der öffentlichen Hand ausgegeben wird“.[41] Die EU-Wahl 2019 sieht Unterdorfer-Morgenstern als „Elchtest, wie stark wir in der Mobilisierung sind“.[42] Die neue Bundeschefin Beate Meinl-Reisinger stellte sich Mitte August erstmals für einen Besuch in Kärnten ein, im Zuge ihrer „Sommer-Zuhör-Tour“ besuchte sie etwa auch das Feuerwehrfest in Feldkirchen. Mehr Feuer wird für die Neos auch notwendig sein, um in den kommenden Jahren in Kärnten an Relevanz zu gewinnen.

Anmerkungen

1 Kleine Zeitung, 27. Februar 2018, S. 18.
2 Kleine Zeitung, 13. Jänner 2018, S. 18.
3 Kleine Zeitung, 26. Jänner 2018, S. 22.
4 Kleine Zeitung, 17. Februar 2018, S. 18.
5 Kleine Zeitung, 27. Februar 2018, S. 18.
6 Kleine Zeitung, 13. Februar 2018, S. 21.
7 Kleine Zeitung, 6. März, S. 25.
8 Kleine Zeitung, 3. März 2018, S. 5.
9 Kleine Zeitung, 5. März 2018, S. 16.
10 Kleine Zeitung, 6. März, S. 30.

11 Kleine Zeitung, 30. Jänner 2018, S. 18.
12 https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20180219_OTS0136/rolf-holub-zur-2-plakatwelle-die-gruenen-fuer-dich-kaempfen-lassen, 19. Februar 2018.
13 Kleine Zeitung, 5. März 2018, S. 17.
14 Kleine Zeitung, 6. März 2018, S. 30.
15 APA, 5. März 2018.
16 Kleine Zeitung, 10. März 2018, S. 20.
17 Kleine Zeitung, 28. September 2018, S. 19.
18 Kleine Zeitung, 20. April 2018, S. 19.
19 kaernten.orf.at, 28. April 2018.
20 Kleine Zeitung, 11. April 2018, S. 20.
21 APA, 28. April 2018.
22 Kleine Zeitung, 5. September 2018, S. 20.
23 Kleine Zeitung, 14. Jänner 2018, S. 26.
24 APA, 30. Jänner 2018.
25 Kleine Zeitung, 31. Jänner 2018, S. 20.
26 Meinbezirk.at, 6. Februar 2018.
27 Kleine Zeitung, 17. Jänner 2018, S. 20.
28 Kleine Zeitung, 18. Jänner 2018, S. 17.
29 neos.eu/neos-at-home
30 Kleine Zeitung, 13. Februar 2018, S. 21.
31 https://www.kleinezeitung.at/kaernten/5375061/Kaernten_Partei-wirbt-mit-nackter-Haut
32 ORF Kärnten, 19. Februar 2018.
33 https://partei.neos.eu/finanztransparenz/
34 Kleine Zeitung, 22. Jänner 2018, S. 15.
35 Kleine Zeitung, 5. März 2018, S. 19.
36 APA, 4. März 2018.
37 Kleine Zeitung, 8. März 2018, S. 9.
38 ORF Kärnten, 30. Juni 2018.
39 Kleine Zeitung, 28. Juli 2018, S. 18.
40 https://www.meinbezirk.at/villach-land/c-politik/wolfgang-stauder-wollte-astronaut-werden a2400952
41 Kleine Zeitung, 28. Juli 2018, S. 18.
42 Kleine Zeitung, 15. August 2018, S. 22.´

SCHWERPUNKT WIRTSCHAFTSTHEMEN

Uwe Sommersguter

Ein Glaubensbekenntnis und daraus abgeleitete 10 Gebote

„Glaubt an dieses Kärnten", appellierte in einem Gastkommentar in der Kleinen Zeitung in diesem Jahr Universitätsrektor Oliver Vitouch in Anlehnung an Leopold Figl. Der Glaube kann bekanntlich Berge versetzen. Ihm müssen aber Taten folgen. Und zu allererst ein konkreter Plan.

Die Prognosen der Statistik Austria sind eindeutig: Kärnten ist das einzige Bundesland in Österreich, das in den kommenden Jahrzehnten nicht nur nicht deutlich an Bevölkerung zulegen wird, sondern sogar Menschen zu verlieren droht. Salzburg wird Kärnten überholen und das sechstgrößte Bundesland werden. Vor allem die Zuwanderung sorgt andernorts für erhebliches Wachstum. Die Bevölkerungsstruktur verschiebt sich, das freudlose Wort der Überalterung wird schlagend. Die Babyboomer werden zu Seniorenboomern, das verändert auch die Relation von berufstätigen zu pensionierten Mitbürgern. Vor allem in Kärnten, wo Junge fehlen, Zuwanderung ausbleibt, Ältere hinzuziehen und zu allem Überdruss auch noch bestens Ausgebildete das Land verlassen. So weit die düsteren Prognosen.

„Glaubt an dieses Kärnten", schrieb Klagenfurts Universitätsrektor Oliver Vitouch in einem Gastbeitrag der Kleinen Zeitung in diesem Jahr. Er bezog sich damit auf die berühmte Weihnachtsansprache von Leopold Figl 1945, als der damalige Bundeskanzler einräumte, nichts für seine vom Krieg geschundenen Mitbürger zu haben als den Glauben an eine bessere Zukunft. Der Rest ist Geschichte bzw. Gegenwart: Das zerbombte Land ist heute eines der reichsten dieser Erde. Der Glaube versetzte damals und in den Folgejahren tatsächlich Schuttberge.

Der Glaube an eine bessere Zukunft als Basis für den Erfolg. Ein netter Gedanke. Wie leicht oder schwer fällt dies einem in Kärnten heute? Ehe wir uns im spirituellen Teil dieses Themas verlaufen, wollen wir uns der Faktenebene zuwenden.

Vorab eine klare Antwort auf eine womöglich im Raum stehende Frage: Warum soll ein negativer Bevölkerungssaldo, also ein Abnehmen der Wohnbevölkerung, weil Geburten und Zuzug nicht ausreichen, um Todesfälle und Abwanderung auszugleichen, für die Entwicklung des Landes denn allzu negativ sein? „Is' holt so", wär der dem Fatalismus zugeneigte Landsmann geneigt zu sagen, oder es jedenfalls zu denken.

Dazu eine Geschichte: Eine österreichweit vertretene Bank plant Ressourcen für das kommende Jahr zu vergeben. Neukunden zu gewinnen lautet naturgemäß der Auftrag an die Verantwortlichen. Wie ein Mantra hämmert sich dieser Imperativ in die Köpfe der Zuständigen. Die rhetorischen Fragen dazu: Wie findet man Neukunden, in deren Gewinnung und Erhalt man jede Menge finanzieller Marketingressourcen, neue Filialen und damit neue Mitarbeiter pulvern will? In prosperierenden Märkten, die wachsen und magnetisch wirken? Oder in – wenn auch nur scheibchenweise – sterbenden Märkten, in denen Junge das Weite suchen und Alte – längst mit einem Bankkonto gesegnet – das Land bevölkern? Alles klar?

Das nur zur Frage, wie es in Kärnten so weit kommen konnte. Und wo wir hinsteuern. Anders als in anderen Ländern ist der Zentralraum Kärntens eher brustschwach ausgeprägt, während die Peripherie wenig Anziehungskraft entwickeln konnte. Kärnten, das Land der Täler und hohen Berge, entwickelte sich nur entlang einzelner Glieder einer Wertschöpfungskette: Die Grundstoffindustrie und später verlängerte Werkbänke waren über Maßen bedeutend, während es der verarbeitenden, produzierenden Industrie lange an Bedeutung fehlte. Das hat sich gebessert, aber Konzernzentralen gibt es kaum. Viel schlimmer war aber das Fehlen der wissenschaftlich-intellektuellen Basis. Forschung, Entwicklung, geistige Schöpfung blieben Kulturschaffenden lange Zeit vorbehalten. Die Uni ist kaum 50 Jahre alt. Erst in jüngerer Zeit hat sich daran etwas geändert.

Das Land, eingezwängt zwischen den Bergketten und von den nahen Grenzen paralysiert, entwickelte sein eigenes Weltbild. „Kärnten ist ein Wahnsinn“ trällerte noch vor kurzem ein Slogan der Tourismuswerbung, „Kärnten ist anders“, lautete der generelle Befund dies- und jenseits der Landesgrenzen. Vom „Sonderfall Kärnten“ ist seitens der Historiker immer wieder die Rede. Das lässt sich nicht nur in der jüngeren Geschichte beobachten. Kärnten war im Kaiserreich nie bedeutender Mittelpunkt, sondern blieb stets Randerscheinung. Pracht und Prunk anderer österreichischer Landeshauptstädte fehlten weitgehend, Lieblichkeit und Kleinwüchsigkeit der Bauten sind Teil des Markenkerns.

Randlage und aus dem Fehlen intellektueller Basis resultierende politische und wirtschaftliche Malversationen sind somit bekannt. Umrahmt wird diese ebenso eigene wie eigenartige Entwicklung eines ganzen Landes von einer derart fantastischen Landschaft, dass sie beinahe schon lähmend wirkt auf das Gemüt der Menschen. Anders als zu Figls Trümmerzeiten wurde und wird den wenigsten Kärntnern bewusst, wie problematisch die Lage tatsächlich ist. Grandiose Berge und Seen statt bombenzerstörter Städte. Staat Schutt wegzuräumen, sind nicht zu wenige Kärntner im öffentlichen Dienst oder verwandten Bereichen beschäftigt. Auch

Freiberufler sind wie anderswo oft in privilegierter Position, zumal Land und Lage keinen Anlass zur Klage geben. Hier kommt auch der berühmt-berüchtigte Kärntner „Lei loss'n"-Spirit ins Spiel. Dahinter steckt tatsächlich eine besondere Geisteshaltung, die Aufbruch deutlich erschwert – Stichwort „Komfortzone". Das Land ist schließlich fast schon schaurig-schön, Stunden im Büro bei Schönwetter deutlich schwerer zu ertragen als in Großstadtwüsten.

Fazit: Dort, wo der Wille zur Veränderung herkommen sollte, bei den Arbeitenden im Land, macht sich angesichts der ökonomischen Ausgangslage überraschend anmutende Selbstzufriedenheit breit. Denn wer hierzulande im Grunde abgesichert leben kann, dem fehlt es schließlich tatsächlich an nichts. Das nahe Italien verspricht zusätzlich hohen Erlebnis- und Freizeitwert. Langfristige Bevölkerungsprognosen schmerzen recht wenig bei einem Glaserl friulanischen Rotweins und frischem Fisch unweit der Grenze. Gesetzt und gesättigt lässt es sich hier schließlich wirklich gut leben.

Wie bitte, Sie meinen, auch jene Landesbürger, die sich in ihrem Habitus ganz gut mit den durchwachsenen Aussichten abgefunden haben, müssten ein Interesse an einer besseren, prosperierenden Zukunft dieses Landes haben? Zumindest wer Nachfahren produziert, will, dass diese es einmal mindestens so gut oder besser haben? Chancen, Perspektiven, Aufbruchsstimmung? Hier kommt ein weiterer interessanter Aspekt zum Tragen. Das Verlassen dieses Landes zwecks Studium oder Sammeln von Erfahrungen gehört zum guten Ton. Ein seltsames Wechselspiel aus Selbstzufriedenheit im Land und dem tiefen Wunsch, der eigene Nachwuchs möge es verlassen, um seine Chancenvielfalt jenseits der Landesgrenzen deutlich zu erhöhen, zählt zu den Grundwidersprüchen, mit denen man in diesem Land leben muss.

Es dürfte sich bei diesem Phänomen um einen entfernten Verwandten dessen handeln, was man in Griechenland, Portugal, Spanien oder südosteuropäischen Staaten beobachten konnte: Das Fehlen an jeglicher Berufsperspektive zwang Millionen junger Menschen zur Arbeitsmigration ins nördliche EU-Ausland. Null Jobs. Null Perspektive.

Aber ist das Leben in Kärnten ähnlich aussichtlos wie in der griechischen Provinz zum Höhepunkt der Wirtschaftskrise? Jein. Gerade in jüngster Zeit bewegte sich viel in Kärntens Arbeitsmarkt, die Jobchancen wurden deutlich besser, jedenfalls im Zentralraum. Und doch zieht es nach wie vor und – darf man den Prognosen Glauben schenken – auch in den nächsten Jahrzehnten Tausende (junger) Kärntner nach Graz, Wien oder Deutschland. Rückkehrchance? Eher gering bis nahezu null. Wie könnte dieser Glaube an Kärnten, den Rektor Vitouch zu Recht einfordert, konkretisiert werden, wie die Rahmenbedingungen für ein Heimkommen

oder, vielleicht sogar noch besser, Hierbleiben geschaffen werden? Dazu zehn Thesen:

1. Gebt dem Zentralraum eine Chance!

Der Zentralraum muss deutlich mehr Anziehungskraft entwickeln und international sichtbar werden. Zur Definition gibt es übrigens verschiedene Meinungen. Fix ist: Klagenfurt, Villach und der Wörthersee-Raum sind der Kern des Zentralraums. Es muss eine Art Sehnsucht – und diesmal nicht die mit zwei „ee" – entstehen, hier wohnen, lernen und arbeiten zu können. In Kärnten natürlich, aber vor allem außerhalb. Der Kärntner Zentralraum muss zumindest den Magnetismus von Graz entwickeln, um wettbewerbsfähig zu sein.

Das erfordert eine Reihe von Maßnahmen. Die allererste: Klagenfurt, Villach und der Wörthersee-Raum müssen sich nach außen einheitlich präsentieren, als eine Marke, als ein gemeinsamer Großraum, der eine Vielfalt an Möglichkeiten bietet. Dazu gehört auch ein massiv intensivierter öffentlicher Verkehr zwischen den Städten und Orten dieses Raumes. Ob dahinter dann auch tatsächlich dereinst eine Wörthersee-Stadt mit einem Gemeinde- und Stadtrat stehen könnte, ist jetzt absolut zweitrangig. Eine stärkere Abstimmung wäre jedenfalls unumgänglich.

2. Bildungshochburg statt „Me too"

Alle sind sich einig: Neben dem eklatanten Fachkräftemangel, der zwar keineswegs ein Kärntner Phänomen ist, aber ein von Abwanderung gezeichnetes Land besonders hart trifft, ist das Fehlen bestens ausgebildeter Absolventen technischer Studien ein besonderer Bremsklotz der weiteren Entwicklung. Zumal dann, wenn ein Land sich den weiteren Ausbau von Informations- und Kommunikationstechnologien sowie Elektro- und Elektronikindustrie auf die Fahnen heftet. Die Forcierung solcher Studienangebote und Forschungsschwerpunkte muss ein Baustein sein. Kärnten als Studienstandort vom Rand in die Mitte des Alpen-Adria-Raums zu rücken, ein weiterer. Gerade vornehmlich englischsprachige Studien sind bestens geeignet, die „Alpen-Adria-Universität" als solche zu positionieren, Slowenen, Kroaten und Norditaliener gleichermaßen für Klagenfurt zu begeistern. Den Kärntner Zentralraum in einer Art Masterplan (samt Umsetzung!) zu einem Hochschulstandort zu entwickeln, also preiswerte Wohnmöglichkeiten, Verkehrsinfrastruktur und kulturelle Angebote auf ein attraktives Niveau zu bringen, wäre längst überfällig. (Hallo, Rathaus, ist da jemand?) Damit einhergehend müssten FH, Pädagogische

Hochschule und Universität ihren Cluster vertiefen und Kärntens Profil im tertiären Bildungssektor schärfen.

3. Kärntens Fenster weiter lüften!

Stichwort Internationalität: Bedauerlich, dass ein Land mit den Möglichkeiten Kärntens sich so lange hinter den Karawanken und Tauern versteckt hielt. Aber eben nicht mehr zu ändern. Den Blick nach vorne gewandt, gilt es die Fenster nicht nur zu kippen wie heute, sondern weit zu öffnen. Für Studierende, für Grenzgänger, für gut Gebildete, für Menschen, die Kärntens Vorzüge zu schätzen wissen. Natürlich: Das Henne-Ei-Problem schlägt auch hier zu – ohne Jobs keine neuen Leute, ohne Leute keine Jobs. Aus dem Kreislauf auszubrechen ist alternativlos. Kärnten gilt für die Wenigsten als erste Adresse, und so fehlen hierzulande häufig Communitys von Menschen aus anderen Ländern. Solche zu forcieren, zu vernetzen, Kärnten als „Welcome-State" zu positionieren und entsprechend einzurichten, internationale Schulen und Bildungsstätten auszubauen und den Mindset im Land zu erweitern – Stichwort: Englisch-, Slowenisch- und Italienischunterricht für alle forcieren – ist das Gebot der Stunde.

4. Kultur, Kultur, Kultur!

Es ist ja schon angeklungen: Kultur ist der Schlüssel zu fast allem: Zuallererst für die Änderung der Mentalität und als innerer Rahmen der Population eines Landes. Ein gedanklicher Leitfaden, der wichtig und weniger wichtig voneinander trennt, Selbstverständnis und Selbstbewusstsein neu aufrichtet. Es macht etwas mit dem Land und seinen Menschen, ob es vorrangig für Volkskultur (so bedeutend sie sein mag) oder auch für zeitgenössische, moderne, internationale, vielleicht so aufsehenerregende Kunst und Kunstschaffende steht. Das ist kein Appell dafür, Kärnten möge sich von seiner Tradition und seinen Wurzeln lösen, warum auch. Aber der Blick nach hinten reicht längst nicht mehr (und hat es wohl nie getan). Es geht darum, Kärnten mit seinen herausragenden Kulturschaffenden des letzten Jahrhunderts, ob bereits verstorben oder noch unter den Lebenden weilend, zu versöhnen (und vor allem sie mit dem Land). Kärnten, der literarische Fluchtort, muss zumindest posthum vieler seiner Leitfiguren zum Kristallisationspunkt eines aufgeklärten, intellektuell hochstehenden Diskurses werden. Institutionen wie die Tage der deutschsprachigen Literatur mit der Vergabe des Ingeborg-Bachmann-Preises sind so etwas. Man muss Kärntens Säulenheiligen der Kultur deutlich mehr Wertschätzung angedeihen lassen und einen anderen Narrativ formen: Kärnten, das Grenzland, mit dem viele seiner ganz großen Töchter und Söhne aus guten

Gründen gebrochen haben, die aber auch schöpferische Kraft aus diesem Bruch gezogen haben, muss in einem steten Prozess der Veränderung neue Perspektiven eröffnen. Überraschen, verwundern, aus dem Rahmen fallen.

Dazu gehört auch, den großen Künstlern dieses Landes Denkmäler zu setzen – tatsächliche oder auch im übertragenen Sinn. Sichtbarkeit wäre jedenfalls bedeutsam. Museen, Begegnungsstätten oder auch die vielfach geforderte Bibliothek – vielleicht eine virtuell-digitale – kosten zwar Geld, und das nicht zu knapp. Die Rendite für das Land wäre aber rekordverdächtig hoch.

5. Forschung und Fokussierung ins Pflichtenheft

Kärnten, das ist ein bisserl was von allem. Manchmal Spitzenklasse, manchmal guter Durchschnitt, manchmal Mitläufer. Das gilt für Branchen im allgemeinen und deren Primusse, aber auch für das Forschungsprofil als solches. Das permanente und sicher vielfach gegebene Streben nach oben ist zweifellos ein Weg, um der Durchschnittlichkeitsfalle zu entrinnen. Klare Fokussierungen und das Schärfen des Profils ersetzt es aber nicht. Ein im Vergleich so winziges Land kann nicht alles können. Der Kärnten dank Infineon zugefallene Elektronik-Schwerpunkt ist dank der jüngsten Ankündigung, in Villach 1,6 Milliarden Euro in eine neue Fabrik investieren zu wollen, zweifellos ein solcher Fokus. Dann wird es aber schon haarig: Ist es Holz? Oder doch was ganz anderes? Es fehlt wieder einmal das klare, unverwechselbare und zugespitzte, also geschärfte Leitbild. Eines, das nicht alles miteinschließt, sondern von Exklusion bestimmt wird. Was nämlich alles nicht mehr gewollt, gemacht und per Tröpferlförderung am Leben erhalten wird. Druckkräftiger Schlauch statt Gießkanne.

6. Heimkommen und Hierbleiben als anstrebenswert vermitteln

Hier sind wir an einem besonders heiklen Punkt angekommen: Was wollen wir den Nachwachsenden mit auf den Weg geben? Dass Kärnten eh schön ist und „lei ans“? Ja, eh. Aber das reicht längst nicht mehr. Dass Wohlstand, Karriere und Lebensglück in Graz, Wien oder anderswo warten und Kärnten Sommerurlaubs- und Freizeitland sei? Dass in die Ferne schweifen gut ist, heimkehren aber ebenso (Achtung, wo sind die Jobs? Da wär sie wieder, die Henne. Und das Ei.)? Weil sich in diesem Punkt die unter 1 bis 5 genannten Handlungsfelder und Spoiler (auch die von 7 bis 10 noch folgenden) aggregieren, sind hier keine schlichten Lösungen machbar. Soll heißen: Es ist ein ganzes Bündel an konkreten Zielen und Maßnahmen, die man in diesem Land ergreifen und umsetzen

wird müssen, um maßgeblich die negative Binnenwanderungsbilanz zu ändern. Also mehr Junge ins Land zu ziehen als an andere Bundesländer abzugeben. Kärntens negativer Bevölkerungsbilanz einen klaren Aktionsplan, um genau diese prophezeite Entwicklung zu verhindern, entgegenzusetzen, wäre ein erster wichtiger Schritt.

7. Eine Vision schaffen: Wohin strebt Kärnten eigentlich?

Mikroelektronik-Cluster? Tourismus? Eine kluge Form der Rohstoffverwertung – Stichwort Lithium und Holz? Oder Start-up-Kultur am Wörthersee? Oder alles zusammen, gar nichts davon, oder wie eigentlich? Nicht jedes Land braucht tatsächlich eine niedergeschriebene Vision, zu vieles ergibt sich aus den Fakten. Kärnten aber würde einen moderierten und vertieften Visionsprozess benötigen, der auch ganz klare „Nein"-Botschaften enthält. Also Festlegungen, die sich dann in operativen Maßnahmen niederschlagen (sprich: in der Politik und deren Zahlenwerk, dem Budget), wo das Land nicht mehr investieren will. Wo man auf die Bremse tritt. Um mehr Kraft dafür zu gewinnen, die visionäre Energie auf den Boden zu bringen. Dazu gehört auch, sich nicht mehr um die Frage „Zentralraum vs. Peripherie" zu drücken. Es jedem und allen gleichermaßen recht zu machen, wird nicht gelingen, Schwerpunktsetzungen sind unumgänglich.

8. Die Marke Kärnten aufladen – jenseits vom Tourismus

Das bereits erwähnte „Kärnten ist ein Wahnsinn" war, gekoppelt mit den salopp als irre zu benennenden politischen Vorkommnissen in Kärnten, zweifellos ein selbstentlarvender Tiefpunkt in den Image-„Bemühungen" der Nullerjahre. Zwischenzeitig hat sich die Landespolitik in deutlich ruhigeres Fahrwasser begeben und durchaus wesentliche Zukunftsakzente gesetzt. Das ist zu loben und sind zweifellos Schritte in die richtige Richtung. Nun geht es darum, dieses neue Bild Kärntens auch zu transportieren. Die Marke Kärnten abseits des touristischen Erlebnisses zu prägen. Zu sagen, wofür Kärnten stehen will und in Zukunft steht. Kärnten ist ein Projekt. Aber bitte sagt endlich den Menschen in- und außerhalb des Landes, wofür und mit welchem Ziel. Siehe auch Punkt 9.

9. Seine Geschichte (neu) schreiben

Lassen Sie mich das, was unter Punkt 4 bereits genannt wurde, näher erklären. Was soll es heißen, seine Geschichte (neu) zu schreiben? Ich zähle zur Generation der 1970er, die, aufgewachsen im zweisprachigen Gebiet,

von der Schule dazu verdonnert, noch gen Karawanken blickte oder bisweilen blicken musste, um vor loderndem Feuer die dortige Grenze zu beschwören. Pausenlos mit einem Narrativ konfrontiert, das die Volksabstimmung schamlos zum Sieg des und der Deutschen über das Slowenentum umdeutete. Längst widerlegt, aber doch viel zu lange in den Hirnen schlummernd, eine Art rückwärtsgewandtes Grundpotenzial, das in vielen Kärntnern meiner und älterer Generationen verankert ist. Als wäre es nicht schlimm genug, dass die Deutungshoheit dieses zutiefst demokratischen Akts in falsche Hände geriet und es bis in die jüngste Vergangenheit dauern sollte, ehe die 1920 gewählte Selbstbestimmung in den Vordergrund der Erinnerungskultur rückte, der bedauerlicherweise ein trauriges Aushöhlen der slowenischen Volksgruppe folgte, blieb dieser Prozess auch noch der Außenwelt weitgehend verborgen. Das Zurecht-Rücken dessen, was 1918 bis 1920 geschah und was wir daraus für die Zukunft lernen und mitnehmen können, muss allererste Aufgabe des Erinnerungsjahres 2020 sein.

Aber es geht noch um etwas anderes: Kärntens Historie begann nicht 1918. Land und Leute sind wie anderswo auch von ihrer Geschichte geprägt. Es gilt, diese in ihrer Breite und Tiefe zu erfassen und zu erzählen. Von den Glanzlichtern der Antike über die Werdung zum Herzogtum und die Besonderheiten der Einsetzung der Herzoge, die engen historischen Verzahnungen mit seinen heutigen Nachbarn und natürlich die dunklen Seiten mit erschreckenden Mahnmalen wie dem KZ-Außenlager am Loiblpass. Nicht, dass die Vermutung nahe liegt, dass nun jeder im Land Geschichte büffeln solle. Es geht eher um den Grundsound, das Narrativ, der vielstimmig werden muss wie das Kärntnerlied. Kärnten ist mehr als nur 1920.

10. Tun

„Never waste a good crisis“, warnte die damalige US-Außenministerin Hillary Clinton. Umgelegt auf Kärnten ist zu befürchten, dass mit der Hypo-Katastrophe eine einmalige Chance, Kärnten quasi über Nacht und bei einem vermutlich überdurchschnittlich hohen Verständnis-Level der Bevölkerung neu auszurichten, versäumt wurde. Eine durchaus auf richtige Akzente setzende Politik, die aber im Grunde wenig veränderungswillig ist, traf auf eine gute Konjunktur und wirtschaftliche Akteure, die das propagierte „Glaubt an dieses Kärnten“ bereits in ihren Bereichen gewisserweise vorweggenommen haben. Das Land ist schließlich voll von guten Leuten.

Die Folge: Kärnten nutzte die tiefe Krise, die sich durch die Hypo-Notverstaatlichung und anschließende Pleite ergeben hat, nicht für nachhaltige

und einschneidende Veränderung. Das ist schade und ein herber Verlust. Aber es lässt sich nicht ändern, und nun gilt es, abzukehren vom Legislaturperioden-Blick der Politik. Wenn sich der Landeshauptmann an die Spitze einer Bewegung stellt, die Kärntens Zukunft im oben geschilderten Sinn ausrichten will, unterstützt und gefördert von einer Zivilgesellschaft, die „Lei loss'n" in den historischen Teil der Kärntner Mentalitätshistorie einordnet und das Land auch vom Rückgrat her zukunftsfit macht, dann bestehen gute Chancen, dass der Glaube Wirklichkeit wird.

„Glaubt an dieses Kärnten", schrieb Rektor Oliver Vitouch. Es ist die wichtige Mahnung eines nicht hier Geborenen, der naturgemäß schon professionell, aber wohl auch darüber hinaus Kärnten zu schätzen gelernt hat. Es wäre schade, wenn wir einfach zur Tagesordnung übergehen würden und weiter tun wie bisher. Natürlich klüger, ausgewogener und weniger selbstzerstörerisch als in den Nullerjahren unter einem Jörg Haider. Zwar von einem inneren Instinkt und Überzeugungen geleitet, es besser machen zu wollen, aber eben doch gewissermaßen planlos und die Kraft einer einenden und Wagemut injizierenden Überzeugung ignorierend.

Schon klar: Taten sind wichtiger als Worte. Aber als Betriebswirt bin ich mir der Bedeutung einer akzeptierten Vision und einer klaren Agenda, der dann Handlungen folgen müssen, auf einer reflexiven und stetig nachjustierenden Basis, bewusst. Gerade als interessierter Landesbürger muss ich doch bitteschön wissen, wohin dieses Kärnten langfristig will, welche Rolle es in seiner Nachbarschaft spielen soll und warum ein Weggehen künftig auch (in vielen Fällen) ein Heimkehren zur Folge haben soll. Oder ich überhaupt im Land bleiben soll. Vieles davon fehlt, manches ist bruchstückhaft vorhanden.

Eine Kärntner Studentin, die seit August 2018 in Texas forscht, meinte treffend, ihr wurde einst in Australien bewusst, wie ein Bumerang sein zu wollen: In die Ferne schweifend, aber immer wieder zurückkommend. Kärnten braucht dreierlei: Bumerangs, Menschen, die hier bleiben und sich weiterentwickeln. Und es braucht starke Anziehungskraft auf Menschen im In- und Ausland, die genau hierher wollen. Nicht nur, weil's halt so schön is'.

Thomas Cik

Ein Land versucht sich als Unternehmer

Das Land Kärnten ist an mehr als 60 Unternehmungen beteiligt. Doch nicht immer ist man als Gesellschafter auch Unternehmer. Und erst recht funktioniert das Zusammenspiel zwischen diesen Einheiten nicht so, wie man sich das in einem Konzern vorstellen würde. Immerhin verdienen künftig die „Bereichsleiter" nicht mehr als der „Konzernchef".

1. Willkommen im Dschungel

Stellen Sie sich vor, es liegt Geld herum und keiner nimmt es. Im Kärnten des Jahres 2018 gibt es diesen Fall – trotz eben erst abgewendeter Landespleite, trotz Krediten, die auf Generationen auf dem Land und seinen Bürgern lasten. Denn auch wenn das Land über Jahre ein strukturelles Defizit aufwies – der Rechnungsabschluss 2017 war der erste seit Jahren, der ein positives strukturelles Haushaltssaldo von 99,61 Millionen Euro auswies[1] – von jenen rund vier Millionen Euro, die in der Lakeside Privatstiftung liegen,[2] will vom offiziellen Kärnten niemand etwas wissen. Landesfinanzreferentin Gaby Schaunig geht auf Distanz,[3] und der Stiftungsvorstand entsinnt sich im selben Moment überhaupt erst seiner Aufgabe und sinniert über die Gründung eines Start-up-Fonds.

Ein Jahrzehnt zuvor ist man mit dieser Stiftung anders verfahren. Ausgestattet mit Geld, das dem Dunstkreis des Eurofighter-Konzerns zugeordnet wird, wurde sie nach österreichischem Recht eingerichtet. Somit ist sie de jure eigentümerloses Vermögen.

Freilich: Jörg Haider und seine Erfüllungsgehilfen hinderte dies nicht daran, öffentlich Pläne für die Gelder in der Stiftung zu schmieden. Man verfuhr geradezu so, als wären die vier Millionen Euro auf Haiders Privatkonto verfügbar und er könne das Geld nach eigenem Ermessen verteilen. Haiders Unfalltod ließ die Stiftung ruhen – bis zum März 2017, als der damalige SPÖ-Verteidigungsminister Hans Peter Doskozil im Rahmen des Aufrollens des Eurofighter-Skandals die Millionen als Schandgeld innerhalb eines Korruptionskomplexes ausmachte. Eine umfassende und nachvollziehbare Beweisführung ist er im Vorwahlkampf freilich schuldig geblieben. Mittlerweile arbeitet sich wieder ein U-Ausschuss an der Sache Eurofighter ab. Doch die vier Millionen hat man bisher nicht auf die Tagesordnung genommen.

Dennoch kann man den rechtlich schlampigen Umgang mit der eigentümerlosen Stiftung gut zehn Jahre zuvor als Teil der institutionalisierten

Unschärfe zwischen der öffentlich-rechtlichen und der privatrechtlichen Sphäre ab 1997 und stärker noch ab 1999 in Kärnten bezeichnen.

Das Land wurde in dieser Phase mit einer Vielzahl von Gesellschaften überzogen, inklusive einer Matrix von Verschachtelungen und gegenseitigen Aufsichtsratsmandaten. So kontrollierte etwa der Chef der Landesbank Wolfgang Kulterer den dem Land mehrheitlich gehörenden Flughafen Klagenfurt. Situationen wie diese ließen im Einzelfall – ob unbewusst oder gewollt ist eine Frage der politischen Wertung – auch Schlupfwinkel zu, die später Nährboden einer Kleptokratie werden sollten. Bemerkenswert ist der Umstand, dass auch der geistige Urheber des Kärntner Gesellschaftsgeflechts, Ex-FPÖ-Politiker Karl Pfeifenberger, nach seinem Ausscheiden aus der Politik eben davon profitiert haben soll und nicht nachvollziehbare Zahlungen aus der Sphäre der Hypo an ihn geflossen sein sollen. Da zum Zeitpunkt der Drucklegung dieses Beitrages das Verfahren gegen Pfeifenberger noch im Laufen war, sei ausdrücklich auf die Unschuldsvermutung aller involvierten Personen verwiesen.[4]

Die besagte Lakeside Stiftung war in diesem Organigramm nichts weiter als ein kleiner Stein in einem Mosaik an Landesgesellschaften,[5] zu deren eigentlichem Zweck, der Auslagerung privatwirtschaftlicher Verwaltung, rasch ein weiterer hinzutrat: die Versorgung von politischen Günstlingen und die Verschleierung von Geschäften im politischen Umfeld.

Immerhin: 2018 gelten nicht nur weitgehend dieselben Gesetze wie in den Jahren zuvor, mittlerweile hält man sich auch daran. Gerade daher griff das offizielle Kärnten demonstrativ die Lakeside Privatstiftung und ihre minder beleumundete Einlage nicht an.

Dieses, im Gesamtkomplex der Landesgesellschaften zugegebenermaßen nebensächliche, Beispiel der Lakeside Stiftung zeigt vor allem eines auf: die einst oftmals gewollte Unschärfe, mit der das Land seine Beteiligungen verwaltet und wie komplex die Handhabe ausgegliederter Einheiten der Verwaltung auch sein kann. Ein Komplex, dem wir uns auf den folgenden Seiten widmen wollen.

2. Wem gehört was?

Bevor man über Fragen der strategischen Steuerung und Verwaltung der Beteiligungen oder gar das Erzielen von Effizienz sprechen kann, muss überhaupt geklärt werden, über welche Vermögenswerte das Land verfügt.

Dass deren Höhe schwer zu beziffern ist, zeigt ein Beispiel aus dem Jahr 2012. Der damals amtierende FPK/FPÖ-Finanzlandesrat Harald Dobernig ließ die Unternehmensanteile sowie andere Vermögenswerte des Landes schätzen und addierte sie.[6] Das Resultat laut Presseaussendung: „Die

aktuelle Vermögensdarstellung zeigt ein Gesamtvermögen von 9,7 Milliarden Euro, pro Kopf sind das 17.337 Euro. Darin sind unter anderem die Immobilienwerte des Landes, die touristischen Beteiligungen, über 20.000 Wohnungen der Kärntner Wohnbaugesellschaften, die Mehrheit am Energieversorger Kelag, welche über die Kärntner Energieholding gehalten wird, oder über 500 Millionen Euro, die im Zukunftsfonds gesichert sind, enthalten."

Sechs Jahre später hat diese Rechnung schon ob der mittlerweile erfolgten Auflösung des einstmaligen Zukunftsfonds keine Bedeutung mehr. Doch auch zum Zeitpunkt ihrer Veröffentlichung war sie in ihrer Lesart zu hinterfragen. Denn das Bundesverfassungsgesetz, mit dem die Eigentumsverhältnisse an den Unternehmen der österreichischen Elektrizitätswirtschaft geregelt werden, legt in Paragraf 2[7] klar, dass zumindest 51 Prozent an den Landesenergieversorgern in österreichischem Eigentum stehen müssen. Eine Veräußerung der – ohnehin schon auf ein Minimum der gestatteten Anteile reduzierten – Kelag und damit einhergehend ein Erzielen des Schätzpreises waren und sind de facto also ausgeschlossen. Was auch Dobernigs Rechnung zu der eines Milchmädchens disqualifiziert. Sie stellte gebundenes Vermögen als frei verfügbar dar.

Doch von welchen Gesellschaften sprach Dobernig damals eigentlich? Der Firmencompass weist folgende unmittelbare Beteiligungen des Landes Kärnten – in unterschiedlichen Umfängen – aus:

- „Kärntner Heimstätte" Gemeinnützige Bau-, Wohnungs- und Siedlungsvereinigung Gesellschaft mit beschränkter Haftung
- „Neue Heimat" Gemeinnützige Wohnungs- und Siedlungsgesellschaft Kärnten, Gesellschaft mit beschränkter Haftung
- ASFINAG Service GmbH
- BIK Breitbandinitiative Kärnten GmbH
- MA Carinthische Musikakademie GmbH
- Frauengesundheitszentrum Kärnten GmbH
- Gemeindeinformatikzentrum Kärnten GIZ-K GmbH
- Kärntner Energieholding Beteiligungs GmbH
- Kärntner Betriebsansiedlungs- und Beteiligungsgesellschaft m.b.H.
- Nationale Anti Doping Agentur Austria GmbH
- Unternehmenszentrum Klagenfurt Gründer- und Innovationspark Besitzgesellschaft m.b.H
- Verkehrsverbund Kärnten GesmbH
- Stadttheater Klagenfurt OG als unbeschränkt haftender Gesellschafter

In der Kärntner Betriebsansiedelungs- und Beteiligungsgesellschaft, kurz BABEG, sind weitere Unternehmensanteile gebündelt. Konkret am

- Lakeside Science & Technology-Park (Anteil 66 %)
- Kompetenzzentrum Holz GmbH (Anteil 26 %)
- High Tech Campus Villach GmbH (Anteil 50 %)
- Lakeside Labs GmbH (Anteil 100 %)
- Tremitas GmbH (Anteil 8,781 %)
- LCA Logistik Center Austria Süd GmbH (Anteil 51 %)
- Joanneum Research Forschungsgesellschaft mbH (Anteil 14,25 %)
- build! Gründerzentrum Kärnten GmbH (Anteil 44 %)
- CTR Carinthian Tech Research AG (Anteil 70 %)
- Science Park Graz GmbH (Anteil 1 %)

Über die Kärntner Beteiligungsverwaltung ist man an folgenden Unternehmen beteiligt:

- Klagenfurter Messe Betriebsgesellschaft m.b.H. (Anteil: 26 %)
- Kärntner Flughafen Betriebsgesellschaft mit beschränkter Haftung (Anteil: 20,8 %)
- Entwicklungsagentur Kärnten GmbH in Liqu. (Anteil: 100 %)
- Kärnten Werbung Marketing & Innovationsmanagement GesmbH (Anteil: 60 %)
- SIG – Seeliegenschaftengesellschaft Kärnten Verwaltungs GmbH (Anteil: 1 %)
- Land Kärnten Beteiligungen GmbH (Anteil: 100 %)

Letztere ist wiederum eine Holding, in der man Anteile an touristischen Einrichtungen hält.

Namentlich ist man als Gesellschafter beteiligt an

- Bad Kleinkirchheimer Bergbahnen, Sport- und Kuranlagen Gesellschaft m.b.H. in Liquidation (Anteil: 26 %)
- Villacher Alpenstrassen-Fremdenverkehrsgesellschaft m.b.H. (Anteil: 17,65 %)
- Kärnten Therme GmbH (Anteil: 34,0307 %)
- Bad Kleinkirchheimer Thermen GmbH (Anteil: 24,9531 %)
- Bergbahnen Turracher Höhe GmbH (Anteil: 27,8667 %)
- SIG – Seeliegenschaftengesellschaft Kärnten Verwaltungs GmbH (Anteil: 99 %)

sowie als Aktionär an folgenden Gesellschaften:

– Großglockner-Hochalpenstraßen-Aktiengesellschaft (Anteil: 10,5 %)
– Bad Kleinkirchheimer Bergbahnen Holding AG (Anteil: 48,49 %)
– Bergbahnen Nassfeld Pramollo AG (Anteil: 33,33 %)

So weit, so schwer zu überblicken und zudem so uneinheitlich. Kurioses Detail am Rande: Nicht einmal die Homepage der Landesregierung weist alle Beteiligungen des Landes, die im Firmenbuch aufscheinen, korrekt und vollzählig aus.[8] Wie soll dann Otto Einkommenssteuerzahler einen Überblick über das Landesvermögen haben?

Immerhin: Der Rechnungshof hat die Buchwerte der Beteiligungen addiert. Im Rechnungsabschluss 2017 weisen die direkten Beteiligungen des Landes Kärnten einen Buchwert von 45,83 Millionen Euro aus (2016: 45,83 Millionen Euro). Das anteilige Eigenkapital der direkten Beteiligungen erhöhte sich um 5,91 Millionen Euro auf insgesamt 602,07 Millionen Euro (2016: 596,16 Millionen). Die höchsten anteiligen Eigenkapitalpositionen wiesen die Kärntner Energieholding (KEH) mit 268,92 Millionen Euro (2016: 284,10 Millionen Euro) und die „Neue Heimat" WBG mit 186,84 Millionen Euro (2016: 172,75 Millionen Euro) auf.

Dennoch gesellt sich zum bereits ausführlich dargestellten Gesellschafts-Geflecht ein weiteres Problem: Abgesehen von der Eigentümerschaft ist die Schnittmenge zwischen den Unternehmungen des Landes kaum vorhanden. Einzelne dieser stehen sich sogar im Markt als scharfe Konkurrenten gegenüber, etwa die Skigebiete oder die Thermen. Koordinierende Funktionen, etwa im Einfordern der Fokussierung auf konkrete Aufgabengebiete oder Kundengruppen, nimmt man nicht wahr.

In mehreren Fällen hält man Anteile an Infrastruktureinrichtungen, ohne dass man sich davon eine Rendite oder einen Return on Investment erwarten darf.

Berücksichtigt man die Kärntner Energieholding und die Zuschüsse aus dem Sondervermögen Kärnten nicht, so lag der Ertrag der übrigen Beteiligungen 2013 bei 900.000 Euro, 2014 bei 510.000 Euro, 2015 bei 1,47 Millionen Euro, 2016 bei 2,17 Millionen Euro und 2017 bei 2,24 Millionen Euro. Ein durchaus beachtlicher Anstieg, der unzweifelhaft auch darauf zurückzuführen ist, dass landesnahe Gesellschaften mittlerweile nicht mehr unmittelbar politische Spielwiesen finanzieren müssen bzw. es hier Präzedenzfälle gibt, die ein solches neuerliches Vorgehen verhindern. Dennoch ist man mit Blick auf über 60 Beteiligungen weit davon entfernt, diese als Cash-Cow für das Land zu bezeichnen.

In anderen Fällen ist unbestritten, dass es sich um Gesellschaften handelt, die am Rande des Kriminals eingerichtet wurden, Stichwort: SIG – Seeliegenschaftengesellschaft Kärnten Verwaltung. Hier hat mittlerweile ein

Untersuchungs-Ausschuss im Kärntner Landtag festgestellt, dass 22 Millionen Euro[9] Steuergeld im „System Haider“ verschwendet wurden. Hinzu kommt: Trotz enormer Vermögenswerte, die in dieser Gesellschaft geparkt sind, ist sie chronisch unterkapitalisiert. Auch der Versuch um die Jahreswende 2017/2018, Gründe, die unmittelbar an den Hafnersee angrenzen, zu veräußern, scheiterte – aus Mangel an Interesse, aber auch an öffentlichem Druck der Gemeinde Keutschach, die sich gegen einen Verkauf von Volksvermögen aussprach.[10]

So bleibt am Ende tatsächlich nur die Eigentümerschaft des Landes als kleinster gemeinsamer Nenner übrig. Eine Vorgabe, mit der kreative Ansätze der Kooperation, Unternehmensführung und Innovation nur schwer zu schaffen sind.

3. Geht es auch billiger?

Im Sommer 2017 versuchte sich der Kärntner Landesrechnungshof dem Gesellschaftsgeflecht zu nähern. In einer umfassenden Prüfung widmete man sich den un- und mittelbaren Beteiligungen des Landes.[11] Bei allem Bemühen um die Aufarbeitung dieses komplexen Themas blieb der Landesrechnungshof einen Umstand – in Ermangelung eines entsprechenden Prüfauftrages – jedoch schuldig: Die Landesfonds samt ihren Finanzierungs- und Personalstrukturen wurden nicht überprüft. Und immerhin hat man hier mit dem Kärntner Wirtschaftsförderungsfonds, dem Volksgruppen-Kindergartenfonds, dem Familienfonds, dem Schulbaufonds, dem Kärntner Regionalfonds, dem Kärntner Wasserwirtschaftsfonds, dem Kärntner Nationalparkfonds Hohe Tauern sowie dem Biospärenparkfonds Nockberge und dem Tierseuchenfonds einen durchaus umfassenden Apparat, der vom Land finanziert wird und für dieses Aufgaben übernommen hat.

In einer Organisation, deren wesentlicher Kostenfaktor aber auch Asset das Personal ist, eine Bestandsanalyse durchzuführen, ohne den Blick auf diese Einheiten zu werfen, die eine finanzielle Hebelwirkung haben können, ist als grobes Versäumnis zu kritisieren.

Dennoch spart auch der Rechnungshof nicht mit Kritik. In seiner Bestandsanalyse stellte er vor allem fehlende Synergien zwischen den einzelnen Unternehmen fest. „2016 löste das Land die Landesholding im Zusammenhang mit der HETA-Lösung auf und gründete die Kärntner Beteiligungsverwaltung. Der LRH sah darin keine Strukturbereinigung, denn auch die Land Kärnten Beteiligungen GmbH war weiterhin für Beteiligungen zuständig. Überschneidungen im Unternehmenszweck und bei den Aufgaben der beiden Holdinggesellschaften blieben bestehen. Im Bereich Bau- und Facility-Management ergaben sich in der Vergangenheit teilweise

skurrile Aufgaben- und Kompetenzaufteilungen sowie eine Reihe von komplexen Schnittstellen im Immobilienmanagement zwischen der Landesimmobiliengesellschaft, weiteren Landesbeteiligungen und dem Amt der Kärntner Landesregierung", befand der Rechnungshof.

Vor allem mit der Landesimmobiliengesellschaft ging man – durchaus nachvollziehbar – hart ins Gericht. „Das Land leitete bislang kaum Maßnahmen ein, um diese Aufgabenzersplitterung und Mehrfachstrukturen zu beseitigen. Insbesondere stand eine Entscheidung über die Rückgliederung der Landesimmobiliengesellschaft seit Jahren aus, wodurch allein im Jahr 2015 Körperschaftssteuer von rd. 970.500 Euro anfiel", heißt es in dem Bericht etwa. Auch wurde die Rolle der LIG als solche hinterfragt. So betrugen im Jahr 2015 die Mieterlöse der LIG ohne Betriebskosten 17 Millionen Euro, wobei rund 97 Prozent aus Vorschreibungen an das Land Kärnten resultierten.[12] Gleichzeitig wurden 2015 von der LIG keine Bauprojekte fertiggestellt bzw. in Angriff genommen. Immerhin: es wurde eine Gewinnausschüttung in der Höhe von 940.000 Euro vorgenommen. Die Frage, warum man sich unter diesen Umständen zwei Geschäftsführer mit gut ausgestatteten Verträgen leisten musste, drängt sich ob dieser Zahlen auf. Seit 1. 3. 2018 ist die Landesimmobiliengesellschaft samt ihren gut dotierten Geschäftsführern Geschichte.[13] Eine Evaluierung dieser Reform liegt noch nicht vor, jedoch wurden einzelne Reformpunkte bereits vom Rechnungshof im Dezember 2017 urgiert.[14]

Dass das Problembewusstsein in den letzten Jahren gewachsen ist, ist unbestritten. Jedoch scheitern, wie das Beispiel der LIG zeigt, Reformen nicht alleine am fehlenden politischen Willen. Für die Landesimmobiliengesellschaft etwa gab es bereits seit dem Jahr 2012 Pläne zur Eingliederung. In Anbetracht der damals drohenden Pleite ob der Hypo/Heta-Haftungen, die auf dem Land lastete, wäre eine Ein- bzw. Angliederung an das Land jedoch einer Schlechterstellung der LIG-Gläubiger gleichgekommen und konnte daher nicht umgesetzt werden. Exkurs: Daran scheiterte zeitgleich übrigens auch ein Übertragen der Anteile an der Kärnten Werbung an die touristische Unternehmerschaft.

Auch bei anderen ausgegliederten Betrieben stellte der Rechnungshof die Sinn-Frage. Etwa bei den vor etwa 20 Jahren vorgenommenen Ausgliederungen der Verwaltungsakademie, des Landesmuseums und des Landesarchivs. Der Rechnungshofbericht, der im übrigen die erste Form einer Evaluierung seit diesen Ausgliederungen war, sah kaum Vorteile, denn die drei Anstalten hatten weiterhin keine unabhängige Stellung und waren an die Organisationsstruktur der Landesverwaltung gebunden. Im Landesarchiv betrug der Anteil des Landes an der Finanzierung der jährlichen Kosten etwa 87,5 Prozent. Nennenswerte Einnahmequellen abseits der Vorschreibungen des Landes gibt es nicht. Wobei im konkreten Fall der

oben gestellten Sinn-Frage freilich die Frage nach einer Alternative gegenübergestellt werden kann: Wer, wenn nicht die öffentliche Hand, finanziert das Gedächtnis Kärntens?

Ebenso kann man die zahlreichen Infrastrukturbeteiligungen des Landes aus jeweils zumindest zwei Richtungen hinterfragen: Braucht es das? Und: Würde das sonst überhaupt jemand machen? Fragestellungen, denen bei Einrichtungen wie Thermen oder Bergbahnen gerne Umsatzzahlen – samt entsprechender Steuerleistung, die Körperschaftssteuern und die regionalpolitische Verantwortung – gegenübergestellt werden. Umstände, die ein seriöses Diskutieren über mögliche tatsächliche Privatisierungen zugleich meist im Keim ersticken.

Das jüngste Beispiel einer Privatisierung mutet da noch kurioser an: jene des Klagenfurter Flughafens. Statt dessen Zukunftsszenario im Fall einer Privatisierung ausführlich der Öffentlichkeit zu erläutern, erließ Investor Franz Orasch in der Entscheidungsphase für politische Mandatsträger eine Verschwiegenheitsklausel[15] und sperrte Medien wie Öffentlichkeit aus grundsätzlich öffentlichen Sitzungen aus. Vertragsdetails, etwa der Kaufpreis, bleiben auch nach der Eintragung ins Firmenbuch Verschlusssache.[16]

4. Wann wird es ein Unternehmen?

Dass man sich innerhalb des Amtes der Kärntner Landesregierung mehr mit den Zahlen, die die Unternehmen abliefern, als mit deren tatsächlichen Aufgaben und Leistungen beschäftigt, befand auch der Rechnungshof.[17] So wurde empfohlen, eine konzernähnliche Betrachtungsweise im AKL zu etablieren.

Der LRH empfahl zudem der Landesregierung, die Eigentümerrolle dahingehend zu nutzen, um die Zusammenarbeit zwischen den Beteiligungen als auch zwischen dem AKL und den Beteiligungen in sinnvollen Bereichen zu verstärken. So sollten etwa spezifische betriebswirtschaftliche Kennzahlen, wie beispielsweise die Personalkosten pro Vollzeitäquivalent, die Materialaufwandsquote oder die Abschreibungsintensität abgebildet und analysiert werden. Ein Vorgehen, das jenem eines strukturiert auftretenden Konzerns entsprechen würde. Auch die Empfehlung des Rechnungshofes, dass das jeweils zuständige Regierungsmitglied bei der strategischen Steuerung der Beteiligungen – wie in der Struktur- und Organisationsreform angedacht – sich einbringen soll, ist durchaus schlüssig. Jedoch wurde – der Abschaffung des Proporz-Systems zum Trotz – dieser Schritt bisher nur mangelhaft umgesetzt. Zwar scheint ÖVP-Wirtschaftslandesrat Ulrich Zafoschnig in einer Reihe von Aufsichtsfunktionen auf – etwa bei den Kärntner Messen oder der Kärnten Werbung –, jedoch

handelt es sich dabei um Mandate, die er bereits als Landesmanager vor seinem Einstieg in die Politik ausübte. Auffällig ist einzig die Häufung von Aufsichtsratsmandaten von Stefan Primosch, dem Büroleiter von Landeshauptmannstellvertreterin Gaby Schaunig, im Bereich der Wohnbauträger. Daraus alleine ist jedoch keine strategische Ausrichtung abzuleiten.

Fraglich ist freilich, in welcher Organisationsstruktur von der Größe und der inhaltlichen Vielfältigkeit des Amtes der Kärntner Landesregierung die Vorgaben, die der Rechnungshof empfiehlt, tatsächlich umgesetzt werden können. Zudem muss man die im letzten Kapitel bereits angeklungene Debatte führen: An welchen Betrieben muss sich ein Land beteiligen? Zählen Infrastruktureinrichtungen wie Panoramastraßen ebenso zu den Kernaufgaben einer effizienten Verwaltung wie die Beteiligung an einem Frauengesundheitszentrum?

Obendrein erschöpft sich diese Debatte nicht an der Anzahl der Firmen. Wenn es um Geld geht, geht es auch um Personal(kosten). Und dass es hier rechtlich wie menschlich schwierig sein kann, die eigenen Vorgaben umzusetzen, erfuhr die Dreier-Koalition in den Monaten nach der Wahl 2013. Nicht nur, dass die Vorgängerregierung zahlreiche Personen ohne Objektivierung auf unbefristeten Verträgen ins Amt hievte, auch die Dreier-Koalition wandte diese Praxis an. So wurden zwischen 2012 und 2013 genau 376 Mitarbeiter ohne Objektivierung in den Landesdienst aufgenommen.[18] Ein Umstand, der nicht per se zu kritisieren ist, gerade weil hier Rechtssicherheit geschaffen wurde. Wohl aber ist zu hinterfragen, welche Tätigkeiten zuvor von den 376 Mitarbeitern erledigt wurden und warum es bei einer Übernahme der Menschen in den Landesdienst nicht auch gleichzeitig zu einer Evaluierung und einem Hinterfragen der Tätigkeiten der diversen Vereine gekommen ist.

5. Was muss man sofort tun?

Die 27 Punkte umfassenden Empfehlungen des Rechnungshofes fordern vor allem zweierlei ein: ein klares Controlling, das sich neben Bilanz- und GuV-Daten auch spezifischer betriebswirtschaftlicher Kennzahlen zuwendet, wie beispielsweise die Personalkosten pro Vollzeitäquivalent, die Materialaufwandsquote oder die Abschreibungsintensität. Und als zweiten Punkt: klare Vorgaben im Sinne einer Konzernsteuerung. Eine Möglichkeit, die zu erreichen, sei etwa „eine Stärkung der Rolle des jeweils zuständigen Regierungsmitglieds bei der strategischen Steuerung der Beteiligungen – wie in der Struktur- und Organisationsreform angedacht“.

Umgekehrt denkt der Rechnungshof auch an, dass „das Land Kärnten eine effizientere Gestaltung der Ausgliederungen des Landesarchivs, der

Verwaltungsakademie und des Landesmuseums bzw. eine Wiedereingliederung dieser Anstalten in das AKL prüfen sollte". Ein Schritt, der, wie angeführt, ja auch bei den Fonds gesetzt wurde. Zudem müssen die Doppelgleisigkeiten, etwa im Bereich der Land Kärnten Beteiligungen GmbH und der Kärntner Beteiligungsverwaltung, beseitigt werden. Ähnliches gilt für die Aufgabenzersplitterung und Mehrfachstrukturen im Bereich Bau- und Facility Management zwischen dem Amt der Kärntner Landesregierung und den Technologie-Gesellschaften.

Eine, vom Landesrechnungshof nicht geforderte, Vorgabe hat indes die Landesregierung selbst erlassen: Künftig soll das Salär eines Landesmanagers nicht über jenem des Landeshauptmanns stehen. Betroffen davon sind Anstalten und Fonds, etwa der Kärntner Wirtschaftsförderungsfonds, die Kärntner Beteiligungsverwaltung, der Krankenanstalten-Betreiber KABEG, das Landesmuseum oder das Landesarchiv. Derzeit gibt es zwei Landesmanager, die diese Grenze überschreiten – in deren Verträge wird durch die neue Regelung jedoch nicht eingegriffen.[19]

Anmerkungen

1 http://www.lrh-ktn.at/berichte/rechnungsabschluss-2017-des-landes-kaernten
2 Firmenbuchauszug
3 http://www.kleinezeitung.at/kaernten/5243240/EurofighterSkandal_Muss-Kaerntner-Stiftung-EADSMillionen-zurueckzahlen 3. Juli 2017
4 https://www.kleinezeitung.at/kaernten/5510955/Klagenfurt_ExPolitiker-belastet-sich
5 http://derstandard.at/1933430/FPOe-Rochade-in-Kaerntner-Landesregierung-Haider-Vize-Pfeifenberger-geht 28. Jänner 2005
6 https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20120825_OTS0023/fpk-darmann-vermoegen-des-landes-kaernten-uebersteigt-die-schulden-um-ein-vielfaches
7 https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10007996
8 file:///C:/Users/cikthoma/Downloads/Beteiligungen%20des%20Landes%20K%C3%A4rnten.pdf
9 https://kaernten.gruene.at/themen/kontrolle/der-seen-endbericht-liegt-vor
10 https://kurier.at/chronik/oesterreich/kein-interessent-seenverkauf-geplatzt/305.576.651
11 http://www.lrh-ktn.at/images/download/berichte/LRH-Bericht_Beteiligungsmanagement_und_ausgew%C3%A4hlte_T%C3%A4tigkeitsbereiche_der_Beteiligungen.pdf
12 http://www.lrh-ktn.at/images/download/berichte/LRH-Bericht_Beteiligungsmanagement_und_ausgew%C3%A4hlte_T%C3%A4tigkeitsbereiche_der_Beteiligungen.pdf (Seite 80)
13 http://www.lig.at/immobilien-kaernten/index.php?navid=0
14 file:///C:/Users/cikthoma/Downloads/LRH-Bericht_Gebaeudemanagement_des_Landes.pdf
15 https://www.kleinezeitung.at/kaernten/klagenfurt/5445346/Klagenfurt_Deshalb-muss-die-Politik-ueber-FlughafenPlaene-schweigen

16 https://www.kleinezeitung.at/wirtschaft/wirtschaftktnhp/5507935/Klagenfurt_FlughafenVertrag-bleibt-weiter-unter-Verschluss

17 http://www.lrh-ktn.at/images/download/berichte/LRH-Bericht_Beteiligungsmanagement_und_ausgew%C3%A4hlte_T%C3%A4tigkeitsbereiche_der_Beteiligungen.pdf (Seite 36)

18 http://www.kleinezeitung.at/kaernten/feldkirchen/4933204/Rechnungshofbericht_Land-stellte-376-Mitarbeiter-ohne

19 https://kaernten.orf.at/news/stories/2940365/

Karl Hren

Quo vadis „Posojilnica-Bank“

Zur Geschichte und aktuellen Lage des slowenischen Genossenschaftswesens in Kärnten

Bei der Generalversammlung der Zveza-Bank im Frühjahr 2015 wurden erhebliche Verluste dieser Bank offenkundig. Bald danach kam es zu ähnlichen schwerwiegenden Problemen – die bis hin zu einer Existenzgefährdung reichten – bei der Posojilnica-Bank Ferlach. In der Folge wurde ein Verschmelzungsprozess der Zveza-Bank mit den lokalen Posojilnica-Banken durchgeführt und es erfolgten erhebliche Umstrukturierungen. Der gegenständliche Beitrag versucht die Geschichte des slowenischen Genossenschaftswesens nachzuzeichnen und die Gründe für die aktuelle Krise aufzuzeigen.

1. Die Entstehung des slowenischen Genossenschaftswesens in Kärnten und dessen Entwicklung bis 1920

Die ersten Gründungen von „slowenischen“ Genossenschaften in Kärnten reichen weit ins 19. Jahrhundert zurück und zählen zum Teil zu den ersten Genossenschaftsgründungen im ländlichen Raum in Kärnten überhaupt. So wurde die „Posojilnica Št. Jakobska v Rožu“[1] also die St. Jakober Kreditgenossenschaft im Rosental, bereits 1872 gegründet, wobei die Rechtsgrundlage dafür allerdings noch das Vereinspatent von 1852 bildete und nicht das Genossenschaftsgesetz, das überhaupt erst ein Jahr später – also 1873 – Rechtskraft erhielt.[2] Die Meinungen, ob dies nun die erste de-facto genossenschaftlich organisierte Bank in Kärnten oder gar Österreich ist, gehen allerdings auseinander. Seitens des Raiffeisenverbandes Kärnten wird die „deutsche“ Kreditgenossenschaft in Eberstein, gegründet 1877 – also fünf Jahre nach St. Jakob, dafür aber mit sofortiger Eintragung ins Genossenschaftsregister entsprechend dem neuen Gesetz –, als erste Genossenschaft im ländlichen Raum in Kärnten betrachtet. Den ersten Rang haben die kärntnerslowenischen Genossenschaftsorganisationen jedenfalls bei den Warengenossenschaften inne, da die „slowenische“ Wirtschaftsgenossenschaft in Kühnsdorf bereits im Februar 1899 gegründet wurde.[3] Die unterschiedlichen Ansichten, ob nun „deutsche“ oder „slowenische“ Genossenschaften als erste in Kärnten gegründet wurden, deuten darauf hin, dass die ökonomisch-soziale Frage, die die Hauptmotivation

für das Gründen von Genossenschaften war, bereits damals eng mit der sprachlich-nationalen Frage verknüpft war. Das Gründen von ländlichen Genossenschaften stellte dabei eine wirtschaftliche Emanzipation der slowenischen Volksgruppe dar. Zu den Pionieren und Initiatoren der ländlichen Genossenschaften in Südkärnten zählten dabei vielfach Priester, die in ihren slowenischsprachigen Pfarren eine möglichst große Unabhängigkeit ihrer Pfarrmitglieder von den vielfach deutschnational und liberal geprägten wirtschaftlichen Strukturen der Städte anstrebten. Dabei wurden tschechische und untersteirische Vorbilder herangezogen und Südkärnten mit einem Netz an Genossenschaften überzogen. Bis gegen Ende des 19. Jahrhunderts folgten die Kärntner Gründer dem Schulze-Delitzschen System, das von den untersteirischen Genossenschaftspionieren Jože und Mihael Vošnjak eine eigene Ausprägung erhielt.[4] Die Südkärntner Genossenschaften waren folglich auch Mitglieder der slowenischen Darlehenskassenzentrale in Celje. Später traten die meisten dem Verband in Laibach bei. Ab Ende des 19. Jahrhunderts erfolgten Genossenschaftsgründungen in Südkärnten jedoch nach dem System Raiffeisen, das sich betreffend Stimmrechte, Haftungen etc. vom Schulze-Delitzschen System unterschied und neben der Genossenschaft als Form der Selbsthilfe auch den karitativen Zweck, die oft verarmte ländliche Bevölkerung zu unterstützen, verfolgte. Wichtigster Organisator war dabei der slowenische Priester Janez Ev. Krek, und das Genossenschaftswesen breitete sich in immer weitere wirtschaftliche Bereiche der Bevölkerung aus. So umfasste das slowenische Genossenschaftswesen in Südkärnten im Jahr 1914 und somit vor Zerfall der Monarchie und der mit der Volksabstimmung 1920 erfolgten neuen Grenzziehung: 40 Kreditgenossenschaften, zwei Molkereigenossenschaften und sieben Viehzuchtgenossenschaften. Daneben gab es noch jeweils eine Konsum-, Wirtschafts- und Brandschadensversicherungsgenossenschaft. Insgesamt gab es somit in Südkärnten vom Gailtal bis ins Jauntal 52 slowenische Genossenschaften.[5]

2. Von 1920 bis 1999

Eine wesentliche Zäsur in der Entwicklung des slowenischen Genossenschaftswesens war die neue Staatsgrenze, die nun entlang des Karawankenkamms verlief und die Kärntner Slowenen zu einer kleinen Minderheit innerhalb des nun fast ausschließlich deutschsprachig geprägten Österreichs machte. Die Mehrheit der Slowenen lebte nun im jugoslawischen Staat bzw. zu einem nicht unbeträchtlichen Teil auch im benachbarten Italien. Die Kärntner Slowenen blieben weitgehend auf sich allein gestellt, und die im Zuge der Volksabstimmungspropaganda gemachten Zusagen nach einem gleichberechtigten Miteinander der beiden Kärntner Sprachgruppen blieben leere Versprechungen bzw. es setzte sich eine

deutschnationale Stimmung im Lande durch, die jegliche Betätigung für eine Gleichberechtigung der slowenischen Sprache in das Licht eines jugoslawischen Irredentismus bzw. des Landesverrats stellte. In dieser volksgruppenfeindlichen Stimmung ist es als außerordentliche Errungenschaft zu werten, dass im Bereich des Genossenschaftswesens eine Fortführung der wesentlichen Vorkriegsstrukturen gelang. Das Hauptverdienst dafür hatte der Priester Valentin Podgorc, der auch der Initiator der Gründung eines eigenen Genossenschaftsverbandes für Kärnten war. Ein solcher war aufgrund der nun im Ausland liegenden Vorkriegszentrale in Laibach notwendig geworden. Die Gründungsversammlung der Zveza koroških zadrug/Verband Kärntner Genossenschaften erfolgte am 28. Februar 1921 in Klagenfurt. Zu ihren Aufgaben zählte neben der Unterstützung ihrer Mitglieder vor allem die Revision der einzelnen lokalen Genossenschaften. Eine Aufnahme in den „Allgemeinen Verband für das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen in Österreich in Wien" wurde bereits 1923 beantragt und gelang schließlich nach langen Bemühungen erst 1928.[6] Seit damals ist das slowenische Genossenschaftswesen in Kärnten mit der Raiffeisenorganisation in Österreich verbunden. Die starke Verankerung des Genossenschaftswesens in der slowenischen Volksgruppe und die erfolgreiche Reorganisation in der Zwischenkriegszeit wird auch durch die Mitgliedszahlen in der „Zveza koroških zadrug" im Jahr 1938 deutlich. Damals waren alle slowenischen Genossenschaften in Kärnten dort Mitglied, und insgesamt belief sich die Zahl der slowenischen Mitgliedsgenossenschaften auf 43.[7] Die Genossenschaften zusammen hatten ungefähr 5000 natürliche Personen als Mitglieder.

Mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten in Österreich wurde zunehmend Druck auf das slowenische Genossenschaftswesen in Österreich ausgeübt. Dabei bediente man sich zunächst verschiedener „fachlicher" Vorwände im Sinne von Rationalisierungen von parallelen Genossenschaften im selben Ort etc. Allerdings kam es erst mit der außenpolitischen Wende bzw. dem Angriff NS-Deutschlands auf das benachbarte Jugoslawien 1941 zu einer radikalen Änderung im Verhältnis der Machthaber zur slowenischen Volksgruppe. Das slowenische Genossenschaftswesen in Kärnten wurde systematisch zerstört, wodurch das wirtschaftliche Rückgrat der Volksgruppe getroffen wurde und letztlich die slowenische Sprache aus Kärnten verdrängt werden sollte. Der Historiker Augustin Malle schreibt betreffend die Verantwortlichen für diese Vorgangsweise: „Die administrativ-ökonomische Vorbereitung und Durchführung lag in den Händen des Verbands der südmärkischen landwirtschaftlichen Genossenschaften Südmark – Raiffeisen Graz bzw. der Außenstelle des Verbandes in Klagenfurt (Abwicklungsstelle), die politische Verantwortung lag in den Händen des von der Gestapo bestellten kommissarischen Leiters Karl Geissner, der zugleich Direktor der Raiffeisen-Zentralkasse in Klagenfurt

war … Auf lokaler Ebene waren in die Aktionen teilweise Funktionäre des ‚deutschen' Genossenschaftswesens, vor allem aber die lokalen NS-Größen eingebunden und bestimmten sie weitgehend mit."[8] Die Zerstörung des slowenischen Genossenschaftswesens erfolgte im Wesentlichen in zwei Schritten: Im ersten Schritt wurden mit Bescheid der Gestapo – Staatspolizeistelle Klagenfurt anstelle der gewählten bisherigen Vertreter der Genossenschaften jeweils kommissarische Leiter eingesetzt, die nunmehr die Genossenschaft vertraten und natürlich im Sinne der nationalsozialistischen Machthaber handelten. Der zweite Schritt war dann unterschiedlich. In den meisten Fällen (22) veranlassten die kommissarischen Vertreter der Genossenschaft die Verschmelzung „ihrer" Genossenschaft mit einer anderen „deutschen" Genossenschaft, die als aufnehmendes Institut nun auch Rechtsnachfolger der „slowenischen" Genossenschaft wurde. Die slowenische Genossenschaft wurde im Genossenschaftsregister gelöscht und bestand nicht mehr. In mehreren weiteren Fällen (zwölf) – vor allem dort, wo keine lokale „deutsche" Bank bestand, die als aufnehmendes Institut fungieren konnte – ging man anders vor. Die Genossenschaft wurde dort „eingedeutscht", wobei von der kommissarischen Leitung die Genossenschaften an „bewährte deutsche Volks- und Parteigenossen" übergeben wurden. Diese „eingedeutschten" Genossenschaften traten dann auch als deutsche Raiffeisenkassen dem Verband der südmärkischen landwirtschaftlichen Genossenschaften – Raiffeisen Graz bzw. später dem Raiffeisenverband Kärnten bei.[9] In vier weiteren Fällen sollte die kommissarische Leitung die Genossenschaft liquidieren, was allerdings bis Kriegende unterblieb. Schließlich gab es fünf Genossenschaften, wo es zu keinen Änderungen kam (vier Viehzuchtgenossenschaften und eine Brandschadensversicherung). Das slowenische Genossenschaftswesen war somit weitgehend zerschlagen. Zahlreiche führende Funktionäre – etwa Dr. Vinko Zwitter oder Tomaž Kupper – wurden verhaftet.[10]

Wie bereits nach dem Ersten Weltkrieg und der erfolgten Volksabstimmung war es auch nach Ende des Zweiten Weltkriegs Valentin Podgorc, der als erster die Initiative ergriff und die Wiedererrichtung der slowenischen Genossenschaften sowie die Rückstellung des verlorenen Genossenschaftsvermögens forderte. Die Kärntner Landesregierung beschloss bereits am 13. Juni 1945 eine Erklärung zur slowenischen Frage, wo auch die „wirtschaftlichen Vereinigungen jeder Art wieder ins Leben gerufen werden".[11] Dies stellte allerdings nur eine politische Absichtserklärung dar, und in der Folge dauerte es vier Jahre, bis diese Frage in den wesentlichen Zügen geklärt war. Obwohl sowohl seitens der britischen Besatzungsmacht als auch die bevorstehenden Staatvertragsverhandlungen eine positive Lösung dieser Frage nahelegten, standen dem einerseits Interessen des Kärntner Raiffeisen-Landesverbandes und andererseits die komplizierte rechtliche Situation entgegen. Die Wiedererrichtung

des slowenischen Genossenschaftssektors stellte sich insbesondere kompliziert bei den verschmolzenen Genossenschaften dar, da nun die 1941 verschmolzenen Genossenschaften wieder getrennt werden mussten und dabei möglichst dem Zustand von vor 1941 entsprochen werden musste. Die Landesregierung versuchte mit Bescheiden vom 22. Mai 1947 die Situation zu bereinigen. Während jener Bescheid, der die „eingedeutschten" Genossenschaften betraf, in der Folge zur Grundlage für deren weitere Tätigkeit wurde (sie traten dem slowenischen Revisionsverband bei), wurde der zweite Bescheid, der die verschmolzenen Genossenschaften betraf, vom Obersten Gerichtshof letztlich aufgehoben.[12] Da die komplizierte rechtliche Situation nur bundesgesetzlich gelöst werden konnte, wanderte die Zuständigkeit nach Wien. Innerhalb der Volksgruppe war es zunehmend der junge Jurist Mirt Zwitter, der nun an die Stelle von Valentin Podgorc trat und das Vertrauen der kommunistischen jugoslawischen Machthaber besaß. Die Frage des slowenischen Genossenschaftswesens wurde schließlich – insbesondere auf Druck der britischen Besatzungsmacht – durch das „Bundesgesetz zur Wiederherstellung von slowenischen Genossenschaften in Kärnten" geklärt und die Genossenschaften wurden in ihrem Rechtsstatus wiederhergestellt.[13]

Der Revisionsverband für die nunmehr wiedererrichteten slowenischen Genossenschaften wurde wieder der „Verband Kärntner Genossenschaften", der bei seiner Generalversammlung im Februar 1949 eine Namensänderung zu „Zveza slovenskih zadrug v Celovcu/Verband slowenischer Genossenschaften in Klagenfurt" beschloss. In der Folge arbeitete der Verband gemeinsam mit den Mitgliedsgenossenschaften an der Rückstellung des Vermögens und an der Wiederaufnahme der Genossenschaftstätigkeit. Die Rückstellungsverfahren waren kompliziert und endeten in der Regel mit Vergleichen. Von den 22 verschmolzenen slowenischen Genossenschaften konnten alle bis auf zwei – St. Stefan im Gailtal und St. Georgen im Gailtal – wieder mit der Geschäftstätigkeit beginnen.[14] Wie bereits vor dem Krieg, so verblieb auch danach das kärntnerslowenische Genossenschaftswesen im „Allgemeinen Verband für das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen in Wien". Der „Allgemeine Verband" versuchte in den strittigen Fragen zwischen seinen beiden „Kärntner Mitgliedern", dem „slowenischen" und dem „deutschen" Verband, zu vermitteln und übernahm etwa die „Liquidierungskosten" der Jahre 1941 bis 1944.

Das Arbeiten der einzelnen lokalen Posojilnica-Banken war in den ersten Jahren nach dem Krieg denkbar einfach. Vielfach gab es nur Sonntagsbetrieb und ehrenamtliche Mitarbeiter.[15] Ein erheblicher Teil der ehemaligen Kundschaft und Mitglieder der Posojilnica-Banken verblieb nach dem Krieg bei den Raiffeisen-Banken, und so etablierten sich auch in den damals noch dominant slowenischsprachigen Orten Südkärntens neben den Posojilnica-Banken eben auch lokale Raiffeisen-Banken. In einzelnen

Orten wurde der Betrieb nach und nach professionalisiert und es wurden hauptberufliche Mitarbeiter angestellt. In anderen Orten wiederum – insbesondere in jenen Orten, in denen schon damals die slowenische Volksgruppe merkbar schwächer wurde – gelang es gerade noch die „Posojilnica" als Rechtsperson wieder zu errichten und zu halten. So hatten etwa die Posojilnica in St. Stefan bei Finkenstein/Šteben pri Bekštanju 1951 gerade noch 16 Mitglieder, die Posojilnica in Maria Gail/Marija na Zilji in den Sechzigerjahren zehn Mitglieder.[16]

Entscheidende Schritte zur Modernisierung der slowenischen Genossenschaftsbanken erfolgten ab der Mitte der Siebzigerjahre. Dafür gab es mehrere Gründe: Es verschärften sich zunehmend die rechtlichen Rahmenbedingungen (Kreditwesengesetz), die eine Professionalisierung forderten; es verschärfte sich die Konkurrenzsituation mit anderen Banken, die eine Modernisierung auch am Lande unumgänglich machten, und es standen mit den ersten Absolventen des Slowenischen Gymnasiums in Klagenfurt immer mehr gut ausgebildete junge Kärntner Slowenen als Mitarbeiter zur Verfügung. In vielen Orten Südkärntens wurden ab der Mitte der Siebzigerjahre die Bankgebäude modernisiert oder neu errichtet und es wurde ein geregelter Geschäftsbetrieb eingeführt;[17] so etwa in Bleiburg/Pliberk, wo 1979 ein neues Bankgebäude bezogen wurde. Oder auch bereits vorher das neue Gebäude des Slowenischen Genossenschaftsverbandes in Klagenfurt/Zveza-Bank, das 1973/74 neu errichtet wurde. Die damalige Aufbruchsstimmung wurde in der Folge durch zahlreiche Produktions- und Handelsunternehmen gestützt, die im überwiegenden Eigentum jugoslawischer Unternehmen standen und sich in Südkärnten ansiedelten bzw. dort Betriebe übernahmen: etwa die Zellulosefabrik in Rechberg/Rebrca, IPH in Sittersdorf/Žitara vas, Topsport in Bleiburg/Pliberk oder Elan in Fürnitz/Brnca. Die Hausbanken all dieser Unternehmen waren kärntnerslowenische Genossenschaftsbanken. Durch die wirtschaftliche Situation in Jugoslawien und die dortige Inflation stiegen die Spareinlagen jugoslawischer Staatsbürger bei den Posojilnica-Banken in Südkärnten deutlich an, zumal hier mit den Kunden aus Jugoslawien in deren Muttersprache kommuniziert wurde. Der massive Expansionskurs wird etwa durch folgende Zahlen der Posojilnica in Bleiburg/Pliberk deutlich: das Volumen des Einlagengeschäfts stieg in Mio. ATS von 6,6 im Jahr 1975 auf 142 im Jahr 1985, auf 270,8 im Jahr 1990 und schließlich auf 582,6 im Jahr 1994. Die Ausleihungen steigerten sich ebenfalls in Mio. ATS wie folgt: von 5,6 im Jahr 1975 auf 74 im Jahr 1985, auf 141,9 im Jahr 1990 und schließlich auf 362,5 im Jahr 1994.[18] Ähnliche Entwicklungen gab es auch bei den anderen Posojilnica-Banken. Zusätzlich gelangen in den Achtzigerjahren auch mehrere Bankenverschmelzungen, wodurch ein rationellerer Geschäftsbetrieb ermöglicht wurde. Das Bild der slowenischen Genossenschaftsbanken Anfang der Neunzigerjahre ist daher durchwegs rosig: Es

bestehen weitgehend selbstständig und zum Teil in Konkurrenz zueinander agierende Genossenschaftsbanken in Bleiburg/Pliberk, Eberndorf/Dobrla vas, Bad Eisenkappel/Železna Kapla, Klagenfurt/Celovec, Ferlach/Borovlje, Ludmannsdorf/Bilčovs, St. Jakob i. R./Št. Jakob v Rožu und in Villach/Beljak. Der Genossenschaftsverband/Zveza-Bank leistet sich in Klagenfurt ein vollkommen neues Gebäude mit einer Fläche von 2.867 m^2, das 80 Mio. ATS kostet und im Jahr 1994 eröffnet wird.[19] Es zeigten sich aber auch damals bereits mehrere Probleme. Durch den Zusammenbruch der im slowenischen Eigentum stehenden Handels- und Produktionsbetriebe bricht ein erheblicher Teil des heimischen Geschäfts weg. Dieser Ausfall wird in den Neunzigerjahren durch das verstärkte grenzüberschreitende Kreditgeschäft in Slowenien kompensiert. Das rasche Wachstum führte zu diversen Malversationen etwa bei der Bank in Ferlach/Borovlje oder auch in Klagenfurt/Celovec und in der Folge zu erheblichen Ausfällen im Kredit- bzw. Wertpapiergeschäft. Die auftretenden Probleme wurden allerdings einerseits durch das damals erfolgreiche Geschäft in Slowenien und andererseits durch fest im Sattel sitzende lokale Geschäftsleiter, die den Expansionskurs der Banken eingeleitet und aufgebaut haben, überdeckt.

3. Reformstau und Krise

Wie bereits dargelegt, waren die slowenischen Genossenschaftsbanken in Kärnten seit dem Jahr 1928 mit dem Raiffeisenverband in Wien verbunden bzw. dort Mitglied und die Zveza-Bank am Dachverband in Wien auch beteiligt. Bei Revisionen, EDV-Systemen, Schulungen waren die Zveza-Bank als Dachverband des slowenischen Genossenschaftswesens in Kärnten sowie die einzelnen Posojilnica-Banken voll eingebunden. Als es zu Malversationen im Zusammenhang mit Wertpapiergeschäften bei der Zveza-Bank kam, musste der Raiffeisenverband in Wien einspringen. Im Gegenzug wurde eine Person für die Geschäftsleitung vom Raiffeisenverband in Wien bestimmt. Erhebliche Unstimmigkeiten gab es außerdem unter den Genossenschaftern der Zveza-Bank selbst, die zum Teil im Jahr 2000 eine Umwandlung der Bank in eine Aktiengesellschaft forderten bzw. insgesamt eine engere Anbindung der Bank an die slowenische Ljubljanska banka anstrebten. Dieses Ansinnen wurde allerdings von der Mehrzahl der Genossenschafter schließlich abgelehnt, und die Bank blieb Teil des Raiffeisen-Genossenschaftssektors. Aufgrund der unterschiedlichen Vorstellungen kam es zu erheblichen Änderungen bei der Zusammensetzung des Vorstandes und des Aufsichtsrates der Bank.

Parallel zu den internen Problemen der Bank kam es zu immer stärkeren strukturellen Änderungen des Bankwesens in Österreich und Slowenien. So verschärfte sich nach und nach die Marktsituation für das Kreditgeschäft

in Slowenien, und die dortigen Zinsmargen wurden immer stärker an das österreichische Niveau angepasst. Bessere Margen waren zunehmend nur noch in riskanteren Geschäften und in Kroatien erzielbar, was später folgenschwere Auswirkungen haben sollte.

Das slowenische Genossenschaftswesen passte sich den geänderten Rahmenbedingungen nicht an. Die sieben Posojilnica-Banken führten selbstständig ihre Geschäfte weiter und leisteten sich jeweils umfangreiche Backoffice-Strukturen und jeweils zwei Geschäftsleiter. Einzelne unrentable Bankfilialen wurden nicht geschlossen, sondern wurden zum Teil sogar – wie etwa in Völkermarkt – zu hohen Kosten ausgebaut. Auch der Personalstand im Sektor blieb unverändert. Außerdem unterblieb eine nachhaltige Sanierung des Warensektors der slowenischen Genossenschaften, und die Bank musste die entstehenden Verluste immer wieder abdecken. Insgesamt baute sich dadurch ein immer größerer Reformstau auf.

Durch die Finanzkrise 2008 und die folgenden niedrigen Zinsen wurde die Situation für die Bank zusätzlich bedenklich. Diese Situation erkennend, forderten führende Proponenten des 2009 neu gewählten Vorstands der Bank die Einleitung von Reformmaßnahmen. Allerdings scheiterte dieses Ansinnen insbesondere an den Geschäftsleitern der einzelnen Posojilnica-Banken, die ihre Position gefährdet sahen. Die Geschäftsleiter der Posojilnica-Banken saßen nämlich zusätzlich auch in den Gremien der Zveza-Bank und übten dort eine bestimmende Rolle aus.

Akut wurde die Situation durch die sich verschärfende schlechte wirtschaftliche Lage in den für das slowenische Genossenschaftswesen sehr wichtigen Märkten Slowenien und Kroatien. Es kam zu erheblichen Kreditausfällen, und die Zahl notleidender Kredite stieg sprunghaft an. Der ohnehin aufgeblähte Genossenschaftsapparat in Kärnten konnte weder die Verluste im Ausland auffangen noch ein positives Betriebsergebnis erzielen. Das Geschäftsjahr 2013 schloss mit Verlusten, doch konnten diese noch aus eigener Kraft bewältigt werden. Während des Geschäftsjahres 2014 kam es zu einer deutlichen Verschlechterung der Situation, und das Ausmaß des Desasters wurde im Frühjahr 2015 offenkundig, als man eine außerordentliche Generalversammlung der Bank einberief und die Genossenschafter darüber informierte, dass aufgrund der erheblichen Verluste voraussichtlich rund 50 Prozent des Werts der Geschäftsanteile der Genossenschafter zur Verlustabdeckung herangezogen werden müssen. Die Situation konnte nur durch das entschiedene Eingreifen des B-IPS (Institutional Protection Scheme) des neugeschaffenen Sicherungssystems des Raiffeisen-Sektors, dem auch die Zveza-Bank beigetreten war, abgesichert werden. Die Jahresverluste des Geschäftsjahres 2014 der Zveza-Bank machten insgesamt EUR 11,8 Mio. aus, wodurch es ohne die vertraglich vereinbarte Hilfestellung durch das B-IPS zu einer Bestandsgefährdung

der Bank gekommen wäre. Zusätzlich wurde durch die FMA die von der Bank zu haltende Eigenmittelquote auf 13,31 Prozent angehoben.

Neben den massiven Schwierigkeiten bei der Zveza-Bank kam es zu massiven Verlusten – bedingt ebenfalls durch Kreditausfälle in Kroatien und Slowenien – bei der Posojilnica-Bank in Ferlach. Da der Solidaritätsfonds des slowenischen Genossenschaftssektors die enormen Verluste nicht mehr decken konnte, war die Bank in ihrem Bestand akut bedroht, zumal es hier kein vertraglich gesichertes Sicherungssystem (B-IPS) gab. Auch in diesem Fall musste Raiffeisen durch das Zeichnen von Ergänzungskapital bzw. neuen Genossenschaftsanteilen die Lage stabilisieren. Die bisher gezeichneten Genossenschaftsanteile wurden zur Gänze zur Verlustabdeckung verwendet.

Das Abdecken der außerordentlichen Verluste bei der Zveza-Bank und der Bank in Ferlach durch Raiffeisen wurde jedoch mit einem umfassenden Restrukturierungskonzept bedingt. Dieses Konzept sah den vollkommenen Rückzug der Bank vom kroatischen und zum Teil auch slowenischen Markt vor. Außerdem sollte das Geschäft in Kärnten neu ausgerichtet, Filialen geschlossen und Mitarbeiter abgebaut werden. Besonders gravierend waren die Einschnitte in die Satzungen, die eine vollkommene Abkehr vom grundsätzlichen Genossenschaftsprinzip, wonach ein Mitglied unabhängig von seiner Kapitaleinlage im Wesentlichen auch nur über eine Stimme verfügt, vorsahen. Eingeführt wurde statt dem ein reines „Kapitalstimmrecht", wodurch die von Raiffeisen neu gezeichneten Geschäftsanteile eine absolute Stimmenmehrheit bei Generalversammlungen garantierten. Ziel und Zweck der Bank wurden beibehalten und den alten (kärntnerslowenischen) Genossenschaftern in einem Zusatzvertrag zur Restrukturierungsvereinbarung bestimmte Sonderrechte bei der Wahl des Vorstandes und der Bestellung der Geschäftsleitung zugesichert. Zentraler Punkt des Restrukturierungskonzepts war zudem die Verschmelzung aller sieben lokalen Genossenschaftsbanken mit der Zveza-Bank als aufnehmendem Institut zu einer einzigen Bank.

Die dramatische Situation bei der Zveza-Bank verschärfte sich im Geschäftsjahr 2015 weiter. In diesem Jahr beliefen sich die Verluste – wiederum zu einem Großteil aufgrund von Wertberichtigungen bei vergebenen Krediten – sogar auf rund EUR 16 Mio. Die zusätzlichen Verluste mussten durch das zusätzliche Zeichnen von Geschäftsanteilen und Ergänzungskapital durch Raiffeisen aufgefangen werden. Während im Geschäftsjahr 2015 die Restrukturierungsschritte nur schleppend umgesetzt wurden, gelang es 2016, nach Wechseln bei den Geschäftsleitern zu schnelleren Ergebnissen zu gelangen. Beachtenswert ist dabei sicherlich das Verschmelzen aller sieben lokalen Banken mit der Zveza-Bank zu einer Bank, der Posojilnica Bank eGen. Der Verschmelzungsprozess

wurde mit der Eintragung der neuen Bank im Firmenbuch am 19. 7. 2016 zu einem Abschluss gebracht.

Außerdem wurden 2016 die Bankfilialen in Kühnsdorf/Sinča vas, Villach/Beljak, St. Michael ob Bleiburg/Šmihel nad Pliberkom und Mittlern/Metlova geschlossen.[20] Der Geschäftsbericht für 2016 weist wiederum einen Jahresfehlbetrag von rund EUR 16 Mio. für die verschmolzene Bank aus. Diese Verluste wurden allerdings durch Rücklagenbewegungen, die insbesondere durch Rücklagen bei den verschmolzenen Posojilnica-Banken möglich wurden, abgefangen, und der Jahresverlust/Jahresgewinn war dadurch ausgeglichen. Mit dem Zusperren von Bankfilialen in Ludmannsdorf/Bilčovs, Schiefling/Škofiče, Völkermarkt/Velikovec, St. Kanzian/Škocjan, Globasnitz/Globasnica und Miklauzhof/Miklavčevo, wogegen in einzelnen Fällen lokal heftig protestiert wurde, sollten künftige Betriebskosten gesenkt werden.[21] Wesentliche Restrukturierungen erfolgten außerdem im Personalbereich. Allein 2016 mussten 25 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Bank verlassen.[22]

Die durchgeführten Einschnitte beim Personal und beim Filialnetz ermöglichten laut Aussagen führender Bankfunktionäre 2017 schließlich unter Herausrechnung aller anderen Positionen beim operativen Geschäft ein positives Resultat. Allerdings waren auch 2017 wiederum erhebliche Wertberichtigungen für Kredite vorzusehen. Diese Berichtigungen bezogen sich vor allem auf Kredite, aus dem Portfolio der einzelnen lokalen Posojilnica-Banken. Erhebliche Kosten verursachte außerdem das Aufarbeiten der notleidenden Kredite – insbesondere in Kroatien. Der Jahresverlust 2017 machte dadurch insgesamt wieder EUR Mio. 8,8 aus.

Für 2018 wird wiederum mit erheblichen Verlusten gerechnet, wobei sich das operative Ergebnis allerdings weiter stabilisieren sollte.

4. Die Gründe für die Krise

Die existenzbedrohende Krise des slowenischen Genossenschaftssektors hat vielfältige Ursachen. An dieser Stelle sollen nur einige wesentliche Gründe aufgezeigt und aufgrund der nur eingeschränkt verfügbaren Unterlagen kursorisch dargelegt werden.

– *Änderungen der Rahmenbedingungen für das Bankgeschäft*

In den letzten 20 Jahren haben sich die Rahmenbedingungen für das Bankgeschäft zunehmend geändert. Grob zusammengefasst ergeben sich vier Problembereiche:

Die Digitalisierung revolutioniert inzwischen das Bankwesen. Neue technische Lösungen eröffnen kostengünstige und schnelle Abläufe.

Kostenintensive Strukturen wie Bankfilialen werden zunehmend überflüssig oder zentralisiert als „Servicezentren“ geführt. Die Art und Weise der Dienstleistungserbringung ändert sich und erfordert neue Mitarbeiterprofile, umfassende Schulungen bzw. bedeutet für all jene, die nicht mithalten können, oft den Jobverlust.

Die Ertragslage im Bankenkerngeschäft (Zinsen) verschlechterte sich in den letzten Jahren drastisch. Kostenintensive Strukturen kamen aufgrund der schlechten Ertragslage zunehmend unter Druck und konnten nicht mehr gehalten werden. Eine entschiedene Verbesserung der Zinssituation ist in absehbarer Zeit nicht zu erwarten.

Die negativen Auswüchse des internationalen Kapitalmarkts und die Finanzkrise 2008 ergaben eine deutliche Steigerung der ohnehin schon vorher nicht geringen Regulierungsdichte im Bankwesen. Für kleine Banken wird die Bewältigung der umfangreichen Dokumentations- und Berichtspflichten nahezu unmöglich, was eine Zentralisierung von Backoffice-Strukturen dringend notwendig macht.

Schließlich kam es im gesamten Bankbereich in den letzten Jahrzehnten zu einer erheblichen Verschärfung der Wettbewerbssituation. Dies betraf besonders stark den slowenischen Markt, der für das slowenische Genossenschaftswesen in Kärnten von großer Bedeutung ist. Das Wachsen und die lange Zeit relativ stabile Situation des slowenischen Genossenschaftssektors in Kärnten war insbesondere auf das erfolgreiche Slowenien-Geschäft zurückzuführen, da zum Beispiel in den Achtzigern aufgrund der außerordentlichen Inflation in Jugoslawien der Sektor stark von jugoslawischen Spareinlagen und viel länger noch von den hohen Kreditzinsen in Slowenien profitierte. In den letzten zwanzig Jahren verschärfte sich der Wettbewerb zunehmend auch im slowenischen Bankensektor, und die Dichte an konkurrenzfähigen Banken wurde immer größer. Die Zinsmargen gingen folglich zurück. Das erfolgreiche Slowenien-Geschäft des slowenischen Genossenschaftswesens in Kärnten, das lange Zeit viele Probleme kaschierte, wurde immer weniger rentabel.

Während die ersten drei Gründe (Digitalisierung, Zinsgeschäft, Regulierungsdichte) jede Bank treffen, so hatte die Verschärfung der Wettbewerbssituation am slowenischen Markt für das slowenische Genossenschaftswesen eine spezifische und überproportional große Bedeutung und entsprechend große Auswirkungen.

– Das Ausbleiben von Reformen

Die immer stärker sich auswirkende Änderung der Rahmenbedingungen hätte auch bei den Banken des slowenischen Genossenschaftswesens in Kärnten zu umfassenden Reformen führen müssen. Diese unterblieben

allerdings weitestgehend, was unmittelbar zur aktuellen Krise/Bestandsgefährdung führte.

Die Hauptverantwortung für das Ausbleiben der Reformen kommt dabei insbesondere den hauptberuflich tätigen, gut bezahlten Geschäftsleitern zu. Diese hatten natürlich den besten Einblick in die wirtschaftliche Lage der Banken und sollten auch die sich ändernden Rahmenbedingungen rechtzeitig erkennen. Trotzdem geschah nichts oder sehr wenig, und dies, obwohl es sieben lokale Posojilnica-Banken und die Zveza-Bank mit jeweils zwei Geschäftsleitern – also insgesamt 16 Führungspersonen – gab. Die Gründe dafür sind vielfältig. Viele der lokalen Geschäftsleiter der Posojilnica-Banken wurden „mit ihren Banken groß". Sie waren jene Personen, die in den Siebzigern und Achtzigern den Aufbau der slowenischen Genossenschaftsbanken in Kärnten vollzogen. In der Regel verfügten sie über keine akademische Ausbildung und waren insbesondere „handwerklich" – also im täglichen Kundengeschäft – versiert. Strategische, weitblickende Entscheidungen kamen wohl zu kurz. Da jeder „Bankdirektor" Chef im eigenen Haus bleiben wollte, kamen Fusionierungen von Banken nicht in Frage. Noch weniger in Frage kamen tiefergreifendere Reformen, die womöglich die eigene Position gefährdeten. Daher wurde das System nicht reformiert bzw. so lange wie möglich der Ist-Zustand fortgeführt. Bei mehreren Geschäftsleitern fiel die aktuelle Krise der slowenischen Genossenschaftsbanken mit der eigenen Pensionierung zusammen.

Natürlich sollten laut Genossenschaftsrecht die Geschäftsleiter von den in der Regel ehrenamtlich tätigen Vorständen und Aufsichtsräten der Bank abhängig sein. Dies blieb allerdings Theorie. In der Praxis beschränkte sich die Arbeit der Vorstände wohl oft auf das „Abnicken" von Vorschlägen der Geschäftsleitung. Klarerweise kann von ehrenamtlich tätigen Funktionären nicht verlangt werden, dass sie einen tieferen Einblick in das Tagesgeschäft der Banken haben. Dabei stellt sich die grundsätzliche Frage, ob für komplexe Geschäfte – wie das Bankwesen – eine Genossenschaft überhaupt eine taugliche Struktur hergibt. Zu fern vom Geschäft und zu wenig Einblick in dieses haben die einzelnen Genossenschafter. Während bei einer GmbH oder AG die Geschäftsführung klar von der Generalversammlung/Hauptversammlung abhängig ist, so kann es im Genossenschaftsbereich zu erheblichen Verzerrungen kommen. Dies kann man gut auch bei den slowenischen Genossenschaftsbanken sehen. So saßen in den Organen der Zveza-Bank, die auch der Revisionsverband der lokalen Posojilnica-Banken war, reihenweise Geschäftsleiter der Posojilnica-Banken. Noch mehr: Die lokalen Geschäftsleiter dominierten ab Ende der Neunzigerjahre den Aufsichtsrat der Zveza-Bank. Damit hatten die Geschäftsleiter de-facto eine Doppelrolle: einerseits beruflich tätiger Geschäftsleiter und andererseits Funktionär der Genossenschaftsbank. Dass es dadurch zu Interessenskonflikten kommen muss, ist klar. Noch klarer ist, dass damit

Reformen, die die einzelnen Posojilnica-Banken treffen würden, unmöglich gemacht wurden. Die dominante Stellung der Geschäftsleiter und die Mängel bei den Besetzungen der Genossenschaftsorgane führen letztlich auch zur Generalversammlung der Genossenschaft, wo die Organe zu wählen sind. Während bei anderen Kapitalgesellschaften der Kapitalgeber klar derjenige ist, der anschafft, so ist dies bei den Genossenschaften nicht der Fall. Auch jene Genossenschafter, die mehr Geschäftsanteile (Kapital) im slowenischen Genossenschaftswesen gezeichnet hatten, verfügten nur über ganz geringe Stimmanteile bei der Generalversammlung, da es entsprechende Stimmrechtsdeckelungen gab. Dadurch und weil die Genossenschaftsbanken jeweils über hunderte, zum Teil sogar tausende Mitglieder verfügten, war die Eigentümerstruktur stark zersplittert. Bei mehreren Banken (eine positive Ausnahme war dabei etwa die Bank in Bleiburg/Pliberk) war es zudem üblich, die Einladungen zur Generalversammlung samt Tagesordnung lediglich in den Geschäftsräumen der Bank auszuhängen, weswegen ein Großteil der Genossenschafter von der Generalversammlung gar nicht erfuhr. Diese Vorgangsweise genügt zwar den rechtlichen Vorgaben, doch ist sie in einer Zeit der alles bestimmenden Informations- und Kommunikationsmedien wohl eine besondere Kuriosität. In der Praxis saßen bei den Generalversammlungen der Banken die Geschäftsleiter samt „ihren Organen" und auch mehrere Bankmitarbeiter, die Genossenschaftsanteile gezeichnet hatten und wohl die vorgegebene Linie ihrer Vorgesetzten deckten. Von den anderen Genossenschaftern kam zu den Generalversammlungen nur ein Bruchteil bzw. hatten diese bei den Generalversammlungen eine sehr geringe Stimmmacht. Die grundsätzlich positive Idee des Genossenschaftsmodells – wonach eine Gruppe von Menschen gleichberechtigt bestimmte gemeinsame wirtschaftliche Interessen verfolgt und regelt – wird dadurch umgedreht zu einer managementgetriebenen Struktur, die losgelöst von ihrer Basis und zum Teil auch vom Genossenschaftszweck agiert.

Derartige Fehlentwicklungen bzw. strukturelle Probleme gibt es wohl bei vielen Genossenschaftsstrukturen. Beim kärntnerslowenischen Genossenschaftswesen kam noch die ethnische Komponente hinzu. Da sich die Volksgruppenangehörigen insbesondere im lokalen Umfeld gut kennen und untereinander vielfach beruflich oder privat verbunden sind, werden Reformen zusätzlich erschwert und Vetternwirtschaft gefördert. Kontrollmechanismen funktionieren schlecht und werden ungenügend vollzogen – insbesondere, wenn es zu Konsequenzen kommen sollte. Die Geschäftsleiter können bestimmte Personalentscheidungen aufgrund von persönlichen Naheverhältnissen nur unzureichend fällen. Insgesamt entsteht durch diese „Verbandelungen" eine Stimmung der gegenseitigen Bestandssicherung und sich gegenseitig Nichtwehtuns. Reformen sind in solchen Umständen besonders schwierig. Dabei ist allerdings nicht zu

übersehen, dass all dies nur die negative Seite der gemeinsamen Volksgruppenzugehörigkeit ist. Die positive Seite, die auch zu beachten ist, ist jene, dass das Entstehen des kärntnerslowenischen Genossenschaftswesens ohne die gemeinsame Volksgruppenzugehörigkeit gar nicht denkbar ist. Auch das Wiederentstehen der Genossenschaften nach dem Zweiten Weltkrieg oder der Aufschwung in den Siebziger- und Achtzigerjahren ist auf das engste mit den gemeinsamen Interessen als Volksgruppe verknüpft. Auch in der aktuellen Krise der Bank sind es gerade die gemeinsamen Volksgruppeninteressen, die die Kundschaft nach wie vor an die Bank binden.

– Riskantere Geschäfte als Ausweg

Die aufgezählten Änderungen bei den Rahmenbedingungen und das Nichtdurchführen der notwendigen Reformen brachten die Banken des kärntnerslowenischen Genossenschaftswesens nach und nach immer mehr unter Druck. Um das teure System ohne substantielle Reformen weiterführen zu können, wurden zunehmend riskante Bankgeschäfte getätigt. Dabei verhielt man sich ähnlich wie einige andere Banken – in Kärnten etwa die Hypo Alpe-Adria Bank –, die mit lockeren Kreditvergaben im Osteuropageschäft groß einsteigen wollten. Die Geschäftsleitungen der einzelnen Posojilnica-Banken und der Zveza-Bank gingen dabei unterschiedlich vor. In einzelnen Fällen eher konservativ, wie etwa die Posojilnica-Bank in Eberndorf/Dobrla vas, die keine selbstständigen Kroatien-Geschäfte tätigte; in den meisten Fällen aber durchaus riskant, und zwar einerseits im Rahmen des Slowenien-Geschäfts und andererseits mit Kreditvergaben an kroatische Kunden im großen Stil (so etwa die Bank in Ferlach/Borovlje). Insbesondere beim Kroatien-Geschäft konnten die kleinen Posojilnica-Banken wegen des Fehlens von Vor-Ort-Strukturen die lokalen Verhältnisse und Kunden nur unzureichend einschätzen. Das enorme Risiko beim Kreditgeschäft führte zunächst aufgrund der höheren Zinsen zu guten Erträgen. Klarerweise aber kam es auch zu Kreditausfällen. Mit der Wirtschaftskrise, die ab 2009 Slowenien und Kroatien voll erfasste, verschärfte sich die Situation zunehmend. Die Krise in beiden Ländern war tief und langanhaltend. Gerechnet auf das Bruttoinlandsprodukt per Kopf hatte Slowenien 2008 bereits 90 Prozent des EU-Durchschnitts erreicht. Der Wert fiel auf 82 Prozent in den Jahren 2013 bis 2015 und stieg erst danach langsam an und betrug im Jahr 2017 85 Prozent des EU-Durchschnitts. Ähnlich in Kroatien, wo das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf im Jahr 2008 63 Prozent des EU-Durchschnitts betrug. Der Wert sank auf 59 Prozent in den Jahren 2014 und 2015 und erreichte im Jahr 2017 nunmehr 61 Prozent.[23] Die sich verschlechternden wirtschaftlichen Bedingungen und die unzureichende Risikoabwägung bei den Kreditvergaben führten nun zu erheblichen und letztlich existenzbedrohenden Kreditausfällen sowohl im

Slowenien- als auch im Kroatien-Geschäft. Dabei ist insbesondere auch auf die unzureichende Revision der einzelnen Banken (in vielen Fällen wurde diese vom Raiffeisen-Sektor durchgeführt) hinzuweisen. Dabei sah man die Werthaltigkeit der einzelnen Kredite wohl zu optimistisch und wiegte die ehrenamtlich tätigen Organe der Bank in Sicherheit.

Die Kreditausfälle, die das Fass letztlich zum Überlaufen brachten, dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Probleme der kärntnerslowenischen Genossenschaftsbanken tiefergehender waren und die riskanten Kreditvergaben lediglich die Folge der nicht durchgeführten Reformen waren.

Conclusio

Die Krise des kärntnerslowenischen Genossenschaftswesens war und ist dramatisch. Mit Unterstützung des Raiffeisensektors konnte das Schlimmste verhindert werden. Die in der Zwischenzeit gesetzten Reformmaßnahmen (Schließung von Bankfilialen, Abbau von Mitarbeitern, Rückzug vom kroatischen Markt) waren notwendig und richtig. In einzelnen Fällen, wie bei der Insolvenz der Warengenossenschaft in Schiefling/Škofiče, hätte man allerdings anders vorgehen sollen.

Große Probleme für die künftige Entwicklung der Posojilnica Bank eGen stellen die rigiden Vorgaben der Raiffeisen-Leitung in Wien dar, wo man aufgrund der dramatisch negativen Erfahrungen aus der Vergangenheit „die Kärntner Leine bewusst kurz zieht". Damit wird aber auch ein engagierteres und flexibleres Agieren der Bank erschwert. Einen zweiten Problemkreis bildet die kärntnerslowenische Basis der Bank. Erstaunlicherweise hielt die Südkärntner Bevölkerung trotz aller Fehlentwicklungen und der schmerzlichen Reformmaßnahmen der Bank die Treue. Es wurde ein System von Regionalbeiräten geschaffen, das den Kontakt zur „Basis" sichern soll. Allerdings funktioniert die Posojilnica Bank eGen als Genossenschaft derzeit eher wie eine Aktiengesellschaft, wo ein einziger Aktionär das Sagen hat. Im Sinne des Genossenschaftsgedankens und einer durchaus auch geschäftlich förderlichen Einbindung der Bevölkerung vor Ort, wie es auch im Raiffeisen-Sektor üblich ist, sollte die Satzung der Bank angepasst werden. Als drittes großes Problemfeld bleiben die schlechten, alten Kredite. Ein schrittweiser Abbau und eine damit verbundene möglichst gute Verwertung werden für die Bank noch lange eine Herausforderung bleiben. Inwiefern es dabei auch zu positiven Überraschungen – wie etwa in einzelnen Fällen bei der Verwertung des Portfolios der Hypo Alpe-Adria Bank – kommen wird, bleibt vorerst dahingestellt. Jedenfalls wird man dann auch sehen, in welchem Ausmaß die in den letzten Jahren erfolgten und aktuell erfolgenden Wertberichtigungen bei den vergebenen Krediten richtig waren.

Anmerkungen

1 Ideengeber für die Gründung der „Posojilnica“ war der aus St. Jakob i. R. stammende Valentin Janežič, der als Militärarzt in Böhmen das dortige Genossenschaftssystem kennenlernte. Zuhause in St. Jakob überzeugte er von dieser Idee den lokalen Pfarrer Franc Treiber sowie den Kaplan Radoslav Knaflič, woraufhin sie zusammen am 5. 9. 1872 die Posojilnica nach tschechischem Modell gründeten.

2 Augustin Malle: Die slowenischen Genossenschaften in Kärnten, in: Österreichische Historikerkommission, Band 23: Nationale Minderheiten im Nationalsozialismus, erster Teil (= Band 23/1): Augustin Malle, Alfred Elste, Brigitte Entner, Boris Jesih, Valentin Sima, Heidi Wilscher: Vermögensentzug, Rückstellung und Entschädigung am Beispiel von Angehörigen der slowenischen Minderheit ihrer Verbände und Organisationen, S. 330. Im Weiteren: Malle: Genossenschaften.

3 Die „deutsche“ Warengenossenschaft in Völkermarkt, die vielfach als erste in Kärnten bezeichnet wird, wurde zwei Monate nach jener in Kühnsdorf gegründet.

4 Vgl. dazu etwa: http://www.zadruzna-zveza.si/index.php?option=com_content&task=view&id=3&Itemid=4.

5 Malle: Genossenschaften, S. 331.

6 Malle: Genossenschaften, S. 336.

7 Malle: Genossenschaften, S. 336.

8 Malle: Genossenschaften, S. 354 und S. 355.

9 Malle: Genossenschaften. S. 356.

10 Vinko Zwitter war Obmann, Tomaž Kupper Revisor der slowenischen Bank in Klagenfurt.

11 Malle: Genossenschaften, S. 393.

12 Malle: Genossenschaften, S. 416.

13 Malle: Genossenschaften, S. 434.

14 Malle: Genossenschaften, S. 460.

15 Vgl. dazu etwa das Interview mit Tonči Schlapper zur Situation in Ferlach und St. Jakob in der Broschüre: Verbindende Banken 140 let/Jahre Posojilnica St. Jakob, 120 let/Jahre Posojilnica Zila, 2012. S. 20.

16 Ebd., S. 19.

17 Vgl. dazu in der Broschüre: 100 Jahre/let Posojilnica Bank Pliberk/Bleiburg, 2008, S. 13.

18 Broschüre der Posojilnica Bank Bleiburg anlässlich der Neueröffnung des umgebauten Bankgebäudes am 28. 5. 1995.

19 Broschüre: 90 Jahre/let Zveza Bank, 2011. S. 11.

20 Siehe dazu: https://kaernten.orf.at/news/stories/2772185/.

21 Siehe dazu: https://volksgruppen.orf.at/slovenci/meldungen/stories/2818155/.

22 Siehe dazu: https://www.poso.at/eBusiness/services/resources/media/1215306369771361740-NA-1274435631941277549-1-3-SL.pdf.

23 Siehe dazu: http://ec.europa.eu/eurostat/web/products-datasets/-/tec00114.

Florian Kandutsch/Robert Klinglmair

Das Finanzwissen der Kärntner Erwerbsbevölkerung – Eine empirische Analyse

1. Einleitung und wissenschaftliche Fragestellung

Im Zuge der jüngsten weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise ist das Finanzwissen, die finanzielle Allgemeinbildung bzw. der in der wissenschaftlichen Literatur gebräuchlich verwendete englische Terminus der „Financial Literacy" als spezifischer Teilbereich der ökonomischen Bildung („Economic Literacy"), wieder vermehrt in den Interessensmittelpunkt von Wirtschaft, Wissenschaft und Politik gerückt. Bereits seit Anfang des Jahrtausends jedoch beschäftigt sich die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) mit ausdifferenzierten Anstrengungen einerseits mit der bestmöglichen Messung des Finanzwissens, andererseits aber auch mit der regelmäßigen Erhebung des finanzielle Angelegenheiten betreffenden Wissens, um daraus im Zuge von „National Strategies for Financial Education" handlungspolitische Implikationen zur Verbesserung der Financial Literacy zu verbalisieren (vgl. OECD/INFE[1], 2016).

Im Angesicht immer komplexer werdender Wirtschaftszusammenhänge und demzufolge auch Finanzprodukte erscheint die Ableitung von „Policy-Maßnahmen" zur Schaffung einer dafür notwendigen Wissensbasis bzw. Ausbau der solchen im Sinne einer Navigationshilfe als dringend erforderlich. Eine entsprechende Financial Literacy stellt einen für die Bevölkerung immer wichtiger werdenden „Life Skill" des 21. Jahrhunderts dar, als eine informierte Bevölkerung nicht nur nachhaltigere persönliche Finanz- und Investitionsentscheidungen treffen kann, sondern auch geldpolitische Strategien bzw. Entscheidungen der Wirtschaftspolitik besser verstanden werden und damit nicht nur positive Effekte auf der Mikroebene entfaltet werden, sondern auch makroperspektivisch zur volkswirtschaftlichen Stabilität beiträgt (vgl. Greimel-Fuhrmann, 2014). Demnach kann Finanzwissen als eine Art komplementäres Element zu regulatorischen Maßnahmen verstanden werden, das auf der Makroebene insbesondere zu einer erhöhten Finanzmarktstabilität beiträgt und in Österreich eines der vorrangigen Ziele der Österreichischen Nationalbank (OeNB) darstellt (vgl. Silgoner und Weber, 2015; OeNB, 2018, online). Gerade aber persönliche Finanzentscheidungen, wie beispielsweise Spar-, Altersvorsorge- und Kreditentscheidungen (vgl. insbesondere Lusardi und Mitchell, 2014; Lusardi

und Mitchell, 2007; Brown et al., 2013; Aubram et al., 2016), oder aber Entscheidungen in einem unternehmerischen Kontext, etwa als Kleininvestor/in (vgl. Drexler et al., 2014), werden im Kontext einer immer stärkeren Vernetzung internationaler Finanzmärkte zunehmend bedeutender. Ein wesentlicher Hauptaspekt betrifft in diesem Zusammenhang die eigene finanzielle Altersvorsorge, die sich vor dem Hintergrund des demographischen Wandels und der sich daraus ergebenden Konsequenzen für das Pensionssystem (Stichwort: „Belastungsquote") zunehmend weg von staatlichen Institutionen in den privaten Verantwortungsbereich verlagert bzw. verlagern wird und die Financial Literacy sich dahingehend als essentiell zeigt. Eine steigende Lebenserwartung und fallende Geburtenzahlen stellen die sozialen Sicherheitssysteme weltweit vor große Herausforderungen. Somit stellt die Ausmerzung von Finanzwissenslücken dahingehend bereits in vielen Ländern eine langfristige politische Priorität dar, da Individuen eine größere Verantwortung hinsichtlich des Sparens, Investierens und Ausgebens von Geld im Rahmen ihres Lebenszyklus zugesprochen bekommen (vgl. Lusardi und Mitchell, 2011). Fehlendes Finanzwissen ist dann problematisch, wenn Individuen nicht in der Lage sind, ihren eigenen finanziellen Wohlstand zu optimieren und Marktinsuffizienzen das Resultat daraus sind; Konsequenzen sind nicht nur eine geringere persönliche, sondern auch soziale Wohlfahrt (vgl. Hastings et al., 2013). Ein den Anforderungen des 21. Jahrhunderts genügendes Finanzwissen ist jedoch eng verbunden mit persönlicher Finanzplanung und Wohlstandsakkumulierung, die seriöse Entscheidungen voraussetzen, um irreversible Schäden in finanzieller Hinsicht zu vermeiden (vgl. Lusardi und Mitchell, 2011; Lusardi, 2011).

Bezogen auf die Konzeptualisierung des Finanzwissen-Konstruktes lassen sich im wissenschaftlichen Diskurs teilweise äußerst heterogene Definitionen finden (vgl. hierzu u. a. Gnan et al., 2007). Diese Definitionen der Financial Literacy reichen von (I) einer spezifischen Form des Wissens, (II) der Fähigkeit, dieses Wissen anzuwenden, (III) dem selbst eingeschätzten Wissen, (IV) adäquatem finanziellen Verhalten bis hin zu (V) finanzieller Erfahrung (vgl. Hung et al., 2009). Die am breitest gefasste Definition stammt dabei von der OECD/INFE (2016), die neben einer Bewusstseins-, Wissens- und Einstellungskomponente auch Informationen über das Verhalten der Befragten hinsichtlich finanzieller Entscheidungen beinhaltet. Laut dieser wird Financial Literacy definiert als:

"A combination of awareness, knowledge, skill, attitude and behaviour necessary to make sound financial decisions and ultimately achieve individual financial wellbeing."

Die wesentlichste Überlegung, die hinter der Verwendung einer solchen Definition steht, ist jene einer adäquaten Messung des Finanzwissensstandes

interessierter Bevölkerungsgruppen. Insgesamt kann Finanzwissen als Facette wirtschaftlicher Kompetenz bzw. ökonomischer Bildung gesehen werden („Economic Literacy"), die sich wiederum als Teilbereich der Allgemeinbildung verstehen lässt. Die OECD-Definition selbst besteht aus einer Kombination von

- ❒ Financial Knowledge (bspw. Wissen zum Wesen von Inflation und Zinsen),
- ❒ Numeracy (bspw. das korrekte Lösen von Zinseszinsaufgaben),
- ❒ Financial Behavior (bspw. Verhaltensweisen wie das Führen eines Haushaltsbudgets) und
- ❒ Financial Attitude (bspw. Einstellung zu Aussagen wie: „Geld ist zum Ausgeben da").

Konsistent mit der Notation, dass Finanzwissen wichtig für finanzielle Optimierung ist, hat sich ein wachsender Anteil wissenschaftlicher Erhebungen mit der Korrelation zwischen Financial Literacy und verschiedenen Aspekten wie Financial Behaviour oder Attitude beschäftigt (vgl. hierzu u. a. Hilgert et al., 2003; Ameriks et al., 2003; Stango und Zinmann, 2009; Choi et al., 2011). Die vorliegende Arbeit lässt diese Aspekte außen vor und konzentriert sich auf bestehende Unterschiede im Wissensstand, nicht jedoch mit ihrer Verbindung zu Einstellungen und dem Umgang mit Geld.

Verkürzt gesagt bedeutet finanziell gebildet zu sein also nicht nur notwendige (ökonomische) Informationen so verarbeiten zu können, um informierte Entscheidungen hinsichtlich Finanzplanung, Wohlstandsakkumulation, Schulden und Pensionen als Outcome zu erzielen, sondern auch Verhaltensweisen und Einstellungen aufzuweisen, die einer soliden finanziellen Basis dienlich sind. Financial Literacy gilt es dabei von Financial Education zu unterscheiden, als dass damit der Prozess des Erwerbs notwendiger Informationen verstanden wird (vgl. Hung et al., 2009). Für eine grundlegende Diskussion des komplexen und sehr variabel verwendeten Begriffs der Financial Literacy sei an dieser Stelle insbesondere auch auf Remund (2010) und Hung et al. (2009) verwiesen.

Betrachtet man sich die empirischen Befunde das Finanzwissen betreffend, welche diversesten internationalen Untersuchungen entnommen werden können, so belegen fast ausnahmslos alle Erhebungen, dass sich mitunter gravierende Wissenslücken von Konsument/innen auftun und somit ein eindeutiger Aufholbedarf identifiziert werden kann (vgl. hierzu u. a. Calcagno und Monticone, 2015; Lusardi und Mitchell, 2011; Atkinson und Messey, 2012). Betreffend des in Österreich verbreiteten Finanzwissens zeigen Greimel-Fuhrmann et al. (2016) auf, dass es ein dringendes Erfordernis darstellt, einerseits das Verständnis von Geld und Finanzen

zu stimulieren, andererseits aber auch die Menschen im Umgang mit Geld und persönlichen Finanzangelegenheiten zu schulen. Silgoner und Weber (2015), die sich für die erste explizit für Österreich durchgeführte Untersuchung des Finanzwissens im Auftrag der OeNB und in Kooperation mit der OECD/INFE verantwortlich zeigen, kommen zu ähnlichen Befunden. Beide Erhebungen sehen demnach einen Bedarf, das Finanzwissen in der Bevölkerung zu vertiefen, insbesondere vor dem Hintergrund, dass gerade auch ein bestimmter Grad an Finanzwissen – neben einer damit verbundenen und verbesserten Grundlage für persönliche Entscheidungen in finanzieller Hinsicht – es der Bevölkerung ermöglicht, geldpolitische Strategien und Entscheidungen der Wirtschaftspolitik besser zu verstehen und damit für eine bereits angesprochene verbesserte Finanzmarktstabilität sorgt (vgl. hierzu Gnan et al., 2007; Silgoner und Weber, 2015).

Das Finanzwissen fällt demnach – wie den diversen nationalen und internationalen Untersuchungen zu entnehmen ist – dürftig und somit nicht hinreichend für solide Finanzentscheidungen aus. Die Wissenslücken beginnen zum Teil bereits bei einfachsten arithmetischen Berechnungen und setzen sich bei dem Verständnis von grundlegenden Wirtschaftsbegriffen bzw. -konzepten fort. Finanzwirtschaftliche bzw. wirtschaftliche Basiskonzepte, die dezidiert keine Expertenkenntnis voraussetzen, wie etwa das Verständnis von Inflation, die Arbeitsweise des Zinseszinseffekts oder die Grundlagen der Risikodiversifikation, werden großteils nicht verstanden (vgl. hierzu u. a. Calcagno und Monticone, 2015; Lusardi und Mitchell, 2011; Atkinson und Messey, 2012). Betreffend bestehender Unterschiede im Finanzwissensstand, differenziert nach interessierenden Bevölkerungsgruppen, konnten Silgoner und Weber (2015) für Österreich belegen, dass die Finanzwissenslücken bei Frauen, Jüngeren sowie Personen mit niedrigem formalen Bildungsniveau besonders deutlich ausfallen. Gerade wenn das Finanzwissen nach sozio-demographischen Merkmalen getrennt betrachtet wird, zeigen sich sehr differenziert vorliegende Ergebnisse. Diese jüngeren österreichischen Befunde, die auch in Allianz (2017) und Aubram et al. (2016) bestätigt werden, schließen an bereits bestehende Literatur an; vor allem das nach sozio-demographischen Merkmalen sehr differenziert vorliegende Finanzwissen ist international recht einheitlich dokumentiert. Ein umfangreicher Überblick potenzieller Einflussfaktoren mit zentralem Stellenwert – auf den an dieser Stelle verwiesen sei – findet sich u. a. in Lusardi und Mitchell (2014). Aber auch weitere Faktoren können einen potenziellen Einfluss auf das Finanzwissen nehmen, wie beispielsweise das kulturelle Kapital oder der derzeitige Familienstand der Befragten, welche bis dato in der Literatur noch nicht untersuchte Zusammenhänge darstellen und im Rahmen der vorliegenden Arbeit beantwortet werden sollen.

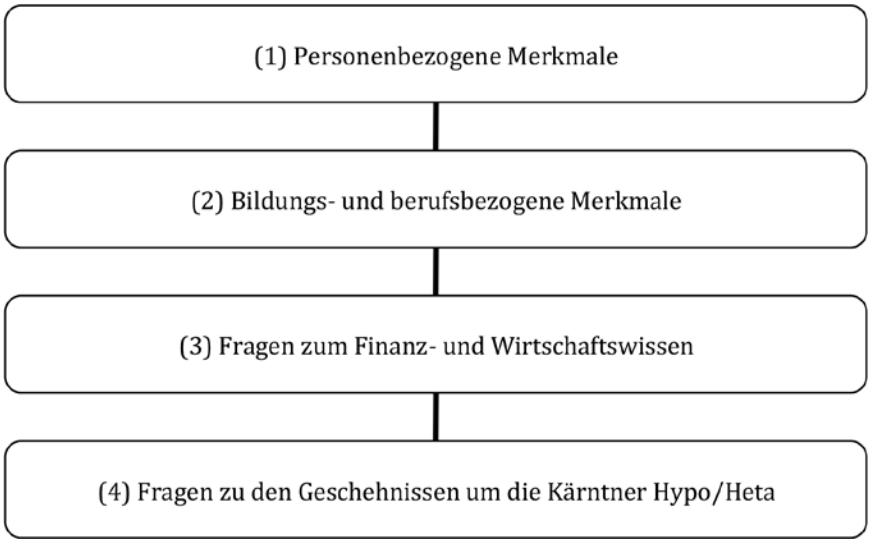
Eine zusammenfassende Betrachtung der einleitenden Darstellungen weist dabei auf das Erfordernis einer breiten Basis an finanziellem Wissen in großen Teilen der Bevölkerung hin, um nicht nur in Bezug auf die Mikro-, sondern auch die Makroebene die Schaffung einer entsprechenden soliden Finanzwissensbasis zu sichern. Ein – finanzielle Aspekte betreffender – Analphabetismus ist demnach gesellschaftlich weit verbreitet und deutet einerseits auf wirtschafts- und bildungspolitischen Handlungsbedarf im Sinne entsprechender „Policy-Maßnahmen" hin, andererseits – im Sinne einer *Forschungslücke* – aber auch auf die Notwendigkeit weiterführender Analysen, da gerade in Österreich und im Speziellen in Kärnten das Finanzwissen und damit verbundene Konzepte (Stichwort „Debt Literacy") empirisch noch wenig beleuchtet sind; diese galt es anhand einer eigenen empirischen Erhebung des Finanzwissens der Kärntner Erwerbsbevölkerung – im gesellschaftlichen Interesse – nachhaltig zu schließen.

So weisen gerade die deutlichen Unterschiede im Finanzwissensstand, getrennt nach sozio-demographischen Merkmalen, auf eine nicht-pauschalierte Vorgehensweise zur Behebung dieser Wissensdefizite hin, die weiter ausdifferenzierte Anstrengungen zur Erlangung breiterer und detaillierter Erkenntnisse in diesem Forschungsfeld implizieren. Demnach gilt ein besseres bzw. tieferes Verständnis der Einflussfaktoren des Finanzwissens als notwendiger Ausgangspunkt, um der (regionalen) Bildungspolitik Handlungsempfehlungen für die Implementierung von Maßnahmen zur Verbesserung des Finanzwissens betroffener Personengruppen zu liefern. Daher hat es sich dieser Beitrag zum Ziel gesetzt, auf Basis von univariaten Analysen und etwaigen Unterschieden im Finanzwissensstand ausgewählte Merkmale herauszuarbeiten, um jene Personen der Kärntner Erwerbsbevölkerung zu identifizieren, die dahingehend den größten Aufholbedarf aufweisen.

2. Erhebungsmethodik und Eckdaten der empirischen Erhebung

Vor diesem Hintergrund wurde eine erstmals explizit für das Bundesland Kärnten initiierte Untersuchung seitens des Landes Kärnten und der Arbeiterkammer Kärnten gemeinsam mit der Alpen-Adria-Universität initiiert, um die in der Kärntner Erwerbsbevölkerung verbreitete Financial Literacy zu erheben und etwaige Unterschiede im Finanzwissensstand der Bevölkerung – getrennt nach diversen Charakteristika (z. B. Geschlecht, Alter, formales Bildungsniveau etc.) – herauszuarbeiten. Durch diese Vorgehensweise kann der regionalen Bildungspolitik ein erster Anhaltspunkt im Sinne empirischer Evidenz für handlungspolitische Maßnahmen zur Stimulierung des in der Bevölkerung verbreiteten Finanzwissensstandes geliefert werden, da Interventionsstrategien auf wissenschaftlichen

Abbildung 1: Struktur des Erhebungsinstruments



Quelle: eigene Darstellung

Erkenntnissen aufbauen müssen, insofern diese effektiv und effizient gestaltet sein sollen. Durch diese Vorgehensweise kann ein differenziertes Bild des Finanzwissens gezeichnet werden, welches es ermöglicht, genau jene Personen(gruppen) mit gezielten Maßnahmen anzusprechen, die dahingehend den größten Aufholbedarf aufweisen.

Um einen vertieften Einblick in das Finanzwissen der Kärntner/innen zu erhalten und die forschungsleitende Fragestellung zu beantworten, wurde ein modular aufgebauter Fragebogen[2] mit insgesamt 59 Fragen konzipiert, der sich in insgesamt vier Teilbereiche gliedert (vgl. *Abbildung 1*). Im ersten Modul des Erhebungsinstruments wurden personenbezogene Merkmale der Befragten (Alter, Geschlecht, Hauptwohnsitz und/oder ein etwaiger Migrationshintergrund etc.) abgefragt, um einerseits die Repräsentativität der Stichprobe überprüfen sowie andererseits – in Hinblick auf die gewählte Forschungsfrage – mögliche signifikante Unterschiede hinsichtlich des Finanz- und Wirtschaftswissens in Abhängigkeit von sozio-demographischen Charakteristika identifizieren zu können.

Im zweiten Modul wurden zudem zahlreiche berufs- und bildungsbezogene Merkmale detailliert beleuchtet und die sozio-demographischen Faktoren aus Modul eins um weitere interessierende Faktoren erweitert. Die inkludierten Fragen reichen dabei von der aktuellen Stellung im Beruf (Arbeitsmarktstatus, Beschäftigungsumfang, Branche, Einkommen in

Kategorien[3] etc.), über Perioden (und Dauer) von Arbeitslosigkeit bis hin zur finanziellen Situation des befragten Haushalts. Hierbei interessieren neben den finanziellen Rahmenbedingungen (z. B. materielle Deprivation im Sinne von EU-SILC; vgl. Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz, 2017) vor allem die Einstellung zu Geld, das Konsumverhalten, das bestehende Finanzportfolio sowie die subjektiv eingeschätzte Risikobereitschaft der Befragten, womit der Begriff der Financial Literacy vollumfänglich betrachtet werden kann und deren detaillierte Auswertung sich in Klinglmair et al. (2018) finden lassen. Daneben stehen auch das soziale und kulturelle Kapital des Haushalts („Bücherfrage") und vor allem das formale Bildungsniveau im Fokus der Erhebungen, um analysieren zu können, inwiefern sich das Finanzwissen nach den erworbenen Qualifikationen unterscheidet.

Den Hauptteil des Erhebungsinstruments stellte das dritte Modul dar, in welchem zu Beginn Fragen zum allgemeinen Wirtschaftswissen und zu wirtschaftlichen Standardbegriffen (z. B. Inflation, Wirtschaftsleistung, Budgetdefizit) abgefragt wurden, um zusätzlich auch Kompetenzen im Sinne von „Economic Literacy" – als ein Nebenprodukt – mit zu analysieren. Neben einer Selbsteinschätzung des Finanzwissens wurde dieses anhand der gängigen OECD-11-Standardfragen erhoben; die dabei gestellten Fragen zum Finanzwissen können Tabelle 1 entnommen werden, in welcher die richtige Antwortoption jeweils in **fett** angegeben ist. Diese beinhalten neben den von Lusardi und Mitchell (2006) entworfenen und fundamentalen, vielen Studien zugrundeliegenden „Big Three"-Fragen weitere seitens der OECD entworfene Fragestellungen (OECD/INFE, 2015). Alle gestellten Finanzwissensfragen sind dabei von den vier Grundprinzipien von Lusardi und Mitchell (2011) geprägt:

1. *Schlichtheit/Einfachheit:* Finanzielle Grundkonzepte – im Sinne des ABC's der Finanzen – wurde abgefragt.
2. *Relevanz:* Die Fragen zielen darauf ab, relevante – und mitunter tagtägliche – Finanzentscheidungen über den gesamten Lebenszyklus abzudecken.
3. *Bündigkeit:* Für eine breite Adoption der Teilnahme wurden die Fragen in ihrer Länge und Anzahl relativ kurzgehalten.
4. *Kapazität zur Differenzierung:* Die Fragen mussten es erlauben, zwischen unterschiedlichen Levels der Financial Literacy (bzw. Knowledge) zu unterscheiden.

Trotz der Kritik an den OECD-Wissensfragen – die mitunter auch gerechtfertigt ist – (vgl. Greimel-Fuhrmann 2014; Lusardi und Mitchell 2014; Schmeiser und Seligman 2013) zeigen sich diese als nach wie vor adäquatestes Instrumentarium zur Messung der Financial Literacy mit dem großen Vorteil internationaler Vergleichbarkeit.

Tabelle 1: OECD-11-Standardfragen zum Finanzwissen

Konzept	Fragenstellung	Antwortoptionen
Division	*Fünf Brüder bekommen € 1.000 geschenkt. Wenn sie das Geld gleichmäßig teilen müssen, wie viel erhält dann jeder?*	**€_(200,–)_** Weiß nicht Keine Angabe
Inflation	*Wenn die Brüder ein Jahr warten müssten, bis sie ihren Anteil an den € 1.000,– erhalten (und die Inflationsrate bleibt konstant bei 2 %), können sie sich mit ihrem Anteil dann …*	… mehr kaufen als sie es heute können? … genauso viel kaufen? … **oder weniger kaufen, als sie es heute können?** Weiß nicht Keine Angabe
Realzins	*Wenn Sie für Ihr Sparguthaben Zinsen in Höhe von 1 % pro Jahr bekommen und die Inflation 2 % beträgt: Wie viel könnten Sie sich mit dem Geld auf Ihrem Konto nach einem Jahr kaufen (angenommen, Sie müssten keine Kontoführungsgebühr zahlen)?*	Mehr als heute Genau so viel **Weniger als heute** Weiß nicht Keine Angabe
Nullzins	*Sie leihen einem Freund/einer Feundin abends € 25,– und diese/r gibt Ihnen am nächsten Tag € 25,– zurück. Wie viele Zinsen hat er/sie auf diesen Kredit gezahlt?*	**%_(0)_** Weiß nicht Keine Angabe
Zinsen n. 1 Jahr	*Sie legen € 100,– auf einem gebührenfreien Sparkonto mit einem garantierten Zinssatz von 2 % pro Jahr an. Sie zahlen kein weiteres Geld auf dieses Konto ein und Sie heben auch keines ab. Wie hoch wäre der Kontostand einschließlich Zinsen am Ende des ersten Jahres (angenommen, Sie müssten keine Kapitalertragssteuer ([KESt] zahlen)?*	**€_(102)_** Weiß nicht Keine Angabe
Zinseszins	*Und wie hoch wäre der Kontostand nach fünf Jahren (angenommen, Sie müssten keine KESt zahlen)?*	**Mehr als € 110,–** Genau € 110,– Weniger als € 110,– Oder ist die Antwort anhand der verfügbaren Information unmöglich? Weiß nicht/Keine Angabe
Fremdwährungskredit	*Stellen Sie sich vor. Sie haben einen Kredit in Schweizer Franken aufgenommen und der Euro wertet gegenüber dem Schweizer Franken ab. Was meinen Sie, müssen Sie dann in Euro mehr oder weniger zurückzahlen?*	**Mehr zurückzahlen** Genauso viel wie vorher Weniger zurückzahlen Weiß nicht/Keine Angabe
Zinsen – Anleihen	*Wenn Zinsen steigen, was passiert dann üblicherweise mit dem Kurs von Anleihen?*	Der Kurs steigt. **Der Kurs fällt.** Der Kurs bleibt gleich. Es gibt keinen Zusammenhang zwischen dem Kurs von Anleihen und dem Zinssatz. Weiß nicht/Keine Angabe
Risiko – Ertrag	*Eine Geldanlage mit hoher Rendite ist wahrscheinlich sehr risikoreich.*	**Richtig** Falsch Weiß nicht/Keine Angabe
Lebenshaltungskosten	*Eine hohe Inflation bedeutet, dass die Lebenserhaltungskosten rasch steigen.*	**Richtig** Falsch Weiß nicht/Keine Angabe
Risikostreuung	*Normalerweise lässt sich das Anlagerisiko am Aktienmarkt verringern, indem man eine Vielzahl verschiedener Aktien kauft.*	**Richtig** Falsch Weiß nicht/Keine Angabe

Quelle: eigene Darstellung

Die Fragen zur Messung des Finanzwissensstandes reichen dabei von Grundrechnungsarten im finanziellen Kontext über das Verständnis von Inflation, der Arbeitsweise des Zinseszinseffekts bis hin zu komplexeren Konzepten, wie etwa dem Zusammenhang von Zinsen und Anleihen oder jenes der Risikostreuung; hingewiesen sei an dieser Stelle, dass keine dieser Fragen explizites Expertenwissen voraussetzt.

Abgerundet wurde der Fragebogen mit zahlreichen Fragen zu den Geschehnissen rund um die Kärntner Hypo-Alpe-Adria (idF Heta Asset Resolution Heta), deren detaillierte Auswertungen sich ebenfalls in Klinglmair et al. (2018) finden lassen.

Die Zielgruppe der empirischen Erhebung umfasste dabei alle Kärntner/innen im erwerbsfähigen Alter zwischen 15 und 64 Jahren. Dabei umfasste die Grundgesamtheit laut Daten der amtlichen Statistik zum Zeitpunkt der Stichprobenziehung 367.390 Personen (Stand: 01.01.2017; vgl. Statistik Austria, 2017a, online). Über das Zentrale Melderegister (ZMR) wurde eine uneingeschränkte Zufallsstichprobe von rund 2 Prozent (N = 7.360) gezogen und im Anschluss der Fragebogen postalisch an den ausgewählten Adressatenkreis versendet. Mit einem Rücklauf von n = 1.008 verwertbaren Fragebögen bzw. einer Rücklaufquote von 13,7 Prozent steht für die folgenden Auswertungen ein umfangreiches als auch qualitatives und der Kärntner Erwerbsbevölkerung – im Wesentlichen – repräsentatives Datensample (etwa hinsichtlich Geschlecht, Alter, Regionalität, formalem Bildungsniveau etc.) zur Verfügung. Der im Vorfeld der Erhebung erwartete Rücklauf von rund 10,0–12,0 Prozent wurde damit deutlich übertroffen und zeigt sich im Vergleich der Größe der Stichprobe mit anderen Studien, die insbesondere bis dato für Österreich vorliegen, als äußerst breit (vgl. Silgoner und Weber, 2015; OECD/INFE, 2016; Allianz, 2017; Aubram et al., 2016).

An dieser Stelle sei noch ein kurzer Überblick auf die Repräsentativität der Stichprobe gegeben. Für weiterführende Informationen dahingehend sei auf den Projektendbericht bzw. die zugehörige Publikation verwiesen (vgl. Klinglmair et al., 2018). In Hinblick auf die Altersverteilung bestehen geringfügige Abweichungen von der Grundgesamtheit: Während die jüngeren Alterskohorten bis 39 Jahre in der Stichprobe unterrepräsentiert sind, rangieren umgekehrt die Werte der über 39-Jährigen (marginal) über den Vergleichswerten der Grundgesamtheit. Trotz dieser leichten Unterschiede in der Verteilung entspricht das Durchschnittsalter der Stichprobe mit 44,2 Jahren (Median: 47 Jahre) nahezu jenem der Grundgesamtheit (41,4 Jahre; vgl. Statistik Austria, 2017a, online; eigene Berechnungen). Hinsichtlich des Geschlechts zeigte sich ebenfalls eine ähnliche Verteilung wie in der Grundgesamtheit. In den erhobenen Daten verteilte sich das Geschlecht der Befragten auf 46,8 Prozent männliche und 53,2 Prozent

weibliche Befragte. Das Geschlechterverhältnis in der Grundgesamtheit verteilt sich auf 50,1 Prozent Männer und 49,9 Prozent Frauen (vgl. Statistik Austria, 2017a, online).

Des Weiteren ist die Stichprobe auch regional nach Bezirken annähernd optimal verteilt, und es bestehen laut Daten der amtlichen Statistik nur geringfügige Abweichungen zur Grundgesamtheit. Werden die Daten zusätzlich auf NUTS-3-Regionen[4] aggregiert, verringern sich die Abweichungen weiter: So hat im erhobenen Datensample mehr als die Hälfte der Befragten ihren Hauptwohnsitz in der Region Klagenfurt-Villach (Zentralraum: 49,0 Prozent), weitere 27,5 Prozent in der Region Oberkärnten (Hermagor, Spittal, Feldkirchen) und die restlichen 23,5 Prozent in der Region Unterkärnten (St. Veit, Völkermarkt, Wolfsberg). In der Grundgesamtheit zeigt sich diesbezüglich eine Verteilung von 51,3 Prozent auf den Zentralraum, 22,0 Prozent auf Ober- und 26,7 Prozent auf Unterkärnten (vgl. Statistik Austria, 2017b, online; eigene Berechnungen). Somit sind die ländlichen Regionen Kärntens ebenfalls in ausreichendem Ausmaß in der Stichprobe vertreten.

Abschließend sei noch das formale Bildungsniveau der Befragten betrachtet. Wird das Bildungsniveau gemäß der ISCED-2011-Klassifikation[5] eingeteilt, so zeigt sich im Wesentlichen eine ähnliche Verteilung wie in der Grundgesamtheit: Der Anteil der Hochqualifizierten liegt mit 25,8 Prozent jedoch über dem dazugehörigen Wert in der Grundgesamtheit (14,0 Prozent), jene mit maximal Pflichtschulbildung (12,1 Prozent) hingegen unter dem Referenzwert von 14,1 Prozent. Personen, die in die Kategorie des mittleren Bildungsniveaus fallen, liegen ebenfalls etwas unter dem Referenzwert der Grundgesamtheit mit 71,9 Prozent (62,1 Prozent; vgl. Statistik Austria, 2017, S. 143). Zusammenfassend lässt sich damit in Hinblick auf das Datensample und die Repräsentativität dessen festhalten, dass im Rahmen der empirischen Erhebung ein breites und im Wesentlichen repräsentatives Datensample für die weiteren statistischen Auswertungen zur Verfügung steht, die nun nachfolgend detailliert präsentiert werden.

3. Das Finanzwissen der Kärntner Erwerbsbevölkerung im Überblick und Detail

Bevor in den nächsten beiden Abschnitten die detaillierten Ergebnisse hinsichtlich etwaiger Unterschiede im Finanzwissensstand nach ausgewählten personen- (Abschnitt 3.1.) bzw. bildungs- und berufsbezogener Charakteristika (Abschnitt 3.2.) dargestellt werden, folgt an dieser Stelle ein Überblick der Ergebnisse der Gesamtstichprobe.

Bezogen auf diese konnten die befragten Kärntner/innen im Alter zwischen 15 und 64 Jahren im Durchschnitt 8,19 richtige Antworten auf die

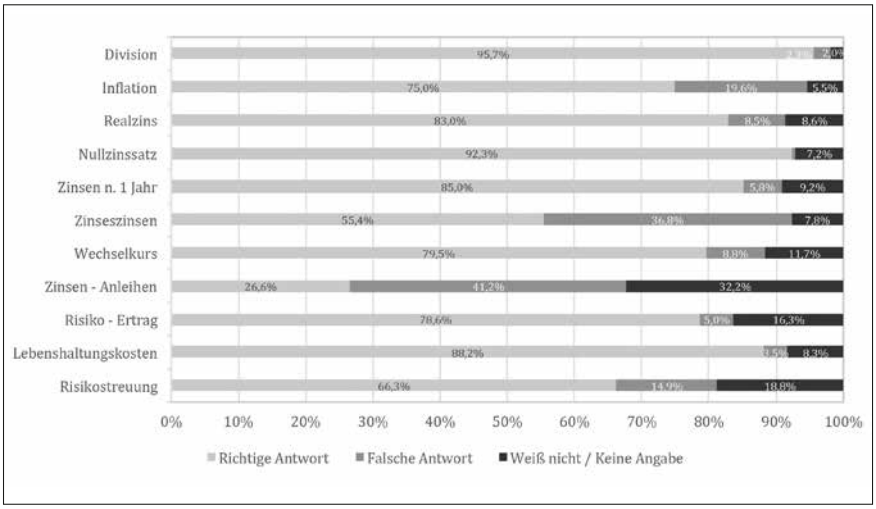
elf gestellten Standardfragen zum Finanzwissen geben. Allerdings zeigte sich im Detail, dass der Anteil richtiger Nennungen bei den einfachen Fragen, die lediglich das Verständnis von Division, Zinsen oder Inflation erfordern, relativ hoch ist. Bei den vergleichsweise schwierigeren Fragen (z. B. Zinseszinseffekt oder Zusammenhang zwischen Zinsen und Anleihen) sinkt der Anteil richtiger Antworten jedoch merklich und weist damit auf – teilweise – erhebliche Wissenslücken hin, zudem keine der gestellten Fragen explizites Expertenwissen erfordert (vgl. Abbildung 2). Aus der Grafik kann gefolgert werden:

- ❒ 1.000 € durch fünf konnten 95,7 Prozent der Befragten korrekt berechnen – „Division".
- ❒ Drei Viertel der Befragten (75,0 Prozent) verstehen, dass, wenn man ein Fünftel der 1.000 € erst nach Ablauf eines Jahres bekommt und es eine konstante Inflationsrate von 2 Prozent gegeben hat, man sich weniger kaufen kann als zu Beginn dieses – „Inflation".
- ❒ Die Frage zum Realzins konnten 83,0 Prozent der Kärntner/innen richtig beantworten – „Realzins".
- ❒ 92,3 Prozent wissen, dass wenn man sich heute 25 € leiht und morgen 25 € wieder zurückgibt, man keine (0 Prozent) Zinsen auf diesen Kredit gezahlt hat – „Nullzinssatz".
- ❒ Eine einfache Zinsrechnung konnten 85,0 Prozent der Befragten richtig lösen – „Zinsen nach 1 Jahr".
- ❒ Die Arbeitsweise des Zinseszinseffekts versteht nur etwas mehr als die Hälfte (55,4 Prozent) – „Zinseszinsen".
- ❒ Schwankungen des Wechselkurses samt daraus entstehender Implikationen verstehen 97,5 Prozent der befragten Kärntner/innen – „Wechselkurs".
- ❒ Den Zusammenhang zwischen Zinsen und Anleihen konnte rund ein Viertel der Befragten korrekt interpretieren (26,6 Prozent) – „Zinsen – Anleihen".
- ❒ Dass man mehr Risiko eingehen muss, wenn man mehr Ertrag aus seinen Investitionen generieren möchte, wussten 78,6 Prozent – „Risiko – Ertrag".
- ❒ 88,2 Prozent der Befragten verstehen, dass die Lebenshaltungskosten rasch steigen, wenn eine hohe Inflation herrscht – „Lebenshaltungskosten".
- ❒ Das Konzept der Risikostreuung kennen knapp zwei Drittel der befragten Personen (66,3 Prozent) – „Risikostreuung".

Verglichen mit der unmittelbar vergleichbaren Untersuchung des Finanzwissens für Gesamtösterreich von Silgoner und Weber (2015), fallen die

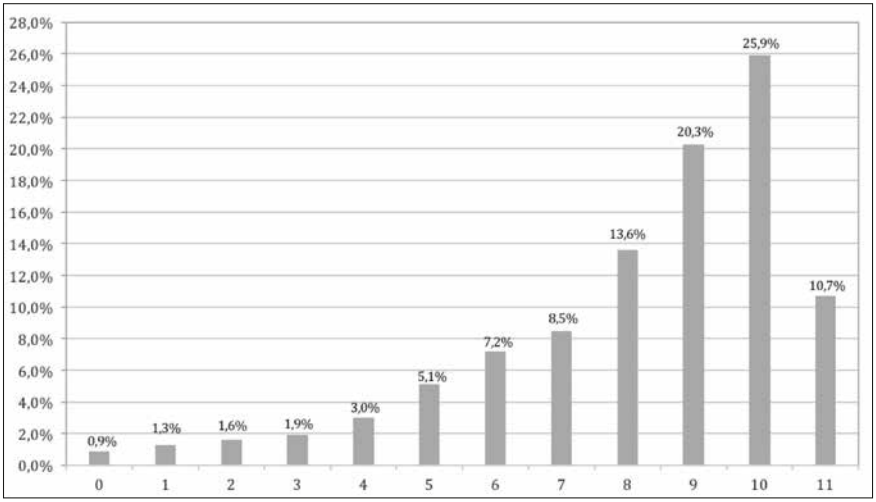
Ergebnisse der vorliegenden Erhebung sehr ähnlich aus. Auffallend ist, dass die Frage bzgl. der Auswirkung einer Abwertung des Euro gegenüber dem Schweizer Franken auf den Fremdwährungskredit seitens der

Abbildung 2: Antworten auf die OECD-11-Standardfragen *(n = 1.008)*



Quelle: eigene Berechnungen und Darstellung

Abbildung 3: Anteile richtig beantworteter OECD-11-Standardfragen *(n = 1.008; in Prozent)*

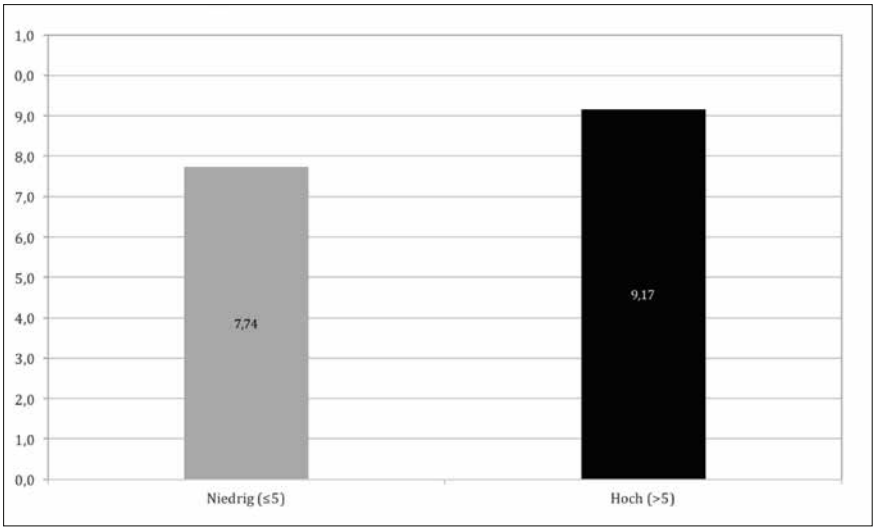


Quelle: eigene Berechnungen und Darstellung

befragten Kärntner/innen signifikant häufiger richtig beantwortet wurde (79,0 Prozent vs. 54,0 Prozent bei Silgoner und Weber, 2015, S. 43). In der Untersuchung der OeNB konnten rund 36,0 Prozent der Umfrageteilnehmer/innen mehr als acht Fragen richtig beantworten. Dieser Anteil fällt in Kärnten mit 56,9 Prozent um mehr als 20 Prozentpunkte höher aus; jeder Zehnte konnte alle elf Fragen korrekt beantworten (4,0 Prozent bei Silgoner und Weber, S. 43.; vgl. Abbildung 3)

Ein interessanter Befund betrifft die subjektive Selbsteinschätzung der Befragten hinsichtlich ihres Finanzwissens, welches objektiv durch die Anzahl richtiger Fragen gemessen werden kann. Auf einer elfstufigen Skala von 0 bis 10 konnten die befragten Personen ihr selbst eingeschätztes Finanzwissen angeben, wobei 0 bis 5 als ein niedriges und 6 bis 10 als hohes selbst eingeschätztes Finanzwissen indiziert wurde. Anders als in anderen Erhebungen, in denen ein „Mismatch" zwischen dem subjektiven und objektiven Finanzwissensstand identifiziert werden konnte (vgl. Lusardi und Mitchell, 2014; Lusardi, 2011; Bucher-Koenen et al., 2012), konnten sich die Kärntner/innen ihre Financial Literacy relativ gut einschätzen (vgl. Abbildung 4). Befragte, die angaben, ein vermeintlich hohes Finanzwissen zu besitzen (35,6 Prozent), konnten mit 9,17 richtiger Angaben im Schnitt mehr als 1,4 Fragen richtig beantworten als jene Befragten, die ihr Wissen selbst als niedrig einstufen würden (64,4 Prozent; 7,74).

Abbildung 4: Mittelwert der richtig beantworteten OECD-11-Standardfragen nach Selbsteinschätzung des Finanzwissens *(n = 974)*



Quelle: eigene Berechnungen und Darstellung

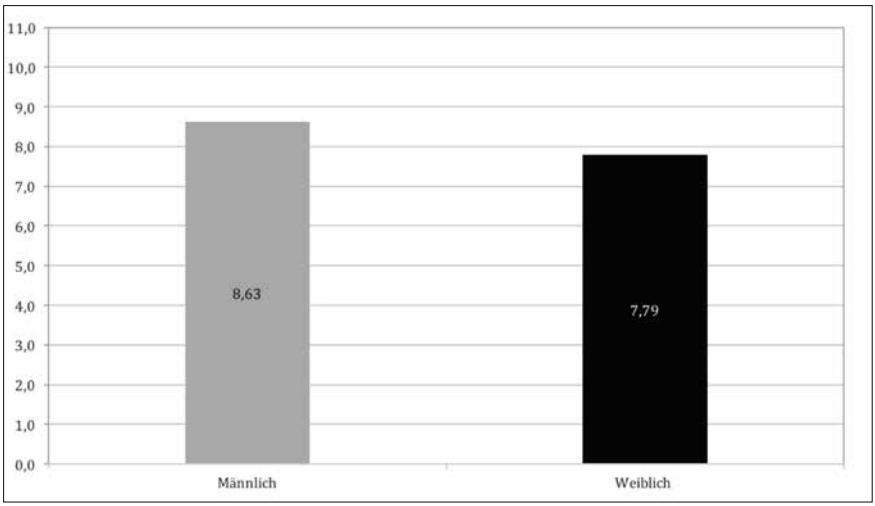
Dieses Ergebnis konnte auf Basis eines t-Tests[6] als statistisch hoch signifikant nachgewiesen werden ($t = -10{,}717$; $p = 0{,}000$). Überraschenderweise liegt in vielen Ländern das selbst eingeschätzte Finanzwissen nahe beim tatsächlichen, in Ländern wie Polen, Brasilien, Südafrika und Thailand konnte jedoch ein gewisses Maß an Selbstüberschätzung identifiziert werden (vgl. OECD/INFE, 2016).

Befund 1: *Bezogen auf das Gesamtergebnis der Untersuchung des in der Kärntner Erwerbsbevölkerung verbreiteten Finanzwissens kann den Befragten mit durchschnittlich 8,19 richtig beantworteten Finanzwissensfragen ein grundsätzlich positives Zeugnis ausgestellt werden. Im Vergleich zu der Untersuchung seitens der OeNB bzw. OECD – die unmittelbar mit der vorliegenden Untersuchung vergleichbar ist – schneiden die Kärntner/innen besser ab. Gerade aber vergleichsweise komplexere Konzepte wie z. B. jene des Zinseszinseffekts bzw. dem Zusammenhang zwischen Zinsen und Anleihen werden zu großen Teilen nicht verstanden und deuten auf einen Aufholbedarf hin. Zwar konnte knapp jeder Zehnte alle elf Fragen richtig beantworten, 43,1 Prozent jedoch maximal acht, wobei keine dieser OECD-11-Standardfragen explizites Expertenwissen erfordert. Die Befragten zeigen eine gute Selbsteinschätzung ihres Finanzwissens, zum Unterschied von jenen, die angaben, über ein vermeintlich hohes Finanzwissen zu verfügen, dies auch statistisch signifikant tun und eine grobe Selbstüberschätzung der eigenen Fähigkeiten für Kärnten nicht identifiziert werden konnte.*

3.1 Finanzwissen im Detail nach personenbezogenen Merkmalen

Eine Betrachtung des Finanzwissens der Kärntner Erwerbsbevölkerung, differenziert nach dem Geschlecht der Befragten, zeigt, dass Frauen mit einem Mittelwert von 7,79 korrekter Antworten deutlich unter dem Wert von Männern mit 8,64 rangieren und somit eine geschlechterspezifische Divergenz herausgearbeitet werden konnte (vgl. Abbildung 5). Auf Basis eines t-Tests konnte dieses Ergebnis zudem als statistisch hoch signifikant nachgewiesen werden ($t = 5{,}605$; $p = 0{,}000$). Auch bei der von Silgoner und Weber (2015, S. 45) durchgeführten Untersuchung konnten deutliche geschlechtsspezifische Unterschiede für Gesamtösterreich festgestellt werden, indem Frauen größere Wissenslücken im Finanzwissensstand aufweisen als Männer; auch Allianz (2017) und Aubram et al. (2016) kamen zu ähnlich deutlichen Unterschieden, getrennt nach dem Geschlecht, für Österreich. Internationale Untersuchungen unterstreichen diese vorliegenden österreichischen Ergebnisse (vgl. dazu Lusardi und Mitchell, 2014; Almenberg und Dreber, 2015; OECD, 2016).

Abbildung 5: Mittelwert der richtig beantworteten OECD-11-Standardfragen nach Geschlecht *(n = 998)*

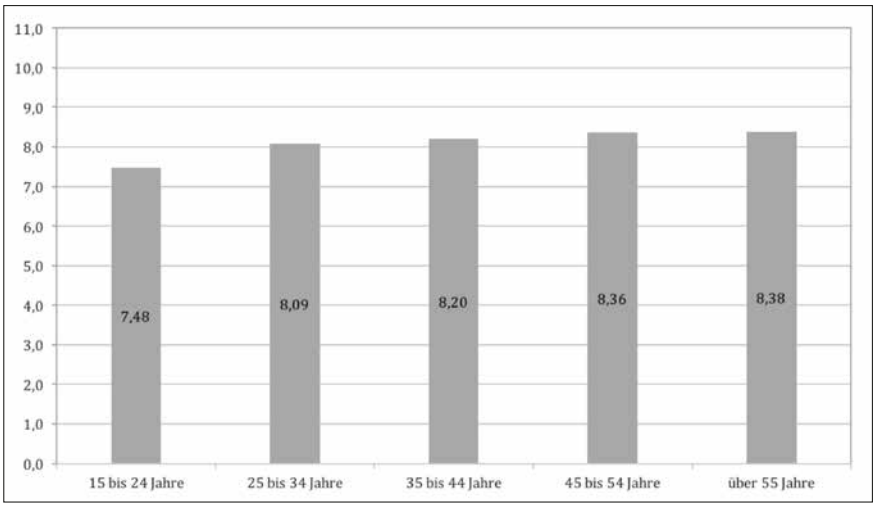


Quelle: eigene Berechnungen und Darstellung

Neben dem Geschlecht der Befragten zeigt sich auch hinsichtlich des Alters ein signifikanter Einfluss auf die Anzahl richtiger Antworten: Während in der jüngsten Alterskohorte[7] im Durchschnitt 7,48 der elf Finanzwissensfragen richtig beantwortet werden konnten, liegt die Anzahl richtiger Antworten von Personen über 55 Jahren mit 8,38 deutlich darüber. Wie die nachstehende Abbildung 6 verdeutlicht, nimmt die Anzahl richtiger Antworten mit dem Alter zu, wobei die Unterschiede zwischen den jüngeren Altersgruppen größer ausfallen. Mithilfe einer einfaktoriellen Varianzanalyse[8] konnte dieses Ergebnis als statistisch hoch signifikant nachgewiesen werden ($F = 3{,}65$; $p = 0{,}005$). Der positive Zusammenhang zwischen Alter und Anzahl richtiger Antworten konnte auch in bereits vorliegenden Studien identifiziert werden. So zeigen etwa Silgoner und Weber (2015), dass die Wissenslücken bei den Jüngeren, die noch in Ausbildung stehen und damit noch nicht in vollem Umfang am Wirtschafts- und Berufsleben teilnehmen, besonders groß sind. Auch in Allianz (2017) wird für Österreich verdeutlicht, dass die Gruppe der „*Millenials*"[9] über ein geringeres Finanzwissen verfügt als vergleichsweise ältere Personen; ein Ergebnis, das auch international recht einheitlich dokumentiert ist (vgl. u. a. Lusardi et al., 2010).

Regionalspezifische Unterschiede im Sinne eines Stand-Land-Gefälles konnten auf Basis der generierten Daten und nach Gliederung in

Abbildung 6: Mittelwert der richtig beantworteten OECD-11-Standardfragen nach Altersgruppen *(n = 993)*



Quelle: eigene Berechnungen und Darstellung

NUTS-3-Gebietseinheiten[10] nicht identifiziert werden. Personen, die im Zentralraum Kärnten ihren Wohnsitz haben (49,0 Prozent), konnten zwar mit einem Score von 8,26 mehr Fragen richtig beantworteten als Befragte aus Unter- (23,5 Prozent: 8,06) bzw. Oberkärnten (27,5 Prozent: 8,20), die Unterschiede fallen aber zu marginal für einen statistisch signifikanten Unterschied getrennt nach Region aus (einfaktorielle ANOVA: $F = 0{,}62$; $p = 0{,}538$; $n = 1.005$).

Getrennt nach einem etwaigen Migrationshintergrund – und damit verbundener sprachlicher Probleme (Mutter- bzw. Alltagssprache) –, konnte ein Unterschied im Finanzwissensstand der Bevölkerung identifiziert werden. Befragte mit einem Migrationshintergrund erster Generation (8,7 Prozent) erreichten mit einem Mittelwert von 7,64 richtig beantworteter Finanzwissensfragen ein – auf Basis eines t-Tests und einem Signifikanzniveau von zumindest 10 Prozent – statistisch signifikant niedrigeres Ergebnis als Personen ohne Migrationshintergrund (91,3 Prozent), die durchschnittlich 8,24 Fragen korrekt beantworten konnten ($t = 1{,}957$; $p = 0{,}053$; $n = 1.008$).

Ebenfalls identifiziert werden konnte, dass Verheiratete (49,1 Prozent) mit überdurchschnittlichen 8,47 richtiger Angaben signifikant mehr Fragen korrekt lösen konnten als in einer Partnerschaft lebende Personen (13,3 Prozent: 8,05), Geschiedene bzw. Verwitwete (9,5 Prozent: 7,99) und Alleinstehende (28,1 Prozent), die mit einem Score von 7,87 am wenigsten

korrekte Angaben tätigten, was zudem auf Basis einer einfaktoriellen Varianzanalyse statistisch hoch signifikant ist (*F = 4,30; p = 0,005; n = 1.004*).

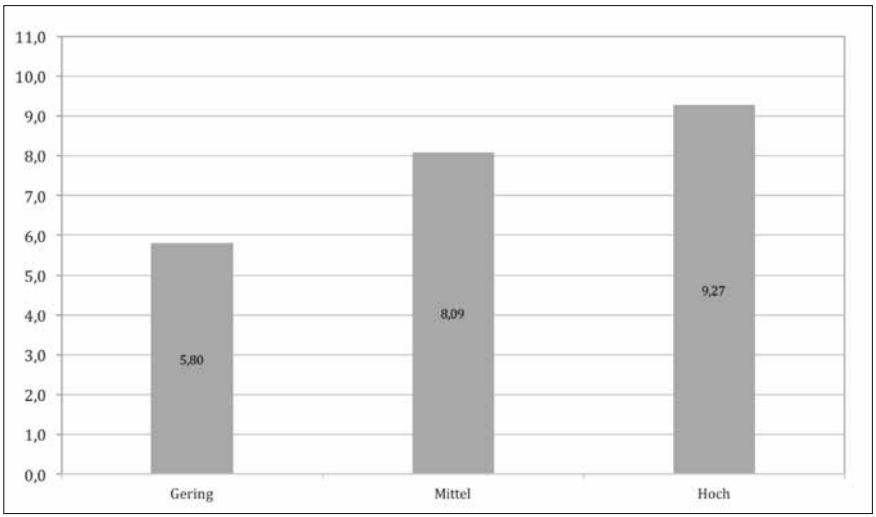
Befund 2: *Die detaillierte Betrachtung von ausgewählten personenspezifischen Charakteristika konnte zwar keinen regionalspezifischen Unterschied im Wissensstand herausarbeiten. Jedoch zeigte sich, dass Frauen weniger wissen als Männer, insbesondere Junge von einem niedrigen Finanzwissen betroffen sind und die sprachlichen Defizite von Migrant/innen dazu führen, dass Personen mit einem Migrationshintergrund erster Generation jenen ohne Migrationshintergrund schlechter gestellt sind. Auch der derzeitige Familienstand nimmt einen Einfluss auf die Anzahl an richtigen Angaben. Wie sich zeigte, sind hier insbesondere Verheiratete anderen Gruppen gegenüber bevorzugt.*

Neben der Darstellung des Finanzwissens, getrennt nach personenbezogenen Merkmalen, folgen nun jene differenziert nach ausgewählten bildungs- bzw. berufsbezogenen Merkmalen. Zusätzlich zu klassischen Merkmalen wurden im Rahmen der Erhebung in der Literatur wenig zu findende Informationen generiert, wie z. B. jene bzgl. einer selbstständigen Informationseinholung bzw. betreffend dem jeweiligen kulturellen Kapital der Befragten.

3.2 Finanzwissen im Detail nach bildungs- und berufsbezogenen Merkmalen

Wie die Auswertungen getrennt nach dem formalen Bildungsniveau[11] zeigen, gibt es erhebliche Unterschiede im Finanzwissensstand. Wie nachstehende Abbildung 7 verdeutlicht, weisen diejenigen Personen, die – gemäß der ISCED-2011-Klassifizierung – in die Kategorie des geringen Bildungsniveaus fallen (maximal Pflichtschulbildung), mit einem Mittelwert von 5,80 richtig beantworteter Fragen das niedrigste – und zudem auch weit unter dem Gesamtstichprobenmittelwert liegende – Finanzwissen auf. Befragte mit mittlerem bzw. hohem Bildungsniveau konnten mit 8,09 bzw. 9,27 einen deutlich höheren Mittelwert richtiger Antworten erzielen. Insbesondere Personen mit einem Hochschulabschluss bzw. einer Meisterprüfung (Tertiärabschluss) liegen deutlich über dem insgesamten Stichprobenmittelwert von 8,19. Dieser Zusammenhang zwischen dem Finanzwissensstand und formalem Bildungsniveau, den etwa auch Silgoner und Weber (2015) für Gesamtösterreich identifizierten, kann zudem auf Basis einer einfaktoriellen Varianzanalyse als statistisch hoch signifikant nachgewiesen werden (*F = 61,36; p = 0,000*). Somit kann konstatiert werden, dass – wie bereits vorab vermutetet – das formale Bildungsniveau einen der wesentlichsten Bestimmungsfaktoren des Finanzwissens darstellt und

Abbildung 7: Mittelwert der richtig beantworteten OECD-11-Standardfragen nach formalem Bildungsniveau *(n = 859)*



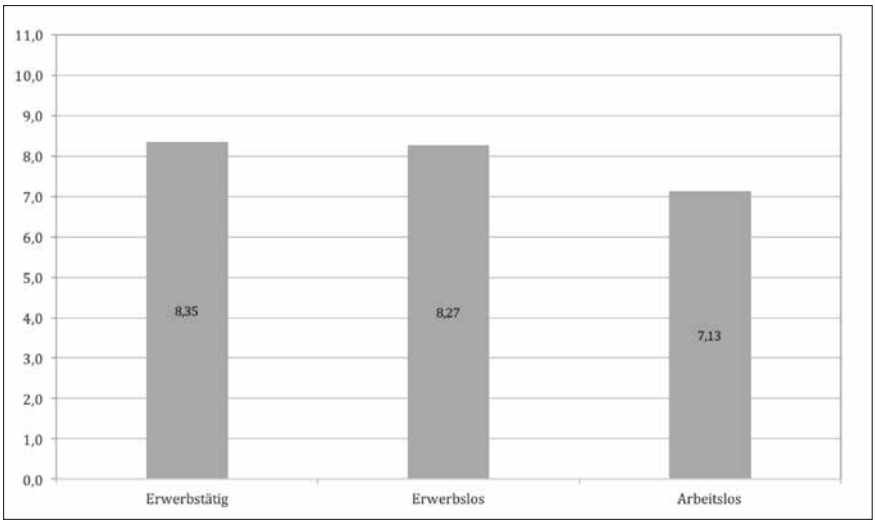
Quelle: eigene Berechnungen und Darstellung

gerade Personen mit geringer formaler Qualifizierung den größten Aufholbedarf dahingehend aufweisen.

Im Zusammenhang mit der formalen Ausbildung stehend weisen auch jene Befragten, die im Sinne von lebenslangem Lernen zumindest einen Weiterbildungskurs erfolgreich abgeschlossen haben (56,2 Prozent), im Unterschied zum Pendant (43,8 Prozent: 7,79) mit 8,49 richtiger Angaben einen statistisch höheren Finanzwissensscore auf (*t-Test: t = –4,496; p = 0,000; n = 1.000*).

Mittels der „Bücherfrage" kann das kulturelle Kapital des jeweilig Befragten ausgedrückt werden, wobei die Anzahl der gegenwärtig im Haushalt befindlichen Bücher als Indikator für dieses dient. Die Befragten konnten dabei die Anzahl der Bücher wie folgt angeben: „Sehr viele" (über 200), „Viele", „Einige" oder „Nur wenige" (unter 20). Zu Analysezwecken wurde dabei das kulturelle Kapital in die beiden Kategorien „Gering" (wenige und einige Bücher; 34,3 Prozent) und „Hoch" (viele und sehr viele Bücher; 65,7 Prozent) eingeteilt. Wie die Analysen dahingehend zeigen, kann der ex-ante vermutete Unterschied, getrennt nach dem kulturellen Kapital, statistisch nachgewiesen werden: Während Personen, die in erstere Kategorie fallen, einen Mittelwert von 7,53 erreichten, konnten die Befragten, die in die Kategorie des hohen kulturellen Kapitals fallen, mit durchschnittlich 8,55 richtig beantworteter Fragen rund eine Frage mehr korrekt beantworten.

Abbildung 8: Mittelwert der richtig beantworteten OECD-11-Standardfragen nach (derzeitigem) Erwerbsstatus *(n = 851)*

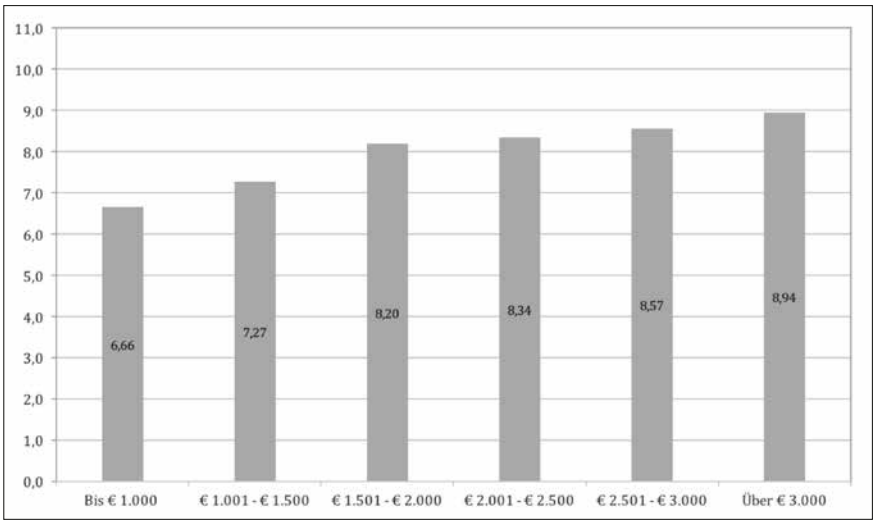


Quelle: eigene Berechnungen und Darstellung

Der Unterschied zwischen dem kulturellen Kapital der Befragten und der Anzahl richtig beantworteter OECD-11-Standardfinanzwissensfragen fällt zudem statistisch hoch signifikant aus (t-Test: $t = -6{,}231$; $p = 0{,}000$; $n = 1.006$).

Insbesondere scheint auch der Arbeitsmarktstatus, der eng mit dem formalen Bildungsniveau in Verbindung steht, einen zentralen Einfluss auf das Verständnis von grundlegenden finanzwirtschaftlichen Begriffen zu haben. Um diese im Untersuchungsinteresse stehende Frage beantworten zu können, wurde die derzeitige hauptsächliche Berufs- bzw. Lebenssituation in drei Gruppen[12] untergliedert: Erwerbstätige (74,1 Prozent), Erwerbslose (20,6 Prozent) und Arbeitslose (5,3 Prozent). Wie aus Abbildung 8 ersichtlich ist, variiert der Wissensstand getrennt nach derzeitigem Erwerbsstatus: So konnte identifiziert werden, dass jene Befragten den geringsten Finanzwissensstand aufweisen, die zum Zeitpunkt der Erhebung als arbeitslos gemeldet waren und mit durchschnittlich 7,13 korrekt beantworteter Finanzwissensfragen nicht nur deutlich unter den beiden anderen Gruppen liegen, sondern auch unter dem Mittelwert der Gesamtstichprobe. Diejenigen Befragten, die in die Kategorie der Erwerbslosen fallen, konnten 8,23 und jene, die unter den Erwerbstätigen subsumiert werden, 8,35 Fragen korrekt beantworten. Dieses Ergebnis – welches auf Basis einer einfaktoriellen Varianzanalyse statistisch signifikant

Abbildung 9: Mittelwert der richtig beantworteten OECD-11-Standardfragen nach Netto-Haushaltseinkommen *(n = 916)*



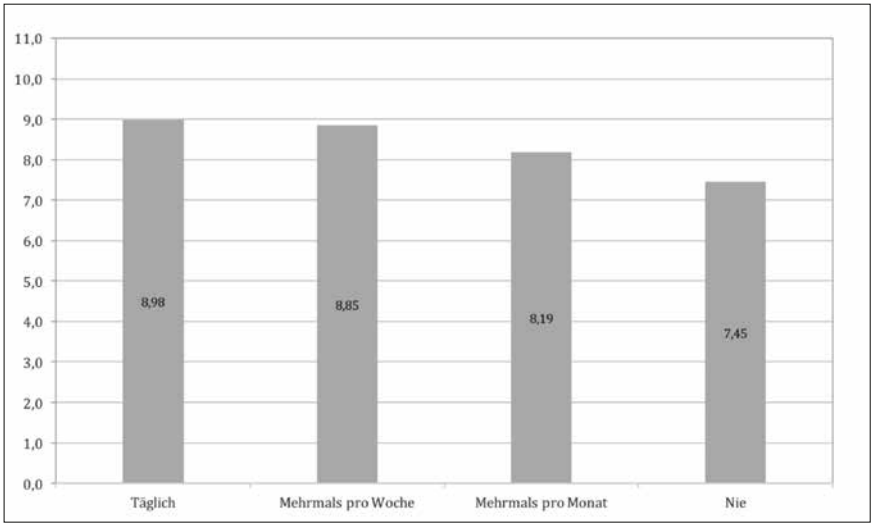
Quelle: eigene Berechnungen und Darstellung

ausfällt (*F = 5,52; p = 0,004*) – verdeutlicht die unterdurchschnittlichen Finanzwissenskompetenzen der Gruppe der Arbeitslosen im Vergleich zu – insbesondere – im Arbeitsmarkt integrierten Personen als auch der Gruppe der Erwerbslosen und deutet damit auf einen notwendigen Aufholbedarf hin.

Eng mit dem formalen Bildungsniveau und dem Erwerbsstatus bzw. der beruflichen Stellung hängt das durchschnittliche monatliche Netto-Haushaltseinkommen[13] zusammen. Die Differenzierung des Finanzwissens nach dem Netto-Haushaltseinkommen, welches durch Kategorien abgefragt wurde, zeigt einen eindeutigen Trend: Während Befragte mit geringem monatlichen Netto-Haushaltseinkommen unterdurchschnittliche 6,66 bzw. 7,27 Fragen korrekt beantworten konnten, steigt die Anzahl richtiger Fragen mit zunehmendem Einkommen deutlich an (vgl. Abbildung 9), was auf Basis einer einfaktoriellen Varianzanalyse ein statistisch hoch signifikantes Ergebnis darstellt (*F = 18,31; p = 0,000*).

Für die Verwaltung dieser Geldmittel zeigen sich 39,4 Prozent der Befragten selbst verantwortlich, 51,8 Prozent treffen diese geldmitteltechnischen Entscheidungen gemeinsam mit ihrem/ihrer Partner/in, weitere 2,6 Prozent überlassen diese Verwaltung gänzlich dem Partner, und ein Anteil von 3,2 Prozent trifft diese Entscheidungen mit einer anderen Person als dem Partner. Auch hier kann – in Verbindung mit dem in Abschnitt

Abbildung 10: Mittelwert der richtig beantworteten OECD-11-Standardfragen nach Regelmäßigkeit eigener Informationseinholung aus Tageszeitungen *(n = 1.005)*

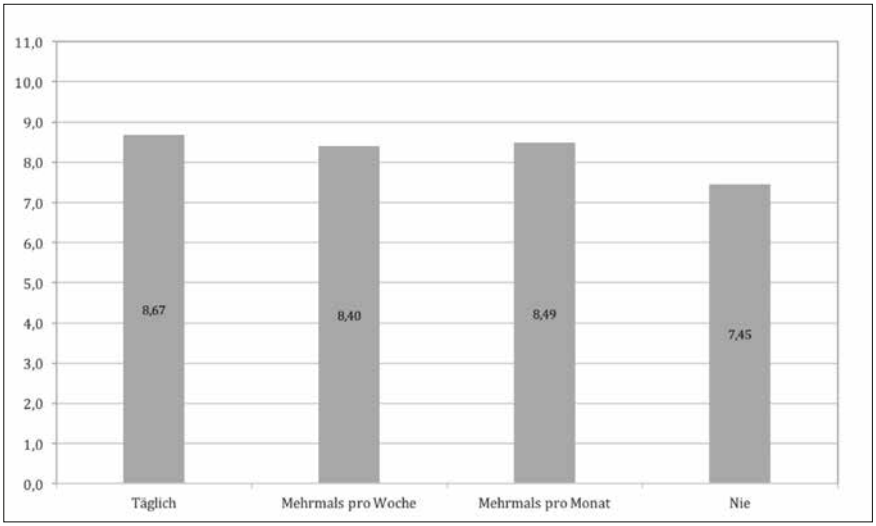


Quelle: eigene Berechnungen und Darstellung

3.1 differenziert vorliegenden Ergebnis, getrennt nach dem derzeitigen Familienstatus – gezeigt werden, dass Personen, die ihre Entscheidungen gemeinsam mit ihrem/ihrer Partner/in (8,46) oder anderen Personen (8,70) treffen – zumindest auf einem Signifikanzniveau von 10 Prozent –, signifikant besser abschneiden als der Rest ($F = 2{,}36$; $p = 0{,}051$; $n = 930$).

Einen weiteren wichtigen Partner in der Etablierung eines bestimmten Wissensstandes einer Gesellschaft nehmen diverseste Medien ein, die durch einschlägige Wirtschafts- und Finanzteile bzw. Formate einen stimulierenden Effekt auf das Finanzwissen haben können, unter der Voraussetzung, dass diese Informationen seitens der Betroffenen auch eingeholt werden. Auch diese Frage interessierte die Untersuchung, und sie erhob dahingehend, wie regelmäßig die Befragten den Wirtschafts- bzw. Finanzteil einer Zeitung lesen und wie oft sie einschlägige Formate in TV und Radio konsumieren. Dahingehend kann gezeigt werden, dass je regelmäßiger spezifische Informationen in Print bzw. TV/Radio konsumiert werden, desto besser fällt das Ergebnis auf die Finanzwissensfragen aus. Die beiden folgenden Abbildungen samt den dahinterliegenden Auswertungen verdeutlichen dies, indem sie aufzeigen, dass mit einem Mehr an Konsum dieser die Anzahl richtiger Finanzwissensfragen steigt. Dabei waren die Fragen so gestellt, dass die Befragten aus der Zufallsstichprobe angeben konnten,

Abbildung 11: Mittelwert der richtig beantworteten OECD-11-Standardfragen nach Regelmäßigkeit eigener Informationseinholung aus TV/Radio *(n = 1.001)*



Quelle: eigene Berechnungen und Darstellung

wie regelmäßig sie den Wirtschafts- und Finanzteil einer Tageszeitung[14] lesen bzw. wie häufig sie Wirtschaftsnachrichten im TV bzw. Radio[15] verfolgen; dabei reichten die Antworten von „Täglich" über „Mehrmals pro Woche" bzw. „Mehrmals pro Monat" bis hin zu „Nie".

Die Unterschiede im Finanzwissen hinsichtlich der Informationseinholung aus Tageszeitungen ($F = 22{,}30;\ p = 0{,}000$) bzw. facheinschlägiger Formate in TV/Radio ($F = 13{,}55;\ p = 0{,}000$) fallen auf Basis von einfaktoriellen Varianzanalysen beide statistisch hoch signifikant aus.

Der letzte in diesem Beitrag betrachtete Aspekt betrifft einen finanziellen Wissensaustausch mit Familienmitgliedern, welcher im Rahmen der Erhebung mittels des Zustimmungsrades[16] auf die Frage „Über Geld spreche ich mit … der Familie" erhoben wurde. Den Ergebnissen nach zu urteilen nimmt Kommunikation einen weiteren wichtigen Aspekt ein, wenn es gilt, Unterschiede in der Financial Literacy herauszuarbeiten. Während Personen, die der Aussage voll zustimmten (66,1 Prozent), im Durchschnitt 8,42 bzw. jene, die eher zustimmten (21,4 Prozent), 8,00 richtige Antworten erreichten, konnten jene, die (eher) nicht mit der Familie (7,4 Prozent bzw. 5,1 Prozent) über finanzielle Angelegenheiten sprechen, nur einen Mittelwert von 7,66 bzw. 7,04 erreichen. Ein Ergebnis, welches auf Basis einer einfaktoriellen ANOVA ein statistisch hoch signifikantes darstellt

($F = 7{,}95; p = 0{,}000; n = 1.003$). Dieses Ergebnis suggeriert nicht nur, dass die Kärntner/innen kommunikativ sind, sondern diese Kommunikation sich auch positiv auf das Finanzwissen auswirkt. Ähnliche Ergebnisse konnten auch in Bezug auf die Zustimmungsgrade der Frage „Über Geld spreche ich mit … Freund/innen; … Arbeitskolleg/innen; in der Öffentlichkeit" erzielt werden, was für eine Stärkung der Akzeptanz offenerer Kommunikation über Finanzangelegenheiten – abseits professioneller Beratung – in der Gesellschaft spricht

Befund 3: *Wie die Auswertungen in Abschnitt 3.2. zeigen, können auch anhand ausgewählter bildungs- und berufsbezogener Merkmale viele Unterschiede im Finanzwissen skizziert werden. So zeigt sich insbesondere das formale Bildungsniveau als zentraler Einflussfaktor auf das Finanzwissen und auch das damit – zwar nicht unmittelbar, aber doch – verbundene kulturelle Kapital der Befragten. Eng mit dem formalen Bildungsniveau verwoben zeigen auch insbesondere Arbeitslose und Befragte mit einem niedrigen Netto-Familieneinkommen, die dieses zudem allein verwalten (müssen), Wissenslücken und einen Aufholbedarf auf. Durch Eigeninitiative in spezifischer, finanzwissenstechnischer Informationseinholung in Tageszeitungen und TV sowie Radio und einer gewissen Offenheit hinsichtlich der Kommunikation über Finanzthemen im unter anderem Familienkreis kann das Finanzwissen ebenfalls positiv stimuliert werden, als dass sich zeigte, dass informierte und kommunikative Personen bei den Wissensfragen besser abschnitten als die Pendants.*

Die Differenzierung des Wissens nach ausgewählten personen- sowie bildungs- und berufsbezogenen Faktoren deutet zweifelsfrei auf Wissenslücken und einen damit induzierten Aufholbedarf bestimmter Personengruppen in der Bevölkerung hin, wozu im letzten Abschnitt mögliche Interventionsstrategien präsentiert werden und damit den Beitrag abrunden.

4. Zusammenfassung und Ausblick

Das Finanzwissen als spezifischer Teilbereich des ökonomischen Wissens stellt einen immer wichtigeren Life-Skill der Bevölkerung dar, da viele Finanzentscheidungen bereits im Jugendalter getroffen werden müssen und sich ab dann das ganze Erwachsenenleben über als begleitend zeigen. Getriggert durch den technologischen Wandel werden Wirtschaftszusammenhänge und demnach auch Finanzprodukte für die Bevölkerung zunehmend schwieriger zu durchblicken, weshalb von Seiten der (regionalen) Bildungspolitik dafür gesorgt sein muss, dass ein bestimmter Finanzwissensstand in der Bevölkerung etabliert ist, um informierte und damit auch solide Finanzentscheidungen der Haushalte sicherzustellen.

Dahingehend profitiert nicht nur der Haushalt respektive die Person selbst, sondern aus einer volkswirtschaftlichen Perspektive insbesondere auch der Wirtschaftsstandort Kärnten und Österreich.

Die Frage – die sich insbesondere Ökonomen stellen – ist jedoch jene der Erfordernis eines Eingreifens seitens (halb-)staatlicher Institutionen bzw. der Regierung. Wenn, wie auch andere Formen von Humankapital, ein Finanzwissenserwerb teuer zu akkumulieren ist, könnte ein optimales Level an Financial Literacy variierend nach der Notwendigkeit von Finanzexpertise und individuellen Performance-Parametern bestehen (vgl. Hastings et al., 2013). Investitionen in Finanzwissen sind sowohl mit monetären als auch zeitlichen Kosten verbunden, sorgen jedoch für Nutzen in Form von bspw. besserem Zugang zu Investmentmöglichkeiten. Modelle wie jene von Jappelli und Padula (2013) und Lusardi et al. (2017) suggerieren, dass individuelle Unterschiede im Wissensstand mitunter rational begründet sein können. Die Essenz des komparativen Vorteils ist jene, dass nicht alle Individuen Expertenwissen in allen Lebensbereichen aufweisen müssen. Ein niedriger Finanzwissensstand bzw. eine niedrige Akquirierung von Finanzwissen kann mitunter auf individueller Ebene rational sein, jedoch können Externalitäten die Folge sein. Solche Externalitäten könnten ein reduzierter kompetitiver Marktdruck sein, der zu höheren Gleichgewichtspreisen führt, eine intensivere Nutzung des staatlichen Sicherheitsnetzes erfordern, geringere Qualität der zivilen Partizipation begründen und negative Effekte auf die Nachbarschaft, Kinder und Familien ausüben (vgl. Hastings et al., 2013; Campbell et al., 2011; Figlio et al., 2011). Neben Externalitäten könnten auch Internalitäten daraus resultieren, wenn eine heutige Voreingenommenheit gegenüber Finanzwissen in niedrigere Investments in Financial Education resultiert und dadurch ex-post-Reue impliziert. In einem bestimmten Kontext können auch Unternehmen in Anstrengungen der Steigerung von finanziellem Wissen interessiert sein. Beispielsweise kann eine heutige „Bias“ Konsument/innen dazu führen, weniger zu sparen, was Finanzinstitutionen, deren Profite eng mit Vermögensverwaltung einhergehen, dadurch zu gesamtwirtschaftlichen Problemen führen kann (vgl. Barr, 2009). In einem anderen Kontext könnten diese Unternehmen aber gerade auch fehlendes Finanzwissen ausnützen. Wenn beispielsweise Personen die Arbeitsweise von Zinseszinsen nicht verstehen, können Unternehmen, deren Profit eng mit Krediten verbunden ist, weniger Interesse daran haben, ihre Konsument/innen zu schulen und damit ihre Fehleinschätzungen korrigieren (vgl. Stango und Zinman, 2009).

Das mögliche Entstehen von Externalitäten und Internalitäten zeugt von einer Rechtfertigung des Eingreifens zur Verbesserung von Finanzentscheidungen durch Financial Education oder andere Mechanismen. In der Realität ist es häufig der Fall, dass Firmen ihre Kund/innen ausnützen,

anstatt sie in ihrer Finanzbildung zu unterstützen (vgl. Ellison, 2005; Gabaix und Laibson, 2006). Ein Eingreifen in das Marktgeschehen scheint hier demnach nicht als ungewünscht, sondern notwendig.

Dahingehend gilt es im Sinne empirischer Evidenz, eine Ausgangs- bzw. Handlungsgrundlage zu liefern, da bildungspolitische Interventionen auf wissenschaftlichen Ergebnissen aufbauen müssen, insofern die Effektivität und Effizienz dieser gegeben sein soll und diese insbesondere seitens öffentlicher Institutionen zu erfolgen haben, wenn man die vorherigen Ausführungen betrachtet. Zu diesem Zwecke wurde in einer erstmals – im Auftrag des Landes Kärnten und der Arbeiterkammer Kärnten – für Kärnten konzipierten Untersuchung das Finanzwissen der Kärntner Erwerbsbevölkerung zwischen 15 und 64 Jahren erhoben und hinsichtlich etwaig bestehender Wissensdefizite analysiert. Um bestehende Wissenslücken zu schließen, gilt es ausdifferenzierte Analysen durchzuführen, um zielgerichtet jene Personengruppen mit Stimulierungsmaßnahmen zu adressieren, die dabei den größten Aufholbedarf aufweisen.

Wie die Ergebnisse der vorliegenden Erhebung zeigen, stellt sich das Finanzwissen der Gesamtbevölkerung in Kärnten mit 8,19 richtiger Antworten auf die elf gestellten OECD-Standardfragen als grundsätzlich positiv dar. Differenziert betrachtet zeigt sich, dass die Antworten auf die vergleichsweise einfacheren Fragen besser ausfallen als auf vermeintlich komplexere Konzepte. Getrennt nach ausgewählten personenbezogenen sowie bildungs- und berufsbezogenen Merkmalen konnten zahlreiche und zum Teil erhebliche Wissensdefizite geortet werden, von denen insbesondere Frauen, Jüngere, formal geringer Gebildete, Alleinstehende und Personen mit niedrigem kulturellem Kapital betroffen sind. Die durchgeführten univariaten Analysen zeichnen ein Bild, das nicht unter eine Schwarz-weiß-Betrachtung fallen sollte. Ein grundsätzliches positives Ergebnis darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass ein großer Teil der Befragten Aufholbedarf aufweist. Um diese Defizite im persönlichen, aber auch gesellschaftlichen Interesse auszumerzen, müssen zielgerichtete, handlungspolitische Maßnahmen gesetzt werden, von denen nachfolgend zwei mögliche dargestellt sind.

Als ein ausgewähltes Beispiel, um die Finanzwissenslücken der jüngsten Gesellschaftsmitglieder nachhaltig zu schließen, könnten Vorzeigemodelle wie jenes der „Legal Literacy" heranzogen und um den Aspekt der „Financial Literacy" (Stichwort: **„Legal & Financial Literacy"**) erweitert werden; wie die Auswertungen in Abschnitt 3 nahelegen, sind gerade formal geringer Qualifizierte und Jüngere von einem nicht ausreichenden Finanzwissen betroffen. Ziel dieses Modells sollte es sein – neben einer Vermittlung von rechtlichem Grundwissen, welches unmittelbar mit finanziellen Angelegenheiten verwoben ist –, das Verständnis von finanziellen Angelegenheiten bereits frühzeitig im Schulwesen zu vertiefen. Eine

Ausgestaltung dieser Modelle im Sinne interaktiver Workshops scheint hier als am dienlichsten, da in spielerischer Weise komplexe Sachverhalte für die jeweilige Alterszielgruppe interessant aufbereitet werden können. Die Einbindung facheinschlägiger Studierender oder Lehrender als Leiter dieser Workshops könnte nicht nur das Wissen der Jüngsten dahingehend verbessern bzw. vertiefen, sondern auch die Kooperation und Synergien mit den teilnehmenden Schulen und – beispielsweise – der AAU Klagenfurt stärken. Aber auch die Rechtsanwaltskammer bzw. Vereinigung der österreichischen Wirtschaftstreuhänder könnten als Stakeholder in diese Workshops miteingebunden werden. Kärnten könnte hier eine Vorreiterrolle einnehmen und Gesamtösterreich als Modellregion dienen und so erste wichtige Erkenntnisse über die Effektivität eines solchen Programms zur Verbreiterung des Finanzwissens angesprochener Zielgruppen liefern; dies sollte durch einen laufenden Evaluierungs- und Adaptierungsprozess begleitet werden.

Wie die Ergebnisse der vorliegenden Untersuchung gezeigt haben, nehmen auch die diversesten Medien eine gewichtige Rolle hinsichtlich einer Verbesserung der Bildung in der Gesellschaft ein. Im Sinne von Bildungsserien (etwa **„Wirtschaft und Finanzen in 90 Sekunden“**), die sich sowohl für Printmedien als auch TV bzw. Radio adaptieren ließen, könnten grundlegende Begriffe und Konzepte aus der Wirtschafts- und Finanzwelt einfach aufbereitet und damit ein weiterer Schritt getan werden, das in der Bevölkerung verbreitete Finanzwissen zu stimulieren und die Bevölkerung – im Sinne überlegter, solider Finanzentscheidungen – vor finanziellen Fehlentscheidungen zu schützen. Selbst in hoch entwickelten Volkswirtschaften stellen exzessive Kreditkartennutzung, Überziehung von Kontorahmen und unzureichende Kenntnisse über Aktien und anderer Investmentprodukte grundlegende Probleme dar. Gerade vor dem Hintergrund des demographischen Wandels und seiner Implikationen für das Pensionssystem sind Kenntnisse über eine effektive Geldanlage vonnöten. Eine Erreichung von Personen, die das formale Ausbildungssystem bereits verlassen zu haben, stellt sich als schwierig dar, könnte aber durch einen vorliegenden Maßnahmenvorschlag leichter erreicht werden als entsprechende (Weiter-)Bildungsangebote von bspw. Weiterbildungseinrichtungen.

Allen diesen Maßnahmen sollten dabei drei maßgebliche Ziele zugrunde liegen: (1) die Bewusstseinsschaffung der Bedeutung einer Auseinandersetzung mit den eigenen Finanzen bzw. Finanzthemen im Allgemeinen, (2) die Sicherstellung eines niederschwelligen Zugangs zu notwendigen, wertfreien Informationen bzw. Interventionsmaßnahmen und dadurch (3) Schaffung eines wissentlichen Basisfundaments, auf welchem ein eigener, die Personen betreffender Wissensausbau folgen kann. Den jeweiligen Staaten kommt dabei eine große Verantwortung zu, die insbesondere in den folgenden Punkten begründet liegt (vgl. dazu u. a. OECD, 2013):

- ❒ Etablierung klarer Financial Education-Mandate, -Ziele und -Ressourcen für relevante öffentliche Institutionen;
- ❒ Einschätzen des Bedarfs an Finanzwissen der Bevölkerung und Generierung international vergleichbarer Evidenz;
- ❒ Stärkung der Mitwirkung des Ausbildungssystems sowie Bildungsministeriums in Financial Education durch internationale Partnerschaften und Dialoge;
- ❒ Entwicklung von Financial Literacy-bezogener Kernkompetenzen für Erwachsene und Jugendliche bzw. Kinder, um die Definierung von Bildungszielen dahingehend zu erleichtern. Ebenfalls wichtig sind die Definierung von Qualitätsstandards wie auch Richtlinien der Involvierung des privaten und öffentlichen Sektors in Finanzbildung.

Somit erscheinen insbesondere Regierungen als maßgebliche Initiatoren umfangreicher Bildungsinitiativen, die von allen Seiten der Bevölkerung getragen und unterstützt werden müssen, um die Effektivität und Effizienz dieser Maßnahmen gewährleisten zu können. Dabei können die vorliegenden Ergebnisse als ein erster Schritt und Ausgangspunkt zur Ausmerzung bestehender Defizite und zum Ausbau eines höheren, in der Bevölkerung verbreiteten Finanzwissenslevels verstanden werden.

Literatur

Allianz (2017): When will the penny drop? Money, financial literacy and risk in the digital age. International Pension Papers 1/2017. Allianz: München.

Almenberg, J., Dreber, A. (2015): Gender, stock market participation and financial literacy. Economic Letters 137, pp. 140–142.

Ameriks, J., Caplin, A., Leahy, J. (2003): Wealth accumulation and the propensity to plan. The Quarterly Journal of Economics 118 (3), pp. 1007–1047.

Atkinson, A., Messey, F. A. (2012): Measuring financial literacy: results of the OECD/International Network on Financial Education (INFE) pilot study. OECD Working Papers on Finance, Insurance and Private Pensions 15.

Aubram, T., Kovarova-Simecek, M., Wanzenried, G. (2016): Financial Literacy and Pension Planning – A Comparative Study for Austria and Switzerland. SSRN Electronic Journal. Verfügbar unter: https://ssrn.com/abstract=2892726.

Barr, M. S., Mullainathan, S., Shafir, E. (2009): The case for behaviorally informed regulation. In: Moss, D., Cisternino, J. (eds.): New Perspectives on Regulation. The Tobin Project: Cambridge, MA:, pp. 25–61.

Brown, J. R., Kapteyn, A., Mitchell, O. S. (2013): Framing and Claiming: How Information-Framing Affects Expected Social Security Claiming Behavior. The Journal of Risk and Insurance 83 (1), pp. 139–162.

Bucher-Koenen, T., Lusardi, A., Alessie, R., van Rooij, M. (2012): How Financial Literate Are Women? Some New Perspectives on the Gender Gap. Aging and Retirement Panel Paper 31.

Calcagno, R., Monticone, C. (2015): Financial literacy and the demand for financial advice. Journal of Banking & Finance 50, pp. 363–380.

Campbell, J. Y., Jackson, H., Madrian, B. C., Tufano, P. (2011): Consumer Financial Protection. Journal of Economic Perspectives 25 (1), pp. 91–114.

Choi, J., Laibson, D., Madrian, B. C. (2011): $ 100 bills on the sidewalk: suboptimal investment in 401 (k) plans. The Review of Economics and Statistics 39 (3), pp. 748–763.

Drexler, A., Fischer, G., Schoar, A. (2014): Keeping it Simple: Financial Literacy and Rules of Thumb. American Economic Journal 6 (2), pp. 1–31.

Ellison, G. (2005): A model of add-on-pricing. The Quarterly Journal of Economics 120 (2), pp. 585–637.

Figlio, D., Nelson, A. A., Ross, S. (2011): Do Children Lose More than a Home? The Effects of Foreclosure on Children's education outcomes. Unpubliziertes Manuskript, University of Indiana.

Gabaix, X., Laibson, D. (2006): Shrouded attributes, consumer mytopia, and information suppression in competitive markets. The Quarterly Journal of Economics 121 (2), pp. 505–540.

Gnan, E., Silgoner, M., Weber, B. (2007): Economic and Financial Education: Concepts, Goals and Measurement. Monetary Policy & the Economy Q3/07, pp. 28–49.

Greimel-Fuhrmann, B. (2014): Financial Literacy – die schwierige Messung eines „Life Skill". Wissenplus – Sonderausgabe Wissenschaft 32 (5), S. 48–53.

Greimel-Fuhrmann, B., Silgoner, M., Weber, R., Taborsky, M. (2016): Financial Literacy in Austria. In: Aprea, C., Wuttke, E., Breuer, K., Koh, N. K., Davies, P., Greimel-Fuhrmann, B. & Lopus, J. S. (eds.): International Handbook of Financial Literacy. Springer: Singapore, pp. 251–262.

Hastings, J. S., Madrian, B. C., Skimmyhorn, W. L. (2013): Financial Literacy, Financial Education and Economic Outcomes. The Annual Review of Economics 5, pp. 347–373.

Hilgert, M. A., Horth, J. M., Beverly, S. G. (2003): Household financial management: the connection between knowledge and behavior. Federal Reserve Bullet 89 (7), pp. 309–322.

Hung, A., Paker, A., Yoong, J. (2009): Defining and Measuring Financial Literacy. RAND Working Paper Series WR-708.

Japelli, T., Padula, M. (2013): Investment in financial literacy and savings decision. Journal of Banking and Finance 37 (8), pp. 2779–2792.

Klinglmair, R., Kandutsch, F., Brauneis, A. (2018): Das Finanzwissen in Kärnten. Eine empirische Analyse (im Erscheinen).

Lusardi, A. (2011): Americans' Financial Capability. NBER Working Paper No. 17103.

Lusardi, A., Mitchell, O. S. (2006): Financial Literacy and Planning: Implications for Retirement Well-Being. Pension Research Council Working Paper WP2006-01.

Lusardi, A., Mitchell, O. S. (2007): Baby Boomer retirement security: The roles of planning, financial literacy, and housing wealth. Journal of Monetary Economics 54, pp. 205–224.

Lusardi, A., Mitchell, O. S. (2011): Financial literacy around the world: an overview. Journal of Pension Economics and Finance 10 (4), pp. 497–508.

Lusardi, A., Mitchell, O. S. (2014): The Economic Importance of Financial Literacy: Theory and Evidence. Journal of Economic Literature 52 (1), pp. 5–44.

Lusardi, A., Mitchell, O. S., Curto, V. (2010): Financial Literacy among the Young. Journal of Consumer Affairs 44 (2), pp. 358–380.

Lusardi, A., Michaud, P. C., Mitchell, O. S. (2017): Optimal financial knowledge and wealth inequality. Journal of Political Economy 125 (2), pp. 431–477.

OECD (2013): Advancing National Strategies for Financial Education: Paris: OECD-Publishing.

OECD/INFE (2015): Toolkit for Measuring Financial Literacy and Financial Inclusion. OECD-Publishing: Paris.

OECD/INFE (2016): Adult Financial Literacy Competencies. OECD-Publishing: Paris.

OeNB (2018, online): Geldpolitik und Finanzmarktstabilität. Verfügbar unter: https://www.oenb.at/Geldpolitik/Ziele-der-Geldpolitik/Geldpolitik-und-Finanzmarktstabilitaet.html. Download am 28.05.2018.

Remund, D. (2010): Financial Literacy Explicated: The Case for a Clearer Definition in an Increasingly Complex Economy. Journal of Consumer Affairs 44 (2), pp. 267–295.

Schmeiser, M., Seligman, J. (2013): Using the Right Yardstick: Assessing Financial Literacy Measures by Way of Financial Well-Being. The Journal of Consumer Affairs 47 (2), pp. 243–262.

Silgoner, M., Weber, R. (2015): Das Finanzwissen der österreichischen Haushalte. Statistiken – Daten & Analysen Q3/16, S. 40–48.

Stango, V., Zinman, J. (2009): Exponential growth bias and household finance. The Journal of Finance 64 (6), pp. 2807–2849.

Statistik Austria (2017): Bildung in Zahlen 2015/16 – Schlüsselindikatoren und Analysen. Wien: Statistik Austria.

Statistik Austria (2017): Bildung in Zahlen 2015/16 – Schlüsselindikatoren und Analysen. Wien: Statistik Austria.

Statistik Austria (2017a, online): Bevölkerung am 01.01.2017 nach Alter und Bundesland – Insgesamt – Verfügbar unter: http://www.statistik.at/wcm/idc/idcplg?IdcService=GET_NATIVE_FILE&RevisionSelectionMethod=LatestReleased&dDocNome=023470. Download am 18.09.2017.

Statistik Austria (2107b, online): Regionale Gliederung: NUTS-Einheiten. Verfügbar unter: http://www.statistik.at/web_de/klassifikationen/regionale_gliederungen/nuts_einheiten/index.html. Download am 12.06.2018.

Quatember, A. (2014): Statistik ohne Angst vor Formeln. 4. Aktualisierte Auflage. Pearson Studium: München.

UNESCO (2012): International Standard Classification of Education – ISCED 2011. UNESCO Institute for Statistics: Paris.

Anmerkungen

1 Etabliert im Jahr 2008, wirbt das „International Network on Financial Education (INFE)“ für internationale Kooperationen zwischen politischen Entscheidungsträgern und weiteren Stakeholdern, um weltweite Probleme der Financial Education zu lösen. Es dient als Plattform der Datengenerierung, Ersteller analytischer und vergleichbarer Berichte und entwickelt politische Instrumente zur Verbreiterung des in der Bevölkerung verbreiteten Finanzwissens. Über 240 öffentliche Institutionen aus über 110 Ländern gehören bis dato diesem Netzwerk an.

2 Im Zuge eines Pre-Tests wurde dieser sowohl von Expert/innen als auch der Zielgruppe selbst getestet, und wertvolle Verbesserungsvorschläge wurden in der finalen Fragebogenversion eingearbeitet.

3 Das Einkommen wurde in Kategorien abgefragt, da zahlreiche eigene empirische Erhebungen am Institut für Volkswirtschaftslehre zu anderen Fragestellungen gezeigt haben, dass die Bereitschaft zur Auskunft über das Einkommen bei dieser Vorgehensweise am höchsten ist.

4 NUTS ist die Abkürzung für „Nomenclature des unites territoriales statistiques“; es handelt sich dabei um eine hierarchisch gegliederte Systematik der Gebietseinheiten für die amtliche Statistik. Zur genauen Gliederung der politischen Bezirke auf NUTS-3-Regionen sei auf Statistik Austria (2017b, online) verwiesen.

5 Das formale Bildungsniveau wurde zu diesem Zweck – gemäß der ISCED-2011-Klassifikation – auf die drei Standard-Qualifikationsstufen „Gering“ (maximal Pflichtschul-

bildung: ISCED 0, 1 und 2), „Mittel“ (Abschluss Sekundarstufe II: ISCED 3 und 4) und „Hoch“ (Tertiärbildung: ISCED 5 und 6) aggregiert (vgl. UNESCO, 2012). Des Weiteren wurden – um die Ergebnisse nicht zu verzerren – diejenigen Personen an dieser Stelle von der Analyse ausgeschlossen, die sich derzeit noch aktiv in einer Schul- bzw. Berufsausbildung befinden.

6 Bei einem „t-Test“ oder „Mean-Comparison-Test“ handelt es sich um ein Verfahren der schließenden Statistik (Hypothesentest), welches dazu verwendet wird, die Mittelwerte zweier Gruppen zu vergleichen (Mittelwertsvergleich). Zur Berechnung und Interpretation vgl. beispielsweise Hartung et al. (2005, S. 505 ff.).

7 Die Befragten verteilen sich auf die fünf Alterskategorien wie folgt: 15–24 Jahre: 12,6 Prozent; 25–34 Jahre: 14,7 Prozent; 35–44 Jahre: 17,7 Prozent; 45–54 Jahre: 24,3 Prozent; über 55 Jahre: 30,7 Prozent.

8 Mithilfe einer einfachen oder einfaktoriellen Varianzanalyse (engl. ANOVA für „Analysis of Variance“) lassen sich die Mittelwerte von mehr als zwei Gruppen/Grundgesamtheiten miteinander vergleichen (vgl. Quatember, 2014, S. 185 ff.).

9 Unter der Kategorie der „Millenials“ werden Personen subsumiert, die zwischen 1980 und 2000 geboren wurden bzw. – wie in Allianz (2017) definiert – Personen, die das 36. Lebensjahr noch nicht vollendet haben.

10 Siehe Anm. 4.

11 Um die Daten nicht zu verzerren, wurden diejenigen Personen, die sich derzeit in einer Schul- bzw. Berufsausbildung befinden, von der Analyse ausgeschlossen.

12 Unter die Kategorie der Erwerbstätigen fallen alle unselbstständig Angestellten und selbstständig tätigen Personen, unter Ausschluss der geringfügig Beschäftigten. In die Gruppe der Erwerbslosen fallen alldiejenigen Befragten, die nicht arbeitslos bzw. Arbeit suchend sind, aber dennoch kein Erwerbseinkommen beziehen, wie etwa Pensionist/innen, Kindergeldbezieher/innen bzw. in Karenz befindliche Personen sowie haushaltsführende bzw. Familienmitglieder pflegende Befragte. Letzte Gruppe umfasst Personen, die als arbeitslos gemeldet sind und entweder Arbeitslosenunterstützung bzw. Notstandshilfe/Mindestsicherung beziehen oder sich in einem AMS-Weiterbildungskurs befinden. Die Gruppe der Sonstigen, in welche 12 befragte Personen fielen, wurde ebenfalls ausgeklammert, da die Angaben keiner der Kategorien zugeordnet werden konnten und aufgrund der geringen Gruppengröße kein aussagekräftiges Ergebnis dahingehend identifiziert werden kann.

13 Unter dem Netto-Familieneinkommen bzw. -Haushaltseinkommen versteht sich das Einkommen aller im Haushalt lebenden Personen ohne Kinder zuzüglich öffentlicher Beihilfen wie Kindergeld oder Arbeitslosengeld. Das Netto-Familieneinkommen wurde dabei in Kategorien abgefragt, da zahlreiche eigene empirische Erhebungen zu anderen Fragestellungen gezeigt haben, dass die Bereitschaft zur Auskunft über das Einkommen bei dieser Vorgehensweise am höchsten ist. Dabei wurde das Einkommen in sechs unterschiedlichen Kategorien abgefragt, auf welche sich die Befragten wie folgt verteilen: bis € 1.000: 8,0 Prozent, € 1.001–€ 1.500: 13,4 Prozent, € 1.501–€ 2.000: 16,2 Prozent, € 2.001–€ 2.500: 13,0 Prozent, € 2.501–€ 3.000: 15,3 Prozent und über € 3.000: 34,2 Prozent.

14 Die Frage hat online-Ausgaben der jeweiligen Tageszeitungen inkludiert. Verteilung der Befragten auf die Häufigkeit des entsprechenden Medienkonsums: Täglich: 13,5 Prozent; Mehrmals pro Woche: 21,4 Prozent; Mehrmals pro Monat: 32,4 Prozent; Nie: 32,6 Prozent.

15 Gemeint waren damit Fernsehformate wie zum Beispiel Zeit im Bild, Eco, Thema, Ö1-Journal etc. Verteilung der Befragten auf die Häufigkeit des entsprechenden Medienkonsums: Täglich: 13,5 Prozent; Mehrmals pro Woche: 29,4 Prozent; Mehrmals pro Monat: 29,9 Prozent; Nie: 27,3 Prozent.

16 Der Zustimmungsgrad konnte auf einer vierstufigen Likert-Skala von „1 = Trifft zu“ bis „4 = Trifft nicht zu“ angegeben werden.

Elisabeth Faller

Die Bankenunion und das genossenschaftliche Bankenmodell

Die Europäische Zentralbank arbeitet an der Etablierung einer Europäischen Bankenunion, die grenzüberschreitend tätige Großbanken bevorzugt und regionale Banken nicht mehr vorsieht.

Die wichtigsten Elemente der geplanten Bankenunion sind bereits umgesetzt. Das ist u. a. die Einrichtung einer gemeinsamen europäischen Bankenaufsicht. Banken sollen künftig nach Wunsch der EZB groß und international strukturiert sein, sodass sie Unternehmen in ganz Europa finanzieren können. Es wurden gemeinsame Regeln für Banken in Schieflage geschaffen, weiters müssen alle Banken im Euroraum bereits jetzt derselben Regulatorik folgen, mit kleinen Abweichungen in der Umsetzung von Richtlinien in nationale Rechtsprechung. Die Bankenunion ist Teil der Wirtschafts- und Währungsunion.

Derzeit gibt es neben Großbanken kleinere und dezentrale Bankenstrukturen, auch genossenschaftliche Bankenstrukturen. Diese Strukturen sind in Österreich und Deutschland zu einem guten Teil für die Finanzierung der Realwirtschaft und privater Haushalte verantwortlich. Sie arbeiten meist regional und entsprechen nicht den Zielvorstellungen der europäischen Bankenunion. Während der Finanzmarktkrise vor zehn Jahren wurden sie von den Ratingagenturen hinaufgestuft, da sie in der Finanzkrise als stabilisierender Faktor gesehen wurden.

Die Grundlagen genossenschaftlicher Bankenstrukturen werden an Universitäten kaum mehr gelehrt. Daher sind diese Grundlagen nicht mehr allgemein bekannt. Dazu ein Erfahrungsbericht und ein Versuch, das genossenschaftliche Bankenmodell und dessen Wert für eine gesunde Volkswirtschaft zu erklären.

Ein Gespräch beim Direktorium der EZB in Frankfurt im Herbst 2017

Im September 2017 durfte ich mit einer Gruppe von Kärntner Top-Unternehmern unter der Leitung von WKK-Präsident Jürgen Mandl und dem Außenhandelschef der WKK, MMag. Meinrad Höfferer, im Zuge einer

Bildungsreise nach Frankfurt und Paris fahren. Wir hatten die Möglichkeit, ein Gespräch mit Yves Mersch, einem der Direktoren der EZB, verantwortlich die Umsetzung der Bankenunion, in der Zentrale der EZB in Frankfurt zu führen.

Dezentrale Bankensektoren und Regionalbanken aus der Sicht der EZB

Nach einem kurzen Referat des EZB-Direktors durften wir Fragen stellen. Als Regionalbankerin stellte ich die Frage, was Yves Mersch von Regionalbanken halte und was von dezentralen Bankenstrukturen in Europa generell. Die Antwort war, er hielte von diesen Strukturen nichts! Er klärte uns darüber auf, dass seiner Meinung nach Regionalbanken und insbesondere Genossenschaftsbanken „Relikte aus der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg" wären und heute vollständig ihre Bedeutung verloren hätten. Weiters sähe er in Zukunft für Europa ein bis zwei Großbanken pro Nationalstaat als ausreichend an, alle dezentralen Banken sollten Vollkonsolidierungen und Filialisierungen durchführen und in diesen Strukturen billige Kredite an die Wirtschaft vergeben.

Weiters wären seiner Meinung nach Haftungsverbünde von Banken „nicht Fisch, nicht Fleisch", er stelle sich Vollkonsolidierungen von Sektoren vor. Er führte weiters aus, dass Spareinlagen seiner Meinung nach ein völlig ungeeignetes Refinanzierungsinstrument für Banken wären, und man wolle künftig nur Banken, die grenzüberschreitende Finanzierungen durchführen könnten.

Nach diesem Gespräch waren die anwesenden Unternehmer einigermaßen beunruhigt. Sie sagten, wenn die Bankenstrukturen sich so entwickeln würden, wie es sich Yves Mersch wünsche, wären ihre Unternehmen gefährdet.

Stefan Gärtner, ein deutscher Raumordnungsexperte, der sich in vielen Studien mit den Zusammenhängen von regionalen Räumen und Banken befasst, klärte mich darüber auf, dass genossenschaftliches Banking heute an den Universitäten im europäischen Raum kaum mehr gelehrt wird. Es gäbe auch kein Zahlenmaterial im gesamteuropäischen Raum über regionale Banken. Es wäre nicht einmal bekannt, wie viele Regionalbanken es im europäischen Raum gibt und in welchen Ländern.

Genossenschaftliche Bankenstrukturen sind zu einer Zeit entstanden, als es für kleine Unternehmen sehr schwierig war, zu angemessenen Konditionen Finanzierungen zu erhalten. Hermann Schulze-Delitzsch und Wilhelm Raiffeisen waren vor etwa 160 Jahren die Begründer dieser Rechtsform von Banken.

Eine kurze Erklärung der Struktur einer Genossenschaftsbank und deren volkswirtschaftlicher Bedeutung

Diese aus Selbsthilfeorganisationen entstandenen Bankenstrukturen begannen Gelder aus der jeweiligen Region zu sammeln und als Finanzierungen an Unternehmen der Region zu leistbaren Konditionen weiterzugeben. Die ersten Genossenschaftsbanken in Europa wurden, wie oben erwähnt, vor etwa 160 Jahren gegründet.

Grundsätze der Arbeitsweise und Genossenschaftsanteil

Es gelten bis heute die Grundsätze der Selbstorganisation, Selbstverwaltung und Selbstverantwortung. Die Eigentümer der Bank – die Mitglieder der Genossenschaft – sind zugleich deren Kunden und treffen im höchsten Gremium einer Genossenschaft, der Generalversammlung, als Eigentümerversammlung die wichtigsten Entscheidungen.

Teilweise werden heute Genossenschaftsbanken als „eigentümerlose Strukturen" angesehen. Genossenschaftern sind die eigenen Rechte und Aufgaben als Eigentümer ihrer Banken nicht mehr durchgehend bewusst.

Die Eigentümerschaft hängt am gezeichneten Genossenschaftsanteil. Es herrscht zumeist Kopfstimmwahlrecht, unabhängig von der Höhe und Anzahl der Anteile. Vereinzelt existieren auch Geschäftsanteile mit Substanzrechten.

Der Genossenschaftsanteil und dessen Inhaber haben nicht zum Ziel, maximale Erträge aus den Anteilen an der Genossenschaftsbank zu erwirtschaften, es werden jedoch Dividenden je nach wirtschaftlichem Erfolg der Bank ausgeschüttet. Die Gewinne der Genossenschaftsbank verbleiben zum größten Teil in der Bank und werden den Rücklagen der Bank zugeführt, was der Krisensicherheit und der Kapitalstärkung des Instituts dient.

Eine „feindliche Übernahme" einer Genossenschaftsbank ist im Prinzip gegen den Willen der Generalversammlung nicht möglich.

Die Satzung einer Genossenschaftsbank sowie die Geschäftsordnungen für Aufsichtsrat und Vorstand bilden das strukturelle Grundgerüst des Unternehmens.

Kernaufgaben der Bank

Genossenschaftsbanken haben meist ein sehr einfaches Geschäftsmodell. Kernaufgabe ist das Sammeln von Einlagen aus der Region und Kreditvergaben an die regionale Wirtschaft und an private Haushalte dieser Region.

Regionale Banken genießen in der Bevölkerung ihrer Region in der Regel hohes Vertrauen. Die meist gute Kapitalausstattung und meist mittlere Risikolage (einfaches Geschäftsmodell) verleihen Stabilität.

In der Finanzkrise 2008 wurden in Deutschland Genossenschaftsbanken im Rating aufgewertet, die Ratingagenturen betonten den stabilisierenden Faktor regional tätiger Banken am Finanzmarkt.

Neben den objektiven Kriterien, nach denen Kreditvergaben erfolgen müssen, verfügen die Entscheidungsträger der Bank über gute Kenntnis ihrer Kunden sowie über eine hohe „informelle" Informationsdichte in den konkreten Wirtschaftsräumen der Region, in der die Bank tätig ist.

Regelmäßige Revision und Risikoprüfung

Im Rahmen der jährlichen aufsichtsrechtlichen Revision wird jede selbstständige Genossenschaftsbank auch einer strengen und verpflichtenden jährlichen Gebarungsprüfung mit starker Prüfungstiefe durch einen Revisionsverband unterzogen. Die Bank kann ihren Revisor nicht selbst wählen (keine „Gefälligkeitsprüfungen" möglich).

Spareinlagen und deren Funktion und Bedeutung in einer Regionalbank

Die Kredite einer Regionalbank werden meist aus den Einlagen der Sparer der Region unter strenger Prüfung der Risiken vergeben.

Grundlage der Spareinlagen ist, wie in jeder Bank, das Vertrauen der Sparer zu den in ihrer Regionalbank handelnden Personen.

Nachgewiesenermaßen werden Spareinlagen aus Regionalbanken auch in schwierigen Zeiten kaum abgezogen. Geldgeschäfte sind immer noch in hohem Maß Vertrauensgeschäfte. Die Sicherung der Spareinlagen (in Österreich bis zur Höhe von 100.000 Euro pro Einleger und pro Bank) trägt zur Stabilität bei. Der regionale Kreislauf zwischen Einlegern und Kreditnehmern ist für einen gesunden regionalen Wirtschaftskreislauf von Bedeutung. Das Funktionieren regionaler Wirtschaftskreisläufe und die Tatsache, dass einer kleinstrukturierten Wirtschaft wie in Österreich eine ähnliche Größenordnung von Banken gegenübersteht, hat sich gerade in der letzten Bankenkrise als vorteilhaft erwiesen.

Eine Frage ist für mich, wie derzeit die kleinstrukturierte Unternehmenslandschaft im italienischen Raum ihre Finanzierungen regelt. Den kleinen Unternehmen stehen ausschließlich Großbanken zur Verfügung. Für hoch standardisierte Großbanken werden kleinvolumige Kreditvergaben an KMUs oft als zu aufwendig und nicht profitabel angesehen. Standardisierte Kredite mit digitalen Abläufen gibt es für KMU-Finanzierungen in der Regel nicht.

Bedeutung von Regionalbanken für geografische Lebensräume

Regionale Bankenstrukturen haben sich als wichtig für das Funktionieren und für das Leben regional tätiger Vereine und sonstiger Gemeinschaftseinrichtungen erwiesen, indem die Bank aus den Mitteln, die sie erwirtschaftet, die Aktivitäten regionaler Gemeinschaftseinrichtungen regelmäßig unterstützt und so das Gemeinschaftsleben in den Regionen aktiv erhält.

In der Europäischen Union sind 80 Prozent der Räume ländliche Räume, daher sind gesunde regionale Strukturen sinnvoll, um übermäßigen Zuzug in die Städte zu vermindern und ländliche Räume sowie kleinere Städte lebendig zu erhalten.

Hochwertige Arbeitsplätze in dezentralen und ländlichen Räumen

Ein weiterer Aspekt für die Wichtigkeit von regionalen Bankenstrukturen ist die Erhaltung von hochwertigen Arbeitsplätzen in dezentralen Regionen, in kleinen Städten und ländlichen Räumen. Dieser Aspekt wird heute leider vielfach vernachlässigt.

Stellenwert der Profitabilität von Genossenschaftsbanken

Eine Genossenschaftsbank muss die Kosten ihres Geschäftsbetriebes abdecken und jährlich Rücklagen zur Stärkung des Kapitals bilden können. Sie ist nicht auf Gewinnmaximierung ausgerichtet. Das wirkt in der heutigen Zeit etwas antiquiert, hat jedoch dazu geführt, dass die Kapitalausstattung der meisten Genossenschaftsbanken sehr gut ist.

Genossenschaftsanteile und Ziele der Eigentümer

Im Mittelpunkt genossenschaftlicher Banken stehen nicht die Interessen von Aktionären an einem maximalen Gewinn mit maximaler jährlicher Ausschüttung an die Aktionäre, sondern die „Förderung der Wirtschaft der Mitglieder“, wie es im Förderauftrag, dem Herzstück jeder Genossenschaftsbank, festgeschrieben ist.

Genossenschafter sind zumeist nicht am inneren Wert ihrer Genossenschaftsbank beteiligt, sondern nur mit dem Nominale ihres Anteiles und nicht an der Substanz der Bank. Die erwirtschafteten Erträge der Bank dienen der Stärkung der Rücklagen und damit der Krisensicherheit.

Natürlich ist es Ziel jeder Genossenschaftsbank, ausreichende Gewinne aus ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit zu erzielen.

Volkswirtschaftlich gesehen sind solche Bankenstrukturen überaus wertvoll, weil sie in der Regel stabil, in ihrer geographischen Region verankert und der Finanzierung der Wirtschaft ihrer Mitglieder verpflichtet

sind – im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben. Das bedeutet, sie dienen der Finanzierung der Betriebe und privater Haushalte in den Regionen. Das kann sich in einer möglichen nächsten Finanzkrise noch als überaus wertvoll herausstellen.

Bankenregulatorik im europäischen Raum

Betreffend die Regulatorik für Banken ist es wünschenswert, wenn kleinere Banken mit einfachem Geschäftsmodell auch einfache Regeln bekommen würden. Derzeit müssen kleine Banken dieselben Regeln (mit geringen Erleichterungen) wie internationale Großbanken einhalten.

Im EU-Parlament werden seit Sommer 2018 unter der Bezeichnung „Proportionalität in der Umsetzung der europäischen Regularien für Banken unter EUR 5 Milliarden Bilanzsumme" Verhandlungen über Erleichterungen geführt. Es ist dies auf Einzelinstitutsbasis geplant. Für Österreich verhandelt EPA Othmar Karas, der übrigens (wie auch seine Kollegen im EU-Parlament) viel von regionalen Banken hält.

Die Vielfalt von Bankenstrukturen, die derzeit in Österreich vorhanden sind, ist zu erhalten, würde die Wirtschaft und die wirtschaftlichen Akteure stärken.

Es ist eine politische Frage des jeweiligen nationalen oder EU-weiten politischen Interesses, ob man die Finanzierung der Realwirtschaft (in Europa sind über 99 Prozent aller Unternehmen KMUs, auch über 99 Prozent aller Industriebetriebe gehören in diese Unternehmensgröße) in den Mittelpunkt der Funktion von Banken stellt und diese staatstragende Funktion regulatorisch entsprechend absichert.

Banken erfüllen in der Finanzierung der österreichischen und darüber hinaus europäischen mittelständischen Wirtschaft eine sehr wichtige Funktion im „Blutkreislauf der Wirtschaft". Und die europäischen Unternehmen sind bis heute zu einem guten Teil über Banken kreditfinanziert, im Gegensatz zum anglosächsischen Raum.

In Österreich erfolgt die Finanzierung der Wirtschaft derzeit über ein funktionierendes „Hausbankensystem" in der Vielfalt der bestehenden Bankenstrukturen.

Sektorübergreifendes Denken und Handeln

Sowohl national wie auch auf europäischer Ebene ist man dabei, das bisherige sektorale Handeln und ebensolche Setzen von Rahmenbedingungen zu überdenken. Konkret geschieht dies derzeit im Rahmen der fünf bestehenden Strukturfonds.

Hierbei wäre es sehr wichtig, dass sowohl die Politik wie auch die Bankenaufsicht das Thema der Unternehmensfinanzierung (KMU-Finanzierung) in ihren Regeln für Banken mitbedenken; ebenso dass die Bankenaufsicht das vitale Interesse jeder Volkswirtschaft, gesunde Betriebe mit liquiden Mitteln für deren tägliches Geschäft und Krediten für Investitionen durch Banken auszustatten, in den Rahmenbedingungen berücksichtigt – und wenn es durch einen schlichten Leitsatz wäre, der die Finanzierung der Realwirtschaft in den Bankenregularien bei deren Ausarbeitung ins Auge fasst. Die Politik kann das verlangen.

Der Zusammenhang zwischen gesunden Banken und gesunden Betrieben ist essentiell für jede Volkswirtschaft.

Die europäische Wirtschaft besteht aus mittelständischen Unternehmen

Die 750 Vertreter von 23 Millionen europäischer KMUs, die 150 Millionen Menschen in der EU Arbeit geben und über 99 Prozent aller Unternehmen im EU-Raum darstellen, haben beim biennalen Wirtschaftsparlament der europäischen Wirtschaftskammern EUROCHAMBRES, deren Präsident derzeit Dr. Christoph Leitl ist, am 10. Oktober des Jahres 2018 in Brüssel gefordert, dass die EU künftig ihre Regularien im Bereich der Wirtschaft auf die Bedürfnisse der europäischen KMUs ausrichtet. KMUs sind das Herzstück der europäischen Wirtschaft.

Angesichts der bevorstehenden EU-Wahlen im Mai 2019 und der kritischen Situation der Zusammensetzung der EU-Gremien wird es sehr wichtig sein, dass die Interessen der Wirtschaft, die Interessen der tragenden KMU-Strukturen, von den Gremien ernst genommen werden.

Bei dem Wirtschaftsparlament von EUROCHAMBRES in Brüssel haben sich übrigens am 10. Oktober alle 750 Teilnehmerinnen und Teilnehmer, und damit die Vertreter der europäischen Wirtschaft, für die Europäische Union ausgesprochen, auch die Vertreter jener Länder, deren Politik eine antieuropäische Haltung vertritt.

Die Sicherung der KMU-Finanzierung durch Banken ist in diesem Zusammenhang ein wichtiges Thema.

Es ist sehr zu wünschen, dass die Vielfalt der Bankenstrukturen im europäischen Raum erhalten bleibt, dass auch regionale und genossenschaftlich organisierte Banken, die die regionale Wirtschaft finanzieren, politisch geschätzt werden und in einfachen Rahmenbedingungen die wichtige Aufgabe der Finanzierung der europäischen KMUs weiterhin wahrnehmen können.

SONDERTHEMEN

Heinz-Dieter Pohl

Perspektiven und Betrachtung von Ethnie, Nation und Volk im europäischen Diskurs

1. Zu den Begriffen Ethnie, Nation, Volk, ethnische/nationale Identität

Die Begriffe *Ethnie*, *Nation*, *Volk*, *ethnische/nationale Identität* bedeuten alle etwas Ähnliches, wobei in der Regel sprachlich-kulturelle Gemeinsamkeiten im Vordergrund stehen, die besonders betont werden, seit dem 19. Jhdt. insbesondere durch die *Sprache*. Betrachten wir zunächst die einzelnen Begriffe:

Die *Ethnie*[1] wird traditionell als Gruppe von Menschen, die der gleichen Kultur angehören, definiert. Dazu später noch Genaueres.

Der Begriff *Volk* ist dagegen ein vielschichtiger, sehr unterschiedlich definierter Begriff:

1. Historisch gesehen (und heute veraltet) war dieses das „Kriegsvolk", also die Angehörigen eines Heeres. Diese Bedeutung hatte ursprünglich auch das Lehnwort *Pulk* aus dem Slawischen, das seinerseits aus dem Germanischen entlehnt ist.
2. Die „breite Masse" der „einfachen" Mitglieder einer Gesellschaft, also die Grundschicht, nicht die Oberschicht.
3. Die ethnisch-spezifische Einheit einer Gruppe von Menschen im Sinne von *Ethnie*.
4. Eine Gruppe von Menschen, die sich als ideelle Einheit begreift sowie als durch gemeinsame Herkunft, Geschichte, Kultur und Sprache, zum Teil auch Religion verbundene Gemeinschaft. Im allgemeinen Sprachgebrauch ist dieses Verständnis des Begriffes *Volk* nicht klar abgrenzbar von dem der *Nation*; beide Begriffe können insofern voneinander abgehoben werden, als *Nation* mehr Elemente der politischen Willensbildung enthält und *Volk* stärker emotionale Erfahrungen anspricht (Nationalbewusstsein). Die Unbestimmtheit beider Begriffe förderte aber und fördert noch immer deren demagogischen Gebrauch, was zur Diskreditierung des Begriffs *Volk* (und besonders des Adjektivs *völkisch*) nach der nationalsozialistischen Zeit geführt hat, sodass er in

der Wissenschaft kaum noch verwendbar ist, außer im staatsrechtlichen Sinn, eben

5. als Träger der Staatsgewalt (Staatsvolk), in einer Demokratie Inhaber der Souveränität (Volkssouveränität), die in Abstimmungen und Wahlen ausgeübt wird.

Das der *Nation* zugrundeliegende lateinische Wort *natio*[2] bezeichnete ursprünglich eine Gemeinschaft von Menschen gleicher Herkunft, daran anschließend eine durch gemeinsame Sprache, Sitten und Bräuche kenntliche Gemeinschaft.

Doch die Betrachtung der „Nation" im historischen Sinn als eine auf gemeinsame Abstammung, gemeinsame Geschichte und Tradition, Religion etc. zurückgehende „Schicksalsgemeinschaft" ist in der Regel Fiktion, denn sie ist eher eine *vorgestellte* politisch gewachsene Gemeinschaft, ein ideologisches Konstrukt, während die „Ethnie" (früher „Volk") eine historisch gewachsene Realität ist, an der auch immer sowohl Nachbarn als auch Ein-/Zuwanderer beteiligt waren. Der moderne Begriff der „Nation" ist eine staatliche Gemeinschaft, die nicht unbedingt mit der entsprechenden „Ethnie" deckungsgleich sein muss, wie uns dies u. a. die Schweiz zeigt. Zu sehr war der Nationsbegriff im 19. und auch noch im 20. Jhdt. mit Sprache und Kultur verknüpft wie davor mit Religion und Herrschaftsgebieten. Der Nationsbegriff ist aber vom Begriff der *Nationalität* zu trennen:

1. Im *Staatsrecht* bedeutet *Nationalität* die Zugehörigkeit zu einer Nation, im *Rechtssinn* die Zugehörigkeit zu einem Staat, also die *Staatsangehörigkeit* bzw. *Staatsbürgerschaft.*

2. Volksgruppen, die über keinen eigenen Staat verfügen, sind daher eigentlich keine *Nationen*, sondern einerseits als *Ethnie* und andererseits als *Nationalität* zu bezeichnen. So sind z. B. die Rhätoromanen und/oder Ladiner der Schweiz und Südtirols bzw. die Basken in Spanien und Frankreich nur ethnisch gesehen solche, aber staatsrechtlich Schweizer oder italienischer bzw. spanischer oder französischer Nationalität. Das trifft auch auf zahlenmäßig große Ethnien zu, wie z. B. die Kurden, die auf mindestens fünf Staaten verteilt sind. Oder die arabische Welt mit mehr als einem Dutzend Staaten.

3. Andererseits wird (v. a. im Deutschen) *Nationalität* auch für die Zugehörigkeit zu einem ethnisch definierten Volk über den Begriff der *Volkszugehörigkeit* verwendet.

4. Allerdings ist zwischen Staatsbürgerschaft und Nationalität zu differenzieren, und dies wird in vielen Staaten auch in den amtlichen Dokumenten ihrer Staatsbürger vermerkt. So konnte man in der DDR beispielsweise ein „deutscher Staatsangehöriger *sorbischer* Nationalität" sein. In multinationalen Staaten wie *Russland* und der VR *China* wird

bis heute sprachlich eindeutig zwischen Staatsbürgerschaft einerseits und Nationalität andererseits unterschieden. So bezieht sich das Wort россиянин[3] „Russländer“ auf alle Staatsbürger der Russischen Föderation, ungeachtet ihrer ethnischen Zugehörigkeit, während das Adjektiv русский (*russkij*) als Ethnonym ausschließlich für ethnische *Russen* verwendet wird. Daher ist die deutsche Bezeichnung für Russland „Russische Föderation“ nicht korrekt, denn auf Russisch heißt sie Российская Федерация „Russländische Föderation" und nicht Русская Федерация.[4] In China werden chinesische Staatsbürger *Zhōngguóren* „Menschen aus den Mittellanden“ bzw. „Menschen aus dem Reich der Mitte“ genannt, während ethnische Chinesen als *Hànrén* „Menschen des Han-Volkes“ bezeichnet werden.

Bleibt als letzter zu erläuternder Begriff *ethnische* und/oder *nationale Identität*. Diese bezeichnet die individuelle bzw. subjektive Zugehörigkeit zu einer bestimmten Ethnie und Nation, also *Selbstdefinition* – wie sich jedes Individuum selbst sieht, wobei es auch mehrere Identitäten geben kann: So kann sich ein Kärntner Slowene selbst ethnisch gesehen als *Slowene*, ein Deutschkärntner als *Deutscher* definieren, aber beide sind nach der Nationalität dennoch Österreicher.

2. Historische und politische Aspekte

So weit also zu den von mir hier verwendeten Begriffen. Werfen wir nun einen Blick in die Geschichte. Als Selbstbezeichnung für ein Volk mit politisch-staatlicher Einheit und einer durch gemeinsame Vorfahren und Geschichte begründeten Eigenart gewinnt der Begriff *nation* im Französischen seit dem 16. Jahrhundert an Bedeutung, die sich im 18. Jahrhundert dann mit der Französischen Revolution unter Betonung der Gesamtheit und Souveränität des Staatsvolkes gegenüber ständischen und partikularen Ansprüchen auf staatliche Hoheit auch in den übrigen europäischen Sprachen und Ländern verbreitet hat. Infolge der Revolution und wachsenden Bevölkerungszahlen entfaltete die Idee der *Nation als Gesamtstaat* eine hohe Dynamik, die anfangs gegen den autokratischen Feudalismus, die wirtschaftlich und politisch einengende Kleinstaaterei und das landsmannschaftliche Denken gerichtet war, also den Gegensatz *deutsche Fürstenstaaten* gegenüber *deutscher Sprach- und Kulturraum* ansprach sowie sich gegen imperiale fremde Herrschaft richtete, wie sie in Vielvölkerstaaten wie Russland und Österreich-Ungarn gegeben war.

Allerdings, eine universelle Begriffsbestimmung zur „Ethnie“ bzw. „Nation“ zu geben, gelingt nicht; bei Durchsicht der Literatur[5] gewinnt man nämlich den Eindruck, es gebe so viele Nationsbegriffe wie Nationen (dies zeigt sich u. a. auch im Verhältnis zwischen „deutscher Kulturnation“

und „österreichischer Nation“, dazu später). Grundlage für die Nationsbildung waren dabei in der Regel sprachlich-kulturelle Gemeinsamkeiten, die nun besonders betont wurden und beim Übergang von Agrargesellschaften zu modernen Industriegesellschaften eine große Rolle spielten und wesentlich zur Sicherung dieser Homogenität beitrugen. Weiters ist wichtig die territoriale Komponente: Nationen beanspruchen ein Territorium (den „Staat“), den sie möglichst homogen und exklusiv auszufüllen trachten. Daher war multinationalen Staaten meist keine lange Lebensdauer beschieden (u. a. Österreich-Ungarn † 1918, Jugoslawien I † 1941, II † 1991, Tschechoslowakei I † 1939, II 1992/93, UdSSR † 1991). Die oft geäußerte Bestimmung des Begriffs Nation (= „Schicksalsgemeinschaft“, die auf gemeinsame Abstammung, gemeinsame Geschichte und Tradition, Religion etc. zurückgeht) ist in der Regel Fiktion, aber es gibt einen realen Kern der Ethnogenese bzw. Nationsbildung, einen Nukleus, der die ethnische Zugehörigkeit bewirkt (hat).[6]

Nach *Benedict Anderson* sei der Begriff „Nationalismus“ nicht wie „Liberalismus“ oder „Faschismus“ zu betrachten, sondern wie „Verwandtschaft“ oder „Religion“, und er definiert die Nation dann so: „Sie ist eine vorgestellte politische Gemeinschaft – vorgestellt als begrenzt und souverän“. „Vorgestellt“ sei sie deswegen, weil ihre Mitglieder die meisten anderen zwar nicht kennen, aber dennoch existiere im Kopf eines jeden die Vorstellung von ihrer Gemeinschaft, „begrenzt“ ist sie, da es einerseits sehr viele davon gibt und andererseits sich keine Nation mit der ganzen Menschheit gleichsetzt, „souverän“ ist sie, da Maßstab und Symbol der nationalen Freiheit der souveräne Staat ist, und eine „Gemeinschaft“ ist sie, da sie als kameradschaftlicher Verbund von Gleichen verstanden wird.[7] Die „Nation“ ist also ein ideologisches Konstrukt, während die „Ethnie“ eine historisch gewachsene Realität ist – oder eben das, was wir im alltäglichen Sprachgebrauch „Volk“ nennen, doch dieser Begriff ist heute im Zeichen des „Vereinten Europa“ oder der „Globalisierung“ eher negativ besetzt und wird vielfach als obsolet betrachtet.

Gerade diesem problematischen wie auch vielfältigen Thema ist u. a. das ausgezeichnete Buch von *Christian Böttger*, *Der Nebel um den Volksbegriff* (2014) gewidmet. Einleitend stellt der Autor die Aktualität des Themas vor: Was ist eigentlich ein Volk? Als Wissenschaft von den Völkern müssten hier eigentlich sowohl die Ethnologie als auch die Volkskunde Auskunft geben können – diese beiden Wissenschaften aber üben heute eher Zurückhaltung – daher versucht Böttger diese Frage(n) selbst zu beantworten. Er selbst ist ein promovierter Ethnologe und Volkskundler und war vor der „Wende“ wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Akademie der Wissenschaften der DDR. Er beschäftigt sich mit dem im Untertitel genannten „Nebel“, der heute vielfach um den Volksbegriff erzeugt wird und in letzter Zeit nicht ganz zufällig aus dem wissenschaftlichen

Diskurs und dem allgemeinen Sprachgebrauch zu verschwinden scheint. Aus Sicht des Verfassers sei das zentrale ideologische Instrument zur Verbreitung dieses Nebels die amerikanische Kulturanthropologie, da diese vorwiegend die ständig sich verändernde Lebensweise als Kultur begreift und somit alle bestehenden kollektiven Identitäten, die ja selbst kulturell unterlegt sind, als etwas rein Abstraktes aufzulösen versucht. Er zeigt auch die Unterschiede zwischen der amerikanischen Kulturanthropologie und der traditionellen europäischen Ethnologie auf (v. a. die mittel- und osteuropäische Auffassung). Die amerikanische Gesellschaft war von Anbeginn eine Einwanderungsgesellschaft mit einem schmalen ethnischen Kern. Zur gleichen Zeit entstanden in Europa (nach der Französischen Revolution und den napoleonischen Kriegen) die einzelnen Nationen, die zwar auch nicht nur aus *einem* ethnischen Kern allein bestehen, aber primär sind sie nicht durch bewusste bzw. gezielte Zuwanderung, sondern vielmehr durch Angleichung und Anpassung (Assimilation) entstanden. Denn für eine Volksgruppe bzw. für ein Volk bzw. eine *Ethnie* stehen als wichtigste Charaktermerkmale nicht anthropologische, sondern eindeutig soziokulturelle im Vordergrund. Kultur wird im weitesten Sinn als ein wechselseitiger in sich verflochtener Komplex aus Sprache, Religion, Wertnormen und Bräuchen verstanden, an denen die Angehörigen einer solchen gesellschaftlichen Großgruppe gemeinsam teilhaben. Eine solche Definition entzieht romantischen Vorstellungen jede Grundlage, denn erst die *Politisierung der Sprache*, ausgehend vom nicht immer richtig verstandenen Herder'schen Nationsbegriff *„Volk gleicher Zunge, daher Volk gleicher Kultur"*, hat die modernen (Sprach- bzw. Kultur-)Nationen hervorgebracht und mit der gemeinsamen Standardsprache (auch Hochsprache genannt) zu einem national- und kulturpolitischen Zusammenschluss recht heterogener Teile eines größeren Sprachgebietes zu einer Sprach- bzw. Kulturnation geführt. Diese traditionelle Ansicht wird aber heute vom „Mainstream" als „rechts" diskreditiert und trägt dazu bei, dass sich heute in Europa die Vorstellung von einer „Einwanderungsgesellschaft" mit ihrer „Willkommenskultur" immer mehr durchsetzt, die zu neuen Konflikten führt, was aber verdrängt wird. Auf diese Weise wird die Kulturanthropologie im Prozess der fortschreitenden Globalisierung zu einem Werkzeug im Kampf gegen das ethnische Bewusstsein. Böttger bietet mit seiner historisch-systemischen Methode überzeugend eine Alternative dazu[8], wobei er sich auf die russische Ethnos-Theorie stützt, wie sie Julian Vladimirovič Bromlej[9] vorgelegt hat. Er definiert das „Volk" bzw. „Ethnos" so:

„Unter Ethnos im engen Sinn … verstehen wir eine historisch entstandene Gruppe von Menschen, die über eine nur für sie charakteristische Gesamtheit beständiger Züge der Kultur …, der Sprache und der Psyche sowie über ein Selbstbewusstsein, darunter auch das Bewusstsein ihres Unterschiedes von anderen ähnlichen Gebilden, und eine Selbstbezeichnung (Ethnonym) verfügen."[10]

Er zeigt dabei recht deutlich, dass sich die so genannte *Ethnogenese* (also Entstehung eines Volkes) nicht nur in unseren Gehirnen als Erfindung von Volkskundlern und Ethnologen abgespielt hat, wie dies die „Konstruktivisten" im Sinne der amerikanischen Kulturanthropologie vielfach behaupten, sondern dass sie ein realer Prozess in der Weltgeschichte war, also nicht nur ein ideologisches Konstrukt.[11] Daher sollte man ein Festhalten am Volksbegriff, an der jeweiligen Ethnie, keineswegs nur als ein „rechtes" Gedankengut sehen, denn eine solche Sicht, wenn sie auch zunehmend in intellektuellen Kreisen sehr verbreitet ist, erweist sich als ein Irrweg, kommt doch die hier gebotene Sichtweise aus den ehemaligen sozialistischen Ländern.

Der deutsche Begriff *Ethnie* beruht – wie eingangs erwähnt – auf dem griechischen Wort *Ethnos*, was „Volk" bedeutet. Durch den Missbrauch dieses Wortes – einerseits allgemein in den nationalpolitischen „rechten" Auseinandersetzungen des 20. Jhdts. und andererseits durch die rassistische Sichtweise der Nationalsozialisten – steht dieser Begriff derzeit nicht im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses und ist Teil einer heute wenig beachteten Wissenschaft. Für die Fachwelt sieht das völlig anders aus, und dieser Begriff steht ja im Mittelpunkt von Böttgers Buch. Er zeigt auch die Unterschiede zwischen der amerikanischen Kulturanthropologie und der traditionellen europäischen Ethnologie auf (v. a. die mittel- und osteuropäische Auffassung). Die amerikanische Gesellschaft war von Anbeginn eine Einwanderungsgesellschaft mit einem schmalen ethnischen Kern. Zur gleichen Zeit entstanden in Europa die einzelnen Nationen, die zwar auch nicht nur aus *einem* ethnischen Kern allein bestehen, aber primär sind sie nicht durch Zuwanderung, sondern vielmehr durch Angleichung und Anpassung (Assimilation) entstanden.[12] Deutschland sehe sich heute weniger als „Ethnos", vielmehr als „Einwanderungsgesellschaft"[13] – dies zu widerlegen versucht Böttgers Buch.[14]

3. Nationale Identität und Sprache

Wollen wir nochmals auf den Begriff der *nationalen Identität* zurückkommen. Die oft geäußerte Bestimmung des Begriffs Nation als „Schicksalsgemeinschaft" bzw. „gemeinsame Abstammung" ist, wie wir bereits gesehen haben, in der Regel Fiktion und nationalistische Sichtweise.[15] Es gibt zwar einen realen Kern der Nationsbildung, einen Nukleus, der die ethnische Zugehörigkeit bewirkt (hat), die jeder „hat", woraus folgt: Sobald nationale Zugehörigkeit bedeutsam wird, ist sie gleichzeitig auch ethnische Zugehörigkeit. Die Präsentation der Nation als Abstammungsgemeinschaft ist politisch trotzdem äußerst wirkungsvoll, denn sie dient der genannten Homogenisierung. Man hat es hier meist mit sozialen Kommunikationsphänomenen zu tun, bei denen nicht ausschlaggebend ist, wie sich die

Dinge „wirklich“ verhalten, sondern wie die Menschen glauben, dass sie sich verhalten – kurz: es handelt sich um ein ideologisches oder, wenn man so will, identitäres Phänomen. Und kein natürliches oder biologisches.

Somit bleibt als einzig „authentisches“ Element das Zugehörigkeitsgefühl oder eben die „Identität“. Eben diesem ethnischen Gefühl (Nationalgefühl) kann sich niemand so recht entziehen, was für die Wirksamkeit dieser Ideologie im Rahmen der Modernisierung europäischer Gesellschaften spricht. Man sollte also nicht von ethnischer/nationaler Identität sprechen und so tun, es handle sich hier um etwas, was man hat (wie das Geschlecht, den Körperbau, eine Haar- oder Augenfarbe), sondern von ethnischem/nationalem „Gefühl“ oder „Bewusstsein“. Die Attribute „ethnisch“ und „national“ sind dabei austauschbar. Eine Art Kitt des Zusammengehörigkeitsgefühls ist dabei auch die gemeinsame Sprache, und sei es nur die regionale Ausprägung, die z. B. bei Schweizern und Österreichern gegenüber dem „Bundesdeutschen“ deutlich zu beobachten ist.[16] Ein Sonderfall sind die Iren: nur eine Minderheit spricht heute noch Irisch, die Mehrheit aber Englisch (in Nordirland ***nur*** Englisch!).[17]

Gerade für die Frage der *ethnischen und nationalen Identität* und der daraus entstandenen Probleme sind Kärnten und Österreich gute Beispiele, auch für die Rolle der Sprache in diesem Zusammenhang. So war rein formal gesehen die Volksabstimmung[18] am 10. Oktober 1920 nicht zwischen „deutsch“ und „slowenisch“, sondern zwischen „Österreich“ und „Jugoslawien“ (offiziell: *Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen*) und untrennbar damit verknüpft die Frage der Landeseinheit: die Stimme für Österreich bedeutete deren Erhaltung, die Stimme für Jugoslawien den Vollzug der Teilung des Landes Kärnten (daher hieß es immer wieder, u. a. auf einem Flugblatt vom 28. 9. 1920: *Für ein freies und ungeteiltes Kärnten*). „Frei“ hat(te) hier eigentlich die Bedeutung „zu Österreich gehörig“. Einer solchen Teilung versagte fast die Hälfte derer, die bei der Volkszählung 1910 Slowenisch als Umgangssprache angegeben hatten, ihre Zustimmung: Im Abstimmungsgebiet (Zone I) wurden bei der Volkszählung 1910 als „Umgangssprache“ 68,6 Prozent slowenisch-/31,4 Prozent deutsch-sprechende Personen erhoben, aber am 10. Oktober 1920 wurden 59 Prozent gültige Stimmen für Österreich und 41 Prozent für Jugoslawien abgegeben. Rein rechnerisch müssen (um auf 59 Prozent für Österreich zu kommen) neben den 31,4 Prozent Deutschsprachigen auch rund 27,6 Prozent Slowenischsprachige für Österreich gestimmt haben, das sind rund 40 Prozent von ihnen laut Volkszählung 1910 – oder fast jeder zweite. Ein solches Ergebnis lässt viele Deutungen zu, sie füllen ganze Bücherschränke und können hier nicht wiederholt werden. Aber eine Erklärung verdient es, hervorgehoben zu werden (sie wird sonst nur am Rande erwähnt): Das Volksabstimmungsergebnis war bei einem Teil der Kärntner Slowenen ein pragmatischer Sieg über die nationalen Leidenschaften im Zuge

des Auseinanderbrechens des „Völkerkerkers“ Österreich-Ungarn: Für einen großen Teil der slowenischen bäuerlichen Bevölkerung des Kärntner Unterlandes war der Verbleib in einem ungeteilten Land Kärnten mit freiem Zugang zu den Wirtschaftszentren Klagenfurt und Villach eben attraktiver als das Grenzgebiet eines unter serbischer Vorherrschaft stehenden Jugoslawien zu werden.

Politisch wurde das Volksabstimmungsergebnis aber nationalistisch interpretiert. Zwar hat sich im 19. Jhdt. ein slowenisches Nationalbewusstsein entwickelt, wobei es unter den Kärntner Slowenen zur Herausbildung zweier Lager kam: eines „nationalen“ und eines neutralen, eher „deutschfreundlichen“ und politisch der Mehrheitsbevölkerung nahestehenden. Diese wurden nun offiziell als „Windische“ bezeichnet, und selbst nannten sie sich dann auch so, was endgültig zur Trennung der slowenischsprachigen Bevölkerung geführt hat. Mit dieser neuen „Windischen-Theorie“ ist nämlich auch die Frage verknüpft, ob das „Windische“ etwa eine vom Slowenischen verschiedene Sprache sei. Weit verbreitet ist die Ansicht, die Sprache der „Windischen“, also „Windisch“, sei eine deutsch-slowenische Mischsprache, die mit der „landfremden“ slowenischen Schriftsprache, die auch als „Kunstsprache“ diffamiert wurde, nichts zu tun habe – eine kühne Behauptung, ist es doch in zweisprachigen Regionen und Gesellschaften die Regel, dass die bodenständige Volkssprache von der überregionalen Staats- und/oder Verkehrssprache massenhaft Lehnwörter und Einflüsse bezieht. Entscheidend ist aber die Grammatik: die Grammatik des „Windischen“ ist die slowenische, identisch sind auch Hilfswörter und Grundwortschatz.[19] Spiegelverkehrt kann man dies auch bei einigen deutschen Sprachinselmundarten in Krain sehen.

Windisch ist eigentlich die alte deutsche Bezeichnung für ‘slawisch’, im Norden *Wendisch* (z. B. im Namen der *Wenden* ‘Sorben’ in der Lausitz sowie in der Bezeichnung *Wendland*).[20] „Windisch“ ist auch der alte Name für unsere südlichen Nachbarn. Früher bezeichneten auch Slowenen, wenn sie auf Deutsch schrieben, ihre Sprache oft als *windisch*, z. B. Oswald Gutsmann in seinem *Deutsch-Windischen Wörterbuch* (Klagenfurt 1789). Das erste gedruckte slowenische Buch, der Katechismus von Primus Truber (Primož Trubar, 1550), hatte den deutschen Titel *Catechismus in der windischenn Sprach*. Die Eigenbezeichnung *slowenisch* ist erst nach 1848 in der deutschen Gemeinsprache als Fachausdruck allgemein üblich geworden und wurde dann auch amtlich für die Sprache verwendet. Daneben blieb *windisch* umgangssprachlich bestehen, und dieses Wort hat im Laufe der Zeit einige weitere Bedeutungen angenommen, die ihm ursprünglich nicht zukamen, wie dies oben skizziert wurde. Leider auch im negativen Sinn … Kärnten ist also ein gutes Beispiel, wohin ein sprachorientierter Nationalismus führen kann.

Unter anderen Bedingungen ereignete sich Ähnliches auch nach 1945 vorübergehend auch in Österreich, als man sich vom Deutschtum verabschiedete – verständlich im Zuge der Wiedererrichtung der Republik Österreich nach dem Untergang des nationalsozialistischen Großdeutschen Reichs. Manches war jedoch ideologisch übertrieben, wie z. B. dass man das Schulfach „Deutsch" nun „Unterrichtssprache" nannte (bis 1954, dann vorübergehend „Deutsche Unterrichtssprache", erst ab 1956 wieder „Deutsch"). Doch bereits in der 1. Auflage des „Österreichischen Wörterbuches" (1951) hieß es, es sei ein *Wörterbuch der guten, richtigen, deutschen Gemeinsprache* – also eine totale Abgrenzung vom gesamtdeutschen Sprachraum wurde nicht betrieben, aber die in Österreich üblichen Ausdrucksweisen wurden bevorzugt, sofern sie als „schriftsprachlich" galten – sprachwissenschaftlich gesehen vollkommen zu Recht, denn meist sind diese auch im gesamten süddeutschen Raum (v. a. in Bayern) verbreitet. Ethnisch und sprachlich ist Österreich ja deutsch, die Staatsgrenze zu Deutschland bzw. zum Freistaat Bayern ist keine Sprach- oder Kulturgrenze, sondern eine rein politisch-administrative. Doch seit 1945 wird in Österreich im allgemeinen, v. a. amtlichen Sprachgebrauch das Wort „deutsch" (abgesehen von der Sprache) vermieden; so werden z. B. die deutschsprachigen Minderheiten in unseren Nachbarländern bzw. auf dem Areal des alten Österreich-Ungarn historisierend „altösterreichisch" genannt – auch jene im ehemaligen Königreich Ungarn. Auch die Südtiroler werden vielfach als „österreichische" Minderheit gesehen …

Bekanntlich sind Sprache und Nationalität zwei voneinander unabhängige Begriffe. *Sprachen*, ob nun standardisierte Formen oder bloß gesprochene Idiome, sind im allgemeinen der größte gemeinsame Nenner eines bestehenden Dialektkontinuums, das sich im Zuge der Entwicklung ergeben hat. *Dialekte* sind im Gegenteil dazu der kleinste gemeinsame Nenner eines bestimmten teils geographisch, teils soziologisch zu definierenden Ausschnitts des betreffenden Dialektkontinuums, also einer Region. Da es in der Linguistik bis heute keine eindeutige Definition von Sprache und Dialekt bzw. deren Abgrenzung voneinander gibt, will ich hier meine Vorstellungen darlegen. Dieser „gemeinsame Nenner" ist unabhängig von Schreibtradition, Nationalität und Staat, er ist eine rein linguistische Größe. Er kann von einem Zentrum ausgehen, er kann aber auch mehrere Zentren haben, im letzteren Falle spricht man von „plurizentrischen Sprachen" (wie Deutsch, Englisch, Französisch usw., weil sie ja in mehreren Staaten als Kommunikationsmittel dienen). Er kann auch hinter zwei (seltener drei und mehr) standardisierten Ausprägungen einer Sprache gleichsam „verborgen" sein (wie "Serbokroatisch" von 1850 bis 1991).[21]

Sprachen wie das *Englische* und *Deutsche* sind plurizentrische Sprachen[22] mit *einer* standardisierten Schrift- und Verkehrssprache mit zahlreichen Varianten (gebündelt in den *Varietäten* – so genannte „nationale

Varietäten"), die sich aus der Tatsache ergeben haben, dass sie in mehreren Staaten bzw. Ländern gesprochen werden. Dementsprechend gibt es etwa die Varietäten *British English* gegenüber *American English* (usw.) oder *Norddeutscher Standard* (vom DUDEN bevorzugt) gegenüber *Süddeutscher Standard* auf der einen Seite oder *österreichisches* und *schweizerisches Standarddeutsch* auf der anderen Seite (auf *Süddeutschem Standard* fußend). Sonderfälle innerhalb des Deutschen sind das (auch geschriebene) *Letzeburgische* (in Luxemburg) und das *Schwyzerdütsche*, die in mehreren Varianten nur gesprochene Umgangssprache in der Schweiz, regionale, auf dialektalem Sprachmaterial begründete Sonderformen des Deutschen auf Grund des Prinzips des „kleinsten gemeinsamen Nenners". Dazu kommt noch das *Jiddische*, die auf eher süddeutscher Grundlage entstandene Sprache der Juden. Ähnlich wie beim Deutschen und Englischen liegen die Dinge im *Arabischen*: Neben der auf dem Koran begründeten Sprachform („überdachende" Schreib- und Verkehrssprache) des „größten gemeinsamen Nenners" (in Anlehnung an *Hochdeutsch* oft auch „Hocharabisch" bezeichnet), gibt es die einzelnen staatsnationalen Varietäten der arabischen Staaten, die durchaus (jede für sich) dem Letzeburgischen oder Schwyzerdütschen vergleichbar sind. Nur das *Maltesische* (Malta) hat sich von der „überdachenden" arabischen Gemeinsprache gelöst (mit lateinischer Schrift).

Auch das *Serbokroatische* ist eine plurizentrische Sprache mit zwei Schriftsystemen, Lateinisch im Westen, Kyrillisch im Osten. Nach dem Zusammenbruch Jugoslawiens ist man in den Nachfolgestaaten dazu übergegangen, jeweils eigene Standardsprachen zu schaffen (**B**osnisch, **K**roatisch und **S**erbisch [davon die Abkürzung *BKS*], neuerdings auch Montenegrinisch); damit wurde das „Wiener Abkommen" von 1850 (eine Erklärung kroatischer und serbischer Philologen über ein gemeinsames Schrifttum) endgültig obsolet. Vergleichbar sind auch *Bulgarisch* und *Makedonisch*. Beide Sprachformen sind standardisierte Varianten ein- und derselben Sprache, des bulgarisch-makedonischen Dialektkontinuums. Während die Basis der bulgarischen Standardsprache die Dialekte des Nordostens sind, hat die makedonische Standardsprache eine südwestliche Dialektbasis. Daher erscheint der Unterschied zwischen beiden größer, als er tatsächlich ist; er wird vergrößert durch unterschiedliche Rechtschreibungen (serbischer Typ der Kyrillica bei den Makedoniern, russischer bei den Bulgaren) und verschiedenen Vorbildern bei der Schaffung des modernen Wortschatzes (analog zur Schrift). Was für die beiden Standardsprachen typisch ist, findet sich auch in den Mundarten der jeweils anderen Sprache und bisweilen auch in der Schriftsprache. Zwischen 1924 und 1991 wurde das *Moldawische* in der Sowjetunion (in Transnistrien noch heute) im Gegensatz zum *Rumänischen*, dessen Teil es ja ist, mit kyrillischen Buchstaben geschrieben und hat Neubildungen (Neologismen) nach russischem Muster übernommen, während man sich in Rumänien nach Westeuropa (v. a.

Frankreich) orientierte. Diese Teilung des Rumänischen in zwei standardisierte Schriftsprachen hatte politische Gründe und ist im Rahmen der sowjetischen Nationalitätenpolitik zu sehen. Jetzt findet aber eine Annäherung statt, nur im Wortschatz und in der Rechtschreibung gibt es noch einige Unterschiede (vergleichbar der Schweiz, die z. B. den Buchstaben *ß* durch *ss* ersetzt).

4. Ausblick

Man sieht also, dass das Verhältnis zwischen Sprache und Nation bzw. Nationalität ein sehr verwickeltes ist. Weder bedingt die Nation eine eigene Sprache noch die Sprache eine Nation. Es gibt in Europa außer der Schweiz einige weitere mehrsprachige Nationen: Belgien (Flamen/Wallonen/Deutsche bzw. Niederländisch/Französisch/Deutsch), Spanien (Kastilianisch [= „Spanisch"]/Galicisch/Katalanisch/Baskisch), Finnland (Finnisch/Schwedisch), Irland (Irisch/Englisch); viele Staaten haben ethnisch-sprachliche Minderheiten, die in den einzelnen Staaten teils umfangreiche Rechte (u. a. in Österreich und Italien) genießen.

Zum Abschluss noch einige Bemerkungen zur „österreichischen Nation". Die Existenz einer „österreichischen Nation" ist heute ein Faktum, an dem nicht zu zweifeln ist. Der Wunsch, in einem eigenen, unabhängigen Staat zu leben, ist nach den schlechten Erfahrungen, die man durch den „Anschluss" 1938 machen musste, entscheidend, und nicht die gemeinsame deutsche Sprache. Daher ist der Prozentsatz von Österreichern, die sich als eigene Nation verstehen, von ursprünglich unter 50 Prozent auf über 80 Prozent gestiegen, während der Anteil der entschiedenen „Gegner" von über 45 Prozent auf rund 6 Prozent gefallen ist, wobei auch über 70 Prozent der FPÖ-Sympathisanten im Jahre 1993 der Meinung waren, Österreich sei eine Nation (13 Prozent meinten 1993 keine eigene Nation zu sein). Bei den anderen Parteien lag 1987 die Zustimmung zwischen 73 Prozent und 82 Prozent, die Ablehnung zwischen 3 Prozent und 6 Prozent.[23] Ein Ergebnis übrigens, mit dem man zufrieden sein kann und welches mehrere Interpretationen zulässt, deren schwerstwiegende der Umstand ist, dass die überwältigende Mehrheit der Österreicher sich einerseits zu dem Staat bekennt, in dem sie lebt, andererseits auch leben will (daher spricht man auch von einer „Willensnation"), wobei mit dieser Feststellung die Frage nach der österreichischen Identität noch nicht beantwortet ist. Der „Staatsnation" wurde dabei mit 73–81 Prozent der Vorrang gegeben, gegenüber „Sprachnation" mit nur 18–22 Prozent – Indikator dafür, dass das Bewusstsein in Österreich, einerseits „deutschsprachig" zu sein, andererseits ein anderes Deutsch zu sprechen als in den meisten deutschen Bundesländern, zumindest keine sehr große Rolle spielt. Was man ja am Überhandnehmen des bundesdeutsch gefärbten Standards deutlich

sehen kann, was bis in die Umgangssprache reicht.[24] So sind heute *die zwei/drei* usw., *tschüss*, *Jungs* und *Mädels*, *die Schranke*, *das Gehalt* usw. allgemein üblich. Auch der Substandard setzt sich immer durch (z. B. *rein* und *raus* statt *hinein/hinaus* und *herein/heraus*, daher z. B. *Rausschmiss* statt *Hinausschmiss* oder besser *-wurf*). Das Sprachverhalten der Österreicher entspricht also nicht ihrem ausgeprägten Nationalbewusstsein. Ähnlich ist es in Bayern, mit dem wir ja sprachlich auf engste verbunden sind: rund die Hälfte der Einwohner des Freistaates und über 90 Prozent der Österreicher sprechen Bairisch – mit *i* (nicht *y*) geschrieben. Das früher oft zu hörende Zitat „*Was den Österreicher vom Deutschen trennt, ist die gemeinsame Sprache*" wird bald ein historisches sein. Dieses weit verbreitete Zitat, das vielfach Karl Kraus zugeschrieben wird, geht aber auf Karl Farkas zurück, der George Bernhard Shaws Ausspruch „*England and America are two countries divided by a common language*" auf Österreich und Deutschland umgemünzt und nachweislich in seinen Kabarett-Programmen verwendet hat.[25] Gerade die Sprache zeigt uns, dass sie mit der „Nation" nicht in Widerspruch steht, wofür gerade Österreich ein sehr gutes Beispiel ist.

Abschließend eine Schlussbemerkung: Darf man heute im Zeitalter der Globalisierung und des Zusammenwachsens Europas noch nationalbewusst im Sinne der Ethnie sein? Die Antwort muss „ja" sein, unter der Voraussetzung, dass man seinem anderssprachigen bzw. -ethnischen Partner auf Augenhöhe begegnet und ihm das Gleiche zugesteht, was man für sich selbst in Anspruch nimmt: das Recht auf eigene Identität. Das Fehlen dieser Voraussetzung ist die Mutter aller nationalistischen Auseinandersetzungen, die wir am Rande Europas und im benachbarten Orient sowie auch anderswo immer wieder erleben müssen, man denke an den Konflikt Russen–Ukrainer oder an die Kurden.

Weiterführende und benützte Literatur

Anderson, Benedict (1998): Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts. Berlin [erweiterte Ausgabe, erste deutsche Auflage Frankfurt 1988; englisches Original: Imagined Communities, London 1983].

Bromlej, Julian V. – Bromlej, Natalja (1978): Kulturelle Aspekte ethnischer Prozesse in der UdSSR. In: Gesellschaftswissenschaften 4/1978 (Berlin [Ost]).

Böttger, Christian (2014): Der Nebel um den Volksbegriff. Lindenbaum Verlag, 56290 Schnellbach. [unter http://members.chello.at/heinz.pohl/VolkProzent20undProzent20Nation.htm eine von mir verfasste Rezension]

Gellner, Ernest (1991): Nationalismus und Moderne. Berlin, Springer Verlag.

Gellner, Ernest (1992), Jenseits des Nationalismus? In: IKUS-Lectures 1992/3–4, 31–52.

Pohl, Heinz Dieter (1999): Österreichische Identität und österreichisches Deutsch. In: Kärntner Jahrbuch für Politik, 71–103.

Pohl, Heinz Dieter (2002): Die ethnisch-sprachlichen Voraussetzungen der Volksabstimmung. In: Die Kärntner Volksabstimmung 1920 und die Geschichtsforschung. Leistungen, Defi-

zite, Perspektiven, hg. von H. Valentin, S. Haiden u. B. Maier. Klagenfurt, Heyn, 181–88. [Im Internet unter: http://members.chello.at/heinz.pohl/Volksabstimmung.htm]

Pohl, Heinz Dieter (2004): Sprache und Politik, gezeigt am Glottonym *Windisch*. In: Analecta homini universali dicata, Festschrift Oswald Panagl zum 65. Geburtstag, hg. Th. Krisch – Th. Lindner – U. Müller. Stuttgart, Hans-Dieter Heinz – Akademischer Verlag, Bd. II, 625–636 (Stuttgarter Arbeiten zur Germanistik, Nr. 421).

Pohl, Heinz Dieter (2005): Sprachen und Sprachinseln im südalpinen Raum – ein Überblick. In: Europa Ethnica 2005/3–4, 91–100.

Pohl, Heinz Dieter (2013): Zur Diskussion um das österreichische Deutsch. Einige Bemerkungen aus Sicht der allgemeinen Sprachwissenschaft. In: Tribüne 4/2013, 11–31.

Pohl, Heinz Dieter (2014): Österreichisches Deutsch. Überlegungen zur Diskussion um die deutsche Sprache in Österreich. In: Klagenfurter Beiträge zur Sprachwissenschaft Bd. 37–38 (2011–2012 [2014]), 63–123. [Im Internet unter: http://members.chello.at/heinz.pohl/Pohl_OeDt_KBS.pdf]

Pohl, Heinz Dieter (2015): *Slawe* und *Sklave*, slawisch *nĕmьcь* 'Deutscher' und *nĕmъ* 'stumm', *slověne* 'Slawen' und *slovo* 'Wort'. Linguistik und Volksetymologie. In: T. Krisch – Stefan Niederreiter (Hg.), Diachronie und Sprachvergleich. Beiträge aus der Arbeitsgruppe „Historisch-vergleichende Sprachwissenschaft" bei der 40. Österreichischen Linguistiktagung 2013 in Salzburg (Innsbruck, Innsbrucker Beiträge zur Sprachwissenschaft 159), 152–161. – Kurzfassung in: Slawen/Slowenen/Windische und Deutsche/Nemci. In: KulturLandMenschen – Die Kärntner Landsmannschaft 2013/9/10, 6–11.

Sedlaczek, Robert (2004): Das österreichische Deutsch. Wie wir uns von unserem großen Nachbarn unterscheiden. Ein illustriertes Handbuch. Wien, Ueberreuter.

Weilguni, Werner (1995): Überlegungen zu den Begriffen Ethnos und Nation, ethnische und nationale Identität. In: Atlas Ost- und Südosteuropa 2.7–S1: Ethnische Struktur Südosteuropas um 1992, Begleittext. Wien-Berlin-Stuttgart, S. 10.

Anmerkungen

1 Aussprache [ɛtˈniː], Plural *Ethnien* [ɛtˈniːən, *auch* ɛtˈniːn], von griechisch *éthnos* „Volk", davon *ethnisch* 'ein bestimmtes Volkstum betreffend, einer sprachlich und kulturell einheitlichen Volksgruppe angehörend bzw. diese betreffend'.

2 Grundbedeutung 'Geburt', dann auch 'Volksstamm, Völkerschaft' sowie 'Geschlecht, Art, Gattung' (neben weiteren Bedeutungen).

3 Transliteriert *rossijanin.*

4 Transliteriert *Rossijskaja Federacija* bzw. *Russkaja Federacija.*

5 Wie sie bei Weilguni 1995 und Gellner 1991 und 1992 sowie Anderson 1998 zu finden ist.

6 Dies widerspiegelt sich oft auch in den Ethnonymen (Völkernamen), so heißen die (romanischen) *Franzosen* nach dem germanischen Stamm der *Franken* so, ähnlich die *Russen* nach einem nordischen Beinamen der *Waräger* (Näheres dazu s. Pohl 2015, 158 und 160 bzw. in der Kurzfassung 11).

7 Dies habe ich schon in meinem Beitrag Pohl 2005, Abschnitt 4, näher ausgeführt – nach Weilguni 1995 und Gellner 1991 und 1992 sowie Anderson 1998 (ähnlich auch im Internet unter http://members.chello.at/heinz.pohl/Sprachinseln.htm).

8 Er testet ihre Belastbarkeit und Chancen am Beispiel der Entstehungsgeschichte (im Kapitel 6 „Ethnogenese") des deutschen Volkes. Gemeint ist damit in erster Linie das heutige wiedervereinigte Deutschland, betrifft aber in mancher Hinsicht alle Angehörigen der deutschen Sprachgemeinschaft.

9 1921–1990, bedeutender russischer Ethnograph, 1966–1989 Direktor des *Institutes für Ethnographie der Akademie der Wissenschaften der UdSSR* (heute *Institut für Ethnologie und Anthropologie der Russischen Akademie der Wissenschaften*), ab 1976 Akademiemitglied, kurze Biographie und Werke s. https://ru.wikipedia.org/wiki (Wikipedia, russischsprachige Version). – Weitere Angaben bei Böttger 2014, 236ff.

10 Zitiert nach Böttger 2014, 166f., auf Grund von Bromlej 1978, 20.

11 Insbes. Abschnitt 4.2: Der „russische" Ethnosbegriff als Basis für die Volksforschung. Im Kapitel 4 (Die Lehre vom „Ethnos" – eine Einführung in die moderne mittel- und osteuropäische Auffassung vom Volk) wird ein ganz anderes Bild gezeigt als es die amerikanische Kulturanthropologie (Kapitel 5) vorgegeben hat – als ideologische Waffe mit fatalen Folgen (Kap. 5.3).

12 Ich selbst sehe dies auch so (s. o.). – Diese traditionelle Ansicht wird aber heute vom „Mainstream" als „rechts" diskreditiert und in Böttgers letztem Kapitel „Ergebnis und Ausblick" thematisiert. Ausgesprochen lesenswert sind seine Äußerungen zu den Begriffen „rechts" und „links" (Kapitel 2). Weiters übt er u. a. an der Einwanderungs- und Asylpolitik recht scharfe Kritik, wobei ihm zumindest manche Ethnologen wohl recht geben werden.

13 In der Einleitung, S. 10.

14 Es ist eine Zusammenfassung von im Laufe der Jahre gehaltenen Vorträgen und geschriebenen Artikeln – vielleicht mit ein Grund, dass noch die alte Rechtschreibung verwendet wird.

15 Ich folge hier im Wesentlichen Anderson 1998.

16 Dazu vgl. u. a. meine Beiträge Pohl 2013 und 2014.

17 In Irland (ca. 6,2 Mill. Einwohner) definiert Artikel 8 der Verfassung die irische Sprache als Nationalsprache und zugleich als erste Amtssprache. Englisch ist keine Nationalsprache, aber zweite Amtssprache. Die Zahl der aktiven Irischsprecher wird auf ca. 400.000 geschätzt, dazu kommen rund 800.000 Personen mit Irischkenntnissen, insgesamt also 1,2 Mill., allerdings wird irisch nur von ca. 70.000 Personen überwiegend im täglichen Leben verwendet.

18 Dazu vgl. Pohl 2002.

19 Dazu Näheres in meinen Beiträgen Pohl 2002 und 2004.

20 Näheres bei Pohl 2004, zu „Windisch" Pohl 2015, 159f.

21 Dazu vgl. die zitierte Literatur bei Pohl 2013, 11f. (Abschnitt 1).

22 Zum Begriff plurizentrisch s. a. Pohl 2014, 91ff.

23 Näheres dazu bei Pohl 1999 samt Quellen und Literatur.

24 Dazu vgl. u. a. Pohl 2013, 18f. (Abschnitt 4).

25 S. u. a. Sedlaczek 2004, 17.

Elmar Lechner

Titel als Mittel politischer Propaganda

Der ORF im Zwielicht

1. Eine Moderation und einige Fragen

Im Beitrag „Auf Achse“ in der ZIB 2 im ORF am 20. Juni 2018 war Armin Wolf wie folgt zu vernehmen: „Das sind heute unsere Themen: Auf Achse. Wie sich die türkis-blaue Wiener Koalition in der Flüchtlingspolitik mit München und Rom verbündet. Dazu ein Streitgespräch mit FPÖ-Chef und Vizekanzler Heinz-Christian Strache in Rom. (…) Die österreichische Regierung (…) Kanzler Kurz (…) Die FPÖ-Minister Strache und Kickl waren derweil in Rom bei ihrem neuen Bündnispartner, dem italienischen Innenminister Salvini von der rechten Lega (…) [Insert:] HERBERT KICKL, Innenminister, FPÖ (…) [Insert:] MATTEO SALVINI, Innenminister Italien (…) [Insert:] HEINZ-CHRISTIAN STRACHE, Vizekanzler, FPÖ (…) [Stimme im Hintergrund: ‚Vizekanzler Strache‘] (…) [A. W.:] Vizekanzler und FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache. Herr Strache (…) über Innenpolitik (…) Herr Vizekanzler (…) ihre Sozialministerin (…) Vorschlag der Koalition (…) sagt FPÖ-Chef Vizekanzler Strache in Rom. Aus Termingründen haben wir das Gespräch vor zwei Stunden aufgezeichnet (…).“

Es erheben sich die Fragen:

- ❐ Warum wird gesagt „die türkis-blaue Wiener Koalition“ – da doch die österreichische Bundesregierung gemeint ist?
- ❐ Warum heißt es einerseits „FPÖ-Chef und Vizekanzler Heinz-Christian Strache“ und andererseits „Kanzler Kurz“?
- ❐ Warum wird, anders als in den betreffenden Inserts, gesagt „die FPÖ-Minister Strache und Kickl“ und warum ist die Rede vom „italienischen Innenminister Salvini von der rechten Lega“ – da doch der österreichische Bundesminister (für öffentlichen Dienst und Sport) Strache und der österreichische Bundesminister (für Inneres) Kickl sowie die italienische Partei „Lega“, früher „Lega Nord“, gemeint sind?
- ❐ Warum wird die Information „Aus Termingründen haben wir das Gespräch vor zwei Stunden aufgezeichnet“ nicht vor, sondern nach dem Bericht gegeben?

2. Thematisch verwandte kritisch-konstruktive Wortmeldungen

Nachstehend zu Wort kommen hier Gerd Bacher als eine Schlüsselfigur in Sachen Selbstverständnis bzw. „Philosophie" des ORF sowie Autoren von Beiträgen, die in jüngerer Zeit in Standardwerken bzw. Sammelschriften zur „Philosophie" der Medien im Allgemeinen (Medien und Ethik: Karmasin [Hrsg.] 2002, Politische Kommunikation in Österreich: Plasser [Hrsg.], Praktischer Journalismus: Pürer/Rahofer/Reitan [Hrsg.]) erschienen sind. Und schließlich auch der „Anchorman der *Zeit im Bild 2*, der bekannteste Fernsehjournalist des Landes und der beste Live-Interviewer" (Haas 2013, S. 9), nämlich Armin Wolf.

- ❐ „Im Rahmen der journalistischen Arbeit im ORF dürfen persönliche Präferenzen in keiner Weise zum Ausdruck kommen." (Bacher 1969, S. 76)
- ❐ „Die Philosophie des öffentlich-rechtlichen Rundfunksystems beruhte nach den schlechten Erfahrungen der NS-Zeit auf der Staatsferne und auf der Pluralität." (Bacher 1976, S. 163)
- ❐ „Nicht alle Journalisten verfolgen hohe ethische Ansprüche." (Russ-Mohl/Fengler 2002, S. 191)
- ❐ „Wenn die Medien die ‚vierte Gewalt' in unserem Gemeinwesen geworden sind, dann könnte der Medienjournalismus als ‚fünfte Gewalt' fungieren, welche die vierte – zumindest in Ansätzen – überwacht." (Ebd.)
- ❐ „(…) legt das BVG-Rundfunk die grundlegenden Anforderungen fest, denen die gesetzliche Rundfunkordnung (…) entsprechen müssen: (…) die Objektivität und Unparteilichkeit der Berichterstattung im Rundfunk (…)" (Berka 2004, S. 366)
- ❐ „Dass Einflussstreben keineswegs nur auf politische Eliten beschränkt sei und auch Redaktionen und einzelne Redakteure punktuell ‚Politik zu machen' versuchten, wurde von mehr als einem Drittel der Interviewten explizit angesprochen." (Plasser/Lengauer/Meixner 2004, S. 256)
- ❐ „Informieren und argumentieren, aber nicht agitieren und kampagnisieren ist das professionelle Leitmotiv einer Mehrheit österreichischer Spitzenjournalisten, was aber auch bedeutet, dass einzelne leitende Redakteure redaktionellem *Populismus* nicht gänzlich ablehnend gegenüberstehen." (Ebd., S. 261)
- ❐ „Jedenfalls wird der Journalist stets darauf achten, sein Publikum nicht zu bevormunden und daher auch in seinen Berichten und Reportagen Sachinformationen und Meinungen erkennbar auseinander halten." (Mück 2004, S. 211)

- „Nur in Ausnahmefällen, wenn etwa der Interviewpartner live nicht Zeit hat, wird das Interview vor der Sendung aufgezeichnet. Die Voraufzeichnung eines Gesprächs wird grundsätzlich offen gelegt, beispielsweise mir dem Satz ‚Kurz vor der Sendung habe ich Frau Huber gefragt, …'." (Ebd., S. 224)

- „Wissentlich keine Unwahrheit, ja nicht einmal ein verzerrtes Bild der Wahrheit zu liefern ist ein Grundmerkmal journalistischer Ethik." (Washietl 2004, S. 326)

- „Solange es aber um journalistische Leistung im engeren Sinn geht, wird diese weiterhin auf Unparteilichkeit, Glaubwürdigkeit und ähnliche Vorzüge abgeklopft werden." (Ebd., S. 328)

- „Kampagnen-Journalismus ist als Journalismus verkleidete Politik." (Wolf 2013, S. 123)

- „Wir reagieren darauf meist, indem wir – ungern – eine Aufzeichnung am frühen Abend oder am Nachmittag anbieten, aber auch da gibt es dann oft ‚Terminprobleme'." (Ebd., S. 113)

3. Vier Moderationen im Vergleich

Wenn nun der Terminus bzw. das Instrument „Vergleich" ins Spiel gebracht wird, bezieht sich dies auf

- die „Moderation" bzw. deren Intention im ersten Kapitel einerseits und die Positionen bzw. Intentionen der „Wortmeldungen" im zweiten Kapitel andererseits,

- „Moderation" und „Wortmeldungen" einerseits und die „Vier Moderationen" im dritten Kapitel andererseits,

- die einzelnen „Vier Moderationen" im dritten Kapitel.

Auf den zuletzt genannten Bezug bzw. auf die einzelnen der „Vier Moderationen" wird im Folgenden eingegangen. Dass eine relativ große Ergiebigkeit des vergleichenden Verfahrens in diesem Zusammenhang erwartet werden kann, liegt daran, dass innerhalb einer relativ kurzen Zeit, nämlich innerhalb von knapp drei Monaten (21. Jänner bis 15. April 2018), eine Moderation der Diskussion der Spitzenkandidaten stattfand, und dass es sich um vier auf derselben politischen Ebene stattfindenden Wahlen (Landtagswahlen in Niederösterreich [28. 1. 18], Tirol [25. 2. 18], Kärnten [4. 3. 18], Salzburg [22. 4. 18]) handelte.

3a. Die Moderation im ORF-Landesstudio Niederösterreich am 21. Jänner 2018 (Moderatoren: Chefredakteur Robert Ziegler, Moderatorin „NÖ heute" Claudia Schubert)

- ❐ Die Positionierung der Personen: Links von Ziegler Schubert, ihm gegenüber Johanna Mikl-Leitner, ÖVP (2013: 50,8 %), links von ihr Franz Schnabl, SPÖ (2013: 21,6, %), rechts von ihr Udo Landbauer, FPÖ (2013: 8,2 %), links von Schnabl Helga Krismer, Die Grünen (2013: 8,1 %), rechts von Landbauer Indra Collini, NEOS (2013: nicht kandidiert).
- ❐ Die Vorstellung der Spitzenkandidaten durch die Moderatoren per Nennung des Vor- und des Zunamens und der Parteizugehörigkeit.
- ❐ Bei der die Themen Wahlziel, Arbeit, Gesundheit, Sicherheit, Umwelt und Klimaschutz, Demokratie sowie Resümee betreffenden Diskussion der Spitzenkandidaten werden diese mit „Herr" bzw. „Frau" und Zunamen angesprochen. Davon abweichend beim Thema „Wahlziel" *Ziegler* zu Mikl-Leitner: „Frau Landeshauptfrau, Frau Mikl-Leitner", beim Thema „Arbeit" im Rahmen der Stellungnahme von Landbauer *Ziegler* zweimal zu Mikl-Leitner: „Frau Landeshauptfrau", beim Thema „Gesundheit" im Rahmen der Stellungnahme von Krismer und von Collini *Schubert* zu Mikl-Leitner: „Frau Landeshauptfrau". Zwischen der Behandlung der Themen „Umwelt und Klimaschutz" *Ziegler* zu Mikl-Leitner: „Frau Landeshauptfrau", beim Thema „Demokratie" *Ziegler* zu Mikl-Leitner: „Frau Landeshauptfrau" und im Rahmen der Stellungnahme von Collini *Schubert* zweimal „Frau Landeshauptfrau".

3b. Die Moderation im ORF-Landesstudio Tirol am 18. Februar 2018 (Moderation: Politik-Redakteur Robert Unterweger)

- ❐ Die Positionierung der Personen: Im flachen Halbkreis in der Mitte Unterweger, zu seiner Rechten Günther Platter, ÖVP (2013: 16 Mandate), rechts von ihm Ingrid Felipe, Die Grünen (2013: 5 Mandate), rechts von ihr Josef Schett, Impuls (2013: nicht kandidiert), links von Platter Elisabeth Blanik, SPÖ (2013: 5 Mandate), links von ihr Markus Abwerzger, FPÖ (2013: 4 Mandate), links von ihm Andrea Krumschnabel, Family (2013: nicht kandidiert), links von ihr Dominik Oberhofer, NEOS (2013: nicht kandidiert).
- ❐ Die Vorstellung der Spitzenkandidaten. Mit „Herr" bzw. „Frau" wird niemand angesprochen mit Ausnahme von „Herrn Landeshauptmann Günther Platter", der als „Titelverteidiger bei dieser Tirol-Wahl" begrüßt wird, alle anderen mit Ausnahme von Josef Schett werden als „Spitzenkandidaten" tituliert. Für Felipe lautet die Ansprache „Magistra", für Blanik „Diplomingenieurin", für Abwerzger „Magister", die Übrigen werden mit Vor- und Zunamen angesprochen.

❒ Bei den Themen Motive für eine bestimmte Wahlentscheidung, Wohnen, Transit, Wirtschaft, ländlicher Raum, Resümee der Spitzenkandidaten/Spitzenkandidatinnen wird Platter durchgehend als „Herr Landeshauptmann“, Blanik als „Frau Blanik“, Abwerzger als „Herr Magister Abwerzger“, Krumschnabel als „Frau Krumschnabel“, Oberhofer als „Herr Oberhofer“ angesprochen, Felipe dreimal als „Frau Felipe“, einmal als „Frau Magistra Felipe“ und einmal als „Frau Landeshauptmannstellvertreterin“. Einmal wird das Zeitbudget der einzelnen Diskussionsteilnehmer angesprochen, und da heißt es: „der Herr Landeshauptmann und der Herr Oberhofer“. Zuletzt heißt es von Seiten des Moderators: „(…) und beim öffentlich-rechtlichen ORF Tirol sind Sie gut aufgehoben und ich erlaube mir, nachdem mein Herz nun seit dreißig Jahren, meine Damen und Herren, für dieses Unternehmen schlägt, Tag für Tag, hier ein Schlusswort in eigener Sache, auch, glaube ich, im Namen meiner Kollegen und Kolleginnen: Ich hoffe, dass sich alle, die hier stehen, alle Parteien in Österreich, weiterhin zu einem starken, unabhängigen ORF bekennen, weil ich denke, ein starker ORF ist etwas, was eine starke Demokratie wie Österreich aushalten sollte, und ich wünsche mir das und meine Überzeugung ist, dass es diesen Leuchtturm ORF auch künftig braucht für Tirol und für Österreich; ich danke Ihnen für Ihr Vertrauen in den ORF.“ (Handschlag, beginnend bei Platter) (Nachstehend tabellarische Übersicht; „LH“ für „Landeshauptmann“)

Robert Unterweger	Begrüßung	Wahlmotive	Wohnen	Transit
Günther Platter, ÖVP	Herr LH Günther Platter	Herr LH	Herr LH	Herr LH
Ingrid Felipe, Die Grünen	Magistra Ingrid Felipe	Frau Felipe	LH-Stellvertreterin Ingrid Felipe	LH-Stellvertreterin Ingrid Felipe
Elisabeth Blanik, SPÖ	Diplomingenieurin Elisabeth Blanik	Frau Blanik	Frau Blanik	Frau Blanik
Markus Abwerzger, FPÖ	Magister Markus Abwerzger	Herr Magister Abwerzger	Herr Magister Abwerzger	Herr Magister Abwerzger
Josef Schett, Impuls Tirol	Josef Schett	Herr Schett	Herr Schett	Josef Schett
Andrea Krumschnabel, Liste Family	Andrea Krumschnabel	Frau Krumschnabel	Frau Krumschnabel	Frau Krumschnabel
Dominik Oberhofer, NEOS	Dominik Oberhofer	Dominik Oberhofer	Herr Oberhofer	Herr Oberhofer

	Wirtschaft	Ländlicher Raum	Schlussrunde	Prognose
Günther Platter, ÖVP	Herr LH	Herr LH	Herr LH	Herr LH
Ingrid Felipe, Die Grünen	Frau Felipe	Frau Magistra Felipe	LH-Stellvertreterin Felipe	Frau Felipe
Elisabeth Blanik, SPÖ	Frau Blanik	Frau Blanik	Frau Blanik	Frau Blanik
Markus Abwerzger, FPÖ	Herr Magister Abwerzger	Herr Magister Abwerzger	Herr Magister Abwerzger	Herr Magister Abwerzger
Josef Schett, Impuls Tirol	Herr Schett	Herr Schett	Herr Schett	Josef Schett
Andrea Krumschnabel, Liste Family	Frau Krumschnabel	Frau Krumschnabel	Frau Krumschnabel	Frau Krumschnabel
Dominik Oberhofer, NEOS	Herr Oberhofer	Herr Oberhofer „der Herr LH und der Herr Oberhofer …“	Herr Oberhofer	Herr Oberhofer

3c. Die Moderation im ORF-Landesstudio Kärnten am 25. Februar 2018

(Moderation: Chefredakteur Bernhard Bieche, Redakteurin im „Aktuellen Dienst“ Martina Steiner)

- ❒ Die Positionierung der Personen: Im flachen Halbkreis in mittlerer Position Bernhard Bieche, zu seiner Linken Martina Steiner, zu seiner Rechten die Repräsentanten der bisherigen Koalition, nämlich Peter Kaiser, SPÖ (2013: 31,1 %), rechts von ihm Christian Benger, ÖVP (2013: 14,4 %), rechts von diesem Rolf Holub, Die Grünen (2013: 12,1 %), links von *Steiner* Gernot Darmann, FPÖ (2013 FPK: 16,9 %), links von ihm Gerhard Köfer, Team Kärnten (2013 Team Stronach: 11,2 %), links von diesem Markus Unterdorfer-Morgenstern, NEOS (2013 nicht kandidiert).
- ❒ Die Vorstellung der Spitzenkandidaten (*Bieche*): Landeshauptmann Peter Kaiser – schönen guten Tag! Landesrat Gernot Darmann – schönen guten Tag, Herr Darmann! Landesrat Christian Benger – Grüß Gott, Herr Benger! Rolf Holub – schönen guten Tag! Gerhard Köfer – schönen guten Tag, Herr Köfer! Markus Unterdorfer-Morgenstern – guten Tag!
- ❒ Zur sonstigen Titulierung. Sie ist bei *Bieche* uneinheitlich: Beim Thema „Wahlziele, Koalitionsvarianten“ wird Kaiser mit „Herr Landeshauptmann Kaiser“, die Landesräte Darmann und Köfer mit „Herr Landesrat Darmann“ bzw. „Köfer“, die anderen Landesräte Benger und Holub sowie Unterdorfer-Morgenstern mit „Herr“ angesprochen. Beim Thema „Landesbudget“ heißt es „Herr Landeshauptmann“, „Herr Landesrat Darmann“, „Herr Landesrat Benger“, „Herr Holub“, „Herr

Landesrat Köfer“ und „Herr Unterdorfer-Morgenstern“, beim Thema „Was schätzen Sie an Ihren Mitbewerbern?“ heißt es in Richtung Kaiser „Herr Landeshauptmann“ und sonst durchgehend „Herr …“, dasselbe gilt für das Thema „Schätzung der zu erreichenden Prozente bei der Landtagswahl“: Zu „Herr Landeshauptmann“ wird hinzugefügt „Kaiser“. Einheitlich die Titulierung durch *Steiner*: Es heißt bei den Themen „Wirtschaft und Arbeitsplätze“ und „Gesundheit“ hinsichtlich Kaiser durchgehend „Herr Landeshauptmann“, hinsichtlich der anderen Spitzenkandidaten bzw. Diskussionsteilnehmer „Herr …“; eine Ausnahme stellt diesbezüglich die Titulierung bzw. „Kommentierung“ Holubs dar – das eine Mal heißt es „Landesrat Holub“, das andere Mal „Vorausgesetzt, Sie schaffen den Einzug in den Landtag“.

3d. Die Moderation im ORF-Landesstudio Salzburg am 15. April 2018

(Moderation: Chefredakteur Gerd Schneider, Ressortleiterin Lokales „Salzburger Nachrichten“ Sylvia Wörgötter)

- ❒ Die Positionierung der Personen: Gerd Schneider, zu seiner Linken Sylvia Wörgötter, links von ihr, einen Kreis bildend, Winfried Haslauer, ÖVP (2013: 11 Sitze im Landtag), Walter Steidl, SPÖ (2013: 9), Astrid Rössler, Die Grünen (2013: 7), Marlene Svazek, FPÖ (2013: 6), Karl Schnell, FPS (2013: nicht kandidiert), Sepp Schellhorn, NEOS (2013: nicht kandidiert), Hans Mayr, Salzburger Bürgergemeinschaft (2013: nicht kandidiert).
- ❒ Die Titulierung in den Inseraten erfolgt durch die Nennung des Vor- und des Zunamens und der Parteizugehörigkeit, in der Diskussion der Themen Verkehr, Wohnen und in der Schlussrunde durchgehend mit Vor- und Zunamen unter Beifügung des akademischen Grads „Doktor“ bei Haslauer, Rössler und Schnell. (Nachstehend tabellarische Übersicht)

Gerd Schneider/ Sylvia Wörgötter	Eröffnungsrunde	Verkehr	Wohnen	Schlussrunde
Wilfried Haslauer, ÖVP	Herr Doktor Haslauer	Herr Doktor Haslauer	Herr Doktor Haslauer	Herr Doktor Haslauer
Walter Steidl, SPÖ	Herr Steidl	Herr Steidl	Herr Steidl	Herr Steidl
Astrid Rössler, Die Grünen	Frau Doktor Rössler	Frau Doktor Rössler	Frau Doktor Rössler	Frau Doktor Rössler
Marlene Svazek, FPÖ	Frau Svazek	Frau Svazek	Frau Svazek	Frau Svazek
Karl Schnell, FPS	Herr Doktor Schnell	Herr Doktor Schnell	Herr Doktor Schnell	Herr Doktor Schnell

Gerd Schneider/ Sylvia Wörgötter	Eröffnungs-runde	Verkehr	Wohnen	Schlussrunde
Sepp Schell-horn, NEOS	Herr Schellhorn	Herr Schellhorn	Herr Schellhorn	Herr Schellhorn
Hans Mayr, Sbger. Bürger-gemeinschaft	Herr Mayr	Herr Mayr	Herr Mayr	Herr Mayr

4. Der Vergleich der „Vier Moderationen“

Hier ist zum einen auf die im Spiel befindliche Semantik zu achten: In dem Moment, wo eine Graduierung stattfindet, findet auch eine Degradierung statt; denn wenn der/die eine als „Landeshauptmann“ bzw. als „Landeshauptfrau“ angesprochen wird und der/die andere als „Herr“ bzw. „Frau“, stehen die einen als (demokratisch an die Macht gekommene) Potentaten bzw. als Regierende und die anderen nur als Kandidaten bzw. als regieren Wollende da. Zum andern geht es um den Aspekt Taktik: Wenn bewusst graduiert und damit auch degradiert wird, wird Wahlwerbung für eine bestimmte Person bzw. Partei gemacht; wenn dies unbewusst geschieht, hat sich die betreffende Moderation das Prinzip Objektivität, also gleiches Recht für alle, nicht zu Herzen (und nicht zu Hirn) genommen, sondern es ist die in Österreich immer noch große „Autoritätshörigkeit“ (Wolf 2013, S. 97) zum Zug gekommen. Beide taktischen Varianten bzw. Verhaltensweisen stellen eine Zumutung dar – zum einen der (nicht begünstigten) Kandidaten, zum andern des Publikums; die Moderation glaubt – offensichtlich zu Recht –, davon ausgehen zu können, dass sich die betroffenen Kandidaten nicht wehren und dass es das Publikum nicht merkt. Im Spiel sind also seitens der Moderation einerseits bewusste oder unbewusste Unterwürfigkeit oder „Verhaberung“ (Plasser/Lengauer/Meixner 2004, S. 268) im Hinblick auf die Favoriten und Überheblichkeit im Hinblick auf die Nicht-Favoriten und das Publikum.

Im Lichte dieser Argumentation stellen sich zwei Standpunkte bzw. Vorgangsweisen heraus: Die Tirol-Moderation steht in radikaler und konsequenter Einseitigkeit auf der Seite des – also mit dem Titel des „Titelverteidigers“ bedachten – Landeshauptmanns. Zudem kommt ihr im vorliegenden Zusammenhang das Alleinstellungsmerkmal journalistischen Größenwahns zu – wenn es zutrifft, was früher (1974) und in jüngerer Zeit (2004) behauptet wurde: „Ich bin bloß nicht bereit (…) zu glauben, daß der Journalist ad personam das objektiv zu schützende Gut der Meinungsfreiheit ist. Dieses präpotente Selbstverständnis ist terroristisch, absolutistisch und daher demokratiegefährdend.“ (Bacher 1974, S. 143) „Nichts ist peinlicher, als wenn ein Medium die Werbung für sich selbst

mit journalistischem Agendasetting auflädt und den Kurzschluss zwischen journalistischer Leistung und Marketing in eigener Sache herstellt." (Washietl 2004, S. 143) Diesem Tiefpunkt der österreichischen ORF-Journalistik steht deren Höhepunkt bzw. die Hochburg Salzburg, also die Salzburg-Moderation, gegenüber. Bei der Positionierung der Personen wird zwar Rücksicht auf den politischen Stand der Dinge (Reihenfolge entsprechend dem amtlichen Stimmzettel) genommen, für die Titulierung der Kandidaten ist jedoch nicht der politische Status, sondern (wiederum entsprechend dem amtlichen Stimmzettel) das Vorhandensein eines akademischen Grades entscheidend. (Ob als Motiv hiefür die Anwesenheit einer Repräsentation auch eines anderen Mediums, nämlich einer Tageszeitung, eine Rolle gespielt hat, muss offen gelassen werden.)

Zwischen beiden Extrempositionen landen die Moderationen Niederösterreich und Kärnten, wobei zu beachten ist, dass das jeweilige ORF-Duo unterschiedlich operiert und damit in unterschiedliche Beurteilung bzw. Verantwortung zu ziehen ist. (Besonders illustratives Beispiel: Konsequenter bzw. entschiedener als Bernhard Bieche bzw. im Stil Unterwegers agierend Martina Steiner, Kärnten, in Sachen Kaiser.)

5. Die Antwort auf „einige Fragen"

Bevor diese Antwort gegeben wird, ist in Rechnung zu stellen, dass der betreffende Moderator – jedenfalls im Prinzip – die Möglichkeit hatte, sich in der einschlägigen, hier im 2. Kapitel Niederschlag findenden Literatur umzusehen, sich davon zu informieren oder informieren zu lassen, wie es um das Niveau bzw. um die Sonnen- und Schattenseiten der im Vorfeld der jüngsten Wahlen in Österreich realisierten Moderation bzw. Befragung der Politiker durch die Journalisten bestellt ist, und sich zu Herzen zu nehmen, dass er in diesem Zusammenhang selbst zu Protokoll gegeben hat: „Kampagnen-Journalismus ist als Journalismus verkleidete Politik." (Wolf 2013, S. 123) (Nicht auf die Goldwaage gelegt, aber doch auch nicht ignoriert sollte in diesem Zusammenhang werden, dass der Autor dieses Beitrags im Mai dieses Jahres an der ORF-Publikumsbefragung teilgenommen und dabei den Komplex „parteipolitische Präferenz" und diesbezügliche „Titulierung" angesprochen hat. – Reproduktion des betreffenden eingeschriebenen Schreibens vom 30. Mai 2018 [Sendungsnummer: R0516501745AT PLZ: 1136] und der dort zitierten Seite hier S. 227 f.) (Immerhin ist festzuhalten, dass einer der beiden angeschriebenen Adressaten, Peter Resetarits, sehr wohl auf eingegangene Verbesserungsvorschläge eingegangen ist: In der Sendung „Daheim in Österreich" vom 6. Juni 2018 hat er diesbezüglich zitiert: „Der Koch redet viel zu schnell und er redet in seinen Hals hinein; wir verstehen fast nichts – wozu die Sendung, wenn wir nichts verstehen" und so repliziert: „Wir können daraus lernen […]".)

In Anbetracht dieser Argumentation bzw. Zitation zur Antwort auf die in Rede stehenden Fragen. Zunächst sei aufgerufen Gerd Bacher, dem Wolf den Titel des „legendären ORF-Intendanten" zuerkennt: „Journalismus ist Unterscheidung – die Unterscheidung zwischen wahr und unwahr, wichtig und unwichtig, Sinn und Unsinn." (Wolf 2013, S. 64) Was die erstgenannte Polarität betrifft, sei hier erinnert an das klassische juristische, den Charakter der Eidesleistung definierende Prinzip „die Wahrheit, die ganze Wahrheit und nichts als die Wahrheit". Werden diese zentralen und elementaren Prinzipien journalistischer und humanistischer Ethik respektiert, stellen sich Wolfs Ausführungen als Bestätigung der im Titel des vorliegenden Beitrags formulierten These dar. Denn dass es in Wien eine „türkis-blaue" „Koalition" gibt, ist zwar nicht falsch, aber nicht die ganze Wahrheit, da es bekanntlich eine (von der ÖVP und der FPÖ beschickte, ordnungsgemäß installierte und angelobte) österreichische Bundesregierung gibt; dass „Vizekanzler Heinz-Christian Strache" „FPÖ-Chef" ist, ist zwar nicht falsch, aber eine Entstellung der Wahrheit insofern, als der Genannte durch die Erwähnung seiner Parteizugehörigkeit eine Relativierung und Degradierung erfährt, da anderseits – ohne Parteietikett – von einem „Kanzler Kurz" die Rede ist; dass also Strache und Kickl FPÖ-Mitglieder sind, ist zwar nicht falsch, aber eine Entstellung der Wahrheit insofern, als die Genannten durch die Nennung der Parteizugehörigkeit ebenfalls eine Relativierung und Degradierung erfahren, die andere und insbesondere frühere Minister und Ministerinnen nicht erlebt haben. Für die italienische Partei „Lega" gilt dasselbe *mutatis mutandis*; dass in diesem Zusammenhang das Attribut „rechts" behauptet und nicht bewiesen wird, ist vermutlich weniger oder nicht nur auf Zeitmangel, sondern auf den Verzicht auf die Beachtung kardinaler klassischer Prinzipien journalistischer Ethik zurückzuführen; denn bei Bacher ist zu lesen: „Im Rahmen der journalistischen Arbeit im ORF dürfen persönliche Präferenzen in keiner Weise zum Ausdruck kommen." (Bacher 1969, S. 76) Und bei Werner Mück im Kapitel „Objektivität und Wahrheit": „Jedenfalls wird der Journalist stets darauf achten, sein Publikum nicht zu bevormunden und daher auch in seinen Berichten und Reportagen Sachinformationen und Meinungen erkennbar auseinander halten." (Mück 2004, S. 211) Es ist allerdings – nicht zugunsten von Wolf, sondern zu Lasten anderer – darauf hinzuweisen, dass Bacher und Münch eben auch von „anderen" – die freilich privat verfasst bzw. einer weniger strengen Objektivitätsverpflichtung unterworfen sind als der öffentlich-rechtliche ORF – ignoriert werden: Da ist in einem Standardwerk die Rede von der „rechtpopulistischen FPÖ unter der Parteiführung Haiders" (Plasser/Ulram 2004, S. 406), und in einer Tageszeitung heißt es knapp und klar (Differenz zwischen „Koalition" und „Vorgängerregierung"): „Die türkis-blaue Koalition hat das unter der rot-schwarzen Vorgängerregierung beschlossene Gesetz (…)

allerdings nicht zurückgenommen." (Neuhauser 2018, S. 8; ähnlich Bachner 2018, S. 2) Und ebenfalls ist, um nicht nur der Wahrheit, sondern der ganzen Wahrheit die Ehre zu geben, darauf hinzuweisen, dass sowohl Wolf als auch Neuhauser in der Folge doch auch von „Regierung" sprechen – ob es sich dabei darum handelt, eine Richtigstellung anzubringen oder Abwechslung ins Vokabular zu bringen oder ob es sich um eine Alibiaktion handelt, ist unklar. Es stellt sich also heraus, dass Wolf parteiisch ist, da er, statt der eigenen Parole „Aufklärung" (vgl. Wolf 2013, S. 112, 122) zu folgen, Parteien wie die „Freiheitliche Partei Österreichs" und die (italienische) „Liga" durch entsprechende Etikettierung in ein schiefes Licht stellt und damit gezielte Herabsetzung an die Stelle von sachlicher Auseinandersetzung setzt – man könnte das auch die Inszenierung eines sich auf Semantik statt auf Sachlichkeit stützenden journalistischen Guerillakriegs gegen im Amt befindliche Regierungsmitglieder nennen und als Beispiel dafür ansehen, wie das Qualitätsmerkmal „Unabhängigkeit und Distanz" (ebd., S. 136) umschlägt in Überheblichkeit und Ungerechtigkeit und wie anstelle der proklamierten „Aufklärung" Abneigung und in weiterer Folge Abwertung (statt unparteiischer Bewertung) Platz greift.

Unter Berücksichtigung der journalistischen Politik der fallweisen Titulierung in der Moderation der Diskussion der Spitzenkandidaten der vier jüngsten Landtagswahlen in Österreich stellt sich nun heraus, dass Wolf ganz auf der Linie Robert Unterwegers bzw. des Systems des ORF Tirol liegt. Denn abgesehen davon, dass es in diesem um die, so die Intention, verdeckte bzw. undeutlich und indirekt angesprochene Bestätigung und Bewerbung des bisherigen politischen Oberhaupts durch entsprechende Titulierung per Graduierung und im System Wolf um die in gleicher Weise verdeckte bzw. undeutlich und indirekt angesprochene Demontierung von ihm politisch unsympathischen im Amt befindlichen Politikern einer bestimmten Partei durch entsprechende Titulierung per relativierender Degradierung geht, wird dieselbe Methode angewandt bzw. die Fortsetzung der Politik mit journalistischen Mitteln praktiziert. Dies die Antwort auf die ersten der drei im 1. Kapitel gestellten „Warum"-Fragen.

Was die vierte „Warum"-Frage angeht, ist festzustellen, dass das Kriterium nicht das Vorhandensein eines der Propaganda dienenden „Titels", sondern dessen Fehlen das Problem ist, wobei das im Sinne des Titels dieses Beitrags zu verstehende Attribut „politisch" anders als bei den drei ersten Fragen zu verstehen ist, und sogleich ist auch festzustellen, dass es nicht mehr um „Dramatik", sondern um „Statistik", also nicht mehr um politisch Gravierendes, sondern um ein ein großes Publikum betreffendes, in großer Zahl auftretendes Phänomen geht. Gemeint ist der Verstoß gegen das Prinzip „die ganze Wahrheit", der darin besteht, dass durch – wenngleich befristetes – Verschweigen dem Publikum bewusst, gezielt und notorisch vorgegaukelt wird, dass die betreffende Sendung zeitecht abläuft, dass es sich in Wahrheit

jedoch um eine zeitversetzte Sendung, also um eine Aufzeichnung, handelt. Mit der Zurückhaltung relevanter Information, also mit unlauteren Mitteln, soll die Aufmerksamkeit möglichst groß gehalten werden; es wird – entgegen früherer und neuerer Bedenken (Mück 2004, S. 224, Wolf 2013, S. 113) – darauf spekuliert, dass das Publikum mehr an Gegenwärtigem als an (eben erst) Vergangenem interessiert ist und es diesen mit feiner Klinge geführten Betrug nicht realisiert und damit stillschweigend akzeptiert. Und wenngleich das Verschweigen von Wahrheit weit weniger schwer wiegt als das Verbreiten von Unwahrheiten oder auch der Methode, „ein verzerrtes Bild der Wahrheit zu liefern" (Washietl 2004, S. 326), so ist in Anbetracht der schieren Menge bzw. der Alltäglichkeit dieses Verschweigens zu sprechen von Manipulation durch fehlende bzw. unterschlagene Information oder auch von einer Schule der Unaufrichtigkeit und Unehrlichkeit. (Eine Sammlung von Beispielen der Anwendung des Prinzips „Verlogenheit durch Verschwiegenheit" bei Lechner 2017a, S. 4.)

6. Am Anfang war die Tat: Von der Systematik zur Kritik

Wenn von der Kritik zur Konstruktion, vom Denken zur Tat übergegangen werden soll, kann der Umstand, dass sowohl die Politiker bzw. die Staatsmänner und -frauen als auch die Staatsbürger und -bürgerinnen Opfer der Entstellung der Wahrheit durch verfehlte bzw. fehlende „Titulierung" sind, eine solide Grundlage liefern. Denn es kann als unverständlich und unerträglich bezeichnet werden, dass die genannten Adressaten von ORF-Moderatoren weiterhin stumm dulden bzw. die Rolle von Geißlein spielen, über die sich der im Journalistenpelz daherkommende Tiroler Wolf und seine Gesinnungsgenossen hermachen, sodass davon gesprochen werden kann, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk fallweise bzw. systematisch begründet öffentlich Unrecht tut. Zu denken ist infolge dessen im Sinne einer Aufrüstung bzw. Ausrüstung gegen entsprechende Zumutung an die Abkehr von einer konventionellen, systematisch ansetzenden und sich in Systematik erschöpfenden Politischen Bildung zugunsten einer, die an die Stelle der Systematik die öffentliche Kritik bzw. die Analyse der – aktuellen und anschaulichen – Produktion der Journalistik, insbesondere der als öffentlich-rechtlichen definierten, setzt. Bezug mag dabei genommen werden auf die eingangs gestellten „Warum"-Fragen, auf deren Beantwortung zu beharren ist, sodass nicht einem tendenziösen, Titel bzw. Attribute nach Gutdünken verleihenden bzw. verweigernden und Informationen unterschlagenden Journalismus auf den Leim, sondern den Dingen auf den Grund gegangen wird. Als Lehrbeispiel mögen – quasi aus gegebenem Anlass – in Betracht gezogen werden die hier thematisierten ORF-Sendungen, also die Moderation der Diskussion der Spitzenkandidaten der jüngsten vier Landtagswahlen in Österreich und der Beitrag „Auf

Achse“ in der ZIB 2 im ORF am 20. Juni 2018. Und als organisatorischer Rahmen könnte, womit ein auf der Hand liegender, da historisch begründeter Kärnten-Bezug gegeben ist, ein auf akademischem Boden eingerichtetes „Josef-Palla-RFDZ [Regionales Fachdidaktikzentrum] für Politische Bildung“ (s. Lechner 2017b, S. 377) Dienste leisten – in Erinnerung an den Professor an den damaligen „k. k. Bildungs-Anstalten für Lehrer und Lehrerinnen zu Klagenfurt“, Josef Palla († 1909), in seiner Eigenschaft als Verfasser der Schrift „Vaterlandskunde“ (Palla 1874; Edition: Lechner [Hrsg.] 2017c, S. 1–42) und in Erinnerung auch an den (zweiten) Gründungsrektor der damaligen Hochschule für Bildungswissenschaften Klagenfurt, Peter Heintel († 2018), in seiner Eigenschaft als Verfasser der fast genau 100 Jahre später erschienenen Schrift „Politische Bildung als Prinzip aller Bildung“. (Heintel 1977; kommentierte Auswahl: Heintel 2008, Auswahl: Lechner [Hrsg.] 2017d, S. 33–38)

Literatur:

Gerd Bacher: Informiert der ORF objektiv und politisch neutral? (12. Juni 1969). In: Der Gereralintendant. Gerd Bachers Reden, Vorträge, Stellungnahmen aus den Jahren 1967 bis 1994, hrsg. von Michael Schmolke, in Verbindung mit Sandra Ebner und Thomas Steinmaurer (Schriftenreihe des Forschungsinstitutes für politisch-historische Studien der Dr.-Wilfried-Haslauer-Bibliothek, Salzburg, Bd. 10, hrsg. von Roland Floirmair u. a.), Wien-Köln-Weimar 2000, S. 70–77

Gerd Bacher: Der Fernsehjournalist in der Auseinandersetzung mit der Gesellschaft und den politischen Parteien. (22. Oktober 1974). In: Ebd., S. 143–151

Gerd Bacher: Das elektronische Manövergelände: Beobachtungen und Behauptungen über Schicksal und Rolle des Fernsehens in der Parteienlandschaft. (1976). In: Ebd., S. 159–169

Michael Bachner: Kahlschlag beim AMS wäre fatales Signal (…). In: „Kurier“, 2. August 2018, S. 2

Walter Berka: Medienrecht für Journalisten. In: Praktischer Journalismus. Presse, Radio, Fernsehen, Online Inklusive CD-ROM mit journalistischen Beispielen, hrsg. von Heinz Pürer, Meinrad Rahofer und Claus Reitan, 5., völlig neue Aufl., Salzburg 2004, S. 359–388

Hannes Haas: Das Publikum braucht Aufklärung, aber Aufklärung braucht auch Publikum. Anmerkungen zum Interviewer, Nachrichtenmoderator und Politikwissenschafter Armin Wolf. In: Armin Wolf: Wozu brauchen wir noch Journalisten? Theodor-Herzl-Vorlesung, hrsg. von Hannes Haas, 2. Aufl., Wien 2013, S. 9–22

Peter Heintel: Politische Bildung als Prinzip aller Bildung, Wien/München 1977

Peter Heintel: Der Lehr- und Lernprozess als indirekte politische Verhaltensbildung. In: 25 Jahre Universitätslehrgang Politische Bildung in Österreich, hrsg. von Cornelia Klepp, Daniela Rippitsch, Wien 2008, S. 308–321

Matthias Karmasin (Hrsg.): Medien und Ethik, Stuttgart 2002

Elmar Lechner: Politische Bildung als Kritik der Journalistik oder Die Rache des Sokrates (Retrospektiven in Sachen Bildung, R. 2, Nr. 94), Klagenfurt 2017 (Lechner 2017a)

Elmar Lechner: Wider politischen und pädagogischen Absolutismus. Josef Palla als prominenter Pädagoge an der Klagenfurter Lehrerbildungsanstalt um 1880. In: Carinthia I 207 (2017), S. 367–378 (Lechner 2017b)

Elmar Lechner (Hrsg.): Josef Palla. Schriften zur Schulpädagogik und Schulgeschichte (Retrospektiven in Sachen Bildung, R. 10, Nr. 45), Klagenfurt 2017 (Lechner [Hrsg.] 2017c)

Elmar Lechner (Hrsg.): Konstruktionen Politischer Bildung im kaiserlich-königlichen und im republikanischen Österreich. Sieben Beispiele (Retrospektiven in Sachen Bildung, R. 10, Nr. 47), Klagenfurt 2017 (Lechner [Hrsg.] 2017d)

Werner Mück: Fernseh-Journalismus. In: Medienrecht für Journalisten. In: Praktischer Journalismus. Presse, Radio, Fernsehen, Online Inklusive CD-ROM mit journalistischen Beispielen, hrsg. von Heinz Pürer, Meinrad Rahofer und Claus Reitan, 5., völlig neue Aufl., Salzburg 2004, S. 207–228

Julia Neuhauser: Die Gesamtschule: Theoretisch möglich, praktisch (wohl) nicht (…). In: „Die Presse", 24. Juli 2018, S. 8

Josef Palla: Die Vaterlandskunde an unsern Lehrerbildungs-Anstalten unter besonderer Rücksicht auf die Volksschule. In: I. Bericht der k. k. Bildungs-Anstalten für Lehrer und Lehrerinnen zu Klagenfurt am Schlusse des Schuljahres 1874, Klagenfurt, S. 1–52

Fritz Plasser (Hrsg.): Politische Kommunikation in Österreich. Ein praxisnahes Handbuch (Schriftenreihe des Zentrums für Angewandte Politikforschung, Bd. 29), Wien 2004

Fritz Plasser/Günther Lengauer/Wolfgang Meixner: Politischer Journalismus in der Mediendemokratie. In: Ebd., S. 237–308

Fritz Plasser/Peter A. Ulram: Parteienwettbewerb in der Mediendemokratie. In: Ebd., S. 377–428

Heinz Pürer/Meinrad Rahofer/Claus Reitan (Hrsg.): Praktischer Journalismus. Presse, Radio, Fernsehen, Online Inklusive CD-ROM mit journalistischen Beispielen, 5., völlig neue Aufl., Salzburg 2004

Stephan Russ-Mohl/Susanne Fengler: Scheinheilige Aufklärer? Wie Journalismus und Medien über sich selbst berichten. In: Medien und Ethik, hrsg. von Matthias Karmasin, Stuttgart 2002, S. 175–193

Engelbert Washietl: Ethik und Verantwortung im Journalismus. In: Medienrecht für Journalisten. In: Praktischer Journalismus. Presse, Radio, Fernsehen, Online Inklusive CD-ROM mit journalistischen Beispielen, hrsg. von Heinz Pürer, Meinrad Rahofer und Claus Reitan, 5., völlig neue Aufl., Salzburg 2004, S. 323–340

Armin Wolf: Wozu brauchen wir noch Journalisten? Theodor-Herzl-Vorlesung, hrsg. von Hannes Haas, 2. Aufl., Wien 2013

Österreichische Gesellschaft für
Historische Pädagogik und Schulgeschichte
Hallegger Straße 218 • A-9061 Klagenfurt-Wolfnitz
schulmuseum@aau.at • www.schulmuseum.at

ORF
z. Hd. Fr. C. Reiterer, Hr. P. Resetarits
betr. ORF-Publikumsbefragung
Würzburgg. 30
1136 Wien

Klagenfurt, 2018-05-30

Sehr geehrter Frau Reiterer, sehr geehrter Herr Resetarits!

Ich nehme die Einladung zur Teilnahme an der ORF-Publikumsbefragung zum Anlass, Ihnen die Publikation „Politische Bildung als Kritik des Journalismus …" (eingeschrieen) zukommen zu lassen und ich ersuche Sie höflich, die – zugegeben kritischen – Ausführungen auf S. 3, zweiter Absatz, per Rückschreiben zu kommentieren.

Mit freundlichem Gruß

(Mag. Dr. Elmar Lechner, Univ.Prof. i.R.,
z. Zt. Präs. d. Österr. Ges. f. Hist. Päd. u. Schulgesch.)

(elmar.lechner@aau.at)

Bankverbindung: Raiffeisenlandesbank Kärnten Bl.Z 39.000 Kto.Nr. 2510287

Das Logo im Briefkopf ist übernommen vom Titelblatt des Vorlesungsverzeichnisses des seinerzeitigen k. k. Lyzeums zu Klagenfurt.
Es stellt ein Arrangement von mathematischen, physikalischen und geographischen Unterrichtsmitteln dar.

eignet (dazu DEICHMANN 2010, S. 344) – und dies (jedenfalls hinsichtlich des Formats „Nachrichten") trotz systembedingter Oberflächlichkeit und Belanglosigkeit (LIESSMANN 2008, S. 28). Hinzu kommt das Charakteristikum der Volatilität: Die Bewegtheit von Bild und Ton führt dazu, dass Inhalte nur flüchtig wahrgenommen werden können oder, grob gesprochen, auf Kosten der Zuschauer und Zuhörer eine – Nachdenken erschwerende oder verhindernde – Hetzjagd veranstaltet wird. Hinzu kommt außerdem das fallweise in Spiel kommende Charakteristikum Anonymität: Der Teleprompter präsentiert einen Text. dessen Verfasser im Dunkel bleibt (und zudem wird suggeriert, dass die ablesende Person diesen Text im Kopf – und nicht vor Augen – hat). Diese Bedingungen verführen – in Rede steht der dem öffentlich-rechtlichen Objektivitätsgebot verpflichtete ORF – offensichtlich zum Laster der Verlogenheit.

Zum einen ist dabei der PP-Faktor anzusprechen: Trotz des genannten Gebots ist parteipolitische Präferenz im Spiel, was freilich nur zutage kommt, wenn die Maske der Objektivität verrutscht – das eine Mal aufgrund persönlicher Vorliebe [en detail: CHORHERR 2017], das andere Mal aufgrund der Vorgabe der Partei [wenngleich nur en passant: FILZMAIER 2008, S. 217]): In der Sendung „Bürgerforum" vom 24. November 2015 (ORF 2) (Schreiben des ORF-Kundendiensts vom 5.7.2017; Kopie hier S. LI ff.) hat der Moderator (Peter Resetarits) den einen Diskutanten mit „Herrn Bundeskanzler" und den anderen, nämlich den Vizekanzler, mit „Herrn Mitterlehner" tituliert. Und in der Sendung „Im Zentrum" vom 2. Juli 2017 (ORF 2) hat die Moderatorin (Claudia Reiterer) eine ungerechte Platzierung der Diskutantinnen (Nähe zur Moderatorin nicht entsprechend der Stärke der betreffenden Partei) und der Titulierung derselben (im einen Fall durchgehend mit „Frau Ministerin", in allen anderen Fällen trotz ebenfalls gegebener politischer Prominenz systematisch und notorisch mit dem bloßen Familiennamen) zu verantworten. Ähnliches im selben Format am 3.9.17, als alle Teilnehmerinnen ([Irmgard] Griss, [Norbert] Hofer, [Werner] Kogler, [Josef] Moser) beim Familiennamen genannt wurden – mit Ausnahme von Pamela [!] Rendi-Wagner.

Hinzu kommt der DT-Faktor bzw. die Anwendung eines dramaturgischen Tricks, der in der Anwendung des Prinzips Verlogenheit durch

Ulfried Burz

Historiographie zwischen dem weiten Feld der *Erinnerungskultur* und den schmalen Pfaden der *Geschichtspolitik* – Fallbeispiele

1989 formulierte der akademisch graduierte Politikwissenschaftler Francis Fukuyama, der unter anderem auch als Professor für Internationale Politische Ökonomie und in der Mitte der 1990er-Jahre als Berater der US-Regierung wirkte, eine mit Fragezeichen versehene These: „The End of History?"[1] Erwähnenswert ist, dass dieser Lehrsatz vor dem Fall der Berliner Mauer und dem daran anschließenden Korrosionsprozess politischer Systeme in der ehemaligen Sowjetunion, in Ost- und Südosteuropa formuliert worden war! Rund drei Jahre später konstatierte Fukuyama in einer Monographie das Ende der Geschichte.[2]

Stefan Jordan, ausgewiesener Geschichtstheoretiker, Mitarbeiter der Historischen Kommission an der Bayerischen Akademie der Wissenschaften (Redakteur der Neuen Deutschen Biographie), hat die Überlegungen Fukuyamas vor dem Hintergrund der Sozialisationsgeschichte des US-Bürgers, dessen berufliche Verankerung in relevanten politischen Institutionen der USA und dessen Verwurzelung in wirkungsmächtigen Geschichtstheorien prägnant zusammengefasst. Die Quintessenz der Ausführungen von Fukuyama ist: Ein planwirtschaftlich organisierter Staatskommunismus sei gegenüber dem wirtschaftlichen und politischen Liberalismus unterlegen, die „final form of human government" sei erreicht und damit das Ende der Geschichte besiegelt.[3] Ungeachtet der US-amerikanisch zentrierten Sichtweise Fukuyamas, die Entwicklungen anderer Kontinente wenig Beachtung schenkt, kann den theoretischen Überlegungen des Geisteswissenschaftlers, unter Berücksichtigung der gegenwärtigen internationalen politischen Verhältnisse, ein gewisses Maß an Prophetie nicht abgesprochen werden. Der neuerdings wiederholt kolportierte Ruf „America first" in einem Staat, dessen Gesellschaftsordnung durch einen mitunter überaus harten Konservativismus und nicht selten grenzenlosen Wirtschaftsliberalismus bestimmt war und neuerdings deutlicher geprägt wird, ist nur ein Beleg dafür. Politische Kontrahenten sehen in dieser Entwicklung eine Trendwende hin zu konservativen Wertvorstellungen und die Vernachlässigung bisheriger sozialer und gesellschaftlicher Errungenschaften. Sie behaupten, kurz resümiert, einen allgemeinen

Rückschritt, eine Stagnation, das Ende des Fortschritts, was immer letztgenannter Begriff bedeutet. Zumeist ist es ein Terminus, der ideologisch bedingten Argumentationen dient. In der *scientific community* ruft er auch deshalb, mitunter heftige, Kontroversen hervor.

Nicht nur auf dem breiten Feld politischer Entwicklungen, sondern auch auf den weiträumigen Forschungsgebieten der Geschichtswissenschaft zeichnet sich neuerdings eine ähnlich gestaltete Trendwende ab. Das gilt – cum grano salis – vor allem für jene Historiographie, die sich mit der jüngeren und jüngsten Vergangenheit beschäftigt. Termini wie *Gedächtnisgeschichte, Gedächtniskollektiv, Geschichtsnarrativ, Geschichtspolitik, kollektives Wissensarchiv* u. a. m. werden im öffentlichen Raum, in geistes- und sozialwissenschaftlichen Diskussionen und Publikationen – ut in hac parte visibilis est – geradezu gebetsmühlenartig verwendet.

Aus den damit verbundenen „Transformationen des Geschichtsbewusstseins" bzw. den „entsprechenden Darstellungsformen kollektiver Erinnerung" resultiert eine nicht geringe Anzahl an einschlägigen Publikationen, die mehrheitlich Kollektiv-Vorstellungen untermauern und individuelle Geschichtsbilder in den Hintergrund rücken.[4] Das kommt einer contradictio in adiecto gleich, ruft man sich die Geschichte des kurzen 20. Jahrhunderts in Erinnerung. Für einen Großteil der Zeitgenossen Europas war es mitunter mehr als ein halbes Zentennium, in dem Autoritarismen wie der Bolschewismus, der Frankismus, der Faschismus, der Hitlerismus, der Nationalsozialismus und der Stalinismus dominierten. Es waren totalitäre Herrschaftssysteme, die allesamt kollektives Bewusstsein in extenso kultiviert hatten, um dieses den jeweiligen Interessen dienstbar zu machen.

Wahrscheinlich sind die oben angeführten Termini, die im Kern auf eine Generalisierung abzielen, in der Tat nur eine „Alternative zur Verwendung der vergleichsweise pathetisch konnotierten Formulierung Vergangenheitsbewältigung".[5] Und das ist ein Schlagwort, dessen Widersinn sich bereits nach kurzer Reflexion erschließt.

Und ob die „kulturelle Öffnung" – im Wesentlichen bedingt durch die Einrichtung kulturwissenschaftlicher Institutionen – der historischen Disziplin wirklich „neue, erweiterbare methodische Ansätze" gebracht hat, kann derzeit weder bestätigt noch in Abrede gestellt werden. Dass damit neue „Entwicklungen der Vergangenheitsdiskussionen" eingeleitet worden sind, die auf eine Historisierung vergangenen Geschehens abzielen, ist deshalb zu begrüßen, weil damit ein zentrales Momentum des Selbstverständnisses der Geschichtswissenschaft wieder Geltung erlangt.[6]

Mitverantwortlich für diese Rückbesinnung auf Möglichkeiten, Chancen und Risiken der vermeintlichen Historia magistra vitae – „die (in der Tat) dauernd lehrt, aber keine Schüler findet" (Ingeborg Bachmann) – ist

unter anderem, dass im Rahmen der Erinnerungskultur neuerdings eines Geisteswissenschaftlers besonders gedacht wird. Und er zählt zu Recht zu den Klassikern der Geschichtsschreibung, auch deshalb, weil dessen „methodologische(n) Auffassungen (…) bis in unsere Gegenwart hinein einen Stein des Anstoßes dar(stellen), an dem sich die Geister scheiden".[7]

Es ist die Rede von Franz Leopold (von) Ranke, der in den letzten zwei Jahrzehnten im Rahmen der Geisteswissenschaften gleichsam eine Renaissance erfährt. Das mag auch daran liegen, dass Ranke Historisches mit Politischem in Einklang zu bringen suchte und dabei eine parteiische Haltung trotz oder gerade nach seiner Ernennung zum Historiographen des preußischen Staates (1841) zu unterbinden wusste. Der ungemein produktive Geisteswissenschaftler hat sich 1832 bis 1836 als Herausgeber der *Historisch-politischen Zeitschrift* engagiert, die als Vorläufer der später erscheinenden *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* (1844–1848) und der nachfolgenden bis heute publizierten *Historischen Zeitschrift* (1859 begründet) gilt. Und Rankes oft und oft unvollständig zitierter Satz sollte nicht nur, aber vor allem für die Zeitgeschichtsforschung wieder zu einem Maßstab werden: „Man hat der Historie das Amt, die Vergangenheit zu richten, die Mitwelt zum Nutzen zukünftiger Jahre zu belehren, beigemessen: so hoher Aemter unterwindet sich gegenwärtiger Versuch nicht: er will blos zeigen, wie es eigentlich gewesen."[8] (sic!)

Jene Geisteswissenschaftler – und hier ist ein breit definierbarer Terminus bewusst gewählt –, die in der Wiederentdeckung Rankes einen Rückschritt vom Fortschritt der Geisteswissenschaften, vor allem der Geschichtswissenschaft, sehen und deshalb die Entwicklung von „realitätsbasierten Modellen", eine Methodenerweiterung des Faches Geschichte, noch deutlicher monieren, die Theoriedefizite beklagen und einer umfassenderen Interdisziplinarität das Wort reden, sind daran zu erinnern, dass fundierte Geschichtsschreibung zeitlos ist und sich nicht von zeitgeistigen Strömungen erfassen lässt. Das gilt im Besonderen, wenn die Geschichtsschreibung und Geschichtswissenschaft in „Jubiläumsjahren" mit besonderen Herausforderungen konfrontiert wird: zum einen, weil vom Rezeptionsmarkt zeitgerecht einschlägige Publikationen erwartet werden, die ja auch finanziell durchaus lukrativ sein können, zum anderen, weil Medien, Politiker, Bildungsverantwortliche usw. von der Historikerzunft vermehrt Expertisen einholen und/oder ausgewiesene Fachleute zu entsprechenden Vorträgen einladen. Dass im Zuge solcher Veranstaltungen Historikerinnen und Historiker manche Geschichtsbilder und bestehende Mythen entzaubern, wird vom Auditorium bzw. einer Leserschaft zwar zur Kenntnis genommen, aber wenig – im Geiste eines daraus resultierenden konsequenten nachhaltigen Perspektivenwechsels – anerkannt. Warum neu gewonnene Erkenntnisse der Geschichtsforschung nicht rascher eine breitere Akzeptanz und Verbreitung erfahren, ist wohl auch dem Umstand

geschuldet, dass bestehende Geschichtsbilder in einer globalisierten Welt vorrangig durch social medias und Massenmedien gezeichnet werden.[9] Und diese zeichnen sich zweifellos durch eine langdauernde Halbwertszeit aus.

Was die österreichische Festtagskultur charakterisiert, ist, dass bei Jubiläen geradezu „heilige Zeiten" kreiert werden. Trotz einschlägiger Mahnreden meidet man dabei übermäßige Verstörungen. In diesem Kontext scheint die Frage durchaus gerechtfertigt, ob nicht eine Re-Theologisierung der Politik Platz greift. Für diese pointierte resümierende These zur bestehenden Gedächtnis- und Erinnerungskultur, die aus der Feder des gelernten Technikers, Philosophen und einst in der Wissenschaftspolitik verankerten Rudolf Burger stammt[10], lassen sich aktuelle Belege bringen, und zwar zwei jüngst durchgeführte Gedenkveranstaltungen. Zum einen jene, die im Wappensaal des Klagenfurter Landhauses in Erinnerung an „Klagenfurt 500" abgehalten wurde, zum anderen ein Festakt der Landeshauptleute Österreichs im *Palais Niederösterreich.*

Zur Gedenkfeier in Klagenfurt:

Diese mündete nach Ansicht zahlreicher Medien in einem Eklat, für im Saal Anwesende in einem Skandal, als der Schriftsteller Josef Winkler über Besonderheiten der jüngsten Kärntner Landespolitik – nach Autodefinition – „donnerwetterte" und unter anderem dazu aufforderte, die Urne des ehemaligen, im Oktober 2008 tödlich verunglückten Landeshauptmannes Jörg Haider in eine Gefängniszelle zu bringen. Der Wortkünstler sah sich wenig später mit einer – in der Zwischenzeit zurückgezogenen – Klagsandrohung konfrontiert. Der „heilige Rahmen" des Festaktes war offensichtlich durch eine pietätlose (!) Handlung – so zahlreiche Aussagen anwesender Festgäste – empfindlich gestört worden. Dass mit keinem Satz die Geschichte Klagenfurts in der nationalsozialistischen Zeit berührt wurde, einer Landeshauptstadt, die sich schon vor 1933 (!) in einem überaus breiten Schatten der NS-Bewegung befunden hatte, muss nicht nur der Ordnung halber erwähnt werden.[11]

Zur zweiten Veranstaltung, die im ehemaligen Gebäude des niederösterreichischen Landtages über die Bühne ging:

Hier hatten sich am 21. Oktober 1918 die deutschsprachigen Reichsratsabgeordneten der Habsburgermonarchie eingefunden und die Konstituierung der provisorischen Nationalversammlung des neuen Staates Deutsch-Österreich beschlossen. Der feierliche Rahmen der Gedenkveranstaltung, der sakrale Habitus, war gegeben, Misstöne gleich welcher Art unterblieben. Bemerkenswert ist, dass in der Berichterstattung der Medien kein Wort darüber verloren, keine Frage gestellt wurde, warum es am 21. Oktober 1918 kein Bekenntnis ehemaliger *österreichischer* Reichsratsabgeordneter

zur Österreich-Idee gegeben hat, sondern das Heil lediglich im Anschluss an Deutsch-Österreich gesehen wurde. Wahrscheinlich hat auch deshalb beim Festakt im Palais Nieder*österreich* am 4. Oktober 2018 kein österreichischer Politiker Gedanken über die Besonderheiten des vergangenen Österreichs verloren.[12] Die Erinnerungskultur an einen Staat, in dem 1867 in der Dezemberverfassung der Grundsatz von der „Gleichberechtigung aller Völker" – das galt allerdings nur für die Bewohner der cisleithanischen Reichshälfte! – festgeschrieben worden war und der sich seit 1804 u. a. auch als Kaisertum Österreich verstand, bildete 1918 kein Thema, schien unbedeutend. Auch jener „Bundesstaat"[13], der die Geschichte der Ersten Republik Österreichs 1933 beendet hat und der von einem autoritären, antiparlamentaristischen System bestimmt war, der sich seit 1934 als Erneuerer einer Österreich-Ideologie geriert hat, betrieb ebenfalls eine um Wesentliches reduzierte Erinnerungskultur. Ein zentrales Momentum des „Gedächtnisortes"[14] Österreich, nämlich die besonderen Leistungen jüdischer Gelehrter im Rahmen des Rechtswesens, der Bildenden Kunst, in der und für die Musik, in der Architektur, Wirtschaft, Wissenschaft usw., die die nicht selten apostrophierte Kulturnation Österreich manifestieren, wurden Opfer einer Damnatio memoriae. Nur ein Fallbeispiel, das symptomatisch für die latente antisemitische Haltung eines Teils der österreichischen Bevölkerung steht: Im Dezember 1936 veröffentlichte Franz Theodor Csokor sein Werk „3. November 1918". Die Uraufführung des Bühnenstückes fand am 10. März 1937 im Wiener Burgtheater statt. Es mag eine Ironie des Schicksals gewesen sein, dass ein Jahr später, fast auf den Tag genau, der innere und äußere Anschluss Österreichs an das nationalsozialistische Deutsche Reich erfolgte.

Das Publikum jedenfalls nahm 1937 das Drama „mit stürmischer Begeisterung" auf.[15] In der Inszenierung fehlte aber ein fundamentales Momentum, auf dem ein wesentlicher Teil nicht nur der gegenwärtigen Kulturnation Österreich fundiert: Die Vertreter künftiger Länder und Staaten schaufeln Erde in das Grab des durch Suizid geendeten österreichbewussten Oberst Radosin. Dabei erinnern sie an die unmittelbare Heimat – „Erde aus Ungarn!", „Erde aus Polen!", Erde aus Kärnten!", „Slowenische Erde!" usw. Jener Moment, in dem der jüdische Regimentsarzt Dr. Grün „Erde aus Österreich" in das Grab wirft, wurde bei der Uraufführung ausgeblendet, war dem herrschenden Zeitgeist geopfert worden.[16]

Ob die damalige Geschichtspolitik aktiv oder passiv den Zeitgeist bestimmte, müsste im konkreten Fall noch näher erforscht werden. In der jüngeren Erinnerungskultur Österreichs scheint die Rolle klarer verteilt. Die Geschichtspolitik orientiert sich rund um brisante historisch-politische Themen zweifellos am „Mainstream" und instrumentalisiert in diesem Sinn die Geschichte für politische Zwecke. Das ist kein Spezifikum besonderer politischer Systeme. Das Problem ist – einmal mehr –, dass durch die

gesetzten Maßnahmen von „höherer Seite“ den dabei entwickelten Strategien und der betriebenen Öffentlichkeitsarbeit Vorschub für kollektive Bewertungen der Vergangenheit geleistet werden. Dabei werden nicht selten Unschärfen in Kauf genommen. Ein Beispiel:

In der gegenwärtigen offiziellen Homepage des Bundeskanzleramtes der Republik Österreich wird auf den Erinnerungszeitraum 1918–2018, auf das diesjährige Jubiläum der Republikgründung, hingewiesen. Dass in der Folge von „100 Jahre Republik“ die Rede ist, bedeutet, dass diese in der Zeit des autoritären Ständestaates und im verkündeten *Tausendjährigen Reich* kontinuierlich bestanden habe. Man mag diesen Einwand als Beckmesserei abtun. Es gibt aber Beispiele, die auf eine Erinnerungskultur hinauslaufen, die von einer Geschichtspolitik bestimmt wird, die sich nur noch am aktuellen Mainstream orientiert und mehr als nur Versatzstücke der Vergangenheit zu tilgen sucht: Der Heldenplatz hat für mehrere Geschichtsbilder Österreichs symbolische Bedeutung, auch deshalb, weil ihm Thomas Bernhard ein literarisches Denkmal gesetzt hat – anlässlich eines 100-Jahr-Jubiläums, nämlich in Erinnerung an die Eröffnung des Burgtheaters an der Ringstraße im Jahr 1888. 1988 gedachte man gleichzeitig, im damaligen „Bedenkjahr“, des 50. Jahrestages des „Anschlusses“ Österreichs an das nationalsozialistische Deutsche Reich – korrekt müsste es heißen: an den von Innen und Außen erfolgten Anschluss des autoritären „Bundesstaates Österreich“.

Ob der Heldenplatz „ein Gedächtnisort für die historisch-moralische Identität der Österreicherinnen und Österreicher“ ist, wie es im „denk mal Wien“-Tourismusführer heißt,[17] bleibe hinsichtlich des moralischen Blickwinkels für die Historikerin, den Historiker dahingestellt, denn dafür ist die Geschichtswissenschaft nur bedingt zuständig. Dass er aber ein Ort der historischen Identität Österreichs schlechthin ist, dem kann wohl unschwer ohne Wenn und Aber zugestimmt werden. Denn dort haben zahlreiche, politisch unterschiedlich motivierte Veranstaltungen stattgefunden. Im August 1934 war es eine massenwirksame Verabschiedungszeremonie, die für den von Putschisten getöteten Engelbert Dollfuß organisiert worden war. Dabei sollen sich ähnlich viele Menschen eingefunden haben wie wenige Jahre später, im Jahr 1938, als von diesem Ort eine Welle der Begeisterung an die Mauern der Hofburg, nun für einen anderen politischen Messias, brandete. Nach 1945 fanden sich wiederholte Male Tausende, ja Abertausende Menschen zusammen, um für ihre Anliegen zu demonstrieren.

Ein weiteres Fallbeispiel zum schmalen Pfad der Geschichtspolitik im weiten Feld der Erinnerungskultur bietet erneut das Areal des Heldenplatzes. Neben dem Äußeren Burgtor/Heldentor befindet sich eine Krypta,

die 1934 in Erinnerung an die Gefallenen des Ersten Weltkrieges errichtet wurde.

2012 entdeckte man – wie schon lange vermutet – im *liegenden Soldaten* eine Huldigungsadresse. Diese datiert mit 8. April 1935 und stammt aus der Feder des Bildhauers Wilhelm Frass, der in der Krypta entsprechende Arbeiten verrichtet und Karriere nicht nur im österreichischen Ständestaat gemacht hatte. Der Wortlaut des Schreibens spricht für sich und muss nicht weiter kommentiert werden:

„Im Namen der tausenden Kameraden, die in dem großen Kampfe um unser heiligstes Volkstum gefallen sind, schuf ich diese Figur. In diesem unvergänglichen Stein ist mein Glaube an die ewige Kraft des deutschen Volkes gemeiselt, die kein Tod zu enden vermag. Möge der Herrgott nach all dem Furchtbaren, nach aller Demütigung, den unsagbaren traurigen Bruderzwist beenden und unser herrliches Volk einig, im Zeichen des Sonnenrades, dem Höchsten zuführen! Dann, Kameraden, seid Ihr nicht umsonst gefallen! Der Bildhauer Wilhelm Frass.“[18] (sic!)

Frass, seit 1933 illegales Mitglied der NSDAP, wurde 1938 als Sachbearbeiter für Bildhauerei in das Wiener Kulturamt berufen.[19] Nach 1945 galt er als „minderbelastet“. Dank der Unterstützung des Architekten Josef Hoffmann erfuhr er wieder eine Integration in den Kunstbetrieb und war u. a. 1948 bis 1950 Mitglied der *Wiener Sezession*. Nach seinem Ableben im Jahr 1968 erhielt der schillernde Künstler ein Ehrengrab am Wiener Zentralfriedhof, ein Status, der angeblich 2012 aufgehoben wurde.

In der Krypta wurde 2012 ein weiteres Schriftstück entdeckt. Verantwortlich dafür zeichnet Alfons Riedel. Der Inhalt ist ein Fund besonderer Art, letzten Endes ein Kontrapunkt zur Huldigungsadresse von Wilhelm Frass. Beide Schreiben dokumentieren geradezu paradigmatisch ein Stück der seit jeher komplexen österreichischen Geschichte. Zur Botschaft von Riedel:

„Als Mitarbeiter an dem toten Krieger, hat mir das Erlebnis des großen Krieges als Jugendlicher im Hinterland, mit all seinem Heroismus und Schrecken, den nachhaltigsten Eindruck gemacht und hege ich in voller Erkenntnis der heroischen Grösse des Kampfes der deutschen Nation um ihr Lebensrecht nur einen Wunsch, der bisher leider nur Wunsch von Generationen war und geblieben ist. Ich wünsche, daß künftige Generationen unseres unsterblichen Volkes nicht mehr im die Notwendigkeit versetzt werden, Denkmäler für Gefallene aus gewaltsamen Auseinandersetzungen von Nation zu Nation, errichten zu müssen. Alfons Riedel Bildhauer. Wien im April 1935.“ (sic!)

Riedel erhielt 1936 einen Staatspreis u. a. für die 1935 errichtete Skulptur Danae, die heute nach wie vor in Wien in einer Gartenanlage nahe dem Künstlerhaus steht. Nach 1945 wurden ihm ein Preis des

Unterrichtsministeriums, der Professorentitel und das Ehrenkreuz für Wissenschaft und Kunst verliehen. In der NS-Zeit trat er, der im Ständestaat illegaler Sozialdemokrat war, 1941 der NSDAP bei – aus wirtschaftlichen Gründen, wie ihm nach 1945 der Leiter des Künstlerhaus Karl Maria May attestierte.[20]

Warum diese Krypta, in der das offizielle Österreich nach 1945 bis 2012 jahrzehntelang Kranzniederlegungen zelebrierte, nun einer Umgestaltung unterworfen werden soll, ist in jedem Fall keine wissenschaftliche, sondern eine politische Causa.

Konsequenterweise müsste eine Vielzahl an Kriegerdenkmalen, mit ihren zugegeben nicht selten höchst problematischen Inschriften, ebenso verändert werden. Für Kärnten, einem Bundesland, in dem die militärische Tradition, im österreichweiten Vergleich, einen ungemein hohen Stellenwert hat, wäre das eine Augias-Arbeit, bedeutete aber letzten Endes eine bewusste Verfälschung eines ehemaligen Geschichtsbewusstseins, das eine bestimmte Zeitepoche geprägt hat und damit ein Teil der Geschichtsidentität ist und daher nur bedingt verändert werden darf.

Der „Kampf um das Gedächtnis", so der Generaltitel[21] einer vor wenigen Wochen abgehaltenen Veranstaltung in Krems, dürfte aber wohl nie ein Ende finden. Der Umfang der österreichischen Geschichte wird dadurch zwar größer, steigert aber auch die Gefahr, dass sich diese nur auf einer verlängerten Schmalspur bewegt.

„‚Selbsthaß' als Teil der österreichischen Identität"[22] lässt sich vielleicht ein wenig relativieren, wenn ein Vergleich mit „Geschichten" anderer Staaten angestellt wird.[23] Der nationalen Zeitgeschichtsforschung, die immer wieder die Autorität der Geschichte bemüht, ist einmal mehr in Erinnerung zu rufen, dass sie zwar einem politischen Auftrag nachkommen soll, aber es gilt nach wie vor, sich „zunächst von der Sphäre der Politik möglichst fern zu halten und Zeitgeschichte als Wissenschaft, d. h. entsprechend dem theoretischen und methodischen Standard der modernen Geschichtswissenschaft",[24] zu entwickeln.

Wenn der Versuch, zu zeigen „wie es gewesen", auf einer ernsthaften, von weltanschaulichen Imponderabilien – so weit das überhaupt möglich ist – befreiten Ebene verliefe, dann stellt sich nicht die Frage „Wozu Geschichte?". Geschichte ist dann mehr als „nur ein Echoraum unserer Ideologien, Hoffnungen und Ängste".[25]

Anmerkungen

1 Francis FUKUYAMA: The End of History?, in: The National Interest 16 (Summer 1989), S. 3–18.

2 Ders.: The end of history and the last man (New York 1992). Eine deutschsprachige Version erschien im selben Jahr sub titolo: Das Ende der Geschichte: wo stehen wir? (München 1992).

3 Stefan JORDAN: Francis Fukuyama und das "Ende der Geschichte" in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History, Heft 1 (2009), 3 S., hier S. 2., zit. http://www.zeithistorische-forschungen.de/1-2009/id=4543 (Abfrage: 10. 9. 2018).

4 Einige Belege zur jüngeren Historiographie am Beispiel der vorwiegend in Österreich rezipierten Fachzeitschrift *Zeitgeschichte*. Angeführt wird nur der Generaltitel des jeweiligen Heftes: Erinnerungskulturen 31. Jg. (2004), Heft 5; Geschichtsbilder, Geschichtssprachen, 32. Jg. (2005), Heft 1; Gedächtnis zwischen Erfahrung und Repräsentation, 33. Jg. (2006), Heft 2; Europäische Erinnerungen zwischen NS-Zeit und Kolonialismus, 35. Jg. (2008), Heft 3; Geschichte zwischen Politik, Erinnerung und Wissenschaft, 37. Jg. (2010), Heft 4; Stadt und Erinnerung: Zum Umgang mit der NS-Vergangenheit in österreichischen und deutschen Schulen, 39. Jg. (2012), Heft 4.

5 Christoph CORNELISSEN/Lutz KLINKHAMMER/Wolfgang SCHWENTKER: Einleitung, in: dies. (Hgg.): Erinnerungskulturen. Deutschland, Italien und Japan seit 1945 (Frankfurt am Main 2004[2]), S. 9–27, hier S. 12.

6 Vgl. Konrad H. JARAUSCH/Martin SABROW (Hgg.): Verletztes Gedächtnis. Erinnerungskultur und Zeitgeschichte im Konflikt (Frankfurt am Main 2002), Vorwort, S. 7.

7 Wolfgang MOMMSEN (Hg. im Auftrag der Kommission für Geschichte der Geschichtsschreibung des Comité Internationale des Sciences Historiques): Leopold von Ranke und die moderne Geschichtswissenschaft (Stuttgart 1988), S. 7.

8 Leopold RANKE: Geschichten der romanischen und germanischen Völker von 1494 bis 1514. Zur Kritik neuerer Geschichtsschreiber (Leipzig, dritte Auflage 1885), S. VII., zit. nach: Deutsche Geschichte in Dokumenten und Bildern, online http//:ghdi.ghi-dc.org/pdf/deu/13_SE_Ranke.pdf (Abfrage: 15.9.2018)

9 Aktuelle Belege für die Situation in Österreich liefert die Publikation Alois ECKER/Alexander SPERL (Hgg.) in Zusammenarbeit mit Ernst BRUCKMÜLLER, Eva BRUCKNER, Thomas HARBICH, Florian KRAGOLNIK, Martin ZUSAG: Österreichbilder von Jugendlichen. Zum Einfluss audiovisueller Medien (Wien 2018), besonders S. 127–141.

10 Vgl. Rudolf BURGER: Re-Theologisierung der Politik? Wertedebatten und Mahnreden (Springe 2005).

11 Der Verfasser dieser Zeilen war beim Festakt anwesend.

12 https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20181004_OTS0215/festakt-100-jahre-gruendung-der-republik-oesterreich-im-palais-niederoesterreich (Abfrage: 4. 10. 2018). Zu Österreichbildern aus einer Außenperspektive: William M. JOHNSTON: Der österreichische Mensch. Kulturgeschichte der Eigenart Österreichs (= Studien zu Politik und Verwaltung, Bd. 94, Wien, Köln, Graz 2010), besonders das Kapitel „Der österreichische Mensch" und „Gedächtnisorte", mit weiterführenden Literaturangaben, S. 31–35.

13 In der Verordnung der Bundesregierung zur Verfassung, datiert mit 24. 4. 1934 (Bundesgesetzblatt 1934 I., Nr. 239), ist erstmals vom *Bundesstaat Österreich* die Rede. Wenige Tage später, am 1. 5. 1934, verkündete die Bundesregierung die neue Verfassung des *Bundesstaates Österreich* (Bundesgesetzblatt 1934 II, Nr. 1).

14 Dieser Begriff („lieu de mémoire" oder „site of memory) bezog sich ursprünglich auf spezifische historische Orte, wie z. B. Geburtshäuser oder Kriegsschauplätze etc. Heute wird er im etymologischen Sinn als topos, als historischer Gemeinplatz, interpretiert.

15 Reichspost, 11. 3. 1937, S. 3.

16 Franz Richard REITER (Hg.): Franz Theodor Csokor. 3. November 1918. Der verlorene Sohn. Gottes General (= Künstler. Werke. Interpretationen 2, Wien 1993), S. 252.

17 https://www.denkmalwien.at/rundgaenge/rundgang-wir-sind-heldinnen/heldenplatz (Abfrage: 20. 9. 2018).

18 Zitiert nach einem Faksimile des Schreibens: https://austria-forum.org/af/Wissenssammlungen/Symbole/Burgtor_-_Heldendenkmal (Abfrage: 25. 9. 2018).

19 Gabriele STÖGER-SPEVAK: Skulptur und Politik. Neoklassizistisches Pathos und gemäßigte Moderne, in: Wolfgang KOS (Hg.): Kampf um die Stadt. Politik, Kunst und Alltag um 1930 (Ausstellungskatalog zur 361. Sonderausstellung des Wien Museums, 19. November 2009–28. März 2010, Wien 2010), S. 235–243, hier: S. 241.

20 Katharina SCHMIDT: Zuerst Sozialdemokrat, dann Mitglied der NSDAP, in: Wiener Zeitung, 24. 7. 2012, online Version https://www.wienerzeitung.at (Abfrage: 25. 7. 2012).

21 Untertitel: Erinnern und Gedenken zwischen Identitätspolitik und Bildungspraxis. Die Tagung wurde vom Institut für Österreichkunde in Koordination mit der Donau-Universität Krems und der Kirchlichen Pädagogischen Hochschule Wien/Krems für den Zeitraum 26.–28. September 2018 organisiert.

22 So der Titel einer lesens- und bedenkenswerten Studie, die Ernst HANISCH 1996 in der Fachzeitschrift Zeitgeschichte, 23. Jg. (1996), Heft 5/6, S. 136–145, veröffentlicht hat.

23 Eine Literaturempfehlung älteren und aktuellen Datums dazu: Étienne FRANÇOIS/Kornelia KONCZAL/Robert TRABAUND/Stefan TROEBST (Hgg.): Geschichtspolitik in Europa seit 1989. Deutschland, Frankreich und Polen im internationalen Vergleich (= Moderne europäische Geschichte, Bd. 3, Göttingen 2013), und: Thomas G. OTTE et al. (Edd.): The Age of Anniversaries: The Cult of Commemoration, 1895–1925 (2018).

24 Ernst HANISCH: Zeitgeschichte als politischer Auftrag, in Zeitgeschichte, 13. Jg. (1985), S. 81–91, hier, S. 81.

25 Rudolf BURGER: Wozu Geschichte? Eine Warnung zur rechten Zeit [Wien o. J. (2018)].

Thomas Pseiner/Esther Horner

Vierzig Jahre institutionalisierte Kooperation im Alpen-Adria-Raum: Zwischenbilanz und Ausblick

Die Geschichte des Alpen-Adria-Raums ist – insbesondere im 20. Jahrhundert – wechselvoll und reich an Verwerfungen. Aus heutiger Perspektive darf man dennoch darauf hoffen, dass in diesem Teil Zentraleuropas letztendlich der Wandel von der Konfrontation zur Kooperation im Wesentlichen erfolgreich gestaltet wurde, wenn man von gewissen bilateralen Auffassungsunterschieden, wie etwa hinsichtlich der Grenzziehung in der Bucht von Piran, absieht.

Zu einem beträchtlichen Teil ist dieser Umstand wohl auch der vorbeugenden Friedensarbeit der Arbeitsgemeinschaft Alpen-Adria zu verdanken, welche von 1978 bis 2013 in diesem Kristallisationsraum europäischer Integration wirkte und einen wesentlichen Eckpfeiler in der Gestaltung der regionalen Außenbeziehungen des Bundeslandes Kärnten bildete. Am 22. November 2013 wurde die Arbeitsgemeinschaft schließlich in die Alpen-Adria-Allianz transformiert. Letztendlich ist auch der 2012 zwischen Kärnten, der autonomen Region Friaul-Julisch Venetien und der Region Veneto eingerichtete „EVTZ (Europäischer Verbund für territoriale Zusammenarbeit) EUREGIO Senza Confini – Ohne Grenzen" ein Resultat alpen-adriatischer Zusammenarbeit. Auch die 1979 gegründete Alpen-Adria-Rektorenkonferenz, welcher gegenwärtig 48 Universitäten aus Albanien, Bosnien-Herzegowina, Deutschland, Italien, Kroatien, Österreich, Serbien, Slowenien und Ungarn angehören, darf in diesem Zusammenhang nicht unerwähnt bleiben.

Jedenfalls sind vierzig Jahre institutionalisierter Kooperation im Alpen-Adria-Raum ein ausgezeichneter Anlass für einen Rückblick, eine Zwischenbilanz und einen Ausblick auf mögliche Zukunftsszenarien.

Die Anfänge

Der Begriff „Alpen-Adria" als Synonym für die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Friaul-Julisch Venetien, Slowenien und Kärnten bürgerte sich vermutlich um 1967 ein.[1] Kultur und Sport standen – lange bevor eine Institutionalisierung der Zusammenarbeit überhaupt angedacht war – am Anfang der Kooperation, und beide Themenfelder sind

bis in die Gegenwart hoch aktiv. Bereits 1948 kam es zu ersten kulturellen Kontakten zwischen Kärnten, Slowenien und Friaul-Julisch Venetien, welche 1953 intensiviert wurden.[2] 1958 fand ein erster Dreiländer-Wettkampf der Junioren-Ruderer statt.[3] Ab 1965 wurden auf Ebene der Regionalverwaltungen erste Arbeitskreise für Kultur und Wissenschaft, Verkehrsfragen, Tourismus, Wasserwirtschaft, Landesplanung sowie Landschaftsschutz eingerichtet.[4] 1967 beschlossen die drei regionalen Partner ein umfangreiches Programm zum Kulturaustausch, welches in der Folge in den Drei-Länder-Ausstellungen unter dem Titel „INTART" gipfelte.[5] 1969 wurde die Kooperation schließlich auf Kroatien ausgeweitet, womit das „Quadrigon" begründet war, in dessen Rahmen 1975 ein erster gemeinsamer Raumplanungsbericht sowie ein viersprachiger Veranstaltungskalender erarbeitet wurden.[6] Aus heutiger Sicht erscheint dieser „Ankünder" als respektable Pionierleistung, wenn man bedenkt, dass einer breiten Leserschaft in Kärnten und der Steiermark erst seit wenigen Jahren ein Alpen-Adria-Veranstaltungskalender in der Sonntagsbeilage der „Kleinen Zeitung" regelmäßig zur Verfügung steht.

Die Gründung der „ARGE Alp" – einer Kooperative der Regionen des westlichen Alpenbogens – im Jahr 1972 in Tirol hat sich auf den Ostalpenraum insofern positiv ausgewirkt, als dass das Bundesland Steiermark ab 1974 die Initiative zur Gründung einer „Arbeitsgemeinschaft der östlichen Alpenländer" ergriff, für welche in der Folge die Bezeichnung „Arbeitsgemeinschaft Alpen-Adria" gebräuchlich werden sollte.[7]

Von Angesicht zu Angesicht statt Rücken an Rücken

Letztendlich wurde die Arbeitsgemeinschaft Alpen-Adria am 20. November 1978 in Venedig mit der offiziellen Bezeichnung „Arbeitsgemeinschaft der Länder und Regionen der Ostalpengebiete" gegründet.[8] Die Steiermark hatte den Gründungsvorsitz inne, und mit der Einrichtung einer „zentralen Evidenzstelle" beim Amt der Kärntner Landesregierung im Jahr 1988, welche ab 2001 als Generalsekretariat fungierte, nahm und nimmt Kärnten eine bis heute bestehende Drehscheibenfunktion im Alpen-Adria-Raum ein.[9] Die Arbeitsgemeinschaft wuchs in den 1990er-Jahren auf bis zu 19 Mitglieder aus sieben Staaten an und reichte geographisch vom Schweizer Kanton Tessin im Westen bis ins ungarische Komitat Baranya im Osten sowie vom Freistaat Bayern im Norden bis zur Republik Kroatien im Süden.

Kärntens damaliger Landeshauptmann Leopold Wagner forderte bereits 1984 im Rahmen einer Vollversammlung in Triest ein, dass sich die Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaft nicht nur auf die Funktionärsebene, sondern in ihren Auswirkungen auf die ansässige Bevölkerung erstrecken solle.[10]

Gerade in den Themenfeldern Sport und Kultur gelang es sehr gut, den in diesem Teil Europas lebenden Menschen den Mehrwert der Kooperation im Alpen-Adria-Raum unmittelbar vor Augen zu führen, bekamen doch vor allem junge Athleten und Kulturschaffende durch die entsprechenden Alpen-Adria-Projekte oft erstmals die Gelegenheit zu internationalen Begegnungen und Vergleichen. Eine besondere Bedeutung nahmen dabei die alternierend abgehaltenen „Alpen-Adria-Winter- bzw. -Sommersportspiele der Jugend" ein. Insgesamt wurden in den 35 Jahren des Bestehens der Arbeitsgemeinschaft an die 1.000 gemeinsame Vorhaben in Themenfeldern wie Gleichbehandlung, Inklusion, Jugend, Katastrophenschutz, Kultur, Landwirtschaft, Raumordnung, Sport, Tourismus, Umweltschutz, Verkehr, Volkgruppenfragen sowie Wirtschaftskooperation umgesetzt und etwa 200 Publikationen zu unterschiedlichsten Fachfragen publiziert.[11] Dazu zählten etwa ein gemeinsamer Alpen-Adria- Raumplanungsbericht aus dem Jahr 1982 sowie eine 1988 erstmals erschienene Studie über die ethnischen Minderheiten auf dem Gebiet der Arbeitsgemeinschaft, deren aktualisierte und erweiterte Fassung 2004 erschien.[12] Im Jahr 2007 wurde eine das gesamte Territorium der Arbeitsgemeinschaft umfassende Alpen-Adria-Radwege-Karte veröffentlicht.

Eine Hochphase ihrer politischen Wirkmächtigkeit erlebte die Arbeitsgemeinschaft unter Kärntner Vorsitz im Biennium 1987/88: So vertrat Landeshauptmann Wagner im Juni 1987 in Venedig die Alpen-Adria bei einem Treffen der G7-Gruppe, und am 4. Juni 1988 lud Kärnten zur turnusmäßigen Vollversammlung der Arbeitsgemeinschaft nach Millstatt, in deren Rahmen erstmals auch die Außenminister bzw. hochrangige Vertreter jener Nationen zusammentrafen, die von der Arbeitsgemeinschaft berührt wurden. In der aus diesem Anlass unterzeichneten „Millstätter Erklärung" wurde festgestellt, „dass Tätigkeit und Programme der Arbeitsgemeinschaft Alpen-Adria im Einklang mit den Bestimmungen der Schlussakte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) stehen und somit im gesamteuropäischen Interesse liegen". Die hochrangigen Politiker betonten die Bereitschaft ihrer Staaten, die Arbeitsgemeinschaft weiter zu unterstützen. Der besondere Erfolg von Millstatt lag in der Intention, die Staatsregierungen in aller Öffentlichkeit auf den Alpen-Adria-Gedanken „einzuschwören".[13] Den Regionen wurde zugleich die Chance geboten, ihre Wünsche in die zwischenstaatliche Politik einfließen zu lassen.

Aufgrund der Tatsache, dass im Rahmen der Alpen-Adria Regionen aus neutralen und blockfreien sowie aus NATO-Staaten und solchen des Warschauer Pakts miteinander kooperierten, hatte die Arbeitsgemeinschaft durch ihr Wirken Anteil an den politischen Entwicklungen, die das Antlitz Europas für immer verändern sollten: Von 1978 bis in die frühen 1990er-Jahre trugen die Aktivitäten der Alpen-Adria ihren Teil zur Überwindung

der Grenzen im damals noch ideologisch geteilten Europa bei. Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs und der Verselbstständigung Kroatiens und Sloweniens stand die EU-Integration der Mitglieder prioritär im Arbeitsprogramm. Außerhalb der EU verblieb nur der Ende 2005 aus der Arbeitsgemeinschaft ausgeschiedene Schweizer Kanton Tessin. Mit dem Beitritt der Republik Kroatien zur Europäischen Union am 1. Juli 2013 war schließlich ein zentrales Ziel der Arbeitsgemeinschaft Alpen-Adria erreicht.

Transformation

Die Arbeitsgemeinschaft Alpen-Adria nahm bis zum Ende der Teilung Europas eine beachtenswerte Brückenfunktion quasi im „Herzen des Kontinents" ein. Mit dem Fortschreiten des europäischen Einigungsprozesses kam es zu Entwicklungen, welche letztendlich auch zu deutlichen Weiterentwicklungen und damit einhergehenden Bedeutungsverschiebungen in der interregionalen Kooperation führen sollten:

Anlässlich des Zerfalls der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien traten im Juli 1991 die Alpen-Adria-Regierungschefs zu einer außerordentlichen Vollversammlung in Klagenfurt zusammen. Die Gründung der selbstständigen Staaten Slowenien und Kroatien wurde selbstverständlich außerordentlich begrüßt, und die unabhängigen Republiken verblieben schließlich als Vollmitglieder in der Arbeitsgemeinschaft. Allerdings einigte man sich darauf, dass, sobald in diesen Staaten politische Regionen entstehen sollten, die Mitgliedschaft an diese zu übertragen wäre.[14] Die Tatsache, dass die Republik Slowenien bis heute keine regionale Verwaltungsebene kennt und neben der gesamtstaatlich-ministeriellen Ebene nur Gemeindeverwaltungen existieren, stellt die potentiellen Akteure bei der Planung und Umsetzung interregionaler Projekte vor besondere Herausforderungen.

Im Zuge des europäischen Integrationsprozesses entstanden schließlich Förderkulissen und -programme, die zum Zeitpunkt der Gründung der Arbeitsgemeinschaft Alpen-Adria noch völlig undenkbar waren. Auch neue Institutionen, wie etwa der 1992 durch den Vertrag von Maastricht eingerichtete Ausschuss der Regionen (AdR), boten fortan neue Foren zur Artikulation regionalpolitischer Interessen. Die EU-Programme der Europäischen Territorialen Kooperation (INTERREG) sowie das neu geschaffene Rechtsinstrument EVTZ (Europäischer Verbund für territoriale Zusammenarbeit) stellten im Laufe der Zeit ebenfalls neue Kooperationsformen dar, die zum Gründungszeitpunkt der Alpen-Adria noch nicht existierten. Damit änderte sich selbstverständlich auch die Bedeutung interregionaler Arbeitsgemeinschaften, welche sich, dem europäischen Zeitgeist entsprechend, neu orientieren mussten.[15]

Bereits im Jahr 2001, als die Arbeitsgemeinschaft Alpen-Adria noch 17 Mitglieder zählte, argumentierte der Kärntner Historiker Andreas Moritsch, dass die Arbeitsgemeinschaft Alpen-Adria geographische Ausmaße angenommen habe, die weit über das Maß politischer Praktikabilität hinausgingen: „Für eine vertiefte transnationale Zusammenarbeit, mit der die regionale Bevölkerung bereit wäre, sich zu identifizieren, ist dieser territoriale Bogen jedoch entschieden zu weit gespannt."[16]

Das Entstehen neuer territorialer europäischer Kooperationsräume (z. B. Alpenraum, Zentraleuropa, Adriatisch-Ionischer Raum) bedingte in der Folge auch Änderungen im Mitgliederkreis der Arbeitsgemeinschaft: Bereits 1999 gab das Bundesland Salzburg seinen Beobachterstatus auf und die italienische Region Emiglia Romagna verließ die Arbeitsgemeinschaft. 2005 sollte der Freistaat Bayern folgen.

Dass die Arbeitsgemeinschaft bestrebt war, am Puls des europäischen Zeitgeistes zu bleiben, zeigt die Strukturreform, welche 2006 beschlossen wurde: Formale Abläufe wurden erleichtert, die Kommunikation weiter optimiert und die projektorientierte Zusammenarbeit sollte fortan verstärkt auf Mittel der Europäischen Union zurückgreifen. Einigen Mitgliedern ging diese Veränderung wohl nicht weit genug, und weitere Reformversuche waren aufgrund des Prinzips der Einstimmigkeit in der Vollversammlung nicht beschlussfähig. Etwa zur gleichen Zeit wurde mit den entstehenden Makroregionen ein neuer strategischer Rahmen für interregionale Zusammenarbeit geschaffen. Die Europäische Kommission definiert eine Makroregion als Gebiet, „das mehrere Verwaltungsregionen umfasst, aber genügend gemeinsame Themen aufweist, um ein einheitliches strategisches Konzept zu rechtfertigen" [EK KOM(2009) 248/3].[17] Die Idee einer alpen-adriatischen Makroregion war unter den Mitgliedern der Arbeitsgemeinschaft Alpen-Adria nicht mehrheitsfähig und hätte wohl auch wenig Chance auf eine Unterstützung durch die Europäische Kommission gehabt. In der Folge zeichneten sich in Zentraleuropa drei makroregionale Strategien ab: jene des Alpenraums (EUSALP), einer Donauraumstrategie (EUSDR) und der adriatisch-ionischen makroregionalen Strategie (EUSAIR), welche auch von geographisch entsprechenden transnationalen Kooperationsprogrammen unterstützt werden sollten. Eine Überschneidungsfläche der drei Makroregionen bildet im Wesentlichen das Territorium der Republik Slowenien. Auch das mittels einer EU-Verordnung im Jahr 2006 neu geschaffene Rechtsinstrument „Europäischer Verbund für territoriale Zusammenarbeit (EVTZ)", welches interregionale Kooperation erleichtern sollte, wurde zusehends als moderne Alternative zur Kooperation im Rahmen einer grenzübergreifenden Arbeitsgemeinschaft betrachtet. Daher zogen sich aus diesem Grund mehrere ungarische Komitate aus der Alpen-Adria zurück, und Ende 2011 folgten auch die italienischen Mitglieder, zumal Friaul-Julisch Venetien und die Region

Veneto ihre Kooperation mit dem Land Kärnten im Rahmen des EVTZ „EUREGIO Senza Confini – Ohne Grenzen“ zu vertiefen beabsichtigten.

Schließlich fanden sich mit 1. Jänner 2013 noch sechs Mitglieder in der Arbeitsgemeinschaft Alpen-Adria: das Burgenland, Kärnten, die Republiken Kroatien und Slowenien, die Steiermark sowie das ungarische Komitat Vas.[18]

Die Alpen-Adria-Allianz

Die verbleibenden Mitglieder wollten die Kooperation mit einer möglichst niederschwelligen, dynamischen und flexiblen Netzwerkstruktur fortsetzen, welche sowohl öffentlichen Gebietskörperschaften als auch privaten Organisationen und NGOs zur projektorientierten Zusammenarbeit unter vorrangiger Nutzung der entsprechenden EU-Programme offen stehen sollten. Die Republik Kroatien beabsichtigte, mit Fortschreiten des Transformationsprozesses die Zusammenarbeit im neu zu schaffenden Netzwerk von der ministeriellen Ebene auf die eintrittswilligen Gespanschaften zu verlagern. Auch Slowenien wollte die Kooperation von der gesamtstaatlichen Ebene auf einen anderen Akteur übertragen. In Ermangelung einer regionalen Verwaltungsebene sollte der „Verband der Städte und Gemeinden Sloweniens – SKUPNOST OBČIN SLOVENIJE“ eintreten. Für diese neu zu begründende Netzwerkstruktur einigte man sich schließlich auf den Namen „Alpen-Adria-Allianz“.[19]

Die offizielle Gründung erfolgte auf Einladung von Landeshauptmann Dr. Peter Kaiser im Rahmen der letzten Vollversammlung der Regierungschefs der Arbeitsgemeinschaft Alpen-Adria am 22. November 2013 in Klagenfurt am Wörthersee. Gründungsmitglieder waren die österreichischen Bundesländer Kärnten, Steiermark, Burgenland, die kroatischen Gespanschaften Istrien, Karlovac, Krapina-Zagorje, Koprivnica-Križevci, Međimurje sowie Varaždin, Slowenien, vertreten durch den SKUPNOST OBČIN SLOVENIJE (SOS – Verband der Städte & Gemeinden Sloweniens), und das Komitat Vas aus Westungarn. Im März 2014 kam mit der Gespanschaft Virovitica Podravina aus Kroatien ein zwölftes ordentliches Vollmitglied hinzu, welches bis Ende 2015 in der Allianz verblieb. Mit 1. Jänner 2018 trat schließlich die Gespanschaft Primorje-Gorski kotar, deren Metropole Rijeka im Jahr 2020 „Europäische Kulturhauptstadt“ sein wird, als jüngstes Mitglied in das Kooperationsnetzwerk ein.

Die konkrete, projektorientierte Zusammenarbeit wird von so genannten Thematic Coordination Points (TCPs) koordiniert, welche gegenwärtig zu den Themen Energie und Umwelt, Europa, Gesundheit, Gleichbehandlung, Höhere Bildung, Inklusion, Katastrophenschutz, Kunst und Kultur,

Ländliche Entwicklung und Kulturerbe, Lebenslanges Lernen, Sport, Tourismus sowie Wirtschaft eingerichtet sind. Die TCPs für Gesundheit, Gleichbehandlung und Inklusion werden gegenwärtig von Kärnten aus koordiniert. Sie unterstützen die Akteure einerseits bei der Entwicklung und Umsetzung von Projekten, andererseits sind TCPs auch Kommunikationsplattformen und Servicestellen für die Suche nach geeigneten Projektpartnern sowie nach Finanzierungsmöglichkeiten für konkrete Vorhaben. Ein TCP kann sowohl von einer öffentlichen als auch einer privaten Einrichtung eingerichtet werden, wobei sowohl die Personal- als auch Infrastrukturkosten vom jeweiligen Mitglied zu tragen sind. Somit ist es im Rahmen der Alpen-Adria-Allianz grundsätzlich möglich, jedes Thema projektorientiert zu behandeln, sofern sich ein Mitglied bereit erklärt, einen entsprechenden TCP einzurichten.

Als Erstansprechpartner für alle Interessenten existieren bei allen Mitgliedern so genannte Alpen-Adria-Contact Points. Diese regionalen Koordinationsstellen sind Service- und Informationsstellen für Akteure des Kooperationsnetzwerkes und direkte Ansprechpartner für Projektwerber. Sie unterstützen dadurch die Arbeit der TCPs.

Beim Amt der Kärntner Landesregierung ist neben dem Contact Point auch das Generalsekretariat der Alpen-Adria-Allianz eingerichtet und bildet die gemeinsame Koordinations- und Organisationsstelle des Netzwerks, womit dem Land Kärnten weiterhin eine wichtige Drehscheibenfunktion zukommt.

Für die Genehmigung von Projektvorschlägen und die Gewährung von finanziellen Zuschüssen aus dem gemeinsamen Budget, welches sich aus den Mitgliedsbeiträgen errechnet, ist der Lenkungsausschuss zuständig. Dieser setzt sich aus dem Generalsekretariat, allen Contact Points der ordentlichen Mitglieder sowie der Leiter der Thematic Coordination Points (TCPs) zusammen und tagt mindestens zweimal jährlich. Die wichtigste Aufgabe des Lenkungsausschusses ist die Genehmigung von Zuschüssen für gemeinsame Projekte. Gefördert werden gegenwärtig vorrangig die Vorbereitungs- und Einreichkosten von EU-ko-finanzierten Projekten sowie, im Falle einer vorherigen Genehmigung, auch anfallende Implementierungskosten. Auch die schon zu Zeiten der Arbeitsgemeinschaft Alpen-Adria bewährten People to People-Projekte werden weiterhin aus dem gemeinsamen Budget unterstützt.

Der Alpen-Adria-Rat ist die politische Versammlung der Vertreter aller ordentlichen und stimmberechtigten Mitglieder. Der Vorsitzende des Rates wird für die Dauer von zwei Jahren gewählt. Das Gremium tritt alle zwei Jahre zusammen und legt die grundsätzliche inhaltliche Ausrichtung der Tätigkeiten der Alpen-Adria-Allianz fest. Die Arbeit des gesamten Netzwerks wird alle vier Jahre durch den Alpen-Adria-Rat evaluiert. Nach

einmaliger Verlängerung des Mandats führte das Land Kärnten, vertreten durch Landeshauptmann Kaiser, bis 31. Dezember 2017 den Vorsitz in diesem Gremium. 2018 übernahm schließlich die kroatische Gespanschaft Varaždin die Präsidentschaft.[20]

Zwischenbilanz

Seit März 2014 trat der Lenkungsausschuss der Alpen-Adria-Allianz inzwischen zehnmal zusammen und genehmigte in Summe 210 gemeinsame Projekte, von denen 19 auch aus den EU-Programmen „Creative Europe", „Europe for Citizens" und „Erasmus+" gefördert wurden und werden. Als Beispiel für die „finanzielle Hebelwirkung" der Alpen-Adria-Allianz kann das vom Lenkungsausschuss im April 2015 genehmigte Kulturprojekt „Echoes from invisible Landscapes" herangezogen werden, dessen Vorbereitungskosten aus dem gemeinsamen Budget mit € 3.000,– unterstützt wurden. Nach Erteilung der Förderzusage aus dem Programm „Creative Europe" wurden den Projektpartnern, zu denen auch das Institut für Kulturanalyse der Alpen-Adria-Universität sowie der Klagenfurter „Wieser Verlag" zählen, schließlich € 200.000,– an EU-Förderungen zuteil. Gemessen an der Teilnehmerzahl ist das jährlich in Klagenfurt stattfindende Begegnungsforum „INCLUSIA" die größte von der Alpen-Adria-Allianz geförderte Veranstaltung in Kärnten: Im Rahmen der „INCLUSIA" treffen sich jedes Jahr im April rund 1.000 junge Menschen mit und ohne Beeinträchtigung aus dem gesamten Alpen-Adria-Raum und darüber hinaus an den teilnehmenden Klagenfurter Schulen zu gemeinsamen Aktivitäten.

Wie schon eingangs erwähnt, sind die TCPs Kunst und Kultur sowie Sport sehr aktiv, genauso wie Ländliche Entwicklung und Kulturerbe, Lebenslanges Lernen, Inklusion oder Katastrophenschutz. Kultursymposien, Ausstellungen, der jährlich stattfindende Alpen-Adria-Weinwettbewerb „Golden Wines", sportliche Wettkämpfe, Jugend-Begegnungen oder Fachkonferenzen zu unterschiedlichen Themen kennzeichnen das alpen-adriatische Arbeitsjahr. Ein alljährlich in der kroatischen Gespanschaft Koprivnica Križevci stattfindender Workshop für im Rahmen des EU-LEADER-Programms kooperierende Lokale Aktionsgruppen (LAGs) ließ bereits ein „Netzwerk im Netzwerk" entstehen, und diesem Beispiel könnten weitere folgen, da die Mitglieder Interesse an einer stärkeren alpen-adriatischen Vernetzung der jeweiligen „Europe Direct"-Informationsstellen bzw. der regionalen Entwicklungsagenturen bekundeten. Die generelle Erhöhung der Sichtbarkeit der Alpen-Adria-Allianz ist ein wichtiger Arbeitsschwerpunkt der Varaždiner Präsidentschaft. Nicht zuletzt aus diesem Grund ist auch eine Vernetzung der Brüsseler Verbindungsbüros der Mitglieder angedacht, um die Wahrnehmbarkeit des Netzwerks bei den Europäischen Institutionen zu optimieren.

Schwieriger hingegen gestaltete sich die grenzüberschreitende Zusammenarbeit beispielsweise in den Themenfeldern Energie und Umwelt, Tourismus sowie Wirtschaft. Die Koordinatoren dieser TCPs sehen das Problem vorderhand im sehr niedrigen gemeinsamen Budget der Alpen-Adria-Allianz, welches sich aus den jährlichen Mitgliedsbeiträgen – derzeit belaufen sich diese auf knapp € 50.000,– – zusammensetzt. Um möglichst vielen kroatischen Gespanschaften den Eintritt zu erleichtern, wurden diese Beiträge in der Gründungsphase der Allianz bewusst niedrig angesetzt und vom Alpen-Adria-Rat später sehr wohl moderat erhöht. Bedenkt man, dass einige Mitglieder der Alpen-Adria-Allianz auch in Europäischen Verbünden für territoriale Zusammenarbeit (EVTZs), wie etwa dem EVTZ „EUREGIO Senza Confini – Ohne Grenzen" oder dem EVTZ „PANNON", vertreten sind, wo ein Vielfaches an Mitgliedsbeiträgen einzuzahlen ist, so muss im Vergleich dazu das gemeinsame Budget der Alpen-Adria-Allianz als geradezu lächerlich klein erscheinen. Der bereits 2015 von der Steiermark eingebrachte Vorschlag, das gemeinsame Budget auf € 100.000,– anzuheben, wäre eventuell ein richtiger Schritt zu großvolumigeren Projekten, die letztendlich auch der gesamten Alpen-Adria-Allianz zu einer noch größeren Sichtbarkeit verhelfen würden.[21] Ein größeres Budget könnte möglicherweise auch eine Vertiefung der Zusammenarbeit im Rahmen transnationaler EU-ko-finanzierter Projekte ermöglichen. Bisher hat einzig der von Slowenien koordinierte TCP für Tourismus ein Projekt im Rahmen des „Central Europe"-Programms eingereicht, welches leider nicht genehmigt wurde.

Der Wunsch einiger Gründungsmitglieder, durch die Zusammenarbeit im Rahmen der Alpen-Adria-Allianz eine strategische Verbindung der bestehenden transnationalen Kooperationsräume Donauraum, Adriatisch-Ionischer Raum sowie Alpenraum entstehen zu lassen, wird wohl auch nur mit einem spürbar verstärkten finanziellen Einsatz machbar sein.

Exkurs: Der EVTZ „EUREGIO Senza Confini – Ohne Grenzen"

Der EVTZ EUREGIO Senza Confini wurde als logische Konsequenz der seit 2001 bestehenden Kooperationsabkommen, bilateral zuvor mit der Autonomen Region Friaul-Julisch Venetien, später dann trilateraler Natur gemeinsam mit der Region Veneto, gegründet. Dieses Abkommen wurde letztmalig 2007 verlängert. Am 21. Juni 2007 wurde das Grundsatzpapier von Kärnten, Friaul-Julisch Venetien und dem Veneto in der „Villa Manin" auf der Grundlage der EU-Verordnung Nr. 1082/2006 unterzeichnet. In Duino fand am 27. November 2007 die trilaterale Regierungssitzung zwischen Kärnten, Friaul-Julisch Venetien und dem Veneto statt. Dort wurden

folgende Beschlüsse gefasst: Entwurf des Gründungsvertrags, der Entwurf der Statuten der EUREGIO Senza Confini, und man legte sich auf den Sitz des Koordinierungsbüros in Triest fest. Damit war auf dieser Ebene alles geklärt und die Juristen in der Landesregierung nahmen ihre Arbeit auf. Am 18. Dezember 2008 wurde das Kärntner-EVTZ Gesetz als formale Grundlage zur Errichtung der EUREGIO Senza Confini beschlossen.

Am 17. November 2009 wurden die Endfassungen des Gründungsvertrages und der Statuten einstimmig durch die Kärntner Landesregierung angenommen. Dieselben Schritte waren auch bei den Partnern notwendig. Anschließend wurden sämtliche Dokumente nach Rom übermittelt, wo eine grundsätzliche Genehmigung mit Adaptierungen signalisiert wurde. Bei der nächsten trilateralen Regierungssitzung in Triest am 16. Februar 2012 wurden die gewünschten Anpassungen durch die drei Gründungsmitglieder angenommen. Anschließend wurden die Dokumente zur endgültigen Genehmigung nach Rom weitergeleitet. Nachdem diese ergangen war, kam es am 27. November 2012 zur offiziellen Unterzeichnung der Gründungsdokumente des EVTZ „EUREGIO Senza Confini – Ohne Grenzen" zwischen Kärnten, Friaul-Julisch Venetien und dem Veneto in Venedig.

Infolgedessen fand am 19. Februar 2013 die konstituierende Sitzung in Klagenfurt statt, in der Dott. Luca Zaia, Präsident der Autonomen Region Veneto, zum amtsführenden Präsidenten und Landesamtsdirektor Dr. Dieter Platzer zum amtsführenden Direktor ernannt wurden. Bereits bei der dritten Vollversammlung der Präsidenten am 9. Mai 2014 in Poreč wurde das Aufnahmeverfahren für Istrien eröffnet. Am 22. Dezember 2014 wurden in Triest ein Gesundheits- sowie ein Katastrophenschutzabkommen unterzeichnet.

Danach fanden die meisten der Versammlungen mittels Delegationen und Videokonferenzen statt.

Sowohl die Gründungsphase als auch die Zusammenarbeit stellten und stellen sich weitaus schwieriger dar, als man das annehmen würde, wenn man im – vermeintlich unbürokratischen – Italien Urlaub macht. Die Vorschriften, Gesetze und Verordnungen nehmen sehr viel Zeit in Anspruch und verlangsamen den Ablauf ungemein.

Erste Erfolge stellten sich mit dem zweiten Aufruf im grenzüberschreitenden Kooperationsprogramm INTERREG Italien-Österreich ein: Es wurden fünf Projekte genehmigt, die auch die Vielfalt der Themen in der EUREGIO widerspiegeln. Vom Lehrlings- und Schüleraustausch samt Expertenplattform, über Migration und Integration zur verbesserten Warenlenkung mittels IKT, über Radwege-Tourismus bis hin zu einer Kooperation mit dem EVTZ „Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino".

Mit 1. Juli 2018 hat der Landeshauptmann von Kärnten, Dr. Peter Kaiser, den Vorsitz im EVTZ übernommen. Der Beitritt Istriens scheint nicht in vollem Umfang möglich zu sein, weshalb nunmehr die Möglichkeit des Beobachterstatus', eventuell auch für weitere Regionen, geprüft wird.

Ausblick auf mögliche Zukunftsszenarien

Wenngleich aus heutiger Perspektive die Alpen-Adria-Allianz nicht mehr dieselbe Bedeutung wie die Arbeitsgemeinschaft Alpen-Adria zur Zeit des Falles des Eisernen Vorhangs bzw. des Zerfalles Jugoslawiens erringen dürfte, so sind die Voraussetzungen für eine zukunftsorientierte, projektbezogene Zusammenarbeit in unserem gemeinsamen zentraleuropäischen Lebensraum besser denn je:

- ❒ Noch nie war die Mitgliederstruktur so homogen wie jetzt: Wenngleich österreichische Bundesländer, kroatische Gespanschaften und ungarische Komitate aufgrund der nationalen Verfassungen mit unterschiedlichen Rechten ausgestattet sind, handelt es sich doch insgesamt um regionale Verwaltungseinheiten, die eine Kooperation „auf Augenhöhe" leichter möglich machen als etwa zwischen Nationalstaaten und Regionen, was sich im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft Alpen-Adria mit der Zeit immer schwieriger gestaltete. Auch slowenische Gemeinden, NGOs und private Institutionen nehmen mit großem Engagement an den Aktivitäten der Alpen-Adria-Allianz teil, da diese an den allermeisten der bisher genehmigten 210 Projekte beteiligt sind.

- ❒ An Kooperationsthemen und gemeinsamen Herausforderungen, wie etwa dem demographischen Wandel und seinen gesamtgesellschaftlichen Folgen, der Entwicklung von ländlichen Gebieten, dem Arbeitsmarkt der Zukunft, der Digitalisierung oder dem Klimawandel, mangelt es den Regionen Zentraleuropas gewiss nicht. Natürlich gilt es stets objektiv zu hinterfragen, welche Thematiken im Rahmen der Alpen-Adria-Allianz optimal behandelbar sind und für welche Herausforderungen geeignetere Foren existieren.

- ❒ Die Chancen, dass sich der Mitgliederkreis der Alpen-Adria-Allianz erhöhen wird, sind weiterhin intakt: Radimir Čačić, Präfekt der Gespanschaft Varaždin und Vorsitzender des Alpen-Adria-Rates bis Ende 2019, beabsichtigt weitere kroatische Gespanschaften zum Eintritt zu überzeugen. Ebenso sollten auch die italienischen Regionen Friaul-Julisch Venetien und Veneto sowie die serbische autonome Provinz Vojvodina zu einem Festakt am 20. November 2018 – dem theoretischen 40. Gründungstag der Arbeitsgemeinschaft Alpen-Adria – eingeladen werden.

- Die Verfahrensregeln der Alpen-Adria-Allianz sehen alle vier Jahre eine Evaluation aller Tätigkeiten und Themenbereiche des Kooperationsnetzwerks vor, welche 2017 erstmals durchgeführt wurde. Das Ergebnis war durchaus vielversprechend: Die überwiegende Mehrheit der Mitglieder wünscht eine stärkere strategische Ausrichtung des Netzwerks, welche auch in den zukünftigen gemeinsamen Projekten zum Ausdruck kommen soll. Einzig der vom Burgenland koordinierte TCP für Mobilität wurde mangels Projektaktivitäten aufgelöst.

Der Alpen-Adria-Raum ist und bleibt Begegnungsgebiet großer europäischer Sprachgemeinschaften: der romanischen, der slawischen, der germanischen sowie der finno-ugrischen.[22] Er ist, wie eingangs bemerkt, ein Beispiel für den erfolgreich gestalteten Wandel von der Konfrontation zur Kooperation. Im weitesten Sinne bildet er heute auch eine Schnittfläche der oben genannten drei europäischen makroregionalen Strategien. Die Alpen-Adria-Allianz und der EVTZ „EUREGIO Senza Confini – Ohne Grenzen" bilden zwei völlig unterschiedliche Plattformen zur projektorientierten interregionalen Zusammenarbeit in diesem für die weitere Integration Europas wichtigen Teil des Kontinents, welche für ihre jeweiligen Mitglieder – den politischen Willen vorausgesetzt – aufgrund ihrer verschiedenartigen Ausrichtung eine ideale Ergänzung bilden können.

Die nach wie vor umfassende mediale Verwendung des Begriffs „Alpen-Adria" beweist, dass dieser nichts an seiner Aktualität verloren hat und sich das Händereichen über die Grenzen hinweg in Zukunft wohl weiter intensivieren wird, wie auch immer der dafür vorgesehene institutionelle Rahmen heißen mag.

Quellen- und Literaturverzeichnis

Originalquellen

Factsheet zur Alpen-Adria-Allianz auf http://www.alps-adriatic-alliance.org/downloads/

Präambel und Verfahrensregeln der Alpen-Adria-Allianz auf http://www.alps-adriatic-alliance.org/downloads/

Protokolle der Sitzungen des Alpen-Adria-Rats vom 22. 11. 2013, vom 25. 11. 2015 sowie vom 22. 11. 2017

Literatur

Josef Lausegger: Regionalismus – eine Alternative zum Nationalismus. In: Karl Anderwald/Hellwig Valentin (Hgg.): Kärntner Jahrbuch für Politik 1995 (Klagenfurt 1995), S. 57–85.

Ders. (Hg.): Extra 4 – Arbeitsgemeinschaft Alpen-Adria: Organisation, Kooperation, Resolutionen. Deutsche Fassung (Klagenfurt 2003).

Andreas Moritsch: National – provinziell – regional? Kärnten und die Alpen-Adria-Region. In: Karl Anderwald/Hellwig Valentin (Hgg.): Kärntner Jahrbuch für Politik 1995 (Klagenfurt 1995), S. 45–56.

Ders. (Hg.): Alpen-Adria. Zur Geschichte einer Region (Klagenfurt/Ljubljana/Wien 2001).

Wolfgang Platzer: Regionen im europäischen Kontext – Arbeit über Grenzen hinweg. In: Peter Karpf/Werner Platzer/Udo Puschnig (Hgg.): Grenzen:Grenzenlos – 1918/20 : 2010 (= Kärnten Dokumentation Sonderband 03; Klagenfurt am Wörthersee 2010), S. 68–87.

Wolfgang Platzer/Thomas Pseiner: Von der Arbeitsgemeinschaft Alpen-Adria zur Alpen-Adria-Allianz: Überregionale Zusammenarbeit im Wandel der Zeit. In: Peter Karpf/Thomas Kassl/Werner Platzer/Wolfgang Platzer/Udo Peter Puschnig (Hgg.): Kärnten Dokumentation Band 30 (Klagenfurt am Wörthersee 2014), S. 185–194.

Miroslav Polzer: Globale Herausforderungen, gesellschaftlicher Wandel und Innovation im Alpen-Adria-Raum. In: Peter Karpf/Thomas Kassl/Werner Platzer/Wolfgang Platzer/Udo Peter Puschnig (Hgg.): Kärnten Dokumentation Band 33 (Klagenfurt am Wörthersee 2017), S. 45–52.

Mario Rausch/Walter Wratschko (Hgg.): Wohin geht die Reise? Vom Neben- und Miteinander im Alpen-Adria-Raum (= Club Tre Popoli: Perspektiven für das Zusammenleben – unterwegs in eine gemeinsame Zukunft; Klagenfurt am Wörthersee 2016)

Katharina Rechberger: Regional Governance – Funktionsweisen und Erfolgsfaktoren für transregionale Netzwerke, analysiert am Beispiel der „Alpen-Adria-Allianz" (Bachelorarbeit, FH Oberösterreich; Linz 2015)

Marjan Sturm: Kärnten 2020 – eine Herausforderung für unsere Erinnerungskultur – Friedensregion Alpen-Adria. In: Peter Karpf/Thomas Kassl/Werner Platzer/Wolfgang Platzer/Udo Peter Puschnig (Hgg.): Kärnten Dokumentation Band 32 (Klagenfurt am Wörthersee 2016), S. 153–158.

Hellwig Valentin: Kärntens Rolle im Raum Alpen-Adria. Gelebte und erlebte Nachbarschaft im Herzen Europas 1965–1995. (Klagenfurt 1995)

Ders.: Drehscheibe im Zentrum Europas. Kärntens Nachbarschaftspolitik im Alpen-Adria-Bereich mit besonderer Berücksichtigung der Jahre 1965 bis 1995. In: Karl Anderwald/Peter Karpf/Hellwig Valentin (Hgg.): Kärntner Jahrbuch für Politik 1998 (Klagenfurt 1998), S. 91–139.

Ders.: Kärnten und der Alpen-Adria-Raum. Mit besonderer Berücksichtigung der Arbeitsgemeinschaft Alpen-Adria. In: Karl Anderwald/Peter Karpf/Hellwig Valentin (Hgg.): Kärntner Jahrbuch für Politik 2000 (Klagenfurt 2000), S. 255–276.

Ders.: Die Rolle der Volksgruppen im Raum Alpen-Adria. In: Peter Karpf/Udo Puschnig (Hgg.): Kärnten Dokumentation Band 20/21 (Klagenfurt 2006), S. 227–232.

Ders.: Kärnten und der Raum Alpen-Adria. In: Wolfgang Platzer/Lojze Wieser (Hgg.): EUROPA ERLESEN – ALPEN-ADRIA (Klagenfurt 2008), S. 19–26

Websites

Alpen-Adria-Allianz: http://www.alps-adriatic-alliance.org/

Österreichische Raumordnungskonferenz – ÖROK: https://www.oerok.gv.at/

Anmerkungen

1 Hinsichtlich der unmittelbaren Nachbarschaftsbeziehungen Kärntens dürfte der damalige Landeshauptmann Hans Sima vom Rundfunkjournalisten C. F. Peturnig zur Verwendung des Begriffs „Alpen-Adria" angeregt worden sein. Siehe Hellwig Valentin: Kärntens Rolle im Raum Alpen-Adria. Gelebte und erlebte Nachbarschaft im Herzen Europa 1965–1995. (Klagenfurt 1998), S. 10ff.

2 Hans Sima: Europäische Politik im Raume Alpen-Adria. In: Kärnten im Herzen Europas. Ein Tätigkeitsbericht (Klagenfurt 1968), S. 9; zit. nach Valentin: Kärntens Rolle im Raum Alpen-Adria, S. 10.

3 Siehe ebd., S.10
4 Siehe Sima: Europäische Politik im Raume Alpen-Adria, S. 9; zit. nach Valentin: Kärntens Rolle im Raum Alpen-Adria, S. 11.
5 Siehe ebd., S. 15.
6 Siehe ebd., S. 32 ff.
7 Siehe ebd., S. 37 ff.
8 Siehe Josef Lausegger (Hg.): Extra 4 – Arbeitsgemeinschaft Alpen-Adria: Organisation, Kooperation, Resolutionen. Deutsche Fassung (Klagenfurt 2003), S. 21
9 Siehe ebd., S. 50 ff.
10 Siehe ebd., S. 47.
11 Siehe Wolfgang Platzer/Thomas Pseiner: Von der Arbeitsgemeinschaft Alpen-Adria zur Alpen-Adria-Allianz: Überregionale Zusammenarbeit im Wandel der Zeit. In: Peter Karpf/Thomas Kassl/Werner Platzer/Wolfgang Platzer/Udo Peter Puschnig (Hgg.): Kärnten Dokumentation Band 30 (Klagenfurt 2014), S. 186f.
12 Siehe Valentin: Kärntens Rolle im Raum Alpen-Adria, S. 51, sowie ders.: Die Rolle der Volksgruppen im Raum Alpen-Adria. In: Peter Karpf/Udo Puschnig (Hgg.): Kärnten Dokumentation Band 20/21 (Klagenfurt 2006), S. 227ff.
13 Siehe ebd., S. 69 ff.
14 Siehe ebd., S. 188.
15 Siehe ebd., S. 189.
16 Andreas Moritsch: Geographische Voraussetzungen der Geschichte der Alpen-Adria-Region. In: Andreas Moritsch (Hg.): Alpen-Adria. Zur Geschichte einer Region (Klagenfurt/Ljubljana/Wien 2001), S. 13.
17 https://www.oerok.gv.at/eu-kooperationen/portal-makroregionale-strategien/makroregionale-strategien-allgemein.html
18 Siehe Platzer/Pseiner: Von der Arbeitsgemeinschaft Alpen-Adria zur Alpen-Adria-Allianz, S. 188 ff.
19 Siehe ebd. S. 191, ff.
20 Siehe Protokoll der Sitzung des Alpen-Adria-Rates vom 22.11.2017, S. 6 f.
21 Siehe Protokoll der Sitzung des Alpen-Adria-Rates am 25.11.2015, S. 5.
22 Siehe Moritsch: Geographische Voraussetzungen, S. 11.

Werner Drobesch

Kärnten: ein Land der „Vereinsmeier"!? – Ein sozialgeschichtlicher Befund

Vereinskultur und „Öffentlichkeit" – Vorbemerkungen

Österreich gilt als das Land der Vereine und – damit einhergehend – der „Vereinsmeier". Diese Aussage lässt sich eins zu eins gleichfalls auf Kärnten übertragen. Dass dem so ist, ist das Ergebnis einer Entwicklung, die bis in das letzte Drittel des 18. Jahrhunderts zurückreicht.

Im Verlaufe des tiefgreifenden Paradigmenwechsels von der Feudal- zur bürgerlichen Gesellschaft seit der Mitte des 18. Jahrhunderts etablierte sich eine neue Form der Organisation von Gruppeninteressen: der Verein oder – wie er im zeitgenössischen Fachjargon auch genannt wurde – die „Societät" bzw. „Assoziation". Der Verein repräsentierte als grundlegende soziale wie institutionelle Innovation den Aufbruch in die Moderne. In vielen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens entstanden Vereine als Ausdruck einer aufklärerischen Emanzipationsbewegung gegenüber den traditionsbehafteten Feudalkräften. Als freiwilliger Zusammenschluss jenseits von sozialer Herkunft und Beruf waren sie revolutionär.[1] Die Aufklärung mit ihrer aktivistischen kulturellen und anthropologischen Wertorientierung erwies sich als „dominanter, motivierender, wert- und normensetzender Faktor für eine besonders starke Entwicklung der öffentlich freien Vereinigung."[2] Im und mit dem Verein fand vornehmlich der „aufgeklärte Bürger" eine neue institutionelle Form sozialer Aktivitäten, in der sich seine Bewusstseinsformen und Verhaltensnormen konkretisierten.[3]

Zunächst schuf sich eine schmale Schicht von Gebildeten, das aufgeklärte Bürgertum, eine „Stätte, wo sich ihr Drang nach öffentlicher Tätigkeit außerhalb der höfischen und kirchlichen Sphäre, ihr Bedürfnis nach weltlicher, von allen religiösen Bindungen freien Bildung und Aufklärung und […] nach einem die Gleichheit der Menschen praktizierenden geselligen Leben verwirklichen konnte."[4] Dieses Ansinnen manifestierte sich bald zum einen in der Übernahme von Aufgaben allgemeinen öffentlichen Interesses, die bis dahin ausschließlich von Obrigkeiten und Korporationen wahrgenommen wurden, zum anderen im Bestreben, auf die Gesellschaft und Politik einzuwirken. Ab diesem Augenblick entwickelten sich Vereine zu „emanzipatorischen Instrumenten einer erhöhten öffentlichen Aktivität und Interessenvertretung – damit aber auch einer Selbstverwirklichung – von Gruppen und Individuen".[5] Sie wurden zu „Instrumenten einer gesellschaftlichen Öffentlichkeit, die kritisch, aktivierend, kontrollierend

und konkurrierend in den Kompetenzbereich“ des Staates eingriffen und Lebenssphären gestalteten. Auf diese Weise erhielt die Vereinskultur eine gesellschaftspolitische Komponente. Als Forum einer neuen Form der gesellschaftlichen Selbstorganisation wurde der Verein zu einem Teil der Öffentlichkeit.[6] Zunächst, d. h. während des Vormärz, stellte sich der Staat gegen diesen Anspruch, wiewohl dieses Grundbedürfnis der bürgerlichen Gesellschaft mit dem Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuch (1811) anerkannt worden war. Die Folgen waren einerseits eine penible Überwachung der neuen Organisationsform, andererseits ein Verbot von Vereinigungen mit vordergründigen gesellschaftspolitischen Zielen, die gegen die Interessen des bestehenden, absolutistisch regierten Staates gerichtet waren. Selbst unpolitische Vereine bedurften der staatlichen Genehmigung. So blieb vorerst das politische Vereinswesen ausgespart und das Segment der „unpolitischen“ Assoziationen noch sehr eingeschränkt.

Mit der „Dezemberverfassung“ 1867 erhielt das Vereinswesen einen neuen rechtlichen Status. Die Vereinsfreiheit – und im Einklang mit ihr die Versammlungsfreiheit – wurde in den Verfassungsrang erhoben. Schon zuvor war ein neues Vereinsgesetz (15. 11. 1867), das bis 2002 – ausgenommen die Jahre der NS-Herrschaft – durchgehend in Kraft war und die Frauen (bis 1918) noch von der Mitgliedschaft bei politischen Vereinigungen ausschloss, erlassen worden. Die Konsequenzen aus dieser Liberalisierung waren weitreichend. In immer neuen Wellen erfassten die Vereine unterschiedliche Bevölkerungsgruppen, und zwar in dem Maße, „in dem die verschiedenen sozialen Gruppen in den [gesellschaftlichen] Differenzierungsprozess hineingezogen“ wurden.[7] Die immer breitere Skala der bürgerlichen Zusammenschlüsse, das Übergreifen des Vereinswesens auf die ländlich-agrarische Bevölkerung, den unteren Mittelstand und die neue städtische Arbeiterklasse in Form von Bildungs-, Geselligkeits-, Wander-, Tanz-, Freizeitvereinen oder anderen Vereinstypen waren Aspekte dieser Entwicklung. Als mit dem Übergang von einer dominant agrarischen zu einer industriell bestimmten Gesellschaftsstruktur ein säkularer, tiefgreifender soziokultureller Wandel einsetzte, ließ sich zuerst in den Städten und bis zur Jahrhundertwende verstärkt auch auf dem Lande ein sprunghaftes Ansteigen von Vereinsgründungen feststellen. Zugleich vollzog sich ein Prozess der Spezialisierung, der – ausgehend von unterschiedlichen Interessenlagen und Ideologien – eine Aufsplitterung der Vereinsstruktur bedingte. Es handelte sich einerseits um eine „Spezialisierung und Entpartikularisierung als zwei gegenläufige Prozesse innerhalb der bürgerlichen und modernen Gesellschaft“,[8] andererseits entsprach diese Differenzierung den Anforderungen des industriellen Zeitalters.

In der Organisationsform „Verein“ finden sich – bis in die Gegenwart hereinreichend – Tendenzen, Prozesse und Strukturen eines sich über nahezu zwei Jahrhunderte erstreckenden soziokulturellen Wandels. Das

waren bzw. sind die „Bewußtmachung, Formulierung, Vertretung und Verstärkung von individuellen wie von Gruppeninteressen“, die „Demokratisierung der Gesellschaft durch Weckung von Initiativen und kritischen Machtkontrollen“, die „Beeinflussung der öffentlichen Meinung wie politischen Führung“ im Sinne der Vereinsziele, die „Auslese und Übung sozialaktiver Persönlichkeiten“, aber auch „der Beitrag zur Statusbildung und Statussicherheit und Organisation der Gesellschaft in Kontrahenten des Staates“.[9]

Sozioökonomischer Wandel und Vereinskultur in Kärnten 1867–1938

Was insgesamt für die österreichische Entwicklung gilt, fand mit einer geringen zeitlichen Verschiebung im Sinne einer Ungleichzeitigkeit des Gleichzeitigen auch in Kärnten statt. Auch hier setzte sich die Vereinskultur im Verlaufe des 19. Jahrhunderts durch. Der Prozess der Auflösung des „ganzen Hauses“ in Kombination mit der „wachsenden Rollendifferenzierung in der je einzelnen Person erschuf Bedürfnisse für die neue, an die Stelle von Gilden und Zünften getretene Organisationsform unterschiedler Interessen und Rollen“.[10]

Im ausgehenden 19. Jahrhundert erlebte Kärnten einen ersten Vereinsgründungsboom. Zu diesem Zeitpunkt waren die Vereine nicht mehr ein ausschließlich städtisches Phänomen, sondern das Vereinsgründungsfieber hatte auch auf die ländlichen Regionen übergegriffen. Kulturell, wissenschaftlich, wirtschaftlich, sozial-karitativ, sportlich oder politisch Interessierte, aber auch Menschen, die der Geselligkeit zugetan waren, organisierten sich in Vereinen mit genau definierten Tätigkeitsfeldern. Eine Vielfalt von Vereinstypen war die Folge (siehe Tabelle 1). In diesen spiegeln sich Trends, die sich aus den rechtlichen, ideologischen, politischen und sozioökonomischen Rahmenbedingungen ergaben. Insgesamt handelt es sich um eine Vereinstypologie, die für eine Agrargesellschaft symptomatisch ist. Agrargesellschaftlichen Mustern entsprechend, dominierte der Typus der landwirtschaftlichen Vereine und der Freiwilligen Feuerwehren, wobei beide ein Indiz des Übergreifens der bürgerlichen Organisationsform „Verein“ auf nichtbürgerliche Gruppen sind. Das trifft im Übrigen auch auf den Typus der „Berufs- und Gewerkschaftsvereine“ zu, die als Interessenvertretung der Industriearbeiterschaft auftraten und ein Hinweis auf den in Gang befindlichen Übergang zu einer industriellen Gesellschaft sind – und das, obwohl in Kärnten keine umfassende, tiefgreifende Industrialisierung stattfand. Ebenso lässt sich die gesellschaftsrelevante Bedeutung von Religion an der hohen Zahl von religiös-kirchlichen Vereinen – sowohl den Katholizismus als auch

Tabelle 1: Vereinsgründungen nach Vereinstypen 1867–1914/1918–1938[11]

Vereinstyp	1867–1914	1918–1938
Krieger- und Kameradschaftsvereine	41	45
Schützenvereine	69	24
Wirtschaftsvereine (inkl. Sparkassen)	59	40
Sparvereine	2	0
Wohltätigkeits-, Fürsorge- und Vorsorgevereine	168	229
Geselligkeitsvereine	40	14
Alpen- und Wandervereine	27	26
Studentenvereine	6	41
Kindergarten-, Schulunterstützungs- und Elternvereine	61	18
Tierzüchtervereine	9	18
Berufs- und Gewerkschaftsvereine	385	495
Religiös-kirchliche Vereine	131	100
Kulturvereine	183	184
Schul- und Erziehungsvereine, Verein „Südmark“	362	73
Gesangs- und Musikvereine	154	262
Rotary- und Lions-Klubs, Schlaraffia	1	3
Turn- und Sportvereine	115	238
Freiwillige Feuerwehren	340	92
Landwirtschaftliche Vereine	470	73
Verschönerungs- und Fremdenverkehrsvereine	56	31
Jagdgesellschaften	40	78
Politische Vereine	70	113
Sonstige	116	123
GESAMT	**2905**	**2302**

den Protestantismus betreffend – erkennen. Der „Kulturkampf“ der späten 1860er-/frühen 1870er-Jahre diente insbesondere für den Katholizismus, dem im Land trotz eines hohen Katholikenanteils in der Politik eine untergeordnete Rolle zukam, als Befeuerungsmittel für die Gründung von Vereinen, zumal seitens der Kirchenleitung die Skepsis gegenüber dieser neuen Organisationsform gewichen war und abseits von Bruderschaften und Betvereinigungen der Nutzen der neuen Organisationsform für die Mobilisierung der Katholiken erkannt wurde. Obwohl sich in Kärnten die soziale Frage nicht mit jener Intensität darstellte wie in den Industrieregionen der Monarchie im Großraum um Wien und in Böhmen, gewannen

Wohltätigkeits-, Fürsorge- und Vorsorgevereine für den Lebensalltag der arbeitenden Bevölkerung eine immer größere Bedeutung. Im Rahmen der industriekapitalistischen Modernisierung kam es zur Freisetzung von Bevölkerungsgruppen aus ihren Sozial- und Arbeitsbindungen. Damit verbunden waren moderne Formen der Subsistenz- und Obdachlosigkeit. Ebenso gewannen Lebensrisiken wie Alter, Krankheit und Unfall einen neuen Charakter, weil Teile der Bevölkerung nicht in die neuen industriellen Erwerbsverhältnisse integriert werden konnten. Mit der sich daraus ergebenden Unsicherheit des Broterwerbs und der Lebenssituation sahen sich auch semiindustrielle Gesellschaften konfrontiert. Per se entwickelte sich die „soziale Frage" zu einem gesellschaftspolitischen Thema. An die Stelle der Armen-Institute und Armen-Versorgungshäuser traten nun sozial-karitative Vereine. Auch in anderen Segmenten deutet sich die Abkehr von agrargesellschaftlichen Paradigmen an. Mit der Ausbildung einer Arbeitnehmerbevölkerung mit geregelter Freizeit, gepaart mit einem Bedürfnis nach Freizeitgestaltung, konstituierten sich Freizeitvereine wie etwa Geselligkeits-, Alpen- und Wander-, Turn- und Sport-, Gesangs- und Musikvereine oder Kulturvereine. Mit dem Aufkommen des Tourismus wurden zunehmend auch Verschönerungs- und Fremdenverkehrsvereine wichtig.

Nach 1918 änderte sich die Struktur der Vereinstypologie, weil sich die Interessenslagen, die Werthaltungen und die gesellschaftlichen sowie politischen Rahmenbedingungen im Vergleich zu den Jahren vor 1918 anders darstellten. Gemächlich wandelte sich die Bevölkerungsstruktur des Landes in Richtung einer agrarisch-bürgerlichen Übergangsgesellschaft. Nach wie vor existierte aber ein Stadt-Land-Gefälle, wenngleich sich dieses verringerte. In den ländlichen Gemeinden dominierten zwar noch jene Vereinigungen, die für das dörfliche Gemeinschaftsleben einen primären Nutzen hatten, wie etwa die Freiwilligen Feuerwehren, gemeinnützige und existenzsichernde oder agrarische Vereine. Doch suchte die ländliche Bevölkerung nach neuen Möglichkeiten der Betätigung und begann vermehrt Vereinstypen, die bereits im urbanen Bereich bestanden, zu übernehmen. Dazu zählten insbesondere Freizeitvereine, die bis in die 1920er-Jahre im ländlich-agrarisch geprägten Lebensalltag eine untergeordnete Rolle gespielt hatten. Eine städtische Domäne blieben die akademisch-studentischen Vereinigungen und Mittelschülerverbindungen, die Rotary- und Lions-Klubs sowie die Schlaraffia (siehe Tabelle 1). Innerhalb der Vereinsgründungen und des Vereinsspektrums spielten Letztere eine marginale Rolle, jedoch sammelten sich in ihnen Repräsentanten der kulturellen, administrativen und wirtschaftlichen Elite des Landes. Breitenwirksamer waren – wohl auch angesichts der latenten ökonomischen Krise, verstärkt durch die Weltwirtschaftskrise 1929 – Wohltätigkeits-, Fürsorge- und Vorsorgevereine, Berufs- und Gewerkschaftsvereine, Gesangs- und

Musikvereine sowie Sport- und Turnvereine. Bei ihnen nahm die Zahl von Gründungen rasant zu, während bei den Schul- und Erziehungsvereinen oder den landwirtschaftlichen Vereinen schon vor 1914 der Zenit erreicht und ein dichtes Vereinsnetz geflochten worden war. 1938 war die Organisationsform „Verein“ nicht mehr ausschließlich eine bürgerliche Domäne. Bauern- und Arbeiterschaft hatten die bürgerliche Organisationsform übernommen und waren dabei, die Vereinsbewegung für ihren gesellschaftlichen Emanzipationsprozess zu nutzen.[12]

Mit der ab den 1880er-Jahren einsetzenden „Lager“-Bildung, von der sowohl die Städte als auch das Land gleichermaßen betroffen waren, korrespondierte die Verpolitisierung der Vereinslandschaft. „Unpolitische“ Vereinigungen mutierten zu politischen. Ab nun exekutierten etwa Kultur- und Bildungsvereine, Gesangsvereine, Sport- und Turnvereine, sozialkaritative Vereine oder akademische Vereine einen politischen Auftrag und entwickelten sich zu Vorfeldorganisationen der Parteien. Als solche wurden sie in die parteipolitische Strategie miteinbezogen und dienten – und das machte sie im Rahmen der „Lager“-Bildung so bedeutsam – als Sozialisierungs- und Integrationselement in das jeweilige „Lager“, am stärksten innerhalb des deutschnationalen und sozialdemokratischen „Lagers“, am schwächsten innerhalb des christlichsozialen „Lagers“ und der slowenischen Bevölkerung. Gleichfalls waren die Vereine einerseits im Rahmen des seit 1848 in Gang befindlichen Prozesses der Klassenkonstituierung im Gefolge des gesellschaftlichen Wandels eine wichtige Komponente, ohne dass die konstituierten „Klassen“ mit den politischen „Lagern“ übereinstimmten, andererseits konnten Vereine „Klassen“-übergreifend wirken, wenn sich das Vereinsleben im entideologisierten, quasi apolitischen Rahmen abspielte. Damit war eine Entwicklung initiiert – für knapp sieben Jahre unterbrochen durch die Zeit der NS-Diktatur –, die sich nach 1945 zunächst fortsetzte.

Vereinseuphorie und Blütezeit der „Vereinsmeierei“ 1945–2015

Auf der Basis des in Kraft gesetzten Vereinsgesetzes des Jahres 1867 setzte unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wieder ein reges Vereinsleben ein. Die Zahl der Vereinsgründungen und registrierten Vereine nahm während der 1950er-Jahre kontinuierlich zu. 1960 verzeichnete man 2.168 registrierte Vereine im Lande (siehe Tabelle 2). Das bedeutete, dass durchschnittlich auf einen Verein 228,4 Einwohner entfielen (siehe Tabelle 3). Das war noch deutlich mehr als im Bundesdurchschnitt. Auf Bundesebene entfielen 167,4 Einwohner auf einen Verein. Damit war eine Entwicklung initiiert, die sich mehr oder wenig nahtlos bis in das frühe 21. Jahrhundert fortsetzte. Vereine schossen wie Pilze aus dem Boden.

Tabelle 2: Registrierte Vereine in Kärnten/Österreich 1960–2015[13]

Jahr	Kärnten	Österreich
1960	2168	42.269
1970	3887	45.734
1980	5450	58.400
1990	7303	78.835
2000	9016	104.203
2010	9554	116.556
2015	9318	129.279

Tabelle 3: Relation Einwohner/Zahl der Vereine 1960–2015[14]

Jahr	Kärnten	Österreich
1960	228,4	167,4
1970	135,7	163,8
1980	89,4	129,4
1990	74,8	97,4
2000	62,1	76,9
2010	58,7	72,1
2015	59,8	66,8

Ab den 1970er-Jahren explodierte die Zahl der registrierten Vereine geradezu. Von 1970 bis 2010 ergab sich ein Plus von 145,8 Prozent. Die Steigerungsraten verliefen unterschiedlich und reduzierten sich in den folgenden Jahrzehnten. Von 1970 bis 1980 betrug die Zunahme 40,2 Prozent (Österreich: 27,7 Prozent), 1980–1990 34 Prozent (Österreich: 35 Prozent), 1990–2000 23,5 Prozent (Österreich: 32,2 Prozent), 2001–2010 nur mehr 6 Prozent (Österreich: 11,9 Prozent), und von 2010 bis 2015 ging ihre Zahl erstmals zurück, und zwar um –2,5 Prozent, während auf der staatlichen Ebene noch ein Plus von 10,9 Prozent zu verzeichnen war. Ob und inwieweit die neuen rechtlichen Rahmenbedingungen des Vereinsgesetzes 2002, das u. a. eine Ökonomisierung des Vereinswesens bedingte, für den Rückgang verantwortlich zeichneten, ist nicht nachzuweisen. Unterschwellig dürfte dieses aber nicht ohne Folgen gewesen sein.

Wenngleich sich auch hinsichtlich der Relation Einwohner/Zahl der Vereine zwischen 2010 und 2015 eine Trendwende abzeichnete, verfügte Kärnten 2015 unter den österreichischen Bundesländern noch immer über eine große Vereinsdichte. Es gab pro Kopf der Bevölkerung beachtlich viele Vereine. Viele – Männer wie Frauen – waren Mitglied nicht nur

eines Vereins, sondern mehrerer. Mehrfachmitgliedschaften wurden zur Norm und damit der „Vereinsmeier“ zu einem integrierenden Bestandteil der Kärntner Gesellschaft. Mit der Mitgliedschaft in Vereinen vernetzte er seine Berufs- und Lebensinteressen. In den 1960er-Jahren im Zuge der sich herausformenden Freizeit- und Konsumgesellschaft verstärkte sich dieser Trend. Immer mehr Menschen zog es in die Vereine. 1970 entfielen 135,7 Kärntner/innen auf einen Verein, 2010 59,8 Kärntner/innen. Das war ein erheblicher Anstieg. Die Mitgliedschaft in einem Verein entwickelte sich zu einer Norm gesellschaftlichen Seins.

Regional differierte die Entwicklung. Nahezu ein Viertel der registrierten Vereine verteilte sich auf die Städte Klagenfurt (1989: 18,9 Prozent; 2015: 19,3 Prozent) und Villach (1989: 6,9 Prozent; 2015: 7,8 Prozent), während in den weniger dicht besiedelten Bezirken der Anteil (an der Gesamtzahl der bestehenden Vereine) unter der 10-Prozent-Marke blieb (siehe Tabelle 4). In Klagenfurt-Stadt entfielen 1989 auf einen Verein 65,7 Einwohner und 2015 52,6 Einwohner. Nicht wesentlich anders stellte sich die Entwicklung in den ländlich geprägten Bezirken dar, wo die Vereinsdichte im Vergleich zur Bevölkerungszahl sogar zunahm, so etwa im Bezirk Hermagor, in dem sich 1989 nur 4 Prozent (2015: 4,9 Prozent) aller registrierten Vereine im Lande befanden. Aber: Auf einen Verein kamen 71 Einwohner, 2015 waren es – der Bezirk hatte gegenüber 1989 an Bevölkerung verloren – 41 Einwohner. Ähnlich verlief die Entwicklung im Bezirk Völkermarkt, auf den 1989 9 Prozent (2015: 7,2 Prozent) aller registrierten Vereine entfielen und in dem einem Verein im Jahr 1989 96 bzw. im Jahr 2015 63 Einwohner angehörten.

Tabelle 4: Registrierte Vereine in Kärnten nach Bezirken 1989/1998/2010/2015[15]

Jahr	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
1989	1328	483	464	284	700	855	934	832	632	595	**7107**
1998	1672	657	512	351	913	1012	1185	1019	662	757	**8740**
2010	1836	807	518	414	970	1106	1350	1004	727	822	**9554**
2015	1796	726	527	461	1003	1080	1334	950	673	768	**9318**

1 = Klagenfurt-Stadt, 2 = Villach-Stadt, 3 = Feldkirchen, 4 = Hermagor, 5 = Klagenfurt-Land, 6 = St. Veit an der Glan, 7 = Spittal an der Drau, 8 = Villach-Land, 9 = Völkermarkt, 10 = Wolfsberg, 11 = GESAMT

Ein Charakteristikum in der Entwicklung der Kärntner Vereinslandschaft bildet – am Beispiel Klagenfurt-Stadt lässt sich dies statistisch-quantifizierend darstellen (siehe Tabelle 5) – die nur mehr geringfügige Zunahme bzw. seit 2012 sogar leicht rückläufige Zahl der registrierten Vereine. Bis

2012 lag die Zahl der neugebildeten (teils deutlich) über der Zahl der aufgelösten Vereine. Das ergab per se eine Erhöhung der registrierten Vereine.

In diesem Zahlencorpus deutet sich ein (tiefgreifender?) Paradigmenwechsel an. Und Kärnten ist quasi als Mosaikstein ein illustratives Beispiel, das gleichsam als ein Abbild für die Entwicklung auf der staatlichen Makroebene steht. Es wäre zu einfach, die Ursachen der Stagnation bzw. des leichten Rückgangs der Zahl der bestehenden Vereine ausschließlich auf die geänderten rechtlichen Rahmenbedingungen im Gefolge des Vereinsgesetzes des Jahres 2002 zu suchen.

Tabelle 5: Neubildungen und Auflösungen von Vereinen und registrierte Vereine in Klagenfurt 1973–2016[16]

Jahr	Vereine		
	Neubildungen	Auflösungen	Bestand Jahresende
1973	48	33	861
1975	57	34	908
1980	91	46	1075
1985	67	49	1232
1990	100	65	1446
1995	138	76	1610
1997	143	86	1669
1998	105	90	1672
1999	94	87	1691
2000	128	52	1767
2005	120	59	1836
2010	99	70	1836
2011	97	63	1865
2012	87	77	1872
2013	87	114	1840
2014	78	94	1814
2015	71	69	1796
2016	59	136	1707

Für die Tatsache, dass der Verein als gesellschaftlich relevantes Organisationsmodell innerhalb der Zivilgesellschaft als eine historisch gewachsene Institution der Selbstorganisation etwa seit dem Jahr 1990 an Anziehungskraft verlor, bieten sich mehrere Erklärungsmuster an, die miteinander

– mehr oder weniger ausgeprägt – in Zusammenhang stehen. So findet sich in den Bestandszahlen der ab dem ausgehenden 20. Jahrhundert manifestierende Mentalitätswandel in Richtung Individualisierung wieder. Der Individualisierungsprozess begann nun auf die Vereinskultur überzugreifen und die Vereinslandschaft zu verändern. Man strebte nicht mehr in dem Maße wie zuvor nach einem gemeinschaftlichen Sein, sondern das individuelle Sein fernab von Gruppenbindungen entwickelte sich zu einer Lebensmaxime. Damit geriet das Vereinswesen in den Sog eines Zeittrends. Wie den großen Mitgliederorganisationen – Massenparteien, Gewerkschaften, Kirchen – seit den 1980er-Jahren sukzessive ihre Mitglieder verloren gingen und sie in Schüben teils beachtliche Rückgänge in den Mitgliederzahlen zu verzeichnen hatten, begannen auch Vereine Mitglieder zu verlieren bzw. konnten sie nicht mehr in dem Maße Mitglieder rekrutieren, wie es noch bis dahin der Fall gewesen war. Ein sichtbarer Effekt war die Auflösung von Vereinen, nicht selten ob einer nicht mehr ausreichenden Mitgliederzahl, wie sich am Beispiel Klagenfurt-Stadt zeigen lässt (siehe Tabelle 5), oder überhaupt ob des Mangels eines funktionierenden Vereinsvorstandes. Ab 2013 ist in Klagenfurt eine markante Zunahme von Vereinsauflösungen zu verzeichnen. Konnte 1997 mit 143 Neugründungen noch ein Rekordwert erreicht werden, ergab sich vice versa 2016 ein Rekordwert von 136 Auflösungen. In diesem Jahr war die Zahl der aufgelösten Vereine mehr als doppelt so hoch wie jene der neugebildeten. Damit konkretisierte sich auf der Mikroebene erstmals der virulent vorhandene Mentalitätswandel.

Die Krise der Mitgliederorganisationen erfasste spätestens seit der Jahrhundert-/Jahrtausendwende auch die Kärntner Vereinslandschaft. Zwischen 1989 und 1998 hatte sie sich noch in voller Blüte befunden. Die Zahl der registrierten Vereine hatte binnen eines Jahrzehnts um 1.633 (+23 Prozent) zugenommen (siehe Tabelle 6 und 7). Selbst 2010 lag die Zahl noch deutlich über jener des Jahres 1998 (+814). Doch fünf Jahre später war, wenngleich sich die Entwicklung auf Bezirksebene wenig einheitlich darstellte, ein Rückgang zu verzeichnen (–236), insbesondere in den städtischen Milieus von Klagenfurt (–40) und Villach (–81), aber auch in den ländlich geprägten Bezirken Villach-Land (–54) und Völkermarkt (–54). Innerhalb der Typologie ergaben sich kaum Veränderungen. Mit dem Typus „Kindereinrichtungen, 0–4 Jahre“ tauchte im Jahre 2000 in Klagenfurt-Stadt ein völlig neuer Vereinstypus auf (siehe Tabelle 8). Sparvereine, sozial-karitative Vereine, Musik- und Gesangsvereine sowie insbesondere die Sport- und Turnvereine verzeichneten entgegen dem Trend Zunahmen, wobei die Zuwachsrate bei Letzteren (+385) alle anderen überragte. Sportvereine boomten, im städtischen Bereich, wie es sich für Klagenfurt mit einem Mehr von 189 Vereinen zwischen 1990 und 2000 nachweisen lässt (siehe Tabelle 8), ungleich stärker als in ländlichen Gebieten. Ihre

Attraktivität entwickelte sich – entgegen dem allgemeinen Trend und einhergehend mit der Ausformung der Freizeit- und Konsumgesellschaft – in hohem Maße dynamisch. Der Typus „Sportverein“ entsprach neuen, individuellen Bedürfnissen. Neben ihrer Kernaufgabe entwickelten sich viele Sport- und Turnvereine zu Anbietern von Freizeitaktivitäten und Gesundheitspflege, die in Konkurrenz zu anderen mit Angeboten um Mitglieder

Tabelle 6: Zahl der Vereine nach dem Vereinszweck in Kärnten 1989[17]

Vereinszweck	**1**	**2**	**3**	**4**	**5**	**6**	**7**	**8**	**9**	**10**	**11**
Politik	30	9	5	–	6	8	8	11	3	8	**88**
Politisch Verfolgte	2	–	–	–	–	–	–	–	–	–	**2**
Kameradschafts-verbände	23	9	4	2	7	11	13	12	4	26	**111**
Sparvereine	289	157	182	67	247	308	269	310	255	181	**2265**
Sozial-karitative Vereine	42	18	10	12	32	28	35	27	18	28	**250**
Geselligkeit	22	12	4	2	7	15	12	6	10	5	**95**
Studentische Verbindungen	37	10	3	1	3	3	3	1	1	3	**65**
Elternvereine (Schule)	61	24	21	17	23	35	23	34	14	37	**289**
Garten, Tiere, Siedlung	62	28	9	25	25	28	52	35	25	21	**310**
Berufsvereine	94	7	2	4	10	9	22	11	9	9	**177**
Religion	26	6	4	1	3	4	4	4	–	–	**52**
Musik,Theater, Gesang	143	55	71	74	113	140	156	116	75	69	**1012**
Logenartige Vereine	6	–	–	–	–	1	2	–	1	1	**11**
Rotary, Lions, Schlaraffia	10	7	1	2	1	6	4	–	3	2	**36**
Kollegialität	18	5	–	–	2	3	2	3	1	1	**35**
Körperertüch-tigung, Sport, Turnen	246	70	81	20	154	114	147	161	103	89	**1185**
Sonstige	217	66	67	57	67	142	182	101	110	115	**1124**
GESAMT	**1328**	**483**	**464**	**284**	**700**	**855**	**934**	**832**	**632**	**595**	**7107**

1 = Klagenfurt-Stadt, 2 = Villach-Stadt, 3 = Feldkirchen, 4 = Hermagor, 5 = Klagenfurt-Land, 6 = St. Veit an der Glan, 7 = Spittal an der Drau, 8 = Villach-Land, 9 = Völkermarkt, 10 = Wolfsberg, 11 = GESAMT

Tabelle 7: Zahl der Vereine nach dem Vereinszweck in Kärnten 1998[18]

Vereinszweck	**1**	**2**	**3**	**4**	**5**	**6**	**7**	**8**	**9**	**10**	**11**
Politik	30	9	3	–	7	3	6	10	1	11	**80**
Politisch Verfolgte	2	–	–	–	–	–	–	–	–	–	**2**
Kameradschaftsverbände	23	9	4	2	6	12	13	13	5	26	**113**
Sparvereine	330	207	174	62	288	330	321	328	213	177	**2430**
Sozial-karitative Vereine	92	27	12	14	44	34	46	34	25	40	**368**
Geselligkeit	32	13	6	3	10	15	17	5	10	12	**123**
Studentische Verbindungen	31	10	3	1	2	1	4	1	1	3	**57**
Elternvereine (Schule)	63	26	21	18	25	35	27	36	12	40	**303**
Garten, Tiere, Siedlung	77	31	16	34	32	49	73	44	35	39	**430**
Berufsvereine	114	9	4	6	22	18	26	22	14	17	**252**
Religion	33	8	4	1	8	4	5	7	–	2	**72**
Musik,Theater, Gesang	205	80	81	88	161	168	217	160	91	88	**1339**
Logenartige Vereine	9	1	–	–	–	1	2	–	1	3	**17**
Rotary, Lions, Schlaraffia	10	7	1	2	2	6	9	–	3	3	**43**
Kollegialität	15	4	–	–	2	3	2	3	1	1	**31**
Körperertüchtigung, Sport, Turnen	309	102	97	31	200	149	172	204	128	139	**1531**
Sonstige	297	114	86	89	104	184	245	152	122	156	**1549**
GESAMT	**1672**	**657**	**512**	**351**	**913**	**1012**	**1185**	**1019**	**662**	**757**	**8740**

1 = Klagenfurt-Stadt, 2 = Villach-Stadt, 3 = Feldkirchen, 4 = Hermagor, 5 = Klagenfurt-Land, 6 = St. Veit an der Glan, 7 = Spittal an der Drau, 8 = Villach-Land, 9 = Völkermarkt, 10 = Wolfsberg, 11 = GESAMT

warben. In den Sportvereinen spiegelt sich zudem mit dem Heimisch-Werden von neuen Sportarten wie etwa Rugby oder (American-)Football die Amerikanisierung der Kärntner und österreichischen Sportwelt wider.

Tabelle 8: Zahl der Vereine nach dem Vereinszweck in Klagenfurt 1990/2000[19]

Vereinszweck	1990	2000
Politik	71	82
Politisch Verfolgte	3	13
Kameradschaftsverbände	30	39
Sparvereine	320	380
Sozialkaritative Vereine	95	123
Geselligkeit	28	34
Studentische Verbindungen	28	27
Elternvereine (Schule)	68	67
Garten, Tiere, Siedlung	60	61
Berufsvereine	21	75
Religion	29	33
Schöne Künste	10	85
Logenartige Vereine	5	6
Rotary, Lions, Schlaraffia	7	18
Kollegialität	34	85
Körperertüchtigung, Sport, Turnen	133	322
Gesangsvereine	47	50
Musikvereine	20	30
Trachtenvereine	–	21
Kindereinrichtungen, 0–4 Jahre	–	26
Sonstige	426	190
GESAMT	**1425**	**1767**

Noch befand sich die Kärntner Vereinskultur und mit ihr der „Vereinsmeier“ fernab einer existenziellen Krise, wenngleich der Zenit der „goldenen Jahre“ überschritten war. Der Topos des „Vereinsmeier“ als Synonym für bierselige Freizeitbeschäftigung und so genannter „Gschaftlhuberei“ lebt(e) weiter. Aber unübersehbar sind Erosionstendenzen, weil sich Werte, Mentalitäten, gesellschaftliche Rahmenbedingungen und soziale Milieus auf dem Weg in Richtung einer postindustriellen Gesellschaft veränderten. Homogene soziale Milieus befanden bzw. befinden sich in Auflösung. An ihre Stelle traten die geistigen Paradigmen der Jungen, der – wie sie bisweilen genannt werden – „Kinder der Freiheit“, die Vereinen „mit ihren Formalismen und ihrem […] verschrobenen und verlogenen ‚selbstlosen‘

Engagement“ skeptisch bis ablehnend gegenüberstanden[20] und diese als antiquiert betrachteten. Neue Organisationsformen in Form loserer, spontan gebildeter Gemeinschaften begannen die Aktivitäten der traditionellen Organisationsform „Verein“ zu relativieren.

Ein Resümee

Die Institution bzw. soziale Gemeinschaft „Verein“ war und ist ein tragender Eckpfeiler innerhalb des demokratischen Systems. Als homogene gesellschaftliche Gruppen trugen und tragen Vereine bis ins frühe 21. Jahrhundert in Kärnten zu einer Verdichtung sozialer und ideologischer Milieus bei. Wie anderwärtig auch dien(t)en sie der Bestätigung ihrer Mitglieder, dass man über einen gemeinsamen Interessen-, Werte- und Normenkanon verfügt. Jedoch – und der Status quo der Kärntner Vereinskultur am Beginn des 21. Jahrhunderts ist ein Abbild der allgemeinen österreichischen Entwicklung – deutet sich mit dem Rückgang von Vereinen und der Mitgliederzahlen die Erosion traditioneller, relativ geschlossener Milieus, wie sie seit dem späten 19. Jahrhundert als Teil des Wandels zur industriellen Gesellschaft entstanden waren, ab. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, ob damit ein Bedeutungsverlust des „organischen“ Gesellschaftsmodells der Demokratie, der sich „durch die Einbindung kollektiver Gemeinschaften in die Gestaltung und Umsetzung von Politik“ definiert und in dem der Vereinskultur ein Stellenwert – welcher Gestaltungskraft auch immer – zukommt, korrespondiert.[21] Ob dem so ist und ob es vom individualistischen sowie markt- und wettbewerbsorientierten Gesellschaftsmodell angloamerikanischer Prägung verdrängt wird, muss offen gelassen werden, ebenso wie die Antwort auf die Frage, inwieweit umfassende Mobilitätsangebote und digitale Kommunikationstechnologien, die ein einfaches und schnelles Überbrücken von Distanzen sowie eine lose Verbindung zwischen Menschen in Internetz-Netzwerken (Schlagwort: „social media“) möglich machen, den ortsgebundenen Zusammenschluss in Form des Vereins bald als Relikt aus vergangenen Tagen erscheinen lassen werden. Fest steht nur, dass in der Regel neue Verhaltensweisen und -normen infolge technologischer Innovationen und neuer geistiger Paradigmen per se andere, wohl auch modernere Formen individueller und gesellschaftlicher Organisierung bedingen.

Anmerkungen

1 Wolfgang Zapf, Über soziale Innovationen, in: Soziale Welt 40/1–2 (1989), 170–183, hier 177.

2 Gerhard Wurzbacher, Die öffentlich freie Vereinigung als Faktor soziokulturellen Wandels im 19. Jahrhundert, in: Walter Rüegg/Otto Neuloh (Hgg.), Zur soziologischen Theorie und Analyse des 19. Jahrhunderts (Göttingen 1971), 103–122, hier 111.

3 Vgl. Norbert Schindler/Wolfgang Bonß, Praktische Aufklärung – Ökonomische Sozietäten in Süddeutschland und Österreich im 18. Jahrhundert, in: Rudolf Vierhaus (Hg.), Deutsche patriotische und gemeinnützige Gesellschaften (München 1980), 255–354.

4 Richard van Dülmen, Der Geheimbund der Illuminaten. Darstellung – Analyse – Dokumentation (Stuttgart-Bad Cannstatt 1975), 18; Jürgen Habermas, Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft (Neuwied-Berlin [4]1969), 48f., sowie Thomas Nipperdey, Verein als soziale Struktur im späten 18. und frühen 19. Jahrhundert, in: Hartmut Brockmann u. a. (Hgg.), Geschichtswissenschaft und Vereinswesen im 19. Jahrhundert (Göttingen 1972) 1–44, hier 13.

5 Wurzbacher, Öffentlich freie Vereinigung, 107.

6 Vgl. allgemein Habermas, Strukturwandel der Öffentlichkeit, 48 f.

7 Friedrich H. Tenbruck, Freundschaft – Ein Beitrag zu einer Soziologie der persönlichen Beziehungen, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 16 (1964), 431–456, hier 444.

8 Thomas Nipperdey, Verein als soziale Struktur, 29.

9 Wurzbacher, Öffentlich freie Vereinigung, 112f.

10 Vgl. Ernst Bruckmüller, Sozialgeschichte Österreichs (Wien-München 1985), 398.

11 Kärntner Landesarchiv Klagenfurt, Vereinskataster, Heft 1–62.

12 Vgl. Werner Drobesch, Vereine und Verbände in Kärnten 1848–1938. Vom Gemeinnützig-Geselligen zur Ideologisierung der Massen (Klagenfurt 1991), 124–130.

13 Statistisches Jahrbuch Österreichs 2010, hg. Statistik Austria (Wien 2011), Tabelle 6.21, 182.

14 Ebd.

15 Ebd.

16 Statistisches Jahrbuch Klagenfurt 2001, 2016 und 2017 (Klagenfurt o. J.), Tabelle 8.3, 174, Tabelle 8.9, 176 und Tabelle 8.9, 176.

17 Statistisches Handbuch des Landes Kärnten. Zahlen und Daten 89, 35. Jahrgang, hg. Amt der Kärntner Landesregierung, Landesstelle für Statistik (Klagenfurt 1990, Tabelle 24: Vereinswesen (Stand: 31. 8. 1989).

18 Statistisches Handbuch des Landes Kärnten. Zahlen und Daten 98, 44. Jahrgang, hg. Amt der Kärntner Landesregierung, Landesstelle für Statistik (Klagenfurt 2000, Tabelle 32: Vereinswesen (Stand: 31. 8. 1998).

19 Ebd.

20 Ulrich Beck, Kinder der Freiheit, in: Ulrich Beck (Hg.), Kinder der Freiheit. Edition Zweite Moderne (Frankfurt am Main 1997), 9–33, hier 13.

21 Vgl. Annette Zimmer, Auslaufmodell Verein? Vom Veralten eines gesellschaftlichen Strukturmoments, in: Gewinnung, Qualifizierung und Entwicklung ehrenamtlicher Vereinsvorstände, hg. Bundesnetzwerk Bürgerliches Engagement (BBE) (Berlin 2014), 25–32, hier 27.

CHRONOLOGIE

Karl Anderwald

Chronologie der Ereignisse in Kärnten November 2017 bis Oktober 2018

November 2017

1. Landesrat Rolf Holub will einen Neustart der Parteiorganisation der Kärntner Grünen.
2. Die Chefredakteurin der Kleinen Zeitung, Antonia Gössinger, ist Festrednerin bei der militärischen Allerseelenfeier in Klagenfurt-Annabichl.
3. Landeshauptmann Peter Kaiser (SPÖ) sieht sich in der Causa Top-Team durch ein Schreiben der Oberstaatsanwaltschaft entlastet.
4. Die Landesimmobiliengesellschaft (LIG) wird als Unterabteilung in die Landesverwaltung eingegliedert.
5. Das Team Kärnten startet mit einer Kampagne auf elektronischen Werbeflächen bereits den Wahlkampf für die Landtagswahl 2018.
6. Die ehemalige Landeschefin der Grünen Marion Mitsche kündigt eine Kandidatur ihrer Liste Fair bei der Landtagswahl 2018 an.
7. Mit einstimmigem Beschluss der Landesregierung wird der Kulturpreis 2017 an Peter Turrini für sein Lebenswerk verliehen. Das Kollegium folgt damit einer Empfehlung des Referenten Landesrat Christian Benger (ÖVP) und nicht dem Vorschlag des Kärntner Kulturgremiums, der auf Josef Winkler gelautet hatte.
8. In Kärnten gibt es 60 Verdachtsfälle wegen einer unerlaubten Doppelstaatsbürgerschaft.
9. Die Kärntnerin Elisabeth Köstinger wird zur Ersten Nationalratspräsidentin gewählt.
10. Landeshauptmann Peter Kaiser (SPÖ) unterstützt bei der Landeshauptleutekonferenz in Feldkirch die Forderung an die EU nach Einstellung des Vertragsverletzungsverfahrens betreffend weiterer Natura-2000-Gebiete.
11. Gedenkfeier am britischen Soldatenfriedhof in Klagenfurt mit dem britischen Botschafter Leigh Turner.
12. Umweltlandesrat Rolf Holub (Grüne) nimmt an der 23. Weltklimakonferenz in Bonn teil.

13. Mit Nadja Seebacher (Spittal an der Drau) und Florian Rossmann (St. Veit an der Glan) wechseln zwei weitere Gemeinderäte der Grünen zur Liste Fair.
14. Landeshauptmann Peter Kaiser und LH-Stellvertreterin Gaby Schaunig (beide SPÖ) planen für die von der überraschenden Schließung des Modine-Werks in Kötschach betroffenen 147 Dienstnehmer eine Arbeitsstiftung.
15. Der chinesische Botschafter in Österreich Li Xiaosi absolviert beim Innovationskongress in Villach seinen Antrittsbesuch in Kärnten.
16. Der Kärntner Landtag beschließt ein neues Jagdgesetz.
17. Das Ergebnis der Betriebsratswahlen in den Landeskrankenanstalten: FSG 66 Mandate (+2), FCG 4 Mandate (+1), Soziale Stimme Spieß drei Mandate, Liste Tomic ein Mandat. Die Liste der Grünen erreicht kärntenweit nur 60 Stimmen und ist im Betriebsrat nicht mehr vertreten.
18. Kärntens Landesbedienstete, einschließlich der Kabeg-Mitarbeiter, bekommen ab 1. Jänner 2018 um 3,13 Prozent mehr Gehalt. Die Mehrkosten für das Land betragen 9,5 Millionen Euro.
19. Aus Restmitteln des HCB-Fonds sollen laut Landesrat Christian Benger (ÖVP) weitere 235.000 Euro für den Tourismus im Görtschitztal verwendet werden.
20. In der Sitzung der Landesregierung wird Sonntag, 4. März 2018, als Termin für die Landtagswahl beschlossen.
21. Der Obmann der Einheitsliste Gabriel Hribar kündigt bei der Landtagswahl die Kandidatur einer Liste „Mein Südkärnten – Moja južna Koroška“ an. Die Neos sollen dafür als Partner gewonnen werden.
22. In Klagenfurt findet die dritte ordentliche Sitzung des Alpen-Adria-Rates statt.
23. Die Friesacher Vizebürgermeisterin Ursula Heinz (SPÖ) wird in Graz zur Vizepräsidentin der Bundesarbeiterkammer gewählt.
24. „Tag der offenen Tür“ im Amt der Kärntner Landesregierung.
25. Die Grünen diskutieren bei einem Landeskonvent in St. Georgen am Längsee über die Zukunft der Landespartei.
26. Die Bürgerinitiative „Rettet das Görtschitztal“ überreicht Landeshauptmann Peter Kaiser (SPÖ) eine Liste von mehr als 3500 Unterschriften gegen eine mögliche Müllverbrennungsanlage in der Region.
27. Die Kärntner Grünen führen bei der Aufnahme von neuen Mitgliedern eine Wartezeit ein.
28. FPÖ-Klubobmann Christian Leyroutz fordert mehr Förderung für Pflege zu Hause.

29. Agrarlandesrat Christian Benger (ÖVP) stellt fest, dass nur zwei bis drei Prozent der Kärntner Bauern Glyphosat auf Ackerflächen außerhalb der Pflanzzeit einsetzen.
30. Juristen des Landes prüfen die Möglichkeit eines landesweiten Verbots von Glyphosat.

Dezember 2017

1. Die Kärntner Wirtschaft ist laut Wifo-Berechnung im ersten Halbjahr 2017 um 4,7 Prozent gewachsen.
2. Ca. 70 Personen folgen in Klagenfurt einem Aufruf der „Jungen Linken Kärnten-Koroška“ zu einer Demonstration gegen eine türkisblaue Bundesregierung.
3. Änderungen in der Kandidatenliste der ÖVP für die Landtagswahl: Die Plätze 4 und 5 werden von Angelika Kuss-Bergner und Julian Geier (an Stelle von Ines Hölbling und Sebastian Schuschnig) eingenommen.
4. Gemeindekonferenz der ÖVP-Bürgermeister und Gemeinderäte in Velden.
5. Die Landesregierung beschließt eine Änderung der Richtlinie für die Verleihung von Auszeichnungen.
6. Der Rektor der Universität Klagenfurt, Oliver Vitouch, legt den Vorsitz in der österreichischen Rektorenkonferenz zurück.
7. Landesgerichtsvizepräsident Manfred Herrnhofer fordert einen Rückhalt der Kärntner Landespolitik für die notwendigen Sanierungsmaßnahmen am Gerichtsgebäude.
8. Die Bürgermeister im Görtschitztal stehen der umstrittenen Verbrennung von HCB-Heu vor Ort offen gegenüber. Ein runder Tisch soll Lösungen bringen.
9. Der Kärntner Menschenrechtspreis wird an den „Denk Raum Fresach“ und an den Verein MENSA verliehen.
10. Landeshauptmann Peter Kaiser überbringt in Cormons und Tolmezzo zwei Kärntner Christbäume „als Zeichen des Miteinanders“.
11. Im Grünen Saal des Landhauses wird das 24. Kärntner Jahrbuch für Politik vorgestellt.
12. Die FPÖ präsentiert die Kandidatenlisten für die Landtagswahl. Wahlkampfleiter ist der Bürgermeister von Mühldorf und Abgeordnete zum Nationalrat, Erwin Angerer.

13. Die Grünen stellen ebenfalls ihre Listen für die Landtagswahl am 4. März 2018 vor. Landesrat Rolf Holub strebt eine Beteiligung an der neuen Landesregierung an.

    Landtagsabgeordnete Isabella Theuermann verlässt das Team Kärnten und schließt sich der FPÖ an. Das Team Kärnten verliert damit den Status als „Interessensgemeinschaft".

14. Die Kronenzeitung veröffentlicht eine von der SPÖ im Auftrag gegebene Umfrage des Grazer Instituts GMK, die zur „Sonntagsfrage" bei der Landtagswahl folgendes Ergebnis bringt: SPÖ 38 Prozent, FPÖ 27 Prozent, ÖVP 17 Prozent, Team Kärnten sechs Prozent und Grüne vier Prozent.

15. Die Liste Fair eröffnet am Klagenfurter Kardinalsplatz ihr Parteibüro.

    Der Landesseniorenrat mit den Vertretern der Seniorenverbände von SPÖ (Karl Bodner), ÖVP (Carsten Johannsen) und FPÖ (Thomas Richler) konstituiert sich.

16. Mit Elisabeth Köstinger, Josef Moser und Herbert Kickl gibt es in der neuen Bundesregierung drei Minister aus Kärnten.

17. Sloweniens Außenminister Karl Erjavec kündigt eine grenzüberschreitende Umweltverträglichkeitsprüfung im Verfahren zur Laufzeitverlängerung für das Kernkraftwerk Krško an.

18. Wahlkampfauftakt des Teams Kärnten in Velden. Am selben Tag wechselt aber Renate Haider, Gerhard Köfers Landesrat-Stellvertreterin, zur FPÖ.

    Weil Elisabeth Köstinger (ÖVP) Ministerin wurde, rückt im Nationalrat die Völkermarkter Lehrerin Angelika Kuss-Bergner nach.

19. Beim Landestag des ÖVP-Seniorenbundes wird Elisabeth Scheucher-Pichler mit 94 Prozent der Delegiertenstimmen zur neuen Landesobfrau gewählt.

20. Belegschaft und Management des geschlossenen Modine-Werkes in Kötschach einigen sich auf einen Sozialplan.

21. FPÖ-Klubobmann Christian Leyroutz kritisiert im Rahmen einer Pressekonferenz „aufgeblähte Strukturen im Kabeg-Management". Seine Partei habe im Aufsichtsrat daher den Budget-Beschluss nicht mitgetragen.

22. Landesrat Gerhard Köfer präsentiert den früheren Rektor der Universität Klagenfurt Heinrich C. Mayr als neuen „Mentor" des Teams Kärnten.

23. 300 Mitglieder der Feuerwehrjugend übergeben das symbolische Feuer des Friedenslichts von Bethlehem.

24. Der Obmann der Zentralpersonalvertretung Gernot Nischelwitzer kritisiert, dass der Bundesrechnungshof bei den Pensionierungen von Landesbediensteten „mit alten Zahlen hausiert“.
25. Laut Kleine Zeitung lobt der Rektor der Universität Klagenfurt, Oliver Vitouch, das Regierungsübereinkommen im Bereich Wissenschaft und Forschung.
26. Wirtschaftskammerpräsident Jürgen Mandl weist die Kritik an der von der Landesregierung beschlossenen Exportoffensive zurück.
27. Trauer um den im 92. Lebensjahr verstorbenen früheren Bürgermeister von Bleiburg Othmar Mory.
28. Jahresbilanz-Pressekonferenz von Landtagspräsident Reinhart Rohr (SPÖ).
29. Beim AMS stehen aktuell mit 2784 offenen Stellen doppelt so viele Angebote wie im Vorjahr bereit.
30. Ab Jänner wird der Klagenfurter Flughafen von Charter-Flügen aus Wilnius und Moskau bedient.
31. LH-Stellvertreterin Beate Prettner (SPÖ) warnt vor der Feinstaubbelastung durch Silvesterfeuerwerke.

Jänner 2018

1. Im Dezember sank die Zahl der Arbeitsuchenden in Kärnten um 8,4 Prozent.
2. Heftige Kritik von Landeshauptmann Peter Kaiser und LH-Stellvertreterin Gaby Schaunig (beide SPÖ) am Stopp der „Aktion 20.000“ durch die Bundesregierung. Landesrat Gernot Darmann (FPÖ) weist diese Kritik zurück und bezieht sich auf Expertengutachten, die die Sinnhaftigkeit dieser Aktion bezweifeln.
3. Landesrat Rolf Holub (Grüne) kritisiert das Programm der Bundesregierung: „ÖVP und FPÖ betreiben Umverteilung von unten nach oben.“
4. Der Präsident des EU-Ausschusses der Regionen, Karl-Heinz Lambertz, besucht Kärnten.
5. Ex-Bundeskanzler und SPÖ-Bundesparteiobmann Christian Kern ist zu Gast beim Neujahrsempfang des Renner-Instituts in Klagenfurt.
6. Landesrat Gernot Darmann (FPÖ) spricht sich gegen den Verkauf der Nassfeld-Anteile der Hypo-Nachfolgefirma Heta an einen slowakischen Tourismusinvestor aus.

7. NR-Abgeordneter Gabriel Obernosterer (ÖVP) verlangt, dass „das Nassfeld in Kärntner Hand bleibt“. Anders Landeshauptmann Peter Kaiser und LH-Stellvertreterin Gaby Schaunig (beide SPÖ): „Die schlechteste Entscheidung wäre kein Investor.“
8. Der Versuch des Landes, das Grundstück am Hafnersee zu verkaufen, ist mangels Interessenten im Bieterverfahren erneut gescheitert. Der Bürgermeister von Keutschach, Karl Dovjak (SPÖ), fordert, dass Seezugang und Naturflächen erhalten bleiben.
9. LH-Stellvertreterin Beate Prettner (SPÖ) will gemeinsam mit Universitätsvertretern über neue Zugangsregeln zum Medizinstudium diskutieren.
10. Peter Weidinger (ÖVP) und Wendelin Mölzer (FPÖ) schlagen ein gemeinsames Auftreten aller Kärntner Nationalratsabgeordneten zu wichtigen Fragen des Landes vor.
11. Die FPÖ stellt auf 60 Seiten und zwei Kapiteln ihr Programm für die Landtagswahl vor.
12. Landwirtschaftsministerin Elisabeth Köstinger (ÖVP) eröffnet die Agrarmesse in Klagenfurt.

    Wahlkampfauftakt der Grünen im Klagenfurter Künstlerhaus.
13. Spitzenkandidat für die Neos, die bei der Landtagswahl unter dem Namen „Mein Südkärnten – Moja Južna Koroška“ antreten wollen, ist der Seebodener Unternehmer Markus Unterdorfer-Morgenstern.
14. Vizekanzler und Sportminister Heinz-Christian Strache (FPÖ) ist zu Gast beim Ski-Weltcup in Bad Kleinkirchheim.
15. Die ÖVP startet den Landtagswahlkampf mit dem ersten von acht vorgesehenen „Regionalen Zukunftsgesprächen“ in Latschach, Bezirk Villach.
16. Landesrat Rolf Holub (Grüne) zieht in der Sitzung der Landesregierung auf Grund von Einwänden der ÖVP seinen Antrag auf Ausweitung der Natura-2000-Flächen zurück.
17. In der Top-Team-Affäre laufen nur mehr Ermittlungen gegen Landeshauptmann Peter Kaiser (SPÖ).
18. Wahlkampfauftakt der FPÖ mit Vizekanzler Heinz-Christian Strache und Verteidigungsminister Mario Kunasek in Pörtschach.
19. Der Bürgermeister von Moosburg und Landtagsabgeordnete Herbert Gaggl (ÖVP) kritisiert die steigende finanzielle Belastung der Gemeinden durch das Land auf Grund der vorgeschriebenen Beiträge für Gesundheit, Soziales und Verwaltung.

20. Der 23-jährige Klagenfurter Student Julian Geier wird beim Landestag der Jungen ÖVP in St. Georgen am Längsee mit 97,8 Prozent zum neuen Landesobmann gewählt.
21. Auf Grund einer neuen Gesetzesauslegung zieht die Staatsanwaltschaft die Anklage gegen Ex-Landeshauptmann Gerhard Dörfler in der Causa „Auftrag zur manipulierten Rechnungslegung“ zurück.
22. Über 1.300 Besucher beim Neujahrsempfang der Landesregierung in Velden. Als Gastgeber treten nur die Regierungsmitglieder der Koalition auf.
23. Da die Heta-Verwertung weit mehr als die erwarteten sieben Milliarden Euro gebracht hat, wirft FPÖ-Klubobmann Christian Leyroutz Landeshauptmann Peter Kaiser und der Finanzreferentin LH-Stellvertreterin Gaby Schaunig (beide SPÖ) vor, in Verhandlungen mit dem Bund eine Besserungsklausel versäumt zu haben.
24. Wahlkampfauftakt der SPÖ im Kongresszentrum Villach. Zu Gast ist Ex-Bundeskanzler Christian Kern.
25. Die 43 Bürgermeister der ÖVP kritisieren in einem offenen Brief, dass der Rektor der Universität, Oliver Vitouch, „Leistungen der Menschen in den Tälern und Regionen als nicht zukunftsträchtig verunglimpft“.
26. Der KPÖ fehlen zehn Unterstützungserklärungen für eine Kandidatur im Wahlkreis Kärnten-West.
27. Die Islamische Religionsgemeinschaft Kärnten mit Imam Hasudin Atanovic lädt in Klagenfurt zum „Tag der Begegnung“ ein.
28. Zehn Parteien (SPÖ, FPÖ, ÖVP, Grüne, Team Kärnten, BZÖ, Neos, Fair, ERDE und KPÖ) treten bei der Landtagswahl am 4. März an.
29. Die Liste Fair startet den Intensivwahlkampf für die Landtagswahl.
30. Wahlkampfauftakt der Neos mit Bundesobmann Matthias Strolz und Irmgard Griss.
31. Die Landesregierung beschließt einen Antrag für die Akademisierung des Landeskonservatoriums. Landesrat Gerhard Köfer (Team Kärnten) stimmt dagegen.

Februar 2018

1. 70. und letzte Sitzung des Landtags in der laufenden Funktionsperiode.
2. Landeshauptmann Peter Kaiser (SPÖ) und Landesrat Christian Benger (ÖVP) zeichnen in Griffen Peter Handke mit dem Landesorden in Gold aus.

3. Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka (ÖVP) ist in Velden Ehrengast beim „Tag der Einsatzkräfte“.
4. FPÖ-Klubobmann Christian Leyroutz fordert die Gesundheitsreferentin LH-Stellvertreterin Beate Prettner (SPÖ) auf, für einen ärztlichen Notdienst im Bezirk Völkermarkt Sorge zu tragen.
5. Kärnten-Besuch der neuen Gesundheitsministerin Beate Hartinger-Klein (FPÖ).

   Antrittsbesuch des südafrikanischen Botschafters Tebogo Seokolo in Kärnten.
6. Landesrat Christian Benger (ÖVP) und Wirtschaftskammerpräsident Jürgen Mandl stellen im Rahmen des „Aktionstages für Sicherheit im Internet“ eine Förderungsaktion für Kärntner Unternehmen vor.
7. Kärnten-Tag von Innenminister Herbert Kickl (FPÖ).
8. Bundesrätin Ana Blatnik (SPÖ) spricht im Bundesrat zum Thema „Null Toleranz bei Gewalt gegen Frauen“.
9. Der slowenische Infrastrukturminister Peter Gašperšič bespricht in Klagenfurt mit Mitgliedern der Landesregierung grenzüberschreitende Projekte.

   Verteidigungsminister Mario Kunasek (FPÖ) besucht Kärnten.
10. Landesrat Christian Benger (ÖVP) zeichnet im Spiegelsaal der Landesregierung 32 Funktionäre von Kulturvereinen als „Botschafter der Volkskultur“ aus.
12. Die Geschäftsführerin der überparteilichen Plattform „Initiative für Kärnten“ Margit Heissenberger beteiligt sich namens dieser Initiative an der Präsentation des dritten Teiles des SPÖ-Wahlprogramms.
13. In der Sitzung der Landesregierung gibt es zu 25 von 27 Tagesordnungspunkten Einstimmigkeit. FPÖ und Team Kärnten verweigern die Zustimmung zum Bericht über Aufnahmen in den Landesdienst. Landesrat Gernot Darmann (FPÖ) stimmt gegen den von Landesrat Rolf Holub (Grüne) vorgelegten Zwischenbericht zum Energiemasterplan.
14. Beim „Politischen Aschermittwoch“ in der Klagenfurter Messehalle treten Bundeskanzler Sebastian Kurz, die Minister Juliane Bogner-Strauß, Elisabeth Köstinger und Josef Moser sowie die niederösterreichische Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner auf.
15. Justizminister Josef Moser (ÖVP) verspricht einen Neubau der Klagenfurter Justizanstalt.

16. Landesrat Rolf Holub (Grüne) wirft der SPÖ vor, sich bei der angestrebten „Wasser-Charta“ mit einem Projekt seiner Partei zu schmücken.
17. Kärntens Gemeinden weisen im Vergleich mit den anderen Bundesländern den geringsten Schuldenstand auf.
18. Die „Häuselbauermesse“ in Klagenfurt zieht über 30.000 Besucher an.
19. Die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft gibt bekannt, dass es zu einer Einstellung des Verfahrens gegen Landeshauptmann Peter Kaiser (SPÖ) in der Causa Top-Team gekommen sei.
20. Landesrat Gernot Darmann (FPÖ) verlangt in einem Gespräch mit der Kronenzeitung eine Volksabstimmung über das Raucher-Thema.
21. Für ÖVP-Klubobmann Ferdinand Hueter ist der Ausbau des Schigebiets am Mölltaler Gletscher ein Schwerpunkt für eine zukünftige Koalition.
22. Eine OGM-Umfrage im Auftrag der Kleinen Zeitung ergibt folgende Prognose für den Ausgang der Landtagswahl: SPÖ 44 Prozent, FPÖ 24 Prozent, ÖVP 18 Prozent, Grüne 2–3 Prozent, Team Kärnten 5 Prozent und Neos 4–5 Prozent.
23. Finanzminister Hartwig Löger (ÖVP) sieht laut Bericht in der Kleinen Zeitung keine Grundlage für eine Senkung des Kärntner Heta-Beitrages.

    Verteidigungsminister Mario Kunasek (FPÖ) nimmt an der Angelobungsfeier in Greifenburg teil.
24. Doppelolympiasieger Matthias Mayer wird in Afritz mit dem Landesorden in Gold geehrt.
25. Diskussion der Spitzenkandidaten zur Landtagswahl im ORF.
26. Verkehrsminister Norbert Hofer (FPÖ) spricht sich gegen ein Tempo 100 auf der Wörthersee-Autobahn aus.
27. Trauer um den im 43. Lebensjahr verstorbenen früheren ÖVP-Landesrat Achill Rumpold.
28. LH-Stellvertreterin Beate Prettner (SPÖ) und Behindertenanwältin Isabella Scheiflinger präsentieren die Broschüre über die Hilfe für Behinderte.

März 2018

1. Unterschiedliche Beurteilung der Situation am Arbeitsmarkt: Landeshauptmann Peter Kaiser (SPÖ) hebt den Rückgang der Arbeitslosenzahlen hervor und spricht von einem „Aufwind“. Landesrat

Gernot Darmann (FPÖ) verweist auf den Umstand, dass Kärnten mit 31.700 Arbeitslosen nach Wien die höchste Quote unter den Bundesländern habe.

2. Die frühere Bundessprecherin der Grünen Eva Glawischnig heuert beim Glücksspielkonzern Novomatic an und tritt aus ihrer Partei aus.
3. Wahlkampffinale der FPÖ am Alten Platz in Klagenfurt mit Vizekanzler Heinz-Christian Strache. An der Schlusskundgebung der SPÖ in St. Veit an der Glan nimmt auch Ex-Kanzler und Bundesparteiobmann Christian Kern teil
4. Die Wahlbeteiligung bei der Landtagswahl beträgt 68,63 Prozent, gegenüber 75,15 Prozent vor fünf Jahren. Das vorläufige Ergebnis einschließlich der Briefwahlprognose: SPÖ: 47,68 Prozent, FPÖ 23,38 Prozent, ÖVP: 15,35 Prozent, Team Kärnten: 5,80 Prozent. Nur diese vier Parteien schaffen den Einzug in den Landtag.
5. Endergebnis der Landtagswahl nach Auszählung der Briefwahlstimmen: Abgegebene Stimmen: 297.921, ungültig: 3829, gültig: 294.092. SPÖ: 140.994 Stimmen bzw. 47,94 Prozent (+ 10,82 %), FPÖ: 67.538 bzw. 22,96 Prozent (+ 6,12 %), ÖVP: 45.438 bzw. 15,45 Prozent (+ 1,05 %), Team Kärnten: 16.667 bzw. 5,67 Prozent (– 5,51 %), Grüne: 9188 bzw. 3,12 Prozent (– 8,98 %), Neos: 6307 bzw. 2,14 Prozent, Fair: 622 bzw. 0,21 Prozent, BZÖ: 1075 bzw. 0,37 Prozent (– 6,03 %), ERDE: 5441 bzw. 1,85 Prozent, KPÖ: 822 bzw. 0,28 Prozent. Mandate: SPÖ 18 (+ 4), FPÖ 9 (+ 3), ÖVP 6 (+ 1), TK 3 (–1). Die ÖVP verliert ihr Bundesratsmandat an die SPÖ.
6. Wahlsieger Landeshauptmann Peter Kaiser kündigt Sondierungsgespräche mit FPÖ, ÖVP und Team Kärnten ab nächster Woche an. Dem Team der SPÖ werden dazu Gaby Schaunig, Beate Prettner, Andreas Scherwitzl, Günther Goach und Daniel Fellner angehören. Landesrat Gernot Darmann (FPÖ) bietet eine Koalition mit seiner Partei an.
7. Gesprächsrunde von Landeshauptmann Peter Kaiser (SPÖ) mit den im Landtag nicht vertretenen sechs Parteien. Diese sollen über Petitionen Themen einbringen können.
8. Jutta Brandhuber, die Geschäftsführerin der Gewerkschaft GPA, fordert aus Anlass des Weltfrauentags die Offenlegung von geschlechtsspezifischen Einkommensdifferenzen.
9. Auf Grund des Ergebnisses der Landtagswahl sinken im Jahr 2018 die Ausgaben für Parteien- und Klubförderung von 9,64 Millionen im Vorjahr auf 8,81 Millionen Euro.
10. Die FPÖ will keine öffentlichen Informationen zu den anstehenden Verhandlungen über eine Regierungsbildung in Kärnten liefern.

11. Für Landeshauptmann Peter Kaiser (SPÖ) ist fix, dass Reinhart Rohr 1. Landtagspräsident bleibt und dass Gaby Schaunig und Beate Prettner weiterhin dem Kollegium der Landesregierung angehören.
12. Das Sondierungsgespräch zwischen SPÖ und FPÖ dauert vier Stunden. Landeshauptmann Peter Kaiser (SPÖ) beurteilt es als „konstruktives Gespräch ohne große Differenzen".
13. Einstimmiger Beschluss der Landesregierung für den Rechnungsabschluss 2017. Landeshauptmann Peter Kaiser (SPÖ) wertet die Zustimmung von FPÖ und Team Kärnten als „Anerkennung der Arbeit der Koalition".
14. Knapp sechsstündiges Sondierungsgespräch zwischen SPÖ und ÖVP. Der Plan der ÖVP, 140 Millionen Euro pro Jahr bei den Spitälern einzusparen, ist vom Tisch.
15. Fast ebenso lang dauert das Sondierungsgespräch der SPÖ mit dem Team Kärnten. Landesrat Gerhard Köfer fühlte sich, „wie wenn man zurück nachhause kommt".
16. Landesfinale beim „Quiz Politische Bildung" im Villacher Rathaus. Mehr als 2000 Jugendliche aus 28 Bildungseinrichtungen haben am Wettbewerb teilgenommen.
17. Der Landesvorstand der SPÖ beschließt Koalitionsverhandlungen mit der ÖVP.
18. Laut LH-Stellvertreterin Beate Prettner (SPÖ) ist das Land Kärnten um „Attraktivierung und Sicherstellung des Notärztedienstes bemüht".
19. Die ÖVP nennt in einer Presseaussendung folgende Schwerpunkte für die neue Landesregierung: Investitionen in Straßen- und Dateninfrastruktur, Nahversorgung, Bürokratievereinfachung und Schuldenabbau.
20. Erste Verhandlungsrunde zwischen SPÖ und ÖVP.
21. FPÖ und Team Kärnten sprechen von einem „Postenschacher" der Kärntner ÖVP.
22. Siegfried Spanz, Vorstandsvorsitzender der FH Kärnten, begrüßt ein von Finanzminister Hartwig Stöger (ÖVP) bekannt gegebenes zusätzliches Budget für die Fachhochschulen.
23. Die Staatssekretärin im Innenministerium Karoline Edtstadler (ÖVP) absolviert ein umfangreiches Programm in Kärnten.
24. Zweite Verhandlungsrunde zwischen SPÖ und ÖVP. Über das Ergebnis wird Stillschweigen vereinbart.
25. Gerhard Köfer (Team Kärnten) kündigt laut Kronenzeitung an, dass er nach seinem Ausscheiden aus der Landesregierung nun das Bürgermeisteramt in Spittal an der Drau anstrebt.

26. SPÖ-Klubchef Herwig Seiser stellt die Frage in den Raum, ob sich Infrastrukturminister Norbert Hofer bei Projekten dafür revanchieren will, dass die Koalitionsverhandlungen in Kärnten ohne FPÖ stattfinden.

27. Mit 797 Förderfällen (+ 25 Prozent) zieht der KWF eine positive Bilanz für das Jahr 2017.

28. Landeshauptmann Peter Kaiser und Landesrat Christian Benger geben bekannt, dass sich SPÖ und ÖVP über eine Koalition geeinigt haben. Der ÖVP stehen demnach zwei Sitze in der künftigen Landesregierung zu.

29. Landesrat Gernot Darmann (FPÖ) kritisiert, dass die Chance, die Zahl der Regierungsmitglieder zu reduzieren, nicht genützt wurde. Der ÖVP gehe es nur um Postenbeschaffung.

30. Bundesrat Christian Poglitsch lehnt eine Nominierung als zweiter Landesrat der ÖVP ab, da er Bürgermeister von Finkenstein bleiben will.

31. Landesrat Gernot Darmann (FPÖ) sieht Handlungsbedarf bei der 24-Stunden-Pflege. Wie Burgenland soll auch Kärnten dafür einen zusätzlichen finanziellen Zuschuss vorsehen.

April 2018

1. Laut Landeshauptmann Peter Kaiser wird die SPÖ für ihre beiden zusätzlichen Regierungsmitglieder Kandidaten aus den Wahlkreisen Ost und West ernennen.

2. Gemäß Bericht des AMS ging die Zahl der Arbeitslosen im Monat März gegenüber dem Vorjahr um 8,1 Prozent zurück. Mit –13,7 Prozent fiel der Rückgang im Bezirk Spittal an der Drau am deutlichsten aus.

3. ÖVP-Klubobmann Ferdinand Hueter tritt als Bürgermeister von Berg im Drautal zurück.

4. Das vom Landespressedienst angekündigte „Doppelinterview mit den Chefs der designierten Kärnten-Koalition“ entfällt, weil Christian Benger völlig überraschend als Landesrat und ÖVP-Landesobmann zurücktritt. Landeshauptmann Peter Kaiser (SPÖ) erklärt, dass er sich damit an das Ergebnis der Koalitionsverhandlungen nicht mehr gebunden fühle. Der Landesvorstand der ÖVP wählt am Abend den 34jährigen Bürgermeister von Kappel am Krappfeld, Martin Gruber, zum geschäftsführenden Parteiobmann.

5. Die ÖVP akzeptiert die von der SPÖ verlangten zusätzlichen Auflagen für eine Koalition. Sie erklärt sich vor allem zu einer Änderung der Landesverfassung bereit, mit der auch Mehrheitsbeschlüsse in der Landesregierung möglich werden.

6. Landesrat Gernot Darman (FPÖ) kritisiert in einer Aussendung die Einigung zwischen SPÖ und ÖVP: „Rot-Schwarze Chaos- und Misstrauenskoalition missbraucht die Kärntner Landesverfassung".

7. Die Delegierten der „Kärntenkonferenz" der SPÖ im Klagenfurter Lakeside Park genehmigen einstimmig den Koalitionspakt mit der ÖVP.

8. Der frühere Landesrat der ÖVP Georg Wurmitzer wird anlässlich seines 75. Geburtstages mit dem Kärntner Landesorden in Silber geehrt.

9. Die neuen Mitglieder der Landesregierung stehen fest: Die SPÖ nominiert dafür ihren Landesgeschäftsführer und Vizebürgermeister von St. Andrä, Daniel Fellner, sowie die Bezirksgeschäftsführerin von Spittal an der Drau, Sara Schaar. Für die ÖVP zieht neben Martin Gruber der Klagenfurter Jurist Ulrich Zafoschnig in die Landesregierung ein. Neuer ÖVP-Klubobmann im Landtag wird der Klagenfurter Wirtschaftsbunddirektor Markus Malle.

10. Im Landtag wird der SPÖ-Bürgermeister von Sittersdorf, Jakob Strauß, nach dem Ausscheiden von Rudolf Schober neuer zweiter Präsident. Die Amtsträger für den ersten und für den dritten Landtagspräsidenten bleiben mit Reinhart Rohr (SPÖ) und Josef Lobnig (FPÖ) gleich.

11. Richter und Staatsanwälte protestieren im Klagenfurter Schwurgerichtssaal gegen Personalabbau.

12. Konstituierende Sitzung des Kärntner Landtages. Die neue Landesregierung wird mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP gewählt. Es gibt zehn Gegenstimmen und zwei Enthaltungen.

13. FPÖ-Obmann Gernot Darmann zur Einladung von Landeshauptmann Peter Kaiser (SPÖ), Kärntner Bemühungen gegenüber der Bundesregierung zu unterstützen: „Solange die SPÖ Schlagzeilen gegen die Bundesregierung produziert, wird das wohl kaum möglich sein."

14. Laut Presseaussendung des Team Kärnten werde Landesrat Ulrich Zafoschnig von vielen ÖVP-Mandataren „als Kuckucksei gesehen, das von roter Seite in das Nest der Volkspartei gelegt wurde".

15. Tourismuslandesrat Ulrich Zafoschnig (ÖVP) spricht sich bei der Eröffnung der Jubiläums-GAST in Klagenfurt für eine Stärkung der touristischen Infrastruktur aus.

16. Bundespräsident Alexander Van der Bellen gelobt in Wien Peter Kaiser als Landeshauptmann an: Kaiser habe „Kärnten wieder in ein ruhiges Gewässer geführt“.
17. Mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP wird im Rechts- und Verfassungsausschuss des Landtags die Aufhebung des Einstimmigkeitsprinzips für die Landesregierung beschlossen.
18. Die Ausschreibung von Universitätsrektor Oliver Vitouch für einen neuen Text der 4. Strophe des Kärntner Heimatliedes stößt bei Landeshauptmann Peter Kaiser (SPÖ) auf wenig Gegenliebe. Scharfe Ablehnung kommt von FPÖ, ÖVP, Team Kärnten und vom Kärntner Abwehrkämpferbund.
19. Der Oberste Gerichtshof bestätigt in der Causa BZÖ-Wahlbroschüre die Schuldsprüche gegen Ex-Landeshauptmann Gerhard Dörfler und seinen früheren Stellvertreter Uwe Scheuch.
20. Laut FPÖ-Obmann Gernot Darmann sind die neuen von Heta-Chef Alexander Tscherteu präsentierten positiven Erlöszahlen „ein Stich ins finanzpolitische Herz Kärntens“.
21. Aus Anlass der 40-Jahr-Feier des zweisprachigen Kindergartens Naš otrok/Unser Kind stellt Landeshauptmann Peter Kaiser (SPÖ) eine Indexierung des Fonds für zweisprachige Kindergärten in Aussicht.
22. Beginn der Gedenkwoche „500 Jahre Klagenfurt“ im Rahmen einer kirchlichen Feier mit Bischof Alois Schwarz und Superintendent Manfred Sauer.
23. Entscheidung zur Teilprivatisierung des Klagenfurter Flughafens. Der Aufsichtsrat der Kärntner Beteiligungsgesellschaft gibt einstimmig der Bewerbung der Lilihill-Gruppe des Investors Franz Orasch und nicht dem Angebot von Hans-Peter Haselsteiner den Zuschlag.
24. In der ersten Sitzung der neuen Landesregierung wird die Fortschreibung des Budgetprovisoriums beschlossen.

    Verjüngung in den Führungsgremien der Kärntner ÖVP. Die 36jährige Kommunikationswissenschaftlerin Julia Schaar wird neue Landesgeschäftsführerin, der 31jährige Jurist Sebastian Schuschnig neuer Landesparteisekretär. Josef Anichhofer wechselt als Direktor in den ÖVP-Landtagsklub.

    Festakt zum 500-Jahr-Jubiläum der Schenkung von Klagenfurt an die Landstände im Wappensaal des Landhauses. Die Bundesregierung ist durch Ministerin Elisabeth Köstinger (ÖVP) vertreten.
25. FPÖ-Obmann Gernot Darmann kritisiert, dass der Festakt „500 Jahre-Klagenfurt“ vom Autor Josef Winkler „zu respektlosen und primitiven

Ergüssen missbraucht werden durfte“. Für diese „gezielte Provokation“ seien Landeshauptmann Peter Kaiser und Bürgermeisterin Maria-Luise Mathiaschitz (beide SPÖ) verantwortlich.

26. Moody’s hebt Kärntens Rating um drei Stufen auf „Aa3 mit einem positiven Ausblick“.
27. Der gebürtige Wolfsberger Werner Wutscher wird zum Vorsitzenden des Universitätsrats der Universität Klagenfurt gewählt.
28. Die Landesversammlung der Grünen wählt den Krumpendorfer Gemeinderat und Ex-Nationalrat Matthias Köchl zum neuen Landessprecher. Köchl setzt sich mit 70,8 Prozent der Delegiertenstimmen gegen seine Mitbewerber Ernest Schmid (Treffen) und Markus Sauregger (Dellach/Gail) durch.
29. FPÖ-Obmann Gernot Darmann meint in einer Presseaussendung, dass die „Bürokratie der SPÖ-geführten Landesregierung ausgeufert ist und noch weiter ausufern wird“.
30. Der 39jährige Villacher Gemeinderat Andreas Sucher wird neuer Landesgeschäftsführer der SPÖ.

Mai 2018

1. Die Kritik an der Bundesregierung steht im Mittelpunkt der Ansprachen bei der traditionellen 1.-Mai-Feier der SPÖ in Völkermarkt.
2. Die Gemeinde Lavamünd zieht ihre Zivilklage gegen den Verbund zurück. Der Kraftwerksbetreiber beteiligt sich mit 1,9 Millionen Euro an den Baukosten des Hochwasserschutzes.
3. Der für das Feuerwehrwesen zuständige Landesrat Daniel Fellner (SPÖ) gibt eine Bestandsgarantie für alle Feuerwehren.
4. Landeshauptmann Peter Kaiser (SPÖ) nimmt in Wien an einem Arbeitsgespräch der Landeskulturreferenten bei Minister Gernot Blüml (ÖVP) teil.
5. Im Landesstudio Kärnten wird das 30-Jahr-Jubiläum der TV-Sendung „Kärnten heute“ begangen.
6. Anke Bosse, die Leiterin des Musil-Instituts Klagenfurt, sagt, dass es beim Vorlass Josef Winkler keine urheberrechtlichen Probleme mit dem Verlag Suhrkamp gibt, wie dies in einer Presseaussendung der FPÖ vermutet wurde.
7. Das Team Kärnten führt eine Internet-Seite zur „Meldung von Skandalen“ ein.

8. FPÖ-Klubobmann Gernot Darmann wirft dem Pressesprecher des Landesgerichts, Christian Liebhauser, vor, die Diversion von Landeshauptmann Peter Kaiser (SPÖ) gegenüber der Kleinen Zeitung zu verharmlosen.
9. Der Kärntner Landtag beschließt mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP die Änderung der Landesverfassung, wonach die Einstimmigkeit für Beschlüsse der Landesregierung fallen gelassen wird. Von FPÖ und Team Kärnten gibt es dazu Spott für die Volkspartei.
10. FPÖ-Klubobmann Gernot Darmann wertet die Zustimmung der ÖVP für einen freiheitlichen Dringlichkeitsantrag zum Tourismus am Mölltaler Gletscher als Beweis, dass die „Brüchigkeit der Kärntner SPÖ-ÖVP-Koalition unübersehbar" sei.
11. FPÖ-Landtagsabgeordneter Christoph Staudacher fordert die SPÖ auf, die „Blockade gegen den Tourismusausbau am Mölltaler Gletscher" aufzugeben, und hofft auf die Unterstützung der aus Spittal stammenden Landesrätin Sara Schaar (SPÖ).
12. Das bereits im Vorfeld heftig attackierte jährliche Gedenken am Loibacher Feld an die kroatischen Nachkriegsopfer des Massakers der Titopartisanen wird diesmal von über 300 Sicherheitsorganen überwacht. Es gibt sieben Verhaftungen wegen nationalsozialistischer Wiederbetätigung. Unter den 11.000 Teilnehmern aus Kroatien sind auch die beiden Minister Goran Marić und Tomo Medved dabei.
13. In der STRABAG-Zentrale in Wien findet zum zweiten Mal ein Kärntner „Kulinarisches und kulturelles Netzwerktreffen" statt.
14. Der Präsident der Industriellenvereinigung in Kärnten, Christoph Kulterer, will sich für diese Funktion nicht mehr bewerben.
15. Diskussion über die Kürzungspläne der Bundesregierung bei Überbetrieblichen Ausbildungsstätten (ÜB). Landeshauptmann Peter Kaiser und LH-Stellvertreterin Gaby Schaunig (beide SPÖ) lehnen das Vorhaben entschieden ab. FPÖ-Klubobmann Gernot Darmann hält dies für eine „typische Panikmache der SPÖ".
16. Der Rat der Kärntner Slowenen will bei den zweisprachigen Ortstafeln „die im Ortstafelsturm 1972 hinweggefegte Zahl von 205 Ortschaften wieder erreichen".
17. Diözesanbischof Alois Schwarz verlässt Kärnten und wird neuer Bischof in Niederösterreich.
18. Im Beisein von Bundeskanzler Sebastian Kurz, Wirtschaftsministerin Margarethe Schramböck (beide ÖVP) und Infrastrukturminister Norbert Hofer (FPÖ) verkündet Infineon-Vorstandsvorsitzende Sabine

Herlitschka in Wien die Entscheidung, am Standort Villach um 1,6 Milliarden Euro eine neue Chipfabrik zu errichten.

Landeshauptmann Peter Kaiser (SPÖ) nimmt an der Landeshauptleutekonferenz in Wien teil, bei der mit der Bundesregierung eine Einigung beim Pflegeregress erzielt wird.

19. Der wieder gewählte Obmann des Teams Kärnten, Gerhard Köfer, nennt laut Kronenzeitung als nächstes Ziel die Kandidatur seiner Partei bei den Gemeinderatswahlen 2021 in den Städten Klagenfurt, Villach und Spittal.

20. Die Landwirtschaftskammer fordert in einer Petition an die Landesregierung wolfsfreie Zonen zum Schutz der Weide- und Almwirtschaft.

22. Wichtigster Tagesordnungspunkt in der Sitzung der Landesregierung ist der Rechnungsabschluss 2017.

23. FPÖ-Klubobmann Gernot Darmann kritisiert die Verzögerung bei der Teilprivatisierung des Klagenfurter Flughafens. Es könne nicht sein, dass ein Investor „von der Kärntner Politik an der Nase herum geführt wird“.

24. Weil den Oppositionsparteien zu wenig Einsicht in die Gesetzesvorlagen der Regierungsmitglieder gewährt wird, findet über Antrag der FPÖ eine Sondersitzung des Landtages statt. SPÖ und ÖVP versprechen „notwendige Nachschärfung“ bei den Kontrollrechten.

Kärnten-Besuch der Staatssekretärin im Innenministerium, Karoline Edtstadler (ÖVP).

25. Das Team Kärnten fordert von der Landesregierung und vom Investor Franz Orasch Aufklärung über den Verkauf der Anteile am Flughafen Klagenfurt.

26. In Bad Bleiberg werden 450 Rekrutinnen und Rekruten des Bundesheers angelobt.

27. Landtagsabgeordneter Christoph Staudacher (FPÖ) verlangt ein Konzept für den öffentlichen Nahverkehr.

28. Der Konsumentenschutz der Arbeiterkammer hat im Vorjahr 34.505 Beratungen durchgeführt und 321.850 Euro erkämpft.

29. FPÖ-Obmann Gernot Darmann wertet die Kritik von Landeshauptmann Peter Kaiser (SPÖ) an der Reform der Mindestsicherung als „SPÖ-Gräuelpropaganda“.

30. Jugendministerin Juliane Bogner-Strauß (ÖVP) nimmt in Wien die Siegerehrung beim 66. Bundes-Jugendredewettbewerb vor, der heuer vom Land Kärnten und dem Bundeskanzleramt durchgeführt wurde.

31. Die mit Zustimmung der Bundesregierung beschlossene neue Geschäftseinteilung des Amtes der Kärntner Landesregierung sieht statt den bisherigen zehn Kompetenzzentren 14 Abteilungen vor.

Juni 2018

1. Landtagsabgeordneter Gerhard Köfer (Team Kärnten) kritisiert, dass im Rahmen des österreichischen EU-Vorsitzes keine einzige Veranstaltung in Kärnten vorgesehen ist.
2. Patientenanwältin Angelika Schiwek legt die Bilanz der Patientenanwaltschaft für 2017 vor. In den letzten Jahren seien die „Fehler-Zahlen" sukzessiv zurückgegangen.
3. 90-Jahre-Jubiläum der „Kärntner Milch". Agrarlandesrat Martin Gruber (ÖVP) gratuliert namens des Landes Kärnten.
4. Landwirtschaftsministerin Elisabeth Köstinger (ÖVP) spricht sich gegen die Budgetvorschläge der EU-Kommission für den Agrarbereich aus und kündigt Gegenwind im Rahmen der österreichischen Ratspräsidentschaft an.
5. Die Vollversammlung der Kärntner Arbeiterkammer beschließt mit einer gemeinsamen Resolution das Forderungspaket „Memorandum der AK Kärnten an die Kärntner Landesregierung".
6. Budgetrede der Finanzreferentin LH-Stellvertreterin Gaby Schaunig (SPÖ) im Landtag.
7. Wechselseitige Schuldzuweisungen von SPÖ und FPÖ zum Fehlen des Digitalfunks für Einsatzorganisationen in Kärnten.
8. Von der Aktion der Bundesregierung gegen den politischen Islam ist auch Kärnten betroffen. Vier Prediger in türkischen Gebetsräumen in Klagenfurt, Villach, Wolfsberg und Spittal werden ausgewiesen. In Klagenfurt soll ein Gebetshaus geschlossen werden.
9. Der Vizepräsident der Islamischen Glaubensgemeinschaft Esad Memic kritisiert die Ausweisung der vier türkischen Imane.
10. Japans Botschafter in Wien, Kiyoshi Koinuma, besucht das Lesachtal.

    Über Einladung von Nationalratsabgeordnetem Maximilian Linder hält der Bundesvorstand der „Initiative Freiheitliche Frauen" unter der Leitung der Bundesobfrau NR-Abgeordnete Carmen Schimanek eine Klausur in Afritz ab.
11. Der türkischstämmige Ex-Grüne und nunmehr ÖVP-Nationalratsabgeordnete Efgani Dönmez referiert in Villach zu den Themen Migration, Asyl und Integration.

12. Laut Vorstandsbeschluss der Fraktion Sozialdemokratischer Gewerkschafter wird AK-Präsident Günther Goach bei der Arbeiterkammerwahl 2019 wiederum Spitzenkandidat der FSG sein.
13. Heftige Kritik von FPÖ und Team Kärnten an der „Zwei-Monate-Regierungsbilanz“ von Landeshauptmann Peter Kaiser (SPÖ). Landesrat Martin Gruber (ÖVP) wertet hingegen Kaisers Auftritt als „Pressekonferenz des SP-Parteivorsitzenden zur Arbeit der SPÖ in der Landesregierung“.
14. Der 49jährige Kärntner Matthias Geist wird zum Wiener Superintendenten der Evangelischen Kirche gewählt.
15. Esad Memic, Vizepräsident der Islamischen Glaubensgemeinschaft Österreich (IGGÖ) und Chef der IGGÖ Kärnten, will nun auch die Schließung der Moschee im Klagenfurter Stadtteil St. Ruprecht verhindern.
16. Landeshauptmann Peter Kaiser (SPÖ) protestiert gemeinsam mit SPÖ-Bundesparteiobmann Christian Kern gegen die Pläne zur Änderung des Arbeitszeitgesetzes. Die Bundesregierung riskiere das „Auseinanderdividieren der Gesellschaft“.

    ÖVP-Klubobmann Markus Malle fordert flexible Arbeitszeitmodelle auch für Landesbedienstete.
18. Wirtschaftskammerpräsident Jürgen Mandl begrüßt die von Wirtschaftslandesrat Ulrich Zafoschnig (ÖVP) angekündigte „Wirtschaftsombudsstelle“ als „Meilenstein im Kampf gegen die Bürokratie“.
19. Der Landesregierung wird das Projekt Lithium-Abbau auf der Kärntner Seite der Weinebene präsentiert.
20. FPÖ-Klubobmann Gernot Darmann kritisiert die Personalpolitik der Gesundheitsreferentin LH-Stellvertreterin Beate Prettner als „SPÖ-Postenschacher“.
21. Tagung der Euroregion „Senza Confini“ in Triest. Landeshauptmann Peter Kaiser übernimmt ab 1. Juli für Kärnten den Vorsitz.
22. Abschluss der zweitägigen Budgetdebatte im Landtag. Das Budget wird mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP beschlossen. Die FPÖ lehnt das Budget ab, das Team Kärnten stimmt einzelnen Haushaltsgruppen zu.
23. Ein in Klagenfurt nach dem Zufallsprinzip ermittelter „Bürgerrat“ spricht sich beim geplanten Hallenbad für einen Standort in der Nähe des Wörthersees aus.
24. Bürgermeister-Nachwahlen in zwei Gemeinden. In Berg im Drautal setzt sich Wolfgang Krenn (ÖVP) bereits im ersten Durchgang mit

63,64 Prozent gegen seine Mitbewerber Gerhard Mentil (Liste Berger für Berg) und Peter Hassler (SPÖ) durch, die auf Anteile von 19,79 bzw. 16,58 Prozent kommen.

In Kappel am Krappfeld kommt es zu einer Stichwahl zwischen Josef Klausner (SPÖ, 48,75 Prozent) und Gabriele Moser (ÖVP, 44,71 Prozent). FPÖ-Kandidat Heinrich Rattenberger verzeichnet einen Anteil von 6,84 Prozent.

25. Landeshauptmann Peter Kaiser (SPÖ) nimmt als Mitglied des EU-Ausschusses der Regionen (AdR) in Logrono (Spanien) an der Sitzung der europäischen Fachkommission SEDEC teil.
26. Kärnten lag 2017 mit einem Zuwachs der Bruttowertschöpfung von 4,2 Prozent an der Spitze der österreichischen Bundesländer.
27. Valentin Inzko, Hoher Repräsentant für Bosnien und Herzegowina in Sarajewo, wird in seiner Funktion als Obmann des Rates der Kärntner Slowenen bestätigt.
28. SPÖ und ÖVP machen Gesundheitsministerin Beate Hartinger-Klein (FPÖ) für die Verzögerung des gemeinsamen Projekts von Klinikum und UKH Klagenfurt verantwortlich.
29. Das Kollegium der Volksanwaltschaft bestellt die Wiener Universitätsprofessorin Gabriele Fischer zur Leiterin der regionalen Kommission für Menschenrechte in den Bundesländern Kärnten und Steiermark.
30. Bei der Mitgliederversammlung der Neos wird der Seebodener Unternehmer Markus Unterdorfer-Morgenstern zum neuen Landessprecher gewählt.

Juli 2018

1. FPÖ-Landesparteiobmann Gernot Darmann bezeichnet die Position von Landeshauptmann Peter Kaiser (SPÖ) zur Arbeitszeitreform als „rote Heuchelei“. Mitarbeiter in Gemeinden und im Landesdienst müssten bis 13 Stunden arbeiten.
2. Generalvikar Engelbert Guggenberger wird zum Administrator der Diözese Gurk gewählt.
3. Nach der Sitzung der Landesregierung berichten LH-Stellvertreterin Beate Prettner (SPÖ) und Landesrat Martin Gruber (ÖVP) über beschlossene Maßnahmen zur Pflegenahversorgung und für bedarfsgerechte Pflegeeinrichtungen in Möllbrücke und Wolfsberg.
4. Bei der Wahl zur Landesschulvertretung erreicht die Schülerunion alle Mandate. Die drei neuen Landesschulsprecher sind Alexander

Sondergaard (AHS, Peraugymnasium Villach), Julia Gruber (BHS, WIMO Klagenfurt) und Nadine Schritliser (BS, Berufsschule Wolfsberg).

5. Klubobmann Gernot Darmann (FPÖ) fordert Landeshauptmann Peter Kaiser (SPÖ) auf, Ex-Landesrat Rolf Holub aus den Aufsichtsräten der Kelag und der Kärntner Energieholding Beteiligungsgesellschaft GmbH abzuziehen.

6. Bei einer Sondersitzung des Landtags stimmen alle Parteien einem Dringlichkeitsantrag der SPÖ zu, wonach die Landesregierung aufgefordert wird, Verhandlungen mit der Gesundheitsministerin zur raschen Unterzeichnung des Projekts Zusammenlegung von Klinikum und Unfallkrankenhaus aufzunehmen.

7. Technologiereferentin LH-Stellvertreterin Gaby Schaunig (SPÖ) berichtet, dass die Förderprogramme des Infrastrukturministeriums zum Breitbandausbau in Kärnten in überdurchschnittlich hohem Ausmaß abgerufen werden.

8. Bei der Bürgermeister-Nachwahl in Kappel am Krappfeld setzt sich in der Stichwahl Josef Klausner (SPÖ) durch. Auf ihn entfallen 699 Stimmen (54,19 Prozent). Die amtierende Vizebürgermeisterin Edith Moser (ÖVP) kommt auf 591 Stimmen (45,81 Prozent).

9. FPÖ-Chef Klubobmann Gernot Darmann kritisiert Presseaussendungen, die Landeshauptmann Peter Kaiser in der Funktion als stellvertretender SPÖ-Bundesparteivorsitzender veranlasst hat. Kaiser spiele SPÖ-Zentralsekretär und betrachte das Amt des Landeshauptmannes als „lästige Nebenbeschäftigung“.

10. In der Sitzung des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger scheitert ein Beschluss zum Ankauf der Liegenschaft für das geplante Traumazentrum am Veto des Gesundheitsministeriums.

11. Der Kärntner Heimatdienst verlangt in einer Presseaussendung von EU und UNO eine „weltweite Billionenhilfe für Afrika“ statt Masseneinwanderung nach Europa.

12. Die von der FPÖ beantragte aktuelle Stunde im Landtag widmet sich der Arbeitsmarkt- und Standortpolitik.

13. Landtagsabgeordnete Claudia Arpa, Familiensprecherin der SPÖ, bezeichnet das ab Herbst vorgesehene Kärntner Fördermodell für die Kinderbetreuung als vorbildlich.

14. Die Grünen eröffnen ihr neues Parteibüro in der Klagenfurter Bahnhofstraße.

15. Auf die Forderung von Landtagsabgeordnetem Harald Trettenbrein (FPÖ) nach einem runden Tisch zum Lithium-Abbau im Lavanttal kontert Landesrat Daniel Fellner (SPÖ), dass es dieses Gespräch mit den betroffenen Bürgermeistern bereits gegeben hat.
16. SPÖ-Landesgeschäftsführer Andreas Sucher warnt vor „dramatischen Auswirkungen“ der von Gesundheitsministerin Beate Hartinger-Klein (FPÖ) verordneten Ausgabenbremse.
17. Bei der Sitzung der Untersuchungskommission zum Krankenhaus Nord in Wien beantragt die Wiener ÖVP, den Kärntner Landeshauptmann als Zeugen zu laden. Man hätte gerne gewusst, wie Peter Kaiser es geschafft hat, dass das Landeskrankenhaus Klagenfurt nur weniger als ein Viertel der Bausumme des KH Nord gekostet hat. Der damals zuständige Gesundheitsreferent solle aufzeigen, was die politisch Verantwortlichen in Kärnten besser als in Wien machen.
18. Der 38jährige Universitätsprofessor Robert Klinglmair wird zum Bildungsdirektor von Kärnten ernannt.
19. Landeshauptmann Peter Kaiser (SPÖ) und ÖVP-Klubobmann Markus Malle zeigen sich nach einem Gespräch mit dem Vorsitzenden des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger Österreichs, Alexander Biach, erfreut, dass Kärnten von der Leistungsharmonisierung der Gebietskrankenkassen besonders profitieren wird.
20. Landeshauptmann Peter Kaiser (SPÖ) und Landesrat Martin Gruber (ÖVP) legen Bilanz über „100 Tage Landesregierung“.
21. FPÖ-Obmann Gernot Darmann vergleicht die Politik der Landesregierung mit dem Kurs des „gescheiterten SPÖ-Kanzlers Kern: 95 Prozent sind Inszenierung“.
22. Die Kärntner SPÖ startet eine Info-Offensive über die Reduzierung des Elternbeitrages ab dem neuen Kindergartenjahr im September.
23. ARBÖ-Geschäftsführer Thomas Jank übt Kritik am Tempo 100 auf der Südautobahn zwischen Griffen und St. Andrä. Verkehrsreferent Landesrat Ulrich Zafoschnig (ÖVP) will mit der Asfinag reden.
24. Gesundheitsministerin Beate Hartinger-Klein (FPÖ) stimmt nun anlässlich ihres Antrittsbesuchs in Kärnten dem gemeinsamen Projekt von Klinikum und Unfallkrankenhaus zu.
25. ÖVP-Obmann Landesrat Martin Gruber erklärt in einem Interview in der Kronenzeitung, dass es keine Irritationen mit Oberkärntner ÖVP-Bürgermeistern mehr gibt.
26. Im Strafprozess gegen Mitarbeiter der Stadt Villach wegen der Verfehlungen bei der Auszählung zur Bundespräsidenten-Stichwahl wird auch Bürgermeister Günther Albel (SPÖ) zu einer Geldstrafe verurteilt.

27. Gesundheits- und Sozialreferentin LH-Stellvertreterin Beate Prettner (SPÖ) berichtet, dass ein Gespräch in Wien mit Ministerin Beate Hartinger-Klein positive Ergebnisse für Kärnten gebracht habe.
28. Der 53jährige Oberst des Generalstabsdienstes Josef Holzer wird neuer Kommandant der 7. Jägerbrigade mit Kommandostandort Klagenfurt.
29. Die Kärntner Neos bestellen den Finkensteiner Wolfgang Stauder zum Landesgeschäftsführer und eröffnen ein Parteilokal in Klagenfurt. Diese Maßnahmen werden durch die Bundespartei ermöglicht.
30. Der Opferschutzverein „Weißer Ring“ unter dem neuen Landesleiter Markus Till bezieht ein Büro in Klagenfurt.
31. FPÖ-Klubobmann Gernot Darmann fordert, dass beim Kärntner Ausgleichszahlungfonds der Vorstandsposten des ausgeschiedenen Landesrats Ulrich Zafoschnig (ÖVP) nicht mehr nachbesetzt wird.

August 2018

1. Ein Suchtgiftgipfel in Klagenfurt mit Vertretern der Exekutive und Sachverständigen unter dem Vorsitz von LH-Stellvertreterin Beate Prettner (SPÖ) befasst sich mit der steigenden Anzahl von Drogentoten in Kärnten.
2. Der stellvertretende FPÖ-Klubobmann Christian Leyroutz kritisiert den im Landtag „gegen die Warnung der FPÖ“ beschlossenen regionalen Strukturplan, bei dem zu wenig Kassenstellen für Ärzte vorgesehen seien.
3. SPÖ-Bundesobmann Christian Kern nutzt seinen Kärnten-Urlaub zum Besuch von Veranstaltungen und zu einem Interview in der Kronenzeitung. Laut seinen Angaben liegt die SPÖ in seriösen Umfragen derzeit zwei Prozentpunkte über dem Nationalratsergebnis vom 15. Oktober 2017.
4. Peter Michael Kowal tritt die Nachfolge von Gerd Leitner als Chefredakteur der WOCHE an.
5. Landtagsabgeordneter Gerhard Köfer (Team Kärnten) fordert, dass Schulen ihre Sportstätten außerhalb der Schulzeit für die Öffentlichkeit zur Verfügung stellen sollen.
6. Nach der Dokumentation in „addendum“ wird auch in Kärnten über Geldstrafen für Abgeordnete diskutiert, die im Nationalrat Abstimmungen schwänzen. Die Kärntner Abgeordnete Sandra Wassermann (FPÖ) kann darauf verweisen, dass sie an 98,2 Prozent der Abstimmungen teilgenommen hat und damit im positiven Ranking Platz fünf einnimmt.

7. Kärnten-Besuch von Finanzminister Alois Löger (ÖVP).
8. FPÖ-Klubchef Gernot Darmann wertet Aussagen von Finanzminister Alois Löger (ÖVP) über eine eventuelle Nachbesserung für Kärnten bei der Heta-Endabrechnung als „Bestätigung der Forderungen der Kärntner FPÖ“.
9. Die Bundesleitung der Neos finanziert der Kärntner Landesorganisation die Kosten für zwei hauptberufliche Mitarbeiter.
10. Der Landesparteivorstand der Kärntner ÖVP schlägt für den am 30. Oktober vorgesehenen Landesparteitag Landesrat Martin Gruber zum neuen Landesparteiobmann vor.
11. SPÖ-Bundesparteiobmann Christian Kern besucht den Kirchtag in Spittal an der Drau.
12. Landeshauptmann Peter Kaiser (SPÖ) nennt laut Kronenzeitung die Diskussion innerhalb seiner Partei über das neue Programm einen „Sturm im Wasserglas“.
13. Protestaktion vor dem Unfallkrankenhaus Klagenfurt gegen Einsparungspläne des Gesundheitsministeriums.
14. Landesrätin Sara Schaar (SPÖ) übergibt der Präsidentin des Bundesrates Inge Posch-Gruska (SPÖ) eine Resolution zur „Erhaltung der öffentlichen Förderungen für Frauen- und Familieneinrichtungen sowie für Gewaltschutzeinrichtungen“.
15. Team-Kärnten-Obmann Gerhard Köfer fordert zusätzliche Budgetmittel für das Bundesheer in Kärnten und eine Bestandsgarantie für alle Kasernen.
16. Die Landesregierung beschließt in einer außerordentlichen Sitzung eine Beteiligung am Forschungsverbund Silicon Austria Labs.
17. Die Kärntner SPÖ startet eine Social-Media-Kampagne zum neuen Parteiprogramm.
18. Weiterhin Diskussion über die gestiegene Drogenkriminalität in Kärnten.
19. Landeshauptmann Peter Kaiser (SPÖ) schließt laut Interview in der Kleinen Zeitung eine Kandidatur bei der Bundespräsidentenwahl 2022 nicht aus.
20. Auch in Kärnten wird kontroversiell über die von einigen ÖVP-Landeshauptmännern vorgeschlagene Steuerautonomie für Bundesländer diskutiert.
21. FPÖ-Obmann Gernot Darmann spricht sich gegen „den Import von in Wien geschnappten Dealern nach Kärnten“ aus.

22. Innenminister Herbert Kickl (FPÖ) kündigt die Entsendung von Spezialkräften aus Wien zur Bekämpfung der Drogenkriminalität in Kärnten an.
23. Im Finanzausschuss des Landtags beschließt die SPÖ gemeinsam mit der FPÖ einen Gesetzesentwurf für das Verbot von Glyphosat. Die ÖVP warnt vor einem Schnellschuss und stimmt dagegen.
24. Landeshauptmann Peter Kaiser (SPÖ) zeigt sich verärgert, dass es vor der Erhöhung der Bundesmittel für die Kinderbetreuung keine Gespräche mit den SPÖ-geführten Bundesländern gegeben hat. Er spricht von einer „inszenierten Polit-PR-Show".
25. In den Bezirksorganisationen der Kärntner SPÖ läuft eine Umfrage, wer bei der kommenden EU-Wahl kandidieren soll.
26. Die Kärntner Volkspartei reaktiviert ihre Parteiakademie. Leiter ist Landesparteisekretär Sebastian Schuschnig.
27. Die Initiatoren des Seenvolksbegehrens geben bekannt, dass die Hürde von 2000 Unterschriften geschafft wurde.
28. Landesrat Martin Gruber (ÖVP) sieht laut ORF-Sommerinterview eine Möglichkeit, das Projekt zum Ausbau der touristischen Einrichtungen am Mölltaler Gletscher doch noch umzusetzen.
29. FPÖ-Obmann Gernot Darmann wertet Aussagen von Landesrat Martin Gruber (ÖVP) zum Projekt Mölltaler Gletscher als „reine Ankündigungspolitik von SPÖ und ÖVP".
30. Sozialministerin Beate Hartinger-Klein (FPÖ) bewilligt für die Aufarbeitung der durch den Borkenkäferbefall in Kärnten entstandenen Forstschäden hundert zusätzliche ausländische Arbeitskräfte.
31. Im Rahmen einer kurzfristig einberufenen Pressekonferenz präsentiert Landeshauptmann Peter Kaiser (SPÖ) einen E-Mail-Verkehr zwischen führenden amerikanischen Toxikologen über eine evidente Krebsgefahr durch das Pflanzenschutzmittel Glyphosat.

September 2018

1. Mit der Einführung des „Kärntner Kinder-Stipendiums" werden die durchschnittlichen Elternbeiträge für die Kinderbetreuung um die Hälfte reduziert.
2. Laut Wirtschaftskammerpräsident Jürgen Mandl braucht Kärnten dringend ein „neues Raumordnungsgesetz, das dem Wildwuchs von Einkaufszentren Einhalt bietet".

3. Verteidigungsminister Mario Kunasek (FPÖ) nimmt in der Klagenfurter Windisch-Kaserne am Festakt der Übergabe des Kommandos der 7. Jägerbrigade teil.
4. NR-Abgeordneter Gabriel Obernosterer wird von der ÖVP als stellvertretender Fraktionsführer im BVT-Untersuchungsausschuss des Nationalrats nominiert.
5. Konflikt innerhalb der Regierungskoalition um einen Gesprächstermin zwischen Familienministerin Juliane Bogner-Strauß (ÖVP) und Landeshauptmann Peter Kaiser (SPÖ) zur Kinderbetreuung. ÖVP-Parteisekretär Sebastian Schuschnig behauptet, dass Kaiser ein Gespräch für eine rasche Lösung abgelehnt habe. Kaisers Pressesprecher Andreas Schäfermeier widerspricht.
6. NR-Abgeordneter Maximilian Linder (FPÖ) und Landwirtschaftskammerpräsident Johann Mößler lehnen die Forderung des „Kuratorium Wald“ ab, den Bezirk Spittal an der Drau in die „Wolfszone“ einzubeziehen.
7. Der Kärntner Seniorenbeirat kritisiert, dass der am 14. Dezember 2017 eingebrachte Vorschlag auf Einführung eines einheitlichen Seniorentickets von der Landespolitik noch nicht behandelt wurde.
8. Nach 13 Jahren Diskussion gibt es eine Entscheidung für den Standort des neuen Klagenfurter Hallenbades, das nun gegenüber dem Minimundus-Areal errichtet werden soll.
9. Das Team Kärnten will im Landtag einen Antrag auf Einführung einer Netzkarte für Senioren einbringen.
10. Agrarlandesrat Martin Gruber (ÖVP) und der Präsident der Landwirtschaftskammer, Johann Mößler, stellen den „Grünen Bericht 2017“ vor.
11. Das Treffen am Ulrichsberg findet heuer nicht statt. Obmann Hermann Kandussi will die Veranstaltung neu überdenken.
12. Landeshauptmann Peter Kaiser (SPÖ) kündigt eine Lösung für ein Senioren-Ticket durch die zuständigen Landesräte Sara Schaar (SPÖ) und Ulrich Zafoschnig (ÖVP) an. FPÖ-Obmann Gernot Darmann zweifelt daran, weil SPÖ und ÖVP einen Tag zuvor im Landtag einen diesbezüglichen Antrag der Freiheitlichen abgelehnt hätten.
13. FPÖ-Obmann Gernot Darmann kritisiert, dass auf Werbemitteln der Landesregierung und der SPÖ für das „Kärntner Kinderstipendium“ gleiche Fotos und Logos verwendet werden. Er ortet Untreue und will, dass die Staatsanwaltschaft aktiv wird. LH-Sprecher Andreas Schäfermeier kontert, die SPÖ habe Fotos und Logos kostenlos zur Verfügung gestellt und so „den Steuerzahlern Geld erspart“.

14. Verkehrsminister Norbert Hofer (FPÖ) kippt das umstrittene Tempo-100-Limit auf der Südautobahn zwischen Griffen und St. Andrä.
15. Bundesparteiobmann Christian Kern und Ex-Minister Hans Peter Doskozil sind zu Gast beim Familienfest der SPÖ am Friedlstrand in Klagenfurt.

    Symposium der Grünen im Klagenfurter Europahaus mit dem Innsbrucker Bürgermeister Georg Willi.
16. Josef Feldner (Kärntner Heimatdienst), Marjan Sturm (Zentralverband slowenischer Organisationen) und Alfredo Sandrini (Kanaltaler Kulturverein) veranstalten ein Friedensfest in Arnoldstein.
17. Vor dem Hintergrund der bereits 18 Todesfälle im Jahr 2018 in Kärnten befassen sich Aussendungen der Landtagsparteien mit der Drogensucht.
18. Landesrat Martin Gruber und Clubobmann Markus Malle legen einen 12-Punkte-Plan der Kärntner ÖVP zur Bekämpfung der Drogensucht vor.
19. Landeshauptmann Peter Kaiser teilt mit, dass er nicht SPÖ-Bundesparteiobmann werden will.
20. Ein Dringlichkeitsantrag der FPÖ im Landtag auf Einführung eines Seniorentickets findet keine Mehrheit.
21. FPÖ-Obmann Gernot Darmann fordert den Landeshauptmann auf, wegen der gegen den ehemaligen Bundeskanzler erhobenen Vorwürfe auf ein „Gusenbauer-Stipendium“ zu verzichten.
22. Nach dem überraschenden Rücktritt von Christian Kern als SPÖ-Bundesparteiobmann spricht sich Landeshauptmann Peter Kaiser für Pamela Rendi-Wagner als Nachfolgerin aus.
23. Wortgefechte zu den Themen Gusenbauer-Stipendium und SPÖ-Schülerkalender in Aussendungen der Jugendsprecher von SPÖ und FPÖ, LAbg. Luca Burgstaller und Roman Linder.
24. Kärnten fixiert aus Anlass des österreichischen EU-Vorsitzes einen Bürgerdialog mit der EU-Digitalkommissarin Mariya Gabriel am 10. November in Villach.
25. Landtagspräsident Reinhart Rohr (SPÖ) lädt die im Landtag nicht vertretenen Parteien zu einer Aussprache im Rahmen des Petitionsausschusses des Landtags ein.
26. Bezogen auf die Bevölkerung eines Bundeslandes liegt Kärnten bei der Start-up-Szene hinter Wien auf Platz zwei.
27. KHD-Obmann Josef Feldner verurteilt die Denkmalschändung an der „Stätte der Kärntner Einheit“ als Versuch, den Versöhnungsprozess zu stören.

28. Im Rahmen einer gemeinsamen Pressekonferenz in Klagenfurt mit Landesrat Martin Gruber kündigt Familienministerin Juliane Bogner-Strauß (beide ÖVP) bundesweite Präventionsmaßnahmen gegen die Drogensucht an.
29. Bei den Wahlen der Evangelischen Kirche wird Helli Thelesklaf zur neuen Superintendentialkuratorin gewählt.
30. Landeshauptmann Peter Kaiser (SPÖ) ist Gast bei der ORF-Pressestunde.

Oktober 2018

1. Marjan Sturm will nach 22 Jahren Tätigkeit als Obmann des Zentralverbandes Slowenischer Organisationen (ZSO) sich nicht mehr um diese Funktion bewerben.
2. Laut Bericht in der Kronenzeitung hat die Kärntner FPÖ eine Villa in Klagenfurt als neuen Sitz der Landesgeschäftsstelle gekauft.
3. Die Kärntner Landwirtschaft erleidet heuer durch Hagel und Dürre Ernteschäden in der Höhe von etwa zwölf Millionen Euro.
4. Bereits zum fünften Mal findet am Stadtfriedhof von Völkermarkt ein gemeinsames Gedenken an die im Abwehrkampf auf beiden Seiten gefallenen Soldaten statt.
5. LAbg. Elisabeth Dieringer-Granza (FPÖ) macht darauf aufmerksam, dass die Volksanwaltschaft eine zweite Abteilung für Kinderpsychiatrie im LKH Villach empfiehlt.
6. Landeshauptmann Peter Kaiser (SPÖ) bedauert die Vorgangsweise beim überraschenden Rückzug von Christian Kern aus der Politik und verlangt für seine Partei eine „rasche Rückkehr zu einer professionellen Kommunikation“.
7. Die „ORF-Nacht der Museen“ verzeichnete in Kärnten 34.499 Besucher.
8. Bilanz der drei Volksbegehren in Kärnten: „Don’t smoke“: 53.393, Frauenvolksbegehren: 26.176 und Volksbegehren gegen die GIS-Gebühren: 20.889 Unterschriften.
9. FPÖ-Obmann Gernot Darmann kritisiert am Vortag des 10. Oktobers, dass die SPÖ-ÖVP-Landesregierung den Abwehrkampf „völlig ignoriert“.
10. Offizielles 10.-Oktober-Gedenken des Landes in Annabichl und im Landhaushof.

    Vizekanzler Heinz-Christian Strache und der ehemalige Vizekanzler Herbert Haupt (beide FPÖ) pflanzen in Erinnerung an Jörg Haider im Bärental einen Baum.

11. Die Landesregierung gedenkt mit einer Kranzniederlegung an den 10. Todestag des früheren Landeshauptmannes Jörg Haider.
12. Landeshauptmann Peter Kaiser (SPÖ) und Landesrat Martin Gruber (ÖVP) ziehen nach einem halben Jahr eine gemeinsame Bilanz der Regierungskoalition.
13. Das Land Kärnten beginnt nach der Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes zum Pflegeregress mit der Löschung der im Grundbuch eingetragenen Pfandrechte.
14. Laut Aussendung der Caritas sind zwölf Prozent der Kärntnerinnen und Kärntner armutsgefährdet.
15. Der Parteivorstand der SPÖ nominiert nach einem Hearing die Kärntner Kandidaten für die EU-Wahl. Die Liste wird vom Sohn des Landeshauptmannes, Luca Kaiser, angeführt.
16. Der Landesrechnungshof übt Kritik an der Umsetzung der im Jahr 2013 in Auftrag gegebenen Aufgabenreform des Landes.
17. Das Team Kärnten fordert einen „Sozialfonds der Kärntner Energie-Versorger".
18. Nachdem ein Tweet von Luca Kaiser öffentlich wird, in dem er Österreich eine „Nazion" nennt, reiht ihn der Bundesparteivorstand der SPÖ nur am unwählbaren neunten Platz der Kandidatenliste für die EU-Wahl.
19. Landeshauptmann Peter Kaiser protestiert heftig gegen die Entscheidung des SPÖ-Bundesparteivorstands und fordert eine Aussprache mit der Bundesparteispitze in Klagenfurt.
20. Der Kärntner Abwehrkämpferbund stellt zum 100-Jahre-Jubiläum der Republik in Völkermarkt einen Film über Abwehrkampf und Volksabstimmung 1920 vor.
21. Landeshauptmann Peter Kaiser (SPÖ) nennt in einem Interview mit der Zeitung „Österreich" die Reihung der Kandidaten für die EU-Wahl eine „Demütigung der Kärntner SPÖ" und überlegt seinen Rückzug als Vize-Bundesparteichef.
22. Im Wappensaal des Landhauses findet der Festakt „100 Jahre Gründung der Republik Österreich" mit Referaten von Ex-Bundespräsident Heinz Fischer und Univ.-Prof. Oliver Rathkolb statt.
23. Der Hermagorer Bezirkshauptmann Heinz Pansi warnt vor beabsichtigten Änderungen im Objektivierungsgesetz. Durch die Befristung von Leitungsfunktionen bestehe die Gefahr, dass Organträger durch das Bestreben nach Wiederbestellung zu willfährigen Erfüllungsgehilfen gemacht werden.

24. FPÖ-Obmann Gernot Darmann präsentiert im Rahmen einer Pressekonferenz die Ergebnisse der Herbstklausur seiner Partei und stellt dabei ein „Maßnahmenpaket gegen die soziale Kälte in Kärnten“ vor.
25. Die FPÖ bringt im Landtag einen Dringlichkeitsantrag zur Erhöhung des Heizkostenzuschusses des Landes um 20 Euro ein. Mangels Zustimmung von ÖVP und SPÖ wird die Voraussetzung für eine Dringlichkeit nicht erreicht.
26. Gedenkfeier am Friedhof Annabichl in Klagenfurt an die Opfer in der NS-Zeit.

    Am Nationalfeiertag werden in Bleiburg zweisprachige Ortstafeln und Wegweiser für vier weitere Ortschaften aufgestellt.
27. Auf Grund einer Hochwasserprognose beruft Landesrat Daniel Fellner (SPÖ) den Landeskoordinationsausschuss ein.
28. Der Landessekretär des ÖGB Manfred Wurzer spricht von „massiven Missständen in Kärntner Sozialeinrichtungen“.
29. Unter dem Vorsitz von Landtagspräsident Reinhart Rohr (SPÖ) tagt am Weißensee die Konferenz der Landtagspräsidenten der Bundesländer.
30. Beim Landesparteitag der ÖVP in Velden wird Landesrat Martin Gruber zum neuen Landesobmann gewählt. Für ihn votieren 98,37 Prozent der 306 Delegierten. Zu Stellvertretern werden Bundesministerin Elisabeth Köstinger, Katja Morgenstern, Ronny Rull und Alfred Altersberger gewählt. Zu Gast am Landesparteitag ist auch Bundeskanzler Sebastian Kurz und der steirische Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer.

    Unter dem Vorsitz von Landeshauptmann Peter Kaiser (SPÖ) tagt die Landeskulturreferenten-Konferenz, an der auch Kulturminister Gernot Blüml (ÖVP) teilnimmt.

    Bildungsminister Heinz Faßmann (ÖVP) stattet dem Kärntner Landeshauptmann einen Besuch ab.
31. Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP) nimmt in Klagenfurt an der Lagebesprechung der Einsatzkräfte teil und verspricht „rasche und unbürokratische Hilfe“ für die Opfer der Flutkatastrophe.

Die Autoren

Karl ANDERWALD, Dr. jur. et Dr. phil. (Politikwissenschaft/Publizistik und Kommunikationswissenschaft), Dr. h. c. (Universität Czernowitz), Hon.-Prof., geb. am 26. Juni 1940 in Spittal an der Drau. Von 1992 bis 2002 Landesamtsdirektor-Stellvertreter. Ab 1999 Lehraufträge an der Universität Salzburg und der Fachhochschule Kärnten. 1999 Gründung des Carinthian-Institute for ethnic minorities (CIFEM). 2002–2018 Vorsitzender des Kuratoriums und des wissenschaftlichen Beirats der FH Kärnten. Arbeitsschwerpukte: Ethnische Minderheiten, Kommunalpolitik und Wahlkampfbeobachtung.

Ulfried BURZ, Mag. Dr., Ass.-Prof., Historiker am Institut für Geschichte, Abt. Neuere und Österreichische Geschichte, an der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt, geboren in Radenthein; nach längerem außerordentlichem Präsenzdienst in Klagenfurt, Saalfelden, Spittal an der Drau, Villach, Wiener Neustadt und Wien Studium der Germanistik, Geschichte, Sozialkunde und Politische Bildung an den Universitäten Klagenfurt und Wien; 1987–1991 teilbeschäftigter Stipendiat des Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung, Österreich. In dieser Zeit zahlreiche Forschungsaufenthalte in Berlin, Bonn, Freiburg i. Br., Koblenz, London, München, Potsdam, Wien und Washington; 1991/1992 AHS-Lehrer; ab 1992 Universitätsassistent am Institut für Geschichte der damaligen Universität für Bildungswissenschaften; seit 2001 Assistenzprofessor an der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt; Forschungsschwerpunkte: Neuere und Österreichische Geschichte unter besonderer Berücksichtigung der Kärntner Landesgeschichte.

Thomas CIK, Mag. (Jahrgang 1983), wuchs zweisprachig in Südkärnten auf und studierte in Graz und Palma Rechtswissenschaften. Er ist seit 1999 für die Kleine Zeitung tätig, seit 2015 ist er Mitglied der Chefredaktion. 2016 veröffentlichte er das Buch „Der Zeitzeuge – Heinz Stritzl im Gespräch mit Thomas Cik". Er ist verheiratet und Vater zweier Töchter.

Herbert DACHS, geb 1943, Studium der Geographie und Geschichte (Schwerpunkt Zeitgeschichte), Dr. phil. 1970; seit 1987 Univ.-Prof. für Politikwissenschaft (Schwerpunkt Österreichische Politik) an der Universität Salzburg; seit 2008 i. R. Zahlreiche Arbeiten über zeitgeschichtliche Themen, österreichischen Föderalismus, Ideengeschichte und Ideologiekritik, politische Bildung und Erziehung in Österreich, politische Prozesse in den Bundesländern sowie Entwicklungen der österreichischen Parteien.

Rudolf DÖRFLINGER, MMag. phil. et iur., Dr. iur., Hofrat, geboren 1953 in St. Veit/Glan, ist seit 1991 Kammeramtsdirektor der Landarbeiterkammer für Kärnten.

Werner DROBESCH, Mag. Dr., geboren 1957, ao. Univ.-Prof. am Institut für Geschichte der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt; Dissertation über die Vereine und Verbände in Kärnten in der Ersten Republik; Habilitationsschrift über die „Agrarrevolution" in den innerösterreichischen Ländern während des Vormärz; Forschungsschwerpunkte u. a. Wirtschafts- und Sozialgeschichte Österreichs, des Alpen-Adria-Raumes und Kärntens, insbesondere Vereins- und Verbändewesen, Unternehmertum, agrarische Entwicklung und Industrialisierung.

Elisabeth FALLER, Msc., Studium HCIT (Human, Corporate & IT-Competence) an der Donau-Universität Krems, Bankausbildung, VB-Akademie Wien. Geschäftsleitung und Vorstand der Volksbank Gmünd eG, 2005–2016, seit 2016 Prokuristin der DolomitenBank Osttirol-Westkärnten eG, seit 2010 Delegierte zum Wirtschaftsparlament der WKO, Bundessparte Banken und Versicherungen, 2010–2015 Vertreterin der österr. Volksbanken, seit 2015 sektorfreies Mandat des Präsidenten.

Wolfgang FERCHER, Mag. (FH), geb. 1980 in Villach, aufgewachsen in Möllbrücke, Matura an der Kärntner Tourismusschule in Warmbad Villach. Von 2001–2005 Tourismusmanage-

ment-Studium an der Fachhochschule Krems, Aufenthalte auf einem Kreuzfahrtschiff, in Kapstadt, Moskau und Kiew, Unternehmensberatung im Tourismus. 2007 bis 2009 Studium Qualitätsjournalimus an der Donau-Universität Krems, 2007–2010 Redakteur/Reporter Antenne Kärnten, seit 2010 Redakteur Kleine Zeitung Kärnten (Lokal, Wirtschaft, Politik). 2013 Hemma-Preis im Zuge des Kärntner Lyrikpreises. Seit Jahren nebenberuflich Lehrender an der FH Krems (Sporttourismus) und der FH Kärnten (Marketing & Kommunikation). Ironman-Finisher.

Peter FILZMAIER, Dr., Univ.-Prof., Politikwissenschaftler, Professor für Politische Kommunikation an der Karl-Franzens-Universität Graz, geschäftsführender Gesellschafter des Instituts für Strategieanalysen (ISA) in Wien. Arbeitsschwerpunkte sind Politik- und Wahlanalysen, Politische Bildung und Partizipationsforschung, Politik und Medien bzw. Internet und Demokratie, „public goods" und öffentliche Kommunikation sowie Vergleich politischer Systeme (insbesondere politisches System und politischer Prozess in den USA).

Ferdinand HAFNER, geb. 19. 11. 1973 in Klagenfurt, aufgewachsen in St. Jakob im Rosental/St. Jakob v Rožu, lebt mit seiner Familie in Klagenfurt. Studium der Politikwissenschaft, Geschichte und Kommunikationswissenschaft in Wien, Oradea (Rumänien) und Klagenfurt (im zweiten Abschnitt abgebrochen). Seit Ende der 90er-Jahre journalistisch tätig, u. a. bei der „Kärntner Tageszeitung" und bei der „Austria Presse Agentur", deren Leitung des Kärntner Büros er bis 2015 innehatte. Seither Leiter der Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit der Kärntner Arbeiterkammer und in dieser Funktion u. a. Chefredakteur des periodisch erscheinenden AK-Magazins „tipp".

Esther HORNER, Mag.ª rer. soc. oec., geboren 1975 in Ried im Innkreis, Studium der Internationalen Wirtschaftswissenschaften an der Universität Innsbruck, koordiniert beim Land Kärnten in der Unterabteilung für Europäische und internationale Angelegenheiten die Angelegenheiten und Projekte des EVTZ Euregio Senza Confini r.l. – Ohne Grenzen mbH.

Karl HREN, Dr., geb. 1973 in Klagenfurt; Studium der Politikwissenschaft, Geschichte und Rechtswissenschaften an der Universität Wien; 1998 Sponsion; 1998–1999 Praktikum/Assistent beim Europäischen Parlament in Brüssel; 2002–2001 Leiter des Volksgruppenbüros beim Amt der Kärntner Landesregierung; 2002 Promotion und Dissertation zur Thematik der Koordinierung von EU-Angelegenheiten auf nationaler Ebene; von 2003 bis 2007 Geschäftsführer des Slowenischen Wirtschaftsverbandes Kärnten; 2008–2014 zuständig für EU-Koordination beim Kärntner Wirtschaftsförderungs-Fonds; seit April 2014 Geschäftsführer der Hermagoras/Mohorjeva in Klagenfurt.

Florian KANDUTSCH, MSc., geboren 1990 in Friesach, Kärnten. Von 2011 bis 2015 Bachelorstudium und von 2015 bis 2016 Masterstudium der Angewandten Betriebswirtschaftslehre (ABW) an der Alpen-Adria-Universität (AAU) Klagenfurt. Derzeit wissenschaftlicher Projektmitarbeiter und Doktorand am Institut für Volkswirtschaftslehre an der AAU Klagenfurt. Die Forschungsschwerpunkte liegen in den Bereichen Arbeitsmarkt- und Bildungsökonomik sowie Entrepreneurship.

Fritz KIMESWENGER, Mag., geb. 22. 2. 1959 in Wien, aufgewachsen in Wien und St. Veit, wohnhaft in Feld am See; Geschichte- sowie Philosophiestudium an der Universität Klagenfurt mit Schwerpunkt Zeitgeschichte; seit 1984 journalistisch tätig, beginnend bei der „Volkszeitung", danach beim „Standard" und nun Redakteur und Leiter des Ressorts Landespolitik in der „Kärntner Krone"; Autor einer Biografie über Klagenfurts Langzeitbürgermeister Leopold Guggenberger („Bitte kein Denkmal!", Carinthia-Verlag) sowie lokalhistorischer Bücher über die Stadt St. Veit.

Robert KLINGLMAIR, Dr., promovierter Volkswirt, geboren 1979 in Steyr, Oberösterreich. Nach einem Diplomstudium der Volkswirtschaftslehre und einer Karenzvertretung am Insti-

tut für Volkswirtschaftslehre der Johannes Kepler Universität Linz ab August 2006 beruflicher Wechsel als wissenschaftlicher Mitarbeiter an das außeruniversitäre Institut für Höhere Studien (IHS) Kärnten in Klagenfurt. Ab Oktober 2012 – nach Abschluss eines Doktoratsstudiums der Volkswirtschaftslehre an der Alpen-Adria-Universität (AAU) Klagenfurt – Postdoc-Assistent am Institut für Volkswirtschaftslehre der AAU. Daneben von November 2012 bis Dezember 2016 freier wissenschaftlicher Mitarbeiter am Kärntner Institut für höhere Studien (KIHS; vormals IHS Kärnten) sowie Lehrbeauftragter für die Donau-Universität Krems bzw. School of Management, Organizational Development and Technology (M/O/T) an der AAU Klagenfurt. Seit rund einem Jahrzehnt Spezialisierung auf den Bereich der (empirischen) Bildungsökonomik regional für Kärnten. Dabei konnte – etwa im Zuge der Dissertation – ein Frühwarnsystem gegen einen vorzeitigen Schulabbruch entwickelt werden bzw. wurden zahlreiche weitere Forschungsprojekte zu Bildungsthemen (u. a. Finanzwissen, Arbeits- und Lebensbedingungen von Beschäftigten in der Erwachsenenbildung in Kärnten, soziale Durchlässigkeit im österreichischen Bildungssystem) geleitet. Seit August 2018 Bildungsdirektor des Landesschulrates für Kärnten, der ab dem Jahr 2019 von der Bildungsdirektion Kärnten abgelöst wird; ein Schwerpunkt der zukünftigen Arbeit liegt – unter anderem – auf der Verbesserung der Chancengerechtigkeit im Bildungssystem.

Elmar LECHNER, Jg. 1944, Volksschule, Mittelschule Salzburg, Hochschule Innsbruck, Promotion Dr. phil. 1971, Forschungsaufenthalt 1984 Halle a. d. Saale (DDR) (Kulturabkommen Österreich – DDR), Habilitation (Pädagogik mit besonderer Berücksichtigung der Historischen Pädagogik) 1985 Klagenfurt, Forschungsaufenthalt 1992 Madison, Wisconsin (USA) (Fulbright), Gastdozent 1994 Chernivtsi/Czernowitz (Ukraine), 1900–2005 Österreich-Referent im International Editorial Board der Zeitschrift „Paedagogica Historica“ Gent (Belgien), seit 1992 (seit 2010 gem. m. Gerald Grimm) Herausgeber der Reihe „Retrospektiven in Sachen Bildung“ (Klagenfurt).

Flooh PERLOT, Politikwissenschafter am Institut für Strategieanalysen (ISA) in Wien. Arbeitsschwerpunkte: Politik und Medien, Internet und Demokratie, Wahlforschung.

Peter PLAIKNER, geb. 1960, Medienberater, Politikanalyst, Publizist (plaiknerpublic medienarbeit); Direktor von IMPact – Institut für Medien und Politik: Analyse, Consulting, Training; Innsbruck | Wien | Klagenfurt. Beratung für Institutionen, Organisationen und Unternehmen. Politik- und Medienexperte für Radio- und Fernsehprogramme, Kolumnist für zahlreiche Zeitungen. Lehrgangsmanager für politische Kommunikation an der Donau-Universität Krems; Moderationen, Vorträge, Lehrtätigkeit u. a. am Kuratorium für Journalistenausbildung Salzburg, am Management Center Innsbruck, an der Universität Graz, an den Fachhochschulen Vorarlberg, Salzburg und Kärnten; Autor und Herausgeber zahlreicher Fachbücher (z. B. „Edition Politische Kommunikation“).

Heinz-Dieter POHL, geboren: 6. 9. 1942 (Wien), Studium an der Universität Wien, Allgemeine und Indogermanische Sprachwissenschaft im Hauptfach, Slawische Philologie im Nebenfach; Promotion zum Dr. phil. am 7. 7. 1970; 1970–1972 Universitätsassistent ebendort; seit 1972 an der damaligen Hochschule für Bildungswissenschaften, heute Alpen-Adria-Universität Klagenfurt, Habilitation 1978, seit 1979 Univ.-Prof. für Allgemeine und Diachrone Sprachwissenschaft. Ruhestand seit 1. 10. 2007, doch weiter in Forschung und Lehre tätig. – Korrespondierendes Mitglied der Slowenischen Akademie der Wissenschaften (SAZU), Mitglied des Ständigen Ausschusses für geographische Namen (StAGN) und der Arbeitsgemeinschaft für kartographische Ortsnamenkunde (AKO) sowie der Gesellschaft für deutsche Sprache (GfdS, Zweig Wien). Forschungsschwerpunkte: Orts- und Flurnamenforschung, deutsch-slowenischer Sprachkontakt, Dialektologie, Soziolinguistik, Österreichisches Deutsch. Herausgeber der Zeitschriften „Österreichische Namenforschung“ (1989–2011) und „Klagenfurter Beiträge zur Sprachwissenschaft“ (seit Gründung 1975 bis 2013) sowie „tribüne“ (2010–2013).

Homepage: http://members.chello.at/heinz.pohl/index.htm (dort weitere Daten, Schriftenverzeichnis http://members.chello.at/heinz.pohl/SchriftenVerzeichnis.htm).

Katrin PRAPROTNIK, Dr., ist Politikwissenschaftlerin an der Donau-Universität Krems und Co-Leiterin des Austrian Democracy Labs (ADL). Das ADL erarbeitet Reformvorschläge für die Demokratie in Österreich und erhebt in regelmäßigen Studien das Demokratieempfinden der ÖsterreicherInnen. Frau Praprotniks Forschungsschwerpunkte sind Parteien und Parteienwettbewerb im Europäischen Vergleich sowie empirische Methoden der Politikwissenschaft. Ihre Arbeiten sind in nationalen sowie internationalen Fachzeitschriften wie etwa der Österreichischen Zeitschrift für Politikwissenschaft, Party Politics oder Electoral Studies erschienen.

Thomas PSEINER, Mag. phil., geboren 1970, Studium der Publizistik an der nunmehrigen Alpen-Adria-Universität Klagenfurt. Sachgebietsleiter beim Amt der Kärntner Landesregierung im Rahmen der Unterabteilung für Europäische und internationale Angelegenheiten, Generalsekretär der Alpen-Adria-Allianz.

Uwe SOMMERSGUTER, Bakk. Mag.; geboren 1970. Leitender Deskchef bei der Kleinen Zeitung; studierte Angewandte Betriebswirtschaft an der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt; Mitverfasser mehrerer politischer Bücher; war langjähriger Chefredakteur des Kärntner Monat, Steirer Monat und der Kärntner Woche. Lebt mit seiner Familie in Feistritz im Rosental.

Kathrin STAINER-HÄMMERLE, MMag. Dr., geb. 1969 in Hohenems; Politik- und Rechtswissenschaftlerin an den Universitäten Innsbruck und Klagenfurt (IFF), seit 2009 Professorin für Politikwissenschaft an der Fachhochschule Kärnten. Lehraufträge u. a. an der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt, zuvor Steuerung des Master-Lehrgangs Politische Bildung in Kooperation mit der Donau-Universität Krems; Mitglied des Leitungsteams des ULG Politische Bildung/MSc-Programme; seit 2017 Vorsitzende der Interessengemeinschaft für Politische Bildung (IGPB). Studien und Publikationen in den Bereichen Politische Bildung, Wahlrecht, Partizipations- und Demokratieforschung.

Martina ZANDONELLA, Mag.[a], Sozialpsychologin bei SORA (Institute for Social Research and Consulting) in Wien. Arbeitsschwerpunkte sind Politische Kultur und Partizipation, Inklusion und Exklusion, Vorurteils- und Diskriminierungsforschung.

ISBN: 978-3-7086-1015-3

9 783708 610153

www.mohorjeva.com

Mohorjeva
Hermagoras